

# Wandel mit System?

**Eine Denkstilanalyse der Kybernetik in der DDR,  
ca. 1956 bis 1971**

Dissertation zur Erlangung  
des akademischen Grades einer Doktorin (Dr. phil.)  
der Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie  
an der Universität Bielefeld

vorgelegt von

Verena Witte  
aus Ahaus  
im August 2011

Erstgutachter: Prof. Dr. Carsten Reinhardt  
Zweitgutachter: Prof. Dr. Wolfgang Krohn  
Datum der Disputation: 9. Februar 2012



Das Ganze ist das Unwahre.  
(Theodor Adorno)

So steht es geschrieben  
Oder auch nicht.  
(Tocotronic)



# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	5
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>7</b>
1.1 Fragestellung.....	10
1.2 Definitionen von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR.....	12
1.3 Forschungsstand .....	14
1.4 Thesen der Arbeit.....	21
1.5 Argumentationsgang .....	24
<b>2. Theorie und Methode .....</b>	<b>28</b>
2.1 Theoriekonzeption .....	28
2.1.1 Flecks Theorie als forschungsleitende Perspektive.....	29
2.1.1.1 Epistemologie und Zeitlichkeit: Historizität von Erkenntnis.....	31
2.1.1.2 Von Denkkollektiven und Denkstilen: Flecks Begrifflichkeiten .....	32
2.1.2 Die Historisierung des Konzepts der Wissensgesellschaft .....	37
2.1.3 Denkstil- und Denkkollektivanalyse als Perspektive auf die ‚sozialistische‘ Wissensgesellschaft .....	43
2.2 Materialkorpus und Analysemethoden .....	48
<b>3. Wissensgesellschaft DDR? Das Wissenschaftsverständnis der SED .....</b>	<b>57</b>
3.1 Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR: Theoretisch-ideologische Aspekte .....	59
3.2 Ideologische Grundlagen der ‚sozialistischen Wissensgesellschaft‘.....	68
3.3 Die Wissenschaft als Produktivkraft.....	72
3.3.1 Erste Thematisierungen der ‚Produktivkraft Wissenschaft‘ .....	72
3.3.2 Debatte der Zeitschrift <i>Einheit</i> zur ‚Produktivkraft Wissenschaft‘ im Jahr 1960 .	76
3.3.3 Einfluss von außen: Der XXII. Parteitag der KPdSU .....	83
3.3.4 Der VI. Parteitag der SED 1963 und das ‚Programm des Sozialismus‘ .....	84
3.3.5 Gesellschaftswissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem neuen Wissenschaftsverständnis der SED.....	88
3.3.6 Die Produktivkraft der Wissenschaft als Bestandteil des SED-Wissenschaftsverständnisses .....	94
3.4 Modernisierungsprozesse und wissenschaftlich-technische Revolution .....	95
3.4.1 Die Debatte über die wissenschaftlich-technische Revolution.....	96
3.4.2 Der Stellenwert des Konzepts der wissenschaftlich-technischen Revolution ...	100
3.5 Zwischenfazit: Der sozialistische Weg in die Wissensgesellschaft .....	102

4. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR: Strukturelle Rahmenbedingungen .....	105
4.1 Politische Steuerung der Wissenschaft? .....	108
4.1.1 Phasen der Wissenschaftsentwicklung in der DDR .....	109
4.1.2 Neuer Staat, neue Eliten? Bedingungen für das Entstehen von Denkkollektiven .....	116
4.1.3 Formen wissenschaftlicher Expertise in der DDR.....	124
4.1.4 Forschungskombinat oder Gelehrtensozietät? Die Akademie der Wissenschaften.....	129
4.2 Philosophie in der DDR.....	139
4.2.1 Besonderheiten der Disziplin Philosophie in der DDR .....	143
4.2.2 Neue Philosophen braucht das Land .....	147
4.2.3 Zäsuren in der Geschichte der Philosophie in der DDR .....	150
4.2.4 Institutionen der philosophischen Forschung und Lehre.....	153
4.2.5 Der Kanon philosophischer Forschung und Lehre in der DDR .....	154
4.2.6 Philosophiestudium .....	156
4.2.7 Publikationsorgane für Philosophie.....	157
4.2.8 Philosophie und Politik – ein kurzes Resümee .....	158
5. Denkkollektive und Denkstil des systemischen Denkens in der DDR.....	163
Exkurs: Die Wirtschaftspolitik der DDR im Kontext der Entwicklung des systemischen Denkstils.....	169
5.1 Das ‚Systemische Denkkollektiv‘ in der DDR-Philosophie .....	181
5.1.1 Biographie von Georg Klaus.....	183
5.1.2 Georg Klaus und seine Schülerinnen und Schüler .....	207
5.1.3 Kongresse und Tagungen: Orte informeller Kommunikation.....	217
5.1.4 Charakteristika des systemischen Denkkollektivs .....	219
5.2 Institutionalisierung des ‚systemischen Denkens‘ in Wissenschaft und Politik ....	224
5.2.1 Von der DAW-Kybernetik-Kommission zur Sektion für Kybernetik .....	225
5.2.2 Die Institutionalisierung der Kybernetik auf politischer Ebene .....	230
Georg Klaus als Berater des Strategischen Arbeitskreises .....	231
Die zentrale Kommission für Kybernetik beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen .....	234
Die Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat der DDR.....	237
5.2.3 Die Gründung eines Leitinstituts für kybernetische Forschung.....	246
5.2.4 Zwischenfazit.....	248
5.3 Systemtheorie und Kybernetik als Denkstil .....	250
5.3.1 Systemisches Denken in fachwissenschaftlichen Debatten: Eine Analyse der <i>Deutschen Zeitschrift für Philosophie</i> .....	251
5.3.1.1 Systemisches Denken in der <i>Deutschen Zeitschrift für Philosophie</i> : Veröffentlichungszahlen .....	252
5.3.1.2 Die Herausbildung des systemtheoretisch-kybernetischen Denkstils in der <i>Deutschen Zeitschrift für Philosophie</i> .....	254

5.3.1.3 Von der wissenschaftlichen Tatsache zurück zur Pseudowissenschaft? Bilanz der Rezeption systemischen Denkens in der <i>Deutschen Zeitschrift für Philosophie</i>	298
5.3.2 Systemisches Denken an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik: Die Debatte um Kybernetik in der SED-Zeitschrift <i>Die Einheit</i>	301
5.3.2.1 Systemisches Denken in der <i>Einheit</i> : Veröffentlichungszahlen	304
5.3.2.2 Der systemtheoretisch-kybernetische Denkstil in der <i>Einheit</i>	307
5.3.2.3 Der systemtheoretische Denkstil als Subtext: Veröffentlichungen zur Ökonomie in der <i>Einheit</i>	324
5.3.2.4 Systemdenken im Diskurs über die Produktivkraft Wissenschaft	337
5.3.2.5 Bilanz der Rezeption systemischen Denkens in der <i>Einheit</i>	347
5.3.3 Politisch opportune Wissenschaft oder „Begriffsgeklingel“? Die Etablierung des systemischen Denkstils in der <i>Deutschen Zeitschrift für Philosophie</i> und der <i>Einheit</i>	349

6. Ausblick: Die Gründung des Instituts für Wissenschaftstheorie und -organisation	353
--	-----

7. Zusammenfassung und Fazit	364
------------------------------	-----

Verzeichnis der Abkürzungen	379
Verzeichnis der Abbildungen	380
Verzeichnis der Tabellen	380
Quellen- und Literaturverzeichnis	381
Archivalien	381
Interviews	382
Literatur und gedruckte Quellen	383





## 1. Einleitung

„In der bürgerlichen Presse wird die Reklametrommel gerührt für eine neue ‚Wissenschaft‘ – die Kybernetik. [...] Diese modische Pseudotheorie, die von einem Grüppchen amerikanischer ‚Gelehrter‘ ins Leben gerufen worden ist, erhebt den Anspruch, alle zentralen wissenschaftlichen Probleme lösen und die Menschheit von allen sozialen Heimsuchungen befreien zu können. Die kybernetische Epidemie hat die verschiedensten Wissensgebiete ergriffen [...].“<sup>1</sup>

Diese Charakterisierung stammte von dem sowjetischen Wissenschaftler Michail Jaroschewskij und ist 1952 in der „Neuen Welt“<sup>2</sup> erschienen. Es handelte sich hierbei um die erste Veröffentlichung in der DDR, die die Kybernetik zum Gegenstand hatte. Wie man dem aus der Hochphase des Stalinismus stammenden Zitat entnehmen kann, hatte es die neue Disziplin auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs schwer: Bevor es überhaupt zu inhaltlichen Auseinandersetzungen mit der Kybernetik kommen konnte, eilte ihr der Ruf voraus, eine von „Philosophie treibenden Ignoranten“ erdachte, unwissenschaftliche und idealistische Pseudotheorie zu sein, die im Dienste des amerikanischen Imperialismus stehe.<sup>3</sup>

Die vorgetragene Interpretation verwundert wenig, wenn man bedenkt, mit welchem Anspruch die neue Disziplin daherkam. So wurde die Kybernetik im Westen als „Einheitswissenschaft“<sup>4</sup> gepriesen, die Mensch und Technik zu versöhnen vermochte. Sie wurde gefeiert als interdisziplinäre Metatheorie, die eine gemeinsame Sprache bereitstellte, um zwischen den unterschiedlichen Disziplinen zu vermitteln. Die Kybernetik schien die ge-

---

1 Jaroschewskij: Die Kybernetik – eine ‚Wissenschaft‘ der Obskuranten, in: Neue Welt 7 (1952), S. 1193-1195, S. 1193.

2 Bei der „Neuen Welt“ handelte es sich um eine alle vierzehn Tage erscheinende Propagandazeitschrift der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), die zwischen 1946 und 1954 erschien und sich vor allem an gebildete Leserinnen und Leser richtete. Zumeist erschienen aus dem Russischen übersetzte Artikel (Foitzik: SMAD, in: Broszat/Weber (Hg.): SBZ-Handbuch 1993, S. 7-61, S. 37).

3 Jaroschewskij: Die Kybernetik – eine ‚Wissenschaft‘ der Obskuranten, in: Neue Welt 7 (1952), S. 1193-1195, S. 1195.

4 Hörl/Hagner: Kybernetische Transformation des Humanen, in: dies. (Hg.): Transformation des Humanen 2008, S. 11.

meinsame Basis einer sich immer mehr ausdifferenzierenden Wissenschaftslandschaft zu bieten. Schließlich sollte sie sogar als „machine à gouverner“<sup>5</sup> fungieren und soziale, ökonomische und politische Prozesse steuern. Mit solchen Visionen allerdings konnte man in der DDR zunächst wenig anfangen, da der Marxismus-Leninismus dort eben diese Funktion erfüllte.

Umso erstaunlicher ist deswegen die Entwicklung, die die Kybernetik in der DDR nahm, denn in den 1960er Jahren hatte sich das Blatt vollständig gewendet. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler befassten sich mit Kybernetik; die Kybernetik wurde, wenn man so will, zu einer Leitdisziplin, die maßgeblichen Einfluss auf die Wissenschaftslandschaft und SED-Politik dieses Jahrzehnts ausübte. Als 1964 im Urania-Verlag eine von den Philosophen Georg Klaus und Heinz Liebscher verfasste populärwissenschaftliche Schrift erschien, war darin zu lesen, dass die Kybernetik „zu den entscheidenden Grundlagen unserer Welt von morgen“<sup>6</sup> gehöre. Die Bedeutung der Kybernetik betreffend prognostizierten die Autoren gar, dass durch die neue Wissenschaft „zahlreiche Entdeckungen der Vergangenheit noch in den Schatten gestellt werden“<sup>7</sup> und verglichen den Stellenwert der Kybernetik mit den Entdeckungen von Kopernikus und Darwin.

Der Gegensatz zwischen ursprünglicher Ablehnung und überschwänglicher Euphorie in der Bewertung der Kybernetik könnte – wie die angeführten Zitate zeigen – kaum größer sein. Dass die Gründe hierfür nicht allein wissenschaftsimmanenter, sondern auch politischer und gesellschaftlicher Natur waren, ergibt sich bereits aus der eingangs zitierten, polemischen Argumentation Jaroschewskijs. In nur einem Jahrzehnt vollzog sich in der DDR eine vollständige Kehrtwende in der Bewertung von Systemtheorie und Kybernetik.

## 1.1 Fragestellung

Die Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR ist Gegenstand der vorliegenden Studie. Zeitlich ist die Untersuchung zwischen Mitte der 1950er Jahre und Mitte der 1970er Jahre angesiedelt. Den frühen Ansatzpunkt bildet die beginnende Auseinandersetzung von Politikerinnen und Politikern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der DDR mit der gesellschaftlichen Rolle von Wissenschaft und Technik, die sowohl zeitlich als auch inhaltlich zusammen fällt mit der beginnenden Kybernetik-Rezeption. In der Untersuchung soll der radikale Wandel der Bewertung von Kybernetik und Systemtheorie – von einer geschmähten „Pseudowissenschaft“ zu einer etablierten und institutionalisierten Querschnittsdisziplin in der Wissenschaftslandschaft der DDR –

---

5 Diese Funktion jedenfalls sprach ihr Pater Dubarle in einer 1948 erschienen Rezension von Wieners Mensch und Menschmaschine zu. Vgl. dazu Pias: Zeit der Kybernetik, in: ders. (Hg.): Cybernetics Bd.2 2004, S. 9-41, S. 10.

6 Klaus/Liebscher: Vorwort zur 1. Auflage, in: dies.: Was ist, was soll Kybernetik? 9. Aufl. 1974 [1964], S. 7-9, S. 8.

7 Klaus/Liebscher: Vorwort zur 1. Auflage, in: dies.: Was ist, was soll Kybernetik? 9. Aufl. 1974 [1964], S. 7-9, S. 9.

verstehbar gemacht werden. Die Studie steht unter der Leitfrage, was den Erfolg von Kybernetik und Systemtheorie als Paradigma einer modernen, wissensbasierten Gesellschaft ausmachte und wie sich dieser wissenschaftshistorisch erklären lässt. Es geht mir folglich darum, nicht nur die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Systemtheorie und Kybernetik nachzuzeichnen, sondern der Schwerpunkt meiner Arbeit liegt auf dem Wechselverhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR: Wie ist der radikale Umschwung in der Bewertung von Systemtheorie und Kybernetik zu erklären und welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen führten dazu, dass der neue wissenschaftliche Ansatz auch an politischer Relevanz gewann?

Um diese Fragen zu beantworten, ist es notwendig, den Prozess der Etablierung von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR nachzuzeichnen. Dabei ist das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie ein Zweifaches: Erstens vollzog sich die Etablierung des systemtheoretisch-kybernetischen Denkstils in der DDR vor dem Hintergrund eines autoritären Staates und seiner wissenschaftlich verbindlichen Ideologie des Marxismus-Leninismus. Die spannungsreichen Auseinandersetzungen um die neue Disziplin scheinen deswegen ein vielversprechendes empirisches Beispiel zu sein, um das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR zu untersuchen. Im Zuge der Etablierung von Systemtheorie und Kybernetik in der DDR wurden nicht nur die neuen wissenschaftlichen Ansätze verhandelt, sondern auch das Wissenschaftsverständnis des sozialistischen Staates. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Politikerinnen und Politiker interpretierten die Kybernetik als Paradebeispiel einer innovativen und modernen Herangehensweise an wissenschaftliche und gesellschaftliche Phänomene, die der Bedeutung der „Produktivkraft Wissenschaft“ und der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ Inhalt verlieh. Die Kybernetik galt vor allem in den 1960er Jahren als Vehikel, mit dessen Hilfe die wissenschaftliche, gesellschaftliche, ökonomische und politische Modernisierung möglich erschien. Vor diesem spezifischen Hintergrund ist deswegen nach dem Zusammenhang zwischen Wissenschaftsentwicklung und gesellschaftlicher Entwicklung zu fragen: Welche Parallelen lassen sich zwischen beiden ausmachen? Welchen Einfluss hatten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf die Politik? Wie wurden kybernetisch-systemtheoretische Ansätze seitens der Politik aufgegriffen? Welche politischen Entwicklungen begünstigten die Etablierung des neuen Wissenschaftszweigs?

Neben den skizzierten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gilt es zweitens, die wissenschaftsimmanenten Entwicklungen der Rezeption der neuen Wissenschaftsdisziplin darzustellen. Die Einbettung von Kybernetik und Systemtheorie in die Debatte um die wissenschaftlich-technische Revolution hatte auch Konsequenzen für die spezifische Ausprägung ihrer Etablierung in der DDR. In der vorliegenden Studie soll deswegen gefragt wer-

den, was die Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR charakterisierte und wie die neue Disziplin an Bedeutung gewinnen konnte. Was kennzeichnete die neue Wissenschaft der Kybernetik von den ersten Ansätzen bis hin zu ihrer Institutionalisierung an den Universitäten und der Akademie der Wissenschaften der DDR? Im Kontext welcher Disziplinen befassten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Kybernetik und Systemtheorie? Wer waren die Protagonistinnen und Protagonisten<sup>8</sup> der Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik in der DDR? Wie institutionalisierte sich das neue Forschungsfeld?

Die skizzierte Herangehensweise verfolgt somit ein doppeltes Ziel: Einerseits geht es darum, die Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik in ihrer wissenschaftsimmanenten Entwicklung und den Besonderheiten der Rezeption in der DDR nachzuzeichnen. Zweitens gilt es, diese im gesellschaftlichen und politischen Kontext der DDR zu verorten und auf diese Weise einen Beitrag zur Untersuchung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der DDR zu leisten.

## 1.2 Definitionen von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR

Doch was ist eigentlich unter Kybernetik zu verstehen? Der (aus dem griechischen entlehnte) Begriff bedeutet in seiner Übersetzung so viel wie ‚Steuermannskunst‘ und wurde vor allem durch den US-amerikanischen Mathematiker Norbert Wiener geprägt, der erstmals 1946 ein Buch mit dem Titel *Cybernetics or Control and Communication in the Animal and the Machine* veröffentlichte.<sup>9</sup>

Der kleinste gemeinsame Nenner aller Definitionen von Kybernetik ist, dass es sich bei ihr um eine Wissenschaft von der Organisation, Regelung und Steuerung komplexer Systeme handelt. Vom eigentlichen Gegenstandsbereich wird dabei zunächst abstrahiert: Deswegen können sowohl technische als auch organische oder soziale Systeme Gegenstand der Kybernetik sein. Die Schwierigkeit einer exakten Definition des Begriffes Kybernetik resultiert auch daraus, dass die Begriffsbestimmungen der unterschiedlichen Autorinnen und Autoren sich teilweise stark voneinander unterscheiden.

---

8 In dieser Arbeit wird die Benennung beider Geschlechter nicht durchgängig verwendet, da an den systemischen Denkkollektiven im Untersuchungszeitraum Frauen nicht als Protagonistinnen beteiligt waren. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Philosophie in der DDR personell männlich dominiert war. 1962 fanden sich beispielsweise lediglich 11 Professorinnen unter den insgesamt 142 Professuren (vgl. dazu Jessen: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur* 1999, Tabellen C b (S. 466) und C c (S. 480)). Entscheidungspositionen waren in der Regel männlich besetzt, für die in dieser Arbeit im Zentrum der Betrachtung stehenden Bereiche der Logik und der Philosophie der Naturwissenschaften galt dies in besonderem Maße. Vgl. dazu auch Maffei: *Zwischen Wissenschaft und Politik* 2007, S. 71.

9 Wiener: *Cybernetics* 1948. Zur Rolle Norbert Wieners für die Etablierung der Kybernetik in den USA vgl. Bluma: *Norbert Wiener* 2005 und Heims: *The Cybernetics Group* 1991 sowie die beiden von Claus Pias herausgegebenen Bände zu den Macy-Konferenzen mit Dokumenten (Band 1) und Essays (Band 2): Pias: *Cybernetics* 2004, Bd. 1 und 2.

Mit dem Erscheinen des von dem Philosophen Georg Klaus (einem der wichtigsten Protagonisten der Kybernetik) herausgegeben *Wörterbuchs der Kybernetik*<sup>10</sup> im Jahr 1967 wurde der Begriff für die DDR lexikalisch definiert. Dort heißt es etwas sperrig:

„Kybernetik: Wissenschaft von den kybernetischen Systemen, d.h. von (abstrakten) Systemen, die entweder als theoretische Analogiemodelle bestimmte wesentliche Eigenschaften von Klassen dynamischer Systeme in den verschiedenen Bereichen der Wirklichkeit – Regelung, Selbstorganisation und Selbstreproduktion, Informationsverarbeitung und -speicherung, strategisches Verhalten und andere Eigenschaften – widerspiegeln oder die in Übereinstimmung mit den von der Kybernetik aufgedeckten Gesetzmäßigkeiten als theoretische Modelle möglicher dynamischer Systeme dieser Art angesehen werden müssen. Die kybernetische Betrachtungsweise abstrahiert von den für die traditionellen Einzelwissenschaften spezifischen Eigenschaften von dynamischen Systemen des Gegenstandsbereiches dieser Wissenschaften, wie von der besonderen physikalischen, chemischen, soziologischen o.a. Beschaffenheit der Baumaterialien, den speziellen Energiearten, die den Bewegungsprozessen zu Grunde liegen, und den Stoffaustauschprozessen oder Materialflüssen, die für diese Systeme charakteristisch sind.“<sup>11</sup>

Im weiteren Verlauf des Wörterbucheintrags wird darauf hingewiesen, dass die Kybernetik ein eigenes Begriffssystem und eigene Methoden entwickelt habe. Zudem sei die Kybernetik in fünf Teilgebiete aufgeteilt: Erstens die kybernetische Systemtheorie, zweitens die Informationstheorie, drittens die Regelungstheorie, viertens die Spieltheorie sowie fünftens die Algorithmentheorie.<sup>12</sup>

Insbesondere der Verweis auf die Systemtheorie und die soziologischen Aspekte des Systembegriffs sind dabei spezifische Charakteristika der Kybernetik-Rezeption in der DDR. Zwar ist die Systemtheorie der Kybernetik in dem Wörterbuch-Artikel definitiv untergeordnet<sup>13</sup> und stellt nur einen Teil der Kybernetik dar, doch ihre Bedeutung ist für die Debatte in der DDR nicht zu unterschätzen. Denn bereits zu Beginn der Auseinandersetzung mit der Kybernetik in der DDR wurde der systemtheoretische Aspekt der Kybernetik betont und in der Debatte mitgeführt. Der erste Artikel, der 1960 in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* (dem wichtigsten philosophischen Publikationsorgan der Philosophie in der DDR) unter dem Titelstichwort ‚Kybernetik‘ erschien und von Georg Klaus verfasst worden war, definierte die Kybernetik als „Theorie der selbstregulierenden dynamischen Systeme“.<sup>14</sup> Klaus hob dabei vor allem auf die erkenntnistheoretischen Potentiale von Kybernetik und Systemtheorie für die marxistische Philosophie ab. Diese Verbindung von Kybernetik und Systemtheorie war – bezogen auf die Rezeption der Kybernetik in der

---

10 Art. ‚Kybernetik‘, in: Klaus, Georg (Hg.): Wörterbuch der Kybernetik 1967, S. 324-329. Heinz Liebscher, der an der Ausarbeitung des Wörterbuchs beteiligt war, wies in einem von mir geführten Interview darauf hin, dass die Arbeitsgruppe etwa 100 unterschiedliche Definitionen von Kybernetik zusammengetragen hatte, bis man sich schließlich für die zitierte Version entschied (Interview mit Heinz Liebscher, geführt am 6. November 2007 in Berlin).

11 Art. ‚Kybernetik‘, in: Klaus (Hg.): Wörterbuch der Kybernetik 1967, S. 324-329, S. 324.

12 Art. ‚Kybernetik‘, in: Klaus (Hg.): Wörterbuch der Kybernetik 1967, S. 324-329, S. 325.

13 Klaus: Kybernetik und Philosophie, in: Klare (Hg.): Kybernetik in Philosophie, Technik und Wissenschaft der DDR 1963, S. 16f.

14 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277, S. 1266.

DDR – der Schlüssel, um Kybernetik und Philosophie miteinander zu verbinden und damit die Auseinandersetzung um die neue Denkweise überhaupt erst anzustoßen. Mit Hilfe der Systemtheorie wurde es möglich, Phänomene wie Ganzheit oder Zielgerichtetheit von Systemen jeglicher Art materialistisch und auf der Basis der Naturwissenschaften zu deuten. Dies mache – so Klaus – den dialektisch-materialistischen Charakter von Systemtheorie und Kybernetik aus und führte ihn schließlich zu der Aussage: „Die Kybernetik ist jedoch ihrem Wesen nach materialistisch und dialektisch.“<sup>15</sup>

Wissenschaftshistorisch muss man zwischen der Entstehung von Systemtheorie und Kybernetik differenzieren: Während letztere in der USA vor allem militärisch-technischen Kontexten entsprang und sich durch die Macy-Konferenzen zwischen 1946 und 1953 als wissenschaftliche Disziplin etablierte, geht die Formulierung der Systemtheorie auf den Biologen und Philosophen Ludwig von Bertalanffy zurück. In dem Ansinnen, ein theoretisch einheitliches Gebäude der Biologie zu schaffen, setzte er sich mit Phänomenen wie der Ganzheit des Organismus und seiner Selbstregulation auseinander und beschrieb dies in systemtheoretischem Vokabular. Trotz der Unterschiede in der Entstehung verfolgten Kybernetik und Systemtheorie aber ein ähnliches Ziel, nämlich die Ablösung des mechanistischen Weltbildes durch ein systemtheoretisch-kybernetisches, das auf der Basis von Mathematik und Naturwissenschaft als epistemologisches Paradigma für die immer komplexer werdenden Phänomene in der Moderne verwendet werden sollte.<sup>16</sup>

### 1.3 Forschungsstand

Vor allem aktuelle, meist kulturwissenschaftlich angelegte Studien interpretieren die Kybernetik als „epistemische Erschütterung“<sup>17</sup> der Nachkriegszeit und betonen, dass die Kybernetik sich „zu einen wissenschaftlich und gesellschaftlich wirksamen Arbeits-, Ordnungs-, Deutungs- und Orientierungsinstrument“ ausweitete, „das mit weitgehenden epistemischen, technologischen und sozialen Ansprüchen ausgestattet war.“<sup>18</sup> In der vorliegenden Arbeit wird zu fragen sein, ob und inwiefern dies auch für die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR galt und auf welche Weise man sich einer Einordnung der Rezeption des systemischen Denkens in der DDR wissenschaftshistorisch nähern kann.

Die Kybernetik ist in den letzten zwanzig Jahren zu einem beachteten Forschungsthema avanciert. Vor allem die US-amerikanischen Ursprünge der Kybernetik in der Kriegswissen-

---

15 Art. ‚Kybernetik‘, in: Klaus (Hg.): Wörterbuch der Kybernetik 1967, S. 324-329, S. 327.

16 Osietzki: Das „Unbestimmte“ des Lebendigen, in: Weber/Barth (Hg.): Turbulente Körper, soziale Maschinen 2003, S. 137-150.

17 Pias: Zeit der Kybernetik, in: ders. (Hg.): Cybernetics Bd. 2 2004, S. 9-41, S. 9.

18 Hörl/Hagner: Kybernetische Transformation des Humanen, in: dies. (Hg.): Transformation des Humanen 2008, S. 18.

schaft und die Macy-Konferenzen,<sup>19</sup> die zwischen 1946 und 1953 stattfanden, sind inzwischen gut erforscht. Gleiches gilt für die Biographie des Begründers der Kybernetik Norbert Wiener.<sup>20</sup> Dabei geht es nicht nur um die Bedeutung für die Nachkriegswissenschaft (vor allem der USA),<sup>21</sup> sondern es wurde auch die Rolle der Kybernetik im Kontext unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen beleuchtet.<sup>22</sup>

Doch auch über den anglo-amerikanischen Kontext hinaus findet die Kybernetik inzwischen Beachtung. So ist eine Studie zur Geschichte der Kybernetik in der Bundesrepublik erschienen<sup>23</sup> und auch die Rezeption der Kybernetik in der Sowjetunion wurde bereits umfassend aufgearbeitet: In seiner Studie *From Newspeak to Cyberspeak*<sup>24</sup> beleuchtet Slava Gerovitch die modernisierende Rolle, die der Kybernetik für zahlreiche Wissenschaftsdisziplinen zukam. Hierzu zählten neben der Mathematik und den Ingenieurwissenschaften ferner die Physiologie<sup>25</sup> und die Linguistik.<sup>26</sup> Zudem zeigt Gerovitch, welche Bedeutung der politische und gesellschaftliche Kontext bei der Rezeption der neuen Wissenschaft hatte.<sup>27</sup> Die ursprüngliche Ablehnung der Kybernetik seitens der UdSSR erforderte – dies stellt eine wichtige Gemeinsamkeit mit der DDR dar – ihre ideologische und kulturelle Anpassung.<sup>28</sup> In der UdSSR wurde ihr vor allem eine wichtige Rolle für die technische Kontrolle im Bereich des Militärs beigemessen, bevor man die sich mit der Kybernetik eröffnenden Kontrollfunktionen auch auf die Ökonomie zu übertragen versuchte.<sup>29</sup>

Obwohl die hier skizzierten Arbeiten zur Kybernetik wichtige Anhaltspunkte für die vorliegende Studie bieten, ist resümierend festzuhalten, dass die angeführte Forschung zur Kybernetik die Tendenz aufweist, zwischen Kybernetik und Systemtheorie zu trennen, anstatt sie als eine Denkweise zu begreifen, welche ähnlichen historischen Wurzeln, nämlich der Kritik am mechanistischen Weltbild, entsprang. Dass hierfür nicht nur der Entstehungskontext der Kybernetik im Amerika der Nachkriegszeit relevant ist, sondern auch die Formulierung der Systemtheorie in den 1930er Jahren durch den Biologen und Philoso-

19 Heims: *The Cybernetics Group* 1993; Galison: *Ontologie*, in: Hagner (Hg.): *Ansichten* 2001, S. 433-485; Pias: *Cybernetics* 2004, 2 Bde.; Pickering: *Psychiatry, Synthetic Brains, and Cybernetics in the Work of W. Ross Ashby*, in: *International Journal of General Systems* 28 (2009), S. 213-230.

20 Masani: *Norbert Wiener* 1990; Bluma: *Norbert Wiener* 2005.

21 Rieger: *Kybernetische Anthropologie* 2003; Pickering: *Kybernetik und neue Ontologien* 2007; Hagner: *Universalwissenschaft*, in: ders./Hörl (Hg.): *Transformation des Humanen* 2008, S. 38-71.

22 Bowker: *How to be universal*, in: *SSS* 23 (1993), S. 107-127; Kay: *Buch des Lebens* 2000; Hagner: *Bilder der Kybernetik*, in: Heßler (Hg.): *Konstruierte Sichtbarkeiten* 2006, S. 383-404; Pickering: *The Cybernetic Brain: Sketches of Another Future* 2010.

23 Aumann: *Mode und Methode* 2009.

24 Gerovitch: *Newspeak* 2002.

25 Gerovitch: *Love-Hate for Man-Machine Metaphors in Soviet Physiology*, in: *Science in Context* 15 (2002), S. 339-374.

26 Gerovitch: *Kybernetisierung der Linguistik*, in: Hagner/Hörl (Hg.): *Transformation des Humanen* 2008, S. 229-274.

27 Gerovitch: *Die Beherrschung der Welt*, in: *Osteuropa* 10 (2009), S. 43-56.

28 Gordin u.a. entwickeln zur Beschreibung dieses Prozesses den Begriff der ‚ideologically correct‘ science, vgl. dazu Gordin u.a.: ‚Ideologically correct‘ science, in: Walker (Hg.): *Science and Ideology* 2003, S. 35-65. Im selben Band findet sich zudem ein Aufsatz zum vergleichenden Verhältnis von Kybernetik und Ideologie in unterschiedlichen Staaten: Mindell/Gerovitch/Segal: *From Communications Engineering to Communications Science*, S. 66-96.

29 Gerovitch: *Striving for Optimal Control*, in: Levin (Hg.): *Cultures of Control* 2000, S. 247-264.

phen Ludwig von Bertalanffy zu epistemologischen Transformationen des wissenschaftlichen Weltbildes beitrug, dokumentieren verschiedene Arbeiten zur Geschichte der Systemtheorie. Für die Rezeption der Kybernetik in den sozialistischen Staaten konstatiert Rudolf Seising etwa, dass

„Wieners Kybernetik [...] damals schon eine Symbiose mit der Allgemeinen Systemtheorie eingegangen [war], die auf Ideen von Ludwig von Bertalanffys in den 1920er Jahren in Österreich begonnen Arbeiten zur Theoretischen Biologie beruhten.“<sup>30</sup>

Und Maria Osietzki zeigt, wie die Systemtheorie als Alternative aus Debatten um die Rationalitätsformen des 20. Jahrhunderts und dem Streit um Mechanismus und Vitalismus hervorging.<sup>31</sup> Klaus Müller hat in seiner Monographie *Allgemeine Systemtheorie*<sup>32</sup> die Begriffsverschiebungen des Systembegriffs seit der Weimarer Zeit herausgearbeitet; er legt dar, dass es seit den 1920er Jahren vor allem im Kontext der positivistischen Wissenschaftsphilosophie zu einer „Umbildung, Reinterpretation und Verzweigung des Systembegriffs“<sup>33</sup> gekommen sei, die die Grundlage für seine disziplinenübergreifende Verwendung vor allem im Bereich der Sozial- und Gesellschaftswissenschaften darstellte. Evelyn Fox Keller argumentiert in ihrem Aufsatz „Marrying the Premodern to the Postmodern: Computers and Organisms after World War II“<sup>34</sup>, wie sich die Kybernetik aus der holistischen Biologie stammender Begriffe wie „Ganzheit“ und „Selbstorganisation“ bediente. Schließlich zeugt auch der in erster Linie biographisch angelegte Sammelband *Schlüsselwerke der Systemtheorie*,<sup>35</sup> herausgegeben von Dirk Baecker, davon, welche Bedeutung die Arbeiten von Systemtheoretikern wie Bertalanffy und Kybernetiker wie Wiener, Ashby oder von Neumann für die Formulierung der soziologischen Systemtheorie besaßen.

Für die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR sind beide Entwicklungsstränge relevant, weil die Rezeption des systemischen Denkens hier gewissermaßen einen ‚Sonderfall‘ darstellt: Die gesellschaftliche Wirkungsmacht der Kybernetik in der DDR setzte ihre philosophische Anpassung an den dialektischen Materialismus voraus. Hierzu griffen DDR-Philosophinnen und -Philosophen zunächst den Systembegriff auf und hoben – ähnlich wie in der Frühphase der biologischen Systemtheorie – auf das erkenntnistheoretische Potential einer systemischen Betrachtungsweise ab. Diese schien ihnen die Möglichkeit zu bieten, die Unterscheidung zwischen Kausalität und Teleologie in einem dialektischen Sinn zu überwinden.<sup>36</sup> Die systemische Betrachtung der Gesellschaft – das zeigt die oben

30 Seising: Unschärfe Modellierung, in: Dittmann/ders. (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 43-79, S. 43.

31 Osietzki: Plural der Vernunft, in: Technikfolgenabschätzung 11 (2002), S. 20-31; Osietzki: Das „Unbestimmte“ des Lebendigen, in: Weber/Barth (Hg.): Turbulente Körper, soziale Maschinen 2003, S. 137-150.

32 Müller: Allgemeine Systemtheorie 1996.

33 Müller: Allgemeine Systemtheorie 1996, S. 15.

34 Keller: Marrying the Premodern to the Postmodern, in: Wise (Hg.): Growing Explanations 2004, S. 181-198; vgl. auch Keller: Der Organismus, in: Scheich (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit 1996, S. 313-334.

35 Baecker (Hg.): Schlüsselwerke der Systemtheorie 2005.

36 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277.



angeführte Definition von Kybernetik – war dabei ebenso mit angelegt wie die Betrachtung technischer oder biologischer Systeme. Für die Anfangsphase der Rezeption des systemischen Denkens in der DDR sind es also vor allem die der Kybernetik beigemessenen epistemischen und weniger die technologischen Ansprüche, die die Durchsetzung der neuen Sichtweise begleiteten.

Am Beispiel der DDR zeigt sich, dass es wichtig ist, die ‚Standortgebundenheit‘ der Kybernetik zu betonen: Vom jeweiligen nationalen Kontext der Rezeption hängt nicht nur ab, *wer sich wann, wie und in welchen disziplinären Kontexten* mit Kybernetik befasste, sondern auch, in welcher Form sie institutionalisiert und vor allem, welche gesellschaftliche Bedeutung ihr beigemessen wurde. Mindell, Segal und Gerovitch haben dies bereits für die Kybernetik-Rezeption in den USA, Frankreich und der UdSSR herausgearbeitet und kommen zu dem Ergebnis, dass

„[t]he history of cybernetics and information theory is one of crossing cultural, political, and disciplinary boundaries. [...] Crossing international borders placed cybernetics and information theory in completely different cultural contexts, in which the question of national origins of scientific ideas suddenly acquired great political significance.“<sup>37</sup>

Für die DDR allerdings liegt bisher keine umfassende Studie vor, die die Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie untersucht und sie im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext der DDR verortet.

Bereits 1977 stellte Steffen Werner im Titel seiner Monographie die Frage *Kybernetik statt Marx?* und untersuchte die *Politische Ökonomie und marxistische Philosophie in der DDR unter dem Einfluß der elektronischen Datenverarbeitung*.<sup>38</sup> Werner vertritt die These, dass die „Gleichstellung“ von marxistischer Philosophie und Kybernetik durch Georg Klaus zu einem „kybernetischen Materialismus“ geführt habe, der eine „Einflußnahme der Kybernetik auf die Wirtschaftspolitik“<sup>39</sup> ermöglicht hätte. Das Defizit von Werners Studie liegt – das ist dem Zeitpunkt der Veröffentlichung geschuldet – jedoch darin, dass er seine Thesen nur unzureichend begründet und vor allem auf die „zukünftige“ Rolle der Datenverarbeitung abhebt. Werners Buch ist vor allem als Zeitdokument zu verstehen.

Eine umfassende Studie, die neben den Veröffentlichungen zur Kybernetik in der DDR auch Archivalien aus den inzwischen zugänglichen Archiven auswertet und sowohl den Denkstil der Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR rekonstruiert als auch einen Überblick über die unterschiedlichen Protagonistinnen und Protagonisten des

---

37 Mindell/Gerovitch/Segal: From Communications Engineering to Communications Science, in: Walker (Hg.): Science and Ideology 2003, S. 66-96.

38 Werner: *Kybernetik statt Marx?* 1977. Das Buch von Werner ist im westdeutschen Verlag „Bonn aktuell“ erschienen. Dies und die Tatsache, dass Werner schon zuvor in der westdeutschen Zeitschrift *SBZ-Archiv* unter einem Pseudonym zu dieser Thematik veröffentlicht hat (Endnote 1, S. 220), legen die Vermutung nahe, dass Werner aus der DDR stammte, aber in die BRD migriert ist. Hinweise zum Autor finden sich in der Monographie jedoch nicht.

39 Werner: *Kybernetik statt Marx?* 1977, S. 214.

systemischen Denkens in der DDR sowie die Institutionalisierung von Kybernetik und Systemtheorie bietet, steht bisher noch aus. Wichtige Ansatzpunkte hierzu liefern einzig die von Frank Dittmann verfasste Einleitung zu dem Sammelband *Kybernetik steckt den Osten an*<sup>40</sup> sowie die Aufsätze „Kybernetik in der DDR. Begegnung mit der marxistischen Ideologie“<sup>41</sup> und „Kybernetik in der DDR: Dialektische Beziehungen“<sup>42</sup> von Jérôme Segal. Beide Autoren schlagen Periodisierungen der Kybernetik-Rezeption in der DDR vor, die sich jedoch unterscheiden: Während Dittmann davon ausgeht, dass die „Periode der strikten Ablehnung“<sup>43</sup> der Kybernetik bis etwa 1955 anhielt, skizziert Segal die Periode von 1948 bis 1961 als den Zeitraum, in der die Kybernetik „den Osten [ange]steckt“<sup>44</sup> habe. Segal spricht sich somit für einen allmählichen Übergang von Ablehnung zur Rezeption der Kybernetik aus. Dittmann markiert die Zeit von 1955 bis (etwas unscharf) nach 1960 als „Periode der Diskussion“,<sup>45</sup> während Segal erst für die Jahre 1961 und 1962 „Kontroversen“<sup>46</sup> über Kybernetik ausmacht. Und auch bezüglich des Zeitraums der „Begeisterung, ‚Perversion‘ und ‚Normalisierung‘“<sup>47</sup> herrscht zwischen beiden Uneinigkeit: Während Dittmann erst für die Zeit ab 1965 eine „Hypertrophierung“<sup>48</sup> konstatiert, setzt Segal diesen Zeitraum für die Zeit zwischen 1963 und 1969 an.<sup>49</sup> Gemeinsam ist den drei Arbeiten jedoch, dass sie für das Jahr 1969 eine „antikybernetische Wende“<sup>50</sup> betonen, deren äußerer Anlass eine Rede Kurt Hagers vor dem zehnten Plenum des ZK der SED war.<sup>51</sup> Während Dittmann in seinem Aufsatz um eine Einordnung der Kybernetik in die politische Ereignisgeschichte der DDR bemüht ist, ist es Segal zu verdanken, die Debatte um die Kybernetik in der DDR diskursanalytisch aufzuarbeiten. Er möchte die Rezeption der Kybernetik in der DDR wissenschaftshistorisch und „im Zusammenhang mit politischer, Wirtschafts- und Institutionengeschichte“<sup>52</sup> betrachten. So skizziert Segal auch verschiedene politische und wirtschaftliche Entwicklungen der DDR, geht aber nicht auf das Wissenschaftsverständnis und die Wissenschaftspolitik der SED ein. Segal benennt zudem einige Etappen der Institutio-

---

40 Dittmann: Kybernetik in der DDR, in: ders./Seising (Hg.): *Kybernetik steckt den Osten an* 2007, S. 13-42.

41 Segal: Kybernetik in der DDR, in: *Dresdner Beiträge zur Geschichte der Technik und Technikwissenschaft* 27 (2001), S. 47-75, auch online unter: <http://jerome-segal.de/Publis/Kyb-DDR.htm>, letzter Abruf 26.6.11.

42 Segal: Dialektische Beziehung, in: Pias (Hg.): *Cybernetics* Bd. 2 2004, S. 227-251.

43 Dittmann: Kybernetik in der DDR, in: ders./Seising (Hg.): *Kybernetik steckt den Osten an* 2007, S. 13-42, S. 20.

44 Segal: Kybernetik in der DDR, in: *Dresdner Beiträge zur Geschichte der Technik und Technikwissenschaft* 27 (2001), S. 47-75, auch online unter: <http://jerome-segal.de/Publis/Kyb-DDR.htm>, letzter Abruf 26.6.11.

45 Dittmann: Kybernetik in der DDR, in: ders./Seising (Hg.): *Kybernetik steckt den Osten an* 2007, S. 13-42, S. 21-27.

46 Segal: Dialektische Beziehung, in: Pias (Hg.): *Cybernetics* Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 236.

47 Segal: Dialektische Beziehung, in: Pias (Hg.): *Cybernetics* Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 240.

48 Dittmann: Kybernetik in der DDR, in: ders./Seising (Hg.): *Kybernetik steckt den Osten an* 2007, S. 13-42, S. 28.

49 Segal: Dialektische Beziehung, in: Pias (Hg.): *Cybernetics* Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 240-244.

50 Segal: Dialektische Beziehung, in: Pias (Hg.): *Cybernetics* Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 244. Diese Auffassung findet sich auch in dem Aufsatz Segals zur „Kybernetik in der DDR“ (2001). Dittmann spricht von einem 1969 erfolgten „Verdikt“ gegen die Kybernetik.

51 Hager: Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus, in: *Neues Deutschland* vom 30. April 1969, S. 3-7.

52 Segal: Dialektische Beziehung, in: Pias (Hg.): *Cybernetics* Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 228.

nalisation der Kybernetik in der DDR, rekonstruiert aber nicht den Entstehungshintergrund und die Aufgaben der geschaffenen Kommissionen als Politikberatungsgremien.

Neben den Überblicksartikeln von Dittman und Segal liegen darüber hinaus vereinzelt Arbeiten vor, die sich auf bestimmte Protagonisten der Kybernetik wie Georg Klaus,<sup>53</sup> Max Bense<sup>54</sup> oder Manfred Peschel<sup>55</sup> beziehen sowie Arbeiten, die sich auf technische<sup>56</sup> oder wirtschaftliche<sup>57</sup> Aspekte der Kybernetik beschränken, ohne jedoch die gesamte Entwicklung in den Blick zu nehmen und die Kybernetik im politischen Kontext der DDR zu verorten.

Selbstzeugnisse zahlreicher Zeitzeuginnen und Zeitzeugen bieten neben der genannten Forschungsliteratur einen wichtigen Zugang zur Kybernetik in der DDR. Zu dieser Kategorie von Veröffentlichungen zählen neben der 1995 erschienenen Monographie *Fremd- oder Selbstregulation? Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie*<sup>58</sup> von Heinz Liebscher die meisten Beiträge in dem von Frank Dittmann und Rudolf Seising herausgegebenen Sammelband *Kybernetik steckt den Osten an*<sup>59</sup> sowie die anlässlich des 90. Geburtstags von Georg Klaus veröffentlichte Aufsatzsammlung *Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften*<sup>60</sup>, die von Klaus Fuchs-Kittowski und Siegfried Piotrowski im Jahr 2004 herausgegeben wurde. Die Publikationen dokumentieren das breite Spektrum der Kybernetik-Rezeption in der DDR, wenngleich sie sich in großen Teilen auf persönliche Erlebnisse, Erfahrungen und frühere Arbeitsinhalte stützen. Damit bieten sie zwar einen interessanten Einblick in die „Innenansichten ostdeutscher Kybernetiker“<sup>61</sup>, lassen aber gelegentlich historische Distanz sowie eine systematische Auswertung von Quellen und Archivalien vermissen. Für die vorliegende Arbeit liefern die genannten Publikationen wertvolle Hinweise zu dem Denkkollektiv um Georg Klaus, weil sie – gelesen als Berichte von Expterinnen und Experten beziehungsweise ‚verschriftlichte‘ Oral History – eine Quelle darstellen, die ansonsten nicht rekonstruierbare Informationen liefert. Die genannten Publikationen wurden deswegen auch – sofern möglich – durch persönliche Interviews mit Akteuren ergänzt.

---

53 Eckardt: Der Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Georg Klaus, in: Deutschland-Archiv 35 (2002), S. 544-552; Eckardt: Georg Klaus an Max Bense, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften 2004, S. 390-392.

54 Eckardt, Michael: Angewandte Wissenschaftsrevision, in: Humankybernetik 43 (2002), S. 143-152; Eckardt: Philosophie und Philosophen in Jena, in: Weißbecker (Hg.): Gewalt 2002, S. 51-68.

55 Seising: „Erstaunliche Begebenheiten“, in: Hochschule Zittau/Görlitz (FH) Institut für Prozesstechnik, Prozessautomatisierung und Messtechnik (Hg.): Betrachtungen zur Systemtheorie 2003, S. 307-326; Seising: Manfred Peschel (1932-2002), in: Naumann/Schade (Hg.): Informatik in der DDR – eine Bilanz 2007, S. 479-500; Seising: Unschärfe Modellierung, in: Dittmann/ders. (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 43-79.

56 Pulla: Messen – Steuern – Regeln, in: Abele/Barkleit/Hänseroth (Hg.): Innovationskulturen 2001, S. 213-246.

57 Caldwell: Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the German Democratic Republic 2003.

58 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995.

59 Dittmann/Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007.

60 Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften 2004.

61 1994 veröffentlichte Norbert Kapferer ein Buch mit dem Titel „Innenansichten ostdeutscher Philosophen“, das die Einschätzungen verschiedener Zeitzeugen zur Philosophie in der DDR versammelt. Kapferer: Innenansichten 1994.

Die hier skizzierten Forschungsstränge zur Geschichte von Systemtheorie und Kybernetik bieten zwar wichtige Anhaltspunkte für die vorliegende Studie, lassen aber noch zahlreiche Fragen offen. Dies betrifft nicht nur die Geschichte der Kybernetik in der DDR, die bisher nur in Ansätzen historiographisch aufgearbeitet wurde, sondern auch die Betrachtung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der DDR, wozu empirische Studien an konkreten Fallbeispielen bisher noch weitestgehend ausstehen.

Hier setzt die vorliegende Arbeit an: Die Forschung zur Geschichte der Kybernetik hat gezeigt, dass das Verhältnis von Wissenschaft und Politik konstitutiv für das Verständnis der Rezeption des systemischen Denkens ist. Dieses ist aber in der Literatur zur Kybernetik in der DDR bisher nur unzureichend theoretisch konzeptionalisiert. Vielmehr scheinen sowohl Segal als auch Dittmann zumindest implizit im Sinne eines eindimensionalen Steuerungsmodells der Wissenschaft durch die Politik davon auszugehen, dass eine politische Äußerung oder ein politischer Machtwechsel – im Fall der Kybernetik die Rede Hagers vom 10. Plenum des ZK beziehungsweise spätestens der Rücktritt Ulbrichts 1971 – einen ganzen Wissenschaftszweig zum Verstummen bringen konnte. Diese Einschätzung ist differenzierter zu betrachten: Politisch muss für das systemische Denken mit Beginn der 1970er Jahre zweifelsohne ein Bedeutungsverlust konstatiert werden. Fraglich ist jedoch, ob es seine Relevanz auch in der Wissenschaft verlor. Vielleicht mag der Begriff ‚Kybernetik‘ zunehmend von der Bildfläche verschwunden sein, die durch Kybernetik und Systemtheorie erteilten Denkanstöße waren es jedoch keineswegs. Es fehlt an einer systematischen Untersuchung, die die Geschichte von Systemtheorie und Kybernetik miteinander verbindet und den wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kontexten ihrer Rezeption verortet. Deswegen ist genauer zu erforschen, wo und wie die Kybernetik institutionalisiert wurde, welche Expertenkommissionen gegründet wurden und mit welchen Konsequenzen diese Einfluss auf die Politik gewannen; anhand einer systematischen Auswertung der Archivalien im Bundesarchiv und dem Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften müssen die Tätigkeiten verschiedener Gremien und Institute rekonstruiert und ihr Verständnis von Kybernetik und Systemtheorie herausgearbeitet werden.

Darüber hinaus bleibt in der Forschung unbeantwortet, warum sich vor allem die Philosophie als geisteswissenschaftliche Disziplin darin hervortat, die Kybernetik – einen eigentlich aus den Ingenieur- und Naturwissenschaften stammenden Ansatz – in der DDR zu ‚popularisieren‘. Hierzu ist es notwendig, die Kybernetik im Wissenschaftskontext der DDR näher zu verorten und auch das Verhältnis von Kybernetik und Philosophie in die Betrachtung einzubeziehen. Was ist also unter „kybernetische[m] Materialismus“<sup>62</sup> zu verste-

---

62 Werner: Kybernetik statt Marx? 1977, S. 214.

hen? Und wie ist die Einschätzung von Stefania Maffeis, die in ihrer 2007 veröffentlichten Monographie „Zwischen Wissenschaft und Politik“<sup>63</sup> die Geschichte der Disziplin Philosophie in der DDR<sup>64</sup> und ihr Verhältnis zur Politik rekonstruiert, zu beurteilen, dass die „Autonomie der Kybernetikforschung [...] nur als Resultat einer Verabredung mit den politischen Instanzen“<sup>65</sup> interpretiert werden könne?

#### 1.4 Thesen der Arbeit

Die Rezeption und Etablierung von Systemtheorie und Kybernetik in der DDR waren in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich: Ausgangspunkt für die Rezeption der Kybernetik war die Philosophie, nicht die Technik- oder Naturwissenschaft. Referenzpunkt war der Systembegriff, der auf politischer Ebene in den 1960er Jahren zu einem zentralen Leitbegriff wurde. Wichtigster Kritikpunkt, der in der DDR immer wieder gegenüber der Kybernetik ins Feld geführt wurde, war, dass man in ihr keinen „Philosophieersatz“<sup>66</sup> sehen dürfe. Für die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR sind beide Entstehungsstränge – Kybernetik und Systemtheorie – gleichermaßen von Bedeutung und eng miteinander verwoben. Die oben skizzierten Definitionsansätze deuten bereits auf zwei Besonderheiten der Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR hin, hinsichtlich derer sich die Entwicklung der Kybernetik in der DDR von anderen nationalen Kontexten unterscheidet: Erstens wurde die Auseinandersetzung um die neue Disziplin nicht – wie in den USA oder der UdSSR – von den Natur- oder Ingenieurwissenschaften angestoßen, sondern sie ging in der DDR von der Philosophie aus. Zweitens war es die definitorische Verbindung von Kybernetik und Systemtheorie, hinsichtlich derer sich die systemtheoretisch-kybernetische Denkweise in der DDR von anderen Staaten unterschied. Um Kybernetik und Systemtheorie gleichermaßen fassen zu können, wird deswegen in der vorliegenden Studie der Begriff des ‚systemischen Denkens‘ verwendet werden, um die Herausbildung eines ‚systemischen Denkstils‘ in der DDR nachzuzeichnen.<sup>67</sup> Auf diese Weise soll eine Verengung der Darstellung auf ‚die Kybernetik‘ oder eine Unterordnung der Systemtheorie unter die Kybernetik

---

63 Maffeis: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007.

64 Hierzu liegen inzwischen zahlreiche Studien unterschiedlicher Qualität vor, so beispielsweise: Rauh/Ruben (Hg.): Denkversuche 2005; Gerhardt/Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie 2001; Herzberg: Abhängigkeit und Verstrickung 1996; Kapferer (Hg.): Innenansichten ostdeutscher Philosophen 1994.

65 Maffeis: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 113f.

66 Hörz: Kybernetik als Philosophieersatz?, in: Dittmann/Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 135-168

67 Heinz Liebscher verwendet im Untertitel seiner Studie *Fremd- oder Selbstregulation? Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie* (1995) den Begriff des ‚systemischen Denkens‘, begründet die Begriffsverwendung jedoch nicht. Der Vorteil dieser Bezeichnung besteht jedoch darin, Kybernetik und Systemtheorie in der Darstellung gleichermaßen zu berücksichtigen, weswegen ich mich an vor allem hinsichtlich übergreifender Entwicklungen an Liebschers Begriffsverwendung orientiere. Bezogen auf die konkreten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem systemischen Denken in der DDR und ihre Besonderheiten verwende ich den Begriff des ‚systemischen Denkstils‘, der auf meinen theoretisch-methodischen Zugang zurückgeht und auf den Ausführungen Ludwik Flecks in seiner Monographie *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache* von 1935 basiert (vgl. dazu Kapitel 2).

vermieden werden, denn es geht weniger um begriffliche Abgrenzungen von Kybernetik und Systemtheorie, sondern vielmehr um ihre Gemeinsamkeiten, die das epistemologisch Neuartige der Denkweise ausmachen.

### ***Systemischer Denkstil und Modernisierung des Sozialismus: Wissenschaft und Politik in der DDR***

Eine zentrale These dieser Arbeit ist, dass die Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik in der DDR, die vor allem in den 1960er Jahren ihre Hochphase hatte, eingebettet war in eine Debatte, in der die – bezüglich der Wissenschafts- und Technikentwicklung – überholten Kategorien des Marxismus/Leninismus im Rahmen der Möglichkeiten der sozialistischen Gesellschaft modernisiert werden sollten. Anders formuliert: Durch die Rezeption systemtheoretisch-kybernetischen Denkens etablierte sich ein moderner, wissenschaftlicher Denkstil, der trotz der autoritären politischen Voraussetzungen in der DDR an Bedeutung gewann. Dieser Denkstil kann als Versuch gelesen werden, unter dem Motto „Wissenschaft als vierte Produktivkraft“ im progressiv-sozialistischen Sinne auf die Herausforderungen der modernen Gesellschaft zu reagieren und in diesem Sinne einer ‚ideologischen Modernisierung‘ Vorschub zu leisten.

Dabei handelt es sich, so meine Annahme, bei der zunehmenden Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Technik in der DDR um die Voraussetzung für einen Verwissenschaftlichungsprozess der Politik: Die in der DDR geführte Debatte um die „Wissenschaft als vierte Produktivkraft“ und die Bedeutung der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ stellte einen Ausgangspunkt dafür dar, den Stellenwert von Wissenschaft und Technik für die sozialistische Gesellschaft zu problematisieren und zu konzeptionalisieren. Erst mit der Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung der Wissenschaft für die moderne Gesellschaft seitens der SED wurde die Basis dafür gelegt, sich auch in der Politik wissenschaftlicher Expertise zu bedienen und politische Prozesse mit Hilfe der Wissenschaft zu reflektieren.

Dieser Entwicklung, d.h. die politische Thematisierung der Produktivkraft Wissenschaft und die damit einhergehende Veränderung des Wissenschaftsverständnisses der SED, gab zugleich entscheidende Impulse für die Etablierung des systemischen Denkstils in der DDR: Die Protagonistinnen und Protagonisten der wissenschaftlichen Debatte über das systemische Denken setzten das neue wissenschaftliche Konzept oftmals ins Verhältnis zu den skizzierten politischen Konzepten, was – so meine These – ein besonderes Charakteristikum der Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik in der DDR war. Auf Seiten der Politik war der systemische Denkstil, der sich u.a. dadurch auszeichnete, die Gesellschaft als System zu begreifen, den Begriff der Struktur stark zu machen oder den Stellenwert des In-

formationsbegriffs und der Automatisierung herauszustellen – um nur einige Stichworte zu nennen – ein wichtiger Referenzpunkt im Zuge wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse der 1960er Jahre.

Mein besonderer Fokus wird in dieser Arbeit deswegen auf dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik liegen, welches am Beispiel der Rezeption des systemischen Denkens in der DDR rekonstruiert werden soll. Anstatt von einer einseitigen Steuerung der Wissenschaft durch die Politik gehe ich davon aus, dass es zu der für die Wissensgesellschaft charakteristischen ‚Verwissenschaftlichung der Politik‘ kam.

Systemtheorie und Kybernetik stellten, so meine Annahme, gewissermaßen die wissenschaftliche ‚Nahtstelle‘ zur Politik dar. Das systemische Denken – verstanden als Expertenwissen – lieferte Ansätze zur Organisation von Wissen und zur Organisation von Gesellschaft, an denen der Staat – insbesondere der autoritär-sozialistische Staat – interessiert war. Den Politikerinnen und Politikern war daran gelegen, eine operationalisierbare, planbare Art zu finden, mit Wissen umzugehen und die Gesellschaft zu steuern. Meine These ist, dass das systemische Denken – und darin unterscheidet sich die Rezeption der Kybernetik in der DDR von der in anderen Gesellschaftskonstellationen – dazu beitrug, staatliches Handeln zu begründen (beispielsweise in Form des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung); in diesem Sinne stellte es eine Innovation der sozialistischen Dogmatik dar. War zunächst zwar noch der Mittelweg zwischen wissenschaftlicher Innovativität und ideologischer Kongruenz des systemischen Denkens gewährleistet, liegt die Widersprüchlichkeit dessen gleichwohl auf der Hand und trat Ende der 1960er Jahre zu Tage: Ein autoritärer Staat, der einerseits auf gesellschaftliche Planung und Steuerung setzt, sich aber zugleich einer wissenschaftlichen Sichtweise bedient, deren zentraler Aspekt die Selbstregulation von Systemen ist, stellt sich selbst in Frage. So entstand zu dieser Zeit eine Konkurrenzsituation zwischen Wissenschaft und Politik, die zwar – oberflächlich betrachtet – zu Gunsten der Politik entschieden wurde. Meine These ist aber, dass es in erster Linie zu einer Verschiebung der Ressourcenensembles kam, wie sich anhand der Veränderung des Expertenwissens über Kybernetik zeigen lässt.

### ***Die Rolle der Philosophie für die Rezeption systemischen Denkens***

Nicht nur in der DDR spielte die Philosophie eine wichtige Rolle bei der Rezeption der Kybernetik. Im Westen galt die Kybernetik als „anthropologische und philosophische Herausforderung ersten Ranges“.<sup>68</sup> Für die Bundesrepublik sind in diesem Zusammenhang etwa die Philosophen Martin Heidegger, Gotthard Günter oder Max Bense zu nennen, die

---

68 Pias: Zeit der Kybernetik, in: ders. (Hg.): Cybernetics Bd. 2 2004, S. 9-41, S. 15.

die philosophische Auseinandersetzung mit der Kybernetik prägten. Während im Westen vor allem die Möglichkeiten und Grenzen der Kybernetik philosophisch reflektiert und das Verhältnis von Mensch und Maschine ausgelotet wurde,<sup>69</sup> war die Philosophie in der DDR allerdings der *Ausgangspunkt*, um die Rezeption der Kybernetik überhaupt anzustoßen.

Meine These ist, dass die Philosophie in der DDR eine Art Legitimationsdisziplin des sozialistischen Gesellschaftsmodells darstellte. Hieraus resultierte eine gewisse „Anwendungsorientierung“ der Philosophie in der DDR. Aufgabe bestimmter Bereiche der Philosophie war es unter anderem, die wissenschaftlichen, technischen und industriellen Entwicklungen der modernen Gesellschaft vor dem Hintergrund der Staatsideologie zu reflektieren. DDR-Philosophinnen und -Philosophen, die hier ihr Arbeitsgebiet sahen, befanden sich dabei im Spannungsfeld zwischen marxistisch-leninistischer Philosophie und ihren doktrinären Vorstellungen auf der einen und den modernen wissenschaftlichen Theorien in den Naturwissenschaften wie eben der Kybernetik auf der anderen Seite. Gerade diejenigen Teilbereiche der DDR-Philosophie, die sich mit dem systemischen Denken befassten – so meine These – zeichneten sich durch eine innovative Art der Verbindung von marxistischen Ansätzen mit Entwicklungen der modernen Naturwissenschaften aus, die sie von eher traditionellen philosophischen Teilbereichen abhob. Die Rezeption des systemischen Denkens verhalf Teilen der DDR-Philosophie dabei zu einer Eigenständigkeit, die nicht zuletzt auch von der Wissenschaftspolitik gewürdigt wurde und dazu führte, dass man Lehrstühle, Forschungsinstitutionen und Expertengremien schuf.

### 1.5 Argumentationsgang

Wenn man die Bedeutung der Kybernetik in der DDR verstehen will, muss man die Rezeption des systemischen Denkens kontextualisieren und im Verhältnis von Wissensproduktion, Wissensproduzenten und Politik verorten. Dies erfordert einen theoretischen Zugang, der die Bedeutung von wissenschaftlichem Wissen, Akteuren und Strukturen miteinander verbindet und es ermöglicht, alle genannten Ebenen in die Untersuchung einzubeziehen. Hierfür bietet es sich an, sich theoretisch-methodisch an den Überlegungen von Ludwik Fleck zur „Entstehung und Entwicklung wissenschaftlicher Tatsachen“<sup>70</sup> zu orientieren. Fleck geht von der sozialen Gebundenheit wissenschaftlicher Erkenntnisse aus und fragt einerseits nach den wissenschaftlichen Ideen und Inhalten (Denkstile), berücksichtigt aber auch die Träger wissenschaftlicher Ideen und konzeptionalisiert diese als Denkkollektive. Seine Herangehensweise erweist sich noch in einer weiteren Hinsicht als gangbarer Weg, die Geschichte des systemischen Denkens in der DDR zu rekonstruieren: Sie ist gleicherma-

---

69 Hörll: *Parmenideische Variationen*, in: Pias (Hg.): *Cybernetics* Bd. 2 2004, S. 185-201.

70 Fleck: *EEWT* 1980 [1935].



ßen auf naturwissenschaftliche wie auf geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplinen übertragbar und damit geeignet, die Rezeption des systemischen Denkens im Kontext der DDR-Philosophie nachzuzeichnen. Zudem berücksichtigt Fleck die gesellschaftlichen Kontexte, in die das wissenschaftliche Wissen eingebunden ist. Im vorliegenden Fall heißt das, dass auch außerwissenschaftliche Einflüsse auf die Wissenschaft – wie eben die politische Debatte um den Stellenwert wissenschaftlichen Wissens im Sozialismus – in die Darstellung einfließen können und sollten, um den Erfolg des systemischen Denkstils in der DDR erklären zu können.

Dies legt es nahe, meine Analyse in den Kontext der Debatte um die Historisierung der Wissensgesellschaft zu stellen. Mittels dieser Perspektive lassen sich die verbleibenden Leerstellen in der bisherigen Forschung zur Kybernetik in der DDR füllen, da sie einen differenzierteren Blick auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR ermöglicht. Charakteristisch für die Wissensgesellschaft ist die Zunahme der Bedeutung von wissenschaftlichem Wissen in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen, so auch im Bereich der Politik. Basierend auf dieser Annahme scheint es möglich, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR jenseits eindimensionaler Erklärungsansätze auszuloten. Doch auch die Ansätze zur Historisierung der Wissensgesellschaft können von der skizzierten Perspektive auf die Geschichte des systemischen Denkens in der DDR profitieren: Denn während die dargestellten Überlegungen theoretisch und methodisch große Überzeugungskraft besitzen, weil sie einen vielversprechenden Blick auf Verwissenschaftlichungsprozesse im 20. Jahrhundert erhoffen lassen, liegen bisher kaum empirische Studien vor, die das Konzept am historischen Fallbeispiel erproben.

Im zweiten Kapitel dieser Arbeit werde ich die Potenziale der Fleckschen Methodologie skizzieren, darlegen, mit welchen Begriffen ich operiere und skizzieren, wie sich die Theorie von Denkstilen und Denkkollektiven mit den Überlegungen zur Historisierung der Wissensgesellschaft zusammenbringen lässt. Schließlich werde ich erörtern, wie ich die Verbindung des Fleckschen Ansatzes mit den Überlegungen zur Historisierung der Wissensgesellschaft – bezogen auf mein Forschungsfeld, nämlich die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR – methodisch umsetze.

Im dritten Kapitel widme ich mich der Frage nach dem Stellenwert der Produktivkraft Wissenschaft in der DDR. Ich werde schildern, auf welche Weise die Begrifflichkeiten der Produktivkraft Wissenschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution in den wissenschaftlichen und politischen Diskurs der DDR Einzug fanden und fragen, wann und wie sie auch in der Wissenschaft aufgegriffen wurden. Vor dem Hintergrund der Überlegungen zur Historisierung der Wissensgesellschaft wird zu beantworten sein, wie sich dies

auf die Wissenschaftsentwicklung auswirkte und speziell, wie bei der Etablierung des systemischen Denkstils Bezug auf diese Diskurse genommen wurde.

Das vierte Kapitel dient dazu, die Rezeption des systemischen Denkens im Wissenschaftssystem der DDR verorten zu können. Es gliedert sich in zwei Teile, deren erster sich vor allem mit dem Wechselverhältnis von Wissenschaft und Politik befasst. Eingebettet in eine Skizzierung der unterschiedlichen Phasen der Wissenschaftsentwicklung in der DDR stehen in diesem Teilkapitel sozial- und institutionengeschichtliche Aspekte im Vordergrund. Ziel ist es zu zeigen, dass die Annahme einer politischen Steuerung der Wissenschaft zu kurz greift, weil die SED zwar organisatorischen Zugriff auf die wissenschaftlichen Institutionen besaß, aber zugleich auf die Leistungsbereitschaft und Mitwirkung der Hochschullehrerinnen und -lehrer angewiesen war.<sup>71</sup> Folgende Fragen werde ich beantworten: Wie ist die Sozialstruktur der ostdeutschen Hochschullehrerschaft zu charakterisieren? Welche Einflussmöglichkeiten besaß die SED auf die Hochschulen und wie nutzte sie diese? Welche Freiräume besaßen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler? Wie rekrutierte sich der wissenschaftliche Nachwuchs? Welchen Stellenwert besaßen welche Institutionen im Wissenschaftssystem der DDR? Hierbei wird die Schaffung von Gremien der wissenschaftlichen Politikberatung ebenso beleuchtet werden wie ihre Funktionsweise, ihre Möglichkeiten und Grenzen.

Im zweiten Teil des vierten Kapitels werden diese Aspekte an der Disziplin Philosophie in der DDR konkretisiert. Ich werde darlegen, wie sich das Verhältnis von Philosophie und Politik in der DDR gestaltete, die Besonderheiten der Philosophie in der DDR und ihr Verhältnis zum Marxismus-Leninismus schildern und die Institutionalisierung der Philosophie in der DDR betrachten.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen widmet sich das fünfte Kapitel der Rekonstruktion des systemischen Denkens in der DDR. Nach einer einleitenden Übersicht über die wichtigsten Etappen des systemischen Denkens wird vor allem das philosophische Denkkollektiv rekonstruiert, im Zuge dessen sich die Etablierung des systemischen Denkstils vollzog (Kapitel 5.1). Eine besondere Rolle in diesem Zusammenhang nahm Georg Klaus ein, dessen Biographie und wissenschaftliche Sichtweisen geschildert werden. Ausgehend von diesem Initiator der Kybernetik-Debatte in der DDR werde ich darlegen, wie auch seine Schülerinnen und Schüler daran beteiligt waren, das systemische Denken in der DDR bekannt zu machen. Zudem beschreibe ich die Institutionalisierung der Kybernetik in der DDR (Kapitel 5.2) und zeige, welcher Stellenwert in diesem Zusammenhang verschiedenen Expertenkommissionen zukam.

---

71 Vgl. dazu Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999.

Im dritten Teil von Kapitel fünf rekonstruiere ich den Denkstil des systemischen Denkens in der DDR. Mittels einer Analyse der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, die das wichtigste fachwissenschaftliche Publikationsmedium der philosophischen Community in der DDR war, sowie der Parteizeitschrift *Die Einheit*, in der vor allem theoretische Positionen der SED veröffentlicht wurden, wird nachvollzogen, wie das systemische Denken zunächst in der Fachwissenschaft verhandelt wurde, bevor man es auch seitens der Politik aufgriff. Im Vordergrund der Analyse stehen dabei Grundpositionen des systemischen Denkens. Bedeutungsanpassungen und Bedeutungsverschiebungen werden herausgearbeitet und es wird gefragt werden, in welchen politischen Kreisen die neue wissenschaftliche Tatsache besonderes Gehör fand.

In Kapitel sechs werde ich schließlich einen Ausblick vornehmen und mich mit der Etablierung der ‚Wissenschaftswissenschaft‘ in der DDR befassen. Im Vordergrund der Betrachtung wird dabei die Frage stehen, welche Einflüsse das systemische Denken auf die Thematisierung der ‚Wissensgesellschaft‘ in der DDR hatte. Ich werde zeigen, dass in der neu entstehenden Disziplin zentrale kybernetische Begrifflichkeiten aufgegriffen wurden und ich werde die personellen Überschneidungen der Denkkollektive des systemischen Denkens und der Wissenschaftswissenschaft schildern. Zu fragen sein wird, ob diese Entwicklungen analogisiert werden können zu den westlichen Debatten um die Wissensgesellschaft bzw. die Grundlagen der Wissenschaftsforschung.

In meiner abschließenden Betrachtung (Kapitel 7) sollen meine Überlegungen zur Konzeptionalisierung der Wissensgesellschaft in der DDR und zur Geschichte des systemischen Denkens zusammengeführt werden.

In diesem Sinne ist die vorliegende Arbeit als Versuch zu verstehen, ein differenziertes Bild der Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR zu zeichnen. Die vorgenommene Fokussierung auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR am Beispiel des systemischen Denkens stellt dabei zugleich den Versuch dar, einen Beitrag zur Historisierung des Konzepts der Wissensgesellschaft am Beispiel der DDR zu leisten.

## 2. Theorie und Methode

Ziel der vorliegenden Arbeit ist, die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR nachzuzeichnen und in ihrem Wechselverhältnis zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – insbesondere zur Politik – zu schildern. Mit dieser Fragestellung nähere ich mich der Bedeutung des systemischen Denkens in der DDR von zwei Seiten: Zum einen geht es um die wissenschaftsimmanente Entwicklung von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR. Welche Akteure waren an der Etablierung des systemischen Denkens in der DDR beteiligt? Welche Prozesse der Institutionalisierung von Systemtheorie und Kybernetik lassen sich beschreiben? Zweitens ist zu untersuchen, was den gesellschaftlichen Erfolg des systemischen Denkens in der DDR ausmachte. Wie wurden – nach anfänglicher Skepsis gegenüber der neuen Wissenschaft – Systemtheorie und Kybernetik schließlich mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung in Einklang gebracht?

Diese Fragestellung erfordert einen theoretisch-methodischen Zugang, der das systemische Denken in der DDR und die damit einhergehenden Wissenskonzepte ins Verhältnis zu den wichtigsten Akteuren und Institutionalisierungsprozessen setzt. Darüber hinaus ist es notwendig, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR jenseits einseitiger Steuerungsmodelle der Wissenschaft durch die Politik zu konzeptionalisieren. Auf der Basis der theoretischen Konzeption dieser Arbeit schließlich sollen die von mir untersuchten Material eingeführt und die Methoden geschildert werden, mit Hilfe derer ich die Quellen untersucht habe.

### 2.1 Theoriekonzeption

Der Umstand, dass die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR von der Disziplin Philosophie ausging, erfordert einen wissenschaftshistorischen Ansatz, der es ermöglicht, die Entwicklung einer geisteswissenschaftlichen Disziplin darzustellen und diese dabei in ihrer ganzen Breite – d.h., nicht reduziert auf ideengeschichtliche Entwicklungen – zu berücksichtigen. Ein gewinnbringender theoretischer Ausgangspunkt hierzu sind die Überlegungen Ludwik Flecks zur Entstehung und Entwicklung wissenschaftlicher Tatsachen. Sein Ansatz zeichnet sich dadurch aus, die gesellschaftliche Produktion wissenschaftlichen Wissens in den Blick zu nehmen: Fleck setzte sich mit der Frage nach der Entstehung von Wissen auseinander, und zwar jenseits von bestimmten Disziplinengrenzen. Er berücksichtigte gleichermaßen historische, soziologische und philosophische Aspekte der Entstehung von Wissen. Darüber hinaus bezieht Fleck über den Begriff des Denkkollektivs auch die Akteure wissenschaftlichen Handelns in seine Überlegungen ein.

Um darüber hinaus ein theoretisch angeleitetes Modell des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik zu entwickeln, werde ich meine Analyse in den Kontext der Debatte um

die Historisierung der Wissensgesellschaft stellen. Kernaspekt des Konzepts der Wissensgesellschaft ist es, von einer zunehmenden gesellschaftlichen Bedeutung wissenschaftlichen Wissens auszugehen und nach dem Wechselverhältnis von Wissenschaft und Politik zu fragen. Im Zuge dessen ist es vor allem die wissenschaftliche Politikberatung, die im Verhältnis von Wissenschaft und Politik eine Art Scharnierfunktion einnimmt. Ich werde im Folgenden beide Perspektiven miteinander verbinden und darlegen, wie sich mit Hilfe der Analyse von Denkstilen und Denkkollektiven die ‚sozialistische Variante‘ der Wissensgesellschaft untersuchen lässt.

### 2.1.1 Flecks Theorie als forschungsleitende Perspektive

Ludwik Fleck ist ein Vordenker und modern zugleich. Vordenker, weil er – so zumindest die einhellige Meinung vieler Interpretinnen und Interpreten – mit seinem 1935 erschienenen Buch *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache*<sup>72</sup> zahlreiche Ideen der rezenten Wissenschaftsforschung<sup>73</sup> vorweg nahm. Und modern ist er in einem doppelten Sinn: Einerseits, weil er sich gegen die klassische philosophische Erkenntnistheorie wandte, andererseits ist er aber auch „in Mode“, weil die Auseinandersetzung mit seinem Denken seit den 1980er Jahren eine Konjunktur erlebt, die vor allem in den letzten fünf bis zehn Jahren an Fahrt gewann.<sup>74</sup> Zwar betonen diejenigen, die sich mit der Fleckschen Theorie befasst haben, seine Funktion als Stichwortgeber für Kuhn, seine Rolle als einer der ersten, wenn nicht gar der erste, Wissenschaftsforscher<sup>75</sup> und seine innovative Einbindung kultureller Gegebenheiten in die Theorie.<sup>76</sup> Sie konstatieren aber oftmals, dass Flecks Theorie zu wenig ausgereift sei und er Begriffe unscharf und teilweise widersprüchlich verwende.<sup>77</sup> Zugleich ist auffällig, dass nur sehr wenige Arbeiten versuchen, die Theorie Flecks in empirischen Forschungen umzusetzen.<sup>78</sup>

---

72 Fleck: EEW 1980 [1935].

73 Ich wähle bewusst den Begriff der Wissenschaftsforschung, um damit zu vermeiden, Fleck einer bestimmten Disziplin zuzuordnen, was seiner Theorie, die stark interdisziplinär angelegt ist, widersprechen würde. Außerdem ist gerade in diesem Feld die Disziplinenbestimmung besonders schwierig: Erstens besitzen zahlreiche Wissenschaftsforscherinnen und -forscher sowohl eine natur- wie auch eine geistes- oder sozialwissenschaftliche Ausbildung. Zweitens wird Fleck sowohl der Philosophie als auch der Soziologie oder Wissenschaftsgeschichte zugeordnet, da sich Elemente aller genannten Disziplinen in seinem Werk finden.

74 Vgl. zur Rezeption Flecks: Schnelle: Ludwik Fleck 1982; Cohen/Schnelle: Cognition and Fact 1986; Harwood: Review: Ludwik Fleck and the sociology of knowledge, in: SSS 16 (1986), S. 173-187; Chołuj/Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion 2007 sowie die Arbeiten des Ludwik-Fleck-Kreises, [www.ludwik-fleck-kreis.org](http://www.ludwik-fleck-kreis.org).

75 Hedfors, Eva: Reading Fleck 2006.

76 Egloff: Leidenschaft und Beziehungsprobleme, in: Chołuj/Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion 2007, S. 79-93, S. 91. Egloff vertritt hier die These, dass Fleck bereits zahlreiche Gedanken, die seit den 1960er Jahren in den Cultural Studies thematisiert wurden, vorweg nahm. Zwar denke ich nicht, dass Flecks Theorie in den Cultural Studies rezipiert wurde, aber die Kompatibilität von Flecks Ideen und beispielsweise einem Ansatz wie Stuart Halls Endcoding/Decoding ist nicht ganz von der Hand zu weisen, vgl. Hall: Kodieren/Dekodieren, in: Bromley/Göttlich/Winter (Hg.): Cultural Studies 1999, S. 92-110. Ähnlich argumentiert übrigens Sauerland, wenn er Fleck als Kulturwissenschaftler bezeichnet (Sauerland: Soziologischer Blick, in: Chołuj/Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion 2007, S. 65-77, S. 69).

77 Vgl. dazu besonders Harwood: Fleck and the Sociology of Knowledge, in: SSS 16 (1986), S. 173-187.

78 Eine Ausnahme bildet Berger: Bakterien in Krieg und Frieden 2009.

Im Folgenden möchte ich deswegen die wichtigsten, von Ludwik Fleck aufgeworfenen Begrifflichkeiten darlegen und zeigen, wie sich mit Hilfe dieser Perspektive die Geschichte des systemischen Denkens in der DDR empirisch erforschen lässt und wie man die Fleckschen Gedanken gewinnbringend methodologisch für die wissenschaftshistorische Forschung nutzen kann. Was spricht also für die Verwendung der Fleckschen Theorie?

Diese Frage lässt sich meines Erachtens immer nur bezogen auf den empirischen Forschungsgegenstand – im vorliegenden Fall also die Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der Wissenschaftsphilosophie, aber auch in der Politik der DDR – beantworten. Die Besonderheit des Gegenstandes liegt darin, dass nicht naturwissenschaftliche, sondern geisteswissenschaftliche Praxis untersucht werden soll, ohne dabei eine reine Ideen- oder Diskursgeschichte des systemischen Denkens in der DDR zu schreiben. Zugleich ist es Ziel der vorliegenden Studie, die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR im Kontext der Debatte um die Historisierung des Konzepts der Wissensgesellschaft zu verorten, also auch darzulegen, wie sich die Rezeption des systemischen Denkens als Bestandteil der gesellschaftlichen Debatte um den Stellenwert von Wissenschaft und Technik in der DDR und als Teil der Modernisierung diesbezüglicher marxistisch-leninistischer Ansätze kontextualisieren lässt. Dies erfordert die Untersuchung des wechselseitigen Verhältnisses von Wissenschaft und Politik, da ich mit Peter Weingart davon ausgehe, dass die Verflechtung beider gesellschaftlicher Teilbereiche ein wesentliches Merkmal der Wissensgesellschaft darstellt.<sup>79</sup>

Damit ist das grundsätzliche Problem einer theoretischen Herangehensweise an die skizzierte Fragestellung benannt: Anders als in der Naturwissenschaftsgeschichte gibt es bei der Erforschung der Geschichte der Geistes- und Sozialwissenschaften keine Objekte oder materielle Repräsentationen in Form von Instrumenten, Laboratorien oder Experimenten, die zu untersuchen wären, sondern die Fragestellung bewegt sich sozusagen auf einer Metaebene, indem sie die Frage nach den Bedingungen der Reflexion auf Wissenschaft in der DDR stellt. Welchen Stellenwert haben Wissenschaftsphilosophinnen und -philosophen in der DDR den Entwicklungen in Naturwissenschaft und Technik beigemessen? Welche Rolle spielte die Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik in diesem Zusammenhang? Und wie gestaltete sich das Wechselspiel von reflexiver Wissenschaftstheorie und Politik in der DDR? Waren die Diskussionen über den gesellschaftlichen Stellenwert von Wissenschaft und Technik in der DDR Ausdruck dessen, was man unter dem Begriff der Wissensgesellschaft fassen kann? Dies bedeutet, dass viele der in der rezenten Wissenschaftsgeschichte verfolgten theoretischen Ansätze von vornherein nicht geeignet sind, die Frage-

---

79 Vgl. etwa Weingart: Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft, in: ZfS 12 (1983).

stellung zu beantworten, weil diese sich stark an rein naturwissenschaftlichen Gegenständen orientieren. Zu denken wäre hier nicht nur an Kuhns Theorie der Paradigmenwechsel, sondern beispielsweise auch an solche Theorien, die sich der Laborpraxis<sup>80</sup> oder naturwissenschaftlichen Experimentalsystemen<sup>81</sup> widmen.

Flecks besonderes Potential liegt darin, dass sich seine Konzepte besonders gut auf die (laborlosen) Humanwissenschaften bzw. die eher ‚weichen‘ Wissenschaftsbereiche anwenden lassen.<sup>82</sup> Die Fokussierung der Untersuchung auf den Denkstil des systemischen Denkens trägt dabei zugleich der Tatsache Rechnung, dass Kybernetik und Systemtheorie von einem disziplinären Querschnittscharakter geprägt waren, sie sich also nicht im Sinne einer klassischen Disziplinengeschichte rekonstruieren lassen. Darüber hinaus beziehen sich die Fleckschen Begrifflichkeiten, anders als etwa Kuhns Paradigmen, nicht nur auf Wissenschaft, sondern auch auf gesellschaftliche Aspekte, was die Reichweite erweitert und Fragen nach dem Zusammenhang von Kultur (bzw. Politik) und Wissenschaft in die Betrachtung einbezieht. Zudem erlaubt es die Offenheit der Fleckschen Begriffe, sie dem vorliegenden Gegenstand anzupassen und hinsichtlich dessen zu erweitern. Dies birgt die Möglichkeit, eine weitestgehend symmetrische Verbindung zwischen Akteuren und Strukturen bzw. – mit Fleck ausgedrückt – zwischen Denkkollektiven und Denkstilen zu schaffen,<sup>83</sup> und so zugleich die Balance zwischen internalistischen, wissenschaftsimmanenten und externalistischen, außerwissenschaftlichen Erklärungsansätzen für die Phänomene zu wahren. In diesem Sinne kann die Flecksche Methodologie auch als eine Art erweiterte Ideengeschichte begriffen werden, mit Hilfe derer sich die Produktion wissenschaftlichen Wissens bis in die Sphäre der Politik verfolgen lässt. Sie ermöglicht es, das wissenschaftlich produzierte Wissen als Expertenwissen der Akteure (Denkkollektive) zu begreifen, welches in Form wissenschaftlicher Politikberatung Einzug in politische Debatten findet. In diesem Sinne ist Flecks Theorie als eine Perspektive zu verstehen, die dazu dienen kann, den der Historisierung der Wissensgesellschaft inhärente Gedanken der Politisierung der Wissenschaft und der Verwissenschaftlichung der Politik zu konzeptionalisieren.

### 2.1.1.1 Epistemologie und Zeitlichkeit: Historizität von Erkenntnis

Was macht nun die Besonderheit der Fleckschen Theorie aus? Ausgangspunkt der Auseinandersetzung Ludwik Flecks mit wissenschaftstheoretischen Fragestellungen war seine Kritik an der klassischen Erkenntnistheorie sowie den neopositivistischen Positionen des Wiener Kreises. Wie viele andere seiner Zeitgenossinnen und -genossen setzte er sich mit den

---

80 Knorr-Cetina: Fabrikation von Erkenntnis 1984; Latour: Laboratory Life 1979.

81 Rheinberger: Experimentalsysteme 2002.

82 Vgl. dazu auch Etzemüller: Sozialgeschichte 2001 und Stahnisch: Disharmonien, in: Chotuj/Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion 2007, S. 111-132, S. 126.

83 Vgl. dazu auch Lipphardt: Denkstil, in: Eglhoff (Hg.): Tatsache – Denkstil – Kontroverse, Zürich 2005, S. 63-70.

durch die Moderne veränderten Bedingungen von Wissenschaft auseinander, die als in der Krise befindlich wahrgenommen wurden. Rüdiger vom Bruch hat darauf hingewiesen, dass es sich bei der Krisenrhetorik, die seit der Jahrhundertwende einsetzte, in erster Linie um „epistemische[ ] Anpassungskrisen“<sup>84</sup> handle. Man begab sich auf die Suche nach einer neuen, der Moderne angemessenen Rationalität. Nach Drehen und Sparn sei an die Stelle monokultureller Ordnungsentwürfe die Integration der Ambivalenzen der Moderne getreten und habe so die Möglichkeit konstruktiver Krisenüberwindung geboten, die sich vor allem in den Wissenschaftsentwürfen, die aus dem Geist der Krise hervorgegangen sei, äußerte.<sup>85</sup>

Zu diesen neuen Wissenschaftsentwürfen, die vor allem in den 1920er Jahren eine Hochkonjunktur erlebten, zählte auch die Theorie Flecks. Fleck ging – und das macht ihn für die heutige Wissenschaftsforschung so interessant – als einer der ersten von der **Historizität** und **Kollektivität** wissenschaftlicher Erkenntnis aus. Anders als die Neopositivistinnen und -positivisten des Wiener Kreises war Fleck davon überzeugt, dass „voraussetzungsloses Beobachten“<sup>86</sup> unmöglich sei, sondern gebunden an die gesellschaftlichen und kulturellen Umstände. Dies führt nach Rheinberger zum „doppelten Prozesscharakter der Wissenschaft“: Erstens existieren für Fleck keine endgültigen Tatsachen, sondern diese bestehen nur in Relation zu den sie hervorbringenden Denkkollektiven und dem sich daraus ergebenden Denkstil. Zweitens plädiert Fleck für eine Beobachtung der wissenschaftlichen Praxis, anstatt sich auf die Ergebnisse zu fokussieren.<sup>87</sup>

Vor allem in seinem 1936 erschienenem Aufsatz ‚Probleme einer Theorie des Erkennens‘ kritisiert Fleck die Ahistorizität der philosophischen Erkenntnistheorie, die deswegen normativ sei, weil zuviel über „vollkommenes Denken“ spekuliert werde, die Frage, wie das erkennende Denken konkret aussehe, aber unbeantwortet bleibe. Eine Untersuchung über das Erkennen müsse sich deswegen auf die historische, und nicht die sachliche oder logische Veränderung des Denkens konzentrieren.<sup>88</sup> Epistemologische Relevanz gewinnt die Historizität der Erkenntnisgewinnung bei Fleck, weil die Abfolge von Ereignissen, die zu Erkenntnissen führt, selbst Einfluss auf die Ergebnisse hat und diese mitbestimmt.<sup>89</sup>

### 2.1.1.2 Von Denkkollektiven und Denkstilen: Flecks Begrifflichkeiten

---

84 vom Bruch, Rüdiger: Idealismus und Positivismus, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 17 (1994), S. 138-143, S. 138.

85 Drehen/Sparn: Die Moderne, in: dies. (Hg.): Vom Weltbildwandel zur Weltanschauungsanalyse 1996, S. 11-29, S. 25.

86 Rheinberger: Historische Epistemologie 2007, S. 51f.

87 Rheinberger: Historische Epistemologie 2007, S. 54.

88 Fleck: Theorie des Erkennens [1936], in: ders.: Erfahrung und Tatsache 1983, S. 84-127, S. 85.

89 Vgl. dazu auch Rheinberger: Historizität wissenschaftlichen Wissens, in: Egloff (Hg.): Tatsache – Denkstil – Kontroverse 2005, S. 29-31, S. 31.



Fleck verstand Erkenntnis als eine kollektive Tätigkeit, in der der Beitrag einzelner Individuen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Begleitumstände zu untersuchen ist und ging davon aus, dass historische und soziale Faktoren einen zentralen Stellenwert für die Genese wissenschaftlicher Erkenntnis besitzen.

Methodologisch ist dies für die Wissenschaftsgeschichte interessant, weil die Flecksche Herangehensweise weder Strukturen noch Akteure oder Begriffe in den Vordergrund stellt, sondern sich alles gleichermaßen in die Untersuchung einbeziehen lässt; mehr noch, Denkstil und Denkkollektiv bedingen sich jeweils gegenseitig. Die Rekonstruktion historischen Wissens wird durch die Beschreibung der verwendeten Begriffe und ihrer Bedeutungsanpassung<sup>90</sup> möglich, wobei die Begriffe in Beziehung zu den sie konstruierenden Strukturen gesetzt werden müssen.<sup>91</sup>

### ***Der Begriff des Denkstils***

„Man erlaube einen etwas trivialen Vergleich: Das Individuum ist mit dem einzelnen Fußballspieler vergleichbar, das Denkkollektiv der auf Zusammenarbeit eingedrillten Fußballmannschaft, das Erkennen dem Spielverlaufe. Vermag und darf man diesen Verlauf nur vom Standpunkte einzelner Fußstöße aus untersuchen? Man verlöre allen Sinn des Spiels!“<sup>92</sup>

Mit dieser Metapher beschreibt der Fußballfan<sup>93</sup> Ludwik Fleck das Verhältnis von Individuum und Denkkollektiv. Hinzuzufügen wäre diesem Vergleich noch, dass der Denkstil dem „Spielsystem“ analog wäre, welches die Mannschaft verfolgt.

Fleck versteht „wissenschaftliche Tatsachen“ als sozial konstruiert durch „Denkkollektive“, die aus zwei oder mehr Menschen, die „im Gedankenaustausch oder gedanklicher Wechselwirkung stehen“, bestehen.<sup>94</sup> Damit werden alle Tatsachen als veränderbar angesehen. Denkkollektive sind die „Träger geschichtlicher Entwicklung eines Denkgebietes, eines bestimmten Wissensbestandes und Kulturstandes, also eines besonderen Denkstiles.“<sup>95</sup> Fleck will die soziale Komponente von Erkenntnis betonen: „Das Erkennen stellt die am stärksten sozialbedingte Tätigkeit des Menschen vor [sic, V.W.] und die Erkenntnis ist das soziale Gebilde katexochen.“<sup>96</sup> Erkenntnis geht somit über den individuellen Akt des Erkennens und die Beziehung zwischen Subjekt und Objekt hinaus, indem als dritter, zu

---

90 Zur Fleckschen Philologie vgl. Fehr: Vielstimmigkeit, in: Egloff (Hg.): Tatsache – Denkstil – Kontroverse 2005, S. 33-45.

91 Fleck: EEWT 1980 [1935], S. 128.

92 Fleck: EEWT 1980 [1935], S. 62.

93 Lwów, die Geburtsstadt Flecks, gilt als der Geburtsort des modernen polnischen Sports, bereits 1903 gründeten sich hier die ersten Fußballvereine. (Markiewicz: Lvov as the cultural and intellectual background of Ludwik Fleck's ideas, in: *Dialectics and Humanism* 3 (1982), S. 5-10, S. 9). Zur Bedeutung des Fußballsports für die jüdische Bevölkerung der Habsburgmonarchie in Opposition zu deutschtümelnden, oft antisemitischen Turnvereinen vgl. John: ‚Körperlich ebenbürtig...‘, in: Schulze-Marmeling (Hg.): *Davidstern und Lederball* 2003, S. 231-262.

94 Fleck: EEWT 1980 [1935], S. 54.

95 Fleck: EEWT 1980 [1935], S. 54f.

96 Fleck: EEWT 1980 [1935], S. 58.

berücksichtigender Faktor der „Denkstil“ hinzutritt. Unter Denkstil versteht Fleck eben jenen Wissens- und Kulturbestand, der bewusst oder unbewusst in die Arbeit der Forscherinnen und Forscher einfließt und das Denkkollektiv charakterisiert.

„Es verschwindet die Kluft zwischen ‚Natur‘ und ‚Kultur‘, weil die Erkenntnistätigkeit (nota bene kollektive, die einen besonderen Denkstil erzeugt) nicht einseitige Handlung [...] ist, sondern auf beidseitige Wechselwirkung beruht: Der Denkstil *erschafft* die Wirklichkeit nicht anders als andere Produkte der Kultur und macht zugleich selbst gewisse harmonische Veränderungen durch.“<sup>97</sup>

Der Denkstil speise sich aus drei Quellen: Erstens aus den Ur- oder Präideen, zweitens aus internen Veränderungen und drittens schließlich aus äußeren Einflüssen. Unter Präideen seien Ideen zu verstehen, die aus einem anderen, vergangenem Denkstil entsprungen sind. Sie prägen jede weitere Auseinandersetzung mit einem Gegenstand. Der Wert dieser Präideen liege nicht in ihrem Inhalt, sondern allein in ihrer heuristischen Funktion als „Entwicklungsanlage“.<sup>98</sup> Die beiden letztgenannten Aspekte hängen vor allem mit der Kommunikation der Ideen inner- und außerhalb der jeweiligen Denkkollektive zusammen: Interne Veränderung erfolge durch die Gedankenwanderung im Kollektiv, die der Systematisierung, Legitimierung oder aber auch dem Widerstand gegen die ursprünglich formulierte Idee diene und schließlich sogar zur „Denkrevolution“<sup>99</sup> führen kann; unter äußerem Einfluss sei der Einfluss anderer Denkstile zu verstehen, der sich daraus ergebe, dass Menschen immer zugleich verschiedenen Denkkollektiven, beispielsweise einem wissenschaftlichen und einem religiösen, angehörten. Denkstil und Denkkollektiv seien dabei unmittelbar aufeinander bezogen und nur durch diese „wechselseitige Bezogenheit verständlich und argumentativ überzeugend.“<sup>100</sup>

Der Denkstil durchläuft dabei, bis er es endgültig in die Lehrbücher geschafft hat, verschiedene Stadien. Fleck unterscheidet zwischen der Zeitschrift-, Handbuch- und Lehrbuchwissenschaft.<sup>101</sup> Während in Zeitschriften durchaus noch unausgelegene und vorläufige Gedanken zu einem Sachverhalt zu finden seien, verfestige sich die Tatsache im Handbuch bis sie es schließlich in Lehrbücher – der letzten Stufe der Popularisierung – geschafft habe. Die Popularisierung schließlich sei eine der drei Möglichkeiten, zu der die Kommunikation von Gedanken dienen könne. Hinzu träten die Legitimierung und die Information. Bei einer Interpretation wissenschaftlicher Tatsachen muss somit berücksichtigt werden, welcher dieser drei Möglichkeiten die Formulierung der Tatsache zuzurechnen ist.

---

97 Fleck: Theorie des Erkennens [1936], in: ders.: Erfahrung und Tatsache 1983, S. 84-127, S. 126. Hervorhebung im Original.

98 Fleck: EEW 1980 [1935], S. 37f.

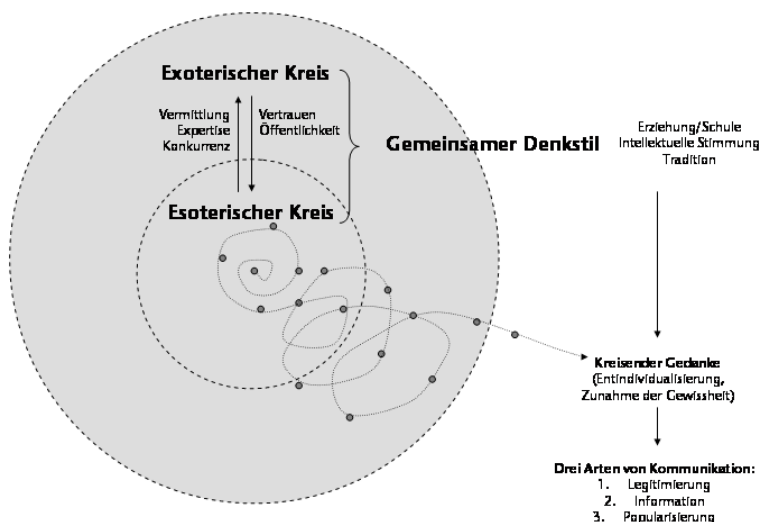
99 Fleck: Theorie des Erkennens [1936], in: ders.: Erfahrung und Tatsache 1983, S. 84-127, S. 114.

100 Wegmarshaus: Vom Denkstil zum Paradigma, in: Choŭuj/Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion 2007, S. 49-63, 57.

101 Fleck: EEW 1980 [1935], S. 148.

### **Esoterischer und exoterischer Kreis von Denkkollektiven**

Das beständige Denkkollektiv konstituiert sich durch Mitarbeit und Wechselbeziehungen seiner Mitglieder und ist mehr als die Summe der Individuen.<sup>102</sup> Es setzte sich zusammen aus Personen, die einen ähnlichen Denkstil haben. Grund für das Entstehen von Denkkollektiven seien Akte kollektiven Denkens, also solche, in denen durch Kommunikation eines Gedankens dieser re- und umformuliert werde.<sup>103</sup> Auslöser hierfür gibt es zahlreiche: Es könne sich – bezogen auf die Wissenschaft – sowohl um Disziplinenzugehörigkeit als auch um die ‚Mitgliedschaft‘ in einer bestimmten Denkschule, geteilte politische Einstellungen oder gemeinsame berufliche Erfahrungen handeln. Ein wesentliches Merkmal von Denkkollektiven sei, dass sie sich miteinander verständigen können, d.h., dass sie einen ähnlichen Verständnis- und Werthorizont haben.<sup>104</sup>



**Abbildung 1: Zusammenhang zwischen esoterischen und exoterischen Denkkollektiven (eigene Grafik)**

Zu unterscheiden ist bei Denkkollektiven zwischen einem exoterischen und esoterischen Kreis, wobei letzterer sich aus Fachleuten zusammensetzt, während der exoterische Kreis „gebildete Dilettanten“<sup>105</sup> umfasst. Diese Binnendifferenzierung der Denkkollektive ergibt sich daraus, dass nicht alle Mitglieder gleichermaßen an der Entstehung eines Gedankens beteiligt sind. Während der esoterische Kreis unmittelbar an dessen Formulierung mitwirkt, nimmt der exoterische Kreis diesen nur durch die Vermittlung des esoterischen Kreises wahr. Doch beide Kreise verweisen gleichermaßen aufeinander: So ist dem esoterischen

102 Fleck: EEWT 1980 [1935], S. 56 und 104.

103 Sabisch: Weib als Versuchsperson 2007, S. 215f.

104 Fleck: Theorie des Erkennens [1936], in: ders.: Erfahrung und Tatsache 1983, S. 84-127, S. 87.

105 Fleck: EEWT 1980 [1935], S. 146.

Kreis daran gelegen, Vertrauen zu schaffen, während der exoterische einerseits auf die Expertise der Fachleute zurückgreift und andererseits dem Gedanken eine Öffentlichkeit verschafft. Insgesamt komme es durch das Kreisen eines Gedankens im esoterischen und exoterischen Zirkel der Denkkollektive dazu, dass dieser sich entindividualisiere und seinen Urheberin bzw. seinem Urheber nicht mehr klar zuzurechnen sei, da er sich durch die Zirkulation verändert habe.

Damit gehe eine Unterscheidung zwischen fachmännischem und populärem Wissen einher. Durch jede Formulierung des Wissens vollziehe sich zugleich dessen Popularisierung, die wiederum Auswirkungen auf das Denkkollektiv (und andere Denkkollektive) habe. Durch die Popularisierung gewannen die verwendeten Bilder den Charakter von Erkenntniszielen und würden nicht mehr als Wissen, sondern als Weltanschauung wahrgenommen. Die Weltanschauung gelte als Wahrheit, an der sich die Forscherinnen und Forscher zu messen hätten.<sup>106</sup>

Insgesamt unterscheidet Fleck vier Arten von Denkkollektiven: Erstens gebe es demokratische Denkkollektive, die sich dadurch auszeichneten, dass der exoterische Kreis eine stärkere Stellung als der esoterische habe. Für diese Art von Denkkollektiven sei charakteristisch, dass sie an der Diskussion interessiert seien und alle Mitglieder die ausgetauschten Argumente anerkennen müssten. Darüber hinaus hätten sie offene Grenzen und nähmen neue Mitglieder auf. Als Beispiel hierfür nennt Fleck wissenschaftliche Denkkollektive. Zweitens spricht Fleck von elitären/konservativen Denkkollektiven, die vor allem an der Elite orientiert und an Gehorsam interessiert seien (z.B. Religion), komplizierten Denkkollektiven, die mehrere Zentren aufwiesen (gemeint sind beispielsweise Denkkollektive im Bereich Kunst und Kultur) und aristokratischen, in denen der esoterische Kreis den größten Einfluss habe (Beispiel Mode). Die wissenschaftlichen Denkkollektive rechnet Fleck der ersten der skizzierten Arten, also den demokratischen Denkkollektiven zu.<sup>107</sup>

### ***Die Entstehung wissenschaftlicher Tatsachen***

Die Beziehung zwischen wissenschaftlichen Tatsachen und Denkkollektiven muss nach Fleck drei Merkmale aufweisen: Erstens muss die Tatsache im Interesse des Denkkollektiv liegen, sie muss für das Kollektiv einen ‚Denkzwang‘ ausdrücken und im Stil des Denkkollektivs ausgedrückt werden.<sup>108</sup> Sind diese Faktoren gegeben, so werde ein Widerspruch gegen die Tatsache unvorstellbar, was ihren überindividuellen Charakter ausmache und sie

---

106 Fleck: EEWT 1980 [1935], S. 146-155.

107 Fleck: Theorie des Erkennens [1936], in: ders.: Erfahrung und Tatsache 1983, S. 84-127, S. 115.

108 Fleck: EEWT 1980 [1935], S. 132f.

zum kulturellen, kollektiven Wissensbestand werden lasse.<sup>109</sup> Fleck geht folglich davon aus, dass es keine ‚echten‘ Tatsachen gibt, sondern immer nur das zur Tatsache werden kann, was durch den Denkstil und verschiedene Denkkollektive präformiert wurde. Deswegen existiere keine „objektive Erkenntnis“, sondern „nur Relationen auf ein mehr oder weniger willkürliches Bezugssystem“.<sup>110</sup> Daraus ergibt sich, dass auch ‚Wahrheit‘ bei Fleck nur ein relationaler Begriff ist, der sich aus der Zugehörigkeit zu den jeweiligen Denkkollektiven und entsprechenden Denkstilen ergibt.<sup>111</sup>

Die Untersuchung muss sich auf die Veränderungen des Wissens konzentrieren. Die Bedeutung von Erkenntnis sieht Fleck darin, dass „bei bestimmten aktiv vorgenommenen Voraussetzungen die zwangsmäßigen, passiv sich ergebenden Zusammenhänge“<sup>112</sup> festgestellt werden müssen. Der Denkwang, der sich daraus ergebe, sei der Forscherin bzw. dem Forscher bewusst,<sup>113</sup> während die aktiv von ihr oder ihm bzw. dem Denkkollektiv vorgenommenen Voraussetzungen, d.h. die Konstruktionsleistung, unbewusst blieben. Die Aufgabe der Denkstilforschung sei es, die aktiven und passiven Voraussetzungen des Wissens zu rekonstruieren.<sup>114</sup>

Dabei unterlägen diese Voraussetzungen einer „Beharrungstendenz“, die umso stärker werde, je tiefer ein Gedanke in ein Denkkollektiv eingebunden sei. „So entsteht die Tatsache: zuerst ein Widerstandsaviso im chaotischen anfänglichen Denken, dann ein bestimmter Denkwang, schließlich eine unmittelbar wahrzunehmende Gestalt.“<sup>115</sup>

### 2.1.2 Die Historisierung des Konzepts der Wissensgesellschaft

Die Diagnose der Wissensgesellschaft ist keineswegs so neu, wie die Vielzahl von Veröffentlichungen zu dieser Thematik in den letzten Jahren suggerieren mag. Zahlreiche unterschiedliche Disziplinen wie Ökonomie und Philosophie, Pädagogik und Literaturwissenschaft befassten sich in den letzten fünf Jahrzehnten damit, den Begriff mit Inhalt zu füllen. Aktuell dominieren Soziologie, Politikwissenschaft und neuerdings auch die Geschichtswissenschaft die Debatte um die Wissensgesellschaft.

---

109 Diese Auffassung nimmt bereits einiges davon vorweg, was Berger und Luckman 1969 in ihrem Buch *Die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit* dargelegt haben.

110 Fleck: EEW 1980 [1935], S. 69.

111 Vgl. dazu auch Etzemüller: Sozialgeschichte 2001, S. 9.

112 Fleck: EEW 1980 [1935], S. 85.

113 Dies manifestiert sich beispielsweise, wenn der Wissenschaftler als Experte auftritt: Er präsentiert sein Wissen als Tatsache und nimmt auf diese Weise Einfluss auf den politischen und gesellschaftlichen Diskurs, der zugleich unbewusst in die Konstruktion der Tatsache einfließt. Bisher liegen keine Studien vor, die Flecks Theorie zur Foucaultschen Diskursanalyse in Beziehung setzen; offen bleiben muss deswegen, ob sich dieser Prozess mit dem Foucaultschen Machtbegriff, der Macht nicht unterschiedlichen Individuen oder Gruppen zuordnet, sondern als zwischen den Institutionen angesiedelt sieht, ein Weg wäre, diesen Prozess – auch hinsichtlich des Foucaultschen Konzepts der Gouvernementalität – zu konkretisieren.

114 Fleck: EEW 1980 [1935], S. 186.

115 Fleck: EEW 1980 [1935], S. 124.

Als „Klassiker“ gilt vor allem Daniel Bells *The Coming of Post-Industrial Society*<sup>116</sup> von 1973, wenngleich der Begriff der wissensbasierten Gesellschaft bereits 1966 bei Robert Lane auftauchte.<sup>117</sup> Ferner führte man beispielsweise im ökonomischen Diskurs Japans in den 1960er Jahren eine rege Debatte um die Informationsgesellschaft. Dieser Begriff wurde schließlich durch den Ökonomen Fritz Machlup auch in die US-amerikanische Debatte eingeführt.<sup>118</sup>

Basierend auf der soziologischen Forschung zur Theorie der Wissensgesellschaft<sup>119</sup> und Untersuchungen zur Geschichte und Genese der Wissensgesellschaft<sup>120</sup> sind in jüngerer Zeit Arbeiten entstanden, die das Konzept der Wissensgesellschaft für die Geschichtswissenschaft theoretisch nutzbar machen.<sup>121</sup> Reinhardt etwa schlägt vor,

„das Konzept der Wissensgesellschaft selbst zum Gegenstand historischer Analysen zu machen und die Beziehungen soziologischer Begriffsbildung zu konkreten wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Handlungsfeldern zu untersuchen.“<sup>122</sup>

Unter Wissensgesellschaft versteht er im Anschluss an die aktuellen soziologischen Debatten eine Gesellschaftsform, die auf die „Transformationen des wissenschaftlichen Wissens“ abhebt und die „Wechselwirkungen mit weiteren Wissensformen“<sup>123</sup> ins Zentrum des Interesses stellt. Reinhardt skizziert zwei Möglichkeiten, das Konzept der Wissensgesellschaft zu historisieren: Zum einen sieht er es als gewinnbringend an, die ab etwa 1950 konstatierte Wissensgesellschaft zu kontextualisieren, d.h., die „institutionellen, sozialen und kulturellen Parameter zu untersuchen, die den wissenschaftlichen Erkenntnisprozesse bestimmen und lenken [...]“<sup>124</sup> Zum anderen spricht er sich dafür aus, die Wissensgesellschaft und „einige ihrer Kennzeichen analytisch [zu] ‚dekontextualisier[en]‘ und in die Vergangenheit“<sup>125</sup> zu projizieren. Reinhardt schlägt für eine solche Perspektivierung vor, die Weingartschen Kategorien der strukturellen Kopplungen gesellschaftlicher Teilsysteme zu Grunde zu legen. Diese ermöglichten es,

---

116 Bell, Daniel: *The Coming of the Post-Industrial Society* 1973.

117 Lane, Robert E.: *The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society*, in: *American Sociological Review* 31 (1966), S. 649-662.

118 Knoblauch: *Wissenssoziologie* 2005, S. 256ff.

119 So z.B.: Gibbons (Hg.): *New Production of Knowledge* 1994; Weingart: *Stunde der Wahrheit?* 2001; Stehr: *Moderne Wissensgesellschaften*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B36 (2001), S. 7-14; Stichweh: *Wissensgesellschaft und Wissenschaftssystem*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 30 (2004), S. 147-165; Heidenreich: *Debatte um die Wissensgesellschaft*, in: Bösch/Schulz-Schaeffer (Hg.): *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft* 2003, S. 25-51; Weingart/Carrier/Krohn: *Nachrichten aus der Wissensgesellschaft* 2007.

120 Burke: *Papier und Marktgeschrei* 2001; Dülmen/Rauschenbach (Hg.): *Macht des Wissens* 2004.

121 So z.B. Landwehr: *Das Sichtbare sichtbar machen*, in: ders. (Hg.): *Geschichte(n) der Wirklichkeit* 2002, S. 61-89; Vogel: *Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte*, in: *GG* 30 (2004), S. 639-660; Witte: *Das produktive Potential der Wissensgesellschaft*, in: Hüntelmann/Schneider (Hg.): *Jenseits von Humboldt* 2010, S. 339-352.

122 Reinhardt: *Historische Wissenschaftsforschung, heute*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 22 (2010), S. 81-99, S. 81f.

123 Reinhardt: *Historische Wissenschaftsforschung, heute*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 22 (2010), S. 81-99, S. 87.

124 Reinhardt: *Historische Wissenschaftsforschung, heute*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 22 (2010), S. 81-99, S. 83.

125 Reinhardt: *Historische Wissenschaftsforschung, heute*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 22 (2010), S. 81-99, S. 91.

„eine auch in der Wissensgesellschaft weiter fortbestehende Autonomie des Wissenschaftssystems zu postulieren und gleichzeitig dessen Interaktionen mit weiteren Teilsystemen zu analysieren.“<sup>126</sup>

Auch Mitchell Ash<sup>127</sup> knüpft in seinen Überlegungen zur historischen Konzeptionalisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik an die Überlegungen Weingarts zur Verwissenschaftlichung der Politik und Politisierung der Wissenschaft<sup>128</sup> an: Er plädiert für eine Neubetrachtung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik, die „die vielfachen und sich ständig ändernden Vernetzungen dieser beiden Handlungsfelder bzw. sozialen Teilsysteme genauer [...] analysier[t].“<sup>129</sup> Zur Beschreibung des Verhältnisses zwischen beiden gesellschaftlichen Teilsystemen führt Ash den Begriff der Ressourcen ein, wobei diese „kognitiver, apparativer, personeller, institutioneller und rhetorischer Art“<sup>130</sup> sein können. Diese Ressourcen bilden nach Ash Ressourcenensembles, deren Veränderungen sich historisch beschreiben lassen.<sup>131</sup>

Die Frage nach dem wechselseitigen Verhältnis von Wissenschaft und Politik ist in der wissenschaftsgeschichtlichen Debatte nicht neu: Vor allem für die Wissenschaftsgeschichte des Nationalsozialismus ist die Erforschung des Zusammenhangs von Wissenschaft und Politik eine wichtige Perspektive. Zahlreiche Arbeiten haben gezeigt, dass sich auch vermeintlich „unpolitische“ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht nur mit dem Regime arrangierten, sondern oftmals aktiv mit den Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten kollaborierten.<sup>132</sup> Herbert Mehrrens hat für diesen Zusammenhang den Begriff der „Selbstmobilisierung“ der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geprägt.<sup>133</sup>

---

126 Weingart: *Stunde der Wahrheit?* 2001; Weingart: *Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft*, in: *ZfS* 12 (1983), S. 225-241.

127 Ash: *Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR*, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): *Wissenschaft und Politik* 1997, S. 1-25; Ash: *Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander*, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik* 2002, S. 32-51; Ash: *Wissenschaft und Politik*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 11-46.

128 Weingart: *Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft*, in: *ZfS* 12 (1983), S. 225-241; Weingart: *Stunde der Wahrheit* 2001; Weingart: *From „Finalization“ to „Mode 2“*, in: *Social Science Information* 36 (1997), S. 591-613.

129 Ash: *Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander*, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik* 2002, S. 32-51, S. 34.

130 Ash: *Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander*, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik* 2002, S. 32-51, S. 33.

131 Angewandt wurde diese Perspektive – bezogen auf das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit – in einem von Sybilla Nikolow und Arne Schirmacher herausgegebenem Band: Nikolow/Schirmacher (Hg.): *Wissenschaft und Öffentlichkeit als Ressourcen füreinander* 2007, dort besonders die Einleitung der beiden Herausgeber, S. 11-36.

132 Beispielhaft genannt seien hier nur einige Arbeiten: Proctor: *Blitzkrieg gegen den Krebs* 2002; Weingart/Kroll/Bayertz: *Rasse, Blut und Gene* 3. Aufl. 2001; Mehrrens: *Kollaborationsverhältnisse*, in: Meinel/Voswinckel (Hg.): *Medizin, Naturwissenschaft, Technik und NS* 1994, S. 13-32; Mehrrens: *Wissenschaftspolitik im NS-Staat*, in: Fischer u.a. (Hg.): *Exodus von Wissenschaften aus Berlin* 1994, S. 245-266; Weingart: *Politik und Vererbung*, in: Propping/Schott (Hg.): *Wissenschaft auf Irrwegen* 1992, S. 23-43; Biagioli: *Science, Modernity, and the ‚Final Solution‘*, in: Friedlander (Hg.): *Probing the Limits of Representation* 1992, S. 195-205; Mehrrens: *Verantwortungslose Reinheit*, in: Falter/ Füllgraf (Hg.): *Wissenschaft in der Verantwortung* 1990, S. 37-54; Weingart: *Eugenik – Eine angewandte Wissenschaft*, in: Lundgreen (Hg.): *Wissenschaft im Dritten Reich* 1985, S. 314-349.

133 Ash: *Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander*, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik* 2002, S. 32-51 2002, S. 41f. und Mehrrens: *Kollaborationsverhältnisse*, in: Meinel/Voswinckel (Hg.): *Medizin, Naturwissenschaft, Technik und NS* 1994, S. 13-32, S. 27.

Im Anschluss an Mehrtens spricht sich Ash deswegen für ein interaktionistisches Modell des Verständnisses von Wissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert aus:

„So können kurz oder längerfristige Allianzen von Wissenschaftlern mit amtlichen Instanzen, aber auch die Mobilisierung politischer Diskurse und Semantiken in den Wissenschaften thematisiert werden.“<sup>134</sup>

Ashs Ansinnen ist es, zu einer differenzierteren Interpretation des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik zu gelangen und dieses „kritisch, aber ohne unreflektierte Moralisierungen“<sup>135</sup> zu thematisieren. Er geht davon aus, dass es so möglich ist, auf Verkürzungen, die von einer Indienstnahme oder Ideologisierung der Wissenschaft durch die Politik ausgehen, zu verzichten und der Autonomie des Wissenschaftssystems Rechnung zu tragen.<sup>136</sup>

In eine ähnliche Richtung argumentiert auch Margit Szöllösi-Janze: Sie schlägt – wie Reinhardt und Ash – vor, „das soziologische Konzept der Wissensgesellschaft zu historisieren und Zeitgeschichte über tiefgreifende Verwissenschaftlichungsprozesse neu zu definieren“<sup>137</sup> und will die „Wissenschafts- und Technikgeschichte in die allgemeine Geschichte [...] integrieren.“<sup>138</sup> Der Fokus historischer Forschung sollte sich auch laut Margit Szöllösi-Janze auf „Diskurse, Vorkehrungen und Maßnahmen“ richten, „die eine Gesellschaft trifft, um Wissen zu produzieren, zu reproduzieren und zu vermitteln.“<sup>139</sup>

Vor allem in den Arbeiten Szöllösi-Janzes und Ashs klingt bereits an, welche Rolle in diesem Zusammenhang das systemische Denken in der DDR spielte: Nach Szöllösi-Janze habe der politische Planungs- und Steuerungsbedarf nicht nur zu einer steigenden Anzahl von (loyalen) Expertinnen und Experten geführt, sondern „systemtheoretische Begriffe und Konzeptionen [fanden] Einzug in die Reformen [im Bereich der Ökonomie, V.W.] und die Parteisprache.“<sup>140</sup> Und Ash konstatiert für die „Reform-Ära“ zwischen 1961 und 1972, dass „sowohl die DDR-Wissenschaft als auch die DDR-Gesellschaft als Ganzes im Zuge des ‚Neuen Systems der Planung und Leitung‘ (NSPL) von oben her modernisiert werden“<sup>141</sup> sollte:

---

134 Ash: Wissenschaft und Politik, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 11-46, S. 17.

135 Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik 2002, S. 32-51, S. 32.

136 Die Frage, ob es sich bei der DDR um eine „entdifferenzierte Gesellschaft“ gehandelt habe, wurde vor allem in den Sozialwissenschaften durchaus kontrovers diskutiert (vgl. Pollack: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR, in: GG 24 (1998), S. 110-131; Meuschel: Machtmonopol und homogenisierte Gesellschaft, in: GG 26 (2000), S. 171-183; Pollack: Die offene Gesellschaft, in: GG 26 (2000), S. 184-196). Ich schließe mich hier der Position von Mitchell Ash an, der herausgestellt hat, dass vor allem die Struktur des Wissenschaftssystems in der DDR ausgesprochen differenziert war (Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25, S. 4).

137 Szöllösi-Janze: Wissensgesellschaft in Deutschland, in: GG 30 (2004), S. 275-313, S. 285.

138 Szöllösi-Janze: Wissensgesellschaft in Deutschland, in: GG 30 (2004), S. 275-313, S. 310.

139 Szöllösi-Janze: Wissensgesellschaft in Deutschland, in: GG 30 (2004), S. 275-313, S. 281.

140 Szöllösi-Janze: Wissensgesellschaft – ein neues Konzept, in: Hockerts (Hg.): Koordinaten deutscher Geschichte 2004, S. 277-305, S. 291.

141 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25, S. 15.



„Der symbolische und konkrete Anschluß an die gewaltigen Modernisierungsschübe des Westens sollte gefunden werden, ohne das Primat des dialektischen Materialismus aufzugeben oder die uneingeschränkte Führungsrolle des Politbüros der SED in Frage zu stellen. Die ideologische Leitlinie markierten die beiden Stichworte ‚Kybernetik‘ und ‚wissenschaftlich-technische Revolution‘.“<sup>142</sup>

Ash hebt damit hervor, dass die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR ein wichtiger Bestandteil des Wegs der DDR in eine „andere Moderne“<sup>143</sup> war, auch wenn seine Ausführungen hierzu stichworthaft bleiben.<sup>144</sup> Auf die Möglichkeit, moderne Gesellschaften über Verwissenschaftlichungsprozesse zu beschreiben, hat auch Lutz Raphael hingewiesen und in diesem Zusammenhang den Stellenwert von Expertenwissen betont: Er hält die „dauerhafte Präsenz humanwissenschaftlicher Experten, ihrer Argumente und Forschungsergebnisse in Verwaltungen und Betrieben, in Parteien und Parlamenten [...]“<sup>145</sup> für ein Charakteristikum der Moderne. Aus diesem Grund spricht Raphael sich für eine Verzahnung von Wissenschafts- und Zeitgeschichte aus, wenngleich seine theoretisch-methodischen Überlegungen hierzu auf der Makroebene bleiben.<sup>146</sup> An diesem Punkt könnte die von Reinhardt vorgeschlagene Dekontextualisierung des Wissensgesellschaftskonzepts ansetzen: Unter Rückgriff auf die soziologischen Konzepte der strukturellen Kopplung von Wissenschaft und Politik in der Wissensgesellschaft, in denen Expertise die „Relation der Wissenschaft zur Politik“<sup>147</sup> darstellt, ließe sich mit Hilfe des von Ash vorgeschlagenen Begriffs der Ressourcen der Stellenwert wissenschaftlicher Politikberatung am historischen Fallbeispiel DDR<sup>148</sup> empirisch untersuchen.

Die historische Betrachtung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der DDR kann von einer solchen ‚wissensgesellschaftlichen‘ Perspektive profitieren, wie die Überlegungen von Carsten Reinhardt, Mitchell Ash und Margit Szöllösi-Janze zeigen. Dies ermöglicht einen differenzierten Blick auf beide gesellschaftlichen Teilsysteme in der DDR

---

142 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25, S. 15.

143 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25, S. 4.

144 Zur Debatte über die Modernität ehemaliger Ostblockstaaten vgl.: Plaggenborg: Experiment Moderne 2006; Zürcher: Aus der Ostmoderne in die Postmoderne, in: Osteuropa-Institut der FU Berlin. Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft 16 (1998), online unter: <http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen/index.html>, letzter Abruf: 26.6.11; Müller (Hg.): Elitenwandel und Modernisierung in Osteuropa 1995; Thaa (Hg.): Gesellschaftliche Differenzierung 1992; Müller: Nachholende Modernisierung?, in: Leviathan 2 (1991), S. 261-291. Für die DDR sind hier die Arbeiten von Andreas Malycha, die sich vor allem auf die strukturellen Aspekte und politischen Vorgaben der SED konzentrieren, instruktiv: Malycha (Hg.): Geplante Wissenschaft 2003; Malycha: ‚Produktivkraft Wissenschaft‘, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 39-105; Malycha: Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 30-31 (2001), S. 21.

145 Raphael: Verwissenschaftlichung des Sozialen, in: GG 22 (1996), S. 165-193, S. 166.

146 Raphael kritisiert in diesem Zusammenhang vor allem die aus seiner Sicht internalistische Wissenschaftsgeschichte, ohne dabei allerdings auf aktuelle Entwicklungen Bezug zu nehmen (Raphael: Verwissenschaftlichung des Sozialen, in: GG 22 (1996), S. 165-193, S. 188).

147 Reinhardt: Historische Wissenschaftsforschung, heute, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 33 (2010), S. 81-99, S. 93.

148 Erste wichtige Hinweise zum Stellenwert der Politikberatung in der DDR finden sich bei Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft 1992; Steiner: Politikberatung in der DDR?, in: Fisch/Rudloff (Hg.): Experten und Politik 2004, S. 101-125; Jessen: Bildungsdebatte, in: Haupt/Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 209-231.

und scheint geeignet, die aktuelle Forschung zur Geschichte der DDR<sup>149</sup> um einen wichtigen Aspekt zu erweitern. Das Beispiel der DDR kann, so lässt sich aus der Forderung nach einer Historisierung des Konzept der Wissensgesellschaft schlussfolgern, dazu dienen, die Vielschichtigkeit der Wissensgesellschaft im 20. Jahrhundert darzustellen. Hierfür ist es nach Reinhardt notwendig, sie auf der einen Seite zu kontextualisieren, also Analogien zwischen der Debatte um die Wissensgesellschaft und der um die Produktivkraft Wissenschaft aufzuzeigen, und sie auf der anderen Seite zu dekontextualisieren, indem mit Weingart nach den strukturellen Kopplungen von Wissenschaft und Politik in der DDR gefragt wird. So lässt sich zeigen, dass „es verschiedene, auch in die Sackgasse führende Wege in die wissensbasierte Gesellschaft gibt“, was zugleich „gegenüber der Vorstellung einer unaufhaltsamen, irreversiblen und positiv zu bewertenden Modernisierung die Ambivalenz, enorme Konflikthaftigkeit und hohen gesellschaftlichen Kosten einer derartigen Entwicklung“<sup>150</sup> unterstreicht.

Mit Hilfe einer Historisierung des Konzepts der Wissensgesellschaft kann zudem im Sinne Raphaels und Szöllösi-Janzes der Brückenschlag zwischen der Wissenschaftsgeschichte und der Zeitgeschichte geschlagen werden, weil die skizzierte Perspektive nicht nur Erkenntnisse über die Funktionsweise der Wissenschaft in der DDR verspricht, sondern auch der Einfluss der Wissenschaft auf die DDR-Politik thematisiert wird. Dies schließt zugleich totalitarismustheoretische Positionen, denen die Annahme von einer Anpassung und Instrumentalisierung der Wissenschaft zu Grunde liegt und in denen Wissenschaft und Politik als Gegensatz begriffen werden, aus.<sup>151</sup> Vielmehr werden die Gemeinsamkeiten der Nachkriegsgesellschaften betont und gemeinsame Problemlagen benannt, die sich in verschiedenen Veröffentlichungen bereits als produktiver Zugang zur Zeitgeschichte erwiesen haben.<sup>152</sup> Die Perspektivierung der DDR mit Hilfe einer Historisierung des Konzepts der Wissensgesellschaft stellt so eine gewinnbringende Möglichkeit dar, die Geschichte der DDR zu problematisieren, ohne eine „ostdeutsche Misserfolgsgeschichte“ oder – besonders

---

149 Den Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR stellten die vom Deutschen Bundestag 1992 und 1995 eingesetzten Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung und Überwindung der SED-Diktatur dar, deren Arbeit inzwischen von dem australischen Historiker Andrew Beattie aufgearbeitet wurde, vgl. Beattie: *Playing Politics with History* 2009. Für einen Überblick über aktuelle Forschungstrends vgl. Großmann: *Tagungsbericht ‚DDR-Geschichte in Forschung und Lehre. Bilanz und Perspektiven‘*. 23.09.2010-24.09.2010, Berlin, in: *H-Soz-u-Kult*, 04.11.2010, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3353>>, letzter Abruf 11.8.2011.

150 Szöllösi-Janze: *Wissensgesellschaft in Deutschland*, in: *GG* 30 (2004), S. 275-313, S. 312.

151 Zur Problematik totalitarismustheoretischer Konzeptionen vgl. Wippermann: *Totalitarismustheorien* 1997; Wippermann: *Dämonisierung durch Vergleich* 2009. Für eine Historisierung des Totalitarismus-Begriffs siehe Rabinbach: *Begriffe aus dem Kalten Krieg* 2009.

152 Vgl. beispielsweise Haupt/Requate: (Hg.): *Aufbruch in die Zukunft* 2004; Jessen/John (Hg.): *Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der sechziger Jahre* 2005 (*Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 8); Nolte/Gosewinkel (Hg.): *Planung im 20. Jahrhundert* (*GG* 34 (2008), Heft 3); Gestwa/Rhodenwald: *Verflechtungsstudien*, in: *Osteuropa* 10 (2009), S. 5-14.

in der Wissenschaftsgeschichte – eine „post-sozialistische Trotzgeschichte“<sup>153</sup> zu schreiben.<sup>154</sup>

### 2.1.3 Denkstil- und Denkkollektivanalyse als Perspektive auf die ‚sozialistische‘ Wissensgesellschaft

Die Forderungen nach einer Perspektivierung der Zeitgeschichte durch die Fokussierung von Verwissenschaftlichungsprozessen zeigt, dass die Wissenschaftsgeschichte ihr ‚Monopol‘ auf die Erforschung des Wissens verloren hat; auch in der Gesellschafts- und Kulturgeschichte ist die Kategorie ‚Wissen‘ zu einem wichtigen Aspekt für das Verständnis vergangener Gesellschaften geworden.<sup>155</sup> Dies hängt auch damit zusammen, dass in der Soziologie die post-industrielle Gesellschaft des 20. Jahrhunderts als ‚Wissensgesellschaft‘ bezeichnet wird. Wissen ist – so das Kernargument der soziologischen Debatte um die Wissensgesellschaft – zu der wichtigsten ökonomischen Ressource moderner Gesellschaften geworden; es dringt in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche und Institutionen ein und gewinnt dort an Bedeutung: Es wird zum Strukturprinzip moderner Gesellschaften.<sup>156</sup>

„Die Konstante [der verschiedenen Diagnosen zur Wissensgesellschaft, V.W.] bleibt jedoch der behauptete Gegensatz zu der vorangegangenen Epoche der Industriegesellschaft, in der das Eigentum an Produktionsmitteln bzw. die Verfügung über sie das entscheidende Kriterium gesellschaftlicher Macht und Strukturbildung war. Wissenschaftliches Wissen, so die übereinstimmende These, tritt hinsichtlich der gesellschaftlichen Funktion und Bedeutung an die Stelle materieller Produktionsmittel.“<sup>157</sup>

Wenn wir heute in der Wissensgesellschaft leben bzw. die Debatte darum zumindest einen großen Raum einnimmt, heißt das auch, dass das den Blick auf die Geschichte bestimmt.<sup>158</sup> Dies erklärt die zunehmende Bedeutung, die die Kategorie Wissen in der Forschung einnimmt: Die Erfahrungen der Gegenwart generieren neue Forschungsstrategien.

---

153 Jarausch: ‚Die Teile als Ganzes erkennen‘, in: Zeithistorische Forschung. Online-Ausgabe 1 (2004), online unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208146/default.aspx>, letzter Abruf 14.5.11.

154 Es existieren zwar viele Darstellungen über die Geschichte der Wissenschaften in der DDR, zahlreiche diese Arbeiten sind aber – wie auch das Beispiel der Kybernetik zeigt – nicht von Wissenschaftshistorikerinnen oder Wissenschaftshistorikern verfasst worden, sondern von Zeitzeuginnen oder Zeitzeugen, die die Geschichte ihres Fachs aufarbeiten. Dies trägt zwar zu einem differenzierten Verständnis der Zeitgeschichte bei, birgt aber auch gewisse Probleme, wie Konrad Jarausch dargelegt hat (Jarausch: Zeitgeschichte und Erinnerung, in: ders./Sabrow (Hg.): Verletztes Gedächtnis 2002, S. 9-37). Zum Verhältnis von Zeitgeschichte und Erinnerungskultur am Beispiel der DDR finden sich in dem von Jarausch und Sabrow herausgegebenen Sammelband auch weitere aufschlussreiche Artikel.

155 Daniel: Wissenschaftsgeschichte, in: Kompendium Kulturgeschichte 2006, S. 361-379.

156 Stehr: Wissen und Wirtschaften 2001.

157 Weingart: Stunde der Wahrheit 2001, S. 14.

158 Stehr konstatiert einen engen Zusammenhang zwischen der zunehmenden gesellschaftlichen Bedeutung von Wissen und Demokratie (Stehr: Moderne Wissensgesellschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 36 (2001), S. 12f.). Auch Weingart spricht davon, dass die „die säkulare Demokratisierung der modernen Gesellschaften die Wissenschaft nachhaltig beeinflusst“ (Weingart: Stunde der Wahrheit 2001, S. 38). Wie sich dieser Prozess jedoch in den ehemals sozialistischen Staaten vollzogen hat, ist eine offene empirische Frage. So hat die Wissenschaftsgeschichte der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte anhand zahlreicher Beispiele über die Funktionsweisen von Wissenschaft unter autoritären oder diktatorischen Bedingungen dargelegt, dass es auch unter anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu einem Wachstum der Wissenschaft kam. Der Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Demokratie soll keineswegs negiert werden, aber dennoch scheinen gute Gründe dafür zu sprechen, dass auch die sozialistischen Gesellschaften des Ostblocks als ‚Wissensgesellschaften‘ bezeichnet werden können, wenngleich in ‚sozialistischer Ausführung‘.

Die Wissensgesellschaft zeichne sich unter anderem dadurch aus, dass Wissenschaft zunehmende praktische Relevanz besitzt, es zu einer wachsenden Vergesellschaftung<sup>159</sup> von Wissenschaft und Technik kommt und sich zahlreiche Verwissenschaftlichungsprozesse in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft beschreiben lassen. Aus der gesellschaftlichen Gebundenheit des (wissenschaftlichen) Wissens ergibt sich, dass jede Gesellschaft eine spezifische Wissensordnung aufweist, worunter sowohl die epistemischen als auch die institutionellen Merkmale des Systems Wissenschaft zu verstehen sind.<sup>160</sup>

Weil sowohl epistemische (Denkstil) als auch institutionelle (Denkkollektive) Merkmale bei der Analyse werden müssen, bieten sich die skizzierten Überlegungen zur Fleckschen Denkstilanalyse als Perspektive an, auf deren Basis in dieser Arbeit der Weg des systemischen Denkstils in der DDR eingebettet in das Konzept der Historisierung der Wissensgesellschaft nachgezeichnet werden soll: Wie, mit Hilfe welcher Denkkollektive (Akteure) und vor welchem gesellschaftlichen Hintergrund wurden Systemtheorie und Kybernetik in der DDR zu wissenschaftlichen Tatsachen? Die Flecksche Perspektive legt den Schwerpunkt auf die Untersuchung der Wissenschaftsentwicklung, bietet aber zugleich den Vorteil, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen bei der Entstehung neuen Wissens zu berücksichtigen, weil Fleck der gesellschaftlichen Gebundenheit des entstandenen Wissens Rechnung trägt und es an kulturelle, politische und soziale Entwicklungen rückbindet. Dies ermöglicht es, mit Hilfe der Fleckschen Kategorien nicht nur den wissenschaftlichen Denkstil selbst, sondern auch die für die Wissensgesellschaft charakteristischen Kopplungen von Wissenschaft und Politik in den Blick zu nehmen und den Brückenschlag zwischen Wissenschaft- und Zeitgeschichte – wie er in der Debatte um die Historisierung des Konzepts der Wissensgesellschaft gefordert wird – vorzunehmen.

Fleck beschränkt sich dabei nicht auf die Entstehung des wissenschaftlichen Wissens, sondern trägt zugleich den handelnden Akteuren (Denkkollektiven) Rechnung: Die Rolle der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Expterinnen und Experten und ihr Agieren in Form wissenschaftlicher Politikberatung kann somit ebenso berücksichtigt werden wie die an Mitchell Ashs Überlegungen anschließende Frage nach den Ressourcenensembles im Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Die Betrachtung der Denkkollektive – also der Ebene von Akteuren und Institutionen – öffnet den Blick für die Darstellung personeller und institutioneller Ressourcen, die nach Ash gleichermaßen in die Betrachtung

---

159 In der Technikforschung existieren bereits einige Ansätze, diese Prozesse theoretisch zu erfassen. Bernward Joerges beispielsweise beschreibt den Prozess der technischen Normierung als „Externalisierung sozialer Strukturen“, da es sich bei den technischen Normen erstens um Normen für menschliches Verhalten, zweitens um Normen für maschinelles Verhalten oder drittens um Normen der Umwelt handeln kann (vgl. dazu Joerges: Technische Normen – Soziale Normen?, in: Soziale Welt 1989, S. 242-258). Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Bruno Latour mit seinem Konzept der Aktanten (vgl. Latour: Where are the missing masses?, in: Bijker/Law (Hg.): Shaping Technology/Building Society 1992, S. 225-258).

160 Weingart/Carrier/Krohn: Nachrichten aus der Wissensgesellschaft 2007, S. 11.

einbezogen werden müssen wie kognitive und rhetorische Ressourcen. So stellt die Analyse der Denkkollektive und Denkstile des systemischen Denkens in der DDR bei gleichzeitiger Orientierung an den Überlegungen zur Historisierung der Wissensgesellschaft eine Möglichkeit dar, traditionelle politik-, sozial- und kulturgeschichtliche Herangehensweise um eine wissenschaftshistorische Perspektive zu ergänzen und zugleich die „Kluft zwischen einer ausschließlich akteurszentrierten auf der einen und einer akteurslosen Herangehensweise auf der anderen Seite zu überbrücken.“<sup>161</sup>

Eine Leerstelle, die bei Fleck nur unzureichend thematisiert wird, für meine Untersuchung jedoch von nicht unwesentlicher Bedeutung ist, weil sie den Status von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als Expterinnen und Experten für die Politik betrifft, ist die institutionelle Ebene. Einerseits betont Fleck zwar die Kollektivität von Erkenntnis – das Individuum tritt also zurück – und unterscheidet andererseits zwischen zeitlich begrenzten und stabilen Denkkollektiven, findet dafür aber keine begriffliche Präzisierung und das bestehende Vakuum wird in seiner Theorie nicht richtig gefüllt. Torger Möller hat zudem hervorgehoben, dass die Unterscheidung der Denkkollektive in esoterische und exoterische Kreise relational zu verstehen ist: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können zugleich zum esoterischen Kreis eines bestimmten Denkkollektivs gehören, während sie bei einem anderen Denkkollektiv den exoterischen Kreis darstellen.<sup>162</sup> Dies träfe etwa dann zu, wenn sie zwar an der Formulierung der wissenschaftlichen Tatsachen beteiligt sind, aber nicht direkt politikberatenden Expertengremien angehören.

Die wissenschaftliche Politikberatung ist ein typisches Merkmal der Wissensgesellschaft und Expertise ist der Bereich, anhand dessen sich die strukturelle Kopplung von Wissenschaft und Politik besonders gut zeigen lässt. Wissenschaftliches Wissen stellt ein soziales Produkt dar, das „für Gesellschaften zentrale Orientierungsfunktion übernimmt.“<sup>163</sup> Bezogen auf die Wissensgesellschaft inkorporiert das wissenschaftliche Wissen diese Ordnungsfunktion in gesteigertem Maße, beispielsweise in Form von Expertise. Mit Hilfe wissenschaftlicher Politikberatung soll so Wissen erzeugt werden, welches der Politik erstens zur Problemlösung und zweitens als Entscheidungshilfe bzw. zur Legitimation politischer Entscheidungen dienen sollte. Funktion der Expterinnen und Experten ist es, sich zu politischen Problemen zu äußern, die einen wissenschaftlichen Gehalt haben. Doch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler agieren in dieser Situation zumeist interessengebunden, schließlich ist es die Politik, die ihnen Ressourcen bereitstellt. Es lässt sich beobachten, dass

---

161 Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt 2005, S. 20.

162 Möller: Kritische Anmerkungen, in: Chołuj/Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion 2007, S. 397-413, S. 401.

163 Landwehr: Diskurs – Macht – Wissen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85 (2003), S. 71-117, S. 115. Ähnlich in Landwehr: Das Sichtbare sichtbar machen, in: ders. (Hg.): Geschichte(n) der Wirklichkeit. 2002, S. 61-89, S. 66.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entweder ihrer eigenen politischen Haltung gemäß argumentieren oder sie die Interessen des Forschungsgebietes, dem sie angehören, vertreten.<sup>164</sup> Aus den skizzierten Situationen entsteht ein Abgrenzungsproblem zwischen Politik und Wissenschaft, die Bestimmung des Verhältnisses zwischen beiden verkompliziert sich zunehmend.

„Die innere Klammer besteht in dem gegenläufigen Bezug der Problemlösungs- und Legitimationsfunktionen der Wissenschaft für die Politik einerseits und der Ressourcenabhängigkeit der Wissenschaft von der Politik andererseits.“<sup>165</sup>

Nach Weingart entsteht dieses Dilemma durch die zunehmend enger werdende strukturelle Kopplung zwischen Wissenschaft und Politik. Dieses lässt sich jedoch nicht als ein Verwischen der Grenzen zwischen beiden Funktionssystemen beschreiben, sondern es handelt sich um einen Effekt der Verwissenschaftlichung der Politik, der sich aus der gegenseitigen Ressourcenabhängigkeit ergibt und vice versa.

Mit Wolfgang Krohn und Günter Küppers betrifft dieser Prozess vor allem die Wissenschaft als soziales System. Die Autoren haben einen theoretischen Ansatz entwickelt, in dem sie – um die Funktionsweise von Wissenschaft jenseits angenommener Autonomie oder Heteronomie zu erklären – davon ausgehen, dass die Wissenschaft das Verhältnis zu ihrer Umwelt selbst organisiert.<sup>166</sup> Dies bedeutet unter anderem, dass „extern bestimmtes Handeln in der Wissenschaft normal erwartbar [ist, V.W.] und in engster Verknüpfung mit dem intern bestimmten auftreten muß“.<sup>167</sup> Wissenschaftshandeln ist so auch immer „in die außerwissenschaftliche Umwelt gerichtet, in der es mit anderen Handlungsformen aus Politik, Ökonomie, Kultur usw. interagiert.“<sup>168</sup> Hierzu zählen Krohn und Küppers neben anderen Aspekten auch die „Internalisierung wissenschaftsexterner Problemlagen wie [die, V.W.] Externalisierung theoretischer Weltmodellierung (Verwissenschaftlichung der Gesellschaft und Vergesellschaftung der Wissenschaft).“<sup>169</sup>

Um die Fleckschen Begriffe des Denkstils und des Denkkollektivs für die vorliegende Untersuchung zu operationalisieren und ihn empirisch untersuchen zu können, orientiere ich mich deswegen im Anschluss an Krohn und Küppers<sup>170</sup> in der vorliegenden Untersuchung an vier (sich teilweise überschneidenden) wissenschaftlichen Handlungstypen, die das Verhältnis der Wissenschaft zur Politik markieren. Anders als Torger Möller, der konstatiert, dass man Flecks Begrifflichkeiten, da sie einer bewusstseinsphilosophischen Tradition entsprängen, nicht kommunikationstheoretisch deuten könne, gehe ich dabei davon

---

164 Weingart: Stunde der Wahrheit 2001, S. 147.

165 Weingart: Stunde der Wahrheit 2001, S. 132.

166 Krohn/Küppers: Selbstorganisation der Wissenschaft 1989.

167 Krohn/Küppers: Selbstorganisation der Wissenschaft 1989, S. 19.

168 Krohn/Küppers: Selbstorganisation der Wissenschaft 1989, S. 122.

169 Krohn/Küppers: Selbstorganisation der Wissenschaft 1989, S. 123.

170 Krohn/Küppers: Selbstorganisation der Wissenschaft 1989, 124.

aus, dass Fleck besonders auf die historische Betrachtung von Sprache und Kommunikation Wert legte.<sup>171</sup> Fleck verwendet den Kommunikationsbegriff zwar nicht explizit, hat aber dennoch eine Vorstellung von Kommunikation, wenn er die verschiedenen Formen der Popularisierung wissenschaftlicher Tatsachen in Form von Zeitschriftenartikeln, Handbüchern und Lehrbüchern darlegt. Neue Denkstile – so meine Schlussfolgerung – können nicht entstehen, wenn sie auf der Ebene der informellen Kommunikation verharren, sondern sie müssen im Rahmen der genannten Publikationsmedien veröffentlicht werden. Erst dann kann neues, im Forschungsprozess noch vorläufiges und unsicheres Wissen zur wissenschaftlichen Tatsache werden. Deswegen lassen sich aus meiner Sicht den verschiedenen Handlungstypen unterschiedliche institutionelle Ebenen und unterschiedliche Kommunikationsformen zuordnen, woraus sich unterschiedliche Formen von Quellen ergeben, mit Hilfe derer sich Denkkollektive und Denkstil rekonstruieren lassen.

**Tabelle 1: Zusammenhang zwischen Handlungstypus, Material und Theorieebene<sup>172</sup>**

Handlungstypus	Institutionen	Material	Ebene
Kooperation	Forschergruppen	Tagungsbände Festschriften Biographien Autobiographien Stasi-Akten Archive (BA/BBAW/HU)	Denkkollektiv
Informelle Kommunikation	Hochschulinstitutionen Konferenzen Gesellschaften	Festschriften Biographien Autobiographien Interviews Archivalien	Denkkollektiv
Formelle Kommunikation	Zeitschriften	DZfPh Die Einheit Buchpublikationen	Denkstil
Wissenschaftspolitik- und Forschungsplanung	SED-Institutionen Expertengruppen	Parteiberichte Sitzungsprotokolle Interviews	Denkstil wird zum Weltbild

171 Möller: Kritische Anmerkungen, in: Chołuj/Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion 2007, S. 397-413, anders Wegmarshaus: Vom Denkstil zum Paradigma in: Chołuj/Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion 2007, S. 49-63, S. 56f.

172 Tabelle angelehnt an Krohn/Küppers: Selbstorganisation der Wissenschaft 1989, S. 124.

Wie in der Tabelle ersichtlich, lassen sich den unterschiedlichen Untersuchungsebenen jeweils eine Vielzahl von sich teilweise überschneidenden Materialien zuordnen, die unterschiedliche Analysemethoden, also ein multimethodisches Vorgehen, erfordern. Die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR betrifft dabei zunächst alle der hier skizzierten Handlungstypen und ist ebenso auf der Ebene der Denkkollektive wie auf der Ebene des Denkstils angeordnet. Wenn es um die Rekonstruktion der den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur Verfügung stehenden Ressourcen geht, spielen – das haben die Arbeiten von Ralph Jessen zur Sozialstruktur der Hochschullehrerschaft der DDR gezeigt<sup>173</sup> – (wissenschafts-)politische Aspekte ebenso eine Rolle wie genuin wissenschaftliche. So war die persönliche Integrität einer Person unter Umständen ein Kriterium für ihren Zugang zu formeller Kommunikation; vor allem aber setzte die Berufung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in politikberatenden Gremien ein hohes Maß an politischer Loyalität voraus, die somit zu einer Ressource der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um Prestige und wissenschaftliche Anerkennung werden und ihnen Einfluss auf wissenschafts- und forschungspolitische Entscheidungen sichern konnte. Die zweite, meine Arbeit leitende Fragestellung nach der Modernisierung des Marxismus-Leninismus durch die Rezeption des systemischen Denkens betrifft vor allem die Ebene des Denkstils. So ist die Zugehörigkeit zu einem Denkkollektiv, welches sich auch politisch Geltung verschaffen konnte, zwar Voraussetzung dafür, dass sich neue wissenschaftliche Denkstile durchsetzen konnten. Wie und von wem diese jedoch im Bereich der Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung aufgegriffen wurden und welche Eigendynamik ein Denkstil unabhängig von dem Ursprungsdenkkollektiv entwickeln konnte, ist Gegenstand der Analyse des systemischen Denkstils in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* als fachwissenschaftliches und der *Einheit* als politisches Medium.

## 2.2 Materialkorpus und Analysemethoden

Die skizzierten empirischen Untersuchungsebenen von Denkkollektiv und Denkstil des systemischen Denkens, die ich den vier Handlungsfeldern zugeordnet habe, erfordern unterschiedliche qualitative Analysemethoden.<sup>174</sup> Die Rekonstruktion des Denkkollektivs, die dazu dient, das Zusammenspiel von Kooperation und informeller Kommunikation zwischen verschiedenen, an der Etablierung des systemischen Denkens in der DDR beteiligten

---

173 Jessen: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur* 1999; ders.: *Professoren im Sozialismus*, in: Kaleb/Kocka/Zwahr (Hg.): *Sozialgeschichte der DDR* 1994, S. 217-253; ders.: *Sozialgeschichte der ostdeutschen Gelehrtschaft (1945-1970)*, in: Sabrow/Walther (Hg.): *Historische Forschung und sozialistische Diktatur* 1995, S. 121-143.

174 Lediglich die erhobenen Zeitschriftenartikel wurden teilweise auch quantitativ ausgewertet, um einen Überblick über zeitliche Veröffentlichungsschwerpunkte zu erhalten, Zusammenhänge zwischen Ereignissen und Publikationen herstellen zu können und Phasen der Rezeption des systemischen Denkens durch Veröffentlichungszahlen belegen zu können.



Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern offen zu legen, orientiert sich an biographischen Methoden. Biographien, so hat Margit Szöllösi-Janze betont, erlauben eine „integrierende Perspektive“ auf Wissenschaft, weil auf diese Weise die unterschiedlichen Dimensionen der Wissenschaft und Gesellschaft herausgearbeitet werden können.<sup>175</sup> Hierzu zählt sie „sozioökonomische Strukturen, institutionelle Rahmenbedingungen, mentale Prägungen, eine bestimmte Arbeits- und Lebensweise, Körper und Krankheit usw.“<sup>176</sup> Szöllösi-Janze verweist aber zugleich auf die Grenzen biographischer Formen der Geschichtsschreibung, die vor allem durch die „chronologische Erzählform [...] einen kohärenten Zusammenhang des Lebens“ konstruiert und das „Unvorhersehbare, Kontingente eines Lebens“<sup>177</sup> verschleiern. Auf der Basis dieser Überlegungen wurden unterschiedliche Arten von Quellen (Archivalien, Biographien, Autobiographien, Festschriften, Interviews, s.u.) analysiert und kontextualisiert, um sie hinsichtlich der Frage nach Kooperation und informeller Kommunikation zwischen verschiedenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auszuwerten. Auf diese Weise soll das Denkkollektiv als Netzwerk unterschiedlicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler analysiert werden, die miteinander in Verbindung standen. Hierbei werden individual-biographische Aspekte wie die wissenschaftliche Sozialisation ebenso eine Rolle spielen wie Lehrer-Schüler-Verhältnisse. Die Denkkollektive und ihre Struktur werde ich dabei rückbinden an die Überlegungen Ralph Jessens zur Struktur der wissenschaftlichen Eliten in der DDR.<sup>178</sup>

Die Rekonstruktion des Denkstils, die anhand der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* und der *Einheit* durchgeführt wird, erfolgt mit Hilfe diskursanalytischer Verfahren.<sup>179</sup> Um den Rückbezügen zwischen dem systemischen Denkstil und den Denkkollektiven gerecht zu werden, orientiere ich mich dabei an den wissenssoziologischen Überlegungen zur Diskursanalyse:

„Die Ziele der Wissenssoziologischen Diskursanalyse können wie folgt beschrieben werden: Sie rekonstruiert Prozesse der sozialen Konstruktion, Zirkulation und Vermittlung von Deutungs- und Handlungsweisen auf der Ebene von institutionellen Feldern, Organisationen, sozialen Kollektiven und Akteuren.“<sup>180</sup>

---

175 Hiervon zeugen verschiedene, in den letzten Jahren erschienen Wissenschaftlerbiographien, z.B. Goschler: Rudolph Virchow 2002.

176 Szöllösi-Janze: Lebens-Geschichte – Wissenschafts-Geschichte, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000), S. 17-35, S. 29f.

177 Szöllösi-Janze: Lebens-Geschichte – Wissenschafts-Geschichte, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000), S. 17-35, S. 30f.

178 Jessen: Akademische Elite 1999; ders.: Professoren im Sozialismus, in: Kaleble/Kocka/Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR 1994, S. 217-253; ders.: Sozialgeschichte der ostdeutschen Gelehrtenschaft (1945-1970), in: Sabrow/Walther (Hg.): Historische Forschung und sozialistische Diktatur 1995, S. 121-143.

179 Sarasin: Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse 2003; Landwehr: Geschichte des Sagbaren 2001.

180 Keller: Wissenssoziologische Diskursanalyse 2011, S. 236.

Die Wissenssoziologische Diskursanalyse impliziert keine konkrete methodische Vorgehensweise, vielmehr stellt sie „eine Spielart der Hermeneutischen Wissenssoziologie neben anderen“ bzw. ein „Forschungsprogramm“<sup>181</sup> dar.

Vorschläge zur tatsächlichen Verfahrensweise bei einer Diskursanalyse liefert Siegfried Jäger: Mit Hilfe der von ihm vorgeschlagenen methodischen ‚Werkzeugkiste‘ habe ich die Quellen aufbereitet.<sup>182</sup> Diese Methode bietet sich an, weil ich zur Rekonstruktion des Denkstils vor allem Zeitschriftenliteratur heranziehe und der von Jäger vorgeschlagene Analyseleitfaden es erlaubt, die Ergebnisse zu systematisieren und die synoptische Analyse vorzubereiten. Denkanstöße für eine solche Verfahrensweise finden sich bereits bei Fleck selber, wenn er dafür plädiert, die vergangenen Begriffsschichten einer Wortverwendung offen zu legen und dies eindrucksvoll am Beispiel des Begriffs der Syphilis demonstriert.<sup>183</sup>

Diese Art der inhaltsanalytischen Verfahrensweise ermöglicht im Anschluss an Mayring die regelgeleitete Vorgehensweise bei der Analyse, deren Ziel es sein wird, vor allem die Aspekte der Kommunikation in den Zeitschriften zu berücksichtigen, die das Verhältnis von Wissenschaft und Politik betreffen.<sup>184</sup> Ein wichtiger Aspekt der wissenssoziologischen Diskursanalyse ist die Betrachtung der Quellen in einem größeren Zusammenhang: Es geht darum, sich vom Text als „isoliertem Dokument [zu lösen]“<sup>185</sup> und die einzelnen Dokumente zu kontextualisieren. Diese „Sekundäranalysen“<sup>186</sup> werde ich mit Hilfe weiterer methodischer Zugänge wie Interviews und Quellenanalysen von Archivalien vornehmen. Zudem soll eine quantitative Übersicht über die Publikationen zu Systemtheorie und Kybernetik Hinweise auf zeitliche Veröffentlichungsschwerpunkte liefern, die im Zuge der Sekundäranalyse möglicherweise durch Ereignisse wie Tagungen, Einberufung von Expertengremien oder politische Ereignisse erklärbar sind. Hierzu wurden die erhobenen Quellen in einem Kategoriensystem erfasst.<sup>187</sup>

### **Materialkorpus Denkkollektiv**

Zur Rekonstruktion des Denkkollektivs stellten Archivalien aus dem Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, in dem sich die Unterlagen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR befinden, dem Bundesarchiv, dem Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin (HU Berlin) sowie dem Archiv der Behörde für die Unter-

181 Keller: Wissenssoziologische Diskursanalyse 2011, S. 192. Hervorh. im Original.

182 Jäger: Diskurs und Wissen, in: Keller u.a. (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse 2. Aufl. 2006, S. 83-114, S. 104-108.

183 Fleck: Theorie des Erkennens [1936], in: ders.: Erfahrung und Tatsache 1983, S. 84-127, S. 104ff.

184 Mayring: Qualitative Inhaltsanalyse 2008, S. 11.

185 Keller: Wissenssoziologische Diskursanalyse 2011, S. 191.

186 Keller: Wissenssoziologische Diskursanalyse 2011, S. 192.

187 Mayring betont die Bedeutung eines Kategoriensystems zur quantitativen Aufbereitung von Daten, vgl. Mayring: Qualitative Inhaltsanalyse 2008, S. 43.

lagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR einen wichtigen Ausgangspunkt dar.

In den Personalakten der an der HU Berlin Beschäftigten finden sich oftmals Lebensläufe, die über die Laufbahn der Mitglieder der Denkkollektive Aufschluss versprechen. Hierzu zählen neben biographischen Angaben auch Angaben zur Parteizugehörigkeit sowie Informationen über soziale Herkunftsmilieus. Informationen über Promotionsverfahren ließen sich teilweise über die Dekanatsakten der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität erschließen. In diesen waren neben den Dissertationsthemen der Promovierenden in der Regel auch die Betreuerinnen bzw. Betreuer der Arbeit angegeben. Vor allem für die Rekonstruktion der Biographie Georg Klaus' war auch die durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) angelegte Akte über Georg Klaus von wichtiger Bedeutung: Hierbei handelte es sich um eine Akte mit Personeninformationen, d.h., sie diente dem MfS dazu, Informationen über Georg Klaus zu sammeln. Klaus war kein inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit, allerdings hatte die Stasi seine Anwerbung in Erwägung gezogen, da die Akte teilweise als „IM-Vorlauf“ geführt wurde. Darüber hinaus war Klaus (vermutlich ohne sein Wissen) Kontaktperson des MfS, d.h., Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Staatssicherheit führten Gespräche mit Klaus, die protokolliert wurden; diese Protokolle sind Bestandteil der Akte. Die Stasi-Akte zu Georg Klaus stellt jedoch im Rahmen meiner Recherche eine Ausnahme dar, denn zu anderen Personen, die sich mit dem systemischen Denken in der DDR befassten, ließen sich keine Akten recherchieren. Dies hat verschiedene Gründe: Generell gilt für die Philosophie in der DDR, wie Guntolf Herzberg herausgearbeitet hat, dass sich die Stasi für die Philosophinnen und Philosophen „nicht als Theoretiker oder als Träger eines philosophischen Systems“ interessierte, sondern sie „die Philosophie als ein Ding“ betrachtet habe,

„das man abzusichern habe gegen Spionage, Geheimdienste oder sonstige feindliche Einflüsse (wie etwa einen Flugplatz oder ein Kraftwerk). An den Philosophen interessierte sie, ob sie antisozialistische, antisowjetische, sozialdemokratische oder sonstige parteifeindliche Ansichten vertreten, unerlaubt westliche Kontakte pflegen oder Fluchtabsichten hegen.“<sup>188</sup>

Aus diesem Grund wurden keine speziellen Sachakten, die sich mit bestimmten Strömungen der DDR-Philosophie befassten, geführt, sondern nur die inoffizielle Mitarbeit verschiedener Philosophinnen und Philosophen für das MfS wurde in den Akten dokumentiert.<sup>189</sup> Hauptbestandteile der Akten sind nach Herzberg in der Regel

„Berichte [ ] über Kommilitonen und Kollegen (auch sehr positive Beurteilungen finden sich darunter), Einschätzungen der politisch-ideologischen Situation am Institut (meist

---

188 Herzberg: *Abhängigkeit und Verstrickung* 1996, S. 48.

189 Herzberg: *Abhängigkeit und Verstrickung* 1996, S. 42.

sehr kritische, viel realistischer als die Parteiberichte), Berichte über Kongresse [und, V.W.] Tagungen, Einschätzungen von Manuskripten oder Veröffentlichungen.“

Somit bieten die Berichte der IM Informationen, die vor allem Aufschluss über die Kooperation und informelle Kommunikation an den Institutionen versprechen, d.h., dort sind Konflikte und Auseinandersetzungen an den Instituten und Informationen über Kongresse und Tagungen teilweise dokumentiert. Aus diesem Grund sind sie relevant für die Rekonstruktion des systemischen Denkkollektivs.

Die Recherche dieser Akten gestaltet sich jedoch schwierig, weil für Anfragen an die Bundesbehörde für die Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU) die Angabe des Namens und Geburtsdatums der Person, deren IM-Akte man – falls vorhanden – einsehen möchte, notwendig sind. So verliefen die meisten meiner Anfragen, die zwischen 2005 und 2010 stattfanden, erfolglos, weil entweder keine Akten vorlagen oder sich das Geburtsdatum der Personen nicht recherchieren ließ. Das heißt allerdings nicht, dass die angefragten Personen nicht von der Stasi beobachtet wurden oder für sie tätig waren, weil ein Großteil der Akten vor allem der inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Akademie möglicherweise noch nicht erschlossen ist.<sup>190</sup> Ein mittelbarer Zugang zu Informationen über das Denkkollektiv des systemischen Denkens beziehungsweise die Situation am Institut für Philosophie der DAW (jenseits der Akte zu Georg Klaus) eröffnete sich mir lediglich durch die Akte des IM „Rehbein“, hinter dem sich der langjährige Institutsdirektor Manfred Buhr verbarg.<sup>191</sup>

Mit Hilfe der skizzierten Archivalien ließen sich zwar teilweise die Lebensläufe der Protagonistinnen und Protagonisten des systemischen Denkens ermitteln und die Situation des Instituts für Philosophie der DAW rekonstruieren, gleichwohl blieben diese Informationen lückenhaft oder enthielten keine Informationen über Kooperationen bzw. informelle Kommunikation zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.<sup>192</sup> Im Fall von Georg Klaus ließen sich die Informationen mit Hilfe der von Heinz Liebscher 1982 veröffentlichten Monographie „Georg Klaus zu philosophischen Problemen der Mathematik und Kybernetik“, deren erstes Kapitel sich der Biographie von Klaus widmet sowie vereinzelte Veröffentlichungen der Sekundärliteratur ergänzen.<sup>193</sup> Informationen über die Le-

---

190 Herzberg: *Abhängigkeit und Verstrickung* 1996, S. 47. Herzberg hält dies in einer Fußnote seiner 1996 erschienen Monographie fest. Da zahlreiche meine Personenanfragen an das Archiv der BStU, die bis Dezember 2009 erfolgten, erfolglos verliefen, ist es möglich, dass die Akten nach wie vor nicht bearbeitet sind.

191 Herzberg: *Abhängigkeit und Verstrickung* 1996, S. 45. Herzberg hat recherchiert, dass alle Leitungspositionen des Instituts für Philosophie der DAW mit Inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi besetzt waren. Die einzige Ausnahme hiervon bildete Georg Klaus.

192 So war der Nachlass von Georg Klaus, der sich im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften befindet, wenig ergiebig. Hier fanden sich beispielsweise keine persönlichen Briefwechsel oder ähnliches, sondern vor allem Veröffentlichungsmanuskripte sowie Gutachten zu diesen Manuskripten.

193 Liebscher: *Georg Klaus* 1982; Eckardt: *Philosophie und Philosophen in Jena*, in: Weißbecker: *Gewalten* 2002, S. 51-68; Eckardt: *Angewandte Wissenschaftsrevision*, in: *Humankybernetik* 43 (2002), S. 143-152; Eckardt: *Georg Klaus an Max Bense*, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): *Kybernetik und Interdisziplinarität*, Berlin 2004, S. 390-392.

bensläufe weiterer Protagonistinnen und Protagonisten des systemischen Denkkollektivs in der DDR lieferten veröffentlichte Autobiographien,<sup>194</sup> einen weiteren wichtigen Zugang boten Festschriften, die zumeist auch Aufschluss über die Verbindung der Beitragenden zu honorierten Personen lieferten.<sup>195</sup> Ergänzend hierzu habe ich mit Heinz Liebscher<sup>196</sup>, Herbert Hörz<sup>197</sup> und Klaus Fuchs-Kittowski<sup>198</sup> Interviews durchgeführt, die vor allem dazu dienten, die Protagonistinnen und Protagonisten des Denkkollektivs zu identifizieren sowie individuelle Einschätzungen über die Bedeutung des systemischen Denkstils für die DDR-Philosophie, die Institutionalisierung von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR und das Verhältnis des systemischen Denkens zur Politik zu erhalten.<sup>199</sup> Die Interviews waren als offene Leitfrageninterviews konzipiert: Hierbei orientierte ich mich an einem Fragenkatalog, den ich allen Interviewten stellte. Die Interviews, die zwischen 90 Minuten und 120 Minuten dauerten, habe ich mit einem digitalen Aufnahmegerät aufgezeichnet, nach Durchführung auf den Computer überspielt und schließlich transkribiert.

Freilich sind die genannten autobiographischen Quellen mit der gebotenen kritischen Vorsicht zu behandeln, stellen sie doch die subjektive Sicht der an den Ereignissen Beteiligten auf die Geschichte des systemischen Denkens in der DDR retrospektiv dar. Eine wesentliche Rolle hierbei spielt nicht zuletzt, dass sich die persönliche Situation und damit die Selbstverortung der Akteure nach 1989 änderte: Waren sie in der DDR erfolgreiche Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler mit der entsprechenden Reputation, verloren viele von ihnen nach der Wende durch die „Kolonisierung der ostdeutschen Philosophielandschaft“<sup>200</sup> – meist im Alter zwischen 50 und 60 Jahren – ihre Arbeit und ihren sozialen Status. Dies führt einerseits teilweise zu Begründungs- und Rechtfertigungsdiskursen in Bezug auf die DDR-Vergangenheit, die sich partiell auch in den vorgestellten Quellen wiederfinden,<sup>201</sup> andererseits auch teilweise zum Schweigen der Protagonistinnen und Protagonisten aus Angst vor Denunziation.<sup>202</sup> Gleichwohl liefern die genannten Quellen wichtige Hinweise über die Kooperation verschiedener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie das Verhältnis verschiedener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum systemi-

---

194 Vor allem Liebscher: *Fremd- oder Selbstregulation?* 1995; Thiel: *Neugier – Liebe – Revolution* 2010; Hörz: *Lebenswenden* 2005.

195 Buhr (Hg.): *Philosophie – Wissenschaften: Zum Wirken von Georg Klaus* 1984; Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): *Kybernetik und Interdisziplinarität. Festschrift für Georg Klaus*, Berlin 2004; Banse/Wollgast (Hg.): *Philosophie und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Festschrift Herbert Hörz*, Berlin 2003.

196 Interview mit Heinz Liebscher, geführt am 6. November 2007 in Berlin.

197 Interview mit Herbert Hörz, geführt am 4. Juli 2007 in Berlin.

198 Interview mit Klaus Fuchs-Kittowski, geführt am 10. November 2007 in Berlin.

199 de Chadarevian: *Using Interviews to Write the History of Science*, in: Söderqvist (Hg.): *Historiography of Contemporary Science and Technology* 1997, S. 51-70.

200 Schneider: *Hinter Mauern aus Text*, in: *Hochschule Ost* 3 (1998), S. 104-111, S. 104.

201 Im Anschluss an Stefan Busse konstatiert Laitko dieses Problem für die DDR-Philosophie (Laitko: *Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis*, in: *Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft* 2002, S. 107-139, S. 137).

202 Schneider: *Hinter Mauern aus Text*, in: *Hochschule Ost* 3 (1998), S. 104-111, S. 108.

schen Denkkollektiv, weil sie vom universitären Alltag, Lehrveranstaltungen, Sitzungen, aber auch von Kontakten untereinander, Tagungen und privaten Begebenheiten berichten.

Zur Rekonstruktion institutioneller Entwicklungen im Bereich der Wissenschaft, die von der Institutionalisierung des systemischen Denkens zeugen, erwiesen sich vor allem die Bestände des Archivs der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und des Bundesarchivs als ergiebig: Während sich im Archiv der BBAW Protokolle zur Kommission für Kybernetik der DAW, Protokolle, Schriftwechsel und Gründungsdokumente bzw. Planungskonzepte des Zentralinstituts für Kybernetik und Informationsprozesse sowie Dokumente zur Gründung des Instituts für Wissenschaftstheorie und -organisation (IWTO) fanden, erlaubten die Bestände des Bundesarchivs Aufschluss über politische Expertenkommissionen. Hier waren insbesondere die Akten des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, des Ministeriums für Wissenschaft und Technik sowie die Bestände über die Arbeit des Forschungsrates der DDR von Belang, wo sich Protokolle und Analysen der Expertenkommissionen fanden. Beide Bestände geben Aufschluss über Konflikte bei der Institutionalisierung des systemischen Denkens: Nicht nur lässt sich auf diese Art und Weise rekonstruieren, wie und wo Expertenkommissionen etabliert und institutionalisiert wurden, sondern es lassen sich auch die Widerstände anderer Wissenschaftsbereiche gegen den systemischen Denkstil nachzeichnen. Darüber hinaus zeugen die Protokolle der Kommissionen zwar einerseits davon, dass sich die Beratungsschwerpunkte im Laufe der Zeit verschoben, andererseits dokumentieren sie aber auch die Konstanz der Politikberatung im Bereich von Systemtheorie und Kybernetik über den Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker hinaus.

### ***Materialkorpus Denkstil***

Die Grundlage der Rekonstruktion des systemtheoretisch-kybernetischen Denkstils bilden serielle Quellen in Form von Artikeln aus der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* und der *Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Kommunismus*. Die beiden genannten Publikationsorgane wurden ausgewählt, weil sich dabei um die jeweils wichtigsten Zeitschriften für die Bereiche Wissenschaft (Philosophie) und Politik handelte: Während die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* das wichtigste fachwissenschaftliche Medium der Philosophie in der DDR darstellte, handelte es sich bei der *Einheit* um das Theorieorgan der SED, in dem vor allem die Ideologie betreffende Entwicklungen verhandelt wurden. Somit war zu erwarten, dass sich anhand der Untersuchung der Zeitschriften die Etablierung des systemischen Denkstils von den ersten kursierenden Gedanken bis zur Akzeptanz als neue wissenschaftliche Tatsache nachzeichnen lässt, wobei es durch die verglei-

chende Perspektive zwischen beiden Zeitschriften zugleich möglich erschien, das Aufgreifen des neuen Denkstils in der Politik zu rekonstruieren und zu untersuchen, wie Systemtheorie und Kybernetik zur sozialistischen Ideologie ins Verhältnis gesetzt wurden.

Die Zeitschriftenartikel wurden erhoben, indem zunächst die Inhaltsverzeichnisse beider Zeitschriften durchgesehen wurden. Die Artikelauswahl erfolgte zunächst sehr breit und anhand der Überschriften, wobei auch solche Artikel berücksichtigt wurden, die zumindest eine Auseinandersetzung mit dem systemischen Denken vermuten ließen, auch wenn sie die Begriffe ‚Systemtheorie‘ oder ‚Kybernetik‘ nicht direkt in der Überschrift trugen. Die erhobenen Quellen wurden danach sechs Kategorien zugeordnet. Hierzu zählten ‚Kybernetik‘, ‚Systemtheorie‘, ‚Naturwissenschaft allgemein‘ (Kybernetik und Systemtheorie fanden in Form von Beispielen Erwähnung), ‚Wissenschaft und Politik‘ (Kybernetik und Systemtheorie stellten Bezugspunkte für (wissenschafts-)politische Entwicklungen dar), ‚Rezensionen‘ und ‚Sonstiges‘ (als Kategorie, die sich möglicherweise zur Rekonstruktion des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhangs als relevant erweisen sollten, so etwa, wenn die Artikel besonders auf den Bereich der Ökonomie abhoben). Die Rezensionen wurden zwar erhoben, spielten aber bei der Analyse der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* nur eine untergeordnete Rolle, weil nicht zu erwarten war, dass in ihnen neue wissenschaftliche Tatsachen formuliert worden sind, sondern allenfalls Abgrenzungen hinsichtlich des Denkstils zu vermuten waren. Sie flossen nur dann in die Analyse ein, wenn sie in unmittelbarem Zusammenhang mit für die Etablierung des systemtheoretisch-kybernetischen Denkstils markanten Ereignissen standen. Mit Hilfe der genannten Kategorien wurden die recherchierten Quellen in einem Tabellenkalkulationsprogramm erfasst und den unterschiedlichen Erscheinungsjahren zugeordnet, um anschließend die Häufigkeit des Erscheinens von Artikeln in Form von Diagrammen (auch vergleichend) darzustellen.

Auf die Erhebung der Artikel und die Darstellung ihrer quantitativen Verteilung im Erhebungszeitraum erfolgte die eigentliche Diskursanalyse. Hierzu wurden Kurzexzerpte der Artikel erstellt und die wichtigsten Schlüsselbegriffe und Bezüge der Artikel identifiziert, um schließlich mit Hilfe eines hermeneutischen Interpretationsverfahrens induktiv und deduktiv, d.h., sowohl anhand der Eigenlogik des Materials als auch basierend auf den sich aus den Überlegungen zur Historisierung der Wissensgesellschaft ergebenden Diskurssträngen analysiert zu werden. Besonderes Augenmerk wurde auf die wissenschaftspolitisch relevanten Bezüge der Artikel wie die wissenschaftlich-technische Revolution oder die Produktivkraft Wissenschaft gelegt. Auch sprachliche Besonderheiten der Artikel wurden vermerkt. Sekundäranalysen des Materials wurden mit Hilfe von Archivalien aus dem Bundesarchiv vorgenommen: Dies betrifft vor allem eine Tagung, die in der *Einheit* zwar

durch einen Sonderband dokumentiert wurde, allerdings handelte es sich da um einen von Rainer Thiel verfassten Tagungsbericht und nicht um ein Protokoll der Tagung. Allerdings fanden sich im Bundesarchiv Unterlagen zur Organisation der Tagung, Einladungslisten sowie die auf der Tagung diskutierten Thesen, die von Georg Klaus verfasst wurden.

In der Gesamtanalyse beider Zeitschriften wurde die Herausbildung des systemischen Denkstils in der Fachwissenschaft Philosophie dargelegt, seine Besonderheiten herausgearbeitet und gefragt, wie die neue wissenschaftliche Tatsache seitens der Politik aufgegriffen wurde. Abschließend wurde die Etablierung des systemischen Denkstils in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* zu seiner Rezeption in der *Einheit* in Beziehung gesetzt und Gemeinsamkeiten und Differenzen von Begriffsverwendungen herausgearbeitet.



### 3. Wissensgesellschaft DDR? Das Wissenschaftsverständnis der SED

Als 2001 ein Sonderheft zum Thema ‚Wissensgesellschaft‘ in der in der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Beilage ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘ der Zeitschrift Das Parlament erschien, wurde das von Katharina Belwe verfasste Editorial mit dem Satz eingeleitet: „Wissen wird – neben dem Kapital, den Bodenschätzen, der körperlichen Tätigkeit – zu einer eigenständigen Produktivkraft.“<sup>203</sup> Auf den ersten Blick verwundert dieser Satz im Zusammenhang mit der Thematisierung der Wissensgesellschaft, denn der Begriff der ‚Produktivkraft‘ stammt aus der marxistischen Theorie. Im Sachregister der Marx-Engels-Werke nimmt die Aufzählung der Stellen, in denen Marx und Engels sich mit ‚Produktivkräften‘ befassen, alleine vier Seiten ein.<sup>204</sup> Wissen oder Wissenschaft aber galten im klassischen Marxismus nicht als Produktivkräfte, hierzu zählten Marx und Engels nämlich nur Kapital, Arbeit und Boden.<sup>205</sup> Dass die Kategorie des Wissens zu den klassischen Produktivkräften hinzutritt und als ‚Produktivkraft‘ aufgefasst wird, ist bei Marx und Engels zwar bereits angelegt, wird aber erst im 20. Jahrhundert – unter anderem von Lenin – aufgegriffen und differenziert dargestellt. Auch in der DDR wurde der Stellenwert der ‚Produktivkraft Wissenschaft‘ verhandelt – kann die DDR deswegen aber als eine Wissensgesellschaft gelten? Hierbei handelt es sich um eine offene Frage, die aber an eine Debatte anschließt, welche in der geschichtswissenschaftlichen Forschung in den letzten zehn Jahren eine Konjunktur erlebt.

Auch in der allgemeinen Geschichtswissenschaft erlebt das Reden von der Wissensgesellschaft zurzeit eine Konjunktur, deren signifikantestes Merkmal jedoch häufig die pejorative Verwendung des Begriffs ist. So handle es sich bei der Wissensgesellschaft, die vor allem Sache „mancher Soziologen“<sup>206</sup> sei, um nicht mehr als ein Schlagwort<sup>207</sup>, das „gerne dazu verwendet“ werde, „sich von der ‚Industriegesellschaft‘ der Moderne abzusetzen“<sup>208</sup>; es sind gar die Rufe „der modernen Propheten aus Industrie, Politik und Wissenschaft“<sup>209</sup>, die die ‚Wissensgesellschaft‘ proklamierten.

Doch gerade die historische Betrachtung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik könnte von einer solchen ‚wissensgesellschaftlichen‘ Perspektive profitieren, wie die konzeptuellen Ansätze von Carsten Reinhardt, Mitchell Ash und Margit Szöllösi-Janze gezeigt

---

203 Belwe, Katharina: Editorial zum Heft „Wissensgesellschaft“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2001, Nr. B36, S. 1.

204 Vgl. Stichwort ‚Produktivkräfte‘, in: Herferth, Willi: Sachregister zu den Werken Karl Marx, Friedrich Engels 1983, S. 719-722.

205 Vgl. etwa: Marx/Engels: Deutsche Ideologie 1845-46, Kapitel I, MEW Bd. 3, S. 17-77.

206 Burke: Papier und Marktgeschrei 2001, S. 9.

207 Oexle: Was kann die Geschichtswissenschaft vom Wissen wissen?, in: Landwehr (Hg.): Geschichte(n) der Wirklichkeit, S. 31-60, S. 34.

208 Van Dülmen/Rauschenbach: Einleitung, in: dies. (Hg.): Macht des Wissens 2004, S. 1-8, S. 1.

209 Vogel: Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte, in: GG 30 (2004), S. 639-660, S. 639.

haben.<sup>210</sup> Diese orientieren sich an der soziologischen Debatte um die Wissensgesellschaft und verstehen unter dem Begriff eine Kategorie, die insbesondere zur Erforschung der Zeitgeschichte geeignet ist (vgl. Kapitel 1 und 2). Mit Hilfe dieses Konzepts scheint es möglich, einen Brückenschlag zwischen der Wissenschaftsgeschichte auf der einen und der Zeitgeschichte auf der anderen Seite zu schlagen. Bisher fehlen jedoch jenseits der genannten theoretischen Überlegungen detaillierte empirische Untersuchungen, in denen das Konzept der Wissensgesellschaft auf zeithistorische Phänomene angewandt wird.

Um das eingangs angeführte Zitat von der ‚Produktivkraft Wissenschaft‘ – welches sehr an den Sprachgebrauch der marxistischen Debatten der 1960er und 1970er Jahre erinnert – wieder aufzugreifen: Auch auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs befasste man sich mit der gesellschaftlichen Rolle von Wissenschaft. Bei der Rede von der Wissensgesellschaft handelt es sich also weder um ein neues, noch um ein ausschließlich der westlichen, zu meist angloamerikanischen Soziologie vorbehaltenes Konzept. Zu nennen ist hier vor allem der Kreis um den tschechischen Philosophen Radovan Richta, der zur wissenschaftlich-technischen Revolution arbeitete<sup>211</sup> und die Mitarbeiter am Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation an der Akademie der Wissenschaften der DDR, die unter dem Begriff ‚Wissenschaftswissenschaft‘<sup>212</sup> das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft erforschten. Die Reflexion von Wissenschafts- und Technikentwicklung im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Entwicklung ist ein internationales und interdisziplinäres Phänomen, welches – wenn auch unter jeweils anderen Vorzeichen – in Ost und West zur Debatte stand.

Legt man die grundlegende Annahme der steigenden gesellschaftlichen Bedeutung von Wissenschaft und Technik als kleinsten gemeinsamen Nenner der Debatten über die Wissensgesellschaft zu Grunde, finden sich in der DDR bereits seit den späten 1950er Jahren Ansätze, die sich durchaus mit dem Konzept der Wissensgesellschaft beschreiben lassen.<sup>213</sup> Denn insbesondere Wissenschaft und Technik dienten in Zeiten des Kalten Krieges dazu, die Überlegenheit des jeweiligen Machtbereichs zu demonstrieren. Allerdings waren die frühen Debatten über den gesellschaftlichen Stellenwert von Wissenschaft und Technik in

---

210 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25; Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik 2002, S. 32-51; Szöllösi-Janze: Wissensgesellschaft in Deutschland, in: GG 30 (2004), S. 275-311; Szöllösi-Janze: Wissensgesellschaft – ein neues Konzept, in: Hockerts (Hg.): Koordinaten deutscher Geschichte 2004, S. 277-305; Reinhardt: Historische Wissenschaftsforschung, heute, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 22 (2010), S. 81-99 .

211 Richta (Hg.): Technischer Fortschritt und die industrielle Gesellschaft 1972.

212 Die Geschichte der Wissenschaftswissenschaft in der DDR ist nicht Thema dieser Arbeit, da jedoch das systemische Denken hierfür eine nicht unerhebliche Rolle spielte und sich die Protagonisten der Wissenschaftswissenschaft teilweise aus dem systemtheoretisch-kybernetischen Denkkollektiv rekrutierten, ist der Zusammenhang zwischen systemischem Denken und Wissenschaftswissenschaft in Form eines Ausblicks Gegenstand von Kapitel 6 dieser Arbeit.

213 Kosel: Produktivkraft Wissenschaft 1957; Harig/Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963; Seickert: Produktivkraft Wissenschaft im Sozialismus 1973.

der DDR zunächst vor allem politisch motiviert. Für meine Frage nach dem Stellenwert und Erfolg des systemischen Denkstils im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen in der DDR bildet die frühe gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der ‚Produktivkraft Wissenschaft‘ und der ‚wissenschaftlich-technischen Revolution‘ deswegen einen wichtigen Ausgangspunkt: Kennzeichnend für das Aufgreifen beider Ideen im politischen Diskurs der DDR war weniger der Anspruch, diese kritisch zu *reflektieren*, sondern vielmehr, beide Konzepte in das Gesellschaftsverständnis der SED zu *integrieren*. Im Sinne der von Reinhardt geforderten Kontextualisierung der Wissensgesellschaft in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen stellt die Auseinandersetzung mit dem Wissenschafts- und Technikverständnis der SED deswegen einen wichtigen Ausgangspunkt dar, um das Wechselverhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR nachvollziehen zu können.

Eine Analyse des Wissenschaftsverständnisses der SED zeigt, dass die Partei bemüht war, die DDR gewissermaßen als Wissensgesellschaft zu entwerfen. Hierbei handelte es sich aber um eine politische Strategie, die erst *danach* in der Wissenschaft aufgegriffen wurde. Jenseits der strukturellen Möglichkeiten politischer Intervention etablierte die SED ein Wissenschaftsverständnis, welches sich aus dem Selbstbild der Partei in Kombination mit den Anforderungen an die notwendige gesellschaftliche Modernisierung speiste. Um diesen Prozess verständlich zu machen, werde ich im Folgenden zunächst den Zusammenhang zwischen dem marxistisch-leninistischen Gesellschaftsverständnis und dem Verständnis der SED von Modernisierung schildern und in der politischen Ereignisgeschichte verorten (Kapitel 3.1). In einem zweiten Schritt werde ich diese Entwicklungen mit dem Wissenschaftsverständnis, wie es sich aus den marxistisch-leninistischen Klassikern ergab, kontrastieren, um auf diese Weise Differenzen zwischen beiden aufzuzeigen (Kapitel 3.2). Kapitel 3.3 und Kapitel 3.4 widmen sich den beiden Hauptaspekten der Neukonzipierung des Wissenschaftsverständnisses der SED, der Thematisierung der Produktivkraft Wissenschaft (3.3) und der wissenschaftlich-technischen Revolution (3.4). Abschließend werde ich in Kapitel 3.5 darauf eingehen, wie die ‚Wissensgesellschaft‘ als politisches Ziel den Hintergrund bildete, der eine grundlegende Bedingung für die Herausbildung des systemischen Denkstils in der DDR darstellte.

### **3.1 Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR: Theoretisch-ideologische Aspekte**

Mark Walker und andere entwickelten zur historischen Beschreibung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in unterschiedlichen Gesellschaftskonstellationen das Konzept

der „ideologisch korrekten“ Wissenschaft (‘ideologically correct’ science).<sup>214</sup> Hierunter verstehen sie Versuche des Staates, Wissenschaft erstens nutzbar zu machen, und sie zweitens auch so anzupassen, dass sie der politischen Ideologie „besser“ entspricht. Als Beispiele dienen Walker und seinen Mitautoren Frankreich, die Sowjetunion, Nazi-Deutschland, Japan, die USA und China und sie weisen nach, wie die Herstellung ‚ideologisch korrekter‘ Wissenschaft in allen Staaten nach demselben Muster verlief: Die ersten beiden Schritte waren die Entlassung nicht opportuner sowie die Rekrutierung neuer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Nach der Umstrukturierung bzw. Neuschaffung von Institutionen erfolgte schließlich die Herstellung ‚ideologisch korrekter‘ Wissenschaft.<sup>215</sup> Oftmals wurden diese strukturellen Maßnahmen unterstützt durch die politische Selbstmobilisierung der Wissenschaftler. Staat und Politik spielen dabei vor allem deshalb eine große Rolle, weil es sich beim Staat um eine Wissen produzierende Institution handelt, die durch Forschungsförderung, Auftragsforschung, Schaffung von wissenschaftlichen Institutionen etc. Wissen generiert bzw. generieren lässt.

Seit den ausgehenden 1950er Jahren begann die SED verstärkt, sich mit der steigenden Bedeutung von Wissenschaft und Technik für den „umfassenden Aufbau des Sozialismus“ auseinanderzusetzen. Mit dem erfolgreichen Start des Sputnik-Satelliten hatte die Sowjetunion vor Augen geführt, welche symbolische Bedeutung wissenschaftliche Höchstleistungen im Kalten Krieg besaßen, um die Überlegenheit des sozialistischen Systems zu demonstrieren. Der damit verbundene wissenschaftliche Fortschritt wurde als Sieg des Sozialismus gefeiert und führte zu einer ideologischen Verknüpfung von wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Fortschritt.

Als Charakteristikum der Moderne war der Glaube an Fortschritt seit der DDR-Gründung ein „wichtiges Ingrediens kommunistischer Herrschaftslegitimation“<sup>216</sup>; wissenschaftliche Errungenschaften führten jedoch dazu, dass der Begriff seine Konnotation veränderte und seit den 1960er Jahren seinen „pathetischen Schwung zunehmend gegen eine wissenschaftliche Aura“<sup>217</sup> eintauschte. Fortschritt wurde als planbar angesehen und Technik galt als Ressource, deren Beherrschung schließlich gesellschaftlichen Fortschritt evozierte.

Damit verabsolutierte die SED ein Wissenschaftsverständnis, in dem der Aufbau des Sozialismus vor allem zu einem ökonomischen und technischen Problem wurde. Diese Schwierigkeit zu lösen, war Aufgabe von zunehmend in den Staatsapparat eingebunde-

---

214 Gordin u.a.: ‚Ideologically correct’ science, in: Walker (Hg.): Science and Ideology 2003, S. 35-65.

215 Gordin u.a.: ‚Ideologically correct’ science, in: Walker (Hg.): Science and Ideology 2003, S. 35-65.

216 Sabrow: Zukunftspathos als Legitimationsressource, in: Haupt/Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 165-184, S. 165.

217 Sabrow: Zukunftspathos als Legitimationsressource, in: Haupt/Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 165-184, S. 178.

nen Experten, die ihr Fachwissen zur Verfügung stellten, während die Partei die politische Führungstätigkeit übernahm.<sup>218</sup> Die entsprechende technokratische Auffassung von Fortschritt kam aber im Sozialismus nicht ohne die Ideologie aus, beide waren gegenseitig aufeinander angewiesen: Die Beratung der Politik durch Fachleute stellte eine Rationalisierung dar, die Wissenschaft und Technik aus der ideologischen Enge der stalinistischen Phase befreite und im Zeichen des „umfassenden Aufbaus des Sozialismus“<sup>219</sup> stand. Die Verbindung zwischen Sozialismus und Wissenschaft und Technik musste aber von der Partei hergestellt beziehungsweise gesichert werden, damit die Versachlichung nicht in einfache Technikfaszination umschlug.<sup>220</sup> Die SED betonte auf diese Art den sozialistischen Charakter der Wissenschaft in der DDR; man erhoffte sich durch die Aufwertung der Wissenschaft nicht zuletzt die Schaffung verwertbarer und anwendbarer Forschungsergebnisse, um im Systemwettbewerb gut aufgestellt zu sein. Der Sozialismus sollte mit Hilfe der Wissenschaft durchgesetzt werden und diese konzeptionell durchdringen.

Dieser beginnende Modernisierungsprozess war ein zweifacher: Er bezog sich gleichermaßen auf Wissenschaft und Technik wie auch auf die ideologischen Grundlagen des Marxismus/Leninismus und sicherte der SED die Loyalität der Wissenschaftler, indem sie als Experten in die Staatsführung eingebunden wurden. Wissenschaftlicher Fortschritt wurde so durch die Staats- und Parteiführung mit gesellschaftlichem Fortschritt gleichgesetzt und bedurfte der umfassenden Planung. Das Wissenschaftsverständnis der SED stellte so auch einen wichtigen Bezugspunkt bei der Etablierung des systemischen Denkens dar, weil es die intellektuelle Stimmung der ausgehenden 1950er und frühen 1960er Jahre prägte.

Auch die weltpolitische Situation hatte Einfluss auf das Wissenschaftsverständnis der SED. Laitko spricht in diesem Zusammenhang von „Wellenbewegungen der ideologischen Atmosphäre“<sup>221</sup>, die die Höhe des politischen Konformitätsdrucks auf die Wissenschaften bestimmten. Damit wendet er sich gegen

„die bequeme Ansicht, die ganze DDR-Geschichte sei ein Prozess ununterbrochen fortschreitender Gängelung, Homogenisierung und Monotonisierung des geistigen Lebens gewesen.“<sup>222</sup>

Zumeist hingen diese Wellen – wie Laitko zeigt – mit den politischen Rahmenbedingungen beziehungsweise Selbstverständigungsprozessen der SED zusammen. Als erste große Welle

218 Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft 1992, S. 200.

219 Indem die SED ihre Politik auf den Aufbau des Sozialismus konzentrierte, grenzte sie sich auf zweifache Art und Weise von der Sowjetunion ab: Einerseits implizierte dies die Eigenständigkeit der DDR-Entwicklung, um das Verhältnis zur Sowjetunion nicht zu gefährden, andererseits bezog sich die SED auf Marx und Engels, die den Sozialismus als Vorstufe des Kommunismus definiert hatten.

220 Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft 1992, S. 133.

221 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 107-139, S. 117.

222 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 107-139, S. 117.

nennt er die Zeit der Abgrenzung der SED gegen sozialdemokratische Tendenzen in den Jahren zwischen 1949 und 1951. Das politische Klima dieser Zeit war dominiert von der Richtungsbestimmung der 1949 aus der Zwangsvereinigung von SPD und KPD hervorgegangenen SED. Unter dem Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht war vor allem dem kommunistischen Flügel daran gelegen, in der neuen Partei stalinistische Kräfte zu etablieren. Eine zweite Hochphase einer solchen Wellenbewegung war die Zeit nach dem XX. Parteitag der KPdSU zwischen 1957 und 1959, in der das Maß der Entstalinisierung der Gesellschaft verhandelt wurde. Der Parteitag hatte auch Einfluss auf die DDR-Politik. Bekannt geworden war die Zusammenkunft vor allem durch die Geheimrede Chruschtschows, in der er die stalinistischen Säuberungen in der UdSSR der 1930er Jahre brandmarkte und damit eine Wende in der sowjetischen Politik einleitete, in der eine sehr vorsichtige Reformpolitik begann. In dieser Zeit erfolgte eine verhältnismäßig offene Diskussion über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik (s.u.), der eben diese erneute Revisionismus-Kampagne folgte.<sup>223</sup> Der dritte wichtige Wendepunkt schließlich war der Prager Frühling im Jahr 1968. Dass der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und mit ihm die Idee einer „sozialistischen Marktwirtschaft“, wie sie von den tschechoslowakischen Reformern etabliert werden sollte, von den sowjetischen Truppen niedergeschlagen worden war, bereitete auch der vorsichtigen Reformpolitik der SED ein jähes Ende. Die Partei kehrte zurück zu einer Politik, die fortan jegliche Ansätze von der Selbstorganisation des Systems durch zentrale Parteisteuerung abzulösen begann.

Um sich der Loyalität der wissenschaftlichen Eliten zu versichern, hat die SED in den Hochphasen der Wellen Anti-Revisionismus-Kampagnen gestartet. Die Eliten wiederum reagierten darauf, indem sie unter dem politischen Druck bestimmte Themen bereits im Vorfeld tabuisierten beziehungsweise im Sinne eines vorauseilenden Gehorsams Selbstzensur der eigenen Forschung übten.

Diese Kampagnen, die der „ideologischen Regulierung des Wissenschaftsbetriebes und des geistigen Lebens insgesamt“<sup>224</sup> dienten, lassen sich in ihrer Intensität in harte und weiche Wellen unterscheiden. Während dies für die betroffenen Wissenschaftler zu weitreichenden Konsequenzen in ihrer persönlichen Karriere führen konnte, nutzten vor allem junge und aufstrebende Wissenschaftler den Revisionismus-Vorwurf, um „revolutionäre Wachsamkeit“<sup>225</sup> zu demonstrieren, ihre Kollegen zu diffamieren und sich persönliche Kar-

---

223 Dazu auch: Malycha: ‚Produktivkraft Wissenschaft‘, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 39-105, S. 76f.

224 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 107-139, S. 115.

225 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 107-139, S. 115.

rierevorteile zu verschaffen. In solchen Fällen standen sich Parteisozialisation und akademische Ausbildung entgegen.

Das wohl prominenteste Opfer einer solchen Kampagne war der Physiko-Chemiker Robert Havemann, der 1964 aufgrund seiner Vorlesungsreihe „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ aus der SED ausgeschlossen wurde und seit 1965 unter Berufsverbot und Hausarrest stand.<sup>226</sup> Aber auch der Ökonom Fritz Behrens, der 1956 noch den Nationalpreis der DDR erhalten hatte, wurde 1957 aus allen politischen Ämtern entlassen und 1968 frühzeitig emeritiert. Ein ähnliches Schicksal ereilte den Philosophen Ernst Bloch, der 1957 aus politischen Gründen (er plädierte angesichts des Ungarischen Volksaufstandes für mehr Freiheit der sozialistischen Systeme) frühzeitig emeritiert wurde und 1961 nach dem Mauerbau von einer Westreise nicht mehr in die DDR zurückkehrte. Die Liste der Opfer solcher Revisionismus-Kampagnen der SED ließe sich noch weiter fortsetzen. Die Gründe, die bei den angeführten Beispielen, aber auch den hier nicht erwähnten Wissenschaftlern dazu führten, dass sie beim Regime in Ungnade fielen, waren allesamt von der allgemeinen politischen Lage beeinflusst, aber nur bedingt von den Inhalten, die diese Wissenschaftler propagierten; vielmehr ging es bei den Revisionismuskampagnen meist darum, dass die Wissenschaftler nur bedingt bereit waren, sich der politischen Linie der Partei anzupassen.

In den 1950er Jahren fungierte die Wissenschaftspolitik der SED in erster Linie als Wissenschaftlerpolitik, die darauf abzielte, die Intelligenz in den SED-Staat zu integrieren und ihre Abwanderung in den Westen zu verhindern.<sup>227</sup> Die gezielte Förderung der Wissenschaft, ihre Planung und ökonomische Nutzbarmachung setzte erst Mitte der 1950er Jahre ein. Auslöser hierfür waren verschiedene Faktoren außen- und innenpolitischer Provenienz.

Als Satellitenstaat der Sowjetunion hatte die dortige politisch-ideologische Entwicklung auch Einfluss auf die DDR. Als Nikita Chruschtschow nach dem Tod Joseph Stalins Erster Sekretär der KPdSU wurde, begann eine Reformphase in der UdSSR. Vor allem der XX. Parteitag der KPdSU, der im Februar 1956 stattfand, war ein Wendepunkt in der Geschichte der Sowjetunion, der nicht nur eine Phase der Entstalinisierung einleitete, sondern auch die Bedeutung des technischen Fortschritts als Wachstumsfaktor hervorhob.

In der DDR hatte dieses Ereignis zur Folge, dass die SED die Beschlüsse der KPdSU aufgriff und die Rationalisierung und Versachlichung der Politik anstrebte: Die Vorzüge des Sozialismus sollten durch neue Technologien unter Beweis gestellt werden. Dazu war die Befreiung der Wissenschaft vom stalinistischen Dogmatismus ebenso notwendig wie die

---

226 Zur Biographie Havemanns vgl. Sachse: Die politische Sprengkraft der Physik 2006.

227 Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999.

„Versachlichung des Parteiwissens“.<sup>228</sup> Zudem ermöglichte der XX. Parteitag den Satellitenstaaten angesichts der Diskrepanzen zwischen den industriellen Entwicklungsniveaus, bis zu einem gewissen Grad eigenständige Wege der Modernisierung einzuschlagen. Die Vormachtstellung der Sowjetunion ließ sich nicht über die wirtschaftliche Situation, sondern nur durch „subjektive Faktoren‘ wie z.B. ‚höheres Bewußtsein‘, ‚größere Kampferfahrung‘ etc. rechtfertigen“.<sup>229</sup> Der Grund hierfür ist, dass ihr ökonomisches Modell weniger auf die Entwicklung moderner Industriegesellschaften als vielmehr auf ein „in spezifisch politischer Weise initiiertes und kontrolliertes extensives Wachstum unterentwickelter Gesellschaften abstellte.“<sup>230</sup> Die ideologische Diskussion über die Bedeutung von Wissenschaft und Technik war deswegen dort am weitesten fortgeschritten, wo der höchste Industrialisierungsgrad der Gesellschaft gegeben war, das heißt, vor allem in der DDR und der ČSSR.<sup>231</sup>

Ein spezifisch deutschlandpolitischer Grund für die Betonung der wachsenden Bedeutung von Wissenschaft und Technik war die Konkurrenzsituation der DDR mit der Bundesrepublik. Diese trug dazu bei, dass die DDR unter besonderem Modernisierungsdruck stand, wenn sie weitere Abwanderungen qualifizierter Fachkräfte und Wissenschaftler in den Westen aufgrund des dort höheren Lebensstandards verhindern wollte. Während auf dem IV. Parteitag der SED im Jahr 1954 Wissenschaft und Technik noch keine große Rolle gespielt hatten, plädierte Ulbricht auf dem 24. Plenum des ZK der SED im Jahr 1955 dafür, durch die Einführung neuer Technik die Arbeitsproduktivität zu steigern: „Der Stand der wissenschaftlichen Arbeit von heute ist der Stand der Produktion von morgen“<sup>232</sup>, hielt er in seiner Rede über den friedlichen Wettbewerb fest. Die 1956 stattfindende, 3. Parteikonferenz der SED stand deswegen unter dem Motto „Modernisierung – Mechanisierung – Automatisierung“.

### ***Ideologische Bezugspunkte der Parteipolitik***

Die grundlegenden Aspekte der SED-Politik wurden dabei aus den Klassikern des Marxismus-Leninismus hergeleitet, deren Gültigkeit außer Frage stand und aus denen sich auch der universelle Anspruch der Parteilinie ergab. Kern der Parteipolitik war es, die Deutungs-

228 Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft 1992, S. 126.

229 Zimmermann: Politische Aspekte des Konzepts WTR in der DDR, in: Ludz (Hg.): WTR und industrieller Arbeitsprozess 1976, S. 17-51, S. 27.

230 Zimmermann: Politische Aspekte des Konzepts WTR in der DDR 1976, in: Ludz (Hg.): WTR und industrieller Arbeitsprozess 1976, S. 17-51S. 27.

231 Zimmermann: Politische Aspekte des Konzepts WTR in der DDR 1976, in: Ludz (Hg.): WTR und industrieller Arbeitsprozess 1976, S. 17-51, S. 27. Protagonisten der Debatte in der ČSSR war vor allem das Kollektiv um Radovan Richta, die sich seit den frühen 1950er Jahren mit der Rolle von Wissenschaft und Technik für die sozialistische Gesellschaft beschäftigten. Vgl. dazu [http://www.crvp.org/book/Series04/IVA-4/chapter\\_xiii.htm](http://www.crvp.org/book/Series04/IVA-4/chapter_xiii.htm), letzter Abruf 19.08.08.

232 Ulbricht: Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben in Deutschland 1955, S. 57.



macht bei der Interpretation der Klassiker des Marxismus zu besitzen; deren Auslegung oblag der Partei. Sah die SED die parteiverbindliche Lesart des Marxismus gefährdet, ergriff sie Maßnahmen, um die eigene Interpretation zu sichern.

Dabei standen nicht die Schriften selbst im Mittelpunkt, sondern Bezugspunkt war das, was die Partei aus den Klassikern machte. In diesem Sinne kann man die Schriften von Marx, Engels und Lenin – ähnlich wie Fleck dies bezogen auf die Wissenschaft vorschlägt – als Präideen der Parteipolitik interpretieren, die vor allem heuristischen Wert besitzen, aber anderen ‚Denkstilen‘ beziehungsweise gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen (in diesem Fall der Mitte des 19. Jahrhunderts) entstammen; aus ihnen entwickelt sich eine neue Sichtweise, die aber den neuen, in diesem Fall gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst wird. Der Umgang der SED mit den Schriften von Marx und Engels scheint somit Analogien zum Umgang mit Präideen, wie man sie in der Wissenschaft findet, auf.<sup>233</sup>

Um Deutungsmacht – allerdings in erster Linie in Abgrenzung zur Bundesrepublik – und um Traditionsbildung ging es auch, wenn sich die SED auf die durch die Politik als „fortschrittlich“ definierten Traditionen deutscher Geistesgeschichte bezog, namentlich beispielsweise auf Johann Wolfgang von Goethe, Martin Luther oder Thomas Müntzer.<sup>234</sup> Die genannten Akteure dienten dabei dem Aufbau eines Geschichtsbildes, welches die DDR in Abgrenzung zur Bundesrepublik als fortschrittlich charakterisierte. Damit war ihr Stellenwert als ‚Präideen‘ des Wissenschaftsverständnisses der SED ein anderer als der der marxistischen Klassiker. Während es im ersten Fall um Prozesse der Traditionsbildung ging, dienten die marxistischen Klassiker als Grundlage, auf deren Basis eine theoretische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus erfolgen sollte, um die moderne Industriegesellschaft mit dem marxistisch-leninistischen Gesellschaftsverständnis in Einklang zu bringen.

Der hohe Wert, den Marx und Engels der Wissenschaft zugesprochen hatten, um zur Weiterentwicklung der Gesellschaft beizutragen, hatte sich dabei in der DDR hin zu einem Verständnis von Wissenschaft verschoben, welches in ihr vor allem eine Lieferantin gesicherter Erkenntnisse sah. Ziel der Parteipolitik war es, die Wissenschaft unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen an die Klassiker anzupassen. Wissenschaft bedeutete für die SED – anders als bei Marx und Engels – nicht die Schaffung einer offenen und kreativen Atmosphäre, sondern die Produktion und der Besitz gesicherter Wahrheiten, die es durchzusetzen galt.

---

233 Dies wird insbesondere dann deutlich, wenn man die unterschiedlichen Interpretationen der Klassiker des Marxismus-Leninismus miteinander vergleicht: Neben traditionell-dogmatischen Sichtweisen finden sich – auch in sozialistischen Staaten – Ansätze zur Erneuerung des Marxismus (beispielsweise Lukács in Ungarn). Vor allem aber, wenn man auch den westlichen Marxismus miteinbezieht, ergibt sich eine außerordentliche Spannweite verschiedener Marx-Interpretation (von der Kritischen Theorie über 1968er-Bewegung bis hin zu den Cultural Studies).

234 Connelly: Humboldt im Staatsdienst, in: Ash (Hg.): Mythos Humboldt 1997, S. 80-104, S. 80.

Unter Berufung auf die marxistisch-leninistische Ideologie begriff die SED ihre Politik als wissenschaftliche Politik, worunter zu verstehen ist, „dass ihre politischen Ziele über eine wissenschaftliche Begründung verfügten und ihr politisches Handeln wissenschaftlich motiviert sei.“<sup>235</sup> Nach Laitko verfolgte sie damit ein „*duales* – sektorales *und* universelles – Wissenschaftsverständnis“<sup>236</sup>. Der sektorale Anspruch der SED bezog sich auch darauf, auf den Wissenschaftsbetrieb Einfluss ausüben zu wollen. Das ist jedoch nicht das spezifisch Charakteristische ihrer Parteipolitik, da es sich hierbei um einen Anspruch handelt, der die Politik jeder nach Teilhabe strebender politischen Partei ausmacht. Erst der skizzierte universelle Anspruch macht die Besonderheit des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der DDR aus, war aber auch für andere marxistische Parteien charakteristisch.

Wenn von der Weiterentwicklung der Theorie die Rede war, meinte man damit die Anpassung der Parteipolitik an sich verändernde gesellschaftliche Situationen. Dass sich damit auch die Wissenschaft selbst veränderte, blendete die SED aus. Im Rahmen dieser ideologischen Anpassung verfolgte die SED eine zweifache Strategie: Erstens erfolgte die Anpassung des Wissenschaftsbildes der Partei an gesellschaftliche Veränderungen durch die Partei, denn es

„wurde der Spitze der Parteihierarchie die Fähigkeit zugesprochen, in einem eigentümlichen, außerhalb der üblichen Prozeduren der Wissenschaft liegenden Verfahren Erkenntnis zu erzeugen, nämlich mittels ‚kollektiver Weisheit‘ politische Erfahrung zu aggregieren und in ‚Parteidokumente‘ umzusetzen, die gegebenenfalls als Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus gelten sollten. Wissenschaftliche Erkenntnis im eigentlichen Sinne konnte hier durchaus einbezogen werden, wie es während der ‚Kybernetikwelle‘ in den 60er Jahren in großem Umfang geschah, doch entscheidend waren nicht wissenschaftliche Prüfkriterien, sondern Gesichtspunkte politischer Opportunität.“<sup>237</sup>

Hieraus gab sich ein eigentümlich-ambivalentes Verhältnis der Parteipolitik zur Wissenschaft: Einerseits wollte die SED die Wissenschaftsentwicklung nicht blockieren, sondern vielmehr im Sinne der sozialistischen Form der Wissensgesellschaft fördern, andererseits musste dies im Rahmen eines dogmatischen Politik- und Parteiverständnisses geschehen.<sup>238</sup>

Zweitens ging es der SED aber auch darum, ihr eigenes Wissenschaftsverständnis zum wissenschaftlichen Selbstverständnis werden zu lassen:

„In den Geisteswissenschaften gab es wohl in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die markantesten Umbrüche. Speziell in der Philosophie ist ein gravierend anderer Stellenwert der Theorie zu erkennen. Theorie ist jetzt nicht mehr ein zuerst innerwissenschaft-

---

235 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 107-139, S. 110.

236 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 107-139, S. 110. Hervorhebung im Original.

237 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 107-139, S. 115.

238 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 119.

lich entwickeltes und modifiziert reproduziertes Paradigma, sondern eine von der Politik verbindlich vorgegebene theoretische Orientierung.“<sup>239</sup>

Die Frage, der in der Analyse nachzugehen sein wird, ist, ob diese Strategie erfolgreich war, inwieweit sich die Wissenschaftler dieses Theorieverständnis sich selbst zu Eigen machten und wenn ja, wie dies gelang.

Dieses betraf die Geistes- und Sozialwissenschaften deutlich mehr als die Naturwissenschaften und ihre Bindung an die Ideologie war weitaus stärker, als dies in den Natur- und Technikwissenschaften der Fall war. Grund hierfür war das Wissenschaftsverständnis der SED, welches die Möglichkeiten und Grenzen des Sagbaren (vor allem in der Philosophie) bestimmte. Reinhard Mocek hält hierzu fest:

„Über die DDR-Philosophie kursieren divergente Meinungen, die sich in einem Punkt treffen: Diese Philosophie war in einem außergewöhnlich hohem Maße in die politischen und ideologischen Grundlagen des Staates DDR eingebunden.“<sup>240</sup>

Empirisch drückt sich dieser Sachverhalt allein schon im zahlenmäßigen Verhältnis der Parteimitgliedschaft von Wissenschaftlern der unterschiedlichen Disziplinen aus. Während sich unter den Naturwissenschaftlern im Durchschnitt nur etwa 30 Prozent SED-Mitglieder befanden, war der Anteil der Genossinnen und Genossen in der Philosophie mit etwa 70 Prozent am höchsten.

Mit dem ideologischen Bezug der SED auf die Klassiker des Marxismus war die Methode geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung vorgegeben: Sie hatte sich am historischen und dialektischen Materialismus zu orientieren. Damit war die Bindung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung an die Ideologie zwar größer als in anderen Disziplinen, doch das Bild ist differenzierter zu zeichnen. Der wissenschaftliche Meinungsstreit war kein „Lippenbekenntnis“, sollte aber in den skizzierten Grenzen gehalten werden, weswegen der Wissenschaftsbetrieb politisch formiert werden musste. Dies geschah unter anderem durch die verbindliche Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagensstudiums.<sup>241</sup>

In diesem Zusammenhang ist auf einen weiteren Bestandteil des sich aus dem Marxismus-Leninismus ergebenden Wissenschaftsverständnisses der SED hinzuweisen: Basierend auf den von Marx und Engels konstatierten gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten ergaben sich für die Partei „historische Notwendigkeiten“, die die Prognostizierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungspfade verhinderten. Für die SED bedeutete dies, in die Phase des Aufbaus des Sozialismus eingetreten zu sein, was durch die Einfüh-

---

239 Malycha: ‚Produktivkraft Wissenschaft‘, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 39-105, S. 76.

240 Mocek: Naturwissenschaft und Philosophie in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 97-115, S. 97.

241 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 130.

rung der Planwirtschaft und die Kollektivierung des Eigentums zu einer Entdifferenzierung von Staat und Wirtschaft führte. Alternativmodelle zu dieser Option standen nicht zur Debatte. Laitko sieht hierin einen „einfachen linearen Determinismus“, der sich niemals jenseits der durch den Marxismus-Leninismus konstatierten gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze bewegen konnte.<sup>242</sup> Diese Form der Zukunftsorientierung und das damit einhergehende Bild von der Planbarkeit gesellschaftlicher Prozesse, die sich vor allem in den 1960er Jahren durch die Einführung von Kybernetik und Systemtheorie als Verwissenschaftlichungsprozesse der Politik darstellten, verweist auf den Zusammenhang zwischen der Zukunftsausrichtung der Politik und Kybernetik.<sup>243</sup>

### 3.2 Ideologische Grundlagen der ‚sozialistischen Wissensgesellschaft‘

Das enge Wechselverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik wird deutlich, wenn man berücksichtigt, wie die Konzepte der Wissenschaft als Produktivkraft und der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Mitte der 1950er Jahre von der SED noch nicht thematisiert worden waren, Einzug in die Sprache und Terminologie der Partei erhielten. Umgekehrt hatte die politische Thematisierung dieser Sachverhalte aber auch Auswirkungen auf die wissenschaftliche, zunächst in erster Linie philosophisch-ideologische, Auseinandersetzung mit der Materie. Hierbei handelte es sich um einen Prozess der Begriffsbildung, der nun nachgezeichnet werden soll.

Bevor die SED eine gezielte Wissenschaftspolitik in die Wege leitete, war es notwendig, den Stellenwert von Wissenschaft und Technik für die sozialistische Gesellschaft generell zu reflektieren und damit eine Sichtweise auf Wissenschaft zu etablieren, die auf der einen Seite Wissenschaft und Technik theoretisch und rhetorisch in das Gesellschaftsmodell integrierte, auf der anderen Seite aber der Besonderheit des Sozialismus/Kommunismus Rechnung trug. Erst wenn klar ist, welches Wissenschaftsverständnis die SED verfolgte, wird verständlich, mit welchen Mitteln, aus welchen Motiven und mit welchen strukturellen Implikationen bestimmte Disziplinen in der DDR der 1960er Jahre einen Aufschwung erleben konnten. Besonders Kybernetik und Systemtheorie profitierten von dieser Reflexion auf Wissenschaft, da sie als ‚technokratische Disziplinen par excellence‘ den Schlüssel zur Planung von Wissenschaft und Technik, zur Mathematisierung sämtlicher Wissenschaften, zur Automatisierung und zur Datenverarbeitung zu liefern schienen.

Die zentralen Figuren dieser modernisierten Sichtweise auf Wissenschaft bildeten die Erhebung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft sowie die Anerkennung der

---

242 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 133.

243 Haupt/Requate: Einleitung, in: dies. (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 7-28, S. 14 und 21.

wissenschaftlich-technischen Revolution durch die SED. Der Einführung dieser Begriffe beziehungsweise Konzepte in den wissenschaftlichen und politischen Sprachgebrauch, die sich bis etwa 1967 und damit parallel zur Etablierung des systemischen Denkstils vollzog, gingen Aushandlungsprozesse vorweg, die demonstrieren, welche außerwissenschaftlichen Einflüsse bei der Etablierung neuer Denkstile von Bedeutung sind. Marxistische Klassiker spielten hierfür ebenso eine Rolle wie interne Debatten zwischen Wissenschaftlern und Politikern beziehungsweise äußere Einflüsse in Form von Entwicklungen in der UdSSR. Wenngleich die Debatten um beide Aspekte, also sowohl die Erhebung der Wissenschaft zur Produktivkraft als auch die Konstatierung der wissenschaftlich-technischen Revolution, ungefähr zeitgleich begannen, scheint ersteres sich angesichts der Tatsache, dass schon 1962 im Parteiprogramm die Rede von der „Produktivkraft Wissenschaft“ war, eher durchgesetzt zu haben.

Diese Diskussionen um die Produktivkraft Wissenschaft und die wissenschaftlich-technische Revolution sind als Suche nach einem neuen Wissenschaftsverständnis seitens der SED zu begreifen, welches fortan – wie zu zeigen sein wird – Politik wie Wissenschaft gleichermaßen prägen sollte. Die Notwendigkeit zur Etablierung eines solchen ergab sich aus der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Modernisierung: Der Stellenwert von Wissenschaft und Technik als Problemlösungsinstanz zur Fortentwicklung der sozialistischen Gesellschaft wuchs seit den 1950er Jahren beständig an; Kernenergie, Raumfahrt, Chemie, Datenverarbeitung und Automatisierung waren Ausdruck und Symbol dessen. Das „neuartige und umfassende Hinweinswirken von Wissenschaft und Technik in alle Bereiche des gesellschaftlichen und individuellen Lebens“<sup>244</sup> – so hielt auch der Erlanger Wissenschaftsforscher Clemens Burrichter auf einer westdeutschen Tagung zum Stand der DDR-Forschung fest – machte eine Auseinandersetzung der SED mit diesen Prozessen notwendig und erforderte von der Staats- und Parteiführung, diesen Sachverhalt in den politisch-ideologischen Grundlagen der DDR zu integrieren.

Dieses modernisierte Wissenschaftsverständnis bildete den Hintergrund, vor dem sich die Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR vollzog. Sowohl die Erhebung der Wissenschaft zur Produktivkraft als auch die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Prozesse waren zweifelsohne Auslöser für die verstärkte Auseinandersetzung mit kybernetisch-systemtheoretischen Ideen, die die Lösung zahlreicher drängender Probleme wie die Automatisierung der Produktion, die Planung der Volkswirtschaft oder aber die effizientere Gestaltung der politischen Führungstätigkeit zu versprechen schienen.

---

<sup>244</sup> Burrichter: Thesen zur WTR, in: Ludz (Hg.): WTR und industrieller Arbeitsprozess 1976, S. 75-78, S. 75.

Damit ist die beginnende Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik ein Effekt, nicht aber der Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung der Parteiführung mit Wissenschaft und Technik. Auf ideologischer Ebene bestand eine Diskrepanz zwischen der realen Entwicklung der DDR zu einem modernen Industriestaat und dem Stellenwert, den die marxistischen Klassiker Marx, Engels und Lenin Wissenschaft und Technik beigemessen hatten. Diese hatten zwar schon die Bedeutung der Wissenschaft hervorgehoben, allerdings unter den Bedingungen des 19. beziehungsweise frühen 20. Jahrhunderts. Zu dem Zeitpunkt allerdings war der beständig steigende Einfluss der Wissenschaft für die Volkswirtschaft noch nicht in dem Maße absehbar. In der klassischen marxistischen Ökonomie galten nur Kapital, Arbeit und Boden als Produktivkräfte zur Erzielung von Mehrwert; erst durch die zunehmende Automatisierung der Produktion wurde auch der Ressourcencharakter von Wissenschaft thematisiert. Damit rief die gesellschaftliche Modernisierung zugleich einen ideologischen Modernisierungsbedarf hervor, um die steigende Bedeutung der Wissenschaft in das klassische Konzept des Marxismus-Leninismus zu integrieren. Reinhard Mocek charakterisiert diese Phase der Wissenschaftsentwicklung in der DDR mit dem Stichwort „Zwang zur Modernisierung“ und hebt hervor, dass die Modernisierungsprozesse nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Gesellschaft betrafen und parallel verlaufen seien.<sup>245</sup>

Die Problematisierung des gesellschaftlichen Stellenwerts von Wissenschaft muss mithin als Weiterentwicklung des orthodox-marxistischen Wissenschaftsverständnisses gedeutet werden, die angesichts der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse notwendig wurde und sowohl auf ideologischer, wissenschaftsorganisatorischer und wissenschaftsimmanenter Ebene an Einfluss gewann. In diesem Sinne ist die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Stellenwert von Wissenschaft der Schlüssel zum Verständnis des Zusammenspiels von Wissenschaft und Politik in der DDR und Ausdruck der Politisierung der Wissenschaft, vor allem aber der Verwissenschaftlichung der Politik. Die Thematisierung der Wissenschaft als Produktivkraft und die Auslegung ihrer steigenden Bedeutung als wissenschaftlich-technische Revolution sind eine (sozialistische) Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. An ihnen lässt sich die These belegen, dass auch die DDR eine – wenn auch andere – Variante der Wissensgesellschaft darstellte.

Ausgangspunkt der Debatte um die Bedeutung von Wissenschaft und Technik in der DDR sind die Schriften von Karl Marx. Auch Martin Heidenreich setzt mit seiner Zusam-

---

245 Mocek: Naturwissenschaft und Philosophie in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 97-115, S. 107f.

menfassung der Debatte um die Wissensgesellschaft als frühestem Theoretiker dort an.<sup>246</sup>  
So schreibt Marx zum Beispiel:

„Wie aber der Mensch eine Lunge zum Atmen braucht, braucht er ein ‚Gebild von Menschenhand‘, um Naturkräfte produktiv zu konsumieren. Ein Wasserrad ist nötig, um die Bewegungskraft des Wassers, eine Dampfmaschine, um die Elastizität des Dampfes auszubehuten. Wie mit den Naturkräften verhält es sich mit der Wissenschaft. Einmal entdeckt, kostet das Gesetz über die Abweichung der Magnetnadel im Wirkungskreise eines elektrischen Stroms oder über Erzeugung von Magnetismus im Eisen, um das ein elektrischer Strom kreist, keinen Deut.“<sup>247</sup>

In dieser Stelle, die aus dem 13. Kapitel des Kapitals stammt, beschäftigt sich Marx mit den Produktivkräften und legt dar, dass es sich bei der Wissenschaft um eine Produktivkraft handle, die mit den natürlich Produktivkräften wie Wasser gleichgesetzt werden könne, da sie den Kapitalisten nichts koste. Als „richtige“ Produktivkräfte gelten jedoch noch bei Marx nur Kapital, Arbeit und Boden.

Bei Marx findet man somit schon den Gedanken, dass Wissenschaft für den Kapitalismus eine wichtige Funktion einnimmt, da sie zur Produktion von Mehrwert dienen kann. Dieser Gedanke wird von Engels aufgegriffen und kommt schließlich besonders bei Lenin in dessen Werk „Materialismus und Empirio-kritizismus“ von 1908, das allerdings in erster Linie eine Auseinandersetzung mit der Theorie von Ernst Mach ist, zum Tragen. Damit ist bereits im 19. Jahrhundert vorweg genommen, was später ein zentrales Argument der Debatte um den gesellschaftlichen Stellenwert von Wissenschaft sein sollte, nämlich die wachsende Bedeutung von Wissenschaft als Ressource oder eben – marxistisch ausgedrückt – als Produktivkraft.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, die sich zwischen der Formulierung des „Kapitals“, dem Erscheinen von Engels' „Anti-Dühring“ und der Publikation von Lenins „Materialismus und Empirio-kritizismus“ vollzogen haben, sind offensichtlich. So war Marx zwar in der DDR ein Bezugspunkt, aber immer durch die Perspektive, wie sie von Engels, Lenin und Stalin (vor in seiner Schrift „Über historischen und dialektischen Materialismus“ von 1938) beziehungsweise der jeweiligen sozialistischen Partei propagiert worden war. Dies ist zu betonen, weil sich daraus eine historische Analyse der Schriften von Marx ergibt, die sich aber, und das ist die Gegenposition der so genannten westlichen Marxisten (gemeint sind, u.a. Lukacz, Horkheimer und Adorno) so nicht halten lasse. Die These des westlichen Marxismus ist, dass, bezieht man auch die „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“ ein, die Marxsche Theorie zur Kritik des Kapitalismus logisch und nicht historisch als evolutionäre Abfolge historischer Stufen hin zum Kommunismus intendiert gewesen sei. Die gesamte Debatte um die Auslegung des Marxschen

---

246 Heidenreich: Die Debatte um die Wissensgesellschaft, in: Bösch/Schulz-Schaeffer (Hg.): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft 2003, S. 25-51, S. 30f.

247 Marx: Das Kapital 1869, MEW Bd. 23, S. 407.

Kapitals kann hier nicht nachgezeichnet werden, für die Auseinandersetzung mit Marx in der DDR genügt der Hinweis, dass die historische – Engels'sche bzw. Stalin'sche Lesart – dominant war.

In der DDR verfolgte man in der Marx-Interpretation also deutlich die Sowjet-Linie und damit den Historischen Materialismus (HistMat), der von einer evolutionären Entwicklung der Gesellschaft hin zur sozialistischen bzw. kommunistischen ausging. Diese Interpretation wiederum geht direkt auf Engels bzw. seinen „Anti-Dühring“ zurück.<sup>248</sup> In der DDR wurden diese Positionen, die nicht zuletzt auch die Rolle der Partei stärkten, verglichen mit anderen sozialistischen Staaten relativ doktrinär übernommen und bilden den Hintergrund für die Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Technik.

### 3.3 Die Wissenschaft als Produktivkraft

#### 3.3.1 Erste Thematisierungen der ‚Produktivkraft Wissenschaft‘

Den Ausschlag dazu gab eine knapp 150 Seiten umfassende wissenschaftliche Veröffentlichung des Architekten, Bauingenieurs und „Amateur-Gesellschaftswissenschaftlers“<sup>249</sup> Gerhard Kosel, die den Titel „Produktivkraft Wissenschaft“ trug und 1957 im Verlag Die Wirtschaft erschien.<sup>250</sup>

Kosel, 1909 geboren, hatte in München und Berlin Architektur studiert und gehörte während seines Studiums kommunistischen Studierendengruppen an, bevor er 1932 in die Sowjetunion ging. Dort war er bis 1948 in verschiedenen Projekten, unter anderem in Sibirien, tätig. Ab 1948 arbeitete er als Architekt im sowjetischen Raketenforschungsprojekt in Gorodomla, wo auch zahlreiche andere deutsche Wissenschaftler und Ingenieure, die von der Sowjetunion nach dem Krieg als „intellektuelle Reparationen“ in die UdSSR verbracht worden waren, tätig waren. Schon während dieser Zeit verfasste Kosel erste theoretische Arbeiten zum Stellenwert der Wissenschaft in der sozialistischen Gesellschaft. 1954 kehrte Kosel in die DDR zurück und nahm eine Stelle als Staatssekretär beim Ministerium für Wiederaufbau an.<sup>251</sup>

Kosels Biographie ist insofern von Bedeutung, als das aus ihr ersichtlich wird, dass er kein ausgebildeter Ökonom oder Philosoph, sondern Praktiker war, der angesichts des Bedeutungsgewinns von Wissenschaft und Technologie für Forschungsprojekte das Ansinnen verfolgte, diese Entwicklungen marxistisch zu theoretisieren. Hierzu analysierte er seit den ausgehenden 1940er Jahren im Selbststudium die marxistischen Klassiker<sup>252</sup> hinsicht-

248 Elbe: Zwischen Marx, Marxismus und Marxismen, in: Hoff u.a. (Hg.): Das Kapital neu lesen 2006, S. 52-71.

249 Mocek: Naturwissenschaft und Philosophie in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 97-115, S. 107.

250 Kosel: Produktivkraft Wissenschaft 1957.

251 Kosel: Unternehmen Wissenschaft. Erinnerungen 1989, S. 137.

252 Kosel: Unternehmen Wissenschaft. Erinnerungen 1989, S. 123.



lich ihrer Konzeptualisierung von Wissenschaft, um eine marxistische Wissenschaftstheorie zu entwerfen. Darunter fasste Kosel die Bände 1 bis 3 des ‚Kapitals‘ und die ‚Theorien über den Mehrwert‘ von Marx, ‚Dialektik und Natur‘, die ‚Deutsche Ideologie‘ und den ‚Anti-Dühring‘ von Engels sowie schließlich Lenins ‚Materialismus und Empirio-kritizismus‘.<sup>253</sup> Nach ersten Diskussionen und Kritik seiner Thesen zur Produktivkraft der Wissenschaft durch Mitarbeiter des Instituts für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR griff Kosel noch auf ein weiteres, bis zu diesem Zeitpunkt wenig beachtetes Werk von Marx zurück, das erstmals 1941 im Moskauer Verlag für fremdsprachige Literatur erschienen war: Dabei handelte es sich um ‚Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie‘<sup>254</sup>, in denen sich zahlreiche Stellen finden, in denen Marx auf die Bedeutung der Wissenschaft Bezug nahm. Diese weitere Auseinandersetzung mit der marxistischen Literatur fand schließlich ihren Niederschlag in der Veröffentlichung des bereits eingangs erwähnten Buches von Kosel ‚Produktivkraft Wissenschaft‘.

Hiermit sind zugleich die Bezugspunkte benannt, auf die Kosel zur Formulierung seiner Theorie zurückgriff. Allerdings mag angesichts des Zeitpunkts der Diskussion seiner Ausführungen in der UdSSR (vor 1956 und damit dem XX. Parteitag der KPdSU) bezweifelt werden, dass er Stalins Schriften nicht rezipierte. In seinen 1988 retrospektiv verfassten und 1989 erschienenen Erinnerungen jedoch nennt Kosel die Schriften Stalins nicht.

### ***Theoretische Aspekte von Kosels Ausführungen***

Die Auseinandersetzung mit den Schriften von Marx, Engels und Lenin bezüglich der Rolle der Wissenschaft nahm so auch einen großen Raum in der Veröffentlichung zur ‚Produktivkraft Wissenschaft‘ ein. Anliegen Kosels war es, mit dem Buch aus der Sicht eines Praktikers<sup>255</sup> einen Beitrag zu leisten, um die „bestehende Unterschätzung des technischen Fortschritts“<sup>256</sup> zu überwinden. Das Buch gliederte sich in drei große Kapitel, wobei im ersten die theoretische Herleitung der Produktivkraft Wissenschaft erfolgte, das zweite sich dem Prozess der geistigen, wissenschaftlich-technischen Produktion widmete und es im dritten Kapitel schließlich um die Vergesellschaftung der geistigen, wissenschaftlich-technischen Produktion ging. Während das erste Kapitel vor allem theoretischen Charakter hatte und der Begründung von Kosels These der Produktivkraft Wissenschaft durch Verweise auf die

---

253 Rückblickend und angesichts des Großforschungsprojekts in Gorodomlia hält Kosel in seinen Erinnerungen dazu fest: „Offenbar war es an der Zeit, der Wissenschaft im Rahmen unserer marxistischen Denkkategorien eine völlig neue, weitaus höhere Position als bisher, eine erste Priorität einzuräumen.“ (Kosel: Unternehmen Wissenschaft. Erinnerungen 1989, S. 121).

254 Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) [1857-58, Anhang 1850-59], Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur 1941. In der DDR erstmals 1953 im Dietz-Verlag erschienen.

255 Unter ‚Praktikern‘ verstand man in der DDR in der Regel gut – teilweise akademisch – ausgebildete Fachkräfte, die in Betrieben tätig waren.

256 Kosel: Produktivkraft Wissenschaft 1957, S. 7.

Marx'schen Schriften diente, sind die letztgenannten Kapitel in erster Linie eine Beschreibung der gesellschaftlichen Veränderungen durch die zunehmende Verwissenschaftlichung von Produktionsprozessen.

Ausgangspunkt von Kosels Arbeit war das Problem des Stellenwerts der „geistigen Produktion“ – also der Wissenschaft – im System des Marxismus-Leninismus. Damit thematisierte er die Frage, ob die Wissenschaft der materiellen Basis oder dem gesellschaftlichen Überbau zuzuordnen sei. Kosel argumentierte, dass man die Schriften von Marx, der sich ausführlich mit der Rolle der Wissenschaft auseinandergesetzt habe, als historische Beschreibung der sich entwickelnden Industrialisierung (also als historisches Dokument) lesen müsse, die Bedeutung der Wissenschaft aber in den vergangenen hundert Jahren gestiegen sei. Diese Auffassung stand im Widerspruch zur orthodoxen Auslegung der Klassiker des Marxismus seitens der Parteiphilosophen, die in den Ausführungen von Marx und Engels eine Prognose der gesellschaftlichen Umwälzungen zum Sozialismus beziehungsweise Kommunismus verstanden hatten. Wenn dabei von Wissenschaft die Rede war, so bezog sich dies in Kosels Ausführungen ausschließlich auf die Natur- und Technikwissenschaften, während er die Gesellschaftswissenschaften sehr deutlich dem Bereich des Überbaus (also der Ebene des ‚gesellschaftlichen Bewusstseins‘) zuordnete, auch, wenn er keine „hermetische[n] Wände“<sup>257</sup> zwischen beiden gezogen wissen wollte.

Kosel lag daran, das „abstrakte Verhältnis der geistigen Arbeit zur materiellen Produktion“ zu bestimmen und er erachtete die Erweiterung der marxistischen Theorie um einen Zweig, der sich mit „den Gesetzmäßigkeiten auf dem Gebiete der wissenschaftlich-technologischen Arbeit“ befassen sollte, als notwendig.<sup>258</sup> Dieses vermochten in seinen Augen die marxistische Ökonomie und Philosophie zu leisten, die dazu dienen sollten, die Vergesellschaftung geistiger Arbeit möglichst schnell voran zu treiben.

Die besondere Leistung der modernen Natur- und Technikwissenschaften – so Kosel – sei, dass diese in einem besonders engen Wechselverhältnis zur materiellen Produktion stehen würden. Für die Produktion von Gütern würden sowohl physische wie geistige Fähigkeiten benötigt, zumal die Mechanisierung und Automatisierung zunehmend voranschreiten würde. Arbeitsgegenstand der geistigen Produktion sei dabei das Gehirn des Menschen und die Vergegenständlichung der Arbeit erfolge durch Veränderungen in der ‚Gehirnsubstanz‘<sup>259</sup>, womit er vermutlich veränderte neurologische Verknüpfungen meinte.

---

<sup>257</sup> Kosel: Produktivkraft Wissenschaft 1957, S. 17.

<sup>258</sup> Kosel: Produktivkraft Wissenschaft 1957, S. 7.

<sup>259</sup> Kosel: Produktivkraft Wissenschaft 1957, S. 24.

### **Kritik am theoretischen Fundament Kosels**

Vor allem diese theoretischen Aspekte der Arbeit Kosels waren es, die die Durchsetzung der These von der Produktivkraft Wissenschaft erschwerten. So erschien 1958 in der Märzausgabe der *Einheit* unter dem Titel ‚Ist die Wissenschaft eine Produktivkraft?‘ eine Rezension Manfred Börners zu Kosels Buch.<sup>260</sup> Börners Zweifel an Kosels Thesen drückten sich bereits in der Überschrift aus und durchzogen auch den Text, dessen Grundtendenz war, dass Kosels Buch freilich wichtige Fragen aufwerfe, aber auch einige – vor allem theoretische – Defizite aufweise. So hob Börner zwar positiv hervor:

„Genosse Kosel hat mit seinem Buch positive Aufgaben erfüllt, einmal indem er die Frage nach der Produktivkraft Wissenschaft aufwarf und zum anderen, weil er bewies, daß die Vergesellschaftung eine Grundtendenz in der Entwicklung der geistigen wissenschaftlich-technologischen Produktion ist.“<sup>261</sup>

Damit, so Börner, könne der Rationalisierung der geistigen Arbeit der Boden bereitet werden; die Erarbeitung der „gewaltigen Bedeutung der geistigen Produktion für die Produktion materieller Güter“ durch Kosel sei „ein Beweis für die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Erforschung der Gesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technologischen Produktion.“<sup>262</sup> Damit deutete Börner Kosels Buch als einen wichtigen Anstoß, der vor allem auf der deskriptiven Ebene viele wichtige Elemente enthalte, die die Art und Weise der Wissensproduktion betrafen. Er hob diesbezüglich besonders die Vergesellschaftung der Wissensproduktion hervor, womit die kooperative Tätigkeit von Wissenschaftlern untereinander, das produktionsorientierte Betreiben von Wissenschaft (die Verzahnung von angewandter Wissenschaft und Grundlagenforschung) und der Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften für die Steigerung der Arbeitsproduktivität gemeint waren.

Die Defizite der Arbeit sah Börner aber vor allem in der Begründung der Thesen Kosels, die er zwar – mit Beispielen aus der Praxis versehen – schlüssig hergeleitet, aber theoretisch zu wenig oder gar falsch konzeptualisiert habe. Einerseits, so Börner, habe Kosel das Verhältnis der Natur-, Technik- und Gesellschaftswissenschaften zueinander nicht klar bestimmt: Wenn überhaupt die Rede davon sein könne, dass die Wissenschaft zur Produktivkraft werde, gelte das allein für die Technikwissenschaft, die Technologie hervorbringe, nicht aber für die auf Grundlagenforschung beschränkte Naturwissenschaft und die zur Bildung des ideologischen Bewusstseins beitragende Gesellschaftswissenschaft. Zwar fördere der Dialektische Materialismus, der die Grundlage der Gesellschaftswissenschaften bilde, die Naturwissenschaften, sei aber nicht mit diesen gleich zu setzen. Kosel übertrage öko-

---

260 Börner, Manfred: Ist die Wissenschaft Produktivkraft? Rezension zu Kosel: Produktivkraft Wissenschaft, in: *Einheit* 3 (1958), S. 442-448.

261 Börner: Ist die Wissenschaft Produktivkraft? Rezension zu Kosel: Produktivkraft Wissenschaft, in: *Einheit* 3 (1958), S. 442-448, S. 447.

262 Börner: Ist die Wissenschaft Produktivkraft? Rezension zu Kosel: Produktivkraft Wissenschaft, in: *Einheit* 3 (1958), S. 442-448, S. 447.

nomische Begriffe auf erkenntnistheoretische Probleme und schaffe damit eine Art materialistische Erkenntnistheorie, in der die Veränderungen im Gehirn – hervorgerufen durch geistige Arbeit – als materialisierte Arbeit gedeutet wurde. Der eigentliche Punkt, an dem die Wissenschaft zur Produktivkraft werden könne, sei aber doch die Übertragung von Ideen in die Praxis.

Andererseits – und dieser Vorwurf wog schwerer – entspreche Kosels Interpretation des Verhältnisses von Materie und Bewusstsein nicht der Interpretation der orthodox marxistischen Lesart der Schriften von Marx, Engels und Lenin. Kosel stelle das Verhältnis von Basis und Überbau in Frage, wenn er die in der marxistischen Orthodoxie eigentlich zum Überbau zählende Wissenschaft durch ihre Beschreibung als Produktivkraft auf die Ebene der Basis ziehe.

Bis 1958, so lässt sich damit vorerst festhalten, handelte es sich bei der Produktivkraft Wissenschaft also keineswegs um ein gefestigtes Konzept, sondern um erste Ideen, die aber auf großen Widerstand seitens der die marxistischen Klassiker orthodox auslegenden Ökonomen und Politiker stießen. Zu diesem Zeitpunkt also war der Gedanke von der Produktivkraft Wissenschaft noch sehr an die Person Kosels gebunden und in keiner Weise Teil des SED-Wissenschaftsverständnisses.

### 3.3.2 Debatte der Zeitschrift *Einheit* zur ‚Produktivkraft Wissenschaft‘ im Jahr 1960

Einzug in ein größere politische Debatte fand die Idee von der Produktivkraft Wissenschaft drei Jahre später: Eine weitere Etappe in der Herausbildung des neuen Konzepts von der Wissenschaft als Produktivkraft war eine Konferenz der SED-Zeitschrift *Einheit*, die am 25. Februar 1960 im Haus des Zentralkomitees stattfand. Dort hatte der Chefredakteur der *Einheit*, Hans Schaul, Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen sowie Praktiker und Funktionäre der SED zu einer Beratung geladen. Die Anregung zu dem Gedankenaustausch hatte Walter Ulbricht, der folglich Kosels Ausführungen bereits wahrgenommen haben musste, gegeben, wie aus der Eröffnungsansprache Schauls zu der Beratung hervorgeht. In der stenographischen Niederschrift heißt es dazu:

„Wir folgen dabei [bei der Durchführung der Beratung, V.W.] einem Ratschlag des Genossen Ulbricht, der die außerordentliche Bedeutung dieses Themas besonders betont hat und der gleichzeitig die Redaktion der ‚Einheit‘ beauftragt hat, bevor Genosse Kosel einen weiteren Artikel schreibt, mit ihm eine Aussprache über die Problematik zu führen, die in seinem Buch und dann in seinem Referat auf dem Prager Symposium aufgeworfen worden sind.“<sup>263</sup>

Die stenographische Niederschrift der Beratung umfasst keine Teilnehmerliste, doch geht aus hier hervor, dass sich der persönliche Referent Walter Ulbrichts namens Wolfgang Ber-

---

263 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 1).

ger, der bereits erwähnte Rezensent von Kosels Buch Manfred Börner, der Minister für Volksbildung und ehemalige Rektor der Hochschule für Ökonomie Alfred Lemnitz, der damalige Sekretär der Wirtschaftskommission beim ZK der SED Günter Mittag, Harry Castillon, Rolf Pieplow, Herr Herold, Helmut Schieck, Rudolf Model sowie Herbert Arnold aktiv an der Diskussion beteiligten.<sup>264</sup>

Neben der stenographischen Niederschrift befindet sich im Bestand des Bundesarchivs eine weitere Akte, die vor allem Einladungen und Namenslisten zu der Beratung enthält. Aus der dort abgelegten Teilnahmeliste (die allerdings keine Unterschriften für die tatsächliche Bestätigung der Anwesenheit enthält) geht außerdem die Teilnahme von Kurt Hager, Heinz Herder, Hermann Grosse (Staatliche Planungskommission und Redakteur der *Einheit*), Robert Rompe (Physiker und SED-Funktionär), Fritz Zeiler, Günter Matousch, Dr. Kampfert, Prof. Dr. Heinz (?) Schmellenmeier, Prof. Herbert Kröger (Rektor der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft), Hans Wetzel (Redakteur der *Einheit*), Paul Verner (Mitglied des ZK der SED) sowie Alexander Abusch (Redakteur der *Einheit*) an der Beratung hervor. Es wurden zahlreiche weitere Einladungen an Personen verschickt, die auf der Teilnehmerliste nicht geführt werden, unter ihnen Hannes Hörnig (Leiter der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED), Robert Havemann, Helmut Koziolk (Hochschule für Ökonomie in Karlshorst) und Georg Klaus, der allerdings aufgrund seines Gesundheitszustandes absagen musste. Auf seiner Absage steht handschriftlich vermerkt: „Mit Heinz gesprochen, kommt am 25.“ Es ist anzunehmen, dass es sich hierbei um Heinz Liebscher, Mitarbeiter von Georg Klaus, handelte.<sup>265</sup>

Wenngleich, abgesehen von den oben erwähnten Diskutanten, unklar ist, wer nun tatsächlich an der Beratung teilgenommen hat, so lässt sich aus der hochrangigen Liste der eingeladenen Wissenschaftler und Funktionäre doch schließen, welche politische Bedeutung der Frage nach dem Stellenwert der Produktivkraft Wissenschaft beigemessen wurde.<sup>266</sup> Dass zudem mit Georg Klaus und Robert Havemann die zu diesem Zeitpunkt namhaftesten Wissenschaftler der DDR, die sich mit der Frage des Verhältnisses von Philosophie und Naturwissenschaften beschäftigten, eingeladen wurden, zeugt zumindest von dem dringenden Bedürfnis nach „ideologischer Klärung“ seitens der Partei – in welche Richtung auch immer. Darüber hinaus lässt sich anhand der Einladungsliste der Zusammenhang zwischen politischen und wissenschaftlichen Akteuren ablesen, da sich offen-

---

264 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 1).

265 BArch DY 30/IV 2/9.10/8 (Absage von Georg Klaus an Schaul, Januar 1960).

266 Zumal Kosels Buch sowie ein von ihm gehaltener Vortrag Grundlage der Diskussion sein sollten, weswegen davon auszugehen ist, dass beides zumindest von dem genannten Kreis rezipiert worden ist.

sichtlich beide Seiten an der Diskussion des neuen Theorems beteiligten und die Wissenschaftler im Zuge der Tagung als Experten fungierten.

Gegenstand der Beratung war die Frage, ob es sich bei der Wissenschaft um eine Produktivkraft handle. Grundlage der Erörterung bildete das bereits erwähnte Buch Kosels sowie ein Vortrag, den er auf einem Symposium in Prag gehalten hatte. Veranstaltet worden war das Symposium unter dem Titel „Planung der Wissenschaft“ von der Gewerkschaft Wissenschaft der ČSSR; die Einladung Kosels erfolgte durch deren Vorsitzenden Jan Stépanek. Kosels Erinnerungen zufolge ersuchte er das ZK um Genehmigung für die Teilnahme, die ihm laut einer Aktennotiz aus seinem privaten Archiv auch gewährt wurde. Weitere Redner auf diesem Symposium waren der britische Physiker und Weltfriedensratvorsitzende John Desmond Bernal<sup>267</sup> sowie der britische Atomphysiker und Nobelpreisträger Cecil Frank Powell.<sup>268</sup> In den Akten des Bundesarchivs zur Beratung der *Einheit* ist Kosels in Prag gehaltener Vortrag nicht beigefügt, ein Abdruck findet sich aber in Kosels Erinnerungen.<sup>269</sup> Hieraus ergeben sich allerdings keine grundlegenden Neuerungen seit dem Erscheinen von Kosels Buch.

### ***Widerstände bei der Durchsetzung des neuen Wissenschaftsverständnisses***

Das Ergebnis der Beratung sollte ursprünglich zu einem Artikel Kosels zu der Thematik in der *Einheit* führen. Zu der Veröffentlichung eines solchen kam es aber nicht, vor allem deswegen, weil der Verlauf der Diskussion relativ eindeutig war: Die These, dass es sich bei der Wissenschaft um eine eigenständige Produktivkraft handelte, wurde von allen Diskussionsteilnehmer mehr oder weniger eindeutig zurückgewiesen. Kosels „wichtige und kühne Ideen“<sup>270</sup> ernteten von allen Seiten Widerspruch.

Hauptkritikpunkt der Diskutanten waren die „Fehler, Oberflächlichkeiten und Ungenauigkeiten auf dem Gebiet der politischen Ökonomie und sicher auch auf dem Gebiet der Philosophie.“<sup>271</sup> Da Kosel seine Thesen auf die Schriften von Marx gründete, stand in erster Linie die richtige Interpretation der Klassiker des Marxismus-Leninismus der SED zur Disposition. Als erster äußerte sich Schieck zu den von Kosel hergestellten Marx-Bezügen und hielt dem Autoren vor, sich fast ausschließlich auf die Frühschriften Marx' zu bezie-

267 Zur Rezeption von Bernal in der DDR vgl. Laitko: Institutionalisation der Wissenschaftsforschung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-146, S. 11ff. und Laitko: Produktivkraft Wissenschaft, in: Rauh/Ruben (Hg.): Denkversuche 2005, S. 459-540, S. 466-481. So weist Laitko mit Verweis auf Lotz etwa darauf hin, dass Bernals grundlegende Monographie „The Social Function of Science“ in der DDR bis Ende der 1960er Jahre kaum zugänglich war (S. 467).

268 Kosel: Unternehmen Wissenschaft. Erinnerungen 1989, S. 260ff.

269 Kosel: Vortrag in Prag, in: ders.: Unternehmen Wissenschaft. Erinnerungen 1989, S. 261-266.

270 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 17).

271 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 41).

hen, die Analyse der späteren Werke aber eine andere Interpretation nahe legen würde. Kosels Marx-Zitate seien willkürlich und aus dem Zusammenhang gerissen, so Manfred Börner. Außerdem würden sie nicht weiter helfen bei der Frage nach der Beurteilung der Produktivkraft Wissenschaft, bemerkte Wolfgang Berger. Castillon wandte ein, dass sich aus den Schriften Marx' zwar ergebe, dass Wissenschaft und die Steigerung der Arbeitsproduktivität zusammenhängen würden, die Wissenschaft sei aber keineswegs eine eigenständige Produktivkraft, sondern der Sozialismus zeichne sich dadurch aus, dass die Wissenschaft (vor allem die angewandte Wissenschaft in Form von Technologie) zu einem Produktionsmittel werde.

Neben diesen generellen Einwänden, die die Interpretation der Marxschen Schriften betrafen, wurde in der Diskussion ein Punkt besonders hervorgehoben, der die Rolle der Arbeiterklasse in der DDR-Gesellschaft betraf: Würde man Kosels Thesen von der Bedeutung der Wissenschaft zu Ende denken, wäre dies gleichbedeutend damit, der Arbeiterklasse ihre revolutionäres Potential ab- und dieses der Intelligenz zuzusprechen. Begründet wurde dies damit, dass diejenige Klasse, in deren Händen sich die Produktionsmittel befänden, die revolutionäre Klasse sei – im Sozialismus sei dies die Arbeiterklasse. Eine Erhebung der Wissenschaft zur Produktivkraft würde implizieren, dass die Träger des Wissens, also die Intelligenz, über das wichtigste Produktionsmittel<sup>272</sup> verfügten. Diese Schlussfolgerung, so Schieck, sei ein theoretischer Fehler<sup>273</sup> und schlug damit in dieselbe Kerbe wie schon Manfred Börner in der Rezension zu Kosels Buch. Diese Einwände zielten damit vor allem auf das Verhältnis von geistiger zu körperlicher Arbeit, welches durch die Erhebung der Wissenschaft zur Produktivkraft auf den Kopf gestellt zu werden schien.<sup>274</sup> Wert und gesellschaftlicher Reichtum, so die orthodoxe Interpretation der Schriften von Marx, würden durch körperliche und nicht durch geistige Arbeit erzeugt.

Doch Kosels Thesen stellten nicht nur die Interpretation der Schriften von Marx durch die SED in Frage, sondern auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Ökonomen und Philosophen, wie sie zum Thema der Produktivkräfte in den Lehrbüchern festgehalten waren.<sup>275</sup>

Von einer wirklichen Veränderung des Wissenschaftsverständnisses der SED in Bezug auf die Rolle der Produktivkraft Wissenschaft und der Etablierung des Begriffs zur Be-

---

272 Klassischerweise werden im Marxismus unter ‚Produktionsmitteln‘ einerseits Rohstoffe und andererseits Werkzeuge und Maschinen verstanden, die der „Arbeiter zwischen sich und den Gegenstand schiebt“ und die vermittelt durch seine Tätigkeit zu Produktionsmitteln werden (Marx: Das Kapital 1867, MEW Bd. 23, S. 194ff.). Als ‚Produktivkräfte‘ hingegen galten jene Faktoren, die Mehrwert hervorbringen, traditionell zählten hierzu Kapital, Arbeit und Boden.

273 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 15).

274 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 15).

275 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 25).

schreibung der gesellschaftlichen Phänomene konnte also zu diesem Zeitpunkt keine Rede sein. Einzig Teilaspekte der Thesen Kosels wurden von den Diskutanten anerkannt, wodurch sich erste Veränderungen der orthodox-marxistisch-leninistischen Auffassung andeuten. Man betonte die zunehmende Bedeutung der Planung und Organisation der Wissenschaft für die Produktion und regte eine Untersuchung der Wirkung der Wissenschaft auf die Produktion an,<sup>276</sup> plädierte für eine Auswertung von Kosels praktischen (nicht aber seinen theoretischen) Ideen<sup>277</sup> und hob die Unterscheidung zwischen angewandter und Grundlagenforschung in ihrer Bedeutung für die Produktion hervor: Die technologische Anwendbarkeit der Wissenschaft in der Produktion zur Erreichung des Weltniveaus, so Lemnitz, müsse das Ziel sein.<sup>278</sup> Die internen Veränderungen des Wissenschaftsverständnisses zeichneten sich zu diesem Zeitpunkt also dahingehend ab, dass die Marxschen Ideen beziehungsweise ihre Interpretation durch die SED und die ihr nahe stehenden Philosophen und Gesellschaftswissenschaftler nach wie vor dominant waren und zu diesem Zeitpunkt die Etablierung einer neuen Sichtweise auf Wissenschaft nicht zuließen, sondern allein einige Teilaspekte, die den gesellschaftlichen Veränderungen seit den Formulierungen von Marx Rechnung trugen.

Zu äußeren Faktoren, die die Diskussion beeinflussten und zur Modernisierung des marxistischen Verständnisses der gesellschaftlichen Funktion von Wissenschaft beitrugen beziehungsweise beitragen konnten, wurde in der Debatte der *Einheit* nur sehr am Rande Stellung bezogen. Doch gerade hierin wird ein Muster deutlich, welches sich häufig in den Auseinandersetzungen der SED wieder findet. Schaul warnte in seinem abschließenden Fazit der Diskussion davor, sich durch falsche Auslegung der Theorie

„in eine Nähe jener hier schon zitierten sozialdemokratischen Theorien von der technologischen Transformation der Gesellschaft, von der Wirkung der Industriegesellschaft, die also als solche wirkt, unabhängig von den Produktionsverhältnissen [zu] begeben. Das muß unter allen Umständen vermieden werden, und der Genosse Kosel hat das bestimmt nicht so gemeint.“<sup>279</sup>

Hiermit spielte Schaul auf den Parteitag der bundesdeutschen SPD in Bad Godesberg an, der im November 1959 stattgefunden und auf dem das gleichnamige neue Programm der SPD verabschiedet worden war. Dieses markierte den Wandel der SPD von einer sozialistischen zu einer „Volkspartei“<sup>280</sup>. Im Godesberger Programm erkannte die SPD den Stellenwert der „zweiten industriellen Revolution“ an und sprach sich für freie Märkte und

276 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 24).

277 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 41).

278 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 32).

279 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 71f.).

280 Miller/Potthoff: Kleine Geschichte der SPD 1991, S. 207.



Wettbewerb sowie gegen „totalitäre Zwangswirtschaft“ aus.<sup>281</sup> Während die SPD sich mit dieser Neuausrichtung zu den bundesrepublikanischen, demokratischen Grundwerten bekannte, galt es aus Sicht der SED, sich dagegen abzugrenzen, weil die neue Programmatik als Abkehr von der sozialistischen Parteitradition der SPD und Befürwortung des kapitalistischen Systems interpretiert wurde. Darüber hinaus schwang mit, was sich für die Etablierung des zweiten, die SED-Politik der 1960er Jahre dominierenden Ansatzes zur Modernisierung des marxistischen Wissenschaftsverständnisses als wichtig erweisen sollte, nämlich die Art und Weise der Konzeptualisierung der Industriegesellschaft beziehungsweise die Debatte um den Stellenwert der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Insgesamt, so lässt sich zu der skizzierten Debatte in der *Einheit* resümieren, war der Widerstand gegen Kosels Ideen enorm und die Vorwürfe gegen ihn so deutlich, dass sie unter anderen Umständen möglicherweise sogar schwerwiegende Konsequenzen für ihn hätten haben können. Das Protokoll der Beratung vermittelt den Eindruck, dass niemand der anwesenden Teilnehmer mit Kosel konform ging; Lemnitz warnte sogar davor, dass es nicht darum gehen könne, den „Genossen Kosel sozusagen zu zermantschen.“<sup>282</sup> Man müsse für ihn die „richtige Hilfe finden“, eine theoretische Begründung seiner Theorie sei nicht nötig, hielt Schieck fest und verwies auf die Definitionsmacht der marxistischen Ökonomie.<sup>283</sup> Ganz diesen Tenor treffend, hielt Schaul deswegen auch abschließend fest:

„Meines Erachtens ist es tatsächlich so, wie ich in einem Gespräch mit dem Genossen Ulbricht zu der Sache gesagt habe, der Genosse Kosel hat eine außerordentlich wichtige Sache, und er ist von ihr besessen, und man muß dem Genossen Kosel helfen, daß er nicht durch kleine Ablenkungen und Vertheoretisierungen, möchte ich sagen, die gar nichts mit der Sache so zu tun haben, gar nicht so unbedingt zur Sache gehören, das Große, was darin liegt, irgendwie zu Schaden kommt, und ich glaube, diese Diskussion hat in diesem Sinne klärend gewirkt.“<sup>284</sup>

Angesichts dieser Äußerungen zeigte sich einmal mehr der theoretische Alleinvertretungsanspruch der SED durch die Parteifunktionäre sowie durch ihre Gesellschaftswissenschaftler, die eine Neuinterpretation der Marxschen Schriften nicht zuließ. Kosels Beobachtungen der tatsächlichen gesellschaftlichen Veränderungen wurden zwar gewürdigt, nicht jedoch seine theoretischen Schlussfolgerungen. Die Notwendigkeit der Modernisierung der marxistischen Theorie wurde damit 1960 noch abgelehnt.

Wie konnte sich nun die neue Konzeption der Wissenschaft als Produktivkraft etablieren und was brachte die SED dazu, ein solches neues Verständnis in ihre Wissenschaftspo-

---

281 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschland 1959, in: Miller/Potthoff: Kleine Geschichte der SED 1991, S. 407-420, S. 411f.

282 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 31).

283 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 55).

284 BArch DY 30/IV 2/1.01/379 (Stenographische Niederschrift einer Beratung der *Einheit* mit einem Kreis von Wissenschaftlern, S. 71).

litik zu integrieren? Denn angesichts des Protokolls der Diskussion schienen ja weder Kosels (Neu-)Interpretation der Marxschen Ideen noch innere Einflüsse dazu führen zu können.

### 3.3.3 Einfluss von außen: Der XXII. Parteitag der KPdSU

Es war schließlich auch ein äußeres Ereignis, welches die Modernisierung des SED-Wissenschaftsverständnisses vorantrieb. Hierbei handelte es sich um den XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 und das auf ihm verabschiedete Parteiprogramm, welches der Diskussion in der DDR eine neue Richtung verlieh und das enge Wechselspiel zwischen Wissenschaft und Politik bei der Herausbildung neuer Sichtweisen einmal mehr exemplifizierte.

Bei der Rückkehr der SED-Delegation vom Parteitag der KPdSU in Moskau spielte sich – laut Kosels eigener retrospektiver Schilderung – folgende Szene auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld ab:

„Die Abordnung von Genossen des Zentralkomitees und des Ministerrats, der ich angehörte, sollte die Parteitagsdelegation als erste begrüßen. Wir gingen zum Flugzeug. Die Begrüßung begann mit einer kurzen offiziellen Rede. Dann Händeschütteln – wie üblich schön der Reihe nach. Da kam – allen Regeln des Protokolls zuwider – winkend ein Genosse auf mich zu und umarmte mich: ‚Gratuliere‘, sagte Genosse Rompe sichtlich bewegt, ‚gratuliere recht herzlich, endlich ist es soweit. Deine Theorie ist anerkannt. Die Wissenschaft ist Produktivkraft geworden und Du bist rehabilitiert!‘; Vielen Dank, mein lieber Robert‘, antwortete ich, ‚aber es ist wohl mehr Marxens Theorie, von der Du sprichst, als meine.“<sup>285</sup>

Hintergrund dieses Ereignisses waren die Debatten auf dem Parteitag der KPdSU, die sich ebenfalls mit den Veränderungen der Gesellschaft und der steigenden Bedeutung der Wissenschaft befasst hatten. Im neuen Programm der KPdSU wurden neue Technologien wie Raumfahrt, Kernkraft und Automatisierung als Ausdruck einer weltweiten Dynamisierung der wissenschaftlich-technischen Grundlagen der Gesellschaft interpretiert, die Rolle dieser Technologien – so die Auffassung der Sowjetunion – konnte aber nur in der sozialistischen beziehungsweise kommunistischen Gesellschaft richtig zum Tragen kommen.<sup>286</sup> In einem Leitartikel der *Einheit* wurde das Parteiprogramm der KPdSU als „direktes Lehrbuch“<sup>287</sup> für die DDR interpretiert und so wundert es nicht, dass die von der KPdSU aufgegriffenen Fragen nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft zukünftig auch in der DDR ausführlicher verhandelt wurden. Es waren also nicht die inneren Debatten der SED, die in der DDR zur Etablierung eines neuen Wissenschaftsverständnisses führten, das die Wissenschaft zu einer Produktivkraft erhob, sondern die Entwicklungen in der Sowjetunion.

285 Kosel: Unternehmen Wissenschaft. Erinnerungen 1989, S. 7.

286 Meuschel: Symbiose von Technik und Gemeinschaft, in: Wege/Emmerich (Hg.): Technikdiskus in der Hitler-Stalin-Ära 1995, S. 203-230, S. 204.

287 Redaktion der Einheit: Der XXII. Parteitag der KPdSU, in: Einheit 6 (1961), S. 1589-1604, S. 1593.

### 3.3.4 Der VI. Parteitag der SED 1963 und das ‚Programm des Sozialismus‘

Wie sehr sich deren Politik in der DDR niederschlug, zeigen auch die Entwicklungen rund um den VI. Parteitag der SED vom 15. bis zum 21. Januar 1963, auf dem zugleich erstmals ein Parteiprogramm der SED verabschiedet wurde. Dieser Parteitag und das Programm waren gleich in mehrfacher Hinsicht richtungweisend für die SED-Politik in den 1960er Jahren: So wurde in der DDR das „Zeitalter des Sozialismus“<sup>288</sup> ausgerufen sowie das Neue Ökonomische System zur Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL) in Kraft gesetzt. Eingebettet war dies wiederum in die Betonung der Leistungen von Marx, Engels und Lenin sowie die Bedeutung der KPdSU, die allerdings, anders als noch in der DDR, bereits mit dem Aufbau des Kommunismus begonnen habe. Dies belege ihr neues Programm, das einem „Kommunistischen Manifest des 20. Jahrhunderts“<sup>289</sup> gleichkomme. In dem Programm wurden – nachdem im ersten Teil des Programms der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus als der „Entwicklungsweg der Menschheit“<sup>290</sup> betont worden war – die „Aufgaben der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beim Aufbau der Kommunistischen Gesellschaft“<sup>291</sup> skizziert. Als grundlegend für den Übergang der Sowjetunion vom Sozialismus zum Kommunismus galten Automatisierung und Vollmechanisierung als „materielle Grundlage, auf der die sozialistische Arbeit sich allmählich in kommunistische Arbeit umwandelt.“<sup>292</sup> Hierzu sei unter anderem die Anwendung von „Kybernetik, elektronischen Rechenmaschinen und Steuerungsanlagen“ notwendig.<sup>293</sup> Zudem werde „die Partei alles tun, um beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft der Wissenschaft noch mehr Gewicht zu verleihen“<sup>294</sup>, hieß es weiter, und man hob auf die Bedeutung der Wissenschaft als Produktivkraft ab. So bleibe die „Entwicklung der Wissenschaft und die Anwendung ihrer Errungenschaften in der Volkswirtschaft [...] auch weiterhin Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Partei.“<sup>295</sup> Dazu wurden nicht nur die Aufgaben verschiedener natur- wie gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen skizziert, sondern auch der institutionelle Ausbau der Wissenschaft, die Planung und Leitung der

---

288 Bereits in dem 1961 erschienen Leitartikel zum neuen Programm der KPdSU wurden die Differenzen zwischen Sozialismus und Kommunismus ausführlich diskutiert, vgl. dazu Redaktion der Einheit: Der XXII. Parteitag der KPdSU, in: Einheit 6 (1961), S. 1589-1604.

289 Programm der SED 1963, verabschiedet auf dem VI. Parteitag der SED, 15.-21. Januar 1963, in: Ulbricht: Das Programm des Sozialismus 1966, S. 225-344, S. 228.

290 Programm der KPdSU 1962, in: Meissner, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU (1903-1961) 1962, S. 143-244, S. 146.

291 Programm der KPdSU 1962, in: Meissner, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU (1903-1961) 1962, S. 143-244, S. 186-244.

292 Programm der KPdSU 1962, in: Meissner, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU (1903-1961) 1962, S. 143-244, S. 189.

293 Programm der KPdSU 1962, in: Meissner, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU (1903-1961) 1962, S. 143-244, S. 192.

294 Programm der KPdSU 1962, in: Meissner, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU (1903-1961) 1962, S. 143-244, S. 194.

295 Programm der KPdSU 1962, in: Meissner, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU (1903-1961) 1962, S. 143-244, S. 232.

wissenschaftlichen Tätigkeiten und ihre finanzielle Förderung als Aufgaben der Partei festgelegt, um die „führende Position [der Sowjetunion, V.W.] in der internationalen Wissenschaft“ zu halten und zu festigen.<sup>296</sup>

Doch nicht nur die Entwicklungen in der UdSSR, sondern auch der Mauerbau am 13. August 1961 stellten in diesem Zusammenhang eine wichtige Zäsur dar: Er festigte die Parteiherrschaft in der DDR und erforderte zugleich die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Funktionstüchtigkeit, was sich vor allem auf die Ökonomie und die Wissenschaft auswirkte und gesellschaftliche Reformen begünstigte.<sup>297</sup> Nach Haupt und Requate war der Bau der Mauer mit der Hoffnung auf eine „Politik der Erneuerung“<sup>298</sup> verbunden. Hierbei orientierte sich die SED zwar an den Entwicklungen in der UdSSR, doch auch die Differenzen zwischen der UdSSR und der DDR wurden bereits angedeutet. Programmatisch schlug sich diese in dem darin niedergelegten, dass mit dem propagierten Aufbau des Sozialismus<sup>299</sup> ein eigenständiger, von der Sowjetunion unabhängiger Weg beschritten wurde, der auch die wirtschaftlichen Reformen des NÖSPL ermöglichte. Diese Art des Weges wurde damit begründet, dass es sich beim Sozialismus um eine Vorstufe des Kommunismus handelte, deren Verwirklichung mit der besonderen Position des geteilten Deutschlands begründet wurde.

Dabei sollte die Wissenschaft eine wichtige Rolle beim „umfassenden Aufbau des Sozialismus“ einnehmen. Der zunehmenden Wissensbasiertheit der Industriegesellschaften trug die Parteiführung der DDR Rechnung, indem sie die Wissenschaft neben Kapital, Arbeit und Boden zur vierten Produktivkraft erklärte. Das Parteiprogramm, welches auf dem VI. Parteitag im Januar 1963 verabschiedet wurde, hielt dazu fest:

„In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts spielt die Naturwissenschaft und Technik eine größere Rolle als je zuvor in der Geschichte der Menschheit. [...] Die von den Fesseln der kapitalistischen Monopolherrschaft befreite Wissenschaft kann sich in der sozialistischen Gesellschaft frei entfalten. Die Wissenschaft wird immer mehr zu einer unmittelbaren Produktivkraft und durchdringt alle technologischen Prozesse.“<sup>300</sup>

Durch diese Definition der gesellschaftlichen Funktion von Wissenschaft als notwendige Größe beim „umfassende[n] Aufbau des Sozialismus“<sup>301</sup> erhoffte man sich die Schaffung verwertbarer Forschungsergebnisse. Neue Technologien galten dabei als Instrumente und zugleich Symbole gesellschaftlichen Wandels. Die Anwendung der Kybernetik durch Automatisierung, Datenverarbeitung, Regelungstechnik und zentrale Steuerung schienen ge-

296 Programm der KPdSU 1962, in: Meissner, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU (1903-1961) 1962, S. 143-244, S. 235.

297 Meuschel: Symbiose von Technik und Gemeinschaft, in: Wege/Emmerich: Technikdiskus in der Hitler-Stalin-Ära 1995, S. 203-230, S. 203ff.

298 Haupt/Requate: Einleitung, in: dies. (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 7-28, S. 7.

299 Zur Differenzierung von Sozialismus und Kommunismus und der Betonung der Eigenständigkeit des Sozialismus in der DDR siehe Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft 1992.

300 Programm der SED 1963, in: Ulbricht (Hg.): Das Programm des Sozialismus 1966, S. 225-344, S. 294.

301 Programm der SED, in: Ulbricht (Hg.): Das Programm des Sozialismus 1966, S. 225-344 1963, S. 294.

eignet, die desolote wirtschaftliche Situation der DDR in den Griff zu bekommen. Dies führte nicht nur dazu, dass die Erhebung dieser zur Produktivkraft nun mehr oder weniger selbstverständlich im Programm auftauchte und die SED ihn „sofort in ihren Sprachgebrauch übernahm“,<sup>302</sup> sondern auch dazu, dass die Kybernetik fortan „besonders zu fördern“<sup>303</sup> sei. Hierin deutete sich bereits der enge Zusammenhang zwischen der Bedeutung der Produktivkraft Wissenschaft mit der Etablierung des systemtheoretisch-kybernetischen Denkstils an; dies wird Gegenstand des fünften Kapitels dieser Arbeit sein.

Beide Formulierungen waren im ursprünglichen Programmwurf so nicht vorgesehen, sondern gehen auf zwei der insgesamt 28 Anträge zur Änderung des Programms zurück, die den Bereich „Die Rolle der Wissenschaft beim umfassenden Aufbau des Sozialismus“ betrafen. Der Entwurf war vor dem Parteitag in der Tageszeitung *Neues Deutschland* erschienen, mit der Aufforderung an die Bürger, dazu Stellung zu beziehen. Die Programmkommission des VI. Parteitags entschied schließlich über die Aufnahme beziehungsweise Ablehnung der Anträge. Bemerkenswert bezüglich der Etablierung der Wissenschaft als Produktivkraft ist, dass sich gleich zwei Anträge mit dieser Formulierung befassten. Ursprünglich hätte es im Programm heißen sollen: „Sie [die Wissenschaft, V.W.] wird zur unmittelbaren Produktivkraft und durchdringt alle technologischen Prozesse.“ Auf Antrag Nr. 139 des Genossen Werner Friedrich, beschäftigt am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED,<sup>304</sup> wurde dieser Satz allerdings mit der folgenden Formulierung geändert: „Die Wissenschaft wird immer mehr zu einer unmittelbaren Produktivkraft [...]“<sup>305</sup> Dieser ins Programm aufgenommene Zusatz kommt in gewissem Maße einer Relativierung des Status der Produktivkraft Wissenschaft gleich, indem er das Prozessuale betont und impliziert, dass die Durchsetzung des neuen Wissenschaftsverständnisses zu diesem Zeitpunkt nicht komplett vollzogen war. Andererseits impliziert das Wort „unmittelbar“, dass das noch bei Kosel und in der Beratung der *Einheit* thematisierte Problem der Vermittlung des Produktivkraftcharakters der Wissenschaft durch technische Artefakte nicht mehr zur Debatte zu stehen schien, sondern die direkte „Wirksamkeit“ der Wissenschaft inzwischen anerkannt war.

---

302 Meuschel: Symbiose von Technik und Gemeinschaft, in: Wege/Emmerich: Technikdiskus in der Hitler-Stalin-Ära 1995, S. 203-230, S. 204.

303 Programm der SED 1963, in: Ulbricht (Hg.): Das Programm des Sozialismus 1966, S. 225-344, S. 295.

304 Über die Biographie von Werner Friedrich lässt sich nicht viel ermitteln, doch er promovierte 1964 mit einer Arbeit über die „Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bei der Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Maschinenbau und ihre schöpferische Nutzung in den Betrieben und Einrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik“. Daraus lässt sich schließen, dass er zur Zeit der Antragstellung Aspirant am Institut für Gesellschaftswissenschaften gewesen sein muss. Auszuschließen ist, dass er eine „höhere Funktionslaufbahn“ oder eine wissenschaftliche Karriere am IfG einschlug. Vgl. dazu Mertens: Rote Denkfabrik 2004, Anhang 3: Dissertationen A und Dissertationen B an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, S. 362 sowie Herbst/Ranke/Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 3: Lexikon der Funktionäre, wo sich kein Eintrag zu Friedrich findet.

305 BArch DY 30/IV 1/VI/18 (Anträge an die Programmkommission 1962, S. 98. Hervorh. V.W.).

Der vollständige Satz lautete in der verabschiedeten Version des Programms folgendermaßen:

„Die Wissenschaft wird immer mehr zu einer unmittelbaren Produktivkraft und durchdringt alle technologischen Prozesse. Sie beruht auf dem Prinzip der Einheit von Theorie und Praxis und besitzt im dialektischen Materialismus eine feste wissenschaftliche Grundlage.“<sup>306</sup>

Dass die „feste Grundlage“ zunächst keineswegs so fest, sondern sogar äußerst umstritten war, zeigte die oben dargestellte Diskussion zwischen Funktionären und Wissenschaftlern auf Einladung der *Einheit*. Auch handelte es sich bei diesen Formulierungen keineswegs um eine klare Definition dessen, was exakt unter der Produktivkraft der Wissenschaft zu verstehen sei. Vielmehr zeigte sich hier bereits der häufig in der Sprache der SED zu findende Formelcharakter von Aussagen, der in diesem Fall mit der Betonung der Einheit von Theorie und Praxis auf den Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Produktionsverhältnissen verwies und einmal mehr die Rolle des historischen und dialektischen Materialismus als wissenschaftliche Leitprinzipien hervorhob. Dennoch sind die gewählten Formulierungen der SED als ein Umdenken zu interpretieren, welches der gezielten Förderung der Wissenschaft und damit der Etablierung einer Wissenschaftsgesellschaft in der sozialistischen Gesellschaft dienen sollte. Die Stellung der Gesellschaftswissenschaften wurde im Programm zwar nicht explizit thematisiert, allerdings scheint der Produktivkraftcharakter der Wissenschaft doch noch weitestgehend auf die Natur- und Technikwissenschaften beschränkt gewesen zu sein. Die Gesellschaftswissenschaften und mit ihnen der dialektische Materialismus sollten zwar die Grundlage aller Wissenschaften sein und außerdem zur Bewusstseinsbildung beitragen, dabei schien es sich allerdings in erster Linie noch um eine Überbaufunktion zu handeln. Da die Gesellschaftswissenschaften aber auch nicht explizit von den Produktivkräften ausgeschlossen wurden, ging man zumindest diesbezüglich nicht mit Kosels Thesen konform.

Doch was wurde mit diesem neuen Status der Wissenschaft in der sozialistischen Gesellschaft verbunden? Hierzu hieß es weiter im Programm:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mißt dem Kampf um den wissenschaftlichen Fortschritt erstrangige Bedeutung bei, da die Wissenschaft die Produktivkraft der Arbeit steigert, das Leben der Menschen bereichert, ihre Erkenntnisse erweitert und ihr Weltbild formt. Die Durchsetzung und Entwicklung der Wissenschaft wird auf alle Gebieten des ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Lebens zur allmählichen Überwindung der von der alten Klassengesellschaft überlieferten Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zwischen Stadt und Land führen.“<sup>307</sup>

Auch mit diesen Formulierungen wurden theoretische Probleme aufgegriffen, die bei der Beratung der *Einheit* schon zur Sprache gekommen und in einem zukunftsgerichteten Sinn umgedeutet waren: Hier stand nicht mehr das revolutionäre Potential der Arbeiter-

306 Programm der SED 1963, in: Ulbricht (Hg.): Das Programm des Sozialismus 1966, S. 225-344, S. 294.

307 Programm der SED 1963, in: Ulbricht (Hg.): Das Programm des Sozialismus 1966, S. 225-344, S. 295.

klasse, welches sie aus dem Verfügen über Produktionsmittel bezog, im Vordergrund, sondern der Blick war auf die Überwindung der Klassengegensätze und die Aufhebung der Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gerichtet, welches einer Aufwertung des Potentials der Intelligenz gleichkam.

### **3.3.5 Gesellschaftswissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem neuen Wissenschaftsverständnis der SED**

Das Konzept der Produktivkraft Wissenschaft kann mit der Verabschiedung des Parteiprogramms der SED als etablierter Bestandteil des Wissenschaftsverständnisses der Partei gelten, zur Debatte stand nun die inhaltliche Ausgestaltung. So wurde es auch schon bald seitens der Gesellschaftswissenschaften und aufgegriffen, wobei nicht mehr die Existenz der Produktivkraft Wissenschaft an sich in Frage gestellt wurde, ihre theoretische Fundamentierung aber in den Hintergrund trat.

Knapp fünf Monate nach dem Parteitag und der Verabschiedung des Programms der SED fand am 3. und 4. Mai 1963 an der Karl-Marx-Universität in Leipzig eine wissenschaftliche Tagung des Prorektorats für Forschungsangelegenheiten anlässlich des 10. Jahrestages der Namensgebung der Universität statt, die dokumentiert, wie politische Konzepte auch Einzug in den wissenschaftlichen Denkstil fanden. Titel der Tagung war „Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft“ und für die Organisation zeichneten der Wissenschaftshistoriker Gerhard Harig und der Kristallograph Hermann Neels verantwortlich. In 29 Beiträgen wurde eine „Inventur zu diesem Fragenkomplex“<sup>308</sup>, wie er sich aus der im Parteiprogramm konstatierten steigenden Bedeutung der Rolle der Wissenschaft als Produktivkraft ergab, vorgenommen. Man hatte Natur- und Gesellschaftswissenschaftler, Philosophen und Praktiker versammelt, um aus verschiedenen Perspektiven die Rolle der Produktivkraft Wissenschaft zu beleuchten. Den Rahmen der Tagung, so geht aus der Einleitung von Harig und Neels hervor, bildete das Parteiprogramm der SED, welches zur Durchsetzung, aber nicht zur Klärung des Konzepts der Produktivkraft Wissenschaft beigetragen hatte. In Anlehnung an das Programm wurde erneut der Zusammenhang zwischen dem umfassenden Aufbau des Sozialismus und der steigenden Bedeutung der Wissenschaft gezogen. So hielt Harig in seinem Eröffnungsbeitrag fest, dass es sich bei der Produktivkraft Wissenschaft um ein geflügeltes Wort in aller Munde handle,

---

308 Harig/Neels: Einleitung, in: dies. (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963, S. VI.



welches „recht einleuchtend die Veränderung und Umwälzung in der Wissenschaft, Technik und Gesellschaft zum Ausdruck bringt.“<sup>309</sup> Er konstatierte aber zugleich:

„So unbestimmt freilich und vage ist das Wort von der Produktivkraft Wissenschaft noch leer und ohne rechten Inhalt. Die Formulierung wäre wohl auch kaum aufgekommen, wenn sie nicht zugleich eine Kurzformel darstellte für einen bedeutenden theoretischen Fortschritt, der in den letzten Jahren auf der Grundlage der Lehre von Karl Marx erzielt worden ist.“<sup>310</sup>

Hiermit spielte Harig zwar auf die Arbeit Kosels an und hob deren Bedeutung hervor, aber im Rahmen der Debatte auf der Tagung erhielt die Argumentation eine andere Stoßrichtung, die sich deutlicher am Parteiprogramm als an der Theoretisierung des Konzepts, die Kosel mit seiner Veröffentlichung verfolgt hatte, orientierte.

Die inhaltliche Ausgestaltung der Produktivkraft Wissenschaft lief im Zuge der Tagung im Wesentlichen auf folgende Hauptargumentationsfiguren hinaus: Erstens ging es um den Zusammenhang zwischen Sozialismus und Wissenschaft, der immer wieder betont wurde. Das Argument hierfür lautete, dass nur im Sozialismus die planmäßige Ausgestaltung und Anwendung der Wissenschaft möglich sei. Ein weiterer Aspekt, der thematisiert wurde, war das Verhältnis von Wissenschaft und Produktion. Hier ging es einerseits darum, wie wissenschaftliche Ergebnisse in die Produktion überführt werden konnten, aber auch, wie eine effektive Wissenschaftsplanung aussehen müsse, die zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beitragen könne. Diese Denkfigur ging damit einher, dass der marxistischen Ökonomie eine gesteigerte Rolle für die Planung und Leitung gesellschaftlicher Produktionsprozesse zukommen sollte – auch sie wurde also zur Produktivkraft erhoben.

Interessant an den Ausführungen Harigs ist vor allem, dass er die ablaufenden Prozesse der gesellschaftlichen Veränderungen, die in der DDR als „umfassender Aufbau des Sozialismus“ thematisiert wurden, zugleich als „Periode einer wissenschaftlich-technischen Revolution“ bezeichnete.<sup>311</sup> Wie in der Debatte üblich, differenzierte auch er zwischen den Systemen, wenn er betonte: „Die Kapitalisten fürchten den wissenschaftlich-technischen Fortschritt wegen seiner revolutionären gesellschaftlichen Folgen.“<sup>312</sup> Dies zeigt die rhetorische Verbindung der steigenden Bedeutung der Wissenschaft mit dem Sozialismus und die Abgrenzung gegen den Kapitalismus.

Harig hob in seinem Vortrag vor allem die Rolle Walter Ulbrichts bei der Thematisierung der Produktivkraft Wissenschaft hervor:

---

309 Harig: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren gesellschaftlichen Produktivkraft, in: ders./Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963, S. 1-47, S. 1.

310 Harig: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren gesellschaftlichen Produktivkraft, in: ders./Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963, S. 1-47, S. 2.

311 Harig: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren gesellschaftlichen Produktivkraft, in: ders./Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963, S. 1-47, S. 1.

312 Harig: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren gesellschaftlichen Produktivkraft, in: ders./Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963, S. 1-47, S. 5.

„Walter Ulbricht hat [...] zunächst dafür gesorgt, daß die Anregung [die Wissenschaft als Produktivkraft zu bezeichnen, V.W.] nicht von engstirnigen Buchstabengelehrten vom Tisch gefegt, sondern aufgegriffen und weiterentwickelt wurde.“<sup>313</sup>

Darüber hinaus betont er aber auch die Bedeutung des XXII. Parteitages der KPdSU und des dort verabschiedeten Programms.

Im Folgenden sind es im großen und ganzen bereits bekannte Motive, die auch von Harig wieder thematisiert werden, so etwa erstens die Veränderung, die die Rolle des Arbeiters im Produktionsprozess charakterisierten, wie das perspektivische Verschwinden der Trennung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit oder die sich aus der Anwendung der Wissenschaft ergebende quantitative und qualitative Erhöhung der Arbeitsproduktivität (die als der relevanteste Faktor für die Entscheidung zu der Überlegenheit einer Gesellschaftsformation gesehen wurde).<sup>314</sup> Zweitens war die Veränderung der Wissenschaft selbst Gegenstand der neuen Konzeption von Wissenschaft im Sozialismus: Die betraf vor allem die ‚Vergesellschaftung‘ der Wissenschaft, womit in erster Linie das Arbeiten in Forschergruppen gemeint war, und die dazu führt, dass eine wissenschaftliche Tatsache (im Sinne Flecks) nicht die Tat eines genialen Erfinders oder Denkers ist, sondern ein kollektiver Prozess.<sup>315</sup> Ein drittes Motiv, welches in der Thematisierung des neuen Wissenschaftsverständnisses immer wieder auftauchte, war die Rolle der marxistischen Gesellschaftswissenschaften: Die Rolle der Gesellschaftswissenschaften blieb anfangs sehr umstritten: Sie hätten zwar keinen unmittelbaren Einfluss auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität, so das Argument, seien der Schlüssel zum Verständnis der sich vollziehenden Prozesse. Ihre Aufgabe bestehe deswegen vor allem in der Erarbeitung von Lösungs- und Planungsmöglichkeiten des an sich nicht aufzuhaltenden Prozesses der gesellschaftlichen Veränderungen:

„Die Wissenschaft hat einen Reifegrad erreicht, der es erfordert, die wissenschaftliche Arbeit ebenso wie die produktive Arbeit im allgemeinen zu organisieren und zu planen, anstatt Arbeitsteilung und Kooperation dem Selbstlauf zu überlassen.“<sup>316</sup>

Hieraus ergäben sich gewisse Notwendigkeiten und Maßnahmen, die man zur Steuerung dieses Prozesses ergreifen müsse und zwar erstens Wissenschaftsplanung, zweitens weitere Vergesellschaftung der Wissenschaft, drittens müsse Wissenschaft ihre Erkenntnisse in die Produktion überführen (Vertragsforschung), viertens sei eine Steigerung der ‚materiellen

---

313 Harig: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren gesellschaftlichen Produktivkraft, in: ders./Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963, S. 1-47, S. 5.

314 Harig: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren gesellschaftlichen Produktivkraft, in: ders./Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963, S. 1-47, S. 6-26.

315 Harig: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren gesellschaftlichen Produktivkraft, in: ders./Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963, S. 1-47, S. 26-27.

316 Harig: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren gesellschaftlichen Produktivkraft, in: ders./Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963, S. 1-47, S. 34.

Interessiertheit' am wissenschaftlich-technischen Fortschritt nötig und fünftens müssten Wissenschaftler ökonomisch denken lernen.<sup>317</sup>

Nachdem nun im Programm der SED der Produktivkraftcharakter der Wissenschaft „festgelegt“ worden war, war es Sache der Philosophen, sich der Ausdeutung dieser Beschlüsse und der theoretischen Absicherung dessen anzunehmen. Während Veranstaltungen wie die skizzierte Tagung diesbezüglich noch einen relativ offenen Charakter trugen, verfestigte erst eine Monographie den Status der Produktivkraft Wissenschaft. Noch im selben Jahr erschien eine Publikation der Lehrstühle Philosophie und Politische Ökonomie des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die von den Professoren Günter Heyden, Alfred Kosing und Harry Nick sowie den Aspiranten<sup>318</sup> Gerda Huth, Heinz Engelstädter, J. Rittershauf, Jürgen Schmollack, Rudi Weidig und Fritz Welsch ausgearbeitet worden war und den Titel „Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft“ trug. Bereits in der Vorbemerkung wurde erneut auf die herausragende Rolle des SED-Programms verwiesen. Bei diesem Dokument handle es sich nicht nur selbst um ein „wissenschaftliche[s] Dokument“, sondern auch um eine „wissenschaftliche Anleitung zum umfassenden Aufbau der sozialistischen Gesellschaft“ sowie einen „wissenschaftliche[n] Plan zur Entwicklung der Wissenschaft selbst“. <sup>319</sup>

Hintergrund war der bereits erwähnte angestrebte „umfassende Aufbau des Sozialismus“, der im Parteiprogramm festgelegt worden war und der den Rahmen für das zitierte Buch bildete. Ziel der Veröffentlichung war es, die Rolle der Wissenschaft im Sozialismus theoretisch herauszuarbeiten. Dies bedeutete zugleich eine Verschiebung in den theoretischen Fundamenten der bisherigen orthodoxen Auslegung des Marxismus, wenn bereits eingangs festgehalten wurde:

„Bereits Marx und Engels haben nachgewiesen, daß hierzu [zum umfassenden Aufbau des Sozialismus, V.W.] Einsicht in die objektiven Entwicklungsgesetze der Gesellschaft erforderlich ist. Aber heute reicht das allein bei weitem nicht mehr aus.“<sup>320</sup>

Das Buch gliederte sich dabei in sechs Kapitel, deren erstes die Rolle des Parteiprogramms und die Stellung der SED zur Wissenschaft hervorhob. Im zweiten Kapitel ging es um den Prozess der Verwandlung der Wissenschaft in eine Produktivkraft in der sozialistischen Gesellschaft, während das dritte die Rolle der Gesellschaftswissenschaften hierfür betonte.

---

317 Harig: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren gesellschaftlichen Produktivkraft, in: ders./Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft 1963, S. 1-47, S. 39-45.

318 Bis auf Rittershauf, dessen Vorname sich nicht recherchieren ließ, werden alle der aufgeführten Personen in Anhang 3: Liste der Dissertationen A und Dissertationen B an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, in: Mertens: Rote Denkfabrik? 2004, S. 345-425 mit ihren Dissertationsthemen und Daten der Einreichung zwischen 1964 und 1966 aufgeführt. Da die Promotion B erst im Jahr 1969 als Ablösung alter Promotions- und Habilitationsverfahren eingeführt wurde (vgl. dazu Bleek/Mertens: DDR-Dissertationen 1994, S. 21f.), ist deswegen davon auszugehen, dass es sich jeweils um die erste Dissertation der genannten Personen handelte.

319 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S. 10ff.

320 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S.8.

Die Kapitel vier bis sechs widmeten sich der sozialistischen Moral, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sowie der Qualifizierung der Arbeiterklasse.

Ziel der Publikation war es, nicht nur die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen (Entwicklung der „Großwissenschaft“<sup>321</sup> (big science), Differenzierung der Disziplinen, quantitative und qualitative Veränderung der Wissenschaft<sup>322</sup>, Anwendungsorientierung und Produktionsrelevanz der Wissenschaft<sup>323</sup>, Status der Bildung und des Lernens<sup>324</sup>) zu beschreiben, sondern deren Entwicklung herzuleiten und mit der Entwicklung im Westen zu kontrastieren, um die These zu belegen, dass es allein im Sozialismus zu einer planmäßigen und gesteuerten Entwicklung der Wissenschaft kommen könne.

Die Ausführungen kreisten dabei weniger um die Natur- und Technikwissenschaften, sondern konzentrierten sich in erster Linie auf die Rolle der Gesellschaftswissenschaften, deren Produktivkraftcharakter in den Debatten zuvor ja meistens bestritten wurde. Die Hauptargumentationslinie zielte nun darauf ab, den Status der Wissenschaft insgesamt und insbesondere der Gesellschaftswissenschaft zu bestimmen und das Verhältnis beider zur Partei zu klären. Dabei findet sich das bereits bekannte Selbstverständnis der Partei, dass ihre Politik eine wissenschaftliche sei und auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhe. Ihre Aufgabe sei eine zweifache und bestehe darin,

„eine konkrete wissenschaftliche Analyse der objektiven Erfordernisse [zu] geben, die aus dem jeweiligen Entwicklungsstand der Gesellschaft folgen und entsprechende politische, ökonomische und ideologische Ziele formulieren [soll]. Zweitens muß sie die Mehrheit der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes so organisieren und leiten, daß ihre gesellschaftlichen Handlungen mit den objektiven Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung übereinstimmen. Beide Funktionen bedingen einander und gehen ineinander über. Sie sind nur möglich auf der Grundlage der Wissenschaft und drücken zugleich die untrennbare Einheit von Theorie und Praxis im Marxismus-Leninismus aus.“<sup>325</sup>

Hier findet sich erneut das Motiv der Leitung beziehungsweise Anleitung der Gesellschaft durch die Partei. Die Leitung der Gesellschaft war allerdings letztlich vermittelt durch die Gesellschaftswissenschaften, definiert als diejenigen Wissenschaften, die sich – im Sinne des Parteiprogramms der SED – der „Lehre von der Leitung und Entwicklung der Gesellschaft“<sup>326</sup> widmen und verschiedene Facetten der sozialistischen Gesellschaft beleuchteten. Die Bedeutung der Gesellschaftswissenschaften, so argumentierte man weiter, sei dreifach bedingt: Erstens hätten sie die Aufgabe, zur Planung und Leitung der Gesellschaft nach dem „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und dem Schutz der Staatsgrenzen“ beizutragen, zweitens ergebe sich diese Notwendigkeit aus dem Charakter der wissenschaft-

---

321 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S. 33.

322 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S.39.

323 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S. 40f.

324 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S.94.

325 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S.100f.

326 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S.104.

lich-technischen Revolution und drittens schließlich sollten die Gesellschaftswissenschaften helfen, „neue Persönlichkeiten“ zu erziehen.<sup>327</sup>

Daraus ergab sich in der Argumentation weiter, dass die Entwicklung der Natur- und Technikwissenschaften unmittelbar abhängig seien von den Gesellschaftswissenschaften, da erst diese die Fähigkeit besäßen, die Gesellschaft so zu organisieren, dass sich die Wissenschaft weiter entwickeln kann:

„Der Grad der Beherrschung der Natur durch den Menschen mit Hilfe der Wissenschaft hängt heute weitgehend davon ab, wie der Mensch auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft seine gesellschaftlichen Existenzformen so organisiert, daß sich die Wissenschaft ungehindert entfalten kann. Daher gewinnt die Gesellschaftswissenschaft nach dem Sieg der Sozialismus eine wachsende Bedeutung; nach ihren Prinzipien und Erkenntnissen wird die sozialistische Gesellschaft geleitet und das Bewußtsein der Menschen gebildet.“<sup>328</sup>

Konstatiert wurde damit die Einheit von Wissenschaft und Weltanschauung sowie die Einheit von wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Fortschritt auf der Basis der Gesellschaftswissenschaften, deren Grundlage wiederum der dialektische Materialismus sei.<sup>329</sup>

Um die Funktionstüchtigkeit der „weltverändernden Philosophie“<sup>330</sup> des Marxismus-Leninismus zu beweisen, wurden die wissenschaftlichen Erfolge der Sowjetunion durch Start des Sputnik-Satelliten angeführt

Doch daraus, dass die Gesellschaft, definiert als „einheitlicher Organismus [...], in dem alle Bereiche voneinander abhängen und aufeinander wirken“<sup>331</sup>, auf Wissenschaft beruhe, sei nicht zu schlussfolgern, dass die Partei die Wissenschaft beschränken wolle. Ganz im Gegenteil, die Wissenschaft stelle ein Instrument der Partei dar und der SED sei an einer

„ungehinderten Entwicklung der Wissenschaften im Dienste der sozialistischen Gesellschaft interessiert, d.h. an einer freien Atmosphäre schöpferischer Arbeit. Niemand kann die Resultate wissenschaftlicher Forschung vorschreiben, und die Parteiführung lehnt es ab, autoritativer Schiedsrichter in wissenschaftlichen Meinungsverschiedenheiten zu sein.“<sup>332</sup>

Wenngleich mit der skizzierten Publikation die Debatte um die Produktivkraft der Wissenschaft nicht abgeschlossen war, so diente sie doch dazu, das veränderten Verständnis von Wissenschaft endgültig zu etablieren. Interessant ist, dass die Schrift Kosels dabei nur einmal in einer Fußnote erwähnt wird. Dass das Buch allerdings eine wichtige Bedeutung für die Ausdeutung der Sichtweise auf Wissenschaft durch die Partei einnahm, geht aus einem Bericht über die Leistungstätigkeit am Lehrstuhl für Philosophie des Instituts für Gesell-

---

327 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S.110.

328 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S.151.

329 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S.144.

330 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S.147.

331 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S. 26.

332 Heyden (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft 1963, S. 35.

schaftswissenschaften vom 22. November 1963 hervor: Dort wurde es besonders lobend hervorgehoben.<sup>333</sup>

### **3.3.6 Die Produktivkraft der Wissenschaft als Bestandteil des SED-Wissenschaftsverständnisses**

Die Debatte um die Produktivkraft der Wissenschaft dokumentiert den großen Einfluss der Politik bei der Herausbildung neuer Sichtweisen: Es waren nicht die inneren Einflüsse, die der Denkfigur der Produktivkraft Wissenschaft zum Durchbruch verhelfen, sondern äußere Ereignisse, wie der XXII. Parteitag der KPdSU und der VI. Parteitag der SED sowie der Verabschiedung der jeweiligen Parteiprogramme.

Entstanden aus einer Wiederentdeckung und Neuinterpretation marxistischer Ideen (Kosel), konnte sich die neue Sichtweise so lange nicht durchsetzen, wie er nicht durch die Parteiprogramme und Parteitage von KPdSU und SED politisch legitimiert wurde. Während bei Kosel der Produktivkraftcharakter der Wissenschaft noch als feststehendes Theorem beschrieben wurde, veränderte sich dies im Laufe der Debatte – auch durch die im Parteiprogramm gewählte Formulierung des ‚Werdens‘ der Wissenschaft zur Produktivkraft – hin zu der Auffassung, dass es sich hierbei um Wandlungsprozesse handelt. Damit war der Produktivkraftcharakter der Wissenschaft besser mit dem Prozess der wissenschaftlich-technischen Revolution – als zweitem relevanten Denkgebilde – in Einklang zu bringen.

Die bis zu diesem Zeitpunkt aufgetretenen theoretischen Vorbehalte gegen den Produktivkraftcharakter der Wissenschaft spielten in der Folgediskussion nach der Veröffentlichung des Parteiprogramms keine Rolle mehr; die Debatte verlagerte sich vielmehr dahingehend, dass nicht mehr der Stellenwert der Gesellschaftswissenschaften als Produktivkraft in Frage gestellt wurde, sondern im Gegenteil: ihre Bedeutung als Produktivkraft wurde ausführlich begründet. Hauptcharakteristikum war damit die Frage nach der Planung und Leitung der Gesellschaft, um die sich durch die gesellschaftlichen Veränderungen ergebenden Dynamiken der Wissenschaft auszunutzen, womit die Debatte letztlich darauf hinauslief, den Natur- und Technikwissenschaften zum Aufschwung zu verhelfen, diese Entwicklungen aber mit Hilfe der Gesellschaftswissenschaften zu steuern. Indem der Status der Gesellschaftswissenschaft als Produktivkraft ausführlich begründet wurde, ging es nicht nur um den ideologischen Zugriff auf die Wissenschaft (der ja auch via ‚Überbau‘ möglich gewesen wäre), sondern um den strukturellen und organisatorischen Zugriff auf die Wissenschaften. Damit änderte sich die Art der politischen Indienstnahme von Wis-

---

333 BArch DY 30/IV A 2/9.08/46 (Bericht über die Leistungstätigkeit am Lehrstuhl für Philosophie des Instituts für Gesellschaftswissenschaften, 22.11.1963).

senschaft für die Natur- und Technik- wie auch die Gesellschaftswissenschaften gleichermaßen.

### 3.4 Modernisierungsprozesse und wissenschaftlich-technische Revolution

Anders als bei der Durchsetzung der Sichtweise von der Wissenschaft als Produktivkraft lassen sich bei der Konzipierung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Denken von SED und marxistisch-leninistischen Philosophen nur wenige eindeutige Einschnitte nachzeichnen. Der Grund hierfür ist unter anderem darin zu suchen, dass es lange dauerte, bis sich eine Bezeichnung für die zu beschreibenden Prozesse (wie beispielsweise die Nutzung der Kernenergie und die zunehmende Automatisierung) durchsetzte: Zur Debatte standen die Begriffe der „zweiten industriellen Revolution“, „technische Revolution“ beziehungsweise „wissenschaftlich-technische Revolution“, die anfangs parallel verwendet wurden. Hinzu kam, dass die Praxis der „Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution“ ihrer theoretischen Klärung vorausging.<sup>334</sup>

Bei der Debatte um die wissenschaftlich-technische Revolution handelte es sich um

„Deutungsversuche ökonomisch-gesellschaftlicher Prozesse mit dem Ziel, diese vorausschauend dem gesellschaftspolitischen, planenden Zugriff – unter Wahrung der politischen Grundstruktur – zugänglich zu machen, ohne daß hier [...] insgesamt ein hoher Grad von Verbindlichkeit und innerer Stimmigkeit erreicht worden wäre.“<sup>335</sup>

Dabei kreiste die Debatte um die wissenschaftlich-technische Revolution – ähnlich wie bei der Produktivkraft Wissenschaft – im wesentlichen um fünf Problemkomplexe: Erstens bildete der beschleunigte Fortschritt in den Bereichen Wissenschaft und Technik die Grundlage der Auseinandersetzung, da hiermit auch die Stellung des Menschen im Produktionsprozess Veränderungen ausgesetzt war: Vor allem die Automatisierung schien langfristig ein Ausscheiden des Menschen aus der Produktion zu ermöglichen. Zweitens drückte sich in der Konzipierung der wissenschaftlich-technischen Revolution die Suche nach einem neuen Wissenschaftsverständnis seitens der SED aus, dessen Stellung zum Marxismus-Leninismus geklärt werden musste, wollte man das Primat der Politik nicht gefährden. Drittens unterlagen die sozialistischen Staaten unterschiedlichen industriellen Entwicklungsniveaus mit der Folge, dass man diesbezüglich nur eingeschränkt auf die politischen und theoretischen Debatten der Sowjetunion zurückgreifen konnte. Viertens erforderten die Veränderungen in den Bereichen Wissenschaft und Technik auch Veränderungen in den politischen Strukturen, da zunehmend Expertise und Sachverstand für eine erfolgreiche Planung der Gesellschaft von Nöten waren. Fünftens schließlich zog die wis-

---

334 Zimmermann: Politische Aspekte des Konzepts ‚WTR‘, in: Ludz (Hg.): WTR und industrieller Arbeitsprozess 1976, S. 17-51, S. 35.

335 Zimmermann: Politische Aspekte des Konzepts ‚WTR‘, in: Ludz (Hg.): WTR und industrieller Arbeitsprozess 1976, S. 17-51, S. 18.

senschaftlich-technische Revolution gesellschaftliche Veränderungen nach sich, die in die Struktur der Arbeitsteilung betrafen.<sup>336</sup>

### 3.4.1 Die Debatte über die wissenschaftlich-technische Revolution

Wenngleich seit den ausgehenden 1950er Jahren, wie sich an der Durchsetzung des Konzepts von der Produktivkraft Wissenschaft zeigte, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Gesellschaft reflektiert wurden, setzte sich der Terminus der wissenschaftlich-technischen Revolution im politischen Sprachgebrauch erst mit dem VII. Parteitag der SED durch, auf dem Ulbricht die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution als Hauptaufgabe der Partei proklamierte.

Dieser Etablierung des Begriffs war eine seit Mitte der 1950er Jahre geführte Debatte vorausgegangen, in der es um die „korrekte“ Bezeichnung der vollziehenden Prozesse ging. Die SED lehnte dabei vor allem den Terminus „zweite industrielle Revolution“ ab. Unter dieses Motto hatte nämlich die SPD ihren im Juli 1956 stattfindenden Parteitag gestellt, wo es unter anderem darum ging, die mit der Kernenergie und Automation verbundenen Risiken mit Hilfe demokratischer Institutionen zu kontrollieren. Dies erwies sich für die SED als problematisch, weil damit der vorhandene Vorsprung der Bundesrepublik auf industriellem Gebiet an eine attraktive gesellschaftspolitische Perspektive gekoppelt wurde. Vor allem in Abgrenzung zur SPD wurde dieser Begriff deswegen abgelehnt.

Im Jahr 1958 kam es zu ersten philosophischen Klärungsversuchen. So fragte etwa Horst Jacob in einem Artikel in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie: „Gibt es eine zweite industrielle Revolution?“<sup>337</sup> Hier diskutierte der Autor die Frage, wie die sich in den fortgeschrittenen Industrieländern sich vollziehenden Prozesse des technischen Fortschritts (vor allem Automatisierung und die Nutzung der Kernenergie) zu bezeichnen seien. Jacob griff die zu diesem Zeitpunkt herrschende begriffliche Vielfalt auf („industrielle Umwälzung“, „technische Umwälzung“, „technische Revolution“, „zweite industrielle Revolution“) und kam zu dem Schluss, dass es sich dabei um unterschiedliche Bezeichnungen desselben Prozesses handle. Seine Kritik richtete sich dabei weniger auf den Begriff der Umwälzung beziehungsweise Revolution; die sich vollziehenden Prozesse als Revolution (was er dem schwammigen Begriff der Umwälzung vorzog) zu bezeichnen, finde durchaus seine Berechtigung, so Jacob, denn in Anlehnung an die marxistische Theorie würden damit Veränderungen beschrieben, die die Entstehung neuer Qualitäten nach sich zögen.<sup>338</sup>

---

336 Zimmermann: Politische Aspekte des Konzepts der WTR, in: Ludz (Hg.): WTR und industrieller Arbeitsprozess 1976, S. 17-51, S. 19-26.

337 Jacob: Gibt es eine zweite industrielle Revolution?, in: DZfPh 6 (1958), S. 517-549.

338 Jacob: Gibt es eine zweite industrielle Revolution?, in: DZfPh 6 (1958), S. 517-549, S. 517ff.



Auf Kritik stieß bei Jacob vielmehr das Adjektiv „industriell“. Sein Argument lautete, dass sich die Veränderungen in erster Linie auf die technische Basis der Produktion beziehen würden, das Wort „industriell“ aber eine unzulässige Gleichsetzung der sich vollziehenden Prozesse mit der von Marx und Engels beschriebenen ersten industriellen Revolution suggerieren würde. Deren Verwendung des Terminus der industriellen Revolution würde aber gesellschaftliche, das heißt, ökonomische, soziale und politische Auswirkungen mit benennen, die im vorliegenden Fall jedoch nicht zu beobachten seien. Hierauf aufbauend kam Jacob eigentliches Argument zum Tragen, wenn er darlegte, dass der Begriff der zweiten industriellen Revolution vor allem

„rechtssozialdemokratischen und bürgerlichen Theoretikern in Westdeutschland dazu dient, auch mit dieser begrifflichen Hülle den wirklichen Inhalt und die tatsächlichen gesellschaftlichen Auswirkungen des genannten Prozesses zu verfälschen und zu verschleiern.“<sup>339</sup>

Aus diesem Grund plädierte er „innerhalb des ideologischen Klassenkampfes für die Reinhaltung und für die verstärkte Propagierung unserer marxistisch-leninistischen Theorie.“<sup>340</sup> Damit bestritt Jacob auch die gesellschaftsverändernde Wirkung dieser Prozesse, wenn er argumentierte, dass sich die technische Revolution im Sozialismus wie im Kapitalismus gleichermaßen vollziehen würde und engte den Begriff auf technische Probleme ein.

Dies stieß in einer Replik von Heinrich Vogel auf Jacobs Artikel dann auch auf Widerspruch: 1959 legte dieser, ebenfalls in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie, dar, dass nicht die verwendeten Begriffe problematisch seien, sondern wie man diese fülle. Vogel argumentierte, dass sich durch die technische Revolution sehr wohl ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen ergäben, allerdings nur in der sozialistischen Gesellschaft.

„Umfang und Richtung ihrer Entwicklung‘ [der Entwicklung der Produktionstechnik, V.W.] sind neben anderen nicht allein von ihr, sondern nicht minder von den Produktionsverhältnissen abhängig, unter denen sie sich befinden. [...] Deshalb ist jede technische Revolution notwendig Teil einer industriellen. [...] Wir stehen heute erst am Beginn der technischen Revolution. Sie kann sich im Kapitalismus nicht entfalten, sie kann auch die Produktionsverhältnisse nicht automatisch ‚transformieren‘. Die Technik kann sich nicht allein die Bedingungen ihrer vollen Entfaltung schaffen. Das muß der Mensch tun.“<sup>341</sup>

Damit relativierte Vogel Jacobs Argumentation, worin sich die Ambivalenz der marxistisch-leninistischen Interpretation der sich vollziehenden Prozesse ausdrückte: An sich wurden die Veränderung der wissenschaftlich-technischen Basis der Gesellschaft anerkannt; angesichts dessen, dass sich diese aber ebenso in den westlichen Staaten vollzog, mussten in der DDR sowohl begrifflich als auch interpretatorisch neue Wege beschritten werden.

---

339 Jacob: Gibt es eine zweite industrielle Revolution?, in: DZfPh 6 (1958), S. 517-549, S. 528.

340 Jacob: Gibt es eine zweite industrielle Revolution?, in: DZfPh 6 (1958), S. 517-549, S. 528.

341 Vogel: Kritische Gedanken zu dem Artikel von Horst Jacob, in: DZfPh 7 (1959), S. 867-877.

Die Richtung hierfür gab (wenngleich indirekt) der VI. Parteitag und das Programm der SED vor: Dabei erwiesen sich die Anerkennung der Produktivkraft Wissenschaft im Parteiprogramm der SED und die damit verbundene Aufwertung der Wissenschaft auf der einen Seite sowie das Bekenntnis zum umfassenden Aufbau des Sozialismus und die Etablierung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung für die Herausbildung des Konzepts der wissenschaftlich-technischen Revolution als wichtige Faktoren. Dadurch, dass im Programm beides miteinander verbunden wurde, weil – so die SED – die Produktivkraft der Wissenschaft sich nur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen voll entfalten könne, wurden Wissenschafts- und Gesellschaftsentwicklung als voneinander abhängig interpretiert. Der Aufbau des Sozialismus, so der Tenor des Programms, hing entscheidend von der Wissenschaftsentwicklung ab. Der Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution (beziehungsweise einer der sonstigen Begriffe, die diese Prozesse beschrieben) wurde im Programm allerdings nicht erwähnt. Damit folgte das Programm eher den Thesen Vogels als denen Jacobs, der die sich vollziehenden Prozesse auf den Bereich der Technik eingeeengt hatte.

Einmal mehr waren es philosophische Tagungen, auf denen die Problematik eingehender diskutiert wurde; zwei dieser Veranstaltungen seien an dieser Stelle beispielhaft erwähnt, um die Debatten um die Produktivkraft Wissenschaft und die wissenschaftlich-technische Revolution im Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik zu dokumentieren.

So fand am 3. und 4. September 1964 eine Arbeitsberatung der Fachrichtung Philosophie des Instituts für Marxismus-Leninismus der Universität Rostock statt, die sich mit „Theoretischen Problemen der wissenschaftlich-technischen Revolution“ beschäftigte. Bei seiner Begrüßung hob der Direktor des Instituts, Ulrich Seemann, hervor, dass es sich um eine Arbeitsberatung handle, weil „gerade bei solchen Problemen, die mehr oder weniger im Fluß sind, die mehr oder weniger erst der Ausarbeitung bedürfen“<sup>342</sup> zunächst einmal eine Verständigung zwischen den zahlreichen Fachinstituten sinnvoll sei. Als Hauptredner der Beratung traten Helga Teßmann, Heinrich Vogel, Kurt Teßmann und Heinrich Parthey auf. Die Beratung diente dabei einerseits der begrifflichen Präzisierung, andererseits aber auch der Bestimmung der Inhalte der wissenschaftlich-technischen Revolution

Auf die Beschlüsse des Parteitags aufbauend, fand vom 22. bis zum 24. April 1965 der erste nationale und internationale Philosophiekongress der DDR statt, der unter den Titel „Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution“ stand. Organisiert wurde der Kongress von der Sektion für Philosophie der Deutschen Akademie der

---

342 Seemann: Zur Begrüßung, in: Parthey/Teßmann/Vogel: Theoretische Probleme der WTR 1964, S. 7f, S. 8.

Wissenschaften zu Berlin zusammen mit der Vereinigung Philosophischer Institutionen der DDR. Insgesamt rund 1.000 Teilnehmer aus dem In- und Ausland (unter ihnen nicht nur Philosophen, sondern auch Wissenschaftler anderen Disziplinen sowie führende Politiker wie Kurt Hager und Hannes Hörnig) diskutierten in drei Sektionen 121 Diskussionsbeiträge. Zur Vorbereitung des Kongresses waren bereits in den Heften 2 und 3 der Deutschen Zeitschrift für Philosophie zahlreiche Artikel erschienen, die sich mit der Thematik beschäftigten. Außerdem wurden zur Vorbereitung von der Sektion Philosophie der DAW 24 Thesen erarbeitet, die dort diskutiert wurden. Diese Thesen umfassten fünf Problemkomplexe: Ersten wiesen die Autoren auf die Bedeutung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und die Rolle der wissenschaftlich-technischen Revolution für den Aufbau des Sozialismus hin, der von den marxistischen Gesellschaftswissenschaften zu erforschen sei. Zweitens grenzten sie sich von den Entwicklungen in der Bundesrepublik ab. Drittens betonten sie die Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften, Methoden der Planung und Leitung der Gesellschaft zu entwickeln, wobei sie in diesem Zusammenhang bereits dezidiert auf die Rolle der Kybernetik verwiesen. Viertens konzeptionalisierten sie das Verhältnis von Mensch und Wissenschaft und Technik im Sozialismus und grenzten sich schließlich fünftens vom Wissenschaftsverständnis in der „bürgerlichen Ideologie“ ab.<sup>343</sup>

Der Terminus „wissenschaftlich-technische Revolution“, der sich in der DDR schließlich durchsetzte, geht dabei allerdings nicht auf die Reflexionen zu der Thematik in der DDR zurück, sondern auf das Erscheinen der Übersetzung von John Desmond Bernal's Werk „Science in History“ in der DDR im Jahr 1961. Dabei ist es weniger die Begriffsprägung<sup>344</sup> selber, die der Diskussion in der DDR eine neue Richtung verlieh, sondern vielmehr die Tatsache, dass sich die Reflexionen fortan nicht auf die Rolle der Technik beschränkte, sondern die gesamte Wissenschaft in die Analyse einbezog.

Besonderen Stellenwert nahm in diesem Zusammenhang die Kybernetik ein, wenn es etwa von parteioffizieller Seite, nämlich in der Abschlussansprache Walter Ulbrichts auf dem VII. Parteitag der SED 1967 hieß:

„Der einzige reale Weg zur systematischen schrittweisen Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen ist die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution. [...] Unter sozialistischen Bedingungen stehen hinter den Formeln der Mathematik, hinter den Leitsätzen der Kybernetik die arbeitenden Menschen, ihre materiellen und kulturellen Interessen. Im Sozialismus dient die Wissenschaft dem Volke, wie das Herr Professor Steenbeck eindrucksvoll dargelegt hat. Und wenn – wie das Leben beweist

---

343 Sektion für Philosophie bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften: Die marxistisch-leninistische Philosophie und technische Revolution. Thesen zum Philosophischen Kongreß im April 1965, in: Einheit 9 (1965), S. 133-144.

344 Diesbezüglich weist Laitko darauf hin, dass der Begriff der „scientific-technical revolution“ in der 1954 erschienen ersten Auflage von Bernal's Buch gar nicht auftauchte, sondern erst in der Neuauflage von 1956 verwendet wurde. Relevanter erscheint aber, dass Bernal – wenngleich er ebenfalls keine einheitlichen Begriffe verwendete – versuchte, das neue Phänomen mit vertrauten und vor allem marxistischen Begrifflichkeiten zu beschreiben (Laitko: Wissenschaftlich-technische Revolution, in: Utopie Kreativ 73/74 (1996), S. 33-50, S. 35ff.).

– die Wissenschaft von der Kybernetik hilft, die Arbeitsproduktivität in vielen Fällen beträchtlich zu steigern, dann werden wir uns gerade deshalb so lange und so gründlich in diese neue Wissenschaft hineinknien, bis wir sie vollständig beherrschen.“<sup>345</sup>

### 3.4.2 Der Stellenwert des Konzepts der wissenschaftlich-technischen Revolution

Hubert Laitko hat das Reden von der wissenschaftlich-technischen Revolution als „Schlüsselbegriff des Systemwettstreits“<sup>346</sup> bezeichnet, der sich als Parallelbegriff zur ‚industriellen Revolution‘ herausgebildet habe.<sup>347</sup> Ähnlich argumentieren Hoffmann und Macrakis, wenn sie davon sprechen, dass es sich bei der wissenschaftlich-technischen Revolution um das „Kernstück des historischen Wettbewerbs zwischen Kapitalismus und Sozialismus“<sup>348</sup> gehandelt habe. Die Berufung auf die wissenschaftlich-technische Revolution, die es zu meistern galt, war ein wichtiger Aspekt der Legitimitätsbeschaffung und -erhaltung der Politik: Es ging um das Erreichen des „Welthöchststandes“, der zum Ausweis gesellschaftlicher Leistungsfähigkeit diene. Wissenschaftliche und technische Entwicklungen wurden so zu einem wichtigen Instrument gesellschaftlichen Wandels und damit zu einem Indikator für die politische und staatliche Entwicklung erhoben.<sup>349</sup> Ein derartiges Wissenschafts- und Technikverständnis – so Abele weiter – habe dazu geführt, dass wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit auf Technik reduziert worden sei. Andernorts spricht Abele deswegen davon, dass die Berufung auf die wissenschaftlich-technische Revolution mit einer „technizistischen Ideologie“<sup>350</sup> der SED in den 1960er und 1970er Jahren einhergehe.

Mit dem Konzept der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden war die Diagnose eines epochalen Wandels durch die steigende Bedeutung von Wissenschaft und Technik, der Ost und West gleichermaßen vor große Herausforderungen stellte.<sup>351</sup> Die Argumentationsfigur in der DDR lautete dabei, dass die sozialistische Gesellschaft sich besser auf derartige Herausforderungen einstellen könne, weil sie ihre „spezifisch soziostrukturellen Potenzen (Vorzüge des Sozialismus)“ dafür besser mobilisieren könne und so Anschluss an das Produktionsniveau im Westen finden beziehungsweise dies sogar übertreffen könne.<sup>352</sup> Der Sozialismus, so die Annahme der Politiker, könne sich angesichts seiner Wissenschaftlichkeit (und damit Reflexivität) besser auf die Anforderungen der Moderne

345 Ulbricht: Abschlussansprache auf dem VII. Parteitag, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1963, Bd. 2, S. 318.

346 Laitko: Wissenschaftlich-technische Revolution, in: Utopie Kreativ 73/74 (1996), S. 33.

347 Laitko: Wissenschaftlich-technische Revolution, in: Utopie Kreativ 73/74 (1996), S. 38.

348 Hoffmann/Macrakis: Vorwort, in: dies. (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR 1997, S. 9-15, S. 9.

349 Abele: Großforschung in der DDR, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung 1999, S. 316-338, S. 316.

350 Abele: Innovation, Fortschritt, Geschichte, in: ders./Barkleit/Hänseroth (Hg.): Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen 2001, S. 9-19, S. 10.

351 Während für die DDR in diesem Zusammenhang die Bundesrepublik einen wichtigen Bezugspunkt darstellte, orientierte sich die Wissenschafts- und Technologiepolitik in der BRD vor allem am amerikanischen Vorbild (Szöllösi-Janze: Forschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Markt. Einführung, in: Ritter/dies./Trischler: Antworten auf die amerikanische Herausforderung 1999, S. 43-49).

352 Laitko: Wissenschaftlich-technische Revolution, in: Utopie Kreativ 73/74 (1996), S. 33f.

einstellen, um die wissenschaftlich-technischen Veränderungen des 20. Jahrhunderts zu meistern. Diese Interpretation wandte sich gegen die Auffassung, dass die wissenschaftlichen Entwicklungen autonom verlaufen würden, sondern induzierte vielmehr, dass Fortschritt steuerbar sei.

Charakteristisch an der veränderten Sichtweise, die von Politikern wie Wissenschaftlern gleichermaßen entwickelt und getragen wurde, war, dass er die sich vollziehenden Veränderungsprozesse als qualitativ und – in der Terminologie des Marxismus/Leninismus – mithin als revolutionär deutete. Dies bezog sich in erster Linie auf den Wandel der Produktionsweise, indem maschinelle Steuerungsmethoden an die Stelle des Menschen traten. Durch diese Konzeptualisierung der Prozesse erklärt sich auch ihre Anschlussfähigkeit an den Marxismus/Leninismus, zielte dies doch auf die Befreiung des Menschen aus dem Produktionsprozess und mithin die marxistische Gesellschaftsutopie des Kommunismus ab.<sup>353</sup> In diesem Zusammenhang verwundert die Bedeutung, die der Kybernetik für die Meisterrung der wissenschaftlich-technischen Revolution zugesprochen wurde, in keinsten Weise, sondern erscheint vielmehr als logische Konsequenz angesichts der damaligen wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten: Gelang es – wie Ulbricht auf dem VII. Parteitag gefordert hatte – sich in diese „hineinzuknien“ und sie handhabbar zu machen, konnte der Wandel der Produktionsweise langfristig gelingen.

So ging es in der DDR dann auch weniger um ein wirklich fundiertes theoretisches Konzept der wissenschaftlich-technischen Revolution, sondern in erster Linie um ihre Anwendbarkeit und die Optimierung der Wissenschafts- und Forschungsplanung. Anders als etwa Radovan Richta, damaliger Direktor des Instituts für Philosophie und Soziologie der Wissenschaften, der auf einer reflexiv-theoretischen Ebene die (durchaus kritische) Schlussfolgerung zog, dass den Herausforderungen der Moderne nur mit einer einem dynamischen und flexiblen Wissenschaftssystem beizukommen sei, war die Debatte in der DDR eher auf wissenschaftspolitischen Pragmatismus ausgerichtet. Eine wirkliche Wissenschaftsforschung (Wissenschaftswissenschaft) etablierte sich hier erst in den frühen 1970er Jahren, doch zweifelsohne begünstigte die Konzepte von der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Produktivkraft Wissenschaft die Etablierung beziehungsweise Konsolidierung von Disziplinen wie etwa die Philosophie der Naturwissenschaften oder aber Planungswissenschaften wie Systemtheorie und Kybernetik.

Es greift deswegen zu kurz, die wissenschaftlich-technische Revolution vor allem als rhetorische Strategie der SED zu interpretieren, die eine „technokratische ‚Ersatzprogrammattik‘“ darstellte, um den Marxismus-Leninismus zu ergänzen und die „gleichsam die Lö-

---

353 Laitko: Wissenschaftlich-technische Revolution, in: Utopie Kreativ 73/74 (1996), S. 37f.

sung der Detailfragen der Herkunft des guten Lebens an kooptierte Experten“ verwiesen habe.<sup>354</sup> Weiter führt Meuschel aus:

„Die Argumentationsfigur der ‚wissenschaftlich-technischen Revolution‘ suggerierte, politisch-ideologische Standards und bürokratische Maßstäbe durch Wissenschaftlichkeit, Modernität, Kreativität und Verantwortlichkeit zu korrigieren, wenn nicht gar abzulösen.“<sup>355</sup>

Wenn Meuschel davon spricht, das Reden von der wissenschaftlich-technischen Revolution würde die gesteigerte Wissenschaftlichkeit lediglich suggerieren, impliziert dies zugleich die Annahme, hier habe eine politische Beeinflussung stattgefunden, die in der Realität keine Entsprechung fand, weil wissenschaftliche Erkenntnisse und Expertise letztlich keinen Einfluss auf die Politik gehabt habe. Am Beispiel der Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik lässt sich aber zeigen, dass es sich keineswegs um einen eindimensionalen Prozess politischer Steuerung handelte, sondern auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Nutzen daraus ziehen konnten und unterschiedliche Disziplinen einen teilweise rasanten Aufschwung erlebten. Wissenschaftler waren an den skizzierten Aushandlungsprozessen durchweg beteiligt und profitierten von der neuen politischen Linie. Hiermit veränderte sich auch das Wissenschaftsverständnis der SED und der Wissenschaftler, wie Malycha richtig analysiert. Dies aber allein auf einen Generationswechsel unter den Wissenschaftlern zurückzuführen und als die steigende „Parteilichkeit“ der Wissenschaftler zu interpretieren, ist unzutreffend und verkennt die Eigendynamik und die kognitive Bedeutung des Konzeptes von der wissenschaftlich-technischen Revolution.<sup>356</sup>

### 3.5 Zwischenfazit: Der sozialistische Weg in die Wissensgesellschaft

Zahlreiche Autoren haben die Bedeutung der skizzierten Konzepte von der Produktivkraft Wissenschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution für alle Bereiche der Wissenschaft, das heißt, die unterschiedlichen Disziplinen ebenso wie die Institutionen<sup>357</sup>, die Wissenschaftspolitik<sup>358</sup> und die Gründung von Expertenkommissionen<sup>359</sup> herausgestellt. So waren die Konzepte von der Wissenschaft als Produktivkraft und der wissenschaftlich-technischen Revolution auch denkstilprägend für Kybernetik und Systemtheorie, da sie einen wichtigen Bezugspunkt für die Etablierung des systemischen Denkens als wissenschaftliche Tatsache darstellten. Ein Beispiel hierfür ist eine von der Kybernetik-Kommission der DAW im Oktober 1962 veranstaltete Tagung zur „Bedeutung der Kyber-

---

354 Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft 1992, S. 130f.

355 Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft 1992, S. 132.

356 Malycha: Geplante Wissenschaft 2003, S. 85.

357 Nötzoldt: Sozialistische Forschungsakademie, in: Hoffmann/ Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR 1997, S. 125-146, S. 141 sowie ders.: DAW in Gesellschaft und Politik, in: Kocka (Hg.): Die Berliner Akademien 2002, S. 29-80, S. 65.

358 Abele: Modernisierung der Industriegesellschaft 2003, S. 176.

359 Steiner: Politikberatung in der DDR?, in: Fisch/Rudloff (Hg.): Experten und Politik 2004, S. 101-125.

netik für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft in der DDR“, die unter der Überschrift „Produktivkraft Wissenschaft“ stand.

Überspitzt formuliert kann man die spezifische Art und Weise, in der der Zusammenhang zwischen Wissenschaft, Technik und Gesellschaft in der DDR als gesellschaftspolitisches Ziel konzeptionalisiert und hiervor ausgehend in der gesellschaftswissenschaftlichen Debatte hinsichtlich einer theoretischen Modernisierung des marxistisch-leninistischen Wissenschaftsverständnisses reflektiert wurde, als Ausgangspunkt für eine sozialistische Konzeptualisierung der Wissensgesellschaft interpretieren. Sie ist Ausgangspunkt und Ausdruck der für die Wissensgesellschaft charakteristischen Verwissenschaftlichung der Politik beziehungsweise die Politisierung der Wissenschaft, die auf „sozialistische Art und Weise“ – nämlich mit Bezug auf den Produktivkraft- und Revolutionsbegriff – erfolgte.

Der Verweis auf die Nützlichkeit der Wissenschaft ist dabei zunächst keine Besonderheit des 20. Jahrhunderts. Spezifisch war aber – und damit muss die These von Renate Mayntz, dass die „Betrachtung von Wissenschaft als Produktivkraft [...] kein Spezifikum der DDR [...] bzw. allgemeiner, staatssozialistischer Regime“<sup>360</sup> gewesen sei, relativiert werden – ihre Verbindung mit der Ideologie des Marxismus/Leninismus in der DDR, die sich mit Verweis auf den Produktivkraft-Begriff durch eine Gleichsetzung von wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Fortschritt auszeichnete. Der Schlüssel zu gesellschaftlichem Fortschritt war die Planung und Steuerung der Wissenschaft durch die Staats- und Parteiführung. Das veränderte Wissenschaftsverständnis der SED und der Bezug auf die Konzepte der Produktivkraft Wissenschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution ging einher mit einem veränderten Begriff von Fortschritt, wie Martin Sabrow herausgearbeitet hat: In den 1960er Jahren sei der Glaube an die Kraft des Sozialismus (die Sabrow als „utopische[n] Allmachtsglaube[n]“ (S. 173) charakterisiert) einer wissenschaftlich begründeten Basis des Planbarkeit des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts gewichen.<sup>361</sup>

„In den sechziger Jahren tauschte das Fortschrittsparadigma seinen vorwärtsstürmenden Gehalt und seinen pathetischen Schwung zunehmend gegen eine wissenschaftliche Aura ein. Unmerklich verlor der Fortschritt seine utopische Kraft und wandelte sie in die wissenschaftlich beglaubigte Sicherheit einer gesetzlich voranschreitenden Entwicklung um. Parallel mit dem Siegeszug des kybernetischen Modells wurde der Fortschritt gleichsam gezähmt und technokratisch umgeformt zu einem Vorwärtsschreiten, das als ‚planmäßig, kontinuierlich, harmonisch, unerschöpflich‘ imaginiert wurde und sich mit der Erarbeitung einer wissenschaftlichen Prognostik verband.“<sup>362</sup>

Dies bedeutete auch, die Nützlichkeit der Gesellschaftswissenschaften anzuerkennen, deren Aufgabe in der zum einen in der Integration der Konzepte in die marxistisch-leninistische

---

360 Mayntz: Die Akademie als Produktivkraft, in: Kocka u.a. (Hg.): Die Berliner Akademien 2002, S. 191.

361 Sabrow: Zukunftspathos als Legitimationsressource, in: Haupt/Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 165-184.

362 Sabrow: Zukunftspathos als Legitimationsressource, in: Haupt/Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 165-184, S. 178.

Philosophie sowie zum anderen in der Organisation und Planung von Wissenschaft bestand und somit den Ausgangspunkt für die seit den späten 1960er Jahren erfolgte Etablierung einer reflexiven Wissenschaftsforschung in Form der Wissenschaftswissenschaft darstellte.

Betrachtet man diese hier nur in Ansätzen skizzierten Entwicklungen eines veränderten Wissenschaftsverständnisses in der DDR, so erscheint es durchaus angemessen, die Bedeutung, die Wissenschaft und Technik seitens der SED zugesprochen wurde, als den historischen Kontext aufzufassen, in dem sich die Herausbildung einer sozialistischen Variante der Wissensgesellschaft vollzog. Der grundlegende Unterschied zwischen der DDR und den westlichen Konzeptionalisierungen der Wissensgesellschaft besteht allerdings darin, dass es in der DDR zu einem politischen Ziel erhoben wurde, dem Stellenwert der Produktivkraft Wissenschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution Beachtung zu schenken, während das Konzept der Wissensgesellschaft im Westen dazu diente, aus theoretischer Perspektive eine Entwicklung zu beschreiben. Aus diesem Grund lassen sich auch nicht alle Aspekte der zeitgenössischen soziologischen Konzeption der Wissensgesellschaft auf die DDR übertragen: Differenzen zwischen der Ost- und Westvariante der Wissensgesellschaft zeigen sich etwa in den Bereichen Öffentlichkeit und Recht, die im Westen sehr viel stärker an die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft gebunden waren. Öffentlichkeit existierte in der DDR in erster Linie als Teilöffentlichkeit oder Nischenöffentlichkeit, Jörg Requate spricht von der „Nicht-Existenz autonomer Öffentlichkeitsstrukturen“<sup>363</sup>, was zur Folge habe, dass es gelenkte oder inszenierte Öffentlichkeiten gegeben habe. An die Stelle eines allen zugänglichen Diskurses treten Teilöffentlichkeiten, wie beispielsweise wissenschaftliche Kolloquien oder Tagungen.

Die historische Kontextualisierung des Konzepts der Wissensgesellschaft in der DDR der 1950er Jahre zeigt jedoch, dass vor allem die strukturelle Kopplung von Wissenschaft und Politik ein grundlegender Bestandteil der ‚sozialistischen Wissensgesellschaft‘ war. Mit Hilfe der Kategorien Ashs und Weingarts soll im folgenden Kapitel die von Reinhardt geforderte Dekontextualisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik erfolgen und dargelegt werden, mit Hilfe welcher strukturellen Maßnahmen die Verwissenschaftlichung der Politik und die Politisierung der Wissenschaft erfolgte.

---

363 Requate, Jörg: Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: GG 25 (1999), S. 5-32, S. 26.



#### 4. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR: Strukturelle Rahmenbedingungen

„Schließlich wird gesagt, daß das Prinzip der Parteilichkeit der Wissenschaft widerspreche, weil die Wissenschaft voraussetzungslos sei und sich daher vor einer weltanschaulichen Bindung hüten müsse. Aber dies ist eine Illusion. Jeder Wissenschaftler weiß, daß die Tätigkeit des Forschers nicht nur an seine persönlichen Eigenschaften und Eigenheiten geknüpft ist [...]. Sie ist auch an sehr konkrete gesellschaftliche Bedingungen geknüpft und wird nicht in einem luftleeren Raum betrieben.“<sup>364</sup>

Die zitierte Äußerung stammt von Kurt Hager, ab 1952 Leiter der Abteilung Wissenschaft beim Zentralkomitee der SED. Nachdem Hager 1948 an der Parteihochschule Kleinmachnow einen einjährigen Dozentenlehrgang absolviert hatte, wurde er an die Humboldt-Universität Berlin zum Professor für Dialektischen und Historischen Materialismus berufen. Spätestens seit der Aufnahme seiner Tätigkeit als Leiter der Ideologischen Kommission beim Politbüro im Jahr 1963 galt er als Chefideologe der Partei. Als solcher widmete er sich mit besonderem Interesse dem Verhältnis von Wissenschaft und Ideologie im DDR-Sozialismus. Hager war maßgeblich an den strukturellen Veränderungen des Wissenschaftssystems in der SBZ/DDR beteiligt und bestimmte die politische Linie in Bezug auf das Verhältnis der SED zur Wissenschaft entscheidend mit.

Wie die SED die gesellschaftlichen Bedingungen von Wissenschaft umgestaltete, beziehungsweise – um in der Metapher des Eingangszitats zu bleiben – den luftleeren Raum mit Inhalt füllte, habe ich im vorherigen Kapitel gezeigt. Mit dem konstatierten Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ist bereits eine wichtige Grundposition der SED genannt, die nicht ohne Auswirkungen auf das System Wissenschaft blieb. Die intellektuellen Dimensionen dieser Haltung spiegeln sich in dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik und dem geistigen Klima der DDR wider. Doch flankiert wurde dies durch strukturelle Maßnahmen, die das Wissenschaftssystem der DDR nachhaltig veränderten.

Das enorme politische Interesse, welches der Wissenschaft seitens der SED vor allem in den späten 1950er und 1960er Jahren entgegen gebracht wurde, hatte unterschiedliche Gründe. Der Mangel an Rohstoffen und Industrie in der SBZ/DDR sollte durch wissenschaftliche und technische Entwicklungen aufgefangen werden, denn diese galten als Garant zukünftiger wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Ebenso wichtig wie die Wiederherstellung wissenschaftlicher Forschungsinstitutionen war die Schaffung einer neuen, politisch opportunen Funktionselite im Bildungssystem sowie in Exekutive und Judikative.

Dabei praktizierte die SED einen differenzierten Umgang mit den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen: Während die Natur- und Technikwissenschaften in weiten

---

364 Hager: Wissenschaft und Weltanschauung, in: Die Einheit 13 (1958), Heft 1, S. 32-50, S. 50.

Teilen von „pragmatisch bedingter Kontinuität“<sup>365</sup> geprägt waren, kam es in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zu stärkeren Politisierungen. Vor allem bezogen auf die Philosophie kann man von einem unmittelbaren Wechselverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik sprechen; teilweise lässt sich die Politik sogar als exoterischer Kreis des philosophischen Denkkollektivs interpretieren, indem die Politik die Philosophie sie gewissermaßen als Legitimationsdisziplin für das sozialistische Staats- und Gesellschaftsmodell nutzte.

In diesem Sinne verstand die SED die Wissenschaft in zweifacher Hinsicht als Schlüssel für die notwendige Modernisierung: Einerseits zur Wiederherstellung und zum Ausbau wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit mit Bezug auf neue Schlüsselindustrien und -technologien, andererseits diente Wissenschaft auch der gesellschaftlichen Modernisierung, wenn sie, wie die Philosophie, das sozialistische Staats- und Gesellschaftsmodell legitimieren konnte und sollte. Von daher scheint es angemessen, die DDR als eine moderne Diktatur zu bezeichnen, deren Wissenschafts- und Forschungspolitik verbunden mit einem Wissenschaftsverständnis, das sich – wie in Kapitel 3 gezeigt – an den Stichworten der ‚Produktivkraft Wissenschaft‘ und der ‚wissenschaftlich-technischen Revolution‘ orientierte und auf die Schaffung einer anderen, „sozialistisch-technokratischen Moderne“<sup>366</sup> ausgerichtet war. Dies bedeutet auch, die immer noch häufig in der Forschung zu findenden, totalitarismustheoretisch inspirierten Arbeiten zum Wissenschaftssystem der DDR kritisch zu hinterfragen.<sup>367</sup>

Wie sich Wissenschaftsorganisation und Forschungsplanung in der DDR gestalteten und was diesen Handlungstypus (vgl. Kapitel 2: Tabelle 1) kennzeichnete, wird Gegenstand des ersten Teils dieses Kapitels sein. Im Laufe der vierzig Jahre DDR-Geschichte gab es Akzentverschiebungen im Bereich von Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung, welche jeweils sehr unterschiedliche Auswirkungen auf das System Wissenschaft hatten. Diese Akzentverschiebungen sollen im Folgenden skizziert werden, wobei sich die Darstellung vor allem auf die 1960er Jahre, welche die Hochphase der Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik bildeten, fokussiert: Eingangs werden deswegen die vier, sich im Wesentlichen an der politischen Ereignisgeschichte orientierenden Phasen der Wissenschaftsent-

---

365 Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik 2002, S. 32-51, S. 44.

366 Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik 2002, S. 32-51, S. 45; ders.: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR 1997.

367 Zur Geschichte des Totalitarismuskonzepts vgl. Rabinbach: Begriffe aus dem Kalten Krieg 2009. Eine Kritik totalitarismustheoretischer Positionen findet sich bei Wippermann: Dämonisierung durch Vergleich 2009, besonders S. 14-44. Wippermann lehnt vor allem die „im Zeichen der Totalitarismuskonzepts stehende DDR-Forschung innerhalb der damaligen Geschichts- und Politikwissenschaft [der BRD der 1960er Jahre, V.W.]“ ab, die zwar ein „Mauerblümchendasein“ gefristet habe, der er aber gleichwohl eine „unverkennbar[ ] politisch-propagandistische[ ] Funktion“ (S. 42) zuspricht. Als Gegenkonzept skizziert er die vor allem von Peter Christian Ludz und Hartmut Zimmermann verfolgten konvergenztheoretischen Ansätze der frühen 1970er Jahre, die von einer allmählichen Angleichung der westlichen und östlichen Systeme ausgingen. Wippermann bewertet diesen Ansatz jedoch ebenfalls als problematisch, weil die Forschung „vom Westen aus und ohne Zugang zu internen Informationen und selbst Quellen betrieben wurde und werden musste.“ (S. 43)

wicklung der DDR in chronologischer Abfolge dargelegt. Weiterhin wird es – basierend auf dem aktuellen Stand der Forschung – um die Herausarbeitung der strukturellen Maßnahmen, die die SED ergriff, um ihren Einfluss auf das Wissenschaftssystem zu sichern, gehen. Die folgenden Kapitel behandeln die in diesem Zusammenhang wichtigen strukturellen Veränderungen, etwa die Wirtschafts-, Akademie- und Hochschulreform(en). Schließlich werden unter dem Stichwort des Elitenwandels die Auswirkungen der SED-Politik auf die Akteure des Wissenschaftssystems, also die Denkkollektive, besonders betrachtet werden. Während somit in Kapitel drei der Fokus auf dem Wissenschaftsverständnis der SED lag, werden im nachfolgenden Teil dieser Arbeit die konkreten wissenschaftspolitischen Maßnahmen der SED Gegenstand der Betrachtung sein. Diese stellen den Hintergrund für das Verständnis der Etablierung des systemischen Denkstils in der DDR dar, weil erst so verständlich wird, von welchen Ressourcen die Mitglieder des systemischen Denkstils profitieren konnten, aber auch, welche Ressourcen sie (etwa in Form von wissenschaftlicher Politikberatung) für die Politik bereitstellten.

Fleck hat verschiedentlich auf die Bedeutung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für die Entstehung neuer wissenschaftlicher Tatsachen hingewiesen. Diese Rahmenbedingungen sollen im Folgenden mit dem Ziel herausgearbeitet werden, das Bild einer einseitigen politischen Steuerung der Wissenschaft zu relativieren und zu kontextualisieren, indem die Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflussnahme ausgelotet werden. Darüber hinaus lässt sich erst vor dem Hintergrund der strukturellen Bedingungen von Wissenschaft und Wissenschaftspolitik in der DDR ein differenziertes Bild des systemischen Denkkollektivs zeichnen: Die strukturellen und wissenschaftspolitischen Interventionen der SED tragen einerseits dazu bei zu verdeutlichen, warum und mit welchem Ziel die Politik die Etablierung des systemischen Denkens förderte. Andererseits sind sie aufschlussreich für das Verständnis des systemischen Denkkollektivs, weil sie die Grundlage für die Zusammensetzung und institutionelle Anbindung der Denkkollektive darstellen und auf diese Weise zu einer wichtigen Grundlage der Etablierung des systemischen Denkstils als neue wissenschaftliche Tatsache werden.

Da der systemische Denkstil in der DDR maßgeblich von Philosophen aufgegriffen und etabliert wurde, wird nach der Schilderung der allgemeinen wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen (Kapitel 4.1) im zweiten Teil von Kapitel vier die Disziplin Philosophie beziehungsweise die Philosophie der Naturwissenschaften im Zentrum der Darstellung stehen. Hintergrund ist, dass vor allem für die Philosophie in der DDR oftmals eine besondere Nähe zur Politik konstatiert wird. Der differenzierte Blick auf die Disziplin soll dazu dienen, die Analyse des systemischen Denkstils in der DDR im Rahmen ihrer ‚Ursprungs-

disziplin' zu kontextualisieren, um die ‚Sonderstellung‘ der Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik bewerten zu können.

#### 4.1 Politische Steuerung der Wissenschaft?

Die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR ist in der Vergangenheit wiederholt gestellt worden: Kann man für die DDR von einer Steuerung der Wissenschaft durch die Politik sprechen oder verweist besonders das Funktionssystem Wissenschaft und die ihm eigenen Dynamiken auf die „Grenzen der Diktatur“<sup>368</sup>? Jürgen Kocka fasst die Problematik wie folgt zusammen:

„Zweifellos ging die Verwischung der Abgrenzungslinien zwischen Politik und Wissenschaft sehr weit. Nach dem marxistisch-leninistischen Selbstverständnis stellten beide eine dialektische Einheit dar. Auch in der Realität befanden sie sich in einem engen, sich gegenseitig durchdringenden Verhältnis, jedoch mit letztinstanzlicher Steuerungsdominanz der Politik. Ein hohes Maß an Politisierung fand statt.“<sup>369</sup>

Das von Kocka konstatierte hohe Maß an Politisierung muss jedoch sowohl in synchroner als auch in diachroner Perspektive deutlich differenziert werden: So existierten etwa große Unterschiede zwischen den einzelnen Disziplinen (Natur- und Technikwissenschaften zum Beispiel waren aufgrund der technokratischen Unschuldsvermutung<sup>370</sup> weit weniger betroffen als staatstragende Disziplinen wie die Rechtswissenschaft), aber auch bezogen auf die vierzigjährige Geschichte der DDR gab es Phasen, in denen die Politisierung stärker war als in anderen.

Zudem ergaben sich aus dem skizzierten Anspruch der Partei- und Staatsführung Spannungsfelder, die nicht ohne weiteres mit der These der weitgehenden Steuerung der Wissenschaft in der DDR in Einklang zu bringen sind beziehungsweise zumindest nahe legen, diese These empirischer Überprüfung zu unterziehen:

1. **Verwischung der Grenzen:** Die „Durchherrschaft“ beziehungsweise Steuerung der Gesellschaft setzte voraus, die Bevölkerung in die Herrschaftsmaschinerie einzubeziehen. Damit wurde die Bevölkerung aber Teil des Apparates und die Grenzen zwischen Herrschaftsinstanzen und Gesellschaft verwischten,<sup>371</sup> was wiederum Auswirkungen auf die Sozialstruktur wissenschaftlicher Eliten besaß.
2. **Das Spannungsfeld zwischen struktureller Kontrolle und wissenschaftlicher Kooperation:** Die SED besaß zwar organisatorischen Zugriff auf die Hochschulen und die Akademie der Wissenschaften (AdW), für die Etablierung eines funktionstüch-

---

368 Bessel/Jessen: Die Grenzen der Diktatur, Göttingen 1996.

369 Kocka, Jürgen: Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Kocka/Mayntz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung 1998, S. 435-459, S. 454.

370 Zur Frage der technokratischen Unschuld vgl. dazu: Ash: Wissenschaftswandel in Zeiten politischer Umwälzungen 1995.

371 Bessel/Jessen: Einleitung, in: dies. (Hg.): Die Grenzen der Diktatur 1996, S. 7-23, S. 15.

tigen Wissenschaftssystem war sie aber auf die Kooperation der beteiligten Wissenschaftler angewiesen.

3. **Inhaltliche Steuerung der Wissenschaft im Spannungsfeld zum Mangel an Akademikerinnen und Akademikern:** Obwohl die von der SED durchgeführten Hochschulreformen die Lehr- und Forschungsfreiheit der Wissenschaftler an den Hochschulen verringerten, ermöglichte die Hochschulzugangspolitik zugleich sehr viel mehr Menschen – vor allem aus den „Arbeiter- und Bauern“-Schichten –, ein Hochschulstudium aufzunehmen.
4. **Forschungsfreiheit und politischer Geltungsanspruch im Spannungsfeld:** Die Partei- und Staatsführung musste einen Umgang mit dem Dilemma finden, einerseits die Wissenschaft steuern zu wollen, andererseits aber auf innovative Forschungsergebnisse angewiesen zu sein. Dies führte zu zahlreichen ‚Nischen‘ für wissenschaftliche Forschung, vor allem an der Akademie der Wissenschaften.

Eng verknüpft mit der Frage nach dem jeweiligen Steuerungsgrad der Wissenschaft durch die Politik ist das Problem der Differenzierung beziehungsweise Entdifferenzierung des Wissenschaftssystems und damit nach der Modernität der DDR. Mitchell Ash hat herausgestellt, dass es vor allem bezogen auf das Wissenschaftssystem der DDR schwierig ist, von ‚Entdifferenzierung‘ zu sprechen, wenn man etwa den hohen Grad der Differenzierung in Forschung und Lehre betrachtet.<sup>372</sup> Vielmehr schlägt er anstelle des modernisierungstheoretischen Vokabulars vor, die Wissenschaftsgeschichte der DDR in vier große Phasen einzuteilen, in denen es jeweils zu Verschiebungen in den Ressourcenensembles von Wissenschaft und Politik kam.

#### 4.1.1 Phasen der Wissenschaftsentwicklung in der DDR

Die strukturellen Maßnahmen der SED zur Umgestaltung des Wissenschaftssystems nach 1945, die zu unterscheiden sind von den inhaltlichen Ideologisierungsversuchen der Partei (vgl. dazu Kapitel 4.1.2) – lassen sich nach Mitchell Ash in vier Phasen einteilen, die im Wesentlichen mit den Einschnitten der politischen Ereignisgeschichte korrespondieren.<sup>373</sup>

---

372 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1995, S. 1-25, S. 4. In der Forschung ist die Frage der Differenzierung/Entdifferenzierung der gesellschaftlichen Subsysteme in der DDR nicht eindeutig beantwortet. Bessel und Jessen etwa weisen darauf hin, dass es zu einer „fortschreitenden institutionellen Fusionierung und Zentralisierung“ (Bessel/Jessen: Einleitung, in: dies. (Hg.): Die Grenzen der Diktatur 1996, S. 7-23, S. 8) kam, die sogar den Grad der Zentralisierung der Nationalsozialisten übertroffen habe. Da meines Erachtens im Hochschulsystem aber die Differenzierungsmomente überwiegen, schließe ich mich dem Ansatz von Ash an.

373 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1995, S. 1-25.

### **1. Phase: Wiederaufbau und Entnazifizierung: 1945-1951**

Die Zeit zwischen 1945 und 1951 war vor allem geprägt von Wiederaufbau, Entnazifizierung und Demokratisierung des Hochschulsystems. Im Zuge der Reparationsleistungen an die Alliierten kam es zur Demontage ganzer Forschungsanlagen, die samt ihrer Forschungsteams in die Sowjetunion und teilweise in die Vereinigten Staaten überführt wurden. Von diesen ‚intellektuellen Reparationen‘, die für die SBZ einen enormen Verlust apparativer und intellektueller Ressourcen bedeutete, waren in erster Linie Naturwissenschaftler und Ingenieure betroffen: 1.900 Forscher ehemaliger Kaiser-Wilhelm-Institute – vorrangig aus der Flugzeugindustrie – mussten seit Oktober 1946 fortan in der UdSSR forschen. Zudem nahmen die Amerikaner bereits 1945 einige Hundert Chemiker und Naturwissenschaftler aus der SBZ in die USA mit.<sup>374</sup>

Darüber hinaus strebte die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, der von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Aufgabe der Entnazifizierung der Hochschulen übertragen worden war, die Entlassung aller ehemaliger Mitglieder der NSDAP an, die zwar zunächst flächendeckend durchgeführt, vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern alsbald wieder zurückgenommen wurde, um die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit in der SBZ nicht zu gefährden. Bereits ab Ende der 1940er Jahre kam es aus diesem Grund zu zahlreichen Wiedereinstellungen, was dazu führte, dass im Jahr 1954 der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder unter den Professoren in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten bei über 30 Prozent, in den Technikwissenschaften bei knapp 42 Prozent und in der Medizin sogar bei fast 46 Prozent lag, während an den Philosophischen Fakultäten nur 11 Prozent und in den Gesellschaftswissenschaften etwa 17 Prozent der Professoren Mitglieder der NSDAP gewesen waren.<sup>375</sup> Der Anteil der insgesamt an den Universitäten beschäftigten Professoren, die der NSDAP angehört hatten, ist dabei zwischen 1951 und 1954 von 20,1 auf 28,4 Prozent gestiegen. Vor allem im Nachhinein wurden die skizzierten Maßnahmen der Entnazifizierung und Demokratisierung als Erste Hochschulreform bezeichnet.

---

374 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1995, S. 1-25, S. 6f. Die Rekrutierung deutscher Wissenschaftler seitens der USA ist unter dem ‚Project Paperclip‘ bekannt (vgl. hierzu Bower: Verschwörung Paperclip 1988; Hunt: Secret Agenda 1991).

375 Zu den Zahlen vgl. Jessen: Tabelle C a: Der Lehrkörper der Universitäten 1951 und Tabelle C b: Der Lehrkörper der wissenschaftlichen Hochschulen 1954, in: ders.: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999, S. 463-472.

## **2. Phase: Sturm auf die Festung Wissenschaft: 1951-1961**

Ab 1951 erfolgte unter dem Motto „...Sturm auf die Festung Wissenschaft!“ der Versuch, die wissenschaftlichen Organisationen nach sowjetischem Vorbild umzugestalten. Die hierzu durchgeführte, aber erst seit Ende der 1960er Jahre so bezeichnete Zweite Hochschulreform beinhaltete eine Verschulung des Studiums, die unter anderem dazu führte, dass für alle Studierenden ein gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium sowie Russischunterricht verpflichtend wurden.<sup>376</sup>

In dieser zweiten Phase begann die SED, gezielte Wissenschaftspolitik zu betreiben und die Wissenschaft in die sich verschärfende Systemkonfrontation mit einzubeziehen. Der erste Fünfjahresplan diente dabei der mittelfristigen Planung wissenschaftlicher Forschung. Dies verschob das Verhältnis von Wissenschaft und Politik: Die zuvor noch geduldete Forschungsfreiheit, die den Wissenschaftlern zugestanden worden war, wurde durch die Orientierung am Plan eingeschränkt, der fortan durch den Bezug zwischen Wissenschaft und Wirtschaft auch die wissenschaftlichen Probleme vorgab.<sup>377</sup> Die SED übernahm mit diesem wissenschaftspolitischen Kurswechsel die Kontrolle über Ressourcen, Institutionen, Publikationen, Verlage sowie universitäre Mitwirkungsgremien.<sup>378</sup> Durch die Schaffung von jeweils vier Prorektoraten an den Universitäten (für das gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium, für Forschungsangelegenheiten, für die wissenschaftliche Aspirantur und für Studentenangelegenheiten), die vom Staatssekretariat besetzt und damit dem Einfluss der universitären Mitwirkungsgremien entzogen wurden, sicherte sich die SED politischen Einfluss auf die Nachwuchsrekrutierung.<sup>379</sup> Zugleich war es das Bestreben der SED, die vormals bildungsbürgerlichen Universitäten zu ‚Arbeiter- und Bauernuniversitäten‘ umzugestalten und insbesondere dem Proletariat den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen. Darüber hinaus sollte beispielsweise mit der Akademie der Wissenschaften der DDR eine Forschungsinstitution für Spitzenforschung etabliert werden, die vor allem auf Anwendungsforschung und technische Entwicklungen fokussiert war (vgl. dazu Kapitel 4.1.4).

Diese Phase war geprägt von der Problematik, dass die SED auf der einen Seite die sowjetischen Zielvorgaben durchsetzen wollte, auf der anderen Seite aber die so genannten ‚bürgerlichen Wissenschaftler‘ aufgrund der knappen Personaldecke im Bereich der Spit-

---

376 Connelly: Humboldt im Staatsdienst, in: Ash (Hg.): Mythos Humboldt 1997, S. 80-104, S. 86; Laitko: Umstrukturierung statt Neugründung, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 21 (1998), S. 143-158, S. 145.

377 Malycha: Geplante Wissenschaft 2003, S. 63ff.

378 Förtsch: Wissenschafts- und Technologiepolitik in: Hoffmann/Macraakis (Hg.): Naturwissenschaften und Technik in der DDR 1997, S. 17-33, S. 28.

379 Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999, S. 178.

zenforschung von einer Abwanderung in den Westen abgehalten werden mussten.<sup>380</sup> Dies gelang vor allem durch monetäre Privilegierung wie Sonderzuweisungen, erhöhte Gehälter und bessere Wohnungen. Zwar konnten sich die meisten Wissenschaftler den Erfordernissen, welche die Umstellung des Wirtschaftssystems auf eine Planwirtschaft mit sich brachte, nicht vollständig entziehen, doch angesichts der finanziellen Bevorzugung gelang es vielen – vor allem an der Akademie – eigene Forschungsbereiche aufzubauen und sich dort Macht und Einfluss zu sichern.<sup>381</sup> Darüber hinaus kehrten seit 1952 die ersten Wissenschaftler aus der Sowjetunion zurück. Ihnen wurde seitens der SED große Aufmerksamkeit geschenkt und viele erhielten Schlüsselstellungen an Akademieinstituten, etwa die Physiker Peter Adolf Thiessen<sup>382</sup> und Max Steenbeck.<sup>383</sup> Als erster Vorsitzender des 1957 gegründeten Forschungsrates erhielt Thiessen zudem eine wichtige Rolle in der wissenschaftlichen Politikberatung (s.u.).

Ende der 1950er Jahre gestalteten sich vor allem die ökonomischen Rahmenbedingungen in der DDR zunehmend schwierig: Die Probleme der DDR-Planwirtschaft Ende der 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre hatten zur Folge, dass Partei- und Staatsführung Mittel und Wege finden mussten, vor dem Hintergrund von Ressourcenknappheit, relativ geringem Kapital, Bodenreform, veralteter Infrastruktur und Fachkräftemangel einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Angesichts seiner Lage und Situation war Deutschland besonders in die Blockkonfrontation einbezogen, was zu einer Verstärkung der Konkurrenz zwischen DDR und BRD führte. Dabei stellten sich allerdings die Ausgangsbedingungen der DDR wesentlich schlechter dar: Die BRD war wirtschaftlich deutlich leistungsfähiger, was unter anderem auf die hohen Reparationsleistungen der DDR sowie die schließlich durch den Mauerbau gestoppte Migration von Wissenschaftlern und Fachkräften in die BRD bedingt war.

### **3. Phase: Wissenschaft unter „Treibhausbedingungen“<sup>384</sup> oder Verwissenschaftlichung der Politik?: 1961-1972**

Politisch stellte der Mauerbau am 13. August 1961 die wohl wichtigste Zäsur der DDR-Geschichte dar. Er leitete die dritte Phase der Wissenschaftsentwicklung der DDR ein, in der sich jene Strukturen des Wissenschaftssystems der DDR herausbildeten, die bis zu ihrem

---

380 Zur Flucht von Wissenschaftlern aus der SBZ in den Westen vgl. Mößlang: ‚Akademische Heimat‘ 2005, S. 143-156, zum Austausch zwischen Wissenschaftlern aus Ost- und Westdeutschland vgl. Niederhut: Wissenschaftsaustausch 2005, S. 107-121.

381 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25, S. 10f.

382 Zur Biographie Thiessens: Laitko: Strategen, Organisatoren, Kritiker, Dissidenten 2009, S. 70-78.

383 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25, S. 11.

384 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25, S. 15.



Zusammenbruch 1989 Bestand hatten. Trotz des „Eskalationsausweges des Mauerbaus“<sup>385</sup> waren die 1960er Jahre in der DDR eine Phase zahlreicher Reformbestrebungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs waren es vor allem Wirtschaft und Wissenschaft, die angesichts der sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen systemübergreifend als Problemlösungsinstanz ins Spiel gebracht wurden. Unter dem von Walter Ulbricht ausgegebenen Motto: „Überholen ohne Einzuholen“ erhoffte sich die politische Führung der DDR, den Anschluss an die wirtschaftliche und technische Entwicklung des Westens zu finden – Maßgabe war das Erreichen des „Welthöchststandes“. Dieser schien seit dem erfolgreichen Start des ersten Sputniksatelliten durch die UdSSR am 4. Oktober 1957 in greifbare Nähe gerückt. Das Wettrennen um die weltweite wissenschaftliche und technologische Vormachtstellung hatte begonnen und dominierte fortan auch die politischen Diskussionen. Die wissenschaftspolitische Leitlinie dieser Zeit war – wie gezeigt – geprägt von der Produktivkraft der Wissenschaft und der Idee der wissenschaftlich-technischen Revolution.

In Reaktion auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der 1960er Jahre führte die Partei- und Staatsführung der DDR Reformen in den Bereichen Wirtschaft, Schule, Hochschule und Akademie durch, die alle ineinander griffen. Vor allem mit dem von Wirtschaftsfachleuten erarbeiteten und vom Präsidium des Ministerrats der DDR im Juli 1963 beschlossenen „Neuen System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) versuchte die SED, Wirtschaft und Wissenschaft zu modernisieren (vgl. dazu Kapitel 5), was Hubert Laitko als den Versuch der „Programmierung des Nichtprogrammierbaren“<sup>386</sup> bezeichnet.

Ein entscheidender Bestandteil des Ulbrichtschen Reformpaktes war die Dritte Hochschulreform, die eine Reaktion auf die Veränderungen des Wissenschaftssystems war und durch strukturelle Maßnahmen dazu beitragen sollte, die wissenschaftlich-technische Revolution zu bewältigen. Den Ausgangspunkt der Reform stellte ein Diskussionspapier dar, welches Ende 1965 im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen fertig gestellt worden war und im Februar 1967 schließlich von der 4. Hochschulkonferenz der DDR verabschiedet wurde.<sup>387</sup>

Hauptzweck der Reform war es, weitgehenden Praxisbezug von Ausbildung und Forschung auch strukturell zu verankern und die Absolventenzahlen in praxisrelevanten Bereichen, d.h., vor allem in technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen deutlich

---

385 Laitko: Umstrukturierung statt Neugründung, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 21 (1998), S. 143-158, S. 147.

386 Laitko: Das Reformpaket der sechziger Jahre, S. 37.

387 Laitko: Umstrukturierung statt Neugründung, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 21 (1998), S. 143-158, S. 144.

zu erhöhen. Hierzu gliederte man das Studium in Grundstudium, Fachstudium und Spezialstudium, wobei das Spezialstudium die hauptsächliche Berufsqualifizierungsphase war. Die Reform stellte einen Versuch der Staatsführung dar, die alten, traditionellen Strukturen der Ordinarienuniversität aufzubrechen, indem sie die Fakultäten und Institute in Sektionen zusammenfasste, die für die interne Strukturierung ihrer Bereiche und Abteilungen selbstorganisatorisch verantwortlich waren. Die Weisungs- und Entscheidungskompetenz an den Universitäten wurde hierarchisch organisiert und oblag fortan den Leitern der Sektionen, womit die traditionell korporative Selbstverwaltung der Universitäten weitestgehend zurückgefahren wurde. Den Sektionsleitern standen Beratungsgremien zur Seite, die aber außer der Graduierungshoheit keine eigene Entscheidungskompetenz besaßen. Darüber hinaus kam es mit der Einführung der Dissertation A und B zu einer Neuregelung bei der Vergabe akademischer Grade.

Die Reform der Akademie der Wissenschaften organisierte die Akademieinstitute um und durch die Bildung von Zentralinstituten, deren Leiter in der Regel Parteimitglieder waren, sollte auch hier die Macht der ‚bürgerlichen Wissenschaftler‘ zurückgedrängt werden. Darüber hinaus wurde die Akademie verpflichtet, Vertragsforschung für industrielle Betriebe zu leisten. In dieser Zeit wuchs der Einfluss der Partei durch die Positionierung von Parteimitgliedern in den Leitungsgremien der Universitäten und der Akademie – befördert durch die Hochschulreform – deutlich an.

#### **4. Phase: Wissenschaftlicher ‚Alltag‘ unter Erich Honecker: 1971-1989**

Die vierte Phase der Wissenschaftsentwicklung in der DDR wurde eingeleitet durch den „gesundheitsbedingten“<sup>388</sup> Rücktritt Walter Ulbrichts am 3. Mai 1971; Erich Honecker wurde sein Nachfolger. Der eigentliche Grund für seinen Rücktritt waren Differenzen mit der Parteiführung, die Ulbrichts Position zunehmend schwächten. Gegenstand der Auseinandersetzungen waren vor allem die Wirtschaftsreformen, die hinter den an sie gestellten Erwartungen zurückblieben sowie unterschiedliche Auffassungen zur Außenpolitik. Auf dem VIII. Parteitag der SED im selben Jahr erfolgte ein politischer Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unter Honecker wurden die Wirtschaftsreformen des „Neuen Systems der Planung und Leitung“ zurückgenommen. Neue Schlüsseltechnologien wie beispielsweise die Mikroelektronik rückten in den Vordergrund. Zu Beginn der 1980er Jahre kam es zu einer verstärkten Förderung der Grundlagenforschung und einer teilweisen eigendynamischen Entfaltung der Disziplinen.<sup>389</sup> Der gezielte Einsatz von Reise-

---

388 Vgl hierzu Scholtyseck: Außenpolitik der DDR 2003, S. 108.

389 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25, S. 20.

kadern und Industriespionage insbesondere in den USA und Japan gehörte nun zur alltäglichen Praxis.

### ***„Institutionelle Politisierung“ der Wissenschaft***

Die Einflussnahme der Politik auf die Wissenschaften äußerte sich in der DDR in erster Linie durch institutionelle und personelle Entscheidungen. Die Partei- und Staatsführung der DDR gab den institutionellen Rahmen der Wissenschaft vor, entschied über die Möglichkeiten wissenschaftlicher Kritik, rekrutierte und platzierte wissenschaftliches Personal und kontrollierte bis zu einem gewissen Grad die wissenschaftliche Kommunikation. Dies vollzog sich auf unterster Ebene durch die Steuerung des Hochschulzugangs, im Bereich der Wissenschaft durch die an den Universitäten und in den unterschiedlichen Institutionen verankerten Parteimitglieder, die Kaderpolitik der Partei (insbesondere die Rekrutierung von Führungs- und Reiskadern) und inhaltliche Diffamierungsversuche der „bürgerlichen Wissenschaftler“ durch ihre linientreuen Kollegen. Steuerung der Wissenschaft war somit bis zu einem gewissen Grad Steuerung der Personalpolitik; in diesem Bereich hatte sich die SED durch strukturelle Reformen und Elitenförderung Macht und Einfluss gesichert.

### ***Ressourcen für Wissenschaft und Politik***

Wie gestaltete sich vor diesem Hintergrund die Interaktion zwischen Wissenschaft und Politik? Dass das Bild der Indienstnahme der Wissenschaft durch die Politik als überholt gelten muss, habe ich bereits verschiedentlich dargelegt. Im Sinne von Konzeptionalisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik muss damit gefragt werden, welche Ressourcen die Politik der Wissenschaft bereitstellen konnte und vice versa.

Die personellen, strukturellen und finanziellen Ressourcen, die den Wissenschaftlern von der SED zur Verfügung gestellt wurden, habe ich bereits beschrieben. Darüber hinaus war es vor allem Reputation und die Sicherung von Einflussphären an den Hochschulen und Forschungsinstituten, die eine Interaktion der Wissenschaftler mit der Politik attraktiv machte. Andersherum lieferte die Wissenschaft der Politik sowohl strukturelle wie intellektuelle Ressourcen: Einerseits lag es im Interesse von Politik und Verwaltung, wissenschaftliche Expertisen heranziehen und auf wissenschaftlich ausgebildetes Personal zurückgreifen zu können, andererseits nutzte die SED wissenschaftliche Forschungsergebnisse für die Legitimierung ihrer Politik. Hierfür stellt die Verwendung kybernetischer Terminologie und Metaphern in den Reformprogrammen der SED in den 1960er Jahren ein herausragendes Beispiel dar.

Die wissenschaftliche Autonomie, die einige Wissenschaftler beziehungsweise wissenschaftliche Institutionen im Wissenschaftssystem der DDR besaßen, ist dabei ebenso zu relativieren wie die Auffassung der Indienstnahme wissenschaftlicher Forschung für die Politik, wie Mitchell Ash zu Recht bemerkt. Vielmehr handelte es sich um ein Interaktionsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, von dem beide Seiten profitierten. Autonomie beziehungsweise wissenschaftliche Freiräume waren immer das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen Wissenschaft und Politik.<sup>390</sup>

Die enge Verzahnung zwischen beiden Bereichen ist auf die gegenseitige Bereitstellung oben genannter Ressourcen zurückzuführen, wobei sich politische und wissenschaftliche Zielsetzungen miteinander verbanden. Die Einbindung der Wissenschaft in die gesellschaftlichen Reformversuche der 1960er Jahre sind ein gutes Beispiel dafür, dass das Ressourcendenken beider Seiten „längerfristig wichtiger war als die symbolische Ideologisierung oder Dogmatisierung wissenschaftlicher Inhalte.“<sup>391</sup> Dabei bildeten die zugestandene Autonomie in den Wissenschaften und ihre Politisierung keinen Gegensatz, sondern konnten in vielen Bereichen der „Arbeitsteilung zum Erreichen eines gemeinsamen Zwecks“<sup>392</sup> dienen, wie am Beispiel der Kybernetik-Rezeption in der Philosophie der Naturwissenschaften zu zeigen sein wird.

#### 4.1.2 Neuer Staat, neue Eliten? Bedingungen für das Entstehen von Denkkollektiven

Das bildungsbürgerliche Milieu der DDR wies – anders als andere soziale Schichten – eine große Beharrungskraft auf. Die Sozialstruktur unter der Hochschullehrerschaft und den technischen Eliten änderte sich erst in den späten 1950er und 1960er Jahren maßgeblich, wobei dies von Disziplin zu Disziplin und Hochschule zu Hochschule variierte. Jessen spricht in diesem Zusammenhang von einem Prozess der „Entbürgerlichung“<sup>393</sup> der Eliten, der seit dem Ende der 1950er Jahre einher ging mit der Ablösung der Wissenschaftler durch eine jüngere, in der DDR ausgebildete (und geprägte) Forschergeneration.

Die Grundzüge dieses Elitenwechsels im Bereich der Hochschulen sollen im Folgenden geschildert werden, da dies Aufschluss gibt über die Zusammensetzung der Denkkollektive, die an den Debatten über Wissenschaftsphilosophie beziehungsweise Systemtheorie und Kybernetik beteiligt waren.

Vor allem hinsichtlich des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik zeigt der Blick auf die Formierung neuer Bildungseliten in der DDR ein grundsätzliches Dilemma des staatli-

---

390 Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen, S. 47.

391 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25, S. 13f.

392 Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik 2002, S. 32-51, S. 50.

393 Jessen: Die „Entbürgerlichung“ der Hochschullehrer in der DDR 1995, S. 61-72.

chen Einflusses auf die wissenschaftlichen Denkkollektive: Auf der einen Seite wollte die SED auch im Bereich des Hochschulpersonals ihren Steuerungsanspruch geltend machen, auf der anderen Seite stand dieses aber den Formen wissenschaftlicher Selbstorganisation entgegen. Hinzu kam, dass das traditionelle bildungsbürgerliche Milieu dem neuen Regime mit großer Skepsis begegnete, die Partei- und Staatsführung zum Aufbau des neuen Staates aber nicht auf die Wissenschaftler verzichten konnte.<sup>394</sup> Bei dem Wiederaufbau der Wirtschaft und der Etablierung der Industriegesellschaft nahmen die meist aus den bürgerlichen Schichten stammenden Wissenschaftler deswegen einen wichtigen Platz ein.

Das Milieu der deutschen Hochschullehrerschaft war bei Gründung der DDR geprägt von einer „fast ständische[n] Hierarchie“<sup>395</sup>: Das Beziehungsgefüge der unterschiedlichen Statusgruppen an den Universitäten basierte auf einem Netz persönlicher Beziehungen, Lehrer-Schüler- und Patronageverhältnissen, die den Zugang zum Beruf Wissenschaft bestimmten. Mitchell Ash verweist in diesem Zusammenhang auf die „konstruierten Kontinuitäten“, in denen Wissenschaftler an frühere Kollaborationsverhältnisse anknüpften.<sup>396</sup> Dieses Netz rekrutierte sich aus einem elitären Milieu, welches dem neuen Regime mit großer Distanz gegenüber stand. Aus diesem Grund schien der Partei- und Staatsführung eine umfassende Kontrolle beziehungsweise ein schneller Austausch der Eliten geboten.<sup>397</sup> Im Wesentlichen waren es sieben Aspekte, die die Strategien der SED, das geschilderte Dilemma zu lösen, prägten:

### **1. Änderung des Beamtenrechts**

Durch das Erlöschen aller Beamtenverhältnisse am 8. Mai 1945 änderte sich die Rechtsform des Hochschullehrerberufs und die verbeamteten Universitätsangehörigen wurden zu Angestellten der Universitäten. Trotz dieses Statusverlustes stand das Rechtsverhältnis der Wissenschaftler zum Staat im Zeichen von Privilegierung und Disziplinierung: Die Privilegierung (vor allem finanzieller Art) ergab sich aus der Machstellung der Wissenschaftler, da der Staat nicht auf sie verzichten konnte und ihre Abwanderung in den Westen verhindern wollte. Die Disziplinierung rührte aus den bis 1957 unregulierten Angestelltenverhältnissen her, die Unsicherheit der Betroffenen und Willkürentscheidungen des Regimes nach sich ziehen konnten.

---

394 Jessen: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor, in: Bessel/ders. (Hg.): Grenzen der Diktatur 1996, S. 76-107, S. 76.

395 Jessen: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor, in: Bessel/ders. (Hg.): Grenzen der Diktatur 1996, S. 76-107, S. 77.

396 Ash: Verordnete Umbrüche, konstruierte Kontinuitäten 1995, S. 903-923.

397 Jessen: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor, in: Bessel/ders. (Hg.): Grenzen der Diktatur 1996, S. 76-107, S. 78.

## 2. Schaffung loyaler Eliten

Voraussetzung für die politische Kontrolle der Hochschulen durch die SED setzte es voraus, loyale Eliten zu etablieren. Der erste Schritt hierzu war die zunächst umfassend durchgeführte Entnazifizierung des wissenschaftlichen Personals: Alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP wurden zunächst entlassen. Hierdurch reduzierte sich die Zahl der noch besetzten Ordinarien auf 279 (von ehemals 615).<sup>398</sup> Angesichts der Personalknappheit kam es aber bereits 1949 zu ersten Wiedereinstellungen.

Bereits 1947 etablierten die deutschen Behörden außerdem basierend auf einem SMAD-Befehl vom 5. März 1947 ein erstes, an das sowjetische Modell angelehntes Nachwuchsförderprogramm für Doktoranden und Habilitanden, bis 1951 dann durch die Zentrale Hochschulverwaltung die Aspirantur eingeführt wurde.

Hierbei handelte es sich um ein Programm der Graduiertenförderung. Studierende erhielten, nachdem das Staatssekretariat für Hochschulwesen über ihre wissenschaftliche Eignung und ihre antifaschistische und antimilitaristische Haltung entschieden hatten, staatliche Förderung.<sup>399</sup> Der Prorektor für die wissenschaftliche Aspirantur der jeweiligen Universität musste das Thema der Dissertation bestätigen, zudem mussten die Aspiranten Grundkenntnisse der Gesellschaftswissenschaften sowie Russischkenntnisse nachweisen. Die Aspirantur sollte dazu dienen, die beargwöhnten individuellen Beziehungen zwischen wissenschaftlichen Lehrern und Schülern aufzubrechen.<sup>400</sup>

Da allerdings der traditionelle Karriereweg über Assistentenstellen nicht abgeschafft wurde, scheiterte dieser Versuch und die Aspirantur stellte nur einen ergänzenden – zumal wegen den zusätzlich zu erbringenden Leistungen höheren Ansprüchen unterliegenden – Karrierepfad dar, von dem vor allem Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien (1954 waren dies über 46 Prozent) und SED-Mitglieder (70 Prozent) profitieren konnten.<sup>401</sup>

Auch die 1946 erfolgte Einrichtung von Vorstudienanstalten sollte dazu dienen, jungen Erwachsenen aus unterprivilegierten Schichten den Zugang zur Universität zu ermöglichen und das Bildungsmonopol des Bürgertums zu brechen. Sie wurden an zahlreichen Universitäten etabliert und zielten darauf, die soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft schnellstmöglich zu verändern (was das Problem der gleichzeitigen Benachteiligung von Kindern aus dem bürgerlichen Milieu mit sich brachte).<sup>402</sup> Aufnahmekriterien waren neben der sozialen Herkunft auch die politische Gesinnung (etwa 55 Prozent der Vorstudien-

---

398 Connelly: Humboldt im Staatsdienst, in: Ash (Hg.): Mythos Humboldt 1997, S. 80-104, S. 83.

399 Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999, S. 54f.

400 Jessen: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor, in: Bessel/ders. (Hg.): Grenzen der Diktatur 1996, S. 76-107, S. 82f.

401 Jessen: Akademische Eliten und kommunistische Diktatur 1999, S. 59-64.

402 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burchrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 107-139, S. 123.

schüler gehörten 1949 der SED, mehr als 80 Prozent der FDJ an). Die Kurse waren zunächst auf sechs Monate angelegt und bis 1949 wurde 14.500 Schülern damit der Erwerb der Hochschulreife ermöglicht. Die Zahl der Absolventen war allerdings deutlich geringer, denn die meisten Vorstudienanstalten hatten Abbrecherquoten von 40 bis 50 Prozent. Der Unterricht konzentrierte sich auf Sprachen (Deutsch und moderne Fremdsprachen) und Naturwissenschaften.<sup>403</sup> 1949 wurden die Vorstudienanstalten in ‚Arbeiter- und Bauernfakultäten‘ umbenannt und der Unterrichtszeitraum auf drei Jahre ausgedehnt. Sie waren damit institutionell den Fakultäten gleichrangig, obwohl es sich faktisch um Oberschulen handelte. 1963 wurden diese Einrichtungen wieder abgeschafft.<sup>404</sup>

### **3. Änderungen im Habilitationsverfahren**

Im März 1947 wurden auf Antrag der Deutschen Verwaltung für Volksbildung von den Volksbildungsministern der Länder Änderungen der Habilitationsprüfung beschlossen. Das Habilitationsverfahren, welches in der Grundstruktur gleich blieb, endete nicht mit der Erteilung der *Venia Legendi*, sondern mit dem Antrag an den zuständigen Dekan, den Habilitanden zum Dozenten zu ernennen. Dies stellte eine Restauration des Zustandes während der NS-Zeit dar und hatte zur Folge, dass die Habilitation zur Verleihung eines akademischen Grades (*Dr. habil.*) führte, nicht aber mit der Erteilung der Lehrbefugnis (*Venia Docendi*) einher ging. Prüfungsanteile zum Nachweis der politischen Integrität des Bewerbers waren zunächst nicht vorgesehen.

Erst die dritte Hochschulreform 1968 enthielt grundlegende Neuerungen im Prüfungsverfahren: Mit der Einführung der Dissertation A (Doktor eines Wissenschaftszweiges) und B (Doktor der Wissenschaften) trat der letztgenannte Titel an die Stelle der klassischen Habilitation, wenngleich auch mit diesem Titel keine Lehrbefähigung verbunden war. Damit erfolgte eine Politisierung, denn beide Dissertationen waren fortan auch an außerwissenschaftliche Voraussetzungen (ideologische Kriterien) gebunden. Die akademische Prüfung war darüber hinaus nicht mehr zwangsläufig an die Begutachtung durch Fachgenossen gebunden, sondern auch hoch qualifizierte Vertreter aus der Praxis konnten sie erhalten. Lehren durfte jedoch nur, wer neben den Dissertationen eine *Facultas docendi* (Lehrbefugnis) erteilt bekommen hatte, die aber unabhängig von der fachlichen Qualifikation nach politischen Kriterien vergeben wurde. Zwar wurden für die Berufung auf eine Professur beide Promotionen vorausgesetzt, aber auch nicht auf Lehrstühle berufenen Wissen-

---

403 Kowalczyk: *Dienst im Geiste der Macht* 2003, S. 153-164.

404 Connelly: *Humboldt im Staatsdienst*, in: Ash (Hg.): *Mythos Humboldt* 1997, S. 80-104, S. 82; Laitko: *Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis*, in: Burrichter/Diesener (Hg.): *Produktivkraft Wissenschaft* 2002, S. 107-139, S. 123f.

schaftlern war es seitdem möglich, ihre besondere wissenschaftliche Leistung durch die Dissertation B unter Beweis zu stellen.<sup>405</sup>

---

405 Laitko: Umstrukturierung statt Neugründung, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 21 (1998), S. 143-158, S. 149-156.



#### **4. Ausdehnung des Promotionsrechts**

Die Schaffung zahlreicher Spezialhochschulen, der massive Ausbau der Akademie der Wissenschaften und die Schaffung hochschulähnlicher Parteieinrichtungen zog nach sich, dass immer mehr (am Ende der DDR mehr als 60) Institutionen das Promotionsrecht erhielten und der Zugang zum Beruf Wissenschaft sich stark ausdifferenziert hatte. Zugleich stiegen damit die Beschäftigungsmöglichkeiten für Wissenschaftler deutlich an und die Wege wissenschaftlicher Kriterien fächerten sich bis Ende der 1960er Jahre auf.<sup>406</sup>

#### **5. Der Elitenaustausch in der Professorenschaft**

Schließlich war der SED vor allem in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen daran gelegen, einen schnellen Austausch der nationalsozialistisch belasteten Professoren durch fachlich qualifizierte, aber auch loyale, dem neuen Regime nahe stehende Personen herbeizuführen: Neben wissenschaftlich ausgewiesenen, linken Intellektuellen, die durch ihre kommunistische Gesinnung oder Erfahrungen im Widerstand gegen die Nationalsozialisten der neuen Staatsführung gegenüber positiv eingestellt waren, wurden auch solche Personen zu Professoren berufen, die sich in erster Linie durch ihre Nähe zur KPD/SED auszeichneten, aber nur geringe oder gar keine fachliche Qualifikation vorweisen konnten.

#### **Die Sozialstruktur der Professorenschaft**

Doch wie gestaltete sich die Sozialstruktur der Professorenschaft in den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen im Detail? Jessen unterscheidet diesbezüglich zwischen drei unterschiedlichen Milieus: Die Natur- und Technikwissenschaften sowie die Medizin<sup>407</sup> waren von großer Kontinuität geprägt und die Versuche der SED, die Homogenität dieser Disziplinen aufzulockern, verliefen erst mit dem Mauerbau ‚erfolgreich‘. Ganz anders gestaltete sich die Situation in den Gesellschaftswissenschaften, worunter Jessen Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Journalismus und den wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus fasst: Hier erfolgte ein deutlicher Bruch. Die dort geschaffenen Stellen wurden zumeist durch Personen besetzt, die eine Parteikarriere vorweisen konnten oder an den Parteistitutionen ausgebildet worden waren. An den Philosophischen Fakultäten schließlich wies die Kontinuität deutliche Risse auf und die Sozialstruktur unter den Beschäftigten war gekennzeichnet von drei heterogenen Teilmilieus.<sup>408</sup>

---

406 Jessen: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor, in: Bessel/ders. (Hg.): Grenzen der Diktatur 1996, S. 76-107, S. 89.

407 Zu den Besonderheiten medizinischer Karrieren nach 1945 vgl. Ernst: Doppelstaatsbürger von Partei und Fach?, in: Hochschule Ost 2 (1997), S. 25-38.

408 Jessen: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor, in: Bessel/ders. (Hg.): Grenzen der Diktatur 1996, S. 76-107, S. 92-97.

Diejenigen Professoren, die nach 1945 nicht entlassen worden waren, empfanden sich als „wissenschaftliche Gralshüter“<sup>409</sup>, die die neu berufenen Wissenschaftler, die ihre Stellung auch ihrer politischen Haltung zu verdanken hatten, oftmals mit Argwohn beäugten, weil sie die eigene Marginalisierung fürchteten. Die dominante Rolle unter den Teilmilieus nahmen solche Professoren ein, deren Berufung sich vor allem auf ihre politische Qualifikation – in der Regel eine langjährige Funktionärstätigkeit in der KPD beziehungsweise deren Umfeld – stützte. Nur wenige von ihnen hatten studiert, allein Hermann Ley, der dieser Gruppe zuzurechnen ist, war habilitiert. Ihre Berufung gründete sich darauf, sich an der „ideologischen Umerziehung“ der Nachkriegsstudierendenschaft zu beteiligen und ihre Berufung erfolgte meist auf Anweisung der SED. Hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft unterschieden sie sich in der Regel durch ihre Angehörigkeit zur Unterschicht von den anderen Professorengruppen. Diese politisch opportunen Professoren wurden unterstützt von jungen Wissenschaftlern, deren universitäre Laufbahn erst nach 1945 begonnen hatte und ihre Parteimitgliedschaft und politische Linientreue als Karrieresprungbrett und Ressource einsetzen wollten.<sup>410</sup>

Neben den beiden genannten Gruppen ist ein weiteres kleines, aber bedeutsames Teilmilieu zu unterscheiden: Die „Doppelstaatsbürger von Partei und Fach“<sup>411</sup>. Diese Gruppe war zwischen beiden Polen der wissenschaftlichen ‚Gralshüter‘ und der Parteikader platziert und rekrutierte sich zumeist aus linksintellektuellen Westmigranten, wie etwa dem Philosophen Ernst Bloch. Sie hatten ihre akademische Ausbildung bereits vor 1945 abgeschlossen und setzten nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus bewusst auf die Möglichkeiten, die der Aufbau eines sozialistischen Staates zu bieten schien. Dabei war ihre doppelte ‚Qualifikation‘ hilfreich, wenn es um die Mobilisierung von Ressourcen ging. Der Philosoph Ernst Bloch, der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski sowie der Physikochemiker Robert Havemann gehörten sicher zu den prominentesten Vertretern dieser Doppelstaatsbürger.

Gemeinsam war ihnen, dass sie in der Regel aus dem bürgerlichen Milieu stammten, meist bereits vor 1933 Kontakte zur kommunistischen Bewegung hatten, ihre Biographie durch die Verfolgungserfahrung unter den Nationalsozialisten geprägt war (viele stammten aus von den Nazis als ‚jüdisch‘ definierten Milieus) und viertens standen die meisten von ihnen vor ihrer Berufung in der SBZ/DDR einer klassischen Universitätskarriere eher fern.<sup>412</sup>

---

409 Jessen: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor, in: Bessel/ders. (Hg.): Grenzen der Diktatur 1996, S. 76-107, S. 94.

410 Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999, S. 331ff.

411 Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999, S. 315-326.

412 Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999, S. 320f.

Die Bindung der Doppelstaatsbürger an die SED war allerdings spätestens seit 1956 angesichts des sich erhöhenden Ideologisierungsdruks und doktrinärer Marxismusauslegung seitens der SED brüchig.<sup>413</sup> Der ständige Konflikt um wissenschaftliche Autonomiepielräume führte deswegen bald dazu, dass viele von ihnen zurück in den Westen gingen, zwangsemeritiert wurden oder sich den politischen Gegebenheiten unterordneten.<sup>414</sup>

Bezogen auf diese drei – vor allem in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften anzutreffenden – unterschiedlichen Milieus war der Grad der Einbindung in die Politik der SED sehr unterschiedlich: Während die erste Gruppe weitestgehende Distanz zur Politik hielt, war die zweite Gruppe durch ihre Verbundenheit mit dem neuen System schnell zum Teil des Herrschaftsapparates geworden. Das Verhalten der dritten Gruppe war vor allem durch Kollaboration<sup>415</sup> mit der Partei gekennzeichnet: Bezogen auf ihre Karriere profitierten sie von ihrer linksintellektuellen Haltung, sie ließen sich aber nie vollständig in die Parteipolitik einbinden, wie dies bei den Kaderwissenschaftlern der Fall war.<sup>416</sup>

Angesichts der skizzierten sozialstrukturellen Voraussetzungen in den unterschiedlichen Disziplinen mag man nun den Eindruck gewinnen, dass eine Politisierung der Wissenschaft und der Wissenschaftler vor allem den Bereich der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften betraf. Diese Analyse würde jedoch zu kurz greifen: Angemessener als von einer ‚Indienstnahme‘ der Naturwissenschaftler zu sprechen, ist es, die „Selbstmobilisierung“<sup>417</sup> der Natur- und Technikwissenschaftler zu betonen, die in dem neuen Regime eine Chance sahen, die eigenen Forschungsvorhaben voranzutreiben und im Rennen um Forschungsressourcen gut aufgestellt zu sein. Jessen bezeichnet dies als „technokratische Kollaboration“: Die SED griff auf bürgerliche Wissenschaftler zurück, weil sie auf Expertenwissen angewiesen war und zudem von der ideologischen Neutralität dieses Wissens ausging.<sup>418</sup>

Mit dem Mauerbau schließlich erledigte sich eines der dringendsten Probleme der Partei- und Staatsführung, da er die Abwanderung von Wissenschaftlern in den Westen ab 1961 verhinderte und die Konkurrenz zwischen ost- und westdeutschen Wissenschaftlern eindämmte. Dies fiel in etwa mit einem Generationenwechsel in der Wissenschaft zeitlich zusammen, der davon zeugte, dass die entschiedene Nachwuchsförderung und Kaderrekrui-

---

413 Jessen: Von den Vorzügen des Sozialismus, in: Weisbrod (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik 2002, S. 39-52, S. 46.

414 Jessen: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor, in: Bessel/ders. (Hg.): Grenzen der Diktatur 1996, S. 76-107, S. 92-97.

415 Zum Begriff der Kollaboration vgl. Jessen: Von den Vorzügen des Sozialismus, in: Weisbrod (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik 2002, S. 39-52, S. 47, der angelehnt an die Arbeiten von Herbert Mehrtens für diese Gruppe die immer noch vorhandene Distanz zum politischen System betont, während die SED-nahen Wissenschaftler, und das ist in diesem Zusammenhang der relevante Unterschied, zum Teil des Systems wurden.

416 Jessen: Von den Vorzügen des Sozialismus 2002. S. 45f.

417 Mehrtens: Kollaborationsverhältnisse, in: Meinel/Voswinckel (Hg.): Medizin, Naturwissenschaft, Technik und NS 1994, S. 13-32, S. 27 und Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik 2002, S. 32-51, S. 41f.

418 Jessen: Von den Vorzügen des Sozialismus, in: Weisbrod (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik 2002, S. 39-52, S. 47.

tierung der SED erste Früchte zeigte. Der ‚Sturm auf die Festung Wissenschaft‘ war – vor allem in den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen – erfolgreich gewesen und die althergebrachte Homogenität der Hochschullehrerschaft bezüglich Habitus, Sozialstruktur und Berufskultur (und damit die Bürgerlichkeit als Vergesellschaftungsform)<sup>419</sup> war gebrochen.

Diese geschilderte Phase des Elitenwandels in den 1950er Jahren ist für die Charakterisierung der Denkkollektive, die sich mit Kybernetik und Systemtheorie beschäftigten, von großer Bedeutung. Denn, wenn sich die traditionellen Wege einer akademischen Laufbahn veränderten, bedeutet das, zugleich zu fragen, wie sich die akademischen Karrieren der Rezipienten von Systemtheorie gestalteten und, was noch wichtiger ist, bei wem sie lernten. Denn allen Veränderungen beziehungsweise Veränderungsbemühungen in der Sozialstruktur der Hochschullehrerschaft zum Trotz ist davon auszugehen, dass auch das neue System der Elitenrekrutierung zu Loyalitäten zwischen akademischen Lehrern und Schülern führte.

#### 4.1.3 Formen wissenschaftlicher Expertise in der DDR

Auf die zentrale Funktion wissenschaftlicher Politikberatung als Merkmal der Wissensgesellschaft und der Verwissenschaftlichung der Politik ist bereits verschiedentlich hingewiesen worden.<sup>420</sup> Nicht zuletzt, weil sich dieser Prozess auch in der DDR nachweisen lässt, spricht vieles für die Interpretation der DDR als sozialistische Variante der Wissensgesellschaft.

Gerade weil der Marxismus-Leninismus keine Aussagen dazu lieferte, wie Wissenschaft in einer sozialistischen Gesellschaft zu gestalten sei, bot sich diesbezüglich ein Forum für Politikberatung der SED seitens der Wissenschaft. Das Wissenschaftsverständnis der marxistischen Klassiker war im 19. Jahrhundert verhaftet und aufgrund dessen bestand hier dringender Modernisierungsbedarf. Dies eröffnete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit, ihre Sicht auf die Wissenschaftsentwicklung in den verschiedenen Beratungsgremien darzulegen.

Aufgabe der Experten war es, die Leerstellen des Marxismus-Leninismus zu füllen oder „dessen Aussagen für den praktischen Gebrauch bei der Gesellschaftsgestaltung zu operationalisieren.“<sup>421</sup> Die wachsende Einsicht in die Bedeutung von Wissenschaft und Technik (‚Produktivkraft Wissenschaft‘) fand ihren Niederschlag in der Institutionalisierung wissenschaftlicher Politikberatung durch die Schaffung des Forschungsrates im Jahr 1957, der

---

419 Jessen: Entbürgerlichung 1995, S. 63.

420 Weingart/Carrier/Krohn: Nachrichten aus der Wissensgesellschaft 2007.

421 Steiner: Wissenschaft und Politik: Politikberatung in der DDR?, in: Fisch/Rudloff (Hg.): Experten und Politik 2004, S. 101-125, S. 103.

sich jedoch in erster Linie als Beratungsgremium für Natur- und Technikwissenschaften etablierte.

### **Die Gründung des Forschungsrats 1957<sup>422</sup>**

Der bereits erwähnte UdSSR-Rückkehrer Peter Adolph Thiessen wurde der erste Vorsitzende des am 24. August 1957 konstituierten Forschungsrats der DDR. Der Forschungsrat löste das zeitgleich abgeschaffte Zentralamt für Forschung und Technik bei der Staatlichen Planungskommission ab. Beim Forschungsrat, der 45 Mitglieder hatte, die für jeweils drei Jahre berufen wurden, handelte es sich um ein dem Ministerrat der DDR nachgeordnetes, beratendes Gremium für die Planung und Koordinierung der naturwissenschaftlichen und technischen Forschung. Die Mitglieder des Forschungsrates waren hochrangige Wissenschaftler der DDR, die die Staats- und Parteiführung in Bezug auf Wissenschaftsförderung beraten sollten. Die Arbeit des Forschungsrates vollzog sich vor allem in Gruppen und Kommissionen, die auf Plenartagungen ihre Arbeitsprogramme berieten und festlegten. Dazu zählten unter anderem auch Kommissionen, die die Forschung zu interdisziplinären Aufgaben, wie etwa Umweltproblemen, anleiten sollten.

Der Forschungsrat stellte die wichtigste „Hybridgemeinschaft im Überschneidungsbereich von Politik/Wirtschaft/Wissenschaft“<sup>423</sup> dar und war das zentrale Organ, wenn es um den Ressourcenaustausch zwischen Wissenschaft und Politik ging. Der SED diente der Forschungsrat als Expertise führender Fachleute, die zumeist aus den Kreisen der so genannten ‚bürgerlichen (Natur-)Wissenschaftler‘ stammten. So gelang es, sich deren Loyalität zu sichern, indem die Wissenschaftler über den Forschungsrat auf die Politik der Staats- und Parteiführung Einfluss nehmen konnten. Auf der anderen Seite nutzten die Wissenschaftler die Mitarbeit im Forschungsrat dazu, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und ihren Einfluss an den Universitäten beziehungsweise der Akademie zu sichern. Die Mitarbeit der ‚bürgerlichen‘ Wissenschaftler im Forschungsrat half, sie über diesen Weg in das Wissenschaftssystem der DDR zu integrieren.<sup>424</sup>

Charakteristisch war zunächst noch die Engführung der Expertise auf den Bereich der Natur- und Technikwissenschaften, weil diese nicht im Widerspruch zu den Dogmen des

---

422 Etwa in zur selben Zeit wie der Forschungsrat wurde in der BRD der Wissenschaftsrat gegründet, der im dortigen Wissenschaftssystem ähnliche Funktionen übernahm, aber strukturelle Unterschiede zum Forschungsrat aufwies. Vgl. dazu: Bartz: Wissenschaftsrat 2007; Jessen: Bildungsdebatte, in: Haupt/Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 209-231.

423 Förtsch: Wissenschafts- und Technologiepolitik, in: Hoffmann/Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR 1997, S. 17-33, S. 22.

424 Vgl. dazu Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 107-139, S. 136, der sogar die These aufstellt, dass es sich bei dem Einfluss, den Wissenschaftler durch die Mitarbeit im Forschungsrat auf ihre eigenen Arbeitsbedingungen nehmen konnten, um eine „eigentümliche Form der Selbstorganisation der Wissenschaft“ gehandelt habe (ebd.). Zur Funktion des Forschungsrates bei der Einbindung bürgerlicher Wissenschaftler in das Wissenschaftssystem der DDR vgl. Jessen: Von den Vorzügen des Sozialismus, in: Weisbrod (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik 2002, S. 39-52, S. 50f.

Marxismus-Leninismus stehen durfte. Diese Gefahr sah man allerdings angesichts der vermuteten apolitischen Professionalität der Naturwissenschaftler zunächst als nicht gegeben.<sup>425</sup> Adressaten der Beratung waren die Führungsspitze der SED und ihr Apparat.

Als Berater fungierten neben Wissenschaftlern auch erfahrene Praktiker und die aus der UdSSR zurückgekehrten Spezialisten. Diese zählten in der Regel zur Riege der so genannten ‚bürgerlichen Wissenschaftler‘, die noch nicht in der DDR sozialisiert worden waren. Niederschlag fand dies auch in ihrem Verhältnis zu ihrer eigenen Beratungspraxis: Diese diente in erster Linie der Ressourcen- und Einflussicherung und erfolgte weniger aus Gründen der politischen Loyalität zum neuen Regime. Demnach soll beispielsweise der langjährige Vorsitzende des Forschungsrates, Peter Adolf Thiessen gesagt haben: „[...] die Nazis haben wir beschissen, und die Kommunisten bescheißen wir ganz genauso.“<sup>426</sup>

1968 kam es zur Diskussion organisatorischer, personeller und struktureller Veränderungen, die im Zuge der Neuberufung des Forschungsrates, die für den 1. September 1969 anstand, umgesetzt werden sollten. Diese umfassten unter anderem, dass zukünftig „Aufgabenstellungen [...] durch Heranziehen geeigneter Experten bzw. durch Bildung zeitweiliger Expertengruppen zu lösen“<sup>427</sup> seien.

### ***Die Entstehung gesellschaftswissenschaftlicher Beratungsgremien***

Diese Haltung änderte sich im Verlaufe der 1960er Jahre, als seitens der SED auch Expertise aus den Geistes- und Sozialwissenschaften angefordert wurde. So wurde das Neue Ökonomische System beispielsweise von einem Stab zumeist parteinaher Wirtschaftswissenschaftler erarbeitet.<sup>428</sup> Dabei hatten sich zwei entscheidende Bedingungen für wissenschaftliche Politikberatung geändert: Erstens setzte die angeforderte Expertise in diesen Bereichen voraus, dass die SED erstmals in einem Bereich Beratungsbedarf eingestand, der in den 1950er Jahren noch durch die von ihr proklamierte wissenschaftliche Politik der ‚Partei neuen Typs‘ abgesteckt gewesen war. Zweitens änderte sich der Kreis derer, aus dem sich die Berater rekrutierten, denn inzwischen handelte es sich dabei um wissenschaftlich in der DDR sozialisierte, loyale Wissenschaftler. Drittens trat schließlich hinzu, dass sich das Wissenschaftsverständnis der SED veränderte: ‚Wissenschaftlichkeit‘ politischer Handlungen wurde fortan in nahezu allen Parteidokumenten eingefordert. Damit war nicht mehr nur die eigene, per se als ‚wissenschaftlich‘ verstandene Handlungsweise gemeint, sondern auch

---

425 Steiner: Politikberatung in der DDR?, in: Fisch/Rudloff (Hg.): Experten und Politik 2004, S. 101-125, S. 106.

426 Hartmut Linde, in: Herzberg/Meier: Karrieremuster, S. 21.

427 BArch DY 30/IV A2/6.07/87 (Forschungsrat der DDR, Sitzungsmaterial Nr. 83 (1968)).

428 Steiner: Politikberatung in der DDR?, in: Fisch/Rudloff (Hg.): Experten und Politik 2004, S. 101-125, S. 112.

deren Fortentwicklung hinsichtlich der zunehmend technisierten und verwissenschaftlichten Basis der Gesellschaft.<sup>429</sup>

Neben dem bereits erwähnten Beratungsgremium zur Durchführung der Wirtschaftsreformen wurde eine Vielzahl von Expertenzirkeln etabliert, die auch über die Inhalte von Forschungsplänen und -prognosen ratschlagen sollten. Institutionalisiert wurden diese Expertengremien schließlich 1966 in dem von Ulbricht geschaffenen ‚Strategischen Arbeitskreis‘, der seine Arbeit am 1. Dezember 1966 aufnahm. Er sollte ursprünglich der Vorbereitung des VII. Parteitages der SED vom 14. bis 22. April 1967 dienen und diesen inhaltlich vorbereiten. Inhaltlich ging es darum,

„ausgehend von den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung des Sozialismus und ihrer Wirksamkeit in unserer Periode allumfassend die wissenschaftliche Leitung zu organisieren.“<sup>430</sup>

Ziel des Arbeitskreises war es, „eine wissenschaftliche Begründung der nationalen Politik der SED zu geben.“<sup>431</sup> Dabei wurde unter anderem diskutiert, wie die Kybernetiker in Form von Arbeitsgruppen in die Arbeit einzubinden seien. Der Strategische Arbeitskreis blieb nach dem Parteitag bestehen und umfasste sechs Arbeitsgruppen, die sich mit Innen-, Außen-, Wirtschafts-, Wissenschafts-, Kultur- und Sozialpolitik befassten.<sup>432</sup> Neben führenden Parteifunktionären wie Ulbricht und Hager waren Praktiker und Wissenschaftler in ihm vertreten. Die Aufgabe des Strategischen Arbeitskreises bestand darin, der SED-Führung neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorzustellen und ihre Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung zu verdeutlichen.<sup>433</sup>

### ***Die Wissenschaftlichen Räte für gesellschaftswissenschaftliche Forschung***

Richtig etabliert wurde die Politikberatung seitens der Gesellschaftswissenschaften 1968 durch die Einrichtung der ‚Wissenschaftlichen Räte für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung‘, die die Akademie- und Hochschulforschung koordinieren sollten. Sie arbeiteten auf den Grundlagen der Beschlüsse des ZK der SED und des Ministerrats sowie des Zentralen Forschungsplans für marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaften. Zu ihren Aufgaben zählte das Erstellen langfristiger Forschungspläne, die Auseinandersetzung mit der „reaktionären bürgerlichen Theorie und der Ideologie des Antikommunismus“<sup>434</sup>, die internationale Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus dem sozialistischen Ausland,

429 Steiner: Politikberatung in der DDR?, in: Fisch/Rudloff (Hg.): Experten und Politik 2004, S. 101-125, S. 117.

430 BArch DY 30/3306 (Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei, 1.12.1966, S. 4).

431 BArch DY 30/3306 (Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei, 1.12.1966, S. 4).

432 BArch DY 30/3306 (Protokoll einer Rede Walter Ulbrichts vor dem Strategischen Arbeitskreis, 18.9.1967, S. 54).

433 Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre 1999, S. 137.

434 Art. „Wissenschaftliche Räte der DDR für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung“, in: Bader (Hg.): Ökonomisches Lexikon 1980, Bd. 3, S. 676-680, S. 676.

die Koordinierung interdisziplinärer Forschung und das Erstellen von Empfehlungen für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Wissenschaftlichen Räte, von denen es im Jahr 1980 21 gab, setzten sich aus Wissenschaftlern gesellschaftswissenschaftlicher Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen der SED, der Akademien, der Hochschulen sowie Verantwortlichen der Partei- und Staatsorgane und Vertretern aus der Praxis und dem Verlagswesen zusammen. Die Wissenschaftlichen Räte tagten drei- bis viermal jährlich. Zur Bearbeitung spezieller Fragen konnte jeder Rat ihm untergeordnete Problemräte oder Arbeitsgruppen bilden.<sup>435</sup> So war dem Wissenschaftlichen Rat für marxistisch-leninistische Philosophie (angesiedelt an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) beispielsweise der Problemrat ‚Philosophie – Naturwissenschaften‘ untergeordnet, dessen Leitung Herbert Hörz innehatte.

Die Wissenschaftlichen Räte waren bis auf wenige Ausnahmen, die organisatorisch der AdW zugeordnet waren, den gesellschaftswissenschaftlichen Parteinstitutionen wie der SED-Parteihochschule oder der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED angegliedert, die damit faktisch die Leitungs- und Kontrollfunktion dieser Gremien übernahmen.<sup>436</sup> Einen besonderen Stellenwert besaß der Wissenschaftliche Rat für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, der alleine neun untergeordnete Arbeitsgruppen umfasste.

### ***Der Bedeutungsverlust der Politikberatung nach 1972***

Nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker veränderte sich auch die Struktur wissenschaftlicher Politikberatung in der DDR. Der Forschungsrat und seine Kommissionen wurde zwar offiziell bis zum Zusammenbruch der DDR nicht abgeschafft, er verlor aber seine Bedeutung, weil die Beratungsfunktion hinsichtlich der Schwerpunkte naturwissenschaftlicher und technischer Forschung 1972 an die AdW übertragen wurde. Außerdem nahm die Partei in Bezug auf das, was als Wissenschaft gelten durfte, die Zügel wieder zunehmend selber in die Hand. Es kam zu einer Akzentverschiebung im Politikverständnis der SED: Sie verstand ihre Politik

„nicht mehr nur als wissenschaftlich, sondern als Grundlage der (Sozial)Wissenschaften oder sogar selbst als Wissenschaft. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hatten die SED-Politik somit zu legitimieren und dienten in letzter Instanz auch als Herrschaftsinstrument der Parteiführung.“<sup>437</sup>

Angesichts dieser, in den vier Jahrzehnten der DDR deutlich variierenden Bedeutung wissenschaftlicher Politikberatung stellt sich die Frage, welchen Einfluss Wissenschaft tatsäch-

435 Art. „Wissenschaftliche Räte der DDR für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung“, in: Bader (Hg.): Ökonomisches Lexikon 1980, Bd. 3, S. 676-680.

436 Steiner: Politikberatung in der DDR?, in: Fisch/Rudloff (Hg.): Experten und Politik 2004, S. 101-125, S. 121.

437 Steiner: Politikberatung in der DDR?, in: Fisch/Rudloff (Hg.): Experten und Politik 2004, S. 101-125, S. 123.



lich auf die Politik der SED nehmen konnte. Vor allem für die letzten beiden Jahrzehnte war dieser Einfluss sehr gering. Zwar wurden immer wieder Expertisen seitens der Politik angefordert, diese fanden dann aber keinen wirklichen Einzug in das Handeln der Partei. Dies gestaltete sich in den 1950er und vor allem 1960er Jahren noch anders: In dieser Zeit der Reformen scheint es sich eher um ein pragmatisches Verhältnis von Wissenschaft und Politik gehandelt zu haben, in der naturwissenschaftlich-technische Expertisen daran teilhatten, über Forschungsschwerpunkte und -förderung mit zu entscheiden, während sozial- und gesellschaftswissenschaftliche Expertisen dazu dienen sollten, die Leerstellen des Marxismus-Leninismus in Bezug auf Wissenschafts- und Wirtschaftsentwicklung zu füllen. Dabei waren vor allem in den Strategischen Arbeitskreis neben Politikern auch Geistes- und Gesellschaftswissenschaftler integriert, die nicht zuletzt durch die Verstetigung der Arbeit des Kreises auch über den Parteitag 1967 hinaus die Möglichkeit besaßen, über dieses Gremium politisch Einfluss zu nehmen.

Insgesamt kann man für die 1960er Jahre festhalten, dass beide Seiten, also Wissenschaft und Politik, von der wissenschaftlichen Politikberatung profitierten. Den Experten eröffnete sich in dieser Zeit die Möglichkeit, Politik tatsächlich zu beeinflussen, was sich auf die Natur- und Technikwissenschaft durch stärkere Anwendungsorientierung und im Bereich der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zur Institutionalisierung von neuen Forschungseinrichtungen – beispielsweise die Akademie für marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft – auswirkte. Auf der anderen Seite wurden politische Entscheidungen in dieser Zeit wissenschaftlich fundierter getroffen als zuvor und danach.

#### **4.1.4 Forschungskombinat oder Gelehrtensozietät? Die Akademie der Wissenschaften**

Nach der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 wurde die ‚Preußische Akademie der Wissenschaften‘, die im Ostteil der Stadt gelegen war, der Verwaltung der Sowjetischen Militäradministration Deutschland (SMAD) unterstellt und im Juli 1946 als ‚Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin‘ wiedereröffnet. In der DDR wuchs die Akademie zur wichtigsten Forschungsinstitution heran. Im Laufe ihrer Entwicklung, die ihren Abschluss schließlich in der Akademiereform 1968 fand, verschob sich der Schwerpunkt der Akademie von einer Gelehrtenengesellschaft hin zu einer Art ‚Forschungskombinat‘, welches einen Großteil der wichtigsten DDR-Forschungsinstitutionen unterhielt.

Ihre herausragende Stellung im Wissenschaftssystem der DDR verdankte die Akademie der Wissenschaften der Tatsache, dass sie als Ort besonders privilegierter Forschung galt und hierdurch zum „Aufbau des Sozialismus“ beziehungsweise der sozialistischen Wis-

sengesellschaft beitragen sollte.<sup>438</sup> Wissenschaft galt seit den späten 1950er Jahren in SED-Kreisen als Problemlösungsinstanz par excellence. Dies führte zu einer zunehmenden Politisierung von Wissenschaft und Forschung in allen Bereichen des Wissenschaftssystems. Zur effektiveren Forschungsförderung wurde die Akademie nach sowjetischem Vorbild umstrukturiert, d.h. interdisziplinäre Kooperation und die institutionelle Verbindung von Grundlagen- und Anwendungsforschung waren wichtiger Bestandteil der unterschiedlichen Akademiereformen.<sup>439</sup>

Zwischen ihrer Wiedereröffnung 1946 und ihrer Auflösung 1990 durchlief die Akademie zahlreiche Veränderungen, die sich auf die Prozesse der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft und der Politisierung der Wissenschaft zurückführen lassen. Das grundlegende Spannungsfeld, in dem sie sich während dieser Zeit befand, war das Zusammenführen der drei Sphären Forschungssteuerung, Durchführung von Forschung und Entwicklung sowie Gelehrtenengesellschaft. Doch nicht nur die sich aus dem Status der Akademie im Wissenschaftssystem ergebenden Aspekte machen sie zugleich zu einer der wichtigsten Institution in Bezug auf die Etablierung des systemischen Denkstils in der DDR: Die Akademie war zugleich der Ausgangspunkt für grundlegende Richtungsentscheidungen im Verhältnis von systemischem Denken und Politik, weil an ihr diejenigen Institutionen angesiedelt waren, denen – neben den ministerialen Kommissionen – die Politikberatung im Bereich Kybernetik oblag. Dies ergab sich nicht zuletzt aus der Stellung der Akademie im Wissenschaftssystem der DDR, die sie zu einem attraktiven Ort für Wissenschaftler machte, um ihrer Forschung nachzukommen.

Im Vergleich zur ehemals *Preußischen Akademie der Wissenschaften* erfolgten bei der Wiedereröffnung der Akademie im Jahr 1946 zwei wesentliche strukturelle Änderungen: Im neuen Statut wurde einerseits festgeschrieben, dass es sich bei der Akademie fortan um eine gesamtdeutsche Institution handeln sollte. Darüber hinaus kam es zu erheblichen Erweiterungen des Forschungspotentials der Akademie. Doch bei der Erweiterung des Forschungspotentials hatten die mit der Wiedereröffnung der Akademie befassten Politiker der SMAD und der SED die sowjetische Akademie als Orientierungsmodell vor Augen.<sup>440</sup> Somit wurde durch die mit der Kulturverordnung 1949 erfolgte Reorganisation der Akademie sogar die Parität zwischen Geistes- und Naturwissenschaften zu Gunsten der Stärkung naturwissenschaftlicher Forschung aufgegeben.

---

438 Nötzoldt: DAW in Gesellschaft und Politik, in: Kocka (Hg.): Die Berliner Akademien 2002, S. 29-80, S. 51.

439 Reindl: Akademiereform, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung 1999, S. 339-360, S. 340.

440 Zur Geschichte der sowjetischen Akademie der Wissenschaften vgl. Korenjuk: Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR als elitäre Korporation: in: Beyrau (Hg.): Im Dschungel der Macht 2000, S. 65-83.

### ***Strukturelle Veränderungsmaßnahmen an der Akademie (1952-1961)***

Schon früh wurde der Ausbau der Forschungsbereiche umgesetzt: Bereits Ende 1949 beschäftigte die Akademie 621 Mitarbeiter, unter ihnen 311 Wissenschaftler. Um die Forschung auszugestalten, legte die 1949 verabschiedete Kulturverordnung fest, die bisherige Parität zwischen Geistes- und Naturwissenschaften aufzugeben, die bis dato bestehenden zwei Klassen (mathematisch-naturwissenschaftliche und philosophisch-historische Klasse) abzuschaffen und durch sechs neue Klassen zu ersetzen. Bei den neuen Klassen handelte es sich um die für Mathematik und allgemeine Naturwissenschaften, für medizinische Wissenschaften, für landwirtschaftliche Wissenschaften, für technische Wissenschaften, für Sprachen, Literatur und Kunst sowie für Gesellschaftswissenschaften.

Mit der Gründung der DDR und dem Rückzug der SMAD aus den Belangen der Akademie 1951 begann die zunehmende Politisierung der Institution. Anliegen der SED-Führung war es, die Akademie zur „zentralen und höchsten wissenschaftlichen Forschungseinrichtung der DDR“<sup>441</sup> auszubauen. Dieses wurde zunächst auf personeller Ebene umgesetzt: Im Februar 1953 erfolgten Wahlen neuer Akademiemitglieder. Mit der Wahl von 28 neuen Gelehrten (die Liste der Anwärter war zuvor vom Politbüro der SED bestätigt worden) erhöhte sich der Anteil der SED-Mitglieder, die sich in das Akademieleben einbrachten, auf 22 Prozent. Strukturell bedeutender war allerdings, dass es sich bei 74 Prozent aller nach 1949 dazu gewählten Ordentlichen Mitglieder um zumeist ostdeutsche Natur- und Technikwissenschaftler handelte. Auch die finanziellen Mittel verschoben sich im Laufe der 1950er Jahre zu Gunsten der Natur- und Technikwissenschaften, die 1957 bereits 68 Prozent des Gesamtetats für sich beanspruchen konnten, während sich die restlichen 32 Prozent auf die Finanzierung der Geisteswissenschaften, der Gelehrtenengesellschaft, der Verwaltung und der Akademie-Verlage aufteilte.<sup>442</sup> Der personelle Einfluss der SED konzentrierte sich in dieser Zeit in erster Linie auf die administrativen Strukturen und Entscheidungsebenen der Akademie. Zur Schaffung effizienterer Forschungsstrukturen begnügte sich die Partei zunächst mit personellen Veränderungen: Die aus der Sowjetunion zurückgekehrten Spezialisten wurden mit Forschungsinstituten bedacht; gleichzeitig versuchte die SED, den Einfluss westlicher Mitglieder auf die Akademie zurückzudrängen.

Erst 1957 setzte die SED die Gründung von zwei Institutionen durch, die dazu dienen sollten, systematisch auf die Wissenschafts- und Forschungsplanung Einfluss zu nehmen. Im Mai 1957 kam es zur Gründung der „Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften“.

---

441 Nötzoldt: Sozialistische Forschungsakademie, in: Hoffmann/ Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR 1997, S. 125-146, S. 131.

442 Nötzoldt: Sozialistische Forschungsakademie, in: Hoffmann/ Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR 1997, S. 125-146, S. 134f.

ten zu Berlin“, einem selbständigen Forschungsverbund aus 39 an der Akademie beheimateten Institutionen, die sich unter Obhut und Dienstaufsicht der Akademie befanden.<sup>443</sup> Diese institutionelle Neuordnung der Forschungsförderung in der DDR durch Zusammenfassung der Forschungsabteilungen an der Akademie unter einer einheitlichen Leitung sollte zur besseren Koordinierung der geplanten und laufenden Forschung beitragen und sie enger an volkswirtschaftliche und industrielle Ziele binden.<sup>444</sup> Zeitgleich wurde der Forschungsrat (s.o.) gegründet, der der SED als Mittel der Einflussicherung auf die Forschungsinstitute diente, indem die Institute dem Forschungsrat direkt unterstellt wurden und damit unter staatliche Weisungs- und Kontrollbefugnis gelangten.<sup>445</sup> Die Aufgabe der Forschungsgemeinschaft war die Koordinierung der Grundlagenforschung als eine Art „Max-Planck-Gesellschaft Ostdeutschlands“<sup>446</sup>, während die Koordination der angewandten Forschung dem Forschungsrat oblag.

Die Geschichte der Akademie bis zum Mauerbau war angesichts der skizzierten politischen Weichenstellungen entsprechend geprägt von der strukturellen Reorganisation der Akademie, die einher ging mit einer enormen Aufwertung naturwissenschaftlich-technischer Forschung. Dies kann durch die Indienstnahme des Forschungspotentials der Akademie durch die SED als indirekte Politisierung im Sinne des Aufbaus des Sozialismus interpretiert werden. Begleitet wurde diese Entwicklung von einer expliziten Politisierung des wissenschaftlichen Personals an der Akademie, indem unter der Leitung des 1958 zum neuen Präsidenten der Akademie berufenen Altphilologen Werner Hartke auf jeder Organisationsebene der wissenschaftlichen Amtshierarchie eine politische Kontrollhierarchie zur Seite gestellt wurde. Damit erfolgte der politische Einfluss der SED nicht mehr extern, sondern wurde in die internen Strukturen der Akademie implementiert.<sup>447</sup>

### ***Das Verhältnis von Geistes- und Naturwissenschaften an der Akademie***

Der Ausbau der naturwissenschaftlichen Forschung an der Akademie kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Situation in den Geisteswissenschaften sich weitaus ambivalenter gestaltete. So stellte Fred Oelßner, zwischen 1949 und 1955 Leiter des Ressorts ‚Wissenschaft und Propaganda‘ im Politbüro, im November 1952 in einer Besprechung zwischen Akademievertretern und dem Zentralamt für Forschung und Technik fest:

„Die Akademie hat die Gesellschaftswissenschaften stiefmütterlich behandelt. Die Gesellschaftswissenschaften sind volkswirtschaftlich gesehen aber von gleicher Auswirkung wie

---

443 Nötzoldt: DAW in Gesellschaft und Politik, in: Kocka (Hg.): Die Berliner Akademien 2002, S. 29-80, S. 59.

444 Reindl: Akademiereform, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung 1999, S. 339-360, S. 345.

445 Nötzoldt: Sozialistische Forschungsakademie, S. 137.

446 Nötzoldt: DAW in Gesellschaft und Politik, in: Kocka (Hg.): Die Berliner Akademien 2002, S. 29-80, S. 63.

447 Mayntz: Die Akademie als Produktivkraft, in: Kocka u.a. (Hg.): Die Berliner Akademien 2002, S. 193-199, S. 194, dazu auch: Kocka/Nötzoldt/Walther: Die Berliner Akademien 2002, S. 401.

die Naturwissenschaften und die Technik. Es ist notwendig, die weltanschaulichen Grundlagen der Akademie zu diskutieren, da nur auf klarer wissenschaftlicher Grundlage fruchtbare Arbeit geleistet werden kann. Das besagt nicht, daß ein Bekenntnis verlangt wird. Auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaften gibt es noch keine einheitliche wissenschaftliche Führung.“<sup>448</sup>

Walter Friedrich, damals Präsident der Akademie, entgegnete diesem Einwand mit dem Hinweis, dass die Akademie sich noch im Aufbau befände, man in Zukunft aber Fragen der Weltanschauung (und damit der Gesellschaftswissenschaften) weiter berücksichtigen wolle.<sup>449</sup> An der Umsetzung dessen schien es aber zu hapern.<sup>450</sup>

Doch bei der untergeordneten Stellung der Geisteswissenschaften an der Akademie handelte es sich auch gewissermaßen um ein politisch gemachtes Problem: Seit Beginn der 1950er Jahre hatte die SED begonnen, ein parteiinternes gesellschaftswissenschaftliches Forschungspotential aufzubauen. Bereits im Dezember 1951 ist hierfür das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED gegründet worden, das schon 1953 das Promotionsrecht erhielt und 1976 in ‚Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED‘ umbenannt wurde. Das Institut für Gesellschaftswissenschaften stellte mit seinen anfangs fünf Lehrstühlen die zentrale gesellschaftswissenschaftliche Forschungsinstitution der SED dar, der „in den Bereichen Philosophie, Soziologie und wissenschaftlicher Kommunismus Richtlinienkompetenz zukam“.<sup>451</sup> Neben der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung stellte die Aus- und Weiterbildung von Führungskadern eine Hauptaufgabe des Instituts für Gesellschaftswissenschaften dar, weswegen die wissenschaftliche Qualifikation der Auszubildenden auch eine eher untergeordnete Rolle spielte. In erster Linie ging es an dieser Institution darum,

„der Partei treu ergebene, wissenschaftlich befähigte, qualifizierte Kader für den Einsatz in den Bereichen der ideologisch-theoretischen Arbeit und der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung, Lehre und Propaganda“<sup>452</sup>

auszubilden. Seit 1955 bis zum Zusammenbruch der DDR wurden am Institut bzw. der Akademie für Gesellschaftswissenschaften 1.700 Doktorarbeiten (unter ihnen 673 geheime) verfasst. 1980 umfasste die Akademie für Gesellschaftswissenschaften 10 Institute, an denen 500 Mitarbeiter und 200 Aspiranten beschäftigt waren. Die meisten der dort ausgebildeten Kader schlugen allerdings eine Partei- und keine wissenschaftliche Karriere ein und nur sechs Mitglieder der Akademie erhielten auch den Rang eines Mitgliedes der Akademie

---

448 Bericht zum Ablauf einer Besprechung von Vertretern der Akademie der Wissenschaften und des Zentralamtes für Forschung und Technik beim Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, über Probleme der Akademie am 26. November 1952 (Dokument 96), gedruckt in: Malycha: Geplante Wissenschaft 2003, S. 426-432, S. 428.

449 Bericht zum Ablauf einer Besprechung von Vertretern der Akademie der Wissenschaften und des Zentralamtes für Forschung und Technik beim Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, über Probleme der Akademie am 26. November 1952 (Dokument 96), gedruckt in: Malycha: Geplante Wissenschaft 2003, S. 426-432, S. 429.

450 Analyse der politischen Situation an der Akademie der Wissenschaften vom 1. Dezember 1956 (Dokument 111), gedruckt in: Malycha: Geplante Wissenschaft 2003, S. 539-543, S. 539.

451 Mertens: Rote Denkfabrik? 2004, S. 51.

452 Kurze Chronik der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED 1986, S. 84.

der Wissenschaften (AdW) bzw. Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW).<sup>453</sup> Als weitere parteigebundene Forschungsstelle existierte zudem seit 1949 das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sowie die Parteihochschule Karl Marx. Für die politiknahe, gesellschaftswissenschaftliche Forschung übernahmen diese Institutionen die Aufgabe einer „Theorie-Polizei“<sup>454</sup>.

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften war somit nicht die einzige Institution, die gesellschaftswissenschaftliche Forschung betrieb, sondern neben den Parteiministernen und den Universitäten nur eine unter vielen.<sup>455</sup>

### ***Die Zeit bis zur Akademiereform 1968***

Mit dem Mauerbau 1961 wurde auch der gesamtdeutsche Anspruch der Akademie aufgegeben und das Stimmrecht der West-Mitglieder der Gelehrtenengesellschaft eingeschränkt. Zeitgleich nahm der Einfluss der Kaderpolitik zu, indem dem loyalen, weil in der DDR wissenschaftlich sozialisierten Nachwuchs Stellen und damit Macht gewährt wurden. Dennoch war der Anteil der Parteimitglieder zu diesem Zeitpunkt zwischen Natur- und Geisteswissenschaften noch sehr ungleich verteilt: Während circa 71 Prozent der an der Akademie tätigen Philosophen Mitglieder der SED waren, machte der Anteil der Parteimitglieder im Bereich Medizin beispielsweise nur 17 Prozent aus. Dieses Ungleichgewicht sollte durch das Inkrafttreten eines neuen Statuts im Jahr 1963, welches auf den Ausbau der Parteistrukturen und die Verknüpfung dieser mit den Leitungsstrukturen der Akademie abzielte, aufgefangen werden. Zudem wurde der Akademie im Sommer 1963 durch den Ministerrat der DDR das Promotionsrecht verliehen, welches zuvor ein Privileg der Universitäten gewesen war. Damit wurde sie den Universitäten bezüglich der Nachwuchsausbildung gleichgestellt.<sup>456</sup>

Seinen Abschluss fand der Prozess der Umstrukturierung, des Ausbaus und der Politisierung der Akademie schließlich in der Akademiereform von 1968, die, nachdem der Ausbau der Forschung in den 1950er Jahren nicht die erhofften Ergebnisse erbracht hatte, durch interne Reorganisation das Forschungspotential erneut bündeln und verwertbar machen sollte. Die Bündelung sollte durch eine Zusammenfassung der 90 Forschungseinrichtungen in 30 Zentralinstitute erfolgen, Verwertbarkeit erhoffte man sich durch stärkere Anbindung an die Industrie, indem die Akademie Auftragsforschung für die Wirtschaft

---

453 Mertens: Rote Denkfabrik? 2004, S. 127.

454 Förtsch: Wissenschafts- und Technologiepolitik, in: Hoffmann/Macrakis (Hg.): Naturwissenschaften und Technik in der DDR 1997, S. 17-33, S. 28.

455 Kocka/Nötzoldt/Walther: Die Berliner Akademien 2002, S. 417.

456 Jessen: Wissenschaft als Beruf 2002, S. 103.

betreiben sollte.<sup>457</sup> Außerdem legte die neue Grundkonzeption erstmals fest, dass die Akademie „auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR zu arbeiten habe.“<sup>458</sup> Die Forschungsfinanzierung sollte fortan durch gesellschaftliche Auftraggeber erfolgen, für die Geistes- und Sozialwissenschaften war dies in der Regel das Politbüro der SED.<sup>459</sup>

### ***Die Etablierung von Großforschungsprojekten<sup>460</sup> seit den 1970er Jahren***

Durch die Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme zu Beginn der 1970er Jahre wurde seitens der Politik auf dem VIII. Parteitag eine Erhöhung der Produktion gefordert, die auch wissenschaftspolitische Veränderungen nach sich zog. Es kam zu einer Ausweitung der Kompetenzen der Akademie, die 1972 in „Akademie der Wissenschaften der DDR“ umbenannt wurde und fortan eine Koordinierungsfunktion gegenüber Industrie- und Hochschulforschung übernahm. Hinzu trat die Aufgabe, für die Staats- und Parteiführung Prognosen über die künftige Wissenschaftsentwicklung abzugeben. Damit löste sie den Forschungsrat in dieser Funktion ab.<sup>461</sup>

Die Einführung von Großforschungsprojekten zur Bündelung der Forschung ging einher mit Modernisierungsprozessen in allen Bereichen von Wissenschaft und Wirtschaft, die dazu dienen sollten, die Effizienz zu steigern. Kern der sozialistischen Großforschungsprojekte in der DDR, wie sie zwischen 1968 und 1972 etabliert wurden, war vor allem die enge Verzahnung von Industrie und Forschung sowie die Nutzbarmachung wissenschaftlicher Ergebnisse für industrielle Bedürfnisse. Nach Tandler spiegelte die Einrichtung der Großforschungszentren

„den Wunderglauben wider, mit wissenschaftlich-technischen Errungenschaften den Anschluß an führende Wirtschaftsnationen zu schaffen. Vertreter der Partei- und Staatsapparate schienen von der Idee der Planbarkeit der Zukunft durchdrungen zu sein [...]. In systemtheoretisch getränktem, wissenschaftlich verbrämten Vokabular wurden Beschlüsse und Verordnungen abgefaßt, die bis zu 200 Seiten stark von Prozessen, Systemen, Systemsteuerung und Kontrollnetzwerken handelten.“<sup>462</sup>

### ***Stellung der Akademie im Wissenschaftssystem der DDR***

457 Reindl: Akademiereform, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung 1999, S. 339-360, S. 346f. sowie Nötzoldt: DAW in Gesellschaft und Politik, in: Kocka (Hg.): Die Berliner Akademien 2002, S. 29-80, S. 74ff.

458 Nötzoldt: DAW in Gesellschaft und Politik, in: Kocka (Hg.): Die Berliner Akademien 2002, S. 29-80, S. 75.

459 Nötzoldt: DAW in Gesellschaft und Politik, in: Kocka (Hg.): Die Berliner Akademien 2002, S. 29-80, S. 76.

460 Zur Definition bzw. Problematisierung des Begriffes ‚Großforschung‘ im ostdeutschen Sprachgebrauch, der nicht mit dem angloamerikanischen Ausdruck von ‚big science‘ zu verwechseln ist, vgl. Tandler: Visionen einer sozialistischen Großforschung, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung 1999, S. 361-375 sowie Abele: Großforschung in der DDR, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung 1999, S. 316-319.

461 Reindl: Akademiereform, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung 1999, S. 339-360, S. 346.

462 Tandler: Visionen einer sozialistischen Großforschung, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung 1999, S. 361-375, S. 369.

Aus den geschilderten strukturellen, personellen, finanziellen und politischen Rahmenbedingungen ergab sich eine Sonderstellung der Akademie der Wissenschaften im Wissenschaftssystem der DDR, die sie in wesentlichen Punkten von anderen Institutionen unterschied und ihre „Nischenfunktion“ ausmachte.

1. **Personelle Struktur:** Wollte man in der DDR Wissenschaft als Beruf betreiben, war die Akademie der Ort, der hierfür die besten Voraussetzungen bot. Dies galt gleichermaßen für die ‚bürgerlichen (Natur-)Wissenschaftler‘, mit der die SED einen pragmatischen Umgang pflegte, wie für die in den 1960er Jahren ausgebildete, neue Elite. Die ‚bürgerlichen Wissenschaftler‘ profitierten von den optimalen Forschungsbedingungen sowie den guten Einkommensmöglichkeiten an der Akademie, die ihnen angeboten wurden, um ihre Abwanderung in den Westen zu verhindern. Damit konnte die SED weiterhin vom Forschungspotential der Akademie profitieren und sie ins Wissenschaftssystem integrieren, die Wissenschaftler mussten (und sollten) aber nicht dem ‚sozialistischen Bildungsauftrag‘ nachkommen, wie es von Universitätsprofessoren gefordert wurde, sondern konnten sich auf ihre jeweilige fachliche Forschung konzentrieren. Neben der materiellen Besserstellung ermöglichte die Beteiligung einzelner Wissenschaftler am Forschungsrat zudem politisches Mitspracherecht bei der Forschungsplanung, und sie konnten den dort gewonnen Einfluss als Ressource nutzen. Die relative Forschungsfreiheit und der Verzicht auf Lehre machte die Akademie auch für die neuen Eliten attraktiv.
2. **Aufgaben der Akademie der Wissenschaften:** In der DDR wurde die Akademie der Wissenschaften, ursprünglich eine Gelehrten-gesellschaft, zur wichtigsten Forschungsinstitution ausgebaut. Neben Grundlagen- und Anwendungsforschung gehörte durch die Etablierung der Forschungsgemeinschaft und des Forschungsrates als „Hybridgemeinschaft“ zwischen Wissenschaft und Politik die Forschungsplanung zu ihren wichtigsten Aufgaben. Die Satzung der Akademie vom 17. Juni 1954 legte darüber hinaus fest, dass die Akademie wissenschaftliche Politikberatung betreiben sowie Denkschriften und Gutachten verfassen sollte.  
Die Reformen der Akademie zielten darauf ab, die Produktivkraft der Wissenschaft unter Beweis und in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft zu stellen; sie wurde zu einem „Forschungskombinat“ (so Hermann Klare, langjähriger Präsident der Akademie)<sup>463</sup> um- und ausgebaut. Unterdessen verlor die Funktion der Gelehrten-gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Die Unterstellung der Akademie unter den

---

463 Vgl. dazu Kocka/Nötzoldt/Walther: Die Berliner Akademien 2002, S. 416.



Ministerrat der DDR wertete die Akademie in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung auf, und faktisch erhielt sie dadurch den Rang eines Ministeriums.

Bei seiner Untersuchung der Akademiereformen kommt Peter Nötzoldt jedoch zu dem Schluss, dass die „drei Grundkomponenten Forschungssteuerung, Forschung und Entwicklung sowie der Klub der Gelehrtenegesellschaft sich nicht zusammenfügten und im Kern getrennte Sphären blieben.“<sup>464</sup> Als Gründe für das Festhalten am Akademiemodell führt Nötzoldt politische an, etwa die Herstellung kompatibler Strukturen zum Wissenschaftssystem der UdSSR sowie der Trend zur Etablierung von Großforschungseinrichtungen, was insbesondere der (Natur-)Wissenschaftsorganisation seit den 1970er Jahren entsprach.

3. **Verhältnis der Akademie zu anderen Institutionen:** Ihre hochrangige Stellung im Wissenschaftssystem der DDR prägte auch das Verhältnis der Akademie zu anderen Institutionen. Vor allem zwischen den Hochschulen und der Akademie entstand eine Konkurrenzsituation, die sich aus der privilegierten Stellung der Akademie ergab. Spätestens mit der Verleihung des Promotionsrechts sahen die Hochschullehrer ihr Monopol bedroht: Die verhältnismäßig große Forschungsfreiheit an der Akademie sowie die Tatsache, dass dort keine Studierenden unterrichtet werden mussten, sahen die an den Universitäten tätigen Wissenschaftler als eine Bedrohung der Einheit von Forschung und Lehre an. Die Profession der Wissenschaftler differenzierte sich in der DDR aus in forschende und lehrende Wissenschaftler und drohte, die

„akademische Gemeinschaft in Gewinner und Verlierer zu spalten. [...] Konzentrieren sich hier [an der Akademie, V.W.] alle *positiven* Möglichkeiten des Berufs, drohte die Hochschullehrtätigkeit zum Negativpol zu werden. Die Freiheit der Lehre war sehr beengt, in manchen Fächern ganz dahin, die Forschungstätigkeit von Marginalisierung bedroht, der ideologische Selektions- und Konformitätsdruck stieg, und dem Hochschullehrer wurden mehr und mehr politische *Erziehungs*-Aufgaben abverlangt.“<sup>465</sup>

Diese Spaltung in lehrende und forschende Wissenschaftler kam vor allem im Bereich der Naturwissenschaften einem Bedeutungswandel des Wissenschaftlerberufs entgegen, der es für zahlreiche Wissenschaftler prestigeträchtiger erscheinen ließ, Forschung zu betreiben als zu lehren. Dieser Prozess ist zunächst mal keine Eigenheit sozialistischer Systeme, sondern auf die innere Dynamik der Wissenschaftsentwicklung im 20. Jahrhundert zurückzuführen. Doch in der DDR kam es zu einer besonderen Ausdifferenzierung zwischen dem Hochschullehrer- und dem Wissenschaft-

---

464 Nötzoldt: Innovation oder Mogelpackung 2002, S. 162.

465 Jessen: Wissenschaft als Beruf 2002, S. 105. Hervorh. im Original.

lerberuf, woraus Mitchell Ash schlussfolgert, dass diese Form der Differenzierung ein Merkmal der sozialistischen Moderne sei, da diese staatlich gesteuert wurde.<sup>466</sup> Damit die Produktivkraft Wissenschaft gesellschaftlich wirksam werden konnte, war es notwendig, sie aus ihrem Elfenbeinturm herauszuholen. Dies geschah vor allem durch die enge Anbindung der Forschung an die Industrie: An der Akademie wurde Auftragsforschung für die Industrie durchgeführt, die im Laufe der Zeit einen immer größeren Raum einnahm.

4. **Verhältnis zur Politik:** Die Akademie der Wissenschaften galt in der DDR als „höchstes wissenschaftliches Organ“, was das große politische Interesse an ihr erklärt. Dies erforderte die politische Loyalität der an der Akademie tätigen Wissenschaftler, mehr noch, dies war in den 1950er Jahren sogar die Voraussetzung für ihre Existenz.<sup>467</sup> Bei der Umgestaltung der Akademie diente die sowjetische Akademie der Wissenschaften als Vorbild. Charakteristisch hierfür war die Konzentration der staatlich finanzierten Grundlagen- und Anwendungsforschung an einer zentralen Organisation. Damit einher ging die Unterstellung der Akademie unter politische Kontrolle, indem sie durch den Ausbau der Parteiorganisationen „schrittweise in die hierarchische Kontrollstruktur des sozialistischen Staates“<sup>468</sup> integriert wurde. Diese Kontrollmechanismen waren in den 1960er Jahren notwendig geworden, um seitens der Politik Forschungssteuerung betreiben zu können (zuvor hatten Wissenschaftler die von ihnen zu lösenden Probleme selbst definiert). Im Interesse der Politik lag vor allem eine Ökonomisierung der Forschung, d.h., die fachliche und institutionelle Bindung der Forschung an die DDR-Wirtschaft und ihre direkte Ausrichtung auf den ökonomischen Nutzen.<sup>469</sup>

Wichtigstes Instrument der Forschungssteuerung war die Erstellung von Jahres- und Fünfjahresplänen, die sich an den – meist sehr allgemein gehaltenen – politischen Vorgaben orientierten. Die einzelnen Wissenschaftler beziehungsweise Forschergruppen entwickelten hierzu Projektvorschläge, die auf Abteilungs- beziehungsweise Institutsebene zusammengestellt und schließlich in den Gesamtplan der Akademie integriert wurden. Die fertigen Pläne – von Renate Mayntz als „bestellte Befehle“<sup>470</sup> charakterisiert – wurden schließlich von der Führungsspitze der Partei abgesegnet, was in der Regel ohne große Änderungen erfolgte. Da die Entwicklung

---

466 Ash: *Wissenschaft, Politik und Modernität* 1997, S. 4.

467 Kocka/Nötzoldt/Walther: *Die Berliner Akademien* 2002, S. 376.

468 Mayntz: *Die Akademie als Produktivkraft*, in: Kocka u.a. (Hg.): *Die Berliner Akademien* 2002, S. 193-199, S. 194.

469 Förtsch: *Kommentar zu Nötzoldt und Grau*, in: Kocka (Hg.): *Die Berliner Akademien* 2002, S. 91-94, S. 92.

470 Mayntz: *Die Akademie als Produktivkraft*, in: Kocka u.a. (Hg.): *Die Berliner Akademien* 2002, S. 193-199, S. 195.

der Pläne von der untersten zur obersten Hierarchieebene erfolgte, konnten die beteiligten Wissenschaftler hier bis zu einem gewissen Grad Freiräume nutzen, wenn sie der sehr allgemeinen politischen Vorgaben in konkrete Forschungsvorhaben umsetzten.<sup>471</sup> Angesichts dieser politischen Steuerungsmechanismen sprechen Gläser und Menske somit auch davon, dass die Akademie lediglich über eine „sekundäre Autonomie“ verfügte: Die zu erfüllenden Aufgaben definierte die Politik, doch in der Art und Weise der Umsetzung lag die Entscheidungsgewalt bei den jeweiligen Wissenschaftlern.<sup>472</sup>

5. **Die ‚Nischenfunktion‘ der Akademie?:** Sowohl die zahlreiche Sekundärliteratur als auch die für diese Studie befragten Zeitzeugen betonten immer wieder die ‚Nischenfunktion‘ der Akademie, um die dort vorhandenen, besonderen Forschungsmöglichkeiten zu charakterisieren, durch die sie sich von anderen wissenschaftlichen Institutionen abhob. Hierfür werden im Wesentlichen zwei Gründe angeführt, die aber unmittelbar miteinander zusammen hängen. Erstens war der politische Anpassungsdruck an der Akademie weniger groß als an den Universitäten, wo die Wissenschaftler neben der Forschung auch lehren mussten. Dies hatte zur Folge, dass die Parteizugehörigkeit bei der Einstellung an Universitäten ein wichtigeres Kriterium darstellte, als dies an der Akademie der Fall war.<sup>473</sup> Zweitens bot die Akademie für Hochschulabsolventen ein attraktives Arbeitsfeld, das sich durch seine hervorragenden Arbeitsbedingungen auszeichnete. Dies führte zu hohen Bewerberzahlen und erlaubte es den Akademieinstituten, die besten Bewerber auszuwählen.<sup>474</sup>

## 4.2 Philosophie in der DDR

Die DDR-Vergangenheit kaum einer wissenschaftlichen Disziplin wird so kontrovers diskutiert wie die der Philosophie. Zur Debatte<sup>475</sup>, die nicht zuletzt durch die Aufarbeitung der DDR-Wissenschaft im Rahmen einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und die Evaluation und Abwicklung ostdeutscher Institute und Forschungseinrichtungen geprägt war, standen und stehen nicht nur Stellenwert und Rolle der Philosophie im ost-

---

471 Mayntz: Die Akademie als Produktivkraft, in: Kocka u.a. (Hg.): Die Berliner Akademien 2002, S. 193-199, S. 195.

472 Gläser/Menske: Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? 1996, S. 162.

473 So betonen Kocka/Nötzoldt/Walther etwa, dass der Anteil der Parteimitglieder an der Akademie nur etwa halb so groß gewesen sei wie an den Universitäten und führen dies auf die Konzentration auf Forschung statt auf Lehre an der Akademie zurück. Vgl. Kocka/Nötzoldt/Walther: Die Berliner Akademien 2002, S. 419. Vgl. hierzu auch Förtsch 2002, S. 94.

474 Kocka/Nötzoldt/Walther: Die Berliner Akademien 2002, S. 419.

475 Für einen Überblick über die unterschiedlichen Positionen in der Forschung zur DDR-Philosophie vgl. Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 27-48.

deutschen Wissenschaftssystem, sondern auch die wissenschaftliche Validität ihrer Ergebnisse.

Der Grund hierfür ist (vermeintlich) schnell benannt: Die Philosophie, so die Argumentation, stellte das politisch-ideologische Fundament des Staates DDR dar. Philosophie *war* Marxismus-Leninismus und *war* damit die Ideologie der DDR.<sup>476</sup> Diese enge Verwobenheit zwischen Wissenschaft und Politik bzw. Wissenschaft und Staat fungiert bei einigen Akteuren in der Debatte über den Stellenwert der Philosophie als Argument, ihr generell jede Form von Wissenschaftlichkeit abzusprechen.

„Nicht nur in öffentlichen Debatten, sondern auch in den gängigen Forschungsansätzen wird der Wissenschaftsstatus der mit Geschichte, Kultur und Gesellschaft befassten Disziplinen in der DDR gerade unter dem Gesichtspunkt der von ihnen praktizierten Art der Konzeptualisierung massiv bezweifelt. Bei pauschaler Abwertung der DDR-Wissenschaften wird einem am Marxismus-Leninismus orientierten Betrieb der Forschung und Lehre die *Wissenschaftsfähigkeit* und damit die Möglichkeit *wissenschaftsgemäßer Theoriebildung* überhaupt abgesprochen. Die zugrundegelegte Theorie wird dann schlichtweg Ideologie und Dogma.“<sup>477</sup>

Eine derartige Perspektive, die in der Forschung zur (Wissenschafts-)Geschichte der DDR nach wie vor anzutreffen ist, übersieht allerdings zweierlei: Die wissenschaftshistorische Perspektive auf die Rolle der Disziplin Philosophie in der DDR sollte erstens – das hat die historische Forschung zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit vielfach herausgestellt – sensibel dafür sein, die Geschichte der DDR nicht von ihrem Ende her zu schreiben und zu interpretieren. Dies gilt insbesondere bei der Betrachtung politiknaher Bereiche. Das Scheitern der DDR kann nicht gleichgesetzt werden mit der vollständigen Funktionsuntüchtigkeit des Systems oder einzelner Subsysteme, sondern bedarf der sorgfältigen Betrachtung des Einzelfalls. Zweitens kann aus einem Marx-Zitat in einem Text noch nicht dessen ideologischer Charakter abgeleitet werden. D.h., es bedarf bei der Beurteilung dessen, wie dogmatisch bzw. ideologisch ein Text ist, auch der Reflexion darauf, ob es sich bei der vermeintlichen Ideologie nicht auch um rhetorische Floskeln handeln könnte, die nicht zuletzt aus Gründen der Selbstzensur der Texte durch die Autoren eingefügt wurden.<sup>478</sup>

---

476 So etwa Steinwachs, wenn er undifferenziert festhält: „Die Philosophie als gesamt- und nicht nur gesellschaftswissenschaftliche Leitdisziplin mit der Aufgabe, die gesellschaftliche Bewußtseinsbildung voranzutreiben und das sozialistische System zu legitimieren, hatte vordringlich die Lehre im Pflichtprogramm des Marxismus-Leninismus zu sichern und unterlag daher in besonderer Weise parteipolitischer Instrumentalisierung, ideologischen Denkschemata und – trotz institutioneller und wissenschaftlicher Reformversuche Einzelner – einen fortschreitenden Scholastizismus.“ (Steinwachs: Bericht über die Lage, in: ders. (Hg.): Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR 1993, S. 30).

477 Küttler: Formationstheorie, in: Utopie kreativ 74 (1996), S. 65-80, S. 65.

478 Vgl. hierzu Kapitel drei dieser Arbeit. Siehe außerdem: Schneider: Hinter Mauern aus Text, in: Hochschule Ost 3 (1998), S. 104-111. Eine Vorgehensweise, die wissenschaftliche Ergebnisse/Texte deswegen als unwissenschaftlich markiert, weil sie sich positiv auf marxistische Denker beziehen, ist selbst gewissermaßen ideologisch. Das innovative Potential marxistischer Ansätze, welches ja auch im vermeintlich undogmatischen und unideologischen Westen seine Wirkung zeigte (man denke nicht nur an Ansätze wie die Sozialgeschichte, sondern auch die Cultural Studies etc.), wird dabei vollständig verkannt. Ähnlich argumentiert Mocek: Vom ‚mutigen Bade in der Politik‘, in: Utopie kreativ 14/15 (1991), S. 37-42.

Welche Rolle kam der Disziplin Philosophie im Wissenschaftssystem der DDR also zu und wie gestaltete sich ihr Verhältnis zu Staat und Politik? Dies sind die zentralen Fragen in der Auseinandersetzung um die Philosophie in der DDR und auch der Kristallisationspunkt der vorliegenden Arbeit.

### ***Der ‚Philosophenstreit‘ Mitte der neunziger Jahre***

Später Höhepunkt dieser Auseinandersetzung ist der so genannte „Philosophenstreit“.<sup>479</sup> Dabei handelte es sich um eine Debatte, die 1996/97 in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* sowie im Feuilleton ausgetragen wurde. Kontext war die nach der Wiedervereinigung notwendige Aufarbeitung der DDR-Philosophie sowie Auseinandersetzungen darüber, wer hierzu die Kompetenz besaß.

Doch damit begibt man sich mitten hinein in das „Forschungsproblem DDR“.<sup>480</sup> Denn zugespitzt kann man mit Jarauschk formulieren, dass die einen – zumeist westdeutsche Philosophen und ehemalige Regimegegner – das Bild einer ‚ostdeutschen Misserfolgsgeschichte‘ der Disziplin Philosophie zeichnen, während andere (meist die ehemalige Elite unter den DDR-Philosophen) den Weg einer ‚post-sozialistischen Trotzgeschichte‘ wählen – beides eindimensionale Erklärungsansätze, die der jeweils anderen Perspektive nicht gerecht werden (können).<sup>481</sup> So nachvollziehbar die Motivation beider Seiten (die notwendige Kritik am DDR-Regime auf der einen und die Sorge um den Verlust von Stellen und sozialem Kapital auf der anderen Seite) auch sein mag, so wenig beachten die Autoren aktuelle Diskussionen der Wissenschaftsgeschichte über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik und damit den Facettenreichtum der gestellten Frage. Nicht ganz zu Unrecht stellt der westdeutsche, aber nach der Wende als Assistent an der Universität Leipzig tätige Ulrich Johannes Schneider deswegen bezogen auf die Qualität der philosophischen Forschung der DDR die Frage: „Warum aber sollte das abgeschaffte Gesellschaftssystem überdurchschnittlich viele Dummköpfe gezählt haben?“<sup>482</sup> Damit kritisiert er vor allem solche (West-)Positionen, die die „politisch gewollte und durchgesetzte ‚Abwicklung‘“<sup>483</sup> alleine wissenschaftlich und beispielsweise mit der geringen Anzahl internationaler Veröffentlichungen der DDR-Philosophen begründen. Problematisch hieran ist, dass die Standards des westlichen Wissenschaftssystems und dessen Kriterien für Erfolg bzw. ‚gute Wissenschaft‘ angelegt werden, ohne den Besonderheiten des DDR-Wissenschaftssystems Rechnung zu tra-

---

479 Vgl. dazu: Pasternack: Nachholende Debatte, in: *Comparativ* 4 (1998), S. 91-102.

480 Kocka: DDR als Forschungsproblem, in: ders. (Hg.): *Historische DDR-Forschung* 1993, S. 9-26.

481 Jarauschk: Die Teile als Ganzes denken, in: *Zeithistorische Forschungen* 1 (2004), online unter <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jarauschk-1-2004>, letzter Abruf 21.7.11, S. 2f.

482 Schneider: Der Skandal der Abwicklung, in: *Hochschule Ost* 3 (1998), S. 71-75, S. 71.

483 Schneider: Der Skandal der Abwicklung, in: *Hochschule Ost* 3 (1998), S. 71-75, S. 72.

gen. Einer solchen historischen Analyse bedarf es aber, wenn man bei der Beurteilung der Qualität der DDR-Philosophie nicht in dieselbe Falle tappen will.

### 4.2.1 Besonderheiten der Disziplin Philosophie in der DDR

Zweifelsohne war der Stellenwert der Philosophie in der DDR ein besonderer im Vergleich zu ihrer Rolle im Wissenschaftssystem westlicher Demokratien, aber auch (teilweise) im Vergleich zu anderen Wissenschaftsdisziplinen. Doch was genau machte die Besonderheit der DDR-Philosophie aus? Dies ist Gegenstand des vorliegenden Kapitels, in dem ein Überblick über die Disziplin Philosophie in der DDR gegeben, ihre Charakteristika dargestellt und ihr Stellenwert im wissenschaftlichen Disziplinengefüge erläutert werden soll.

Dabei gilt es, einerseits den Besonderheiten der Disziplin Rechnung zu tragen und andererseits zu überlegen, welche Schlussfolgerungen sich daraus für Akteure und Institutionen, aber auch die Validität der wissenschaftlichen Ergebnisse ziehen lassen.<sup>484</sup> Denn bei der Gleichung, dass eine vermeintlich so staats- und politiknahe Disziplin keine „gute“ Wissenschaft betreiben haben kann, handelt es sich um einen eher politisch motivierten denn wissenschaftshistorischen belegbaren Befund, wie nicht zuletzt die Forschung zur Wissenschaftsgeschichte des Nationalsozialismus belegt.<sup>485</sup> Es gilt also zunächst nach den Maßstäben für die Wissenschaft Philosophie und den Bedingungen des philosophischen Diskurses in der DDR allgemein zu fragen, bevor am Beispiel der Wissenschaftsphilosophie in Kapitel 5 ein Teilbereich der Disziplin rekonstruiert werden kann. Klar sein dürfte, dass die oberflächliche Betrachtung der Veröffentlichungen nach der Wende nicht mehr ausreichen kann, sondern sich erst durch das Hinzuziehen der Aussagen von Zeitzeugen sowie Archivmaterial ein realistisches Bild nachzeichnen lässt.<sup>486</sup>

#### *Philosophie als Legitimationsdisziplin des sozialistischen Staates?*

Das Verhältnis von Politik und Philosophie ist aus Sicht der Politik bereits in Kapitel drei dieser Arbeit beleuchtet worden: Die Gesellschaftswissenschaften im Allgemeinen und die Philosophie im Besonderen dienten der SED als Mittel, das sozialistische Staats- und Gesellschaftsmodell wissenschaftlich zu begründen und zu legitimieren sowie zugleich den Marxismus/Leninismus an die Besonderheiten der Industriegesellschaften anzupassen und zu modernisieren.

Eine Anpassung der philosophischen Standpunkte zur Industriegesellschaft im Spagat zwischen Staatsdoktrin und innovativer Forschung vollzog sich (vielleicht sogar vor allem) in den Bereichen, in denen Systemtheorie und Kybernetik rezipiert und/oder diskutiert wurden, das heißt, im Gebiet der Formalen Logik und der Philosophie der Naturwis-

---

484 Instruktiv hierzu ist Mocek: Naturwissenschaft und Philosophie, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 97-115.

485 Vgl. dazu etwa Szöllösi-Janze: Politisierung der Wissenschaften – Verwissenschaftlichung der Politik, in: Fisch (Hg.): Experten und Politik 2004, S. 79-100.

486 Vgl. dazu auch: Schneider: Hinter Mauern aus Text, in: Hochschule Ost 3 (1998), S. 104-111.

senschaften. Damit muss man gleichzeitig konstatieren, dass die innovativsten Bereiche der Philosophie in der DDR auch die Bereiche waren, die für die Politik überaus interessant waren. Denn hier schlug sich das Wissenschaftsverständnis der SED in den philosophischen Debatten nieder, wenn die Rede von der ‚Wissenschaft als Produktivkraft‘ oder von der ‚Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution‘ war (vgl. dazu Kapitel 3 dieser Arbeit). Zweifelsohne trugen sowohl die Formale Logik, wie sie von Georg Klaus vertreten wurde, als auch die Philosophie der Naturwissenschaften damit dazu bei, den politischen Denkstil in Bezug auf den gesellschaftlichen Stellenwert von Wissenschaft zu formen und zu modernisieren. Dies mündete gegen Ende der 1960er beziehungsweise zu Beginn der 1970er in der so genannten ‚Wissenschaftswissenschaft‘, die ihre institutionelle Verortung am 1970 gegründeten Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften fand.<sup>487</sup>

Zugleich stehen die genannten Bereiche und Forschungsrichtungen – um auf das eingangs geschilderte Forschungsproblem zurück zu kommen – als Beispiele für die Notwendigkeit, die Geschichte der DDR-Philosophie beziehungsweise der Philosophie in der DDR differenziert zu betrachten. Denn schon ein cursorischer Überblick in die Publikationen zur Geschichte der Philosophie in der DDR zeigt, dass die Bereiche Kybernetik und Philosophie der Naturwissenschaften angesichts ihrer Innovativität (und ihrer verhältnismäßig un-dogmatischen Positionen) oft als Ausnahmen in einer ansonsten als dogmatisch, ideologisch und politiknah beschriebenen Disziplin gelten.<sup>488</sup> Allerdings sagt dies nur wenig über das Verhältnis der genannten Bereiche zur SED aus; eine Zwei-Wege-Theorie, die von der Spaltung der DDR-Philosophie in eine offizielle, parteikonforme und eine oppositionelle ausgeht, ist deshalb abzulehnen.<sup>489</sup> Denn obwohl es sich bei der Kybernetik und der Philosophie der Naturwissenschaften in der DDR um wegweisende und weniger dogmatische Ansätze handelte, heißt dies nicht, dass sie sich damit in Opposition zur Parteipolitik befanden. Ertragreicher erscheint eine Sichtweise, die die Philosophie in der DDR als ein „an verschiedenen Stellen unterschiedlich eng geflochtene[s] Beziehungsnetz zwischen Marxismus-Leninismus und Philosophie“<sup>490</sup> begreift. Dies scheint auch der Erfahrung der han-

---

487 Vgl. dazu Laitko: Zur Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung, in: Genov (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-146 sowie Kröber: Abschied oder Abstand von der Wissenschaftsforschung?, in: Utopie kreativ 89 (1998), S. 27-38.

488 So argumentieren etwa Rauh: Einleitung, in: ders./Ruben (Hg.): Denkversuche 2005, S. 10; Schneider: Der Skandal der Abwicklung, in: Hochschule Ost 3 (1998), S. 73; Wilharm: Denken für eine geschlossene Welt 1990, S. 249 oder Herzberg: Lautes oder lauter Schweigen?, in: Hochschule Ost 3 (1998), S. 28. Weitere Beispiele ließen sich anführen. Differenzierter sieht dies Maffei, die die Kybernetik als „Stütze des Dialektischen und Historischen Materialismus“ und eine „Leitungsdisziplin im philosophischen Feld“ interpretiert. Sie argumentiert weiter, dass die der Kybernetik zugestandene Autonomie „daher nur als Resultat einer engen Verbindung mit den politischen Instanzen interpretiert werden kann.“ (Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 74).

489 Vgl. hierzu Rauh: Vorwort, in: ders./Ruben (Hg.): Denkversuche 2005, S. 15 sowie Wilharm: Denken für eine geschlossene Welt 1990, S. 11f.

490 Wilharm: Denken für eine geschlossene Welt 1990, S. 14.



delnden Akteure zu entsprechen; Reinhard Mocek etwa widerspricht der These, dass es auf der einen Seite Ideologen und auf der anderen Seite die reinen Wissenschaftler gegeben habe, sondern legt dar, dass zahlreiche Philosophen Elemente beider Richtungen vertreten haben.<sup>491</sup>

Daraus ergibt sich, dass die Rekonstruktion des Denkstiles und der Denkkollektive Aufschluss darüber geben kann, welchem Pol die Systemtheorie und Kybernetik rezipierenden Wissenschaftler jeweils zuzuordnen sind. Doch bevor in Kapitel 5 das Hauptaugenmerk auf die Bereiche der Philosophie gerichtet werden wird, die sich mit philosophischen Fragen der Naturwissenschaften, Logik und Wissenschaftsphilosophie befassten, soll der Blick zunächst auf strukturelle Merkmale der Disziplin, ihre Institutionen und Akteure gerichtet werden. Denn nur durch den Vergleich mit dem philosophischen Mainstream und dessen Verhältnis zur Politik kann der Besonderheit der genannten Subdisziplinen Rechnung getragen werden.

### ***Gesellschaftswissenschaften, Marxismus-Leninismus und marxistisch-leninistische Philosophie***

Mit der Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft der SBZ nach 1945 gehen bereits auf begrifflicher Ebene Besonderheiten einher, die der Sowjetisierung des Hochschulwesens geschuldet sind. So findet man den Begriff ‚Geisteswissenschaften‘ zwar auch in der DDR, zugleich wurde nach dem Krieg aber vermehrt von den ‚Gesellschaftswissenschaften‘ geredet.<sup>492</sup> Hierbei handelte es sich um den Oberbegriff für die Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften.<sup>493</sup> Zu den Gesellschaftswissenschaften zählten insbesondere auch solche Disziplinen, die im Westen der Sozialwissenschaft zugerechnet wurden. Diese Wissenschaftsbereiche, zu denen etwa die Ökonomie, die Soziologie, die Rechtswissenschaft, aber auch das für alle Studierenden obligatorische Grundstudium des Marxismus-Leninismus zählten, waren meist stärker empirisch orientiert. Ihr Ziel – und darin wiederum unterschieden sie sich von ihrem westlichen Pendant – war die Umformung der Gesellschaft hin zu einer sozialistischen und die damit einhergehende sozialistische Erziehung der Bevölkerung.

Darüber hinaus gab es den ‚Marxismus-Leninismus‘. Hierunter wiederum wurden die Kritik der politischen Ökonomie auf der einen und der so genannte ‚wissenschaftliche Kommunismus‘, d.h. marxistisch-leninistische Philosophie, Geschichte der Philosophie und historischer und dialektischer Materialismus, verstanden – Disziplinen, auf die sich die

---

491 Mocek: Naturwissenschaft und Philosophie in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 97-115, S. 97f.

492 Vgl. hierzu Herzberg: Lautes oder lauter Schweigen?, in: Hochschule Ost 3 (1998), S. 24-31, S. 24.

493 Steinwachs: Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR, Bd. 1, S. 12.

SED positiv bezog.<sup>494</sup> Die (marxistisch-leninistische) Philosophie war also nur ein Bestandteil des Marxismus-Leninismus, der aber eben nicht vollständig in der Philosophie aufging:

„Der Korpus des Marxismus-Leninismus statuiert die Einheit von Philosophie und Politik, das Primat des Dialektischen und Historischen Materialismus sowie das Primat der Produktivkräfte und der Partei. Die marxistisch-leninistische Philosophie war zwar ein entscheidender Bestandteil des Marxismus-Leninismus, der jedoch weitere Disziplinen beinhaltete.“<sup>495</sup>

Deswegen unterschieden sich die wissenschaftlichen Disziplinen ‚Marxismus-Leninismus‘ und ‚marxistisch-leninistische Philosophie‘ (so hieß es ab 1969, s.u.) vor allem institutionell: Die an den Hochschulen vorhandenen Sektionen für Marxismus-Leninismus beschäftigten neben eigens ausgebildeten Marxisten-Leninisten zwar auch Philosophen, waren aber allein für die Durchführung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums zuständig.

Das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium und damit die institutionelle Differenzierung von Philosophie und Marxismus-Leninismus war mit der Zweiten Hochschulreform 1951 eingerichtet worden, dauerte zwei Jahre und musste von alle Studierenden in der DDR – egal, für welche Fachrichtung er oder sie eingeschrieben war – absolviert werden. Daneben hatte die SED die Einführung eines fünfjährigen Philosophiestudiums beschlossen. Allerdings war die Reputation der an den Sektionen für Marxismus-Leninismus beschäftigten Wissenschaftler schlechter als die der Diplom-Philosophen: Ihnen war es nicht ohne weiteres möglich, an eine Sektion für marxistisch-leninistische Philosophie zu wechseln, weil ihre Ausbildung zu wenig umfassend war und Kenntnisse in zahlreichen philosophischen Subdisziplinen (wie beispielsweise klassischer Philosophie, Geschichte der Philosophie, Ethik, Logik) vermissen ließ.<sup>496</sup> Im Zuge der Dritten Hochschulreform 1969 schließlich kam es zur Umbenennung aller Fakultäten für Philosophie in ‚Sektionen für marxistisch-leninistische Philosophie‘, was die Politisierung des Faches auch durch die Namensgebung untermauerte.<sup>497</sup>

---

494 Dazu etwa Gerhardt/Rauh: Vorwort, in: dies. (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie 2001, S. 9-15, S. 10 und Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden, in: Kapferer (Hg.): Innenansichten 1994, S. 7-29, S. 8.

495 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 72.

496 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 71.

497 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 57.

#### 4.2.2 Neue Philosophen<sup>498</sup> braucht das Land

Anders als die vermeintlich unpolitischen, naturwissenschaftlichen Disziplinen war die Philosophie in der SBZ/DDR nach 1945 in besonderem Maße von einem Elitenwechsel betroffen. Zwar behielten einige ‚bürgerliche Philosophen‘ (wie etwa Hans-Georg Gadamer) ihre Lehrstühle, die meisten Dozenten der ersten Nachkriegsgeneration rekrutierten sich aber aus den Kreisen von Exilkommunisten oder Antifaschisten.

Viele dieser ersten Philosophengeneration, die sich aus politischen Funktionären rekrutierte, absolvierten ab 1948/49 einen Dozentenlehrgang an der Parteihochschule in Kleinmachnow, in dem neben Dialektischem und Historischem Materialismus, Politischer Ökonomie und Logik auch Geschichte der Philosophie gelehrt wurde. Der Lehrgang dauerte zwei Jahre und ab 1951 wurden die Absolventen auf die vakanten Lehrstühle berufen, unter ihnen beispielsweise Walter Hollitscher, Georg Klaus, Hermann Ley und Robert Havemann.<sup>499</sup>

Die politische Nähe der Philosophen zur SED drückt sich dabei empirisch allein schon im zahlenmäßigen Verhältnis der Parteimitgliedschaft von Philosophen im Vergleich zu Wissenschaftlern anderer Disziplinen aus. Während sich unter den Naturwissenschaftlern im Durchschnitt nur etwa 30 Prozent SED-Mitglieder befanden, war der Anteil der Genossen in der Philosophie mit über 66 Prozent am höchsten und damit mehr als deutlich über dem Durchschnitt, der 1965 bei 39,5 Prozent lag. Für den Mittelbau gestalten sich die Zahlen ähnlich (hier lag der Schnitt bei 62,4 Prozent Parteimitgliedern).<sup>500</sup>

Doch trotz dieser hohen Anteile von Parteimitgliedern unter den Philosophen „gab es nur wenige direkte Verbindungen zwischen der politischen und der philosophischen Karriere.“<sup>501</sup> Zwar gab es Politiker, die ein Philosophiestudium absolviert haben oder – wie Kurt Hager als exponiertestes Beispiel – sogar zeitweise als Professoren tätig waren, doch waren diese als Philosophen nur wenig einflussreich.<sup>502</sup> Die Philosophen wiederum, die eine hohe Stellung in der universitären oder akademischen Hierarchie einnahmen, übten

498 Personell war die Philosophie in der DDR männlich dominiert. Wenngleich zahlreiche Studentinnen zu Philosophinnen ausgebildet wurden, gab es nur sehr wenige Philosophie-Professorinnen (so waren von 109 Professuren für Philosophie im Jahr 1954 nur sechs mit Frauen besetzt, 1962 fanden sich 11 Professorinnen unter den insgesamt 142 Professuren (vgl. dazu Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999, Tabellen C b (S. 466) und C c (S. 480)). Entscheidungspositionen waren in der Regel männlich besetzt, für die in dieser Arbeit im Zentrum der Betrachtung stehenden Bereiche der Logik und der Philosophie der Naturwissenschaften galt dies in besonderem Maße. Vgl. dazu auch Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 71.

499 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 52f.

500 Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999, Tabelle C d: Der Lehrkörper der wissenschaftlichen Hochschulen 1965, S. 485. Aus den Tabellen bei Jessen geht auch hervor, dass die Anzahl der Parteimitglieder unter den Professoren für Philosophie kontinuierlich anstieg. 1954 waren 37,6 % der Professoren Mitglied der SED, 1962 schon 63,4 % und 1965 schließlich besaßen 66,5 % das Parteibuch.

501 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 80f.

502 Kurt Hager war bis 1954 Professor für Dialektischen Materialismus an der Humboldt-Universität, bevor er Leiter der Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees der SED wurde.

ihre Entscheidungsmacht vor allem über die Disziplin, nicht aber im politischen Bereich aus. Maffeis spricht in diesem Zusammenhang von einer

„relative[n] Autonomie zwischen politischen und philosophischen Funktionen. Die Philosophen, die eine hohe hierarchische Position besaßen, nahmen jedoch eine *Gatekeeper*-Funktion zwischen einer äußeren, an der Partei ausgerichteten, und einer inneren philosophischen Position gegenüber ihren Untergebenen ein.“<sup>503</sup>

Der tatsächliche Einfluss von Philosophen auf die Politik sollte insgesamt angesichts dieser Forschungsergebnisse nicht zu hoch bewertet werden. Zwar mögen einzelne Philosophen in Positionen aufgerückt sein, wo sie zu politischen Entscheidungsträgern wurden, dies ist aber eher die Ausnahme als die Regel.

„Wie überall auf der Welt war die akademische Philosophie auch in der DDR politisch eher bedeutungslos. Man überschätzt den Einfluß von Universitätsphilosophen, wenn man ihnen gesellschaftsstabilisierende oder -destabilisierende Wirkungen zubilligt.“<sup>504</sup>

Bei der Auswahl des Personals für die neuen philosophischen Fakultäten verfolgten die Wissenschaftsorganisatoren außerdem eine Doppelstrategie: Durch die Einführung der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten und des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums sicherten sie sich den ideologischen Zugriff auf die Studierenden, darüber hinaus wurden den so genannten bürgerlichen Philosophen aber Handlungsspielräume gewährt, die den Lehrbetrieb an den wiedereröffneten Fakultäten sicherten.<sup>505</sup> Aus diesem Grund bezeichnet Guntolf Herzberg das Grundlagenstudium als „Impfbescheinigung“<sup>506</sup>: Alle Studierenden wurden (mehr oder weniger erfolgreich) ideologisch unterrichtet, um sie gegen der SED widerstrebendes Gedankengut zu ‚impfen‘.

### *‚Kaderphilosophie‘ versus ‚akademische Philosophie‘*

Dahinter stand der Gedanke, dass Theorie und Kritik im Klassenkampf als Waffe gegen das bürgerliche Lager eingesetzt werden könne, um die Ausweglosigkeit des kapitalistischen Systems zu entlarven.<sup>507</sup> Doch eine solche Auffassung, das zeigt Peter Ruben, ist charakteristisch für die Kaderphilosophie, da sich die Aufgabe der Philosophen in einem solchen Fall darauf reduziert, darzulegen, was die Partei sowieso schon weiß. Hierin sieht er ein „Programm intellektueller Barbarisierung, ein Programm des Bruchs mit der Wissenschaft überhaupt.“<sup>508</sup>

503 Maffeis: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 81. Hervorh. im Original.

504 Schneider: Hinter Mauern aus Text, in: Hochschule Ost 3 (1998), S. 104-111, S. 106.

505 Metzler: Fachstudium Philosophie, in: Weißbecker, Manfred (Hg.): Gewalten 2002, S. 135-154, S. 137.

506 Herzberg: Lautes oder lauter Schweigen, in: Pasternack (Hg.): Nachholende Debatte 1998, S. 24-30, S. 26.

507 Vgl. dazu Wilharm: Denken für eine geschlossene Welt 1990, S. 43-45.

508 Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden, in: Kapferer (Hg.): Innenansichten 1994, S. 7-29, S. 12.

Doch – anders als etwa bei Kapferer dargestellt – waren nicht alle Wissenschaftler Kaderphilosophen;<sup>509</sup> hierbei handelte es sich um eine spezielle, relativ gut eingrenzbar Gruppe bzw. eine Möglichkeit der philosophischen Tätigkeit in der DDR unter anderen. Vor allem für die Parteischulen, die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die Dresdener Militärakademie und die Gewerkschaftshochschule, muss konstatiert werden, dass die dort tätigen Philosophen sich in erster Linie mit Reproduktion der weltanschaulichen Meinungen der SED unter Nutzung der Klassiker des Marxismus-Leninismus befasste. Nach Ruben war das „wesentliche Geschäft“ dieser Parteikader die „Feindbildproduktion“<sup>510</sup> und eine solche Anstellung als Kaderphilosoph durchaus eine Karriereoption.

Bedingung dafür, Kaderphilosoph zu werden, war die „Unterwerfung unter die ideologischen Anweisungen des Ideologiesekretariats der SED.“<sup>511</sup> Weiter waren Faktoren wie die soziale Herkunft, die Mitgliedschaft in Parteiorganisationen, das Vertreten der Parteilinie sowie das Verhältnis zum Parteisekretär (da Loyalität zum Vorgesetzten oft gleichgesetzt wurde mit Loyalität zur Partei) entscheidende Kriterien dafür, ob jemand Kaderphilosoph werden konnte oder nicht.<sup>512</sup>

Anders verhielt es sich im Bereich der akademischen Philosophie an den Hochschulen und der Akademie der Wissenschaften, wo wiederum die meisten Wissenschaftler zwar Parteimitglieder waren, diese Mitgliedschaft allerdings nur wenig über die Haltung der jeweiligen Philosophen aussagte. Vielmehr wurde sie oft als selbstverständlich angesehen und war meist unvermeidlich, lässt aber keine Schlüsse darauf zu, ob ein Wissenschaftler Kaderphilosoph war oder nicht. Hierfür relevant war das Verhältnis zur und die Sichtweise auf die Partei, die sich anhand der Mitgliedlisten nur schwer rekonstruieren lässt. Herzberg spricht von drei Gruppen unter den „Genossen Philosophen“, und zwar erstens jene, die sich voll und ganz an der Parteilinie orientierten, zweitens die Taktiker, die sich zwar äußerlich anpassten, dies aber taten, um so die Freiräume zu besitzen, auch andere philosophische Gedanken zu äußern und teilweise zu publizieren und drittens schließlich den Typus des Zynikers.<sup>513</sup> Gleichwohl waren die Kaderphilosophen, deren Zentrum das „Ideologiesekretariat des Zentralkomitees“ war, auch für die akademischen Philosophen die Orientierungsgröße, die die Grenzen des Sagbaren definierten.

Folglich gilt es zu unterscheiden zwischen den Publikationen der Wissenschaftler auf der einen Seite und der wissenschaftlichen Alltagspraxis auf der anderen Seite. Kapferer

---

509 Kapferer: Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie 1990.

510 Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden, in: Kapferer (Hg.): Innenansichten 1994, S. 7-29, S. 17.

511 Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden, in: Kapferer (Hg.): Innenansichten 1994, S. 7-29, S. 11.

512 Ruben: Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden, in: Kapferer (Hg.): Innenansichten 1994, S. 7-29, S. 22f.

513 Herzberg: Abhängigkeit und Verstrickung 1996, S. 12.

spricht davon, dass viele Philosophen in der DDR eine „philosophische Doppelexistenz“ geführt hätten:

„Man stimmte in den Chor der formierten marxistisch-leninistischen Philosophie ein, wann immer dies abverlangt wurde und pflegte im Stillen oder im trauten Kreise seine eigenen, abweichenden philosophischen Leidenschaften.“<sup>514</sup>

Zeitzeugen relativieren diese Aussage allerdings dahingehend, dass diese „philosophischen Leidenschaften“ durchaus auch im wissenschaftlichen Alltag thematisiert wurden und es oftmals gelang, sich Freiräume zu schaffen, die freieres Forschen ermöglichten. Doch fanden sich die dort vertretenen Ansichten eben nicht bzw. nur selten und verklausuliert in der Öffentlichkeit oder in Publikationen wieder.<sup>515</sup>

#### 4.2.3 Zäsuren in der Geschichte der Philosophie in der DDR

Diese erste Generation von Philosophen steht dabei – neben Personen wie Ernst Bloch oder Georg Lukács – für die erste Entwicklungsphase der Philosophie in der DDR, die bis etwa 1956 andauerte und in der die Wege der Disziplin sich noch vergleichsweise offen gestalteten.

Während noch unmittelbar nach dem Krieg Auseinandersetzungen zwischen bürgerlichen Philosophen und Kulturpolitikern über das Bildungssystem und den Stellenwert und Umgang mit der deutschen Philosophietradition die Disziplin prägten, setzte mit der Gründung der DDR 1949 eine Stalinisierungsphase und ein mit Stalin verbundener Personenkult ein, der erst mit seinem Tod 1953 langsam endete und den „Frühling der DDR-Philosophie“ einleitete.<sup>516</sup>

Personell war die Situation bis Mitte der 1950er Jahren geprägt von zwei Fraktionen von Philosophen: Dabei handelte es sich einerseits um die Philosophen, die – wie Maffei es beschreibt – ‚heterodoxe‘ Positionen und andererseits um solche, die ‚orthodoxe‘ Positionen einnahmen. Während erste sich vor allem aus dem Kreis der ‚bürgerlichen‘ Philosophen rekrutierten, aber auch Personen umfassten, die zwar mit dem Marxismus konform gingen, aber bereits vor Gründung der DDR eine philosophische Ausbildung genossen hatten, waren orthodoxe Positionen vor allem im Kreis des neu rekrutierten Lehrpersonals zu finden. Inhaltlich unterschieden sich die beiden Fraktionen vor allem durch ihren Umgang mit Texten und deren Interpretation. Der heterodoxe Diskurs war geprägt von dem Bezug auf die deutsche Philosophietradition und einen quellenkritischen Umgang mit den Texten sowie die Ablehnung politischer Interventionen, während die orthodoxe Sichtwei-

---

514 Kapferer: ‚Philosophische Doppelexistenz‘, in: ders. (Hg.): Innenansichten 1994, S. 140-154, S. 145.

515 Tomberg: Politische Konditionen der DDR-Philosophie, in: Mende/Mocek (Hg.): Gestörte Vernunft? 1995, S. 7-28, besonders S. 11f. Außerdem: Interview mit Herbert Hörz, geführt am 4. Juli 2007 in Berlin.

516 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 91-94.

se sich vor allem durch dualistische Zuspitzungen und Gegenüberstellungen (Kommunismus versus Kapitalismus, materialistisch versus idealistisch, etc.) charakterisieren lässt. Darüber hinaus traten Definitionen an die Stelle von Argumentationen und die Zitation (insbesondere marxistischer Klassiker) diente der Verbreitung und Fixierung des marxistisch-leninistischen Korpus.<sup>517</sup>

Bis etwa 1956 fanden beide Positionen in der DDR-Philosophie ihre Berechtigung und führten eine Koexistenz. Dies änderte sich erst seit Mitte der 1950er Jahre allmählich. Bedingt durch das äußere politische Ereignis des Ungarns-Aufstandes, innerdisziplinäre Entwicklungen wie die Zwangsemeritierung von Ernst Bloch sowie die Verhaftung des Chefredakteurs der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, Wolfgang Harich<sup>518</sup>, und den damit einhergehenden Veränderungen in der Redaktion der Zeitschrift nahm die SED immer größeren Einfluss auf die innerdisziplinären Entwicklungen in der Philosophie.<sup>519</sup>

In Folge dieser Ereignisse wurde die Philosophie zunehmend auch in den ideologischen Klassenkampf eingebunden, der bis dahin zumindest noch mögliche Meinungspluralismus wurde immer mehr unterbunden oder – wie im Falle Wolfgang Harichs – mit Revisionismusvorwürfen abgestraft. In den 1960er Jahren ist der SED schließlich die endgültige Bindung der Philosophie an die Partei gelungen. Rauh spricht in diesem Zusammenhang von einer „parteidirigistische[n] Bevormundung“ der Disziplin, konstatiert aber zugleich, dass die Logik – getragen von ihrem Protagonisten Georg Klaus – und die Wissenschaftsforschung im Zuge der Reformen des NÖSPL hiervon die großen Ausnahmen bildeten, die sich ideologisch befreien konnten.<sup>520</sup>

Wilharm spricht deswegen von der „Buhr-Klaus-Grenze“: Damit nimmt er Bezug auf die beiden Herausgeber des seit 1964 erscheinenden „Philosophischen Wörterbuchs der Philosophie“. Die beiden wichtigen Protagonisten der DDR-Philosophie stehen dabei für die unterschiedlichen Richtungen der Philosophie, die sich auch im Wörterbuch wieder fanden – Manfred Buhr für Philosophie als affirmative Ideologie und Georg Klaus für wissenschaftliche bzw. akademische Richtung der Philosophie.<sup>521</sup>

517 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 94ff.

518 Die Revisionismus-Kampagnen gegen Bloch und die Gruppe um Harich gingen auf einen Beschluss der 30. Tagung des ZK der SED im Februar 1957 zurück. Seit der Rückkehr aus dem Schweizer Exil erhielt Bloch 1948 einen Lehrstuhl für Philosophie in Leipzig. Nach dem Ungarn-Aufstand geriet er in Opposition zur SED und kehrte schließlich 1961 von einer Westreise nicht zurück. Harich war zunächst Professor für Philosophie an der Humboldt-Uni gewesen, bevor er seine Professur wegen Kritik an der Kulturpolitik der SED verlor, 1954 Cheflektor des Aufbau-Verlages wurde und die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* herausgab. Vgl. dazu Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 53, S. 105-110.

519 Rauh: Einleitung, in: ders./Ruben (Hg.): Denkversuche 2005, S. 7-17, S. 7.

520 Rauh: Einleitung, in: ders./Ruben (Hg.): Denkversuche 2005, S. 7-17, S. 9f. Dazu auch: Ruben: DDR-Philosophie unter Parteiregie, in: Rauh (Hg.): Denkversuche 2005, S. 19-50.

521 Wilharm: Denken für eine geschlossene Welt 1990, S. 43. Dies ist auch deswegen eine interessante Sichtweise, weil Buhr der Stellvertreter von Georg Klaus an der AdW war und 1969 schließlich Direktor des neu gegründeten Zentralinstituts für Philosophie wurde. Zur Biographie Manfred Buhrs vgl. auch: Herzberg: Porträt Manfred Buhr, in: ders.: Aufbruch und Abwicklung 2000, S. 68-76. Dort schildert Herzberg Buhr als einen Karrieristen, der sich „ständig von Feinden umgeben“ (S. 69) sah und seinen „Mantel nach dem Wind“ (S. 70) gehängt habe. Buhr habe das

1968 kam es zu einer erneuten Zäsur in der Wissenschaftslandschaft der DDR, die allerdings nichts mit den äußeren politischen Umständen, d.h., dem Prager Frühling oder der Situation im Westen, zu tun hatte, sondern auf die Diskussionen um die Dritte Hochschulreform, die schließlich am 3. April 1969 in Kraft trat, zurückgeht. In der Folge dieser Reform wurde „der philosophische Betrieb zumindest formell noch stärker zentralisiert und an den Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung angepasst [...]“<sup>522</sup>

Ein erster Schritt in diese Richtung war der am 28. November 1968 in Kraft tretende, erste Zentrale Forschungsplan für die Gesellschaftswissenschaften. Dieser sah die Einführung wissenschaftlicher Räte vor, deren Aufgabe es war, fortan die übergeordneten Forschungsleitlinien der Wissenschaften (und so auch der Philosophie) zu definieren. Konsequenz dessen war die weitere Beschneidung der disziplinären Autonomie der Philosophie.<sup>523</sup> Die im folgenden Jahr wirksam werdende Dritte Hochschulreform hatte das Ziel, die Forschung weiter an der Volkswirtschaft auszurichten. Die Abschaffung der Fakultäten und Einrichtung von Sektionen sowie die Einführung zentraler Studienpläne untermauerte diese Einschnitte institutionell sowie organisatorisch.<sup>524</sup> Auch strukturierte die Dritte Hochschulreform den Zugang zum Berufsbild „Philosoph/-in“ neu, indem sie als Berufsbezeichnung den/die „Diplom-Philosoph/-in“ einführte. Voraussetzung hierfür war ein fünfjähriges Fachstudium. Beschäftigungsfelder für diplomierte Philosophen fanden sich nicht nur an den Universitäten, sondern auch in den Sektionen für Marxismus-Leninismus sowie teilweise in Parteifunktionen in Betrieben. Seither unterschied sich außerdem der Verlauf einer akademischen Karriere im Fach Philosophie nicht mehr von dem anderer Fächer: Nach der Promotion A konnte man zum Assistenten, nach der Promotion B zum Oberassistenten werden. Promotionen waren im Rahmen einer vierjährigen Aspirantur ohne Lehrverpflichtung möglich.<sup>525</sup>

Der Machtwechsel von Ulbricht zu Erich Honecker im Jahr 1971 stellte einen weiteren Einschnitt in der Wissenschaftslandschaft der DDR dar. Hatte man sich unter den Philosophen hierdurch zunächst größere Freiräume versprochen, da Honecker als „normaler

---

ZI für Philosophie, nachdem er 1969 dessen Leitung übernommen habe, mit rigider Strenge geführt, was insbesondere zu Beginn der 1970er Jahre Konflikte, aber letztlich nicht die Einschränkung seiner Macht zur Folge gehabt habe. (S. 72ff.).

522 Maffeis: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 123.

523 Maffeis: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 59f.

524 Maffeis: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 57.

525 Maffeis: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 70f.



Funktionär und Apparatschik“<sup>526</sup> galt und im Gegensatz zu Ulbricht nicht mit dem Anspruch auftrat, großen philosophischen Sachverstand zu besitzen,<sup>527</sup> war dennoch das Gegenteil der Fall. Vor allem die wissenschaftlichen Beziehungen in den Westen wurden unter der neuen Parteiführung zurückgefahren und die DDR-Philosophen zunehmend von der internationalen Scientific Community abgeschnitten.

#### 4.2.4 Institutionen der philosophischen Forschung und Lehre

Philosophie wurde in der DDR nicht an allen Hochschulen gelehrt. Ab 1951 war ein Philosophiestudium an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Karl-Marx-Universität Leipzig sowie der Friedrich-Schiller-Universität Jena möglich, 1968 traten die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und die Martin-Luther-Universität Halle hinzu.

Neben die Universitäten war vor allem die Akademie der Wissenschaften eine wichtige Forschungseinrichtung für Philosophie. Dort wurde zum 1. Mai 1969 das Zentralinstitut (ZI) für Philosophie aus der Taufe gehoben und dem Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften unterstellt. Zuvor hatte es nur die 1953 entstandene Arbeitsgruppe für Philosophie unter der Leitung von Georg Klaus gegeben, die erst 1959/60 den Status eines eigenständigen Forschungsinstituts erhielt.<sup>528</sup> Dieses Institut wurde zusammengeschlossen mit der Arbeitsgruppe Soziologie, die bis dahin am Institut für Wirtschaftswissenschaften angesiedelt war.

In der schriftlichen „Anweisung über die Gründung des Zentralinstituts für Philosophie“ vom 15. August 1969 heißt es zu den Aufgaben des neuen Instituts, dass das ZI eine Forschungseinrichtung zu philosophischen Schwerpunktthemen sei,

„die für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, insbesondere für die Herausbildung und Festigung des sozialistischen Bewußtseins wesentlich und für die philosophisch-theoretische Durchdringung des Prozesses der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Wissenschaftsentwicklung im Sozialismus system- und strukturbestimmend [sei].“<sup>529</sup>

Die Forschungsschwerpunkte des ZI waren anhand des Zentralen Forschungsplans bestimmt worden. Das Zentralinstitut für Philosophie gliederte sich in folgende Unterbereiche: Dialektischer Materialismus, Historischer Materialismus, Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung (seit 1973), Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie, Kritik der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie.

---

526 Herzberg im Interview mit Maffei, in: Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 124.

527 So die Einschätzung von Günther Herzberg, vgl. dazu Interview mit Herzberg in Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 124f.

528 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 83.

529 Archiv der BBAW, A 1039 (ZI für Philosophie: Anweisung zur Gründung des Zentralinstituts für Philosophie vom 15. August 1969).

Die an der AdW beschäftigten Philosophen waren im Gegensatz zu den Mitarbeitern der Universitäten mit besonderen Privilegien ausgestattet: Zum einen erhielten sie (problemloseren) Zugang zu Westliteratur und zweitens wurde zahlreichen Akademiemitarbeitern der Status als Reisekader gewährt. Hielt man die politische Zuverlässigkeit der entsprechenden Personen für gewährleistet, wurde ihnen das Recht zugesprochen, auch Reisen ins westliche Ausland anzutreten.<sup>530</sup>

Der hohe Stellenwert der Forschung an der Akademie zementierte die Trennung von Forschung und Lehre und damit die Trennung von Universitäten als Ausbildungsinstitutionen und der Akademie als Forschungsinstitution. Vor allem in Berlin wirkte sich dies auf das Verhältnis zwischen Wissenschaftlern der Akademie und Wissenschaftlern der Humboldt-Universität aus: So legt Guntolf Herzberg in einem Interview etwa dar, dass die Wissenschaftler der Akademie oftmals auf die Wissenschaftler der HU herabgesehen hätten, während wiederum die Universitätsangestellten auf Distanz zur Akademie gegangen seien, weil viele unter ihnen dem Leiter des Zentralinstituts für Philosophie, Manfred Buhr, sehr skeptisch gegenübergestanden hätten.

Neben den Universitäten und der Akademie der Wissenschaften beschäftigte auch die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Philosophen. Sie diente allerdings in erster Linie als Aus- und Weiterbildungsorganisation für Nomenklatur-Kader. Diese konnten dort nach einem vierjährigen Studium den Titel des/der Diplom-Gesellschaftswissenschaftlers/Gesellschaftswissenschaftlerin erwerben. Die Forschung, die dort betrieben wurde, war mehr oder weniger ‚Auftragsforschung‘ für das Zentralkomitee der SED und hatte laut Aussagen der Zeitzeugen nur wenig mit der philosophischen Forschung an den Universitäten und der Akademie gemein.<sup>531</sup> Darüber hinaus unterhielt die SED das Institut für Marxismus-Leninismus, welches für die Herausgabe der marxistischen Klassiker zuständig war. Dort wurden etwa die Marx-Engels-Werke (MEW), die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) oder die Schriften von Lenin ediert.

#### 4.2.5 Der Kanon philosophischer Forschung und Lehre in der DDR

Gemeinsam war den genannten Institutionen, dass die in Forschung und Lehre behandelten philosophischen Probleme aus marxistischer Perspektive definiert waren und sich so ein Kanon an Themen und Fragestellung herauskristallisierte, der der Forschung und Lehre bereits relativ enge Grenzen setzte.

---

530 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 83f. Dies bestätigen auch die Interviews mit Zeitzeugen, so etwa Herbert Hörz (Interview vom 4. Juli 2007 in Berlin) und Heinz Liebscher (Interview vom 6. November 2007 in Berlin).

531 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 82. Rauh und Gerhard sprechen im Zusammenhang mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und der Parteihochschule sogar von „pseudowissenschaftlichen Institutionen“ (Gerhard/Rauh: Vorwort, in: dies. (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie 2001, S. 9-15, S. 12).

So stellten die Subdisziplinen des Historischen und Dialektischen Materialismus, in denen die Klassiker des Marxismus-Leninismus vermittelt und weitergedacht wurden, die wichtigsten Bestandteile der DDR-Philosophie dar. Darüber hinaus bestand die Forschungsrichtung der Geschichte der Philosophie, die die Werke der klassischen deutschen Philosophie beinhaltete und auch zur kulturellen und nationalen Identitätsbildung dienen sollte. Die Geschichte der Philosophie diente einigen Wissenschaftlern und Philosophen zudem als Gebiet, das es ermöglichte, sich auch mit politisch nicht opportunen Thematiken auseinanderzusetzen, wie Stefania Maffei anhand der Nietzsche-Rezeption in der DDR gezeigt hat.<sup>532</sup> Ferner gab es den Bereich der Kritik der bürgerlichen Philosophie, die Zweige Erkenntnistheorie, Ästhetik und Ethik sowie Logik und Philosophie der Naturwissenschaften.

Steinwachs spricht von „erheblichen Pluralismusdefiziten in Lehre und Forschung“<sup>533</sup> und skizziert die Hauptforschungsrichtungen der DDR-Philosophie wie folgt: In der Philosophiegeschichte habe man sich in der DDR schwerpunktmäßig mit dem 19. und 20. Jahrhundert befasst. Insgesamt sei die westeuropäische und angelsächsische Philosophie stark vernachlässigt worden, auch die antike und mittelalterliche Philosophie hätten in der DDR kaum eine Rolle gespielt. Im Bereich der systematischen Philosophie hätten Phänomenologie, Erkenntnistheorie, Hermeneutik, Ästhetik, Ethik, Sprachphilosophie, analytische Philosophie und Wissenschaftstheorie gefehlt.<sup>534</sup> Problematisch an dieser Einschätzung erweist sich, dass hier die westdeutsche Auffassung dessen, was unter den jeweiligen Subdisziplinen zu verstehen sei, zu Grunde gelegt worden ist. Denn die systematische Philosophie betreffen stellt sich – vor allem in Bezug auf die Bereiche Erkenntnistheorie, Ästhetik, Ethik und Wissenschaftstheorie – ein weitaus differenzierteres Bild dar.<sup>535</sup>

Die 1950er und frühen 1960er Jahre waren dabei geprägt von drei großen Debatten, die alle Relevanz für das Gebiet der Kybernetik besaßen: Dabei handelte es sich erstens um die so genannte Logik-Debatte (die sich 1957 zwischen Georg Klaus und Hermann Ley entspann und um die Frage drehte, ob es möglich sei, die formale Logik in den Marxismus zu integrieren, vgl. dazu Kapitel 5.1.1 dieser Arbeit), zweitens eine Debatte über Naturphilosophie und drittens schließlich eine Diskussion über Physik und Philosophie.

Gleichwohl variierte der Stellenwert philosophischer Forschung und Lehre zwischen den einzelnen Institutionen: Während die Lehre vor allem an den Hochschulen praktiziert wurde, war die Akademie der Wissenschaften in erster Linie eine Forschungsinstitution.

---

532 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007.

533 Steinwachs: Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR, Bd. 1, S. 30.

534 Steinwachs: Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR, Bd. 1, S. 30.

535 Vgl. dazu beispielsweise: Wittich: Der erste Jahresvorlesung zur marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie in der DDR, in: Rauh/Ruben (Hg.): Denkversuche 2005, S. 177-202.

Ash geht in diesem Zusammenhang sogar so weit, von einer expliziten Trennung von Forschung und Lehre zu sprechen.<sup>536</sup> Konsequenz dessen war, dass das Studium sehr verschult und formalisiert war, was wiederum zu Freiräumen in der Forschung beigetragen habe.<sup>537</sup>

Auch besaß die Veröffentlichung von Texten in der DDR einen anderen Status als im Westen, wo die Anzahl der Veröffentlichungen einer Person mitunter ein Qualitätsmerkmal darstellen. Zeitzeugen berichten, dass Wissenschaftler in der DDR nicht dem Druck unterlagen, ständig publizieren zu müssen, sondern sich „Zeit lassen [konnten].“<sup>538</sup> Hinzu trat, dass die meisten Texte der „innerakademischen Selbstverständigung“ dienten und keine „öffentliche Wirkung“<sup>539</sup> besaßen, Dissertationen und Habilitationen wurden in der DDR normalerweise nicht gedruckt.

#### 4.2.6 Philosophiestudium

Wenngleich zahlreiche Hochschulen bereits 1945 den Lehrbetrieb wieder aufnahmen, bildeten die Fachbereiche für Philosophie und Geschichte „wegen der Nähe [...] zur Weltanschauung und Ideologie [...] im Hinblick auf die unmittelbar zurückliegende nationalsozialistische Vergangenheit“<sup>540</sup> an den Universitäten zunächst keine Studierenden aus. Vereinzelt fanden zwar Grundlagenvorlesungen in Philosophie für andere Fachbereiche statt, doch erst ab 1951 war in Berlin, Leipzig und Jena die Aufnahme eines regulären Philosophiestudiums wieder möglich. Die Basis hierfür hatte eine Kommission zur Einführung des Fachstudiums Philosophie geschaffen, die zugleich die Lehrpläne für die genannten Universitäten entwickelt hatte. Vorsitzender dieser Kommission war Georg Klaus, damals Hochschullehrer am Institut für Gesellschaftswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena und mithin ein Experte der neuen, nicht-bürgerlichen Philosophengeneration der DDR. In den ersten Jahren unterlagen die Lehrpläne zahlreichen Änderungen und Schwerpunktverschiebungen, was die Unsicherheit des Staates im Umgang mit dem Fach Philosophie verdeutlicht.<sup>541</sup>

Kernelemente der Lehrpläne waren der Dialektische und Historische Materialismus, doch fanden sich auch Elemente zur Geschichte der Philosophie. Im Wesentlichen folgte die Konzeption des Studiums allerdings der Parteilinie, selbst der westliche Marxismus fand keinen Einzug in die Lehrpläne.<sup>542</sup> Während der erste, von Georg Klaus in seiner Funktion

---

536 Ash: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 1-25, S. 4.

537 Steinwachs: Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR, Bd. 1, S. 30.

538 Guntolf Herzberg im Interview mit Maffei, in: Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 84

539 Schneider: Der Skandal der Abwicklung, in: Hochschule Ost 3 (1998), S. 74.

540 Metzler: Fachstudium Philosophie, in: Weißbecker, Manfred (Hg.): Gewalten 2002, S. 135-154, S. 135.

541 Metzler: Fachstudium Philosophie, in: Weißbecker, Manfred (Hg.): Gewalten 2002, S. 135-154, S. 138f.

542 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 74f.

als Vorsitzender der Fachkommission Philosophie (s.o.) mitentwickelte Studienplan noch obligatorische Veranstaltungen zu den Grundlagen der modernen Physik, Mathematik und Chemie enthielt, änderte sich die Studienausrichtung mit dem 1956 unter dem Vorsitz Ernst Bloch vom wissenschaftlichen Beirat für die Fachrichtung Philosophie beim Staatssekretariat für Hochschulwesen entwickelten Rahmenstudienplan: Ab dem dritten Studienjahr des sehr verschulten Studiums erfolgte schließlich die Spezialisierung der Studierenden, der Besuch von Veranstaltungen in naturwissenschaftlichen Fächern war fortan fakultativ (vor allem zahlreiche der später im Bereich Philosophie der Naturwissenschaften tätigen Personen nutzten diese Option, indem sie oft schon während des Studiums naturwissenschaftliche Veranstaltungen besuchten).<sup>543</sup> Die Zulassung der Studierenden erfolgte nach verschiedenen Kriterien, so wurde etwa die soziale Herkunft (auch die der Eltern), Dienst in der Armee, die Schullaufbahn sowie die Motivation (vor allem hinsichtlich politischer Motive) bei der Vergabe der Studienplätze berücksichtigt.<sup>544</sup>

Als „Berufseinsatzmöglichkeiten“<sup>545</sup> für Philosophinnen und Philosophen waren verschiedene Optionen aufgeführt: Hierbei handelte es sich um klassische akademische Karrieren an den Universitäten (auch im gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenstudium), die Tätigkeit als Lehrerin oder Lehrer für Gesellschaftswissenschaften an Fachschulen, als Philosophielehrerin oder -lehrer an den Parteischulen oder Volkshochschulen, die Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin oder Mitarbeiter mit Aufgabenschwerpunkt Philosophie in der Partei oder Verlagen, Redakteurin oder Redakteur mit Schwerpunkt Philosophie in verschiedenen Publikationsorganen, Mitarbeiter für Philosophie bei der Urania (Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, Mitarbeiterin oder Mitarbeiter im Bereich Kulturpolitik oder im Staatsapparat sowie die Tätigkeit als Funktionärin oder Funktionär in den Parteiorganen.<sup>546</sup>

#### 4.2.7 Publikationsorgane für Philosophie

Die wichtigste (und einzige) übergreifende Fachzeitschrift für Philosophie in der DDR war die 1955 gegründete und heute noch bestehende *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* (vgl. dazu Kapitel 5.3.1 dieser Arbeit). In ihr wurden die wissenschaftlichen Debatten der DDR ausgetragen und sie galt als das wichtigste Publikationsorgan für die philosophische For-

543 Erster Studienplan Philosophie (1951) und Studienplan für die Fachrichtung Philosophie (1956) (Dokumentenanhang), gedruckt in: Rauh/Gerhardt (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie, S. 518-529.

544 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 79f. Im Gegensatz zur Zulassung zum Universitätsstudium spielten bei der Zulassung an den politischen Institutionen (etwa der Akademie für Gesellschaftswissenschaften) allein politische Motive eine Rolle. Dort erhielt man einen Studienplatz durch Wahl durch die Partei- oder Bezirksdelegation.

545 Studienplan für die Fachrichtung Philosophie (1956) (Dokumentenanhang), gedruckt in: Rauh/Gerhardt (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie, S. 522-529, S. 528.

546 Studienplan für die Fachrichtung Philosophie (1956) (Dokumentenanhang), gedruckt in: Rauh/Gerhardt (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie, S. 522-529, S. 528f.

schung. Doch auch in der wissenschaftlich-theoretischen Zeitschrift der SED *Einheit* wurden philosophische Texte veröffentlicht.

Neben den genannten Zeitschriften wurden philosophische Schriften in der DDR vor allem bei drei Verlagen veröffentlicht: Neben dem Dietz-Verlag publizierten der Akademie-Verlag und der Deutsche Verlag der Wissenschaften philosophische Abhandlungen. Die Zuständigkeiten der genannten Verlage waren dabei relativ klar verteilt. Dietz konzentrierte sich in erster Linie auf die Veröffentlichung der an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften betriebenen, parteilichen Philosophie und gab die marxistisch-leninistischen Klassiker (beispielsweise die Marx-Engels-Werke) heraus. Der Verlag war 1946 gegründet worden und trug zunächst den Namen J. H. W. Dietz Nachfolger. Der Name sollte an den in Stuttgart ansässigen, gleichnamigen Dietz-Verlag erinnern, der sich bereits seit dem 19. Jahrhundert durch die Publikation von Schriften der sozialdemokratischen und marxistischen Arbeiterbewegung hervorgetan hat. Die SPD erhob jedoch Einspruch gegen den Verlagsnamen, so dass die SED den Verlag in Berlin schließlich 1947 als Dietz Verlags GmbH gründete.

Der Akademie-Verlag diente vor allem den an der DAW tätigen Geisteswissenschaftlern dazu, ihre Werke zu publizieren. Seine Gründung war bei Wiedereröffnung der Akademie 1946 in deren Statut vorgesehen. Der dritte wichtige Verlag der DDR, der Deutsche Verlag der Wissenschaften schließlich veröffentlichte vorrangig die Forschung der Universitätsangehörigen.<sup>547</sup>

#### 4.2.8 Philosophie und Politik – ein kurzes Resümee

Die geschilderten Zäsuren sowie die Beschreibung der Akteurskonstellationen im Bereich der Philosophie machen bereits deutlich, dass der Einfluss der Politik auf die Philosophie sich im Laufe der 1950er Jahre zunehmend verstärkte und der Philosophie eine Richtung verlieh, die schließlich rückblickend dazu führte, die in der DDR betriebene Philosophie – wie einleitend geschildert – als Ideologie abzustempeln und nach der Wende inhaltlich nicht weiter zu beachten. Obgleich der Druck auf die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler relativ hoch war, handelte es sich bei diesem Prozess allerdings nicht um einen einseitigen Vereinnahmungsversuch der Politik, sondern zahlreiche Philosophen beugten sich den Gegebenheiten und trugen die Situation mit. Guntolf Herzberg hält hierzu fest:

„Die akademische Philosophie hat es nicht verstanden, sich abzugrenzen. Sie mußte politische Philosophie sein, ihren Weltanschauungscharakter aufdringlich betonen, sich den Aussagen ihrer Klassiker (Marx, Engels, Lenin, bis 1956 Stalin) unterordnen oder zumin-

---

547 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 88.

dest anpassen. Sie mußte ständig über ihre eigene Reinheit wachen und gegen alle möglichen Abweichungen zu Felde ziehen.“<sup>548</sup>

In diesem Sinne waren die meisten Philosophen in der DDR – das Schicksal von Personen wie Wolfgang Harich und Ernst Bloch vor Augen – bestrebt, ideologisch korrekte Wissenschaft<sup>549</sup> zu betreiben.

Dieses Verhalten und Handeln von Wissenschaftlern ist in zahlreichen Disziplinen anzutreffen, in der DDR-Philosophie gewinnt es allerdings an Besonderheit, weil ihm ein Spannungsfeld innewohnt, welches charakteristisch für das Verhältnis von Philosophie und Politik in der DDR war. Der Grund hierfür war, dass beide Pole ein bestimmtes Verständnis von Philosophie besaßen bzw. besitzen mussten: Während ein (kleiner) Teil der Akteure die Philosophie als autonomen akademischen Bereich verstand, sahen die meisten Beteiligten (und dies betrifft die wissenschaftlichen wie politischen Akteure gleichermaßen) in ihr die „theoretische Grundlage und Legitimation der Partei“<sup>550</sup> und des Staates. Vor allem für die erste Nachkriegsgeneration von Philosophen war deswegen Parteilichkeit im Sinne von SED-Linientreue auch in ihrem professionellen Handeln selbstverständlich, weil dies als Ausdruck von Loyalität mit dem neuen System galt. Herzberg spricht in diesem Zusammenhang von einem „fast religiöse[m] Verhältnis gegenüber der Partei.“<sup>551</sup> Diese Darstellung ist zwar insofern überspitzt, als dass Parteilichkeit durchaus auch bedeuten konnte, einen marxistisch-erkenntnis-theoretischen Standpunkt einzunehmen, was in vielen Fällen eben nicht deckungsgleich mit dem Parteistandpunkt war. In letzter Konsequenz konnte sich aus einer solchen Position ein Revisionismusvorwurf mit den daraus folgenden Konsequenzen ergeben, was gleichzusetzen gewesen wäre mit dem Karriereende. Der grundlegende Konflikt bestand damit für die DDR-Philosophen darin, dass das akademische und das politische Verständnis von Philosophie miteinander in Einklang gebracht werden musste bzw. zumindest nicht zu weit auseinanderklaffen durfte, da ansonsten die akademische Position gefährdet war.

Hinzu kam, dass die erste Generation von Philosophen (zumeist in Schnelllehrgängen ausgebildet) durchweg vom Sozialismus überzeugt war und daher für sie gar kein Grund zur Systemkritik bestand. Die zweite Generation sprach sich zwar für eine Entdogmatisierung der Philosophie aus, doch auch in ihr war der Glaube an den Sozialismus noch nicht grundlegend zerstört und die dritte und die darauf folgenden Generationen besaßen

---

548 Herzberg: Lautes oder lauter Schweigen?, in: Pasternack (Hg.): Nachholende Debatte 1998, S. 24-30, S. 28.

549 Vgl. dazu Gordin u.a.: „Ideologically correct“ science, in: Walker (Hg.): Science and Ideology 2003, S. 35-65.

550 Maffeis: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 76. Hierzu auch: Gerhard/Rauh: Vorbemerkung, in: dies. (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie 2001, S. 9-15, S. 11.

551 Herzberg im Interview mit Maffeis, in: Maffeis: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 76.

(nach dem Mauerbau) nur die Alternative, das System (der Philosophie, aber auch des Staates) mit zu tragen oder eine andere Karriere einzuschlagen.<sup>552</sup>

Doch bis am 3. April 1969 die Dritte Hochschulreform in Kraft trat, war der Einfluss der Politik auf die Philosophie zumindest noch dahingehend begrenzt, dass sie auf das kooperative Handeln der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angewiesen war. Der Einfluss auf die wissenschaftlichen Inhalte war damit zunächst kein unmittelbarer, sondern ein indirekter. Er erfolgte über ein hierarchisches System innerhalb der Disziplin, das von der Partei bzw. die in den Institutionen verankerten Parteisekretäre gesteuert wurde. Charakteristisch für dieses System waren auf der einen Seite Bevorzugungen (bei Berufungsverfahren, Publikationen, Mitgliedschaft in Gremien und schließlich die höchste Form der Anerkennung: den Reisekaderstatus) für jene, die sich in den Augen der Partei bewährt hatten und auf der anderen Seite Sanktionen (Parteiverfahren, ‚Bewährung in der Produktion‘, Berufsverbote, Reiseverbote, Lehr- und Veröffentlichungsverbote und – schlimmstenfalls – Haft oder Hausarrest) für die in Ungnade gefallenen.<sup>553</sup>

Die Hochschulreform allerdings stellte eine „Zerstörung der institutionellen und inhaltlichen Autonomie der Philosophie gegenüber der Politik“<sup>554</sup> dar. Die Einführung des Zentralen Forschungsplans, die Etablierung der Wissenschaftlichen Räte sowie die Umbenennung der Institute hätten durch die damit verbundenen inhaltlichen Vorgaben im Vergleich zur vorherigen Situation eine Einschränkung von Forschung und Lehre bedeutet, so vor allem die Einschätzung von Zeitzeugen.<sup>555</sup>

Mit der Reform und der Etablierung des Wissenschaftlichen Rates für Philosophie wurde das Verhältnis von Wissenschaft und Politik formalisiert und fand in dem Wissenschaftlichen Rat seinen institutionellen Ausdruck. Er setzte sich zusammen aus den Institutsdirektoren der Universitäten sowie der Akademie und den Chefredakteuren von wissenschaftlichen und Parteizeitschriften, somit Personen auf Posten, die in der Regel politisch besetzt waren. Seine Aufgabe war die Erarbeitung und Konzeption des im November 1968 erstmals beschlossenen und eingeführten fünfjährigen Zentralen Forschungsplans für marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaften, die Organisation von Konferenzen und Kongressen und die Organisation der Parteitage.<sup>556</sup> Vor allem die Einführung des Zentralen Forschungsplanes hatte Auswirkungen auf die Forschungspraxis der Philosophinnen und Philosophen in der DDR: Denn Forschungsthemen, die keine Aussicht hatten, in den Forschungsplan aufgenommen zu werden, wurden fortan nicht mehr beforscht bzw.

---

552 Herzberg: *Abhängigkeit und Verstrickung* 1996, S. 14f.

553 Herzberg: *Abhängigkeit und Verstrickung* 1996, S. 39f.

554 Maffei: *Zwischen Wissenschaft und Politik* 2007, S. 59.

555 Vgl. hierzu etwa die Interviews von Stefania Maffei mit Guntolf Herzberg, Hans-Christoph Rauh und Steffen Dietzsch, in: Maffei: *Zwischen Wissenschaft und Politik* 2007, S. 59ff.

556 Maffei: *Zwischen Wissenschaft und Politik* 2007, S. 56.



Anträge und Forschungsprojekte so formuliert, dass sie gute Chancen hatten, in den Zentralen Forschungsplan aufgenommen zu werden. Somit hatte diese politische Maßnahme direkte Konsequenzen für die Forschungsinhalte und die Forschungspraxis.

Hinzu trat ein weiterer Aspekt, der die Wissenschaft der DDR bestimmte – die Zensur von Publikationen. Die Zensur- bzw. Selbstzensur wissenschaftlichen Handelns in der DDR wurde in der wissenschaftlichen Praxis insgesamt eher stillschweigend vorausgesetzt als dass sie sich explizit vollzog:

„Die Zensur- und Selbstzensurmechanismen waren implizite und kognitive Vereinbarungen, die das Feld Philosophie konstituierten, die Teilnahme sowie die Positionen der Philosophen im Feld regelten und den philosophischen Diskurs prägten,“<sup>557</sup>

hält Stefania Maffei dazu fest. Dies betraf aber nicht nur die Formulierung von Forschungsprojekten für den Zentralen Forschungsplan, sondern den generellen Umgang mit wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Die Publikationspraxis sah meist so aus, dass ein Manuskript mit kollektiver Autorenschaft an den jeweiligen wissenschaftlichen Einrichtungen kursierte und zunächst vom jeweiligen Vorgesetzten lektoriert wurde. Es folgte ein Lektorat durch den Verlag, der auch eigene Gutachten erstellen ließ. In Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung ‚Verlage und Buchhandel‘ beim Ministerium für Kultur wurde die Publikation schließlich beschlossen. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist, dass es sich bei der Leiterin der Abteilung wissenschaftliche Fachliteratur um Rosi Buhr, Ehefrau des (umstrittenen) Leiters des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie, Manfred Buhr, handelte.<sup>558</sup> Gutachter der Verlage waren zumeist an den Parteihochschulen ausgebildete Gesellschaftswissenschaftler. In der Regel galt für Publikationen, dass Marx und Engels nicht kritisiert werden durften, bürgerlichen Philosophen durfte nicht zugestimmt werden und Revisionisten durften nicht erwähnt werden.<sup>559</sup>

Für das Ministerium für Staatssicherheit stellte die Disziplin Philosophie in der DDR keinen wirklich relevanten Gegenstand der Überwachung dar, nicht zuletzt, weil sich in der gesamten Disziplin nur wenig oppositionelles Denken zeigte. Das bedeutet, dass die Staatssicherheit die Philosophie zwar überwachte, aber in erster Linie, um die persönlichen und schriftlichen Westkontakte der Philosophen zu kontrollieren; themenbezogene Sachakten, die die Philosophie betreffen, existieren kaum. Die ‚ideologische Einmischung‘ in die Disziplin überließ sie gänzlich der Partei. Gleichwohl waren die meisten Leitungspositionen mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) der Stasi besetzt. Die alleinige Ausnahme bildete Georg Klaus, der nicht als IM der Stasi agierte. Insgesamt waren am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie 25 Inoffizielle Mitarbeiter und am Philosophischen Institut der Hum-

---

557 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 86.

558 Vgl. dazu Herzberg und Rauh im Interview mit Maffei, in: Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 84.

559 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 86f.

boldt-Universität 15 Inoffizielle Mitarbeiter aktiv, sechs weitere agierten an anderen Orten. Aufgrund der lückenhaften Quellenlage ist allerdings zu vermuten, dass weitere Mitarbeiter für die Stasi tätig waren. Die Aufgaben der IM bestanden zumeist im Verfassen von Berichten über Personen aus dem akademischen Umfeld sowie Kongresse und Veranstaltungen, Einschätzungen der politisch-ideologischen Situation an den Instituten und von Manuskripte und Veröffentlichungen sowie Westspionage. Das Gegenstück der IM-Akten, so genannte Operative Vorgänge, mit denen die Stasi Personen gezielt bespitzeln ließ, finden sich insgesamt nur zehn, davon einer zu Ernst Bloch, ein weiterer zu Rudolf Bahro und schließlich einer zu dem Hallenser Naturphilosophen Reinhard Mocek.<sup>560</sup>

Abschließend ist für die Philosophie in der DDR festzuhalten, dass – insbesondere was die Subdisziplinen Erkenntnistheorie/Philosophische Fragen der Naturwissenschaften/Naturphilosophie – eine differenzierte Betrachtung der Akteure und des Denkstils notwendig ist, um den Stellenwert dieser philosophischen Bereiche sowie ihre Wirkungsmacht im Gesamtgefüge von Wissenschaft und Politik beurteilen zu können. Die Akteure der Etablierung von Kybernetik und Systemtheorie werden dabei vor allem von Zeitzeugen als diejenigen Wissenschaftler im philosophischen Feld der DDR verortet, die vergleichsweise große Freiräume besaßen, insbesondere Maffei interpretiert diese relative Autonomie allerdings als Konsequenz der engen Verbindung von Kybernetik und Politik. Eine empirischen Untersuchung zu dieser Frage steht jedoch noch aus.<sup>561</sup> Im folgenden Kapitel soll deswegen durch die Untersuchung des Denkkollektivs des systemischen Denkens sowie des systemischen Denkstils ein differenziertes Bild dieses philosophischen Teilbereichs gezeichnet werden. Die leitende Frage dabei ist, ob und wie dieser behauptete Freiraum konkret ausgestaltet wurde, beziehungsweise ob die der Kybernetik zugesprochene Autonomie tatsächlich aus einer engen Verbindung der Akteure mit den politischen Instanzen resultierte.

---

560 Herzberg: Abhängigkeit und Verstrickung 1996, S. 45-51.

561 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 74.

## 5. Denkkollektive und Denkstil des systemischen Denkens in der DDR

Grundlegende These der vorliegenden Studie ist, dass die Rezeption systemischen Denkens in der DDR als Ausdruck einer Reflexion auf die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die sozialistische Gesellschaft gelesen werden kann. Die Etablierung des systemischen Denkstils stellte einen Ansatz dar, unter dem Motto „Wissenschaft als vierte Produktivkraft“ im progressiv-sozialistischen Sinne auf die Herausforderungen der modernen Gesellschaft zu reagieren und in diesem Sinne einer ‚ideologischen Modernisierung‘ Vorschub zu leisten. Der Grund hierfür war, dass die Schriften der marxistisch-leninistischen Klassiker<sup>562</sup> diesbezüglich als überholt gelten mussten, weil sie – bedingt durch ihren zeitlichen Entstehungskontext – nur bedingt auf die Erfordernisse moderner Industriestaaten anwendbar waren. Der Bezug auf die „Produktivkraft der Wissenschaft“ und die Frage, wie die „wissenschaftlich-technische Revolution“ zu meistern sei, waren es, die die Auseinandersetzung mit dem systemischen Denken überhaupt erst evozierten.

Dabei ging es allerdings nicht in erster Linie um eine Weiterentwicklung der marxistischen Theorie, sondern auch um handfeste politische Gründe, d.h., Fragen der Wissenschaftspolitik und -planung, ökonomische Aspekte sowie die Erörterung der Möglichkeit technischer Anwendbarkeit wissenschaftlicher Ergebnisse motivierten die Auseinandersetzung mit dem systemischen Denken in der DDR. Die Rezeption des systemischen Denkens seitens der DDR-Philosophie wird somit nur verständlich, wenn man sie im Zusammenspiel mit den politischen Entwicklungen vor allem der 1960er Jahre – der Hochphase der Kybernetik-Rezeption in der DDR – begreift. Diese Entwicklungen bilden den ereignisgeschichtlichen Rahmen, der es ermöglicht, im Sinne Ludwik Flecks die intellektuelle Stimmung zu analysieren, im Kontext derer sich die Rezeption systemischen Denkens vollzog. Diese Herangehensweise wird empirisch durch die vergleichende Studie von Mindell, Gerovitch und Segal gestützt, die die Kybernetik-Rezeption in den USA, Frankreich und der UdSSR untersucht haben. Dort kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die Hauptunterschiede der Rezeption in den untersuchten Staaten in den kulturellen und politischen Bedeutungen, die der Kybernetik zugewiesen wurden, liegen und die Adaption kybernetischer Ideen erst nach kultureller und politischer Anpassung möglich war.<sup>563</sup> Die Rezeption systemischen Denkens in der DDR – so wird im Folgenden zu zeigen sein – unterlag (politischen) Konjunkturen; Kybernetik und Systemtheorie gewannen dadurch an Relevanz, dass es ihnen gelang, einerseits an die Debatte um die Produktivkraft Wissenschaft und die wissenschaftlich-technische Revolution anzuknüpfen und zudem im Sinne Mitchell Ashs

---

562 Quellen für das marxistische Wissenschaftsverständnis waren neben zahlreichen Schriften von Karl Marx vor allem Lenins Buch ‚Materialismus und Empiriokritizismus‘ von 1908.

563 Mindell/Gerovitch/Segal: From Communications Engineering to Communications Science, in: Walker (Hg.): Science and Ideology 2003, S. 66-96.

Ressourcen für die Politik bereitzustellen. Bei diesen Ressourcen handelte es sich um Wissen, welches aus der Sicht der Politik vor allem geeignet erschien, wirtschaftliche Probleme zu lösen (etwa durch Automatisierung und Datenverarbeitung) und der Politik neue Handlungsoptionen zu eröffnen. Auf der anderen Seite bedeutete dies für die Wissenschaft nicht nur, Ressourcen in Form von Stellen und Forschungsgeldern zu erhalten, sondern auch, im sozialistischen System vergleichsweise hohe Forschungsfreiheit zu genießen. Die These, die es in der Analyse herauszuarbeiten gilt, ist, dass es diese gegenseitige Bereitstellung von Ressourcen war, die den Aufschwung des systemischen Denkens in der DDR der 1960er Jahre erklärbar macht. Oder anders formuliert: Die Rezeption systemischen Denkens in der DDR verlor zu einem Zeitpunkt an politischer Relevanz, als die von ihr bereitgestellten Ressourcen in Form von Expertenwissen nicht länger die seitens der Politik erhofften Ergebnisse erbrachte.

Um die intellektuelle Stimmung und die kulturellen und politischen Bedeutungen der Kybernetik zu rekonstruieren, soll zunächst der politische Kontext dargestellt werden, der die DDR in den 1960er Jahren kennzeichnete. Dies dient der Beantwortung folgender Fragen: Welche politisch-ideologischen Konnotationen begleiteten die Etablierung des systemischen Denkstils in der DDR? Wie wurden diese Konnotationen hergestellt und welche Rolle spielte die Politik dabei?

In Kapitel drei habe ich gezeigt, wie die Paradigmen von der „Produktivkraft Wissenschaft“ und der „Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution“ in der DDR sowohl wissenschaftstheoretisch als auch politisch im Verlauf der 1960er Jahre an Bedeutung gewannen. Wichtiger Bestandteil dieses Diskurses war das systemische Denken, welches, wie im folgenden nachgezeichnet werden soll, während dieser Zeit Einzug in die politischen Debatten fand und in Form von politischen Kommissionen auch institutionalisiert wurde.

Die DDR war einer der letzten Staaten, der die Kybernetik als Wissenschaft akzeptierte, doch auch in den sozialistischen Bruderstaaten vollzog sich die Etablierung des systemischen Denkens mit einer zeitlichen Verzögerung zum Westen. Einer der ersten Wissenschaftler, der sich in der DDR mit Kybernetik befasste, war Walter Hollitscher, Mitglied des Wiener Kreises und zwischen 1949 und 1953 erster Direktor des philosophischen Instituts. Im Rahmen einer Vorlesung zur „Dialektik der Natur“ befasste er sich in einer Veranstaltung auch mit „Problemen der Kybernetik“ – seine Ausführungen stießen aber zunächst auf keine große wissenschaftliche oder politische Resonanz.<sup>564</sup> Ganz im Gegenteil: Noch bis Mitte der 1950er Jahre hatte die Parteiführung der SED – ganz im Sinne der antikyber-

---

564 Vgl. Hörz: Lebenswenden 2005, S. 434. Einen Überblick über Walter Hollitschers Wirken im Kontext der DDR-Philosophie bietet Holz (Hg.): Zwischen Wiener Kreis und Marx. Walter Hollitscher (1911-1986) 2003.

netischen Kampagnen sowjetischer Wissenschaftler<sup>565</sup> – die Kybernetik als „reaktionäre Pseudowissenschaft“ gebrandmarkt, die als „ideologische Waffe der imperialistischen Reaktion zur Vorbereitung neuer Weltkriege“<sup>566</sup> diene. In der ersten 1952 in der DDR erschienenen Veröffentlichung zur Kybernetik (der Übersetzung eines von dem sowjetischen Wissenschaftler Jaroschewskij verfassten Textes) etwa heißt es:

„Bei seinen krampfhaften Versuchen, seine aggressiven Absichten zu verwirklichen, setzt der amerikanische Imperialismus alles ein – Bomben, Pestflöhe und Philosophie treibende Ignoranten. Den Anstrengungen dieser letzteren ist eben die Kybernetik entsprungen – eine Pseudotheorie, die ganz und gar von Feindschaft gegen das Volk und gegen die Wissenschaft durchtränkt ist.“<sup>567</sup>

Doch die Rehabilitation der ‚Philosophie treibenden Ignoranten‘ – und das verwundert angesichts der harschen Formulierungen und der den Text durchziehenden Ironie – erfolgte keine zehn Jahre danach.

Die Zeit der Rezeption bzw. Nicht-Rezeption kybernetischer Ideen in den sozialistischen Staaten dauerte vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Ende der Stalin-Ära Mitte der 1950er Jahre und angesichts der Vormachtstellung der UdSSR im sozialistischen Block waren es vor allem die dortigen Entwicklungen, die die ideologische Kehrtwende auch in der DDR ermöglichten. In der Sowjetunion hatte man bereits in den ausgehenden 1940er Jahren die Bedeutung der Automatisierung für die Industrie erkannt und in diesem Zusammenhang erhielten sowjetische Wissenschaftler des Instituts für Automatisierung und Fernsteuerung der Akademie der Wissenschaften Kenntnis von der amerikanischen Kybernetik und rezipierten diese auch.<sup>568</sup> Gleichwohl war die Ablehnung gegenüber der neuen Wissenschaft seitens der Geisteswissenschaften groß: Diese hoben in ihrer Kritik an der Kybernetik erstens auf ihren US-amerikanischen Entstehungskontext ab, charakterisierten zweitens ihre philosophischen Grundannahmen als idealistisch und nicht mit dem dialektischen Materialismus vereinbar und sahen in ihr eine Theorie, die den Kapitalismus rechtfertige. Eine Rehabilitation der Kybernetik in der UdSSR erfolgte nicht nur durch die allmähliche Entstalinisierung der Sowjetunion unter Chruschtschow, sondern auch durch das Erscheinen von Veröffentlichungen der Mathematiker Andrei Kolmogorow und Aleksandr Khinchin sowie aufgrund der Tatsache, dass sich Wiener zunehmend als Kritiker der amerikanischen Gesellschaft erwies. Zudem hatte die politische und militärische Führung

---

565 Vgl. Gerovitch: *From Newspeak to Cyberspeak* 2002, S. 118-125.

566 Jaroschewskij: Die Kybernetik – eine neue ‚Wissenschaft‘ der Obskuranten, in: *Neue Welt* 7 (1952), S. 1193-1195, S. 1193.

567 Jaroschewskij: Die Kybernetik – eine neue ‚Wissenschaft‘ der Obskuranten, in: *Neue Welt* 7 (1952), S. 1193-1195, S. 1195.

568 So war etwa die russische Übersetzung des grundlegenden, in den USA 1948 erschienen Werks „A Mathematical Theory of Communication“ von Claude Shannon unter dem Titel „Die Statistische Theorie der Übertragung von elektrischen Signalen“ 1953 ins Russische übersetzt worden, allerdings ohne die Begriffe „Information“, „Entropie“ oder „Mathematik“ zu verwenden. Vgl. hierzu Segal: *Dialektische Beziehungen*, in: Pias (Hg.): *Cybernetics* Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 230f.

der UdSSR erkannt, dass Kybernetik und Rechentechnik wichtig für Militär- und Welt- raumtechnik waren. Den öffentlichen Umschwung leitete dann ein Vortrag des tschechi- schen Philosophen Arnost Kolmann an der Akademie für Sozialwissenschaften des ZK der KPdSU mit dem Titel „Was ist Kybernetik?“ im November 1954 ein.<sup>569</sup> Spätestens, als 1956 die KPdSU auf ihrem 22. Parteitag ein neues Parteiprogramm vorlegte, in dem sie die Ky- bernetik zu einer Grundlage des Kommunismus erklärte, war der Zeitpunkt erreicht, sie auch in der DDR voran zu treiben. Neben den skizzierten sowjetischen Entwicklungen und der Veröffentlichung des Kolmanschen Vortrags beeinflussten auch einige in der DDR er- schienene Rezensionen westlicher Arbeiten die Einführung der Kybernetik in der DDR. Ab den ausgehenden 1950er Jahren erschienen schließlich in Ost-Deutschland erste, von dem Philosophen Georg Klaus verfasste Publikationen, womit dieser – wie sich auch in der Denkkollektiv- und Denkstilanalyse zeigen wird – entscheidenden Anteil an der Anerken- nung der Kybernetik in der DDR hatte.

Georg Klaus, der 1953 auf den Lehrstuhl für Logik und Erkenntnistheorie der HU Berlin berufen wurde, war damit der erste, der die kybernetischen Ideen aufgriff und eine breite wissenschaftliche Debatte in der DDR entfachte. Klaus, überzeugter Kommunist und Anti- faschist, der neben einer geistes- auch eine naturwissenschaftliche Ausbildung aufweisen konnte, hatte bereits 1951 einen Aufsatz mit dem Titel „Das elektrische Gehirn“ veröffent- licht. In diesem setzte er sich, wenngleich ohne die Verwendung von dezidiert kyberneti- schem Vokabular, mit der Analogie von Mensch und Maschine auseinander. 1958 veröf- fentlichte Klaus dann einen Beitrag in der SED-Zeitschrift *Einheit*; diese Veröffentlichung stellte einen entscheidenden Schritt für die Anerkennung der Kybernetik dar, da eine Ver- öffentlichung im theoretischen Organ der SED implizierte, dass die ideologischen Vorbe- halte gegen den neuen wissenschaftlichen Ansatz zumindest bröckelten und der Weg für einen wissenschaftlichen Diskurs über die Möglichkeiten (zu diesem Zeitpunkt weniger die Grenzen) der Kybernetik frei war. Angesichts des Veröffentlichungsorts spricht Segal so auch davon, dass die Kybernetik damit „als ‚amtlich‘ anerkannt gelten konnte.“<sup>570</sup> Mit der Etablierung der Kybernetik sollte der Parole „Wissenschaft als Produktivkraft“ ein neuer Inhalt gegeben werden. Damit waren die Themen, die die wissenschaftliche Forschung, aber auch die Politik zu dieser Zeit dominierten, vorgegeben. Im Vordergrund der For- schungsbemühungen stand die direkte Anwendbarkeit von Forschungsergebnissen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der DDR. In Walter Ulbricht, der 1960 zum Staatsratsvorsitzenden und damit zum faktischen Staatsoberhaupt der DDR wurde, fand die Kybernetik ihren prominentesten Befürworter.

---

569 Segal: Dialektische Beziehungen, in: Pias (Hg.): Cybernetics Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 232f.

570 Segal: Dialektische Beziehungen, in: Pias (Hg.): Cybernetics Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 235.

Neben der veränderten Haltung der Sowjetunion und der exponierten Propagierung der Kybernetik durch Georg Klaus lagen die Gründe für die Aufnahme der Kybernetik in der DDR-Wissenschaft zu Beginn der 1960er Jahre auch darin, dass von verschiedenen Disziplinen auf zahlreichen Tagungen und Kongressen gezeigt wurde, dass zwischen Kybernetik und Marxismus kein Widerspruch bestehe. Die interdisziplinäre Beratung mit dem Titel „Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft“, die im April 1961 auf Einladung der Zeitschrift *Die Einheit* stattfand, muss sicher als exponierteste dieser Veranstaltungen gelten. Die Organisation der Tagung durch die Redaktion der SED-Zeitschrift für wissenschaftlichen Kommunismus dokumentierte einmal mehr das Bedürfnis seitens der Politik, sich mit der Kybernetik zu befassen (vgl. zu dieser Tagung ausführlich Kapitel 5.3.1.2). Zur Vorbereitung der Diskussion hatte Georg Klaus zwölf Thesen verfasst, die vorab allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugesandt wurden.<sup>571</sup> Diese Tagung diente vor allem dazu, den Teilnehmern durch die von Klaus' verfassten Thesen zunächst die Kybernetik und ihre Grundlagen nahe zu bringen.

Mit dieser Veranstaltung im April 1961, die großen Nachhall fand, war der Grundstein für eine ausgeprägte Kybernetik-Debatte in der DDR gelegt, weil damit zugleich deutlich wurde, dass die Kybernetik sich fortan „offizieller Förderung erfreut[e].“<sup>572</sup> Auf die wissenschaftliche Community wirkte sich diese Entwicklung dergestalt aus, dass nur noch wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Kritik an der Kybernetik übten, ja mehr noch: Auf der Tagung wurde sogar Kritik an denjenigen geübt, die – meist aus den Gesellschaftswissenschaften kommend – die Rezeption des systemischen Denkens gehemmt hätten. Ein weiterer Aspekt ist für diese Entwicklungen von Bedeutung: 1961 erschien das Buch „Kybernetik in philosophischer Sicht“<sup>573</sup>, ebenfalls verfasst von Georg Klaus, in der er auf knapp 500 Seiten über Gegenstand und Stellenwert der Kybernetik aufklärt, methodische Vorgehensweisen der Kybernetik schildert sowie ihre gesellschaftliche Bedeutung entfaltet. Klaus legte in dieser Schrift auch das Verhältnis von Marxismus und Kybernetik dar und begründete, warum die neue Wissenschaft bereits im Marxismus begründet liege.

In der Folge führten die skizzierten Entwicklungen zur Einrichtung einer Kybernetik-Kommission bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, deren Leitung Georg Klaus übernahm. Unter der Schirmherrschaft dieser Kommission wurden in der Folge weitere Tagungen durchgeführt, deren Ergebnisse auf einer Konferenz unter dem Titel „Produktivkraft Wissenschaft. Die Bedeutung der Kybernetik für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ Ende Oktober 1962 diskutiert

---

571 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5 (Klaus: Thesen zur Kybernetik 1961).

572 Segal: Dialektische Beziehungen, in: Pias (Hg.): Cybernetics Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 236.

573 Klaus: Kybernetik in philosophischer Sicht 1961.

werden sollten. In dem Tagungsbericht, den Heinz Liebscher und Helmut Thiele für die *Einheit* verfassten, heißt es dazu:

„Die Aufgabe der Tagung bestand darin, [...] durch eine Reihe von Grundsatzreferaten die mit der Anwendung kybernetischer Verfahren und Methoden in den einzelnen Bereichen zusammenhängenden prinzipiellen Fragen und Aufgabenstellungen in der Gesamtschau darzustellen und [...] bestimmte wissenschaftsorganisatorische Maßnahmen zu empfehlen.“<sup>574</sup>

Am Ende der Konferenz sollte der Entwurf einer Denkschrift stehen. Ein weiteres Ergebnis war, so stellte Helmut Metzler in einem anderen Tagungsbericht fest, dass „unsere philosophischen Kräfte dringend in der unmittelbaren Forschungsarbeit benötigt werden“, da es „hinsichtlich der technisch-wissenschaftlichen Umwälzung“ nötig sei, „exakte Prognosen zu treffen.“<sup>575</sup> Dies führte schließlich dazu, dass an der DAW eine Sektion für Kybernetik eingerichtet wurde, deren Leitung Georg Klaus übernahm (vgl. dazu Kapitel 5.2.1).

Deutlich wird an diesem Punkt bereits, dass das systemische Denken für die Politik vor allem ein Mittel der Prognostik wirtschaftlicher Entwicklungen zu bieten schien. Ausführlich behandelt wurde dieser Aspekt so auch auf einer Tagung zu Kybernetik und Ökonomie im Jahr 1962, auf der der Wirtschaftswissenschaftler Johannes Behr veranschaulichte, dass die Kybernetik ein neues methodisches und begriffliches Instrumentarium offeriere, ökonomische Probleme zu behandeln.

Dieser Gedanke wurde seitens der Politik und vor allem von Walter Ulbricht so auch aufgegriffen: Die DDR-Politiker sahen in der Kybernetik zunehmend ein geeignetes Mittel der Planung und Steuerung. Auf dem VI. Parteitag der SED 1963 in Berlin war ein neues Parteiprogramm verabschiedet worden, in dem es im Zusammenhang mit der Rolle der Wissenschaft bei der Durchsetzung des Sozialismus hieß: „Die Kybernetik ist besonders zu fördern.“<sup>576</sup> Der Entwurf dieses Programms wurde dabei vorab im *Neuen Deutschland* veröffentlicht und die Parteimitglieder erhielten Gelegenheit, der Programmkommission Änderungsanträge vorzulegen (siehe dazu auch Kapitel 3.3.4). Zu jenem Teil des Programms, der unter der Überschrift „Die Rolle der Wissenschaft bei der umfassenden Verwirklichung des Sozialismus“ verabschiedet werden sollte, erreichten 28 Änderungsanträge mit insgesamt 32 Formulierungsvorschlägen die Kommission. Diese Anträge behandelten

„Probleme der Wissenschaft als Produktivkraft, der Bedeutung der Wissenschaft für den gesellschaftlichen Fortschritt, der Entwicklung der Kybernetik, Biologie und Medizin, der Leitung der Wissenschaft, der einzelnen Gesellschaftswissenschaften, des Archivwesens, der Bibliotheken und der Jugendforschung.“<sup>577</sup>

---

574 Liebscher/Thiele: Produktivkraft Wissenschaft – Tagungsbericht, in: *Einheit* 17 (1962), Heft 12, S. 146-150, S. 146.

575 Metzler: Bedeutung der Kybernetik, in: *DZfPh* 10 (1962), S. 1579.

576 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1963, S. 345.

577 BArch DY 30/IV 1/VI/18 (Anträge an die Programmkommission 1962, S. 28).



14 der eingegangenen Vorschläge wollte die Programmkommission zur Entscheidung annehmen, 18 Vorschläge wurden abgelehnt. Zur Nicht-Berücksichtigung der Kybernetik im neuen Programm lag übrigens kein Änderungsantrag vor, im Gegenteil: Unter den angenommenen Anträgen findet sich auch einer von Klaus Dieter Wüstneck, damals Oberassistent an der Hochschule für Elektrotechnik in Ilmenau. Bei der Auflistung der wichtigsten Wissenschaftszweige der DDR ging es ihm darum,

„an dieser Stelle neben Mathematik, Chemie usw. auch die Kybernetik als einen führenden Zweig zu nennen und die besondere Bedeutung dieser Wissenschaft für die Fragen der wissenschaftlichen Leitung und Organisation der Gesellschaft und für die Orientierung auf die führenden Industriezweige hervorzuheben.“<sup>578</sup>

In diesem Sinne entschied die Programmkommission so auch:

„Nach dem Satz ‚Besondere Unterstützung gilt den führenden Zweigen der Naturwissenschaft ... beeinflussen‘ ist einzufügen: ‚Die Entwicklung der Kybernetik und der Umsetzung ihrer Ergebnisse in die gesellschaftliche Praxis ist große Bedeutung zu schenken.‘ Begründung: Es bedeutet eine Einschränkung, die Bedeutung der Kybernetik allein für die technischen Bereiche hervorzuheben. Sie gewinnt auch für die Organisation und Planung rasch an Bedeutung. Sie nimmt als Wissenschaft von allgemeiner Natur eine sehr wichtige Stellung ein.“<sup>579</sup>

Dieser Einblick in das Zustandekommen der Formulierungen im Parteiprogramm der SED dokumentiert dabei, in welchem Rahmen und bezogen auf welche Wissenschaft kybernetisches Denken auch für die Politik bedeutsam war: Es ging eben nicht alleine um ihre technische Anwendung, sondern vielmehr auch um die ihr zugesprochene Rolle bei der Organisation und Planung der Gesellschaft. Dies unterscheidet die Rezeption systemischen Denkens so auch von der von Entwicklungen in der Sowjetunion, wo sie vor allem in technischen Bereichen und in der Kommunikationstheorie rezipiert wurde.

### **Exkurs: Die Wirtschaftspolitik der DDR im Kontext der Entwicklung des systemischen Denkstils**

Die Verwobenheit der Politik mit anderen gesellschaftlichen Funktionssystemen beschränkte sich in der DDR nicht auf die Wissenschaft, sondern betraf die (Plan-)Wirtschaft in deutlich stärkerem Maße. Hieraus erklärt sich nicht zuletzt das steigende Interesse der SED an der Planung und Leitung der Gesellschaft und Wirtschaft, wozu das systemische Denken aus Sicht der Partei probate Methoden liefern konnte. Der Aufstieg des systemischen Denkstils geht somit mit der Wirtschaftsentwicklung der DDR seit den ausgehenden 1950er Jahren einher und wird erst im Zusammenhang mit dieser verständlich, weswegen im Folgenden die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der SED geschildert werden sollen.

---

578 BArch DY 30/IV 1/VI/18 (Anträge an die Programmkommission 1962, S. 101).

579 BArch DY 30/IV 1/VI/18 (Anträge an die Programmkommission 1962, S. 101).

### ***Funktionsweisen des Wirtschaftssystems der DDR***

Bereits das Gründungsdokument der Zwangsvereinigung von KPD und SED von 1946 benennt Sozialismus und Planwirtschaft als Parteiziel und mit der Gründung der DDR wurde mit der Einführung der Planwirtschaft im Osten Deutschlands begonnen, von der sich die SED-Spitze ein krisenfreies, Arbeitslosigkeit nicht zulassendes Wirtschaftssystem versprach.<sup>580</sup> Grundlage für die Etablierung der Planwirtschaft war die Umwälzung der Eigentumsordnung und die Überführung des Privateigentums in Volkseigentum sowie die zentrale Planung und Lenkung des Wirtschaftssystems durch die politischen Instanzen. Die Einführung der Planwirtschaft war nach Laitko ein Prozess der Entdifferenzierung des Gesellschaftssystems, der der politischen Strategie der SED in dieser Zeit entsprach.<sup>581</sup>

Denn vor allem im Bereich der Wirtschaft kam die von der SED propagierte Idee eines Gesellschaftssystems, „in dem die Politik beanspruchte, alle Teilsysteme gestalten und bestimmen zu können“, zum Tragen. Und auch hier stütze die Partei sich auf die als Wissenschaft deklarierte Ideologie des Marxismus-Leninismus.<sup>582</sup> Ein grundlegender Unterschied zwischen dem Funktionssystem Wissenschaft und dem Funktionssystem Wirtschaft bestand allerdings darin, dass im Bereich der Wirtschaft die Deutungsmacht über die „Wissenschaftlichkeit“ des Marxismus in erster Linie bei der Partei lag, während die „Handlungsspielräume, Ressourcen und Themenwahl der Experten weitgehend, wenn auch nicht vollständig [durch] die von der SED-Spitze bestimmte Politik“ dominiert waren.<sup>583</sup>

Grundgedanke der Planwirtschaft war es, die Volkswirtschaft hierarchisch von oben bis auf Betriebsebene zu koordinieren und zu lenken. Hierzu war der Aufbau neuer Institutionen notwendig, die diese Aufgaben übernahmen. Auf oberster Ebene handelte es sich dabei um die Staatliche Planungskommission (SPK), die die Wirtschaftspläne erarbeiten und verantworten musste, flankiert von der entsprechenden Parteibürokratie. Das Verhältnis von Staat und Partei war dabei allerdings von der Dominanz der SED gekennzeichnet:

„Die SPK hatte keine Grundsatzentscheidungen zu treffen, vielmehr hatte sie sie dem SED-Politbüro und dem Ministerrat vorzulegen. Wirtschaftliche Rationalität war so auch institutionell den politischen Vorgaben und deren Rason untergeordnet.“<sup>584</sup>

Die operative Leitung der Wirtschaft oblag den Ministerien, die für jeweils bestimmte Bereiche der Wirtschaft zuständig waren (z.B. gab es das Ministerium für Schwerindustrie oder das für Erzbergbau, Metallurgie und Kali). Bei der mittleren Entscheidungsebene handelte es sich um die Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) sowie die Kombinate, die die

580 Steiner: „Kein freies Spiel der Kräfte?“, in: Haupt/Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 43-64, S. 44.

581 Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis, in: Burchrichter/Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 107- 139, S. 133.

582 Steiner: Von Plan zu Plan 2004, S. 7.

583 Steiner: Politikberatung in der DDR?, in: Fisch/Rudloff (Hg.): Experten und Politik 2004, S. 101-125, S. 124.

584 Steiner: Von Plan zu Plan 2004, S. 11f.

Betriebe einer Branche zusammenfassten. Die genannten Instanzen unterstanden dem Ministerrat und seinem Präsidium, dem auch die SED-Spitze angehörte. Formal war eine Billigung der Wirtschaftspläne durch die Volkskammer der DDR notwendig.<sup>585</sup> Wichtigstes Element der Wirtschaftslenkung stellten zunächst die Jahrespläne dar; mit der Zeit gewannen aber die mittelfristigen Fünfjahrespläne an Bedeutung.

### ***Probleme des DDR-Wirtschaftssystems***

Nach Steiner waren es vor allem drei strukturelle Probleme, an denen das Wirtschaftssystem der DDR krankte: Erstens bestand ein Informationsproblem, das daraus resultierte, dass es keine Regulation der Preise über Marktmechanismen gab. Somit existierte kein Maßstab, an dem sich die wirtschaftslenkenden Organe orientieren konnten, was häufig zu politisch motivierten Marktentscheidungen führte. Zweitens wurde die Motivation der Beschäftigten zunehmend zu einem Problem, da die Orientierung an den Plänen dazu führte, dass die rein quantitative Erfüllung derselben ausreichte und keine Motivation für qualitative Verbesserungen bestand. Drittens schließlich spricht Steiner von einer asymmetrischen Informationsverteilung, denn die Betriebe waren vor allem daran interessiert, viele Produktionsmittel zu erhalten, was dazu führte, dass einerseits die SPK oftmals nicht vollständig über die vorhandenen Ressourcen informiert wurde und darüber hinaus ein grauer Markt entstand, auf dem die gehorteten Produkte ausgetauscht wurden.<sup>586</sup>

Zu diesen strukturellen Problemen der ohnehin schon durch die zwischen 1945 und 1948 durch Reparationsleistungen an die Sowjetunion gebeutelten Industrie in der SBZ/DDR traten wirtschaftliche Krisen in den Jahren 1953 (der von SU-Truppen niedergeschlagene Volksaufstand am 17. Juni 1953 war u.a. eine Reaktion auf die schlechte Versorgungslage der Bevölkerung mit Lebensmitteln) und 1956 (Versorgungsengpässe bei Rohstoffen), die teilweise durch Subventionierung der DDR-Planwirtschaft seitens der UdSSR aufgefangen wurden. Dennoch hatten die Krisen die Abwanderung von vor allem hoch qualifizierten Arbeitskräften in den Westen zur Folge, denn für die DDR galt mehr als für alle anderen sozialistischen Staaten das marktwirtschaftliche System der Bundesrepublik als Referenzmodell, an dem sich die Bürger orientierten. Darüber hinaus führte die Angewiesenheit auf Rohstofflieferungen der Sowjetunion zu einer zunehmenden Abhängigkeit der DDR vom ‚allmächtigen‘ Bruderstaat im Osten.

### ***Der wirtschaftspolitische Kurs der SED***

---

585 Steiner: Von Plan zu Plan 2004, S. 10f.

586 Steiner: Von Plan zu Plan 2004, S. 13ff.

Der erste Fünfjahresplan der DDR, der am 1. Januar 1951 in Kraft trat, konzentrierte sich auf den Auf- und Ausbau der Schwerindustrie und sah eine Verdopplung der Industrieproduktion mit den Schwerpunkten Metallurgie und Maschinenbau vor. Die skizzierten Versorgungsprobleme resultierten nicht zuletzt hieraus, da die Konsumgüterindustrie in den Planvorstellungen der Partei hinter die Schwerindustrie zurücktreten musste.

Mitte der 1950er Jahre und mit Inkrafttreten des zweiten Fünfjahresplanes fand aber ein allmählicher Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik der SED statt. Die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme sollten – so wurde es von Walter Ulbricht auf der 3. Parteikonferenz im Jahr 1956 verkündet – zu einer Verbesserung des wirtschaftlichen Planungs- und Leitungssystems führen. In diesem Zusammenhang kam es zu einer Diskussion unter Wirtschaftstheoretikern, angeführt von Fritz Behrens und seinem Mitarbeiter Arne Benary, die beide am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften tätig waren. Von ihnen wurden eine größere Autonomie der Betriebe und eine Reduktion der staatlichen Eingriffe gefordert. Für derartige Forderungen, die letztlich den wirtschaftspolitischen Kurs der 1960er Jahre vorweg nahmen, schien die Zeit allerdings noch nicht reif: Behrens und Benary wurden von der SED-Spitze des Revisionismus bezichtigt.<sup>587</sup>

Weiterer Bestandteil des wirtschaftspolitischen Kurswechsels war die verstärkte Förderung der Rolle von Wissenschaft und Technik seitens der SED.<sup>588</sup> Ein Ministerratsbeschluss vom 21. Juli 1955 hielt fest, dass Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu ergreifen seien. Institutioneller Ausdruck dessen war 1957 die Gründung des Forschungsrates, der den Ministerrat und die Staatliche Planungskommission bei der Erstellung der Perspektivpläne beraten sollte. Auch personell hatte dies Konsequenzen: Erich Apel, nach Steiner „Blitzaufsteiger und Technokrat unter Ulbricht“, wurde 1958 Vorsitzender der neu gegründeten Wirtschaftskommission des Politbüros und Günter Mittag sein Sekretär.<sup>589</sup>

Auf dem V. Parteitag der SED gab Ulbricht deswegen die „ökonomische Hauptaufgabe“ bekannt: Bis 1961 sollte in der DDR derselbe Lebensstandard wie in der BRD erreicht werden. Zunächst zeigten die getroffenen Maßnahmen jedoch nur geringe Wirkung: Das Wachstum der Wirtschaft war in erster Linie extensiv und auf den größeren Einsatz von Arbeitskraft und Produktionsmitteln zurückzuführen. Eine Verbesserung der Produkte oder ein Ausbau der Konsumgüterindustrie war nicht zu verzeichnen; auch die 1959 erfolgte Kollektivierung der Landwirtschaft führte kaum zu einem Produktivitätszuwachs in der Nahrungsmittelproduktion. Zudem wurde die Republikflucht zum immer größeren

---

587 Steiner: Von Plan zu Plan 2004, S. 97-99. Tragische Konsequenz der Revisionismusvorwürfe seitens der SED war die Selbsttötung Behrens'.

588 Dies korrespondierte mit dem wissenschaftspolitischen Kurs dieser Zeit, vgl. dazu Kapitel 3 dieser Arbeit.

589 Steiner: Von Plan zu Plan 2004, S. 99-101.

Wirtschaftsproblem: 1960 wies die DDR bereits elf Prozent weniger Bevölkerung auf als noch zehn Jahre zuvor, unter den Flüchtlingen waren vor allem Selbständige, Akademiker und unter 25jährige Höherqualifizierte. Das letztgenannte Problem ‚behob‘ die SED-Spitze schließlich durch den Mauerbau am 13. August 1961.<sup>590</sup>

### ***Die Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre: NÖSPL und ÖSS***

Damit verbunden war die Annahme von Politikern, aber auch Intellektuellen, dass die „Störfreimachung“ der ostdeutschen Wirtschaft die Entwicklungsbedingungen des Sozialismus deutlich verbessere und sich neue Chancen böten. Die nach wie vor vorhandenen wirtschaftlichen Probleme sollten nun nach Auffassung der führenden (Wirtschafts-)Politiker der SED, Ulbricht und Apel, endgültig durch angemessene Reformen und eine Modernisierung der wirtschaftlichen Planung und Leitung in andere Bahnen gelenkt werden. Aus diesem Grund trat 1963 das ‚Neue ökonomische System der Planung und Leitung‘ (NÖSPL) in Kraft. Kern der Reformen war die „Simulation marktwirtschaftliche[r] Mechanismen, ohne die Grundlagen einer Marktwirtschaft einzuführen,“<sup>591</sup> d.h., den Wirtschaftseinheiten sollte größere Eigenverantwortlichkeit zugebilligt werden, indem der zentrale und perspektivisch orientierte Plan nur Eckdaten vorgab und die Bruttoproduktion als Produktivitätsindikator durch den Gewinn abgelöst wurde.<sup>592</sup>

Der mit der Etablierung des NÖSPL einhergehende Abbau der ideologischen Vorbehalte gegen die Kybernetik führte dazu, dass ab circa 1965 sowohl in Wissenschaft als auch in der Politik eine regelrechte Kybernetik-Euphorie ausbrach. Vor allem die Anwendung der Kybernetik durch Automatisierung, Datenverarbeitung, Regelungstechnik und zentrale Steuerung schien geeignet, die desolante wirtschaftliche Situation der DDR in den Griff zu bekommen und die Produktionsbedingungen nachhaltig zu verändern. Das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ war der Inbegriff des Glaubens an die gezielte Rationalisierung wirtschaftlicher Prozesse durch den Einsatz der Kybernetik und ihrer Planungsmethoden. Jakob Tanner hat herausgearbeitet, wie das Wirtschaftswachstum der 1960er Jahre in der DDR zunehmende Steuerungsprobleme evozierte, die der Bearbeitung bedurften. Die Kybernetik lieferte eine „flexible und anpassungsfähige Lösungsstrategie“<sup>593</sup> hierfür. Sie habe – und das zeigt auch die Formulierung im Parteiprogramm – in dieser Phase ein deutungsoffenes Konzept geboten, das sich vor allem dadurch auszeichnete, eine neue, abstrakte und formale Sprache zur Verfügung zu stel-

---

590 Steiner: Von Plan zu Plan 2004, S. 106-116 sowie ders.: „Kein freies Spiel der Kräfte?“, in: Haupt/Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 43-64, S 46.

591 Steiner: Von Plan zu Plan 2004, S. 131.

592 Steiner: „Kein freies Spiel der Kräfte?“, in: Haupt/Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 43-64, S 49.

593 Tanner: Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg, in: Hagner/Hörl (Hg.): Transformation des Humanen 2008, S. 377-413, S. 378f.

len.<sup>594</sup> Mithin, so arbeitet Tanner heraus, ging es bei der Herausbildung des kybernetischen Denkstils in der DDR in erster Linie darum, die Sprache zu prägen und kompatibel zu machen mit dem Sagbaren.

Das NÖSPL war dabei auch Ausdruck der Idee einer gezielten Rationalisierung wirtschaftlicher Prozesse durch den Einsatz der Kybernetik und ihrer Planungsmethoden sowie die gezielte Förderung von Innovationen zum Erreichen des „wissenschaftlich-technischen Höchststandes“. Mit der Etablierung des Neuen Ökonomischen Systems kam der Wissenschaft eine neue Bedeutung zu, indem sie im Kontext der marxistisch-leninistischen Ideologie neben Kapital, Arbeit und Boden zur vierten Produktivkraft erhoben wurde.<sup>595</sup> Funktion der Wissenschaft war es, für führende Industriebranchen (Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik) innovative, vom Westen unabhängige Entwicklungspfade zu finden. Auf diese Weise sollten auch für andere Branchen Wachstumsimpulse gesetzt werden.<sup>596</sup>

Genau hier stieß das NÖSPL aber auch an seine Grenzen, da die Eigendynamik der Wissenschafts- und Technikentwicklung sowie die Komplexität wissenschaftlicher Innovationen durch die Politik unter- und die Planbarkeit der Wissenschaftsentwicklung überschätzt wurde.<sup>597</sup> Doch die Reformen krankten von vornherein noch an einem anderen „grundlegenden Zielkonflikt“ (Steiner): Die der Wirtschaft zugebilligte Eigenständigkeit und die damit einhergehende Artikulation wirtschaftlicher Interessen durch die Betriebe wurde durch die unantastbare Macht der Partei unterlaufen, denn dieses führte dazu, dass überhaupt keine Möglichkeit der Formulierung von Interessen bestand. Die eingeführten marktwirtschaftlichen Elemente konnten unter der zentralisierten Einparteiherrschaft gar nicht zum Tragen kommen, weswegen die Reformen zum Scheitern verurteilt waren.<sup>598</sup>

Der Höhepunkt der Aufwertung der Kybernetik in der DDR war 1967 erreicht, als selbst das Zentralkomitee sich in seinem Bericht an den VII. Parteitag der SED zur Anwendung der Kybernetik bekannte:

„Die Tätigkeit des gesamten Parteiapparates soll mit Hilfe moderner wissenschaftlich-technischer Mittel und Methoden qualifiziert organisiert und rationalisiert werden, damit die Wissenschaftlichkeit bei der Vorbereitung, Kontrolle sowie Durchführung der Beschlüsse erhöht wird. Auf diesem Wege wird die politische Arbeit eine höhere Wirksamkeit erreichen. In der Leitungstätigkeit sollen Elemente der Kybernetik, der modernen

---

594 Tanner: Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg, in: Hagner/ Hörl (Hg.): Transformation des Humanen 2008, S. 377-413, S. 379.

595 Vgl. Kapitel drei sowie Förtsch: Wissenschafts- und Technologiepolitik, in: Hoffmann/Macrakis (Hg.): Naturwissenschaften und Technik in der DDR 1997, S. 17-33, S. 25f. Vgl. dazu auch Kapitel 4.3. dieser Arbeit.

596 Reindl: Akademiereform, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung 1999, S. 339-360, S. 345.

597 Steiner: Anschluss an den Welthöchststand?, in: Abele/Barkleit/Hänseroth (Hg.): Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen 2001, S. 71-88, S. 79.

598 Steiner: „Kein freies Spiel der Kräfte?“, in: Haupt/Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft 2004, S. 43-64, S. 51.

Rechentechnik, einschließlich der aufzubauenden Datenfernübertragung, sowie der Pädagogik, der Psychologie und der Soziologie schrittweise Anwendung finden.“<sup>599</sup>

Erneut zeigte sich Walter Ulbricht als großer Verfechter der Kybernetik und sein Engagement führte nicht zuletzt dazu, dass auch die letzten kritischen Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler in den Reihen der Parteispitze sich mit der Kybernetik auseinandersetzen mussten.

Der schon in den Debatten um das Parteiprogramm von 1963 aufgetretene Philosoph Klaus Dieter Wüstneck wurde zum Kandidaten des ZK gewählt, „um dort die rechte Lehre zu verkünden.“<sup>600</sup> Er wurde zum Leiter der neu eingerichteten Kommission ‚Kybernetik‘ beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen ernannt, die Lehrprogramme für Kybernetik entwickeln und einführen sollte.

Ebenfalls im Jahr 1967 erschien das von Georg Klaus zunächst unter Mitarbeit zahlreicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler herausgegebene „Wörterbuch der Kybernetik“<sup>601</sup>, welches einen Überblick über die wichtigsten Begriffe der Kybernetik liefern sollte und von einem interdisziplinären Team, aber unter der Leitung von Georg Klaus und dem Sekretär des Projekts, Heinz Liebscher, also zwei Philosophen, erarbeitet wurde. Das Wörterbuch sollte ein Kassenschlager werden und erlebte bis 1976 vier Auflagen, zudem erschien es auch in der Bundesrepublik beim Fischer-Verlag.<sup>602</sup> Die philosophische Ausrichtung des Wörterbuchs führte wohl auch dazu, dass der Kybernetik eine zweifache Rolle für die marxistisch-leninistische Philosophie zugebilligt wurde:

„Die Wandlungen unserer Denkweise, die durch die Kybernetik hervorgerufen werden und die ihrem Wesen nach letztlich philosophischer oder weltanschaulicher Natur sind, können mit den Wandlungen unserer industriellen Produktion, die durch die Automatisierung bewirkt wird, unmittelbar in Parallele gesetzt werden. Will man das Verhältnis von Kybernetik und Philosophie auf einen Hauptnenner bringen, so ergibt sich, daß diese neue Wissenschaft einerseits die eindrucksvollste einzelwissenschaftliche Bestätigung der materialistischen Dialektik ist, die sich seit Anfang des Jahrhunderts ergeben hat, und andererseits zu einer ebenso eindrucksvollen Weiterführung und Fortentwicklung des dialektischen Materialismus führt.“<sup>603</sup>

1967/68 wurde das NÖSPL durch das „Ökonomische System des Sozialismus“ (ÖSS) abgelöst, das vor allem der verbesserten Abstimmung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft dienen sollte, indem langfristige Prognosen der Wissenschaftsentwicklung getroffen werden sollten. Ziel war die politische Lenkung von Innovationsprozessen in den Wissenschaftsbereichen, denen besondere Bedeutung bei der Durchsetzung der wissenschaftlich-

---

599 Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 17. bis 22. April 1967. Beschlüsse und Dokumente, Bd. 4 1967, S. 5-330, S. 207.

600 Segal: Dialektische Beziehungen, in: Pias (Hg.): Cybernetics Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 242.

601 Klaus (Hg.): Wörterbuch der Kybernetik 1967.

602 Liebscher: Wörterbuch, in: Dittmann/Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 95-109, S. 103.

603 Art. ‚Kybernetik‘, in: Klaus (Hg.): Wörterbuch der Kybernetik 1967, S. 324-329, S. 328.

technischen Revolution beigemessen wurde.<sup>604</sup> Um die Wissenschaftler und Ingenieure im Systemwettbewerb zu „Pionier- und Spitzenleistungen“ ‚anzufeuern‘, gab Ulbricht die Parole des „Überholens ohne Einzuholen“ aus. Das Motto ging auf den sowjetischen Kybernetiker Wiktor Glushkow zurück, der es – bezogen auf EDV-Anlagen – in einem Artikel verwandt hatte. Gemeint war damit, neue und andere Innovationspfade als im Westen zu begehen und somit einen technologischen Vorsprung zu erreichen, anstatt westliche Technologie zu kopieren.<sup>605</sup> Die marktwirtschaftlichen Elemente des NÖSPL, die ein gewisses Maß an Selbstregulation der Wirtschaft über den Preismechanismus erlaubt hatten, wurden allerdings im ÖSS zurückgenommen.<sup>606</sup>

### ***Abkehr vom systemischen Denkstil seitens der Politik***

Dieser Höhepunkt der Kybernetik war somit nur von kurzer Dauer: Der Prager Frühling im Jahr 1968 bereitete dieser Entwicklung ein jähes Ende. Der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und mit ihm die Idee einer „sozialistischen Marktwirtschaft“, wie sie von den tschechoslowakischen Reformern etabliert werden sollte, wurden von den sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Dies führte in der DDR zu einer allmählichen, erneuten Ablehnung der Kybernetik und zu einer Rückbesinnung auf „das Wesentliche“, nämlich die Führungsrolle der Partei. Selbstregulierung bzw. Selbstorganisation standen dem Zentralismus der SED entgegen, zumal die Reformen des NÖSPL nicht die erwünschten Wirkungen zeigten.<sup>607</sup> Die Modernisierungstendenzen, die – nicht zuletzt auch befördert durch die Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik – Wissenschaft und Wirtschaft erfasst hatten, stießen somit dort an ihre Grenzen, wo sie mit den Machtansprüchen der Partei kollidierten. In diesem Sinne präsentierte sich die DDR während der 1960er Jahre durchaus als „lernfähiges System“ (Tanner), das die sich auftuenden Reformpotentiale allerdings durch ihr „institutionelles Retrodesign“ verspielte.<sup>608</sup>

1969 kam es schließlich zu einem Vorfall, der belegt, wie das seitens der Politik geäußerte polemische Argument, die Kybernetik würde anstreben, die Philosophie zu ersetzen, handfeste Folgen für einzelne Wissenschaftler haben konnte. Betroffen war in diesem Fall Heinz Liebscher, engster Mitarbeiter von Georg Klaus, der von Kurt Hager in einem Referat vor dem 10. Plenum des ZK der SED Ende April 1969 persönlich angegriffen wurde. Der

---

604 Steiner: Von Plan zu Plan 2004, S. 142-150.

605 Steiner: Von Plan zu Plan 2004, S. 142.

606 Tanner: Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg, in: Hagner/Hörl (Hg.): Transformation des Humanen 2008, S. 377-413, S. 411.

607 Tanner: Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg, in: Hagner/Hörl (Hg.): Transformation des Humanen 2008, S. 377-413, S. 412.

608 Tanner: Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg, in: Hagner/Hörl (Hg.): Transformation des Humanen 2008, S. 377-413, S. 413.



Wortlaut des Referats wurde am 30. April 1969 im *Neuen Deutschland* abgedruckt. Dort hieß es:

„Die wissenschaftliche Systemauffassung von der Gesellschaft wurde in der marxistisch-leninistischen Lehre von der ökonomischen Gesellschaftsformation ausgearbeitet. Diese Lehre ist die unumgängliche Grundlage für die Analyse der kybernetischen Prozesse in der Gesellschaft. Wenn bei einer umfassenden Analyse der kybernetischen Aspekte der Organisation und Entwicklung der Gesellschaft der Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation überhaupt keine Rolle mehr spielt, so führt dies praktisch zu einer Abwertung der theoretischen Leitsätze und Begriffe der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie. Die Erkenntnisse des historischen Materialismus vom Wesen und der Rolle des Klassenkampfes, als Triebkraft der Geschichte, von der sozialen Revolution, der Rolle der Arbeitsklasse usw. verschwinden, wenn z.B. Genosse Liebscher vom Institut für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften in einem Artikel feststellt, daß die menschliche Gesellschaft auf allen ihren Entwicklungsstufen von jeher ein selbstregulierendes System im Sinne der Kybernetik war [...].“<sup>609</sup>

Ein derartiger Angriff auf einen Wissenschaftler seitens der Parteiführung hatte mindestens zur Folge, dass der Betroffene zunächst Selbstkritik üben musste (unabhängig von der eigenen Überzeugung oder davon, dass es sich möglicherweise auch um Missverständnisse gehandelt haben konnte). Darüber hinaus war solchen Personen in der Regel eine weitere wissenschaftliche Karriere verbaut.<sup>610</sup> Die skizzierte Episode war erster Ausdruck der nun verstärkt erfolgenden Angriffe auf die Kybernetik. Herbert Hörz hält hierzu fest, dass es

„bei der politisch-ideologischen Kritik an der Kybernetik m.E. nicht in erster Linie um Wissenschaft und Technik [gegangen sei], sondern die Kritiker Ulbrichts suchten nach dem effektiven Hebel, um ihn von der Macht zu entfernen, da boten sich die Missverhältnisse zwischen den großen Versprechungen und den geringen Resultaten geradezu für diejenigen an, die mit neuen Wissenschaften sowieso nicht viel zu tun haben wollten.“<sup>611</sup>

1971, nach dem „gesundheitsbedingten Rücktritt“ Ulbrichts, fand der VIII. Parteitag der SED statt. Die Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre wurden zurückgenommen und Honecker legte dar, dass man nach sowjetischem Vorbild eine Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik anstrebe.

Kurt Hager, Chefideologe der SED, machte die Konsequenzen der Parteitagsbeschlüsse für die Kybernetik wie folgt deutlich: In seinem Buch *Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED*<sup>612</sup>, welches 1972 bereits in der 2. Auflage erschien (die erste Auflage war ein Jahr zuvor herausgekommen), hieß es:

„Er [der dialektische und historische Materialismus, V.W.] schätzt die Bedeutung neuer Methoden der wissenschaftlichen Erkenntnis wie etwa der ökonomisch-mathematischen Methoden für den Fortschritt des Wissens positiv ein. Aber die Funktion des dialektischen und historischen Materialismus wird ernsthaft gefährdet, wenn die marxistisch-leninistische Philosophie durch die kritiklose Übernahme von Aussagen und Begriffen aus

609 Hager: Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 30. April 1969, S. 3-7, S. 6.

610 Vgl. hierzu Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 58.

611 Hörz: Lebenswenden 2005, S. 448.

612 Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, 2. Aufl. 1972. Die Erstauflage des Buches erschien 1971.

einzelnen Fachwissenschaften ihres Weltanschauungscharakters beraubt und gewissermaßen ‚entideologisiert‘ wird. [...] Wir schränken die Bedeutung der einzelnen Wissenschaften, die sich mit solchen Fragen wie System und Struktur, Steuerung und Regelung befassen, nicht ein – aber für die Leitung aller gesellschaftlichen Prozesse beim Aufbau des Sozialismus, für die Führung des revolutionären Klassenkampfes kann es nur eine Wissenschaft geben, und das ist die des Marxismus-Leninismus.“<sup>613</sup>

Hagers Buch, welches auf ein Referat zurückging, das er auf der Tagung der Gesellschaftswissenschaftler im Oktober 1971 gehalten hatte, muss nicht zuletzt als Signal seitens der Politik gelesen werden, im Bereich der Kybernetik- und Systemforschung eine Wende einzuleiten.<sup>614</sup> Nur allzu deutlich wies der Chefideologe der SED auf den Politikwechsel hin, der mit dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 und der damit beginnenden Ära Honecker einhergegangen war. Kern der Parteitagsbeschlüsse war die in Zukunft zu verfolgende Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik; zwar erteilte man dem Konzept vom ‚entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus‘ und damit der Politik Ulbrichts keine vollständige Absage, doch bereits die Umstände des Machtwechsels (der ‚gesundheitsbedingte‘ Rücktritt Ulbrichts) sprachen diesbezüglich Bände. So versäumte Hager auch nicht, in der bereits zitierten Schrift nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen,

„daß die Bezeichnung ‚entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus‘ in der Praxis besonders auf dem Gebiet der Ökonomie oft dazu führte, daß der klare Sinn und Inhalt unserer Politik schließlich unter einem Wust von aus der Systemtheorie entlehnten Begriffen verschwand. In manchen Publikationen wurde mit dem Systembegriff Mißbrauch betrieben.“<sup>615</sup>

Der Zenit der Kybernetik war also eindeutig überschritten; es setzte nicht nur ein politischer, sondern auch wissenschaftlicher Kurswechsel ein, der dem Marxismus-Leninismus einmal mehr die ideologische Vorherrschaft im Wissenschaftssystem sichern sollte. Offensichtlich wird hier, dass man in der sozialistischen DDR gar nicht erst davon ausging, dass es eine ‚objektive‘ Form der Wissenschaft gebe, sondern ‚gute‘ Wissenschaft immer parteilich sein musste. Und auch der Zusammenhang zwischen Sprache und Wissenschaft war Hager durchaus bewusst:

„So wichtig Kybernetik und Systemtheorie sind und bleiben, so können wir natürlich nicht zulassen, daß sie an die Stelle des dialektischen und historischen Materialismus [...] treten, daß sie verabsolutiert werden und daß die Sprache einer Spezialwissenschaft die politische Sprache der Partei wird. Die Partei würde damit aufhören, eine marxistisch-leninistische Partei zu sein.“<sup>616</sup>

Deutlicher konnte man kaum ausdrücken, worin das Problem der Politik mit der Kybernetik bestand: Es ging um nicht weniger als den Anspruch der SED, ihre gesellschaftliche Deutungshoheit zu wahren. Der kybernetische Denkstil war inzwischen eng mit der Politik

---

613 Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, 2. Aufl. Berlin 1972, S. 12f.

614 Dieser Sachverhalt wird im Zusammenhang mit der damit einhergehenden Denkstilveränderung in Kapitel 5 noch Gegenstand einer ausführlichen Betrachtung sein.

615 Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, 2. Aufl. 1972, S. 26.

616 Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, 2. Aufl. 1972.

verknüpft und hatte auf der höchsten Ebene der Politik an Wirksamkeit gewonnen. Vor allem die Verwendung systemtheoretischer und kybernetischer Begriffe dokumentierte diese Entwicklung. Nach dem Machtwechsel an der Parteispitze war es nun an der Zeit, auch auf sprachlicher Ebene eine Richtungsänderung herbeizuführen, die die marxistisch-leninistische Ausrichtung der Partei wieder stärker in den Vordergrund stellte.

Der entscheidende Grund für die Abkehr von der Kybernetik war somit ein politischer, nämlich, dass ihre Beschränkung auf Prognose bzw. technische Anwendungen der Kybernetik nicht die gewünschten Erfolge erzielte, das Wirtschaftssystem der DDR zu stabilisieren. „Letztlich wurden die Misserfolge des Neuen Ökonomischen Systems der Kybernetik angelastet.“<sup>617</sup> Der systemische Denkstil stieß politisch dort an seine Grenzen, wo er die Deutungshoheit des Marxismus in Frage stellte. Schließlich wurde er nur noch in einzelnen, vor allem technischen Disziplinen, aber auch der Wissenschaftswissenschaft rezipiert und zu Beginn der 1970er Jahre abgelöst von anderen wissenschaftspolitischen Leitbildern, wie beispielsweise der Großforschung.

Doch jenseits der politischen Deutungsmuster des systemischen Denkens stellt sich die Frage, welchen Stellenwert der sich etablierende, neue Denkstil auch für die Disziplin Philosophie selbst besaß. So argumentiert beispielsweise Stefania Maffei, dass die Kybernetik als „Stütze des Dialektischen und Historischen Materialismus“ und eine „Leitungsdisziplin im philosophischen Feld“ interpretiert werden müsse. Weiter heißt es dort, dass die der Kybernetik zugestandene Autonomie „daher nur als Resultat einer engen Verbindung mit den politischen Instanzen interpretiert werden kann.“<sup>618</sup> Ganz anders und unabhängig von den politischen Kontexten beurteilt Wilharm die Rezeption systemischen Denkens, wenn er festhält, dass der

„Versuch, die Gesellschaftstheorie des Marxismus systemtheoretisch zu denken, eine durchaus beachtenswerte, wissenschaftlich und wissenschaftstheoretisch relevante philosophische Aktivität dar[stellte], der Sterilität der marxistisch-leninistischen Dogmatik zu entkommen.“<sup>619</sup>

Handelte es sich bei der Rezeption systemischen Denkens allein um Außenseiterpositionen, die sich nur durch ihre Aufnahme seitens der Politik so großer Beliebtheit erfreuten? Oder waren es innovative Ideen, die es vermochten, die in der DDR betriebene Philosophie nachhaltig zu beeinflussen? Wie ist die Rolle des systemischen Denkens in der DDR aus historischer Perspektive und vor allem im Zusammenhang mit den Debatten über die Produktivkraft Wissenschaft zu bewerten? Um diese Fragen zu beantworten, sollen in der folgenden Analyse zum einen die Denkkollektive, die die Rezeption systemischen Denkens in

---

617 Dittmann: Kybernetik in der DDR, in: ders./Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 13-42, S. 32.

618 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 74.

619 Wilharm: Denken für eine geschlossene Welt 1990, S. 249.

der DDR prägten, rekonstruiert werden und in darüber hinaus durch die Analyse und Gegenüberstellung der Fachzeitschrift *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* und dem wissenschaftlichen Organ der SED, der *Einheit*, die wesentlichen Stränge der Rezeption systemischen Denkens sowie ihre jeweilige Kontextualisierung im wissenschaftlich-philosophischen bzw. politischen Diskurs dargelegt werden.

### 5.1 Das ‚Systemische Denkkollektiv‘ in der DDR-Philosophie

„In der DDR spielten vor allem Philosophen eine entscheidende Rolle bei der Einführung der Kybernetik“, schreibt Frank Dittmann in seiner Einleitung zu dem Band *Kybernetik steckt den Osten an*.<sup>620</sup> Er weist damit auf einen Umstand hin, der die Besonderheit der Rezeption systemischen Denkens in der DDR ausmacht: Bevor Systemtheorie und Kybernetik in der DDR zur allgemein anerkannten, wissenschaftlichen Tatsache werden konnten, waren es vor allem Vertreterinnen und Vertreter der Disziplin Philosophie, die sich mit der neuen Wissenschaft befassten, auf diese Weise dazu beitrugen, die ursprünglichen Vorbehalte gegen die Kybernetik abzubauen und sie schließlich – vor allem in politischen Kreisen – zu popularisieren. Dieser Umstand ist nicht zuletzt den kulturellen Rahmenbedingungen geschuldet, die – wie Mindell, Gerovitch und Ségal in ihrer vergleichenden Studie zur Durchsetzung der Kybernetik in den USA, Frankreich und der Sowjetunion gezeigt haben<sup>621</sup> – konstitutiv für die Etablierung neuer wissenschaftlicher Denkweisen sind. Hierzu zählt etwa, dass die Vorbehalte gegen das systemische Denken vor allem politisch-ideologisch motiviert waren und sich die politische Führung der DDR diesbezüglich an der sowjetischen Kybernetik-Kritik orientierte. Der Kurswechsel der UdSSR hinsichtlich der Rezeption der Kybernetik stellte dabei eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung dafür dar, das systemische Denken auch in der DDR aufzugreifen. Der Umstand, dass die Kybernetik-Rezeption in der DDR vor allem durch Philosophen vorangetrieben wurde, während die Anwendung von Systemtheorie und Kybernetik zunächst keine Rolle spielten, dokumentiert, dass die ideologischen Vorbehalte verhältnismäßig tiefgehend gewesen zu sein scheinen und das Aufgreifen des systemischen Denkens – trotz des Vorbilds Sowjetunion – ideologischer Legitimation bedurfte, die seitens der Philosophie ‚geliefert‘ werden konnte.

In diesem Sinne kann die Rezeption systemischen Denkens in der DDR als Beispiel dafür dienen, um zu zeigen, wie Wissenschaft – in diesem Fall namentlich die Philosophie – und Politik einander Ressourcen bereitstellten, die für beide Seiten produktiv waren.<sup>622</sup> Dafür ist es jedoch nicht ausreichend, den Denkstil mittels der Analyse wissenschaftlicher Publikationen zu rekonstruieren, sondern vielmehr stellt sich, wenn man im Sinne Flecks den sozialen Aspekt der Entstehung wissenschaftlicher Tatsachen berücksichtigen will, auch die Frage, welche Akteure und Institutionen an der Etablierung des systemischen Denkens in der DDR beteiligt waren. In diesem Zusammenhang sei nochmals auf den Vergleich des

---

620 Dittmann: *Kybernetik in der DDR*, in: ders./Seising (Hg.): *Kybernetik steckt den Osten an* 2007, S. 13-42, S. 22.

621 Mindell/Gerovitch/Ségal: *From Communications Engineering to Communications Science*, in: Walker (Hg.): *Science and Ideology* 2003, S. 66-96.

622 Ash: *Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander*, in: vom Bruch/Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik* 2002, S. 32-51.

polnischen Mediziners zwischen der Wissenschaft und einem Fußballspiel<sup>623</sup> verwiesen: Kern von Flecks Analogie ist, dass für die Rekonstruktion wissenschaftlicher Entwicklungen das Zusammenspiel zwischen Individuen, den aus Individuen zusammengesetzten Denkkollektiven und den durch sie formulierten wissenschaftlichen Erkenntnissen berücksichtigt werden müssen.

Vor allem die Unterscheidung Flecks in esoterische und exoterische Kreise der Denkkollektive ist für die diese Arbeit leitende Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik von Relevanz: Denn während die eigentliche Formulierung der neuen wissenschaftlichen Tatsachen sich innerhalb des esoterischen Kreises eines Denkkollektivs vollzieht, welcher vor allem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler umfasst, ist es ihr exoterischer Kreis – bestehend aus gebildeten Laien –, der dazu beiträgt, dass ein neuer Denkstil öffentlich wirksam wird. Das Verhältnis beider Bereiche der Denkkollektive zueinander ist dadurch gekennzeichnet, dass der esoterische Kreis die neuen wissenschaftlichen Tatsachen vermittelt und seine Mitglieder als Experten fungieren, während der exoterische Kreis dabei hilft, Vertrauen und Öffentlichkeit für einen neuen Denkstil zu schaffen. Auf diese Weise bildeten sich wissenschaftliche Schulen, die über einen Denkstil informieren und ihn legitimieren sowie popularisieren. Legt man nun die besondere Situation in der DDR zu Grunde und berücksichtigt den höheren Einfluss der Politik und den geringen Einfluss der Öffentlichkeit auf die Wissenschaft, so muss konstatiert werden, dass die Durchsetzung eines neuen Denkstils auch mit Hilfe der Politik erfolgte: Neue wissenschaftliche Tatsachen konnten vor allem dann etabliert werden, wenn sie sich als politisch relevant erwiesen, folglich also eine Ressource für die Politik darzustellen vermochten. Auf diesen Sachverhalt muss vor allem deswegen nochmals hingewiesen werden, weil Fleck zwischen vier Arten von Denkkollektiven unterscheidet und betont, dass diese demokratische, elitäre, komplizierte und aristokratische Züge aufweisen würden. Als Beispiel für demokratische Züge aufweisende Denkkollektive führt Fleck wissenschaftliche Denkkollektive an, da für sie ein besonders hoher Stellenwert der exoterischen Kreise festzustellen sei. Die Elite (der esoterische Kreis) bemühe sich um „das Vertrauen und die Anerkennung der Masse [des exoterischen Kreises, V.W.], sie unterstreicht, daß sie dem Allgemeinwohl dient, und schmeichelt der öffentlichen Meinung.“<sup>624</sup>

Legt man diese Ausführungen Flecks zu Grunde, so kann geschlussfolgert werden, dass wissenschaftliche Denkkollektive – unabhängig von der Gesellschaft, in der sie sich formieren – immer demokratische Züge aufweisen, da ihr Anliegen immer dasselbe sein muss: Es geht um die Anerkennung der formulierten Denkstile als wissenschaftliche Wahrheit.

---

623 Fleck: EEWT, S. 62.

624 Fleck: Theorie des Erkennens [1936], in: ders.: Erfahrung und Tatsache 1983, S. 115.

Gleichwohl wird in besonderem Maße zu fragen sein, wie die an der Etablierung des systemischen Denkens in der DDR beteiligten Denkkollektive beschaffen waren, dass es ihnen gelang, den systemischen Denkstil zur wissenschaftlichen Tatsache werden zu lassen. Wer waren die prominenten Akteurinnen und Akteure der Denkkollektive des systemischen Denkens, wer zählte zu ihrem esoterischen, wer zum exoterischen Kreis? Welche Formen der Institutionalisierung des systemischen Denkens gab es auf welchen institutionellen Ebenen? Vor allem aber wird das Augenmerk darauf liegen, welches Verhältnis die Denkkollektive zum Marxismus-Leninismus beziehungsweise zur Politik der SED aufwiesen. Es ist davon auszugehen, dass die politische Loyalität der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in diesem Zusammenhang eine wichtige Ressource darstellte, die zur Durchsetzung des neuen Denkstils beitragen konnte. Auf der anderen Seite setzt vor allem die Institutionalisierung von Systemtheorie und Kybernetik den politischen Willen voraus, die neuen wissenschaftlichen Ansätze auch finanziell und institutionell zu fördern.

Timothy Lenoir hat am Beispiel der Organischen Physik im 19. Jahrhundert herausgearbeitet, dass „Intellektuelle [...] für eine aufsteigende [politische, V.W.] Klasse von strategischer Bedeutung sein [können].“ Lenoir betont, dass akademische Eliten helfen könnten, „die moralische und intellektuelle ‚Meinungsführung‘ in der Gesellschaft als ganzer [zu] erobern“. Dabei falle ihnen die „unentbehrliche Rolle zu, eine ideologische Rechtfertigung für den Herrschaftsanspruch der aufsteigenden Klasse [...] zu formulieren.“<sup>625</sup> Die Schlussfolgerungen lassen sich auch auf die Situation in der DDR-Hochschullandschaft nach 1945 übertragen: Die Rolle der intellektuellen Meinungsführerschaft wurde dabei von den „sozialistischen Professoren“ übernommen. Auf diese Weise stellten sie für die Politik eine wichtige Ressource dar, um den Herrschaftsanspruch der SED zu legitimieren.

### 5.1.1 Biographie von Georg Klaus

Georg Klaus' Biographie weist zahlreiche Aspekte auf, die für den Typus des sozialistischen Professors charakteristisch sind: Klaus wurde am 28. Dezember 1912 in Nürnberg geboren und legte im Jahr 1932 seine Abiturprüfung ab.<sup>626</sup> Vier Jahre zuvor, im Jahr 1928, war Georg Klaus bereits in die KPD eingetreten und fungierte während der Zeit des Nationalsozialismus als illegaler Bezirkssekretär und Kreisvorsitzender der KPD.<sup>627</sup> 1932 nahm Georg Klaus ein Studium der Mathematik, Physik und Philosophie in Erlangen auf, welches er aber nicht beendete, da er – wie er in seinem Lebenslauf schreibt – „wegen illegaler Tätigkeit gegen den Faschismus verhaftet und nach einer Verurteilung wegen Hochverrats 6

---

625 Lenoir: Politik im Tempel der Wissenschaft 1992, S. 24.

626 Archiv der HU Berlin, PA nach 1945, Sig. Georg Klaus (Personalbogen der HU).

627 BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 14 (Personalbogen der HU, 26.5.1953).

Jahre eingekerkert wurde.“<sup>628</sup> Die Verhaftung war im Herbst 1933 erfolgt und man warf Georg Klaus die Teilnahme an der Widerstandsbewegung vor. Man verurteilte ihn wegen Hochverrats zu zwei Jahren Gefängnis und überführte ihn nach Verbüßung der Strafe ins Konzentrationslager Dachau, aus dem er am 20. April 1939 entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt wurde.<sup>629</sup> Aufgrund seiner Inhaftierung war Klaus später in der DDR „anerkannt als Verfolgter des Naziregimes“<sup>630</sup>. Da die Inhaftierung eine Wiederaufnahme seines Studiums verhinderte, arbeitete Klaus als Angestellter in einer Bleistiftfabrik, hörte aber gleichwohl weiterhin illegal Vorlesungen an der Universität Erlangen und der Hochschule Nürnberg. 1942 erfolgte die Einberufung von Georg Klaus zur Wehrmacht; eine schwere Verwundung, die er sich während eines Kampfeinsatzes an der Ostfront zuzog, führte jedoch dazu, dass er bis Anfang 1945 im Lazarett lag. Kurz nach seinem Wiedererseinsatz an der Front gelangte Klaus im März 1945 in britische Kriegsgefangenschaft.<sup>631</sup>

Nach 1945 setzte Georg Klaus sein Studium nicht unmittelbar fort, sondern war zunächst zwischen 1945 und 1947 in verschiedenen leitenden Parteifunktionen tätig – unter anderem als persönlicher Sekretär des damaligen thüringischen Ministerpräsidenten und späterem Staatssekretär Walter Eggerath. 1946/47 besuchte Klaus zudem die Parteihochschule der SED.<sup>632</sup>

### ***Georg Klaus' akademischer Werdegang***

Die wissenschaftliche Laufbahn von Georg Klaus begann an der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) in Jena. Dort beendete Klaus Anfang 1948 sein Studium an der sozialpädagogischen Fakultät im Fach Erziehungswissenschaft, da das Fachstudium Philosophie zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder eingerichtet war. Er belegte allerdings in erster Linie Veranstaltungen aus den Bereichen Philosophie, Mathematik, Physik und Betriebswirtschaftslehre, darunter vor allem Veranstaltungen des Philosophen Max Bense zu Logik und Wissenschaftstheorie, Erkenntnistheorie und zur Theorie der Kausalität.<sup>633</sup> Max Bense war nicht nur Kurator der Universität, sondern hatte auch eine außerordentliche Professur für philosophische und wissenschaftliche Propädeutik inne.<sup>634</sup> Diese war an der sozialpädagogischen Fakultät der FSU angesiedelt und sollte der Grundlagenausbildung für künftige Lehrerinnen und Lehrer dienen.<sup>635</sup> Klaus' naturwissenschaftliches Vorwissen gereichte ihm in der Diskussion mit Bense zum Vorteil und das Interesse an Benses Veranstal-

---

628 BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 16 (Lebenslauf von Georg Klaus, 27.5.1953).

629 BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 17 (Handschriftlicher Lebenslauf von Georg Klaus, 27.12.1949).

630 Archiv der HU Berlin, PA nach 1945, Sig. Georg Klaus (Personalbogen Georg Klaus).

631 BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 17 (Handschriftlicher Lebenslauf von Georg Klaus, 27.12.1949).

632 Rau/Müller-Enbergs: Art. „Georg Klaus“, in: Müller-Engbers u.a. (Hg.): Wer war wer in der DDR? 2010, S. 661.

633 Eckardt: Philosophie und Philosophen in Jena, in: Weißbecker (Hg.): Gewalten 2002, S. 51-68, S. 54.

634 Eckardt: Angewandte Wissenschaftsrevision, in: Humankybernetik 43 (2002), S. 143-152, S. 145.

635 Metzler: Fachstudium Philosophie, in: Weißbecker: Gewalten 2001, S. 135-154, S. 136.



tungen führte dazu, dass dieser zum Doktorvater von Georg Klaus wurde. Im April 1948 promovierte Georg Klaus mit einer Dissertation über „Die erkenntnistheoretische Isomorphierelation“, in der er die wichtigsten Begriffe der modernen Physik aus dem Blickwinkel des dialektischen Materialismus zu betrachten suchte, zum Dr. päd.<sup>636</sup>; angeregt zu diesem Thema hatte ihn Max Bense, „dessen Vorlesungen und Schriften ich auch sonst sehr viel Anregungen verdanke.“<sup>637</sup> Unter anderem die von Bense geforderte Verbindung von Mathematik, Naturwissenschaft und Philosophie war es, die von Klaus aufgegriffen wurde. Angelegt waren diese Ideen in einer Abhandlung Max Benses, die den Titel „Philosophie als forschung und ihrer erhaltung an unseren universitäten“<sup>638</sup> [Schreibweise im Original, V.W.] trug. Diese hatte Bense als Kurator in Jena verfasst, dem Landesdirektor für Volksbildung vorgelegt und schließlich 1947 veröffentlicht. Darin forderte er eine Reform der Studiums der Philosophie, die vor allem darauf abzielte, die Studierenden anwendungsbezogen auszubilden.<sup>639</sup>

Um die Position Benses an der Jenenser Universität hatte es zu diesem Zeitpunkt bereits Auseinandersetzungen gegeben: Es entstand ein Konflikt darüber, wo die Professur Benses zukünftig anzusiedeln sei. Als Bense im Sommer 1948 nach Boppard ins Rheinland reiste, um die Überführung des Nachlasses seiner verstorbenen Schwiegermutter zu anderen Teilen der Familie zu organisieren, warf man ihm Westflucht vor. Der Hausrat Benses wurde beschlagnahmt. Obwohl Bense durchaus die Absicht besaß, nach Jena zurückzukehren (dokumentiert durch ein Telegramm an den Kurator der FSU, in dem Bense um Beurlaubung für das Wintersemester bittet), wird er im Oktober 1948 als Professor entlassen. Weil Georg Klaus aufgrund seiner Tätigkeit als Sekretär des Ministerpräsidenten von Thüringen über gute Kontakte zu ministeriellen Kreisen verfügte, nutzte er seine Position, um seinem Doktorvater Bense, dem Klaus sich nach wie vor verbunden fühlte, etwa 100 Titel aus dessen beschlagnahmter Privatbibliothek zu übersenden. Dass diese Episode – abgesehen von der Tatsache, dass Ministerpräsident Eggerath ihn zu einem SED-Dozentenlehrgang entsandte – ohne Konsequenzen für Georg Klaus blieb, dokumentiert auf der einen Seite sein gutes Verhältnis zu hohen Kreisen der Thüringer Politik, verdeutlicht auf der anderen Seite aber auch die Loyalität zu seinem ehemaligen Lehrer und Mentor Max Bense, von dem Klaus viele intellektuelle Anregungen für die Ausrichtung seiner Philosophie erhielt und

---

636 Die Informationen zur Promotion von Georg Klaus sind widersprüchlich: Er selber gibt (in unterschiedlichen, archivalisch zugänglichen Lebensläufen) an, im „Hauptfach Philosophie und in den Nebenfächern Mathematik und Volkswirtschaftslehre“ (BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 16, ähnlich ebd. S. 13 und S. 17) promoviert zu haben. Allerdings wurde das Fachstudium Philosophie in der DDR erst 1951 wieder zugelassen. Bis dahin wurde das Fachgebiet Philosophie an der sozialpädagogischen Fakultät unterrichtet, weswegen Klaus formal an der sozialpädagogischen Fakultät zum Dr. päd. promoviert wurde.

637 Klaus: Lebenslauf im Anhang der Dissertation, zit. nach: Eckardt: Philosophie und Philosophen in Jena, in: Weißbecker (Hg.): Gewalten 2002, S. 54.

638 Bense: Philosophie als forschung [sic, V.W.], in: Pädagogik 2 (1947), S. 21-23.

639 Eckardt: Angewandte Wissenschaftsrevision, in: Humankybernetik 43 (2002), S. 143-152, S. 145.

mit dem er auch nach dessen endgültigem Weggang aus Jena weiterhin Kontakt hielt. Der Kontakt zwischen Max Bense und Georg Klaus sollte das Schaffen von Georg Klaus nachhaltig prägen, hatte der Schüler seinem Lehrer doch vor allem das Interesse für die mathematische Logik zu verdanken.<sup>640</sup>

Seit dem Wintersemester 1948/49 war Georg Klaus als Lehrbeauftragter für Philosophie an der Universität Jena tätig.<sup>641</sup> Er unterrichtete an der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät die von allen Studierenden verpflichtend zu besuchenden Veranstaltungen über Marxismus-Leninismus. 1949 vertritt er den Lehrstuhl für Dialektischen Materialismus von Walter Wolf, bis er schließlich 1950 an der Philosophischen Fakultät mit einer Schrift zum Thema „Dialektik und Materialismus in den Kantschen Frühschriften“ habilitiert wird.<sup>642</sup>

Im Herbst 1951, als in Jena das Philosophiestudium wieder eingeführt wurde, erhielt Georg Klaus einen eigenen Lehrstuhl.<sup>643</sup> Bis 1953 fungierte Georg Klaus dort als Dekan der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und Prorektor für wissenschaftliche Aspirantur, d.h., er war unter anderem für die Nachwuchsförderung verantwortlich.<sup>644</sup>

In seiner Zeit in Jena hielt Georg Klaus unter anderem eine Vorlesung über den Dialektischen Materialismus sowie Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie und Übungen zur mathematischen Logik. Zudem unterrichtete er im marxistisch-leninistischen Grundlagensstudium und führte Vorlesungen und Seminare für Mathematiker durch. In seinen Veranstaltungen, so berichten Zeitzeugen, verknüpfte er Philosophie, Naturwissenschaft und Politik und „provoziert[e] mit neuen Lehrinhalten altgediente Kollegen.“<sup>645</sup>

Als im November 1951 in Jena eine Konferenz zu Fragen der Logik stattfand, offenbarten sich Konflikte über den Stellenwert der formalen Logik zwischen sogenannten „bürgerlichen“ Philosophen und Vertretern des dialektischen Materialismus. Georg Klaus hielt dort eines der Hauptreferate und betonte den Werkzeugcharakter der formalen Logik, um sie auf diese Weise in den dialektischen Materialismus zu integrieren. So gelang es ihm, die als idealistisch in Verruf geratene mathematische Logik als Teildisziplin der Philosophie zu rehabilitieren und sie damit auch in marxistischen Kreisen salonfähig zu machen.<sup>646</sup>

Georg Klaus wurde zum bedeutendsten Vertreter der formalen Logik in der DDR. 1953 berief man ihn an die Humboldt-Universität zu Berlin, wo er einen Lehrstuhl für Logik und Erkenntnistheorie erhielt und zum Direktor des Philosophischen Instituts ernannt wurde. Im Januar 1959 übernahm Georg Klaus die Leitung der Arbeitsgruppe für Philoso-

---

640 Eckardt: Philosophie und Philosophen in Jena, in: Weißbecker: *Gewalten 2002*, S. 51-68, S. 55-61.

641 BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 16 (Lebenslauf von Georg Klaus, 27.5.1953).

642 Eckardt: Philosophie und Philosophen in Jena, in: Weißbecker: *Gewalten 2002*, S. 51-68, S. 61f.

643 BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 16 (Lebenslauf von Georg Klaus, 27.5.1953).

644 BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 22 (Kurzbiographie von Georg Klaus, 15.5.1964).

645 Eckardt: Georg Klaus an Max Bense, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): *Kybernetik und Interdisziplinarität*, Berlin 2004, S. 390-392, S. 392.

646 Metzler: *Fachstudium Philosophie*, in: Weißbecker (Hg.): *Gewalten 2002*, S. 135-154, S. 140.

phie an der Akademie der Wissenschaften der DDR. An der Humboldt-Universität legte er alle Funktionen nieder und nahm nur noch nebenamtlich Aufgaben wahr, die mit seinem Lehrstuhl für Logik und Erkenntnistheorie verbunden waren. 1961 wurde Georg Klaus zum ordentlichen Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt. Der 1958 zum Professor für Historischen und Dialektischen Materialismus an der Humboldt-Universität berufene Hermann Scheler betont in seinem Antrag auf Zuwahl von Georg Klaus zum Akademiemitglied:

„Prof. Dr. Georg Klaus ist einer der führenden und profiliertesten Vertreter der marxistischen Philosophie in der Deutschen Demokratischen Republik. Er hat in den letzten Jahren eine Reihe bedeutender Arbeiten vorgelegt, die ihn über die Grenzen unseres Landes hinaus als einen hervorragenden marxistischen Philosophen bekannt machten. [...] Zum Beweis meiner Behauptung darf ich vielleicht anführen, daß Prof. Dr. Georg Klaus neben einer großen Anzahl von teils grundlegenden Artikeln ein Buch über ‚Kybernetik und Gesellschaft‘ geschrieben hat, das Mitte nächsten Jahres im Deutschen Verlag der Wissenschaft erscheinen und das für die Entwicklung einer marxistischen Methodologie der modernen Gesellschaftswissenschaften große Bedeutung haben wird.“<sup>647</sup>

Als im Juni 1962 das Institut für Philosophie der Akademie gegründet wurde, welches aus der Klaus'schen Arbeitsgruppe für Philosophie hervorgegangen war, wurde Georg Klaus zum Direktor des Instituts benannt. 1969 wurde das Institut im Zuge der Akademiereform in Zentralinstitut für Philosophie umbenannt, dessen Leitung Klaus 1970 an Manfred Buhr, seinen vorherigen Stellvertreter, übergab. Zudem übertrug man ihm 1961 die Gründung und Leitung einer Kybernetik-Kommission an der Akademie (s.u.). Georg Klaus starb am 29. Juli 1974 nach langer und schwerer Krankheit.<sup>648</sup>

### ***Publikationen und inhaltliche Aspekte der Arbeit von Georg Klaus***

Im Laufe seines akademischen Lebens hat Georg Klaus mehr als 20 Monographien und nahezu 200 wissenschaftliche Aufsätze verfasst. Seine außerordentliche Produktivität wurde dabei durchaus gewürdigt. So schreibt etwa Prof. Sch[eler] im von November 1963 an die Kaderabteilung der Akademie der Wissenschaften, dass Klaus „einer der produktivsten, wenn nicht der produktivste, marxistisch-leninistische Philosoph der Deutschen Demokratischen Republik“<sup>649</sup> sei. Eine Übersicht über das Schaffen von Georg Klaus bietet die 1982 von Heinz Liebscher veröffentlichte Bibliographie „Georg Klaus zu philosophischen Problemen der Mathematik und Kybernetik“, in der sich auch Texte aus dem Nachlass von Georg Klaus finden.<sup>650</sup> Dass in dem Vorwort der Bibliographie seine Beschäftigung mit der Kybernetik zunächst mehr oder weniger unter ferner liefen aufgezählt wird, ist vermutlich

647 BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 24f. (Hermann Scheler: Antrag auf Zuwahl von Georg Klaus zur AdW, ohne Datum).

648 Liebscher: Georg Klaus 1982, S. 20f.

649 BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 19f. (Hermann Scheler (?): Stellungnahme über Georg Klaus vom 4.11.1963. Die Urheberschaft des Schreibens ist nicht eindeutig, da es sich jedoch um ein Schreiben des Instituts für Philosophie der AdW handelt, ist davon auszugehen, dass Scheler der Verfasser war.)

650 Liebscher: Georg Klaus 1982.

der Tatsache geschuldet, dass diese zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bibliographie in der philosophischen Auseinandersetzung keine große Rolle mehr spielte. Gleichwohl konzentriert sich Heinz Liebscher in seiner Kommentierung der Arbeiten von Georg Klaus auf die Themenfelder Mathematik und Kybernetik und widmet der Frage von Philosophie und Kybernetik eine Übersicht von etwa 25 Seiten. Dort heißt es: „Zahl und Umfang der vorgelegten Arbeiten [zur Kybernetik, V.W.] weisen auf den Themenkreis der Kybernetik als dem Hauptgegenstand der philosophischen Analysen von Georg Klaus hin.“<sup>651</sup> Liebscher datiert den Beginn der Auseinandersetzung von Georg Klaus mit der Kybernetik auf die Zeit Mitte der 1950er Jahre; zudem macht er zwei unterschiedliche Phasen für das Schaffen Georg Klaus' in diesem Bereich aus: Während es Klaus bis 1962 vor allem um „die Anerkennung der Kybernetik als Wissenschaft und um die Durchsetzung ihrer Ideen ging“<sup>652</sup> (was sowohl die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Sichtweise als auch das Entkräften von Vorwürfen gegen die Kybernetik umfasste), habe er sich ab 1962 der Systematisierung des Gebietes der Kybernetik gewidmet.

Da die Quellenanalyse sich auf die Herausbildung des systemischen Denkens in der Zeitschriftenliteratur der DDR fokussiert, weil mit Fleck davon auszugehen ist, dass die in Zeitschriften formulierten Gedanken noch vorläufigen Charakter besitzen, soll an dieser Stelle auf die wichtigsten, von Georg Klaus verfassten Monographien zur Kybernetik eingegangen werden. Hierbei handelt es sich vor allem um die zwei wissenschaftlichen Bücher: *Kybernetik in philosophischer Sicht*,<sup>653</sup> erstmals erschienen 1961, sowie *Kybernetik und Gesellschaft*,<sup>654</sup> dessen Erstauflage 1964 erfolgte. Zudem sind das zusammen mit Heinz Liebscher verfasste populärwissenschaftliche Buch *Was ist, was soll Kybernetik?*,<sup>655</sup> welches erstmals 1966 erschien, sowie das *Wörterbuch der Kybernetik*<sup>656</sup> von 1967 zu nennen. Erwähnenswert ist zudem die Mitarbeit von Georg Klaus am Lehrbuch *Marxistische Philosophie*, welches ebenfalls 1967 erschien. Die genannten Publikationen stellen nur einen kleinen Teil der Veröffentlichungen von Georg Klaus dar, gleichwohl handelte es sich hierbei um die einflussreichsten Publikationen Georg Klaus' zum systemischen Denken, die einen Querschnitt seiner Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Auseinandersetzungen über ein Lexikon hin zu einer populärwissenschaftlichen Publikation darstellen.

---

651 Liebscher: Georg Klaus 1982, S. 52.

652 Liebscher: Georg Klaus 1982, S. 52.

653 Klaus: *Kybernetik in philosophischer Sicht* 1961. Die zweite Auflage des Buches erschien 1962, 1963 erschien eine überarbeitete Auflage und die vierte Auflage von 1965 wurde um ein Nachwort erweitert.

654 Klaus: *Kybernetik und Gesellschaft* 1964. Die zweite, durchgesehene Auflage des Buches erschien 1965 und wurde um ein Nachwort erweitert, eine weitere, ebenfalls erweiterte Neuauflage erschien 1973.

655 Klaus/Liebscher: *Was ist, was soll Kybernetik?*, 1. bis 8. Aufl. Leipzig/Jena/Berlin 1966 bis 1971.

656 Klaus (Hg.): *Wörterbuch der Kybernetik*, Berlin 1. bis 3. Auflage Berlin 1967 bis 1969, 4. Aufl. hg. von Georg Klaus und Heinz Liebscher, Berlin 1976.

In der ersten der genannten Monographien, *Kybernetik in philosophischer Sicht*, stellte Georg Klaus die These auf, dass die neue Wissenschaft der Kybernetik „eine Reihe grundlegender philosophischer Probleme aufs engste“<sup>657</sup> berühre. Er sah in ihr das „wichtigste wissenschaftliche Ereignis der Gegenwart“:

„Die Kybernetik greift tief in unser materielles und geistiges Sein ein. Was ihre revolutionäre Wirkung anbetrifft, kann sie in Parallele zu den Entdeckungen eines Kopernikus, eines Darwin und Marx gesetzt werden.“<sup>658</sup>

Klaus Monographie war dreigeteilt: Sein Anliegen bestand darin, die Zusammenhänge zwischen Philosophie und Kybernetik (I) darzustellen. Darüber hinaus widmete er sich auch dem Verhältnis von Kybernetik und Einzelwissenschaften (II) sowie der Anwendung der Kybernetik (III). Mit seinem Buch wollte er die Kybernetikdiskussion in der DDR in Gang bringen, weil im Osten Deutschlands – vor allem im internationalen Vergleich – Defizite zu verzeichnen seien. Bevor er eine Definition der Kybernetik lieferte, hob Klaus so auch hervor, dass nicht zuletzt in der Skepsis marxistischer Philosophen gegenüber der Kybernetik der Grund für diesen Rückstand zu suchen sei.<sup>659</sup>

Ausgangspunkt seiner Untersuchung des Verhältnisses von Kybernetik war der technische Aspekt der Kybernetik: „Die Kybernetik ist eine Theorie der Maschinen, der Roboter“.<sup>660</sup> Klaus hob aber hervor, dass die Kybernetik dabei von der Materialität der Maschinen abstrahiere und diese als Systeme begreife, um deren Strukturen und Funktionen (nicht aber Form und Inhalt) zu untersuchen. Hier setzte seine philosophische Interpretation an, indem er diesen Ansatz dialektisch interpretierte:

„Es geht also wie gesagt um Struktur und Funktion, nicht um Form und Inhalt. Die Kybernetik ist schon aus diesem Grunde ihrem Wesen nach dynamisch und dialektisch im Gegensatz zu der in der Hauptsache statisch aristotelischen Form-Inhalt-Relation.“<sup>661</sup>

Klaus sprach der Kybernetik aus dem skizzierten Grund einen besonders hohen Grad der Abstraktion zu, was sie in besondere Nähe zur Philosophie rücke. Aus diesem Grund lehnte er auch die Definition Norbert Wieners ab, weil dieser allein die technische Anwendung von Kybernetik fokussiere. Stattdessen schlug Klaus vor, die Kybernetik als „eine Theorie des Zusammenhangs möglicher dynamischer selbstregulierender Systeme mit ihren Teilsystemen“ zu definieren.<sup>662</sup> Auf diese Weise billigte Klaus der Kybernetik einen sehr viel höheren Allgemeinheitsgrad als Wiener zu, weil sich seine Definition eben nicht nur auf die technischen Aspekte der Kybernetik beschränkte.

---

657 Klaus: *Kybernetik in philosophischer Sicht* 1961, S. 12.

658 Klaus: *Kybernetik in philosophischer Sicht* 1961, S. 5.

659 Klaus: *Kybernetik in philosophischer Sicht* 1961, S. 11.

660 Klaus: *Kybernetik in philosophischer Sicht* 1961, S. 12.

661 Klaus: *Kybernetik in philosophischer Sicht* 1961, S. 12.

662 Klaus: *Kybernetik in philosophischer Sicht* 1961, S. 27.

Ein derartig weit gefasster Begriff von Kybernetik – dessen war Klaus sich bewusst – war dabei nicht unproblematisch: Die mit dieser Definition gegebene Nähe der Kybernetik zur Philosophie ließ einige (marxistische) Philosophen befürchten, die Kybernetik könne die Grenzen zur Philosophie verwischen lassen oder die Philosophie würde auf diese Weise sogar durch die Philosophie ersetzt. Diese Befürchtungen hielt Klaus jedoch entgegen, dass die Kybernetik eine Schlüsselposition im Verhältnis von Philosophie und Einzelwissenschaften einnehme: Durch die Abstraktion vom jeweils einzelwissenschaftlichen Gegenstand erleichtere sie die philosophische Abstraktion.

Um darzulegen, wie Kybernetik und Philosophie voneinander profitieren könnten, widmete sich Klaus den Begriffsbildungen der Kybernetik und verband diese mit philosophischen Überlegungen. Sein Ausgangspunkt war dabei ein konsequent materialistischer Standpunkt.

„Diese Analyse [die Analyse der kybernetischen Begriffe, V.W.] wird zeigen: Die Kybernetik bestätigt den dialektischen Materialismus, die Kybernetik hat den dialektischen Materialismus zur Grundlage, die Kybernetik benötigt den dialektischen Materialismus.“<sup>663</sup>

Klaus' Anliegen war der Nachweis, dass die kybernetischen Kategorien nicht nur dialektisch sind, sondern sogar zur Weiterentwicklung des dialektischen Materialismus beitragen könnten.

„Eine nähere Analyse der kybernetischen Begriffsbildungen zeigt vielmehr, daß sie alle ihrem Wesen nach dialektisch-materialistische Begriffsbildungen sind. In jedem einzelnen Fall handelt es sich bei den Kategorien der Kybernetik entweder um Konkretisierung, Spezialisierung dialektischer Kategorien, die lediglich unter neuem Namen auftreten, oder aber – und das ist der interessantere und wichtigere Fall – um Weiterentwicklung dialektisch-materialistischer Kategorien.“<sup>664</sup>

Aus dieser Perspektive erläuterte Klaus zunächst die für die Philosophie relevanten kybernetischen Begriffe wie „System“, „Information“ und „Regulation“, um dieses Verfahren im zweiten Kapitel auch für kybernetische Begriffe anzuwenden, die für die (technischen) Einzelwissenschaften bedeutsam sind (Black Box, Trial and Error, Modell, Kausalität und Teleologie). Das letzte Kapitel des Buches war schließlich der gesellschaftlichen Bedeutung kybernetischer Überlegungen gewidmet. Hier erläuterte Klaus nicht nur den Stellenwert kybernetischer Maschinen für die Automatisierung und stellte sich die Frage nach dem Verhältnis von schöpferischer und schematischer Arbeit, sondern übertrug die kybernetischen Gedanken auch auf die Gesellschaft selbst, vor allem auf die Ökonomie.

Hervorzuheben an dieser ersten Monographie, die in der DDR zur Kybernetik verfasst wurde, sind im Wesentlichen drei Aspekte: Erstens die Verbindung von Kybernetik und Philosophie, insbesondere die Verbindung von Kybernetik und dialektischem Materialis-

---

663 Klaus: Kybernetik in philosophischer Sicht 1961, S. 97.

664 Klaus: Kybernetik in philosophischer Sicht 1961, S. 96.

mus, die Klaus wie oben skizziert konzeptionalisiert und die sich von der vorwiegend technischen Betrachtung der Kybernetik unterscheidet, zweitens – dieser Aspekt geht mit dem erstgenannten einher – ist es die starke Betonung von System- und Regulationsbegriff, die eine Besonderheit der Kybernetik-Rezeption in der DDR darstellt, und drittens schließlich zeichnet sich die Monographie von Klaus durch die Übertragung kybernetischer Ideen auf gesellschaftliche Zusammenhänge aus. Zahlreiche dieser Gedanken, die Klaus hier erstmals monographisch darlegt, hatte er dabei – wie in der Quellenanalyse zu zeigen sein wird – schon in zuvor veröffentlichten Artikeln erörtert.

Doch es waren auch genau diese Aspekte, die Kritik an dem Buch von Klaus evozierten. In einer Rezension von Vitali Stoljarow, die 1963 in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie erschien, begrüßte der Rezensent zwar das Anliegen des Buches, kritisierte aber die mangelnde Konzeptionalisierung des Verhältnisses von Kybernetik und Philosophie sowie die zu starke Betonung des Systemaspekts bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Informationsaspekts der Kybernetik.<sup>665</sup> Vor allem die Frage nach dem Verhältnis von Kybernetik und Dialektik rief dabei Widerspruch hervor:

„Der Autor ‚überspannt manchmal den Bogen‘ in dem Bemühen, diesen Gedanken [des dialektischen Charakters der Kybernetik, V.W.] zu beweisen, und es hat den Anschein, als dächte er nicht daran, daß sich die Dialektik auf alle Wissenschaften stützt und nicht nur allein auf die Kybernetik, daß alle Wissenschaften, und nicht nur die Kybernetik, die dialektischen Gesetzmäßigkeiten und Prozesse dieser oder jener Sphäre der Wirklichkeit studieren.“<sup>666</sup>

Dass die Veröffentlichung von Georg Klaus dennoch zu einer Art Standardwerk avancierte, lässt sich nicht nur daran ablesen, dass das Buch ungeachtet der formulierten Kritik vier Auflagen erlebte und auch in anderen Veröffentlichungen immer wieder als Referenz herangezogen wurde.

Drei Jahre später erschien eine weitere Monographie von Georg Klaus, die den Titel „Kybernetik und Gesellschaft“ trug. Gleich im ersten Satz des Vorworts legte der Autor das Anliegen des Buches dar:

„Die vorliegende Arbeit kann als eine Anwendung der allgemeinen Prinzipien, die in meinem Buch ‚Kybernetik in philosophischer Sicht‘ entwickelt wurden, auf spezielle Probleme der Gesellschaftswissenschaften, insbesondere des historischen Materialismus und der politischen Ökonomie, sowie auf Grenzgebiete zwischen diesen und anderen Wissenschaften betrachtet werde.“<sup>667</sup>

So gliedert sich auch dieses Buch in drei große Kapitel, wobei sich das erste der Frage des Verhältnisses von historischem und dialektischem Materialismus und Kybernetik widmet, um aus dieser Perspektive darzulegen, wie man die Kybernetik gewinnbringend zur Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge einsetzen kann. Im zweiten Kapitel richtete Georg Klaus

665 Stoljarow: Rezension zu ‚Kybernetik in philosophischer Sicht‘, in: DZfPh 11 (1963), S. 250-254, S. 251.

666 Stoljarow: Rezension zu ‚Kybernetik in philosophischer Sicht‘, in: DZfPh 11 (1963), S. 250-254, S. 254.

667 Klaus: Kybernetik und Gesellschaft 1964, S. VII.

den Fokus seiner Ausführungen auf die politische Ökonomie und im dritten Abschnitt des Buches befasste er sich mit den erkenntnistheoretischen Implikationen der Kybernetik.

Zentral an der Klaus'schen Herangehensweise ist dabei, dass er seine in *Kybernetik in philosophischer Sicht* entwickelten Gedanken zum Zusammenhang von dialektischem Materialismus und Kybernetik in dieser später erschienenen Monographie auch auf den historischen Materialismus und die politische Ökonomie, mithin also auf alle drei Eckpfeiler der marxistischen Philosophie, ausdehnte. Dem historischen Materialismus komme dabei die Rolle zu, die Systeme inhaltlich und ideologisch zu analysieren, während die Kybernetik dazu diene, die Form eines Systems (Staates) und seine Funktionalitäten zu untersuchen. Er verstand eine Gesellschaftsordnung als ein System, welches aus verschiedenen Teilsystemen bestehe. Unter Teilsystemen verstand Klaus etwa Klassen, Produktionsverhältnisse, Produktivkräfte; er zog zur Bestimmung der Teilsysteme mithin die Kategorien des historischen Materialismus heran. Klaus' Analysen waren trotzdem sehr weitreichend, wenn er etwa schrieb: „Gesellschaftliches Sein und gesellschaftliches Bewußtsein bilden in ihrer Gesamtheit ein komplexes kybernetisches Regelsystem [...]“<sup>668</sup> Der Staat fungierte dabei aus seiner Sicht als Regler, indem er die Gesellschaftsordnung gegen Störungen sichere und sie damit stabilisiere.

In der Schlussbetrachtung zu seinem Buch legt Georg Klaus nochmals explizit dar, welches Ziel er mit der kybernetischen Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge verfolgt habe: Mit Verweis auf Marx betont er, dass eine Wissenschaft erst dann voll entfaltet sei, wenn sie in der Lage sei, sich der Mathematik bedienen zu können. Was für die exakten Naturwissenschaften eine Selbstverständlichkeit darstelle, so Klaus, sei es im Bereich der Gesellschaftswissenschaften noch keineswegs. Anspruch des Buches von Georg Klaus war es deswegen, die Rolle des mathematischen Denkens für den Bereich der Gesellschaft darzulegen. In der Kybernetik sah er ein Mittel, gesellschaftliche Zusammenhänge mit naturwissenschaftlich-exakten Methoden zu erforschen und die Kybernetik lieferte ihm das begriffliche Instrumentarium, zwischen gesellschaftlichen beziehungsweise marxistischen und mathematischen Grundbegriffen zu vermitteln.

„Sein Ziel ist, zu erreichen, daß die Kybernetik als Hilfswissenschaft für den historischen Materialismus erschlossen wird, insbesondere zur Untersuchung des Verhaltens von Systemen der Gesellschaft,“<sup>669</sup>

resümierte Steffen Werner hierzu. Die Anwendung von Mathematik und Kybernetik war für Klaus somit zugleich ein Ausweis der Wissenschaftlichkeit einer Disziplin.

---

668 Klaus: *Kybernetik und Gesellschaft* 1964, S. 43.

669 Werner: *Kybernetik statt Marx?*, Stuttgart 1977, S. 31.



Die Monographie *Kybernetik und Gesellschaft* zeugt dabei von der besonderen Prägung, die die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR, nicht zuletzt durch Georg Klaus, erfuhr: Durch die bereits skizzierte, vergleichsweise breite Definition der Kybernetik sowie die Fokussierung auf ihre systemtheoretischen Implikationen verlieh Georg Klaus der Kybernetik-Rezeption eine Richtung, die sie von der Kybernetik-Rezeption in anderen Staaten, vor allem auch der UdSSR, unterschied.<sup>670</sup> Es waren nicht die (technischen und naturwissenschaftlichen) Einzeldisziplinen, die von der kybernetischen Perspektive profitieren sollten, sondern Klaus ging es um den weitaus weitreichenderen Anspruch der Vereinbarkeit von marxistischer Philosophie und Kybernetik. Dies brachte ihm immer wieder den Vorwurf ein, die Philosophie durch die Kybernetik ersetzen zu wollen. Allerdings betont Heinz Liebscher, dass dieser Vorwurf geradezu „grotesk“ sei, da Klaus „tatsächlich zu jeder Zeit eine genau entgegen gesetzte Meinung vertreten“ habe.<sup>671</sup> Gleichwohl wird dieser Vorwurf sicher mitverantwortlich für die erneute Ablehnung der Kybernetik in den frühen 1970er Jahren gewesen sein.

Im Gegensatz zu den Monographien von Georg Klaus, die – wie dargelegt – vor allem die Vereinbarkeit von Kybernetik und dialektischem beziehungsweise historischem Materialismus betonten, trägt die 1965 veröffentlichte, populärwissenschaftliche Schrift *Was ist, was soll Kybernetik?* einen anderen Charakter. Bis 1974 erfolgten neun Überarbeitungen und Neuauflagen des Buches, welches im Leipziger Urania-Verlag veröffentlicht wurde. Hierbei handelte es sich um den Verlag der Urania, einer „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“, die 1954 in Leipzig gegründet worden war. Nicht nur gab die Urania eine eigene Zeitschrift heraus, in der sie die interessierte Öffentlichkeit über wissenschaftliche Entwicklungen informierte, sondern sie veranstaltete auch Vortrags- und Hörfunkreihen, in denen renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu ihren Forschungsgebieten vortrugen. Bei der Monographie handelte es sich somit auch um eine Schrift, die keinen Beitrag zur fachwissenschaftlichen Debatte darstellte, sondern vor allem interessierte Laien über die Kybernetik informieren sollte. Der Klappentext des Buches verspricht, auf grundlegende Fragen der Kybernetik Antwort zu geben:

„Welche Rolle kann die Kybernetik beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft spielen? Wird der Roboter den Menschen ersetzen? Können Maschinen denken? Diese und viele Fragen stellt die Kybernetik. Auch auf sie versucht dieses Buch eine Antwort zu geben.“<sup>672</sup>

Im Vorwort zur neunten Auflage heißt es so auch explizit: „Es [das Buch, V.W.] setzt nach wie vor keine besonderen wissenschaftlichen Kenntnisse voraus und wendet sich daher an

670 Vgl. hierzu etwa Gerovitch: *From Newspeak to Cyberspeak* 2002, Aumann: *Mode und Methode* 2009, Bluma: *Norbert Wiener* 2005.

671 Liebscher: *Wörterbuch*, in: Dittmann/Seising (Hg.): *Kybernetik steckt den Osten an* 2007, S. 95-109, S. 105.

672 Klaus/Liebscher: *Was ist, was soll Kybernetik?* 9. Aufl. 1974 [1964], Klappentext.

einen sehr großen Leserkreis.“<sup>673</sup> Wesentliches Anliegen der Autoren war es, auf zwei Fragen, nämlich erstens, was Kybernetik überhaupt sei, und zweitens, was sie bringe, eine Antwort zu geben. So widmet sich auch der erste Teil des Buches vor allem der Erklärung der Kybernetik, indem mittels zahlreicher Beispiele in die grundlegenden Begrifflichkeiten eingeführt wird. Eine Vielzahl von Graphiken, Diagrammen und Abbildungen unterstützen den Gang der Darstellung. Der zweite Teil des Buches fragt vor allem nach den Anwendungsmöglichkeiten der Kybernetik. Hier heben die Autoren zunächst die neuen, kybernetischen Methoden (Black Box, Modellbildung, Trial and Error) hervor, um sich schließlich vor allem Fragen der Anwendung von Kybernetik zu widmen. Im Mittelpunkt steht hierbei die Automatisierung, die in Grundzügen und mit Hilfe zahlreicher Beispiele und Illustrationen dargestellt wird. Erst im Zusammenhang mit der Frage des Verhältnisses von Mensch und Maschine heben Klaus und Liebscher schließlich über Andeutungen hinausgehend auf die Bedeutung der Automatisierung für die sozialistische Gesellschaft ab: Anders als im Kapitalismus, so betonen sie, profitiere die sozialistische Gesellschaft von der Automatisierung. Klaus und Liebscher malen ein Bild der sozialistischen Gesellschaft, in der sich der Charakter der Arbeit verändere: Sie schildern, dass nicht nur für die Überwachung der Maschinen, sondern auch für die Weiterentwicklung von Naturwissenschaft und Technik in der Zukunft die Ausbildung zahlreicher Spezialisten notwendig sei. Zugleich ziehe die Automatisierung auch gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen nach sich, da im Zuge der zunehmenden Automatisierung und der hierdurch gesteigerten Arbeitsproduktivität weitaus mehr Menschen in kreativen Berufen tätig sein könnten. Mit der Entwicklung und Durchsetzung der Automatisierung lasse sich, so schlussfolgern Klaus und Liebscher, das sozialistische Ideal der „Befreiung des Menschen von aller schweren körperlichen und von eintöniger, routinemäßiger geistiger Arbeit“<sup>674</sup> verwirklichen. In die populärwissenschaftliche Darstellung der Kybernetik fließen – so zeigt sich – utopische Vorstellungen der sich durch die Kybernetik eröffnenden Möglichkeiten ein, während die philosophischen Aspekte, die die wissenschaftlichen Monographien von Georg Klaus dominierten, in den Hintergrund treten. Es sind weniger Fragen der Ideologie als vielmehr die Anwendungsaspekte der Kybernetik, die die populäre Darstellung prägten.

Diese Beobachtung trifft auch auf das 1967 veröffentlichte *Wörterbuch der Kybernetik* zu. Erklärtes Ziel von Georg Klaus war es, mit dem Wörterbuch ein möglichst breites Publikum anzusprechen, um diesem die Kybernetik nahe zu bringen. Das Wörterbuch entstand in Zusammenarbeit mit der Kybernetik-Kommission an der DAW. An der ersten Ausgabe waren mehr als zwanzig Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftler beteiligt, wobei

---

673 Klaus/Liebscher: Was ist, was soll Kybernetik? 9. Aufl. 1974 [1964], S. 5.

674 Klaus/Liebscher: Was ist, was soll Kybernetik? 9. Aufl. 1974 [1964], 124.

sich die Anzahl der beteiligten Autoren auf fünfzig Mitarbeiter an der vierten Ausgabe steigerte.<sup>675</sup> Anders als die Monographien zeichnete es sich durch eine „sachbezogene Sprache“<sup>676</sup> aus und die Artikel waren vergleichsweise neutral formuliert. Inhaltlich legten die Bearbeiter des Wörterbuches Wert darauf, vor allem mathematische Methoden und ihre Anwendung in der Ökonomie darzulegen. Möglicherweise ist in dem nüchternen Stil, der die Artikel des Wörterbuchs prägte, auch der Grund für seinen internationalen Erfolg zu sehen: Es wurde in mindestens zehn andere Sprachen übersetzt und erschien nicht nur in sozialistischen Staaten (UdSSR, Bulgarien, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Rumänien), sondern auch in Finnland, Japan, Italien, Spanien und nicht zuletzt auch der Bundesrepublik.<sup>677</sup> Dort wurde das *Wörterbuch der Kybernetik* 1979 vom Fischer-Verlag verlegt.<sup>678</sup>

Hervorzuheben an dieser Publikation ist – und das stützt die These von der Relevanz der Philosophen bei der Durchsetzung des systemischen Denkens in der DDR –, dass die Initiative für das Verfassen eines Wörterbuchs über die Kybernetik von dem Philosophen Georg Klaus ausging. Dieser Aspekt ist auch deswegen bemerkenswert, wenn man die Art der Publikation bedenkt: Nach Ludwik Fleck wird ein Denkstil dann zur wissenschaftlichen Tatsache, wenn er sich in Form von Hand- und Lehrbüchern verfestigt hat. Dies muss umso mehr für ein Lexikon gelten, welches nicht nur die Grundbegriffe der Disziplin Kybernetik zu versammeln sucht, sondern sich zudem an ein breites, nicht auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschränktes Publikum richtet. Nach dem Tod von Georg Klaus wurde das Wörterbuch 1976 in der DDR ein viertes Mal verlegt. Die vierte Auflage ging auf die Initiative des Dietz-Verlags zurück, der an Heinz Liebscher herangetreten war und um die Neubearbeitung des Buches gebeten hatte.<sup>679</sup>

Darüber hinaus ist das Lehrbuch *Marxistische Philosophie*<sup>680</sup> erwähnenswert, an dem Georg Klaus mitarbeitete. Dieses erschien 1967 und Klaus war Mitverfasser von drei Kapiteln, doch auch in anderen Kapiteln nahmen die Autoren Bezug auf seine Denkweise beziehungsweise präsentierten Forschungsergebnisse von ihm. Bei dem Lehrbuch handelte es sich um das erste umfassende Lehrbuch zur marxistisch-leninistischen Philosophie und es erschien so auch gleich in zwei Auflagen, was den Stellenwert, der dem Buch beigemessen wurde, unterstreicht. Danach – im Verlauf des Jahres 1968 – wurde es allerdings sofort zurückgezogen. Die Gründe hierfür lassen sich nicht im einzelnen rekonstruieren, so Heinz Liebscher, waren aber ideologisch bedingt, weil der historische Materialismus (im Gegen-

---

675 Liebscher: Wörterbuch, in: Dittmann/Seising (Hg.): *Kybernetik steckt den Osten an* 2007, S. 95-109, S. 100ff.

676 Liebscher: Wörterbuch, in: Dittmann/Seising (Hg.): *Kybernetik steckt den Osten an* 2007, S. 95-109, S. 103.

677 Fuchs-Kittowski: *Kybernetik und Information*, in: Scheel (Hg.): *Philosophie – Wissenschaften* 1984, S. 75-89, S. 75.

678 Klaus/Liebscher (Hg.): *Wörterbuch der Kybernetik*, Bd. 1 und 2, Frankfurt am Main 1979.

679 Liebscher: *Fremd- oder Selbstregulation?* 1995, S. 138.

680 Kosing, Alfred (Red.): *Marxistische Philosophie*. Lehrbuch 1967.

satz zum dialektischen Materialismus) in dem Lehrbuch nicht genügend zu Geltung gekommen sei. Liebscher vermutet, dass „von Georg Klaus eingebrachte Denkweisen einen nicht unwesentlichen Anteil daran hatten.“<sup>681</sup>

Beide der letztgenannten Publikationen belegen den großen Einfluss, den Georg Klaus auf die inhaltliche Ausrichtung der DDR-Philosophie gehabt hat. Dies zeigt auch der Erfolg des *Wörterbuchs der Philosophie*,<sup>682</sup> welches in zwölf Auflagen erschien und erstmals 1964 gemeinsam von Georg Klaus und Manfred Buhr herausgegeben wurde. Gerade Publikationen wie die Lexika und das Lehrbuch belegen, dass Georg Klaus an der Etablierung neuer wissenschaftlicher Tatsachen beteiligt war. Georg Klaus drückte der DDR-Philosophie seinen Stempel auf und beeinflusste nicht nur die nachfolgende Generation von Philosophen in ihrer Arbeit, indem er mit seinen Überlegungen etwa das „unveräußerliche philosophische Rüstzeug“<sup>683</sup> für beispielsweise die entstehende Wissenschaftsforschung bereitstellte, sondern seine Ideen trafen auch in den Reihen der politisch Verantwortlichen zunächst den Nerv der Zeit.

**„Das bisschen Weltanschauung schreiben wir dann noch rein“<sup>684</sup> – Georg Klaus und die Politik**

Jenseits der wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die den systemischen Denkstil der DDR maßgeblich prägen sollten, stellt sich die Frage, welche Umstände und Bedingungen dazu führten, dass der von Georg Klaus vertretene Denkstil sich auch außerhalb des esoterischen Denkkollektivs etablieren konnte. Wichtige Faktoren sind in diesem Zusammenhang die politische Haltung von Georg Klaus sowie seine Aktivitäten im wissenschaftsorganisatorischen Bereich. Heinz Liebscher hat Georg Klaus als einen „unbequemen Marxisten“<sup>685</sup> charakterisiert, der den zunehmenden Dogmatismus in der DDR durchaus kritisch betrachtet habe. In diesem Sinne ist vermutlich auch die in der Überschrift zitierte Äußerung von Georg Klaus zu verstehen: Seine marxistische Grundhaltung ist in seinen Publikationen stets präsent, meist verzichtete er jedoch darauf, Parteitagsbeschlüsse oder Partei-Programme zu zitieren, um seine wissenschaftlichen Ausführungen zu legitimieren. Gleichwohl ist es Georg Klaus gelungen, eine intellektuelle Stimmung zu schaffen, die dazu führte, dass der systemische Denkstil Klaus'scher Prägung Wiederhall in der Politik fand. Überspitzt könnte man sogar die These aufstellen, dass Georg Klaus es geschafft hat, den exoterischen Kreis des systemischen Denkkollektivs zeitweise bis hin in politische Kreise auszudehnen, wenn man bedenkt, dass etwa sein früherer Student und Mitarbeiter Rainer Thiel im Ministerium

---

681 Liebscher: Wörterbuch, in: Dittmann/Seising (Hg.): *Kybernetik steckt den Osten an* 2007, S. 95-109, S. 167.

682 Klaus/Buhr (Hg.): *Wörterbuch der Philosophie* 1964.

683 Kröber: *Lernen – Mitarbeiten – Fortführen*, in: *Sitzungsberichte der AdW* 10 (1983), S. 17-25, S. 19.

684 Äußerung von Georg Klaus, zit. nach Liebscher: *Unbequemer Marxist*, in: Gerhard/Rauh (Hg.): *Anfänge der DDR-Philosophie* 2001, S. 406-419, S. 419.

685 Liebscher: *Unbequemer Marxist*, in: Gerhard/Rauh (Hg.): *Anfänge der DDR-Philosophie* 2001, S. 406-419, S. 418f.

für Wissenschaft und Technik Referent einer Kommission für Kybernetik war (vgl. dazu Kapitel 5.2).

Im wesentlichen waren es vier Faktoren, die die Rezeption der Klaus'schen Ideen im Bereich der Politik begünstigten. **Erstens** handelte es sich dabei um seinen Status als ‚sozialistischer Professor‘: Seine Inhaftierung während des Nationalsozialismus und seine Tätigkeit für die thüringische SED unmittelbar nach dem Krieg zeugen davon, dass er nicht nur bereits früh Sympathie für marxistische Sichtweisen entwickelt hatte, sondern ihm auch daran gelegen war, zum Aufbau des sozialistischen Staates DDR beizutragen. Georg Klaus' politische Loyalität wurde seitens der politischen Führung nicht in Frage gestellt. Diese Loyalität ist auch in der Stasi-Akte<sup>686</sup> von Georg Klaus dokumentiert, in der sich einige Einschätzungen seiner Person finden. Dort heißt es unter anderem in einem Auskunftsbericht der Stasi-Hauptabteilung V von 1956, welche sich u.a. mit der Beobachtung von Bildungseinrichtungen befasste:

„Prof. Klaus wird als ein guter marxistischer Wissenschaftler eingeschätzt. [...] Seine wissenschaftlichen Kenntnisse reichen vom gesellschaftswissenschaftlichen bis in den naturwissenschaftlichen Bereich hinein. Er neigt dabei aber zu eigenwilliger Interpretation. [...] Prof. Klaus wird als zuverlässiges und parteiverbundenes Mitglied der SED eingeschätzt.“<sup>687</sup>

Dass Klaus' politische Überzeugung auch im wissenschaftlichen Alltag zu Tage trat, belegen die Erinnerungen von Zeitzeugen: So hebt Helmut Metzler etwa hervor, dass Klaus eine „parteilich denkende und handelnde Persönlichkeit“<sup>688</sup> gewesen sei und Herbert Hörz betont, dass Georg Klaus sehr anspruchsvoll gewesen sei: Mit „oft verletzender Offenheit setzte er seine Autorität ein“, z.B. bei „unpolitischen Herangehen“ an die Dinge.<sup>689</sup> Und auch Heinz Liebscher hält fest: „[A]n der prinzipiellen Richtigkeit des Weges, den die Deutsche Demokratische Republik eingeschlagen hatte, zweifelte Georg Klaus nie.“<sup>690</sup>

Dass die grundsätzliche Übereinstimmung von Georg Klaus mit der sozialistischen Weltanschauung (bei aller Kritik an ihrem Dogmatismus im einzelnen) auch seitens der Politik gewürdigt wurde, dokumentieren die Nachrufe, die anlässlich seines Todes erschienen. So heißt es in einem vom Wissenschaftlichen Rat für philosophische Forschung der DDR und der Vereinigung der philosophischen Institutionen der DDR unterzeichneten und in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* erschienenen Nachruf auf Georg Klaus:

---

686 Hierbei handelt es sich um eine Akte mit Personeninformationen, d.h., im Wesentlichen werden Informationen über Georg Klaus zusammengetragen. Als inoffizieller Mitarbeiter der Stasi hat Georg Klaus nicht fungiert, allerdings geht aus der Akte hervor, dass die Stasi 1965 in Erwägung zog, ihn anzuwerben, weil die Akte teilweise als „IM-Vorlauf“ geführt wurde. Zudem war er „Kontaktperson“ der Stasi, d.h., es wurden Gespräche mit Georg Klaus geführt und in der Akte protokolliert, Klaus selber hatte aber möglicherweise vom nachrichtendienstlichen Charakter der Gespräche keine Kenntnis.

687 BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78, S. 30-32, S. 32 (Turber: Auskunftsbericht der Hauptabteilung V/8/II vom 19.11.1956)

688 Metzler: Fachstudium Philosophie, in: Weißbecker (Hg.): *Gewalten* 2002, S. 135-154, S. 138.

689 Hörz: Philosophie und Naturwissenschaften, in: *Sitzungsberichte der AdW* 10 (1983), S. 8-16, S. 10.

690 Liebscher: *Unbequemer Marxist*, in: Gerhard/Rauh (Hg.): *Anfänge der DDR-Philosophie* 2001, S. 406-419, S. 419.

„In mehr als zwanzig Jahren rüstete er [Georg Klaus, V.W] die Hörer [sic, V.W.] seiner Vorlesungen und die Leser seiner Schriften mit der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus aus und erzog sie zu klassenbewußten Erbauern unserer sozialistischen Gesellschaft. Ausgeprägtes politische Klassenbewusstsein mit einer umfassenden Kenntnis der modernen Mathematik und Naturwissenschaft verbindend, war Georg Klaus imstande, die philosophische Bedeutung neuer Entwicklungen auch außerhalb der Gesellschaftswissenschaften zu erkennen, und er erkannte sie in vielen Fällen früher als andere. [...] Die philosophische Arbeit von Georg Klaus ist ein Beispiel parteilichen und schöpferischen Schaffens auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Die marxistisch-leninistischen Philosophen verlieren mit Georg Klaus einen treuen Kampfgefährten und erfahrenen Wissenschaftler, der durch sein Werk über seinen Tod hinaus als Lehrer Wirken wird.“<sup>691</sup>

Gewichtiger noch erscheint der Nachruf des Zentralkomitees der SED aus dem Jahre 1974, erschienen im *Neuen Deutschland*. Dort wurde Georg Klaus als „sozialistischer Wissenschaftler und Hochschullehrer“ gewürdigt, der „erfolgreich und schöpferisch“ daran mitgewirkt habe, „daß die marxistisch-leninistische Philosophie im Leben unserer Klasse und unseres Volkes zur revolutionären Kraft wurde und viele junge Menschen zu klassenbewußten Kadern erzogen wurden.“ Die zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten von Georg Klaus seien „ein Beispiel parteilicher und schöpferischer Arbeit auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Weltanschauung.“<sup>692</sup> Nicht nur die zitierten Nachrufe, sondern auch die Tatsache, dass Klaus mehrfacher Träger des Nationalpreises der DDR sowie Träger des Karl-Marx-Ordens war, dokumentieren, dass seine Arbeit seitens der politischen Führung der DDR geschätzt wurde.

Da es sich bei Georg Klaus um einen äußerst produktiven und gleichzeitig politisch loyalen Wissenschaftler handelte, war seine Meinung politisch durchaus gefragt. Diese Wertschätzung seitens der Politik betrifft den **zweiten** Aspekt, der dazu beitrug, dass der systemische Denkstil auch in politischen Kreisen Anklang fand, nämlich die Tätigkeit von Georg Klaus als Wissenschaftsorganisator (z.B. in seiner Funktion als Prodekan für die wissenschaftliche Aspirantur in Jena beziehungsweise als Institutsleiter) sowie als wissenschaftlicher Experte. Klaus' Kernargument war, dass die Philosophie in „weltanschaulicher, methodologischer und erkenntnistheoretischer Hinsicht“<sup>693</sup> eine wichtige Rolle spielen müsse. So verfasste er auf das Geheiß Kurt Hagers im Januar 1968 eine Einschätzung über den Status der philosophischen Wissenschaft in der DDR. Die „Bemerkungen zum derzeitigen Stand der marxistischen Philosophie in der Deutschen Demokratischen Republik und den Perspektiven ihrer weiteren Entwicklung“<sup>694</sup> gliedern sich in vier Aspekte: Unter Punkt eins fragt Klaus nach den Zielen der marxistischen Philosophie und ihrer Effektivität beim Erreichen dieser Ziele. „Das jetzige Hauptziel,“ so schreibt er,

---

691 Nachruf auf Georg Klaus, in: DZfPh 22 (1974), S. 1175.

692 ZK der SED: Nachruf auf Georg Klaus, in: ND vom 30.7.1974, S. 2.

693 Klaus: Bemerkungen, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 185-195, S. 185.

694 Klaus: Bemerkungen, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 185-195.

„ist die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus im allgemeinen und die Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems etc. im besonderen (also Automatisierung, neue Organisationsstrukturen, neue Methoden der Lenkung und Leitung usw.).“<sup>695</sup>

Was die Umsetzung dieser Ziele anbelangt, zeigt Klaus sich jedoch eher pessimistisch: Zwar habe man, vor allem was Beobachtung und Beurteilung der modernen Wissenschaftsentwicklung betrifft, Erfolge erzielen können, doch diese seien „nur an ein relativ kleines Kollektiv von Philosophen gebunden“, während „aber die philosophische Forschung in der DDR insgesamt noch erhebliche Mängel aufweist.“<sup>696</sup> Unter Punkt zwei benennt Klaus die angesprochenen Mängel konkreter: Es seien, so führt er aus, nur wenige Arbeiten zum Materialismus erschienen und die wenigen publizierten würden sich auf Beschreibungen von Sachverhalten beschränken, ohne verallgemeinernde Schlussfolgerungen zu ziehen. Auch die Philosophie der Naturwissenschaften, und hier zielte Klaus gegen seinen Konkurrenten Hermann Ley, weise Defizite auf: Die veröffentlichten Arbeiten würden zu sehr „von den Bedürfnissen der Naturwissenschaften“ ausgehen, doch die neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse würden für die Philosophie nicht „methodologisch fruchtbar“ gemacht und nicht in das „theoretische System der marxistischen Philosophie“ integriert.<sup>697</sup>

Im dritten Abschnitt seiner Bemerkungen schlägt Klaus „Maßnahmen zur Änderung des Zustandes“ vor: Er spricht sich erstens für eine Fokussierung der philosophischen Forschung in der DDR aus, da es „aussichtslos ist zu versuchen, alle wichtigen Gebiete zu bearbeiten.“<sup>698</sup> Klaus spricht sich deswegen für eine Konzentration der Philosophen auf das „größte und wichtigste Problem“ aus, nämlich „zu lernen, Methoden zu entwickeln, das hochkomplexe System der sozialistischen Gesellschaft sicher zu beherrschen.“<sup>699</sup> Dabei betont er, dass es wichtig sei, diese Problematiken aus interdisziplinärer Perspektive zu betrachten. Dieser Punkt müsse auch bei der zweiten, von Klaus geschilderten Maßnahme beachtet werden, nämlich der Umstrukturierungen des Studiengangs Philosophie. Hintergrund dessen ist, das Studium dergestalt zu optimieren, dass die Studierenden so ausgebildet werden, dass sie die von Klaus als wichtigste Ziele der DDR-Philosophie benannten Probleme überhaupt bearbeiten können. Ihm schwebt diesbezüglich eine dreijährige Grund- und eine zweijährige Spezialausbildung der Studierenden vor. Drittens schließlich – und hier zeigt sich, wie Klaus seine eigenen wissenschaftlichen Interessen auf politischer Ebene umzusetzen versucht – fordert er eine stärkere Berücksichtigung von Kybernetik, Logik und Semiotik in der philosophischen Ausbildung des wissenschaftlichen Nach-

---

695 Klaus: Bemerkungen, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 185-195, S. 185.

696 Klaus: Bemerkungen, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 185-195, S. 185.

697 Klaus: Bemerkungen, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 185-195, S. 186.

698 Klaus: Bemerkungen, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 185-195, S. 189.

699 Klaus: Bemerkungen, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 185-195, S. 189.

wuchses, und zwar bereits im Zuge der Oberschulbildung. Klaus schlägt diesbezüglich konkrete Umsetzungsmöglichkeiten in Form von Lehrveranstaltungen vor.

Insgesamt wird in der Klaus'schen Stellungnahme deutlich, dass er mit Hilfe der Philosophie als Wissenschaft zur „Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“<sup>700</sup> beitragen wollte. Diesem Anspruch konnte die Philosophie aus seiner Sicht nur dann gerecht werden, wenn „sie selbst mit entsprechendem systemtheoretischen Gedankengut gerüstet ist.“<sup>701</sup> Statt sich aber dieser Aufgabe zu widmen, würden die meisten Philosophen ausweichen und sich entweder Idiosynkrasien widmen, die skizzierten Probleme als einzelwissenschaftlich aus der Philosophie auslagern, historisch arbeiten oder die Philosophie als abstrakte Wissenschaft definieren, die keine relevante praktische Bedeutung habe.<sup>702</sup> Besonders im Kreuzfeuer der Klaus'schen Kritik stand übrigens einmal mehr der Lehrstuhl von Hermann Ley: Klaus hob zwar die wichtige Bedeutung der Frage nach dem Verhältnis von Philosophie und Naturwissenschaft hervor, sah sie aber durch den Lehrstuhl als nur unzureichend bearbeitet an, weil die mit Hilfe der Betrachtung verschiedener Einzelwissenschaften erzielten Ergebnisse nur ungenügend in philosophische Begrifflichkeiten überführt würden.

Dieser Kritikpunkt zielt auf den **dritten** Aspekt ab, der den politischen Erfolg des Klaus'schen Denkstils mitbegründet: Mit dem ausdrücklichen Interesse für den Zusammenhang von Naturwissenschaft und Philosophie berührte Georg Klaus eine Debatte, die seit den ausgehenden 1950er Jahren auf der politischen Agenda stand, nämlich die Diskussion der Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie der Produktivkraft Wissenschaft (vgl. Kapitel 3). Georg Klaus war der Überzeugung, dass es nötig sei, „neue Entdeckungen der Naturwissenschaft philosophisch zu analysieren, ihre Vereinbarkeit mit dem dialektischen Materialismus zu zeigen und Angriffe auf die marxistisch-leninistische Philosophie zurückzuweisen.“<sup>703</sup> Seine Auseinandersetzung mit der Kybernetik ist in diesen Zusammenhang zu stellen und kann als Versuch gelesen werden, den Stellenwert der neuen Wissenschaft Kybernetik als Produktivkraft nicht nur nachzuweisen, sondern auch nutzbar zu machen. Diese Entwicklung wird vor dem Hintergrund, dass im Zusammenhang mit der Debatte über die Produktivkraft Wissenschaft vor allem der Status der Gesellschaftswissenschaften in ihrer Funktion der Planung und Leitung der Gesellschaft verhandelt wurden, verständlich, handelte es sich bei der Kybernetik doch um die Steuerungswissenschaft par excellence.

---

700 Klaus: Bemerkungen, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 185-195, S. 186.

701 Klaus: Bemerkungen, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 185-195, S. 186.

702 Klaus: Bemerkungen, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 185-195, S. 186-188.

703 Hörz: Philosophie und Naturwissenschaften, in: Sitzungsberichte der AdW 10 (1983), S. 8-16, S. 13.



Klaus' Anliegen, der Kybernetik in der DDR zum Durchbruch zu verhelfen, wäre zum Scheitern verurteilt gewesen, wäre zu den genannten drei Aspekten nicht ein **vierter** Aspekt hinzugetreten: Seine politische Reputation war seiner wissenschaftlichen Karriere zwar zuträglich, doch wäre diese – zumal als Philosoph – sicher nicht so erfolgreich verlaufen, hätte Klaus nicht zugleich dezidiert Positionen der marxistisch-leninistischen Philosophie vertreten und weiterentwickelt. Die Durchsetzung des systemischen Denkstils beruhte gerade darauf, die Kybernetik mit dem dialektischen Materialismus zu verknüpfen und nachzuweisen, dass sich beide nicht widersprächen, sondern sich vielmehr ergänzen würden. Die Herausgeber einer Festschrift für Georg Klaus, Klaus Fuchs-Kittowski und Siegfried Piotrowski, halten dazu retrospektiv im Jahr 2004 fest:

„[M]it Hilfe einer dialektisch interpretierten Kybernetik und einem konkreten Humanismus den Dogmatismus in der Philosophie, in der Politik, aber auch im kybernetischen Denken selbst, entgegen den äußeren Umständen, zu überwinden.“<sup>704</sup>

Wichtigstes Merkmal der dialektischen Interpretation der Kybernetik durch Georg Klaus war es dabei, Analogien zwischen den Begriffen der Dialektik und der Kybernetik zu bilden und auf diese Weise den dialektischen Gehalt des systemischen Denkens nachzuweisen. So machte Georg Klaus den Weg für die Kybernetik-Rezeption in der DDR frei.

Es ist also das Zusammenspiel aus der gegenüber der SED Loyalität bekundenden Karriere als sozialistischer Professor, der wissenschaftsorganisatorischen Tätigkeit von Georg Klaus sowie seiner wissenschaftlichen Expertise, dem Zusammentreffen von inhaltlichen Aspekten des systemischen Denkens mit wissenschaftspolitischen Diskursen sowie der dem systemischen Denkstil inhärenten Argumentationsweise, das dem kybernetischen Denken in der DDR (zunächst) zum Durchbruch verhalf. Gleichwohl war es vor allem der letzte Aspekt, der die Grenzen des Sagbaren in der DDR markierte: Diese Grenzen resultieren aus dem Umstand, dass neue wissenschaftliche Theorien grundsätzlich mit den Fundamenten der marxistisch-leninistischen Weltanschauung übereinstimmen mussten, oder, anders formuliert: Es musste gewährleistet sein, dass bei neu formulierten Denkstilen „das ‚Neue‘ eine Konsequenz des schon Vorliegenden, des Alten ist.“<sup>705</sup> Dies habe, so Liebscher, dazu geführt, dass man sich bei der Formulierung neuer Ideen ideologisch „abgesichert“ habe, was Georg Klaus „mit großer Meisterschaft handhabte“.<sup>706</sup> Wenngleich dieser Aspekt bei der Interpretation der Quellen berücksichtigt werden muss, so ist dennoch davon auszugehen, dass die skizzierte Verbindung von Kybernetik und Philosophie nicht allein einer ideologischen Rhetorik geschuldet ist, sondern durchaus in weiten Teilen der Überzeugung von Georg Klaus entsprach. Im einzelnen lässt sich bei den ideologischen Aussagen in den

---

704 Fuchs-Kittowski/Piotrowski: Vorbemerkungen, in: dies. (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität 2004, S. 11-15, S. 12.

705 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 71.

706 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 71.

Veröffentlichungen nicht nachvollziehen, ob sie zu dem in der Überschrift zitierten „bisschen Weltanschauung“ gehören, was noch in die Texte hereingeschrieben wurde; da Klaus' Veröffentlichungen allerdings ohne die Verbindung von Dialektik und Kybernetik letztlich auch ihrer zentralen wissenschaftlichen Argumente beraubt würden, ist es zwar wichtig, diesen Einwand zu berücksichtigen, vermutlich bezieht sich dies aber in erster Linie auf Aussagen in den Texten, in denen Aussagen führender Politiker und Ideologen oder Parteidokumente zur Legitimation der wissenschaftlichen Argumentation hinzugezogen werden.

### ***Kontroversen zwischen Georg Klaus und anderen Wissenschaftlern***

Bereits im Zusammenhang mit der Debatte über die formale Logik in der DDR hatte sich angedeutet, dass Georg Klaus die Auseinandersetzung mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht scheute. Hierbei scheint es nicht immer nur um philosophische Standpunkte gegangen zu sein, sondern auch die Frage nach der Reputation in der philosophischen Community der DDR scheint hierbei eine Rolle gespielt zu haben.

In diesem Zusammenhang ist das Verhältnis von Georg Klaus und Hermann Ley besonders zu erwähnen. Hermann Ley, geboren 1911, war studierter Zahnarzt. Ähnlich wie Georg Klaus handelte es sich bei Hermann Ley im Sinne Jessens um einen „Doppelstaatsbürger von Partei und Fach“: Bereits während seiner Studienzeit in Leipzig trat Ley 1930 der KPD bei und wurde Leiter einer kommunistischen Studierendengruppe, die 1933 von den Nationalsozialisten aufgelöst wurde und fortan illegal operierte. Dies führte dazu, dass man ihn während der Zeit des Nationalsozialismus mehrfach inhaftierte. Ley promovierte 1944 an der medizinischen Fakultät in Leipzig. Nach dem Krieg arbeitete er zunächst als Rundfunkkommentator und Chefredakteur für die Leipziger Zeitung, bevor er 1948 an der Universität Leipzig im Fach Philosophie habilitierte. Dort erhielt er auch zunächst eine Professur für Theoretische Pädagogik, ab 1950 wurde er Professor für dialektischen und historischen Materialismus in Dresden, wo er bis 1956 lehrte und zugleich als Prorektor für Gesellschaftswissenschaften fungierte. Zwischen 1956 und 1962 war Hermann Ley Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR. 1959 berief man ihn auf den neu gegründeten Lehrstuhl für Philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaft an die Humboldt-Universität zu Berlin. Ley war zwischen 1962 und 1968 Direktor des Instituts für Philosophie an der HU und von 1968 bis 1977 Leiter des Bereichs für philosophische Probleme der Wissenschaften.<sup>707</sup>

Leys Arbeitsschwerpunkte waren das Verhältnis von marxistischer Philosophie und Technikwissenschaften, welches er ausführlich in seiner 1961 erschienenen Arbeit „Dämon

---

707 Wessel: Laudatio, in: Wissenschaft und Persönlichkeit. Festschrift Ley, Berlin 1982, S. 5-12, S. 6f.

Technik?“ darlegte. Dort wandte er sich vor allem gegen den westlichen Technikpessimismus und hob hervor, dass „Wissenschaft und Technik als wesentliche Momente der Humanisierung der Gesellschaft gewertet werden müssen.“<sup>708</sup> Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt Hermann Leys bildete das Verhältnis von Wissenschaft und Philosophie aus marxistischer Sicht, wobei sein besonderes Interesse der Biologie galt.<sup>709</sup>

Darüber hinaus engagierte sich Hermann Ley besonders bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Ley betreute mehr als 200 Doktorarbeiten und Habilitationsschriften, die sich durch eine große thematische Vielfalt auszeichneten und die verschiedensten Bereiche der Wissenschaftsphilosophie betrafen – Hubert Laitko charakterisiert die Atmosphäre am Ley’schen Lehrstuhl als „Pflanzschule selbständiger Geister“ und betont die Vielfalt der Karrieren der Ley-Absolventen.<sup>710</sup> Aus diesem Grund betont Laitko auch, dass man den „Ley-Lehrstuhl wohl nicht als eine [wissenschaftliche, V.W.] Schule bezeichnen“ kann.<sup>711</sup> Gleichwohl war der Ley’sche Lehrstuhl und seine Art der Nachwuchsförderung wichtig für die Herausbildung des kybernetischen Denkkollektivs, weil sich unter den Absolventinnen und Absolventen auch zahlreiche Personen befanden, die sich später auf dem Gebiet der Kybernetik und der Wissenschaftsforschung hervortaten.<sup>712</sup> So promovierten beispielsweise nicht nur Hubert Laitko und Herbert Hörz bei Hermann Ley, sondern auch Arno Bendmann, Klaus Fuchs-Kittowski und Frank Richter.<sup>713</sup> Herbert Hörz betont, dass die wissenschaftliche Atmosphäre an Hermann Leys Lehrstuhl von Interdisziplinarität geprägt gewesen sei und sich nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit mit zahlreichen Einzelwissenschaftlern verschiedenster naturwissenschaftlicher Disziplinen ausgezeichnet habe.<sup>714</sup> Bestätigt wird diese Beobachtung dadurch, dass in zahlreichen Promotionsverfahren Naturwissenschaftler als Zweitgutachter fungierten.<sup>715</sup>

Somit hatte Hermann Ley – vor allem durch sein Engagement in der Nachwuchsförderung – durchaus Anteil an der Herausbildung des systemischen Denkkollektivs in der DDR. Gleichwohl war sein Verhältnis zu Georg Klaus nicht von kollegialer Zusammenarbeit, sondern vielmehr von Kontroversen mit Klaus geprägt. Diese begannen bereits in den 1950er Jahren, als Georg Klaus noch in Jena lehrte. Hermann Ley hatte in der *Wissenschaftlichen Zeitschrift der Technischen Hochschule Dresden* 1951/52 einen Artikel über die

708 Wessel: Laudatio, in: Wissenschaft und Persönlichkeit. Festschrift Ley, Berlin 1982, S. 5-12, S. 8.

709 Wessel: Laudatio, in: Wissenschaft und Persönlichkeit. Festschrift Ley, Berlin 1982, S. 5-12, S. 8.

710 Laitko: In Memoriam Hermann Ley, in: Rau/Ruben (Hg.): Denkversuche 2005, S. 367-378, S. 374.

711 Laitko: In Memoriam Hermann Ley, in: Rau/Ruben (Hg.): Denkversuche 2005, S. 367-378, S. 374.

712 Nicht zuletzt die Vielfalt der Beiträge zur Ley’schen Festschrift dokumentieren dies: Dort finden sich Artikel von Ingenieuren und Chemikern, Biologen und Medizinem, Informatikern und Physikern, Mathematikern und Psychiatern, Wissenschaftshistorikern und Wissenschaftsphilosophen. Vgl.: Wessel/Urbig/Wicklein: Wissenschaft und Persönlichkeit 1982.

713 Archiv der HU Berlin, Philosophische Fakultät – Dekanat, Archiv-Signatur 6, S. 50, S. 74, S. 139.

714 Hörz: Philosophie und Einzelwissenschaften, in: Wessel: Wissenschaft und Persönlichkeit 1982, S. 102-109, S. 102.

715 Archiv der HU Berlin, Philosophische Fakultät – Dekanat, Archiv-Signatur 6, S. 50, S. 74, S. 139.

Bedeutung der Philosophie D'Alemberts verfasst. Ein Jahr später erschien hierzu eine Replik von Georg Klaus in der *Wissenschaftlichen Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe*. Die Auseinandersetzung ging einher mit einer Kontroverse über „wissenschaftshistorische und -theoretische Fragen zur Begriffsbildung in den Naturwissenschaften.“<sup>716</sup> Klaus und Ley waren in vielen inhaltlichen Fragen sehr unterschiedlicher Meinung. Zu einem Austausch hierüber war es aber nie gekommen. Hinzu kam, dass Ley sich kritisch über die Kybernetik geäußert hatte, was „das Fass zum Überlaufen“<sup>717</sup> brachte.<sup>718</sup> Dass Ley und Klaus bezüglich der Kybernetik anderer Auffassung waren, zeigt auch eine weitere Episode, die der studierte Regelungstechniker Werner Kriesel in der Festschrift für Georg Klaus schildert. Dieser wollte in Zusammenarbeit mit dem Physiker Peter Guderemuth ein Buch über Kybernetik schreiben, in dem auch die „Überziehungen von G. Klaus“<sup>719</sup> kritisiert werden sollten. Hermann Ley, „dessen kritisches Verhältnis zu Georg Klaus intern bekannt war“<sup>720</sup>, hatte zugesagt, dieses Buch in der von ihm herausgegebenen Reihe *Wissenschaft und Weltanschauung* im Urania-Verlag zu veröffentlichen. 1971 führte Kriesel ein Gespräch mit dem zuständigen Lektor des Verlags, der ihm eröffnete, dass eines der zum Buch eingeholten Gutachten, nämlich das von Georg Klaus, der Publikation ablehnend gegenüber stand. Erst mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker und der damit einhergehenden Veränderung des politischen Klimas sei die Publikation des Buches möglich geworden. Kriesel spekuliert, dass nicht allein die von ihm und Guderemuth vertretene Kybernetikauffassung der Grund für die Ablehnung des Manuskripts gewesen sei, sondern auch die Tatsache, dass Ley als Herausgeber fungieren sollte und damit versuchte, sich in die Kybernetik-Debatte einzuschalten.<sup>721</sup> Dass Ley kybernetische Ideen aufgriff und sich neuen wissenschaftlichen Fragen öffnete, sieht auch Rainer Thiel so, jedoch sei dies bei Ley „immer erst fünf Jahre später als bei Georg Klaus“<sup>722</sup> der Fall gewesen. Außerdem hätten sich ihre Strategien unterschieden: Während Ley versucht habe, Naturwissenschaftler in seine Arbeit einzubinden, habe Klaus eher konfrontativ agiert und sei nicht daran interessiert gewesen, „unseren [kybernetischen, V.W.] Kreis personell zu stärken“.<sup>723</sup> „Machtbeflissen waren sie beide“<sup>724</sup>, so Thiel.

---

716 Liebscher: Unbequemer Marxist, in: Gerhard/Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie 2001, S. 406-419, S. 414.

717 Interview mit Heinz Liebscher, geführt am 6. November 2007 in Berlin.

718 Vgl. hierzu auch Wollgast: Klaus als Philosophiehistoriker, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Wissenschaft und Interdisziplinarität 2001, S. 83-99, S. 88.

719 Kriesel: Georg Klaus als ‚Kybernetikpapst‘, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität 2004, S. 235-238, S. 236.

720 Kriesel: Georg Klaus als ‚Kybernetikpapst‘, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität 2004, S. 235-238, S. 236.

721 Kriesel: Georg Klaus als ‚Kybernetikpapst‘, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität 2004, S. 235-238, S. 237.

722 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 137.

723 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 138.

724 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 138.

Jenseits der inhaltlichen Auseinandersetzungen zwischen Georg Klaus und Hermann Ley scheinen also auch persönliche Animositäten eine Rolle in ihrem Verhältnis gespielt zu haben.<sup>725</sup> Heinz Liebscher etwa sagt: „Die konnten sich beide nicht riechen,“<sup>726</sup> und schlussfolgert, dass die Zusammenarbeit zwischen beiden an der HU nicht einfach gewesen sei. In Ansätzen zu dokumentieren vermag dies ein Schreiben von Georg Klaus an die Kaderabteilung der Humboldt-Universität vom 9. September 1960, in dem er darlegt, dass er Kenntnis davon erhalten habe, dass seine und die Tätigkeit von Hermann Ley an der HU unterschiedlich vergütet würden. Er bat darum, denselben Lohn wie Ley zu erhalten. Klaus' Ansinnen wurde allerdings mit Verweis auf seine Vergütung durch die Akademie der Wissenschaften abgelehnt.<sup>727</sup>

Trotz aller Auseinandersetzungen und Konkurrenz zwischen Georg Klaus und Hermann Ley weisen ihre Karrieren auch gewisse Gemeinsamkeiten auf: Beide zählen zweifelsohne zu den wichtigsten Vertretern des dialektischen Materialismus in der DDR und beide taten sich vor allem durch die Verbindung von Philosophie und naturwissenschaftlichem Denken hervor. Darüber hinaus ähneln sich ihre Karrieren insofern, als dass beide Wissenschaftler als „Doppelstaatsbürger von Partei und Fach“ gelten müssen, die in der jungen DDR eine wissenschaftliche Karriere begannen, weil sie nicht zuletzt durch ihre Tätigkeit im Widerstand gegen die Nationalsozialisten politisch unverdächtig waren. So waren auch beide überzeugte Mitglieder der SED, die deren politische Positionen auch in ihrem wissenschaftlichen Wirken vertraten. Dies zeichnete nicht zuletzt die Innovativität ihrer wissenschaftlichen Publikationen aus, da es sowohl Klaus als auch Ley gelang, „moderne und international neuartige, insbesondere auch westliche Denkansätze und Theorien auf natur-/technikwissenschaftlichem/medizinischen Gebiet“ aufzugreifen und „für die potenziell Interessierten im dem relativ abgekapselten Teil Deutschlands breit zugänglich“ zu machen.<sup>728</sup> Die Debatte zwischen Georg Klaus und Hermann Ley war scheinbar nicht nur von wissenschaftlichen Auseinandersetzungen geprägt, sondern durch persönliche Konflikte und vermutlich auch die Konkurrenzsituation zwischen beiden überformt.

Doch vor allem die Kybernetik betreffend gab es auch andere Wissenschaftler, die Klaus' Auffassung bezüglich der Rolle der Kybernetik nicht teilten: So ging etwa auch Herbert Hörz, der Klaus zunächst als Schüler von Jena nach Berlin gefolgt war, die Klaus'sche Interpretation der Kybernetik als Bindeglied zwischen Mathematik und Philosophie zu weit. Während Klaus sich für eine Formalisierung der Philosophie mit Hilfe der Kybernetik aus-

---

725 Liebscher: Unbequemer Marxist, in: Gerhard/Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie 2001, S. 406-419, S. 412.

726 Interview mit Heinz Liebscher, geführt am 6. November 2007 in Berlin.

727 Archiv der HU, PA nach 1945, Sig. Georg Klaus (Schriftwechsel mit der Kaderabteilung, September 1960, S. 16-22).

728 Kriesel: Georg Klaus als ‚Kybernetikpapst‘, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität, S. 235-238, S. 237.

sprach, differenzierte Hörz zwischen Mathematik und Kybernetik, die sich beide mit allgemeinen Sinnstrukturen befassen würden und der Philosophie, die allgemeine Sinnfragen behandle. In diesem Sinne könnten Mathematik und Kybernetik helfen, philosophische Probleme zu präzisieren. Man müsse aber aufpassen, so Hörz, dass die Verwendung kybernetischer Termini nicht dazu beitrage, philosophische Fragestellungen zu verdecken.<sup>729</sup>

---

729 Hörz: Philosophie und Naturwissenschaften, in: Sitzungsberichte der AdW 10 (1983), S. 8-16, S. 13.

### 5.1.2 Georg Klaus und seine Schülerinnen und Schüler

Dass es sich bei Georg Klaus um einen der bedeutendsten Philosophen der DDR handelte, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass es ihm gelang, durch sein Wirken und seine Denkweise zahlreiche Schülerinnen und Schüler nachhaltig zu beeinflussen und ein Denkkollektiv zu etablieren, welches auf vielfältige Weise mit Georg Klaus verbunden war. Vor allem in den 1960er Jahren galt Georg Klaus als „Papst“ der allgemeinen Kybernetik.<sup>730</sup>

Die Begeisterung der Schülerinnen und Schüler für die Arbeit von Georg Klaus speiste sich dabei nicht nur aus dem Interesse für seine durch die Naturwissenschaften inspirierte philosophische Denkweise, sondern auch aus seiner Person und seiner politischen Haltung. Offensichtlich vermochte es Georg Klaus, in seinen Lehrveranstaltungen Begeisterung für die von ihm behandelten Thematiken zu wecken. So betont etwa Wolfgang Eichhorn, der in Jena eine Einführungsvorlesung zum Dialektischen Materialismus bei Georg Klaus besucht hatte, dass diese Veranstaltung sich vor allem dadurch ausgezeichnet habe, die Thematik nicht oberflächlich zu behandeln, sondern gleich in die Tiefe zu gehen.<sup>731</sup>

Ein weiterer seiner Schüler, Helmut Metzler, hielt 2002 retrospektiv fest:

„Georg Klaus führte uns an eine dialektisch materialistische Sicht auf die von ihm behandelten Gegenstände heran, die kreativ, undogmatisch und reich an übergreifenden Bildungsinhalten war. Seine Vorlesungen boten den Genuss des Denkens und bereiteten über diesen Genuss Vergnügen.“<sup>732</sup>

Seine Schülerinnen und Schüler schätzten die undogmatische Denkweise von Georg Klaus. Gleichwohl – so betonen einige unter ihnen – wies die Zusammenarbeit mit Georg Klaus einige Besonderheiten auf. Zwar war ihm an der Förderung und Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses gelegen, doch wollte er laut Günter Kröber das „bürgerliche Lehrer-Schüler-Verhältnis“ durchbrechen.<sup>733</sup> Dieses Ansinnen kann auch als Ausdruck des „sozialistischen Professors“ verstanden werden, die Nachwuchsförderung anders als im klassischen bürgerlichen Lehrer-Schüler-Verhältnis zu handhaben. So organisierte Georg Klaus in Berlin Gesprächsrunden mit Mathematikern und Naturwissenschaftlern. Darüber hinaus fanden Lehrstuhlsitzungen statt, auf denen auch inhaltliche Probleme diskutiert wurden.<sup>734</sup> Und Heinz Liebscher schildert, wie die Zusammenarbeit mit Studierenden beziehungsweise Doktorandinnen und Doktoranden durchaus auch zu gemeinsamen Publikationen führte:

„Man sollte auch wissen, daß die Zusammenarbeit mit seinen [Georg Klaus', V.W.] Schülern Besonderheiten aufwies, die nicht jedermanns Sache waren. Für längere, ermüdende

730 Kriesel: Klaus als ‚Kybernetikpapst‘, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität 2004, S. 235-238, S. 235.

731 Eichhorn: Georg Klaus – persönlich Erlebtes, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität 2004, S. 371-374, S. 371.

732 Metzler: Fachstudium Philosophie, in: Weißbecker (Hg.): Gewalten 2001, S. 135-154, S. 144.

733 Kröber: Lernen – Mitarbeiten – Fortführen, in: Sitzungsberichte der AdW 10 (1983), S. 17-25, S. 17.

734 Hörz: Philosophie und Naturwissenschaft, in: Sitzungsberichte der AdW 10 (1983), S. 8-16, S. 9.

Debatten war er nur selten zugänglich. Oft drängte er den Gesprächspartner, seine Ideen zu dem betreffenden Thema aufzuschreiben, was dann auch zu gemeinsamen Publikationen führen konnte. So enthält seine Bibliographie zum Beispiel gemeinsame Schriften mit Alfred Kosing, Günter Kröber, Heinz Liebscher, Gerda Schnauß, Wolfgang Segeth, Rainer Thiel und Dieter Wittich.<sup>735</sup>

Vermutlich profitierten Georg Klaus' Schüler nicht zuletzt davon, dass Klaus als „Vorpflüger für unbekanntes Land“ galt, „der das tiefere Nachpflügen anderen überließ.“<sup>736</sup>

Georg Klaus stellte für viele Studierende einen Anziehungspunkt dar. Nicht zuletzt seine Tätigkeiten als Prodekan für die wissenschaftliche Aspirantur in Jena und die Tatsache, dass einige seiner Studenten ihm bei seinem Wechsel von Jena nach Berlin folgten, dokumentieren, dass Georg Klaus die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses am Herzen lag. Unter den Jenenser Studierenden, die mit Georg Klaus nach Berlin wechselten, waren unter anderem Herbert Hörz, Siegfried Wollgast, Gerhard Urbach, Hans Klotz, Dieter Wittich und Dieter Schulze.<sup>737</sup>

### **Herbert Hörz**

Nicht alle der Klaus-Schüler konzentrierten sich in ihren späteren Karrieren auf Forschungen zu Systemtheorie und Kybernetik, sondern einige orientierten sich um. So wechselte beispielsweise Herbert Hörz im Zuge seiner Promotion an den Lehrstuhl von Hermann Ley und er hatte keinen unmittelbaren Anteil an der Etablierung der Kybernetik in der DDR, obwohl die Ansätze des systemischen Denkens ihm vertraut und teilweise in seinen Schriften auch präsent waren. Hörz resümiert dazu:

„Klaus mochte die ideologiekritische Art von Ley nicht, sondern hob vor allem die positiven Ideen von Naturwissenschaftlern mit philosophischer Relevanz hervor. Da ich 1959 mit Hermann Ley an der Humboldt-Universität, als sein Stellvertreter, die Forschungsgruppe zu philosophischen Problemen der Naturwissenschaft aufbaute, geriet ich zwischen die beiden Kampfahne.“<sup>738</sup>

Hervorzuheben ist aber die Funktion von Herbert Hörz als Leiter des Bereichs „Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung“<sup>739</sup> am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften ab 1972, an der später auch Heinz Liebscher sowie einige andere Personen aus dem Umfeld von Georg Klaus tätig waren. Diese Funktion hatte Hörz bis 1989 inne und machte ihn zu einer wichtigen Persönlichkeit der DDR-Philosophie, nicht zuletzt, weil sich der Bereich vom „monolithischen ‚marxistisch-leninistischen Einerlei‘“<sup>740</sup> abgrenzte:

---

735 Liebscher: Unbequemer Marxist, in: Gerhard/Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie 2001, S. 406-419, S. 410.

736 Hörz: Philosophie und Naturwissenschaft, in: Sitzungsberichte der AdW 10 (1983), S. 8-16, S. 11.

737 Hörz: Lebenswenden 2005, S. 91.

738 Hörz: Lebenswenden, S. 442.

739 Zur Ausrichtung und Arbeitsweise des Bereiches „Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung“ siehe Archiv der BBAW, NSch A 602.

740 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 138.



„Die Arbeitsatmosphäre in dem neuen Bereich [dem Akademieinstitut von Hörz, V. W.] unterschied sich in sehr wohltuender Weise von allem, was ich in den zurückliegenden mehr als zehn Jahren [...] erfahren hatte. Die Diskussionen waren von einer Unbefangenheit und Freizügigkeit, die ich bis dahin bei gleichsam ‚offiziellen‘ Diskussionen unter Philosophen (die sich immer von dem unterschieden, was man sich hinter vorgehaltener Hand zuraunte) nicht kennengelernt hatte.“<sup>741</sup>

Hörz habe, so Heinz Liebscher, „auch andere Ansichten“ gelten lassen und die „philosophisch-wissenschaftliche Grundauffassung“ von Hörz habe der von Georg Klaus und seiner eigenen nahe gestanden, „anders als etwa die penetrant-dogmatische Einstellung eines Manfred Buhr oder anderer Kollegen am Institut.“<sup>742</sup>

### **Rainer Thiel**

Wie auch Herbert Hörz, machte Rainer Thiel im Zuge seiner wissenschaftlichen Laufbahn sowohl Erfahrungen mit Georg Klaus als auch mit Hermann Ley, er orientierte sich aber, anders als Hörz, stärker an den Arbeiten von Georg Klaus – auch, weil ihm Klaus' politische Haltung stärker zusagte. Thiel, geboren 1930, stammte aus kleinbürgerlichen Verhältnissen und war bereits während seiner Kindheit und Jugend an Naturwissenschaften und Philosophie interessiert.<sup>743</sup> Im Herbst 1949 trat Thiel in die SED ein, nachdem er zuvor schon politisch aktiv war.

„Meine Revolution währte schon vier Jahre. Die Ziele der Partei hatte ich zu den meinen gemacht. Die Vorkämpfer für eine gerechte, friedliche Welt – alte Kommunisten, Antifaschisten, die gegen Hitler gekämpft hatten, waren mir zu Bezugsgrößen geworden. Ich fühlte mich als deren Schüler.“<sup>744</sup>

Nach dem Krieg begann Thiel zunächst eine Lehre bei seinem Vater, der Handwerksmeister war. 1949 begann er sein Studium der Mathematik in Dresden und ging nach einem Semester an die Universität Jena, wo er auch Vorlesungen bei Georg Klaus hörte. Diese hatten Thiels Interesse für die philosophischen Probleme der Mathematik geweckt und er wechselte 1951, als Philosophie in Jena auch im Hauptfach studierbar war, die Studienrichtung mit Philosophie als Haupt- und Mathematik als Nebenfach.<sup>745</sup> Thiel wurde Hilfsassistent bei Klaus und vertrat ihn in Lehrveranstaltungen, wenn Klaus sich auf Reisen befand; außerdem unterrichtete Thiel im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium.<sup>746</sup>

Auch an der Universität engagierte Thiel sich politisch in der FDJ und übernahm den Vorsitz der FDJ-Hochschulgruppe. Als er sich gegenüber einem anderen Mitglied der Jenerser FDJ-Gruppe kritisch über den damaligen FDJ-Vorsitzenden Honecker äußerte, warf

---

741 Liebscher: *Ankunft bei Hörz*, in: Banse/Wollgast (Hg.): *Philosophie und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart* 2003, S. 409-413, S. 412. Ähnlich argumentiert auch Paul: Herbert Hörz in: Banse/Wollgast (Hg.): *Philosophie und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart* 2003, S. 423f.

742 Liebscher: *Fremd- oder Selbstregulation?* 1995, S. 135.

743 Thiel: *Neugier – Liebe – Revolution* 2010, S. 53.

744 Thiel: *Neugier – Liebe – Revolution* 2010, S. 74.

745 Thiel: *Neugier – Liebe – Revolution* 2010, S. 75-82.

746 Thiel: *Neugier – Liebe – Revolution* 2010, S. 77-82.

man ihm „Agententätigkeit“ vor und schloss ihn auf einer Klausurtagung von Funktionären im Juni 1952 aus der FDJ aus. Wenig später folgte auch der Ausschluss aus der SED, obwohl sich Georg Klaus auf der Parteiversammlung noch für seinen Studenten eingesetzt hatte. Mit dem Parteiausschluss einher ging der Ausschluss vom Studium.<sup>747</sup> Thiel arbeitete 15 Monate auf Baustellen, hielt aber weiterhin Kontakt zu seinem ehemaligen Professor Georg Klaus. Im Sommer 1953 schließlich eröffnete sich für Thiel die Möglichkeit, mit Klaus nach Berlin zu gehen und sein Studium wieder aufzunehmen. Thiel schildert, dass die Klaus'sche Philosophie am philosophischen Institut der Humboldt-Universität „noch lange misstrauisch beäugt“<sup>748</sup> wurde; zudem sei Klaus zwar publizistisch außerordentlich aktiv gewesen, machte sich am Institut jedoch rar und kam seinen Pflichten als Hochschullehrer nur unzureichend nach. Thiels Diplomarbeit aber betreute Klaus zuverlässig, zudem unterstützte er seinen Studenten, indem Klaus Thiel die Möglichkeit eröffnete, Rezensionen zu verfassen.<sup>749</sup>

Nach Abschluss seines Studiums wäre Thiel gerne Assistent bei Klaus geworden, weil sich diese Möglichkeit jedoch nicht bot, da keine weiteren Stellen geschaffen wurden, erhielt Thiel zunächst eine Anstellung am Institut für Marxismus-Leninismus. Als am philosophischen Institut der Humboldt-Universität die Abteilung für philosophische Probleme der Naturwissenschaften gegründet wurde, bot man Thiel dort eine Stelle als Aspirant an. Unter dem Abteilungsleiter Hermann Ley begann Thiel seine Promotion über philosophische Fragen der Kybernetik, Betreuer der Arbeit waren Georg Klaus und Helmut Thiele.<sup>750</sup>

Diese Konstellation war aufgrund der bereits geschilderten Auseinandersetzungen zwischen Ley und Klaus ungewöhnlich und war zunächst auch nicht auf die Zustimmung von Ley gestoßen, da er der Auffassung war, von dem Thema ebensoviel zu verstehen wie Klaus. Thiel wechselte schließlich mit Georg Klaus an die Akademie der Wissenschaften, um dort Sekretär der 1961 gegründeten Kommission für Kybernetik zu werden. Thiel war an der Organisation der Konferenz „Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft“ beteiligt und verfasste den Konferenzbericht für die *Einheit*.<sup>751</sup>

Inzwischen war Thiel wieder politisch aktiv und erneut in die SED eingetreten. Trotz seiner teilweise kritischen Haltung zur Partei demonstrierte Thiel Loyalität zum Staat DDR, als er sich als Mitglied der „Kampfgruppe“ an der Akademie der Wissenschaften freiwillig zum Mauerbau sowie zur Sicherung der Grenze nach Westberlin meldete.<sup>752</sup> Grundsätzlich überzeugt von der Idee eines demokratischen Sozialismus, waren es nicht nur die wissen-

---

747 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 90-94.

748 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 109.

749 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 109f.

750 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 136ff.

751 Für eine inhaltliche Analyse der Konferenz vgl. Kapitel 5.3.2.2.

752 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 151.

schaftlichen Überzeugungen, die Rainer Thiel an Georg Klaus schätzte, sondern auch seine politischen Positionen und seine Vergangenheit als Altkommunist. Zum persönlichen Bruch zwischen beiden kam es 1962, als das wichtigste Kapitel der Dissertation von Thiel unter seinem und dem Namen von Georg Klaus in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* veröffentlicht wurde, obwohl Klaus sich inhaltlich nicht an der Ausarbeitung beteiligt hatte: „Klaus hatte nur ganz am Ende einen Satz hinzugefügt, der unseren Willen ausdrücken sollte wie ein Ausrufezeichen.“<sup>753</sup> Darüber hinaus erhielt Thiel von Klaus aufgrund einer Äußerung über ein Manuskript eine Abmahnung. Obwohl Thiel inhaltlich weiterhin an der Arbeit von Klaus interessiert war, nahm er wegen der Auseinandersetzungen eine neue Stelle für empirische Sozialforschung am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität an.<sup>754</sup> 1967 erschien Thiels Dissertation unter dem Titel „Quantität oder Begriff“, doch seine wissenschaftliche Karriere geriet ins Stocken, als sein neues Forschungsprojekt zu Nichtlinearität von Prozessen auf keine Gegenliebe stieß und sein befristeter Vertrag an der HU nicht verlängert werden sollte.

Da Thiel mit Bewerbungen an anderen philosophischen Instituten nicht erfolgreich war, wechselte er von der Forschung in den Staatsapparat: Er bemühte sich um eine Anstellung beim Ministerium für Wissenschaft und Technik und war – vermutlich auch wegen der zahlreichen Parteifunktionen, die er innegehabt hatte – erfolgreich. Thiel selber sah die Stellung nur als Zwischenlösung an, die er „notgedrungen“<sup>755</sup> annahm, obwohl sein eigentliches Interesse der Forschung galt. Doch die Entwicklungen des VII. Parteitags der SED, die dazu führten, dass man auch in politischen Kreisen „öffentlich von kybernetischen Systemen zu sprechen begann“,<sup>756</sup> eröffnete Thiel die Möglichkeit, sich in seiner Funktion als Angestellter des Ministeriums mit Kybernetik zu befassen: Er agierte unter anderem als Sekretär einer Ministeriumskommission, die die Gründung einer Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat vorbereiten sollte (s.u.). Thiels Tätigkeit am Ministerium währte sieben Jahre, eine Rückkehr an die Akademie blieb ihm aufgrund der Erkrankung von Georg Klaus und dessen damit einhergehendem Verlust von Einfluss verwehrt, weil es scheinbar Personen an der Akademie gab, die die Rückkehr Thiels verhindern wollten. 1971 schließlich wechselte er an die Forschungsstelle „Wissenschaftstheoretische Grundlagen der Hochschulbildung“ und befasste sich fortan mit Bildungsforschung.<sup>757</sup>

---

753 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 146.

754 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 157-160.

755 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 212.

756 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 172.

757 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 212.

### **Heinz Liebscher**

Heinz Liebscher, geboren 1931, löste Rainer Thiel 1962 in seiner Funktion als Sekretär der Kommission für Kybernetik ab und blieb bis zu dessen Tod 1974 der wichtigste Mitarbeiter von Georg Klaus. Nach der Gründung der Sektion für Kybernetik wurde Liebscher deren wissenschaftlicher Referent.

Liebscher war an zahlreichen Publikationen von Georg Klaus beteiligt, unter anderem arbeitete Liebscher am „Wörterbuch der Kybernetik“ sowie der populärwissenschaftlichen Publikation „Was ist, was soll Kybernetik?“ mit. In Kontakt gekommen mit der Kybernetik war Heinz Liebscher bereits während seines Studiums der Philosophie, Mathematik und Theoretischen Physik an der Humboldt-Universität Berlin, welches er 1959 als Diplom-Philosoph abschloss. Erste Lehrveranstaltungen bei Georg Klaus belegte er bereits im Wintersemester 1954/55 und war beeindruckt von den Klaus'schen Vorlesungen.<sup>758</sup>

Liebscher promovierte 1969 mit einer Arbeit über „Erkenntnis- und wissenschaftstheoretische Probleme der Bildung wissenschaftlicher Systembegriffe“.<sup>759</sup> Die Zusammenarbeit von Heinz Liebscher und Georg Klaus war sehr eng: Die beiden bildeten eine eigenständige Arbeitsgruppe an der Akademie, „was mir“ – wie Liebscher resümiert – „eine gewisse Sonderstellung im Institut verschafft hatte und zweifellos auch den Neid des ein oder anderen Kollegen zuzog,“ nicht zuletzt, weil Klaus „so etwas wie einen Schutzschirm über mich gehalten hatte.“<sup>760</sup>

Doch Heinz Liebscher profitierte nicht nur von der Zusammenarbeit mit Georg Klaus. Vielmehr führte die enge Kooperation beider Wissenschaftler sogar dazu, dass Liebscher massiver Kritik der Staats- und Parteiführung ausgesetzt war, die eigentlich Georg Klaus gelten sollte. Auslöser war ein Artikel, den Heinz Liebscher 1969 im *Spektrum*, dem Mitteilungsblatt für die Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, veröffentlicht hatte. Der Text basierte auf einem Rundfunkvortrag, der im Juli 1968 im Programm von DDR II ausgestrahlt worden war sowie einem Vortrag, den Liebscher an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst bereits gehalten hatte.<sup>761</sup> Er war übertitelt mit „Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse im Sozialismus – einige methodologische Überlegungen“.<sup>762</sup>

Der drei Seiten umfassende und damit verhältnismäßig kurze Aufsatz umfasst zwei Abschnitte: Der zweite Teil, in dem es um die Kybernetik als „Wissenschaft abstrakter Modelle“ geht, war vermutlich unproblematisch, die Kritik seitens der Parteiführung richtete sich in erster Linie auf den ersten Teil, den Liebscher mit der Bemerkung einleitet, dass es unter

---

758 Liebscher: Unbequemer Marxist, in: Gerhard/Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie 2001, S. 406-419, S. 408.

759 Biographie Heinz Liebscher, in: Dittmann/Seising: Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 454f.

760 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 134.

761 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 58f.

762 Liebscher: Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse, in: Spektrum 15 (1969), S. 7-9.

„Kybernetikern – gleichgültig welche Philosophie sie vertreten mögen – kaum Zweifel darüber“ gebe, „daß die menschliche Gesellschaft und ihre Teilsysteme den Charakter kybernetischer Systeme haben.“<sup>763</sup> Weiter führte Liebscher aus, dass die „Auffassung vom kybernetischen Charakter der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme verhältnismäßig unabhängig von der weltanschaulichen Position des betreffenden Wissenschaftlers“<sup>764</sup> sei. Liebscher präziserte diese Ausführungen im Folgenden und betonte, dass die allgemeine Feststellung, die Gesellschaft sei ein kybernetisches System, nichts über die Anwendungsmöglichkeit der Kybernetik sowie den ‚Wirkungsgrad‘ der Anwendung in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen aussage. Er bezog sich auf Norbert Wiener, der sich pessimistisch bezüglich der Anwendung der Kybernetik im Bereich der Gesellschaft geäußert habe. Dieser Auffassung stimmte Liebscher zunächst zu, wenn er schrieb:

„Für die Krankheiten der kapitalistischen Gesellschaft gibt es in der Tat keine ausreichenden therapeutischen Mittel, und auch die Kybernetik wird dieses System der Gesellschaft nicht retten können.“<sup>765</sup>

Dass dies jedoch nicht für die sozialistische Gesellschaft gelte, führte Liebscher im Folgenden aus: Hierzu abstrahierte Liebscher zwar eingangs vom ideologischen Inhalt der Systeme: Wenn es um die Steuerung hochkomplexer Systeme wie der Gesellschaft gehe, „fällt *zunächst* die Differenzierung zwischen kapitalistischem und sozialistischem System weg.“<sup>766</sup> Da Kapitalismus und Sozialismus jedoch durch unterschiedliche Teilsysteme gekennzeichnet seien, so Liebscher, müsse ein grundsätzlicher Unterschied zwischen ihnen vorliegen. Als Beispiel bezieht Liebscher sich auf den westdeutschen Kybernetiker Karl Steinbuch und führt aus, dass die Anzahl der „wirksamen Regelkreise im sozialistischen System wesentlich kleiner“<sup>767</sup> sei, was das System insgesamt beherrschbarer mache. Auf der anderen Seite, und damit relativiert Liebscher sein Argument gewissermaßen, unterschieden sich die Ziele des kapitalistischen und des sozialistischen Systems: Während im Kapitalismus das einzige Ziel die Profitmaximierung sei, gebe es im Sozialismus unterschiedliche Ziele, beispielsweise hohes Nationaleinkommen, Zufriedenheit der „Werk tätigen“, die Kooperation unter den sozialistischen Staaten oder die Vermeidung von Kriegen. Deswegen sprach sich Liebscher dafür aus, aus systemtheoretischer Perspektive eine vergleichende Untersuchung zwischen Sozialismus und Kapitalismus anzustrengen.<sup>768</sup>

Dieser Artikel war es, der im April 1969 als Aufhänger für die auf dem 10. Plenum des ZK der SED erfolgte Generalabrechnung mit der gesellschaftswissenschaftlich orientierten Kybernetik und der Rede Kurt Hagers führte, deren Wortlaut schließlich am 30. April im

---

763 Liebscher: Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse, in: Spektrum 15 (1969), S. 7.

764 Liebscher: Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse, in: Spektrum 15 (1969), S. 7.

765 Liebscher: Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse, in: Spektrum 15 (1969), S. 7.

766 Liebscher: Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse, in: Spektrum 15 (1969), S. 7. Hervorh. im Original.

767 Liebscher: Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse, in: Spektrum 15 (1969), S. 8.

768 Liebscher: Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse, in: Spektrum 15 (1969), S. 8.

*Neuen Deutschland* veröffentlicht wurde. In diesem Artikel griff Hager Liebscher persönlich an und warf ihm vor, dass in der Kybernetik dem historischen Materialismus und vor allem dem „Wesen und der Rolle des Klassenkampfes als Triebkraft der Geschichte“ nicht genügend Bedeutung beigemessen, beides gar „verschwinden“ würde.<sup>769</sup> Die Rede hatte Hager nicht alleine verfasst; vielmehr hatte er bereits im März zu einer Vorbereitungssitzung zu seiner Rede geladen, auf der unter anderem Herbert Hörz zugegen war. Laut Hörz habe Hager auf diesem Treffen einen „Stoß gegen positivistische Entstellungen der Philosophie durch Kybernetik, Operationsforschung und Strukturalismus, wie sie manchmal festzustellen seien“ gefordert.<sup>770</sup> Hörz hatte sich gegen eine öffentliche Kritik der Kybernetik ausgesprochen, sich mit seiner Meinung aber nicht durchsetzen können. Unklar ist, wer die entsprechenden Passagen für Hagers Rede letztlich verfasst hat. Offensichtlich ist jedoch, dass es sich hierbei in erster Linie um eine Stellvertreterdebatte handelte: Liebscher wurde angegriffen, obwohl die Kritik eigentlich Georg Klaus und der Kybernetik galt. Aufschluss hierüber vermag eine „Einschätzung über die Situation am Institut für Philosophie der DAW“<sup>771</sup> geben, die für das Ministerium für Staatssicherheit verfasst worden war. Dort hieß es:

„Prof. Buhr [Leiter des DAW-Instituts für Philosophie, V.W.] erklärte in einem privaten Gespräch (29.4.1969), die Kritik K. Hagers an der Kybernetik sei grundsätzlich richtig, endlich merkten sie im ZK etwas. Sie sei momentan aber nicht ernst gemeint. Er wisse genau, wer K. Hager die entsprechenden Abschnitte in das Referat hineingeschrieben habe.“<sup>772</sup>

Dass es im Kern nicht um den Text Liebschers ging, sondern dieser nur Ausdruck einer Tendenz war, die die politische Situation am Institut für Philosophie der DAW betraf, dokumentiert eine weitere Äußerung in dem Bericht:

„Die Liebscher-Diskussion ist ein Randproblem unserer Arbeit. Alle Probleme außer dem kritisierten Aufsatz betreffen Prof. Dr. Klaus und seine Überheblichkeit gegenüber den anderen Genossen des Instituts.“<sup>773</sup>

Gleichwohl setzte sich die Parteileitung der Akademie offensichtlich intensiv mit Liebschers Aufsatz auseinander, nicht zuletzt, weil der damalige Präsident der Akademie, der Chemiker Hermann Klare, bereits vor dem 10. Plenum Kritik an Liebscher geäußert hatte. Aufgrund dessen habe die Parteileitung eine drei Personen umfassende Kommission eingesetzt, die „feststellen sollte, ob im unterzeichneten Text ‚Konvergenztheorie‘ enthalten sei. Das

769 Hager: Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 30. April 1969, S. 3-7, S. 6.

770 Hörz: Lebenswenden 2005, S. 445.

771 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Instituts der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103). Der Autor/die Autorin der Einschätzung ist unklar, allerdings scheint es sich um eine Person zu handeln, die mit den Vorgängen am Institut vertraut war. Angesichts der an Buhr und dem Parteileiter Gerhard Bartsch geäußerten Kritik scheiden diese als Verfasser vermutlich aus.

772 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Instituts der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 100).

773 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Instituts der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 101).

Resultat war, dass das nicht der Fall sei.“<sup>774</sup> Die eingesetzte Kommission habe laut Institutsdirektor Manfred Buhr der Absicherung der Instituts-Parteileitung gegenüber dem Akademiepräsidenten gedient. In der von Klaus Dieter Wüstneck unterzeichneten Stellungnahme der Kommission kam man jedoch zu dem Schluss, dass es nicht im Interesse des Autors gelegen habe, Sozialismus und Kapitalismus gleichzusetzen:

„Eine Verabsolutierung [...] solcher allgemeiner Thesen ohne konkreten Bezug auf die sozialistische gesellschaftliche Wirklichkeit in wissenschaftlichen Veröffentlichungen führt objektiv zu falschen ideologischen Konsequenzen. Auch wenn das in diesem Fall nicht die Absicht des Autors war, so verleitet das doch zur Unterschätzung der entsprechenden gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse [...].“<sup>775</sup>

Auf weiteren Parteiversammlungen an der Instituts-Parteileitung war das Thema des Liebscher-Aufsatzes zunächst nicht weiter zur Sprache gekommen: Eine „ernsthafte[ ] Analyse der theoretischen und politischen Situation des Institutes im Zusammenhang mit den gekennzeichneten Problemen [dem Aufsatz von Liebscher sowie „positivistischen“ Tendenzen am Institut, V.W.]“<sup>776</sup> habe man nicht vorgenommen, stattdessen würde man den Vorfall „bagatellisieren“.

Die öffentliche Kritik an Liebscher im *Neuen Deutschland*, dem Zentralorgan des ZK der SED, hatte zur Folge, dass Liebscher eine Stellungnahme abgeben musste, in der er Selbstkritik übte. Seitens der am Institut eingesetzten Kommission war die Rede davon, Liebscher habe den Artikel leichtfertig veröffentlicht, ohne im Kollegenkreis ausreichend über den Inhalt diskutiert zu haben.<sup>777</sup> Liebscher hält dem entgegen, dass der Artikel einige Zeit zuvor als Radiovortrag im DDR-Rundfunk ausgestrahlt worden war: „Es kann sich deswegen nur so verhalten, daß sich vorgegebene Bewertungsmaßstäbe erst später verändert haben.“<sup>778</sup> Für diese Einschätzung spricht vieles, wengleich sich nur bedingt rekonstruieren lässt, was der Grund für die veränderten Bewertungsmaßstäbe war. Folgt man den Ausführungen in der Einschätzung über die Situation am Institut für Philosophie, in der die „positivistischen Tendenzen am Institut“<sup>779</sup> bemängelt wurden, kommt in der Episode um Liebscher zum Ausdruck, wie sehr sich die Konkurrenz zwischen Kybernetik auf der einen und Marxismus-Leninismus auf der anderen Seite um die gesellschaftliche Deutungshoheit zugespitzt haben musste.

---

774 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Instituts der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 99).

775 Stellungnahme der Arbeitsgruppe ‚Philosophie und Kybernetik‘ zur Kritik der 10. ZK-Tagung von Gen. H. Liebscher, in: Mitteilungsblatt ‚Spektrum‘ der DAW, Heft 1 (1969), zit. nach: Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 173f.

776 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Instituts der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 101).

777 Stellungnahme der Arbeitsgruppe ‚Philosophie und Kybernetik‘ zur Kritik der 10. ZK-Tagung von Gen. H. Liebscher, in: Mitteilungsblatt ‚Spektrum‘ der DAW, Heft 1 (1969), zit. nach: Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 173f.

778 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 58. Hervorh. Im Original.

779 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Instituts der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 98).

Vor allem nach dem Tod von Klaus resultierten aus der engen Zusammenarbeit beider für Liebscher weitere Probleme: Er hatte 1972 mit seiner Dissertation B/Habilitation über die mathematische Theorie der Spiele begonnen – eine Arbeit, für die es in der DDR nach dem Tod von Klaus keinen Gutachter mehr geben sollte.<sup>780</sup> Durch den Wechsel in Hörz' Arbeitsbereich „Philosophische Probleme der Naturwissenschaften“ konnte Liebscher das Thema zwar nicht aufrecht erhalten, aber Teile der Arbeit nutzen, um schließlich 1981 mit einer Arbeit über „Dialektik und Kybernetik“ die Lehrbefugnis zu erhalten.<sup>781</sup> Die oben skizzierte, offene Atmosphäre des Hörz-Instituts ermöglichte es Liebscher, seine bisherigen Forschungen im Bereich der Kybernetik zwar zu modifizieren, aber nicht vollständig aufgeben zu müssen. Wenngleich sich angesichts der politischen Kehrtwende bezüglich der Kybernetik auf dem 10. Plenum des ZK der SED somit ablesen lässt, dass sich die politische Beurteilung der Kybernetik veränderte, zeugt die weiterhin erfolgende Auseinandersetzung Liebschers mit der Kybernetik jedoch davon, dass im Bereich der Wissenschaft auch weiterhin Auseinandersetzungen mit dem kybernetischen Denken stattfanden.

### **Günter Kröber**

Doch auch andere, spätere wichtige DDR-Philosophen, die bei Georg Klaus studiert hatten, zeigten sich in der Retrospektive beeindruckt von der Lehrweise und inhaltlichen Ausrichtung der Arbeit von Georg Klaus. So hatte beispielsweise Günter Kröber, Jahrgang 1933 und seit 1970 Leiter des Instituts für Wissenschaftstheorie und -organisation (IWTO) an der Akademie der Wissenschaften der DDR, in Jena eine Einführungsvorlesung bei Georg Klaus besucht. Nach seinem Studium der Mathematik und Philosophie in Jena und Leningrad erfüllte sich laut eigenem Bekunden 1961 Kröbers „sehnlichster Wunsch“, als er Mitarbeiter am Institut für Philosophie der AdW wurde.<sup>782</sup> Bis er 1970 zum Gründungsdirektor des IWTO wurde, veröffentlichte er zahlreiche Schriften zur Logik, Erkenntnistheorie und Methodologie der Wissenschaften.

Kröber verfasste in den 1970er Jahren verschiedene Bücher zur „Wissenschaftswissenschaft“, wie die Wissenschaftsforschung in der DDR bezeichnet wurde. Er schrieb Standardwerke zu dem Thema und gab verschiedene Aufsatzsammlungen zur Wissenschaftsforschung in der DDR heraus.

### **Gerda Schnauß**

---

780 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 134.

781 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 140.

782 Kröber: Lernen – Mitarbeiten – Fortführen, in: Sitzungsberichte der AdW 10 (1983), S. 17-25, S. 18.



Auch die Philosophin Gerda Schnauß, geboren 1929, gehörte an der Akademie zum Denkkollektiv um Georg Klaus. Dies geht aus einer Fußnote in einem 1961 von Georg Klaus in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* mit der Überschrift „Schematische und schöpferische geistige Arbeit in kybernetischer Sicht“ hervor, in der Georg Klaus Gerda Schnauß für „verschiedene wertvolle Hinweise“ dankt.<sup>783</sup> Darüber hinaus veröffentlichten Klaus und Schnauß 1965 gemeinsam einen Artikel in der *Einheit* mit dem Titel „Kybernetik und sozialistische Leitung“<sup>784</sup>. Schnauß bearbeitete in den 1960er Jahren die Übersetzungen unterschiedlicher Publikationen zu Kybernetik und promovierte 1971 an der Akademie mit einer Arbeit über die „Erkenntnistheoretische Bedeutung einer kybernetischen Theorie des Lernens“. In dieser befasste sich Schnauß mit informationstheoretischen Lernkonzepten und verglich diese miteinander.<sup>785</sup>

In den 1970er Jahren war Gerda Schnauß schließlich im Bereich Dialektischer Materialismus des Zentralinstituts für Gesellschaftswissenschaften der Akademie zusammen mit Carmilla Warnke und Gudrun Richter in einem Projekt mit dem Titel ‚Systemdenken und Dialektik‘ beschäftigt. In diesem Projekt ging es darum,

„die Beziehung zwischen der den Systemwissenschaften eigentümlichen Methodik und Theoriebildung und der dialektisch-materialistischen Denkweise zu klären, die Rolle des Systembegriffs im Rahmen der marxistischen Philosophie näher zu bestimmen und seine Stellung in der Geschichte des Materialismus und der Dialektik herauszuarbeiten. [...] Über sein konstruktives Anliegen hinaus leistet das Objekt einen Beitrag zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, insofern die Problematik in Auseinandersetzung mit jenen Varianten der bürgerlichen Gesellschaftstheorie entwickelt wird, die einen abstrakten Systembegriff an die Stelle eines konkreten Gesellschaftsbegriffs setzen wollen.“<sup>786</sup>

1977 wurden die Ergebnisse des Projekts in dem Band „Marxistische Gesellschaftsdialektik oder ‚Systemtheorie der Gesellschaft?‘“ im Akademie-Verlag veröffentlicht.

### 5.1.3 Kongresse und Tagungen: Orte informeller Kommunikation

Neue wissenschaftliche Entwicklungen und im Entstehen begriffene wissenschaftliche Tatsachen sind oftmals Gegenstand fachwissenschaftlicher Tagungen und Kongresse, die der direkten Verständigung von Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftlern untereinander dienen. Im Sinne einer Erweiterung der Fleckschen Lehre von den Denkstilen und Denkkollektiven müssen sie als Orte gelten, an denen ein direkter und unmittelbarer Austausch der Denkkollektive untereinander stattfindet, Kritik formuliert wird und die einen ersten Schritt bei der Entstehung wissenschaftlicher Tatsachen darstellen. Die direkte und unmittelbare Kommunikation auf Tagungen lässt sich nur schwerlich rekonstruieren, da

783 Klaus: Schematische und schöpferische geistige Arbeit, in: DZfPh 9 (1961), S. 166-182, S. 166.

784 Klaus/Schnauß: Kybernetik und sozialistische Leitung, in: *Einheit* 20 (1965), S. 93-104.

785 Schnauß: Erkenntnistheoretische Bedeutung einer Theorie des Lernens 1971.

786 Archiv der BBAW A 595 (Primärbericht zum Objekt ‚Systemdenken und Dialektik‘, 26.1.1976).

veröffentlichte Tagungsbände zumeist die Diskussionen nicht dokumentieren. Eine Übersicht über Veranstaltungen dieser Art kann aber bereits einen Eindruck verschaffen, welche Bedeutung sie für die Selbstverständigung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untereinander auf der Ebene der informellen Kommunikation und damit für die Durchsetzung neuer Erkenntnisse besitzen.

**Tabelle 2: Übersicht über Tagungen zum systemischen Denken, 1961-1970**

Datum	Tagungstitel
14. April 1961	Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft, wissenschaftliche Beratung der Redaktion der <i>Einheit</i>
30. Januar 1962	Psychologie und Kybernetik, veranstaltet vom Institut für Psychologie der FSU Jena
12. März 1962	Kybernetische Aspekte und Methoden in der Ökonomie, veranstaltet vom Institut für Wirtschaftswissenschaften der DAW
20. bis 23. März 1962	Mathematische und physikalisch-technische Probleme der Kybernetik, veranstaltet vom Institut für Angewandte Mathematik u. Mechanik der DAW
16. bis 17. Oktober 1962	Produktivkraft Wissenschaft. Die Bedeutung der Kybernetik für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft in der DDR, veranstaltet von der Kybernetik-Kommission der DAW
6. Oktober 1962	Biologie-Medizin und Kybernetik, veranstaltet vom Physiologischen Institut der KMU Leipzig
3. bis 4. Mai 1963	Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft, veranstaltet von der KMU Leipzig
3. bis 5. September 1964	Psychologische Probleme kybernetischer Forschung, veranstaltet von der Forschungsgruppe Kybernetik und Psychologie am Institut für Psychologie der HU Berlin im Auftrag der Sektion für Psychologie und der Sektion für Kybernetik bei der DAW
1. bis 3. Oktober 1964	Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie, veranstaltet vom Institut für Statistik der HU Berlin, der Sektion Wirtschaftsmathematik der mathematischen Gesellschaft der DDR, vom Institut für Wirtschaftswissenschaften der DAW und vom Institut für Angewandte Mathematik und Mechanik der DAW
22. bis 24. April 1965	Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution. Philosophenkongress der DDR, veranstaltet von der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED und der Leitung der Sektion für Philosophie der DAW
22. November 1969	Der Systembegriff und seine Bedeutung für die philosophi-

	sche Forschung, Kolloquium, veranstaltet vom Institut für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften
2. bis 3. April 1970	Lenin und die marxistisch-leninistische Philosophie in unserer Zeit. Philosophie-Kongress der DDR, veranstaltet vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und dem ZI für Philosophie der DAW

#### 5.1.4 Charakteristika des systemischen Denkkollektivs

Die Person, die den wohl wichtigsten Anteil an der Etablierung der Kybernetik in der DDR hatte, war der Philosoph und Mathematiker Georg Klaus. Klaus verkörperte dabei den klassischen Typus des von Jessen beschriebenen „sozialistischen Professors“<sup>787</sup>: Er verdankte seine Karriere dem nach 1945 in der DDR vollzogenen Elitenwandel. Geboren als Kind einer Arbeiterfamilie und bereits während des Nationalsozialismus Mitglied der KPD, hatte Klaus nach dem Krieg zunächst verschiedene Parteifunktionen inne und besuchte die Parteihochschule, um schließlich sein Studium abzuschließen und schnell als Professor in Jena berufen zu werden. Damit gehörte er zu den politisch opportunen Professoren, die – meist auf Geheiß der SED berufen – dazu beitragen sollten, die Studierendenschaft im „sozialistischen Sinne“ zu erziehen.<sup>788</sup>

Die Analyse des philosophischen Denkkollektivs, welches sich in der DDR mit dem systemischen Denken befasste, hat gezeigt, dass zahlreiche Karrieren der beteiligten Personen ihren Ausgangspunkt im Umfeld von Georg Klaus nahmen. Er stellte für zahlreiche junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen wichtigen intellektuellen Anziehungspunkt dar. Die Gründe hierfür waren vielfältig: Nicht nur Klaus' fachliche Kompetenz und seine interessanten Lehrveranstaltungen wurden gerühmt, sondern teilweise auch seine dezidiert politische Haltung. Doch nicht alle der bei Georg Klaus ausgebildeten Personen schlugen eine Laufbahn ein, in der sie sich ebenso intensiv mit den systemischen Denken befassten wie Georg Klaus selber: Herbert Hörz etwa konzentrierte sich schon während seiner Promotion auf philosophische Probleme der Naturwissenschaften, Günter Kröber machte sich seit spätestens 1970 einen Namen als Wissenschaftsforscher und Gerda Schnauß war nach der Akademiereform 1969 im Bereich Dialektischer Materialismus am Zentralinstitut für Philosophie tätig und arbeitete mit Camilla Warnke und Gudrun Richter in einem Projekt zu „Systemdenken und Dialektik“.<sup>789</sup> Es waren vor allem Heinz Liebscher und Rainer Thiel, die sich weiterhin intensiv mit Kybernetik und Systemtheorie befassten, wenngleich ihre Karrieren sich deutlich unterschieden: Während Liebscher mit Ge-

787 Jessen: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor, in: Bessel/ders. (Hg.): Grenzen der Diktatur 1996, S. 76-107.

788 Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur 1999, S. 331ff.

789 Archiv der BBAW A 595 (Primärbericht zum Objekt ‚Systemdenken und Dialektik‘, 26.1.1976).

org Klaus an der Akademie eine Arbeitsgruppe bildete und auch nach Klaus' Tod noch an der Akademie beschäftigt war, schlug Rainer Thiel eine wissenschaftsorganisatorische Karriere ein und arbeitete beim Ministerium für Wissenschaft und Technik unter anderem an der Gründung einer Kybernetik-Kommission mit.

Was die Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler des Denkkollektivs um Georg Klaus charakterisierte, ist, dass sie sich in einem wichtigen Punkt, den Ralph Jessen für die Zeit nach 1945 als charakteristisch für die Sozialstruktur unter den an Universitäten beschäftigten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern ausmacht, unterschieden: Zwar gab es unter den Klaus-Schülerinnen und -Schülern zahlreiche SED-Mitglieder, allerdings war nur wenigen daran gelegen, ihre Parteimitgliedschaft und politische Linientreue – wie von Jessen beschrieben – als Ressource und Karriereprungbrett einzusetzen.<sup>790</sup> Vielmehr, so scheint es, wandten sich einige Mitglieder des Denkkollektivs um Georg Klaus zumindest in „Korridorgesprächen“<sup>791</sup> sogar explizit gegen den parteipolitischen Dogmatismus.

Neben der gewichtigen Rolle, die Georg Klaus bei der Herausbildung des systemischen Denkkollektivs einnahm, muss konstatiert werden, dass auch Hermann Ley, trotz aller Differenzen mit Georg Klaus, zahlreichen Studierenden, die sich mit Systemtheorie, Kybernetik beziehungsweise dem Verhältnis von Naturwissenschaft und Philosophie befassen wollten, die Möglichkeit der Promotion bot. An seinem Lehrstuhl war eine Sonderaspirantur eingerichtet worden, im Zuge derer auch einige der Schülerinnen und Schüler von Georg Klaus Stipendien erhielten und auf diese Weise ihre Doktorarbeiten verfassten. Auf diese Weise trug auch Hermann Ley dazu bei, dass systemische Denkkollektiv zu konstituieren – die Gemeinsamkeiten, die die Beschäftigung mit Kybernetik im Speziellen und ihre allgemeine Einordnung in die philosophische Betrachtung der Naturwissenschaften aufwiesen, wogen dabei scheinbar stärker als die persönlichen Differenzen zwischen beiden Wissenschaftlern.

Was sich anhand der Analyse des Denkkollektivs um Georg Klaus auch ablesen lässt, ist ein Punkt, der in der Fleckschen Theorie zur Entwicklung wissenschaftlicher Tatsachen unterbelichtet bleibt: Die Rolle wissenschaftlicher Institutionen für die Etablierung von Denkkollektiven. Sowohl die verschiedenen universitären Institute als auch das Institut für Philosophie an der Akademie bildeten den institutionellen Rahmen, der das wissenschaftliche Handeln der verschiedenen Akteure bestimmte. Dies äußert sich nicht nur darin, dass zahlreiche Nachwuchswissenschaftler mit Klaus von Jena nach Berlin wechselten oder dar-

---

790 Jessen: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur* 1999, S. 331ff.

791 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Institut der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 99).

in, dass die Sonderaspirantur am Lehrstuhl Ley verschiedenen Personen die Möglichkeit zur Promotion eröffnete, sondern vor allem auch durch die Rolle des Instituts für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften. Die universitären Institute und das Akademie-Institut waren Orte der Kooperation sowie der informellen Kommunikation zwischen den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Für die DDR gilt dies umso mehr, als dass in informellen Veranstaltungen, Kolloquien oder Institutsbesprechungen auch wissenschaftliche Inhalte diskutiert wurden, bevor es zur Veröffentlichung von Texten kam. Mithin handelte es sich bei den akademischen Institutionen einerseits um einen Ort, an denen die unterschiedlichen Mitglieder eines Denkkollektivs aufeinander trafen, zum anderen wurde dort aber auch der Denkstil selbst verhandelt.

Es war vor allem das Institut für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften, welches dem systemischen Denkkollektiv in den 1960er Jahren einen institutionellen Rahmen bot und die Möglichkeit eröffnete, sich mit Systemtheorie und Kybernetik beziehungsweise durch diese inspirierten Forschungsthemen auseinanderzusetzen. Wie die Beispiele Liebscher, Kröber und Schnauß zeigen, galt dies auch für die Zeit nach dem 10. Plenum des ZK der SED im April 1969, in der sich alle genannten Personen auch weiterhin mit dem systemischen Denken auseinander setzten – wenngleich unter veränderten Bedingungen und eingebunden in andere Arbeitsbereiche. Gleichwohl zogen die Ereignisse um das 10. Plenum auch am Institut für Philosophie der Akademie Konsequenzen nach sich, wie die zur Beurteilung des Liebscher-Textes eingesetzte Kommission sowie die Einschätzung über die Situation am Institut dokumentieren.

Beanstandet wurden „Tendenzen der Trennung von Methodologie und Weltanschauung in der philosophischen Forschungs- und Publikationstätigkeit“<sup>792</sup>. In diesem Zusammenhang kritisierte man nicht nur eine „relativ stabile Gruppierung von wissenschaftlichen Mitarbeitern“, die auf „eine ‚rationale‘ und ‚positive‘ Interpretation der marxistischen Philosophie eingeschworen“<sup>793</sup> sei, sondern es wurden auch inhaltliche Argumente – also Argumente gegen den Denkstil – vorgebracht. Vor allem in „neueren Publikationen“ nehme Klaus „formale und oberflächliche Umformulierungen marxistischer gesellschaftswissenschaftlicher Thesen mit Hilfe kybernetische[r] Terminologie“<sup>794</sup> vor. Man befürchtete, dass die in Publikationen erfolgte „formale Gleichsetzung sozialer Strukturen im Imperialismus und Sozialismus [...] zur Verdrängung des marxistischen Gehalts in den kyberne-

---

792 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Instituts der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 99).

793 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Instituts der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 99).

794 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Instituts der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 98).

tischen Modellen sozialer Prozesse“<sup>795</sup> führe. Ein weiterer inhaltlicher Aspekt, der gegen das Klaus'sche Denkkollektiv ins Feld geführt wurde, betraf „Aufbau und Darstellung des Marxismus-Leninismus nach Grundsätzen der Systemtheorie“. Dieser Vorwurf betraf vor allem das bereits erwähnte Lehrbuch, an dem Klaus mitgearbeitet habe. „Die systemtheoretische Darstellung schafft [...], konsequent angewandt, bestimmte Schwierigkeiten für die mit der Darlegung der gesellschaftlichen Praxis der Arbeiterklasse verbundenen dialektischen Probleme“ und sei „über weite Strecken formal und abstrakt.“<sup>796</sup>

Die personellen und inhaltlichen Probleme wurden aber nicht nur dem systemischen Denkkollektiv selbst und vor allem nicht den Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern, sondern auch der Parteiorganisation des Instituts angelastet. Im Resümee der Stellungnahme heißt es:

„Es ist vielleicht angebracht, anzumerken, daß einseitige wissenschaftliche Ansichten, auch gewisse politisch unreife positivistische Stimmung kein übermäßig ernster Schaden sein müssen, wie auch die Hauptverantwortung nicht jüngere Genossen trifft, die zeitweise unfertigen wissenschaftlichen Konzeptionen nachgehen. Ernst wird es erst, wenn eine Parteiorganisation keine offenen Diskussionen durchführt, in denen sich die Standpunkte aller Beteiligten präzisieren können. Die Hauptverantwortung trifft daher im Falle unseres Instituts auch die staatliche und die politische Leitung des Instituts.“<sup>797</sup>

In diesen allgemeinen Äußerungen kommt die Unzufriedenheit gegenüber der Partei- und Institutsleitung zum Ausdruck. Zudem wird deutlich, dass auch persönliche Querelen und die Konkurrenzsituation verschiedener Wissenschaftler untereinander eine Rolle gespielt haben. Zwei Aspekte wurden als „wesentliche Schwächen“ der Parteiorganisation am Institut genannt: Zum einen ging es hierbei um den Institutsleiter Manfred Buhr, der „die faktische Behandlung jeder Angelegenheit bestimme“ und seine „unumschränkte persönliche Herrschaft“ im Institut durchsetze.<sup>798</sup> Zum anderen habe dies Auswirkungen auf die Parteileitung, die Genosse Bartsch innehatte: Dieser befände sich in „unbedingter Abhängigkeit von Prof. Buhr“ und behandle „alle politischen und wissenschaftlichen Probleme im Interesse der Unantastbarkeit von Prof. Buhr [...] (als mit Prof. Klaus noch Karriere zu machen war auch von Prof. Klaus)“.<sup>799</sup>

An der Einschätzung zur Situation am Institut lässt sich ablesen, welche Rolle die im zweiten Kapitel skizzierten unterschiedlichen Handlungstypen für die Etablierung des Denkkollektivs hatten: So war es nicht nur die formelle Kooperation im wissenschaftlichen

795 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Institut der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 98).

796 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Institut der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 98).

797 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Institut der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 102f.).

798 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Institut der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 101f.).

799 BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I (ohne Autor: Einschätzung über die Situation am Institut der Philosophie bei der DAW, undatiert [1969], S. 98-103, S. 102.)

Austausch unterschiedlicher Forschergruppen, die die Etablierung des Denkkollektivs beeinflussten, sondern auch die informelle Kommunikation der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler war prägend für das Denkkollektiv. Obwohl sich diese historisch nur schwer rekonstruieren lässt, wirft die Einschätzung der Situation am Institut doch ein Schlaglicht auf die Bedeutung der informellen Kommunikation, weil sich hieran ablesen lässt, dass der Status von Georg Klaus am Institut für Philosophie 1969 nicht mehr unumstritten war. Die Gründe hierfür sind freilich nur schwer zu eruieren: Einerseits mag dies damit zusammenhängen, dass die Argumentationen in Klaus' Publikationen nicht mehr unhinterfragt blieben, sondern inzwischen auch kritisiert wurden. Denkbar ist aber auch, dass Klaus, der aufgrund seiner Krankheit zahlreiche Klinikaufenthalte hatte, am Institut nur selten präsent war und seinen Einfluss nicht mehr geltend machen konnte. In jedem Fall wird hieran die zunächst noch indifferente Haltung gegenüber der Kybernetik *innerhalb* der SED deutlich: Während die Führungsebene der Partei sich 1969 von der Kybernetik abzuwenden begann, gilt dies für die Institutsparteileitung zunächst nur bedingt. Inoffiziell begrüßte Buhr zwar, dass die „im ZK etwas merkten“, offiziell unternahm er aber zunächst nichts gegen die „positivistischen Tendenzen“ am Institut.

Hieran zeigt sich, wie eng inhaltliche und personelle Fragen – also Denkstil und Denkkollektiv – sich teilweise überschneiden und miteinander verwoben waren. Die wissenschaftliche Reputation von Georg Klaus machte ihn auch dann auf Institutsebene noch relativ unangreifbar, als seitens der Führungsebene der Partei bereits Kritik am systemischen Denken formuliert wurde. Die auf dem Rücken von Heinz Liebscher ausgeführte Stellvertreterdiskussion galt eigentlich Georg Klaus; scheinbar war Klaus' Rolle zunächst aber noch so gefestigt, dass man das – zumindest intern kritisierte – Lehrbuch nicht öffentlich angriff, sondern es lediglich nicht erneut auflegte. Doch zeigt die Diskussion um das Manuskript einer von Klaus geplanten Monographie mit dem Titel „Information – Organisation – Ideologie“, dass sich sein Handlungsspielraum nach 1969 einschränkte. Zu dem Manuskript wurden drei Gutachten eingeholt: von Herbert Hörz, Günter Klimanszewsky und A. Bauer. Alle drei Gutachten hatten denselben Tenor: Die Thematik des Buches sei spannend, aber wissenschaftlich unsauber erarbeitet, deswegen bestehe Nachbesserungsbedarf, bevor das Buch veröffentlicht werden könne. Hierzu schien Georg Klaus nicht bereit zu sein. Die endgültige Ablehnung der Veröffentlichung des Buches erfolgte, als der Parteiverlag Dietz mit Schreiben vom 31. Januar 1972 die Veröffentlichung des Manuskripts ablehnte. Als Begründung führte der Verlagsleiter Günter Hennig die Beschlüsse des VIII. Parteitags an, auf dem die SED entschieden habe, sich zukünftig weniger mit der Kybernetik zu befassen, man denke aber auch, dass Klaus' Publikation beim Verlag der Wissenschaften besser aufgehoben wäre. Darüber hinaus sei der Dietz-Verlag arbeitsmäßig überla-

stet und könne die Kapazitäten zur Überarbeitung des Manuskripts nicht aufbringen. Doch auch der Verlag der Wissenschaften lehnte die Publikation im April 1972 mit der Begründung ab, man habe keinen Lektor, der das Manuskript überarbeiten könne.<sup>800</sup>

Bei der Analyse des Denkkollektivs hat sich die Verwobenheit von Personen, Institutionen und Denkstil bereits angedeutet. Aus diesem Grund soll im Folgenden die Institutionalisierung des systemischen Denkens in der DDR anhand verschiedener Kommissionen und Expertengruppen bis hin zur Etablierung eines Leitinstituts für Kybernetik nachgezeichnet werden.

## 5.2 Institutionalisierung des ‚systemischen Denkens‘ in Wissenschaft und Politik

Um die Frage zu beantworten, wie das systemische Denken in der DDR zur wissenschaftlichen Tatsache werden konnte, ist es notwendig, neben den oben geschilderten esoterischen Denkkollektiven auch die exoterischen Denkkollektive des systemischen Denkens zu betrachten. Während die esoterischen Denkkollektive wissenschaftliche Gedanken formulieren, sind es vor allem die exoterischen Denkkollektive, die den einmal formulierten Denkstil außerhalb der Wissenschaft kommunizieren, legitimieren und popularisieren und auf diese Weise dazu beitragen, dass eine Idee zur wissenschaftlichen Tatsache werden kann.

Entscheidende Bedeutung hierfür hatten vor allem wissenschaftliche Expertengruppen, die – institutionell unterschiedlich angebunden, mit unterschiedlichen Aufgaben ausgestattet und auch unterschiedlich besetzt – dazu beitragen sollten, die Kybernetik in der DDR zu etablieren und voranzutreiben. Diese wissenschaftlichen Beratungsgremien stellten die wichtigste Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik dar. Ihnen gehörten zwar auch Personen an, die unmittelbar dem esoterischen Kreis des Denkkollektivs zuzurechnen waren (beispielsweise Georg Klaus, s.o. Kap 5.1.1), der Kreis der Mitglieder dieser Gremien wissenschaftlicher Expertise war allerdings deutlich größer. Wenn diese Gremien somit als exoterischer Kreis der Denkkollektive bezeichnet werden, beruht dies auf ihrer funktionalen Ausrichtung und weniger auf ihrer personellen Besetzung.

In den 1960er Jahren wurden drei größere Gremien gegründet, die sich mit der Etablierung der Kybernetik in der DDR befassen sollten. Die erste dieser Kommissionen war 1961 an der Akademie der Wissenschaften ins Leben gerufen worden, eine Kommission war dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen unterstellt und eine dritte, 1968 gegründete Kommission war beim Forschungsrat der DDR, dem Politikberatungsgremium der DDR, angesiedelt.

---

800 Archiv der BBAW, Nachlass Georg Klaus (Gutachten, Stellungnahmen und Korrespondenz zum Manuskript ‚Information – Organisation – Ideologie‘, 1970 bis 1972).



Alle drei Kommissionen übernahmen dabei politikberatende Aufgaben, ihre personelle Zusammensetzung, Aufgabenstellung und ihre Wirkungsmacht unterschieden sich jedoch zum Teil deutlich. Im Folgenden soll gefragt werden, welche Ergebnisse aus der Arbeit der Kommissionen resultierten, wie die Kommissionen zur Etablierung des systemischen Denkens in der DDR beitrugen und welchen Einfluss die Kommissionen auf wissenschaftspolitische Entscheidungen wie etwa die Institutionalisierung der Kybernetik ausübten.

### 5.2.1 Von der DAW-Kybernetik-Kommission zur Sektion für Kybernetik

Für die Institutionalisierung der Kybernetik in der DDR spielte das wissenschaftspolitische Engagement von Georg Klaus eine entscheidende Rolle. Klaus hatte vielerorts – nicht zuletzt in seiner Monographie „Kybernetik aus philosophischer Sicht“, aber auch in anderen Publikationen – den Rückstand, den die DDR auf dem Gebiet der Kybernetik zu beklagen habe, kritisiert. So hatte Georg Klaus auch „maßgeblichen Einfluß“<sup>801</sup> darauf, dass der damalige Generalsekretär der Akademie, der Chemiker Günther Rienäcker, im Februar 1961 bei der Akademie der Wissenschaften eine „Kommission für Kybernetik“ benannte, die zunächst Rienäcker unterstand, aber ab Januar 1962 aufgrund der „umfassenden und zentralen Bedeutung der Kybernetik“<sup>802</sup> dem Präsidenten der DAW, Werner Hartke, unterstellt werden sollte.

Mitglieder der Kommission waren der Ökonom Friedrich Behrens, der Mathematiker Rudolf Reißig, der Physiker Robert Rompe, der Mathematiker Kurt Schröder sowie der Logiker Helmut Thiele, den Kommissionsvorsitz übernahm Georg Klaus.<sup>803</sup> Rainer Thiel fungierte anfangs als wissenschaftlicher Sekretär der Kommission, bis diese Aufgabe von Heinz Liebscher übernommen wurde. Laut Liebscher habe die „hauptsächliche Aufgabe der Kommission“ darin bestanden, „ein ausführliches wissenschaftliches Gutachten über die in der DDR auf dem Gebiet der Kybernetik bestehende Lage zu erarbeiten.“<sup>804</sup> Bestandteil dessen sollte es sein, „geeignete wissenschaftspolitische und wissenschaftsorganisatorische Maßnahmen zur raschen Förderung von Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Kybernetik zu empfehlen.“<sup>805</sup> Wie genau Georg Klaus auf die Akademieleitung Einfluss nahm und welchen Wortlaut der von Rienäcker an die Kommission erteilte Auftrag hatte (bzw. an wen sich die durch die Kommission erarbeiteten Empfehlungen richten sollten), lässt sich anhand der Aktenlage nicht rekonstruieren. Allerdings geht aus den Archivalien her-

---

801 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 19.

802 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 345 (Vorschlag zur Umbildung der Kommission für Kybernetik, 9.1.1962).

803 Diese Mitglieder werden so von Heinz Liebscher, dem ehemaligen Sekretär der Kommission, in seinem Buch „Fremd- oder Selbstregulation“ auf S. 19 genannt. Die Akten im Archiv der BBAW weisen keine Mitgliedslisten der Kommission auf.

804 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 19.

805 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 19.

vor, dass sowohl die Parteileitung als auch speziell Hannes Hörnig, Leiter der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED, über die Arbeit der Kommission informiert war und diese seitens des ZK abgesegnet worden sein muss.<sup>806</sup> Angesichts dieser Verbindung der Kommission in die höchsten politischen Gremien der DDR sowie des Auftrags, ein Gutachten zur Situation der Kybernetik in der DDR zu erstellen, ist die Kommission als wissenschaftliches Expertengremium zu charakterisieren. So reichte „ihre Aufgabenstellung auch weit über den Rahmen der Akademie“<sup>807</sup> hinaus. Auf Bestreben der Kybernetik-Kommission wurden eine Reihe von Tagungen durchgeführt, die sich aus verschiedenen Perspektiven mit der Kybernetik befassten. Hierzu zählen nicht nur die Beratung der *Einheit* zum Thema „Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft“, die im April 1961 stattfand (vgl. dazu Kapitel 5.3.2.2)<sup>808</sup>, sondern auch wissenschaftliche Tagungen, auf denen das Verhältnis unterschiedlicher Fachdisziplinen zur Kybernetik geklärt werden sollte. Als Zusammenführung und Synthese der unterschiedlichen Aspekte stand am Ende der Tagungsreihe eine Konferenz mit dem Titel „Kybernetik in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft der DDR“, veranstaltet im Oktober 1962.

Die eigentliche Hauptaufgabe der Kommission bestand jedoch darin, die unterschiedlichen Stränge der Kybernetik-Rezeption in der DDR in Form des bereits erwähnten Gutachtens zu bündeln und entsprechende wissenschaftspolitische Maßnahmen vorzuschlagen, die auf der Abschlussagung von den Teilnehmern gebilligt werden sollten. An der Ausarbeitung der Denkschrift waren neben den Mitgliedern der Kommission für Kybernetik noch weitere Experten aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen beteiligt. Hierbei handelte es sich um den Physiologen Hans Drischel, den Mathematiker Wilhelm Kämmerer, den Pädagogen Heinz Kelbert, den Techniker Heinrich Kindler, den Psychologen Friedhart Klix und den Linguisten Georg Meier. Liebscher schickte den Entwurf mit Schreiben vom 28. September 1962 an die Abteilung Wissenschaften des ZK.<sup>809</sup>

Die Denkschrift umfasste acht Teile, in denen der Stand der Kybernetik aus Sicht unterschiedlicher Disziplinen dargelegt wurde. Obwohl die Autoren dabei „wegen der große[n] Spannweite kybernetischer Abstraktionen“ keiner einheitlichen Definition der Kybernetik folgten, legten sie in der Einleitung dar, dass ihnen der „Systemaspekt als der grundlegende“ Aspekt der Kybernetik erscheine, weil „[k]ybernetische Systeme in allen Bereichen der

---

806 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Brief von Klaus an Hörnig, 21.8.1962), S. 4.

807 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 19.

808 Die Tagung stellte einen wichtigen Ausgangspunkt für die Rezeption des systemischen Denkstils in der Zeitschrift *Einheit* dar, weil ihre Ergebnisse dort in einem Sonderband dokumentiert wurden. In Kapitel 5.3.2.2 wird die Beratung der *Einheit* deswegen im Detail analysiert und dargestellt, welchen Stellenwert sie für den – sich vor allem im Bereich der Politik vollziehenden – Wandel der Kybernetik von einer „Pseudowissenschaft“ zur anerkannten Theorie besaß.

809 Ein Exemplar der Denkschrift befindet sich im Bundesarchiv unter der Signatur SAPMO-BArch DY 30/IV 2/9.04/159. Aufgrund der schlechten Lesbarkeit der Vervielfältigung wird die Denkschrift im Folgenden jedoch anhand ihrer Veröffentlichung in Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 155-170 zitiert.

Wirklichkeit“ existieren würden.<sup>810</sup> Mit einem Verweis darauf, welche wichtige Bedeutung der Kybernetik unter anderem seitens der KPdSU zugewiesen würde, betonten die Autoren, dass in der DDR „unter keinen Umständen ein Zurückbleiben auf diesem wichtigen Gebiet“ zu dulden sei. Aus diesem Grund schlugen sie die Bildung einer zentralen Sektion für Kybernetik beim Präsidium der Akademie vor, deren Aufgabe darin bestehen sollte, die Kybernetik-Forschung in der DDR zu koordinieren, Lehre und Publikationstätigkeit sowie internationale Vernetzung zu fördern und die Veröffentlichungen zu kybernetischen Fragestellungen zentral zu dokumentieren.<sup>811</sup>

Im zweiten Teil der Denkschrift widmet man sich nachfolgend den Einzeldisziplinen und der Bedeutung der Kybernetik für diese, allen voran Philosophie und Mathematik. Zum Verhältnis von Philosophie und Kybernetik heißt es dort:

„Der weite Geltungsbereich und der hohe Abstraktionsgrad kybernetischer Begriffsbildungen bringen die Kybernetik dem Abstraktionsgrad nach in unmittelbare Nähe der Philosophie. Ihre Begriffe und Gesetze spiegeln objektive Zusammenhänge der Wirklichkeit von großer Allgemeinheit wider und sind in ihrem Wesen materialistisch und dialektisch.“<sup>812</sup>

In der Folge wird diese Auffassung weiter ausgeführt und mit verschiedenen Forderungen, u.a. der nach mehr Propagandatätigkeit durch Philosophen verbunden. Der Einfluss von Georg Klaus auf die Arbeitsausrichtung der Kommission zeigt sich in diesem Abschnitt: „Klaus war geradezu besessen von der Idee, dass unter den gegebenen Umständen die Chance bestehe, das ‚philosophische Gesicht‘ einer in statu nascendi befindlichen Wissenschaft bewusst zu gestalten.“<sup>813</sup> Doch insbesondere diese Ausrichtung war es, die bei der Diskussion der Denkschrift nicht unumstritten sein sollte (s.u.). Weiterhin wurde in der Denkschrift das Verhältnis von Mathematik, Technik, Ökonomie, Biologie, Medizin, Psychologie, Pädagogik und Linguistik zur Kybernetik bestimmt. Hervorzuheben sind in dieser Reihe der Disziplinen die Mathematik, die einen „enge[n] und grundlegende[n] Zusammenhang“ zur Kybernetik aufweise und die Ökonomie, deren kybernetische Forschung durch die „Wirtschafts- und Kulturpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entschieden gefördert“<sup>814</sup> werden würde. Für alle der genannten Disziplinen wurden in der Denkschrift Forschungsschwerpunkte, Ansätze zur Institutionalisierung der verschiedenen Forschungsstränge sowie Maßnahmen zur Ausbildung von Studierenden vorgeschlagen.

Dass seitens der Kommission auch andere Formen der Institutionalisierung der Kybernetik in der DDR als die Gründung einer Sektion für Kybernetik an der DAW diskutiert wor-

810 Denkschrift, in: Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 155-170, S. 155.

811 Denkschrift, in: Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 155-170, S. 156.

812 Denkschrift, in: Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 155-170, S. 157.

813 Liebscher: Kommission für Kybernetik, in: Dittmann/Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 111-122, S. 113.

814 Denkschrift, in: Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 155-170, S. 158, S. 162.

den waren, geht aus einem Brief von Georg Klaus an Hannes Hörnig, den Leiter der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED, hervor: In diesem wog Klaus die beiden Möglichkeiten, nämlich die Gründung eines Instituts für Kybernetik an der DAW beziehungsweise die Gründung einer Sektion gegeneinander ab und hob hervor, dass die Bildung einer Sektion wegen des geringeren Personal- und Infrastrukturaufwands die aus seiner Sicht zu bevorzugende Alternative sei. Eine Sektion, so Klaus, biete nämlich den Vorteil, dass die mit Kybernetik befassten Personen in ihren eigentlichen Instituten verbleiben könnten. Die Entscheidung darüber oblag jedoch der Partei. In dem Brief heißt es:

„Es entsteht die Frage, wie es weiter gehen soll und diese Frage muß spätestens bis zum Ende der genannten Konferenz [gemeint ist die Abschlusskonferenz der Kommission im Oktober 1962, V.W.] von Seite der Partei entschieden werden.“<sup>815</sup>

Er unterbreitete in seinem Schreiben zudem bereits personelle Vorschläge: Den Vorsitz der Sektion sollte der Mathematiker Kurt Schröder übernehmen. Klaus wollte diese Aufgabe an einen Naturwissenschaftler übertragen wissen, „da der naturwissenschaftlichen Bereich in der Kybernetik doch eine Vorrangstellung einnimmt.“<sup>816</sup> Er selbst wollte den stellvertretenden Vorsitz übernehmen. Darüber hinaus sollten Untersektionen für Philosophie, Ökonomie, Pädagogik, Linguistik, Mathematik, Technik, Medizin/Biologie und Psychologie gebildet werden.<sup>817</sup>

Am 8. November 1962 beschloss das Präsidium der DAW die Bildung einer Sektion für Kybernetik. In der entsprechenden Sitzung billigte das Präsidium der Akademie zugleich die von der Kommission verfasste Denkschrift.<sup>818</sup> Mit Präsidiumsbeschluss vom 22. November wurden die Mitglieder der Kommission festgelegt: Das Präsidium bestätigte Schröder als Vorsitzenden der Sektion für Kybernetik und Klaus als seinen Stellvertreter.

**Tabelle 3: Übersicht über die in die Sektion für Kybernetik berufenen Wissenschaftler<sup>819</sup>**

Geistes- und Gesellschaftswissenschaften	Philosophie	(Heinz Liebscher) Georg Klaus Helmut Metzler
	Ökonomie	Johannes Behr Heinrich Bader Johannes Rudolph Herbert Lange
	Sprachwissenschaft	Alexander Isacenko

815 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Brief von Klaus an Hörnig, 21.8.1962).

816 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Brief von Klaus an Hörnig, 21.8.1962).

817 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Brief von Klaus an Hörnig, 21.8.1962).

818 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Beschluss 158/62, 8.11.1962).

819 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Protokoll der 1. Sitzung der Sektion für Kybernetik am 11.3.1963, S. 4f.).

		Georg F. Meier
Natur- und Technikwissenschaften	Mathematik	Wilhelm Kämmerer Helmut Thiele Kurt Schröder Karl Schröter Rolf Reißig
	Medizin	Hans Drischel
	Technik	Hans Frühauf Heinrich Kindler Herbert Kortum Nikolaus Joachim Lehmann
	Psychologie <sup>820</sup>	Friedhart Klix
Sonstiges	Institut für Berufsausbildung	Heinz Kelbert

Die Übersicht über die in die Sektion berufenen Personen zeigt, dass die Sektion einen deutlichen personellen Schwerpunkt in den Bereichen Ökonomie, Mathematik und Technik aufwies. Praktiker und – wie ursprünglich von Schröder gefordert – ein Mitglied der Staatlichen Planungskommission waren in der Sektion hingegen nicht vertreten. Anders als noch in der Kommission für Kybernetik war zudem kein Physiker mehr Mitglied der Sektion. Zudem fehlt unter der Denkschrift der Name des Kommissionsmitglieds Robert Rompe.

Der Grund hierfür ist, dass sich vor allem aus Reihen der Physiker Widerstand gegen die Denkschrift regte, deren Entwurf dann von Rienäcker am 14. Dezember an das Politbüro der SED auch mit dem Hinweis übersandt wurde, dass es sich dabei vorerst noch um einen Entwurf handle, dass es „gegenwärtig [...] in Kreisen der Akademie, insbesondere der Physiker, zu einigen Darlegungen abweichende Meinungen“<sup>821</sup> gebe. Dokumentiert sind diese Differenzen in einigen Stellungnahmen namhafter Physiker und Mathematiker, deren Kritik sich vor allem darauf richtete, dass die Denkschrift erstens philosophische Fragestellungen zu sehr in den Vordergrund stelle, sie zweitens dazu tendiere, „die Kybernetik als eine Art Universalwissenschaft zu beschreiben“<sup>822</sup>, während sie eigentlich nichts anderes als eine Mathematisierung bisher nicht mathematisierter Wissenschaften sei und drittens schließlich, dass die Kybernetik nicht notwendigerweise mit der marxistischen Philosophie verknüpft werden müsse. Insgesamt war die Rede von einem „überwiegend unausgereifte[n]

820 Die Zuordnung der Psychologie zum naturwissenschaftlichen Bereich wurde von Georg Klaus übernommen, der in seinem Brief an Hörnig eine ebensolche Zuordnung vornahm, vgl. Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Brief von Klaus an Hörnig, 21.8.1962).

821 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Präsidiumsbeschluss vom 22.11.1962).

822 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Stellungnahme zur Denkschrift von Hans-Jürgen Treder, 15.11.1962).

Charakter der Denkschrift“, weswegen eine Veröffentlichung „über den internen Rahmen der Akademie hinaus“ nicht befürwortet wurde.<sup>823</sup> Zu einer Publikation der Denkschrift kam es nicht, sie diente aber der neu gegründeten Sektion für Kybernetik als Arbeitsgrundlage und Diskussionspapier.

Die konstituierende Sitzung der Sektion für Kybernetik an der DAW fand am 11. März 1963 statt. Sie unterstand zunächst dem Präsidium der Akademie, wurde aber mit Präsidiumsbeschluss vom 29. April 1965 der Klasse für Mathematik, Physik und Technik der Akademie unterstellt.<sup>824</sup> Auf der Sitzung wurde die Kritik an der Denkschrift diskutiert und festgehalten, dass man in Zukunft erstens eine Sprache finden müsse, „die gegen Angriff weitgehend gewappnet“ sei und man sich zweitens darauf konzentrieren müsse, möglichst bald konkrete Forschungsergebnisse präsentieren zu können.<sup>825</sup> Darüber hinaus wurde in der Sitzung ein von der Sektionsleitung vorgelegter Entwurf über die „Hauptaufgaben und Arbeitsweise der Sektion für Kybernetik“ diskutiert. In diesem Entwurf wurden als Hauptaufgaben der Sektion erstens die Koordinierung und Anregung kybernetischer Forschung, zweitens die Forderung der Lehre und Publikationstätigkeit und die eventuelle Gründung einer Zeitschrift sowie drittens die Pflege internationaler Beziehungen festgehalten. Die Tätigkeiten sollten in Abstimmung mit dem Forschungsrat sowie den Ministerien und Verlagen erfolgen. Als Arbeitsweise schlug man einen Sitzungsturnus alle zwei Monate vor, wobei auf den Sitzungen jeweils ein wichtiges Thema diskutiert werden sollte.<sup>826</sup> Auf der zweiten Sitzung der Sektion wurde zudem beschlossen, zukünftig einen Vertreter des Staatssekretariats für Forschung und Technik sowie ein Mitglied des Beirates für ökonomische Forschung bei der Staatlichen Planungskommission als Gäste zu den Sektionsitzungen zu laden.<sup>827</sup> Durch das Hinzuziehen dieser Gäste zu den zukünftigen Sitzungen der Sektion wurde gewährleistet, dass die staatlichen Organe über die Tätigkeit der Sektion informiert waren.

### 5.2.2 Die Institutionalisierung der Kybernetik auf politischer Ebene

Die wissenschaftspolitische Auseinandersetzung mit dem systemischen Denken beschränkte sich nicht auf dessen Institutionalisierung in Form der Sektion für Kybernetik an der Akademie. Auch beim Politbüro der SED wurde – allerdings erst vier Jahre nach Einrichten der Sektion – eine zentrale Kommission für Kybernetik gebildet, deren federführende Lei-

---

823 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Stellungnahme zur Denkschrift von Heinrich Grell, 24.1.1963).

824 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Präsidiumsbeschluss vom 29.4.1965).

825 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Protokoll der 1. Sitzung der Sektion für Kybernetik am 11.3.1963, S. 6f.).

826 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Entwurf: Hauptaufgaben und Arbeitsweise der Sektion für Kybernetik.).

827 Archiv der BBAW, Bestand Akademieleitung 224 (Protokoll der 2. Sitzung der Sektion für Kybernetik am 6.6.1963, S. 6f.).

tung das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) inne hatte. Die Initiative hierzu ging unter anderem von den Beratungen des Strategischen Arbeitskreises aus, der im Vorfeld des VII. Parteitags der SED über die Strategie der Partei in verschiedenen Politikbereichen, unter anderem im Bereich der Wissenschaftspolitik, diskutieren sollte. Als Experte fungierte in diesem Zusammenhang Georg Klaus, der zur konstituierenden Sitzung des Strategischen Arbeitskreises 1966 beratend hinzugezogen wurde. Darüber hinaus wurde auch im Ministerium für Wissenschaft und Technik (MWT) eine Arbeitsgruppe eingesetzt, deren Ziel schließlich die Etablierung einer Kybernetik-Kommission beim Forschungsrat der DDR war.

### ***Georg Klaus als Berater des Strategischen Arbeitskreises***

„Auf Beschluß des Politbüros wurde zur Vorbereitung des erstens Punktes der Tagesordnung des VII. Parteitages ein Arbeitskreis zu Planung und Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik der Wissenschaft und der Kultur gebildet. Bekanntlich lautet der erste Punkt der Tagesordnung des Parteitages: ‚Die gesellschaftliche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus.‘“<sup>828</sup>

Ziel des ‚Strategischen Arbeitskreises‘ war die Ausarbeitung der prognostischen Entwicklung bis etwa 1980; neben Mitgliedern des Politbüros sollten dem Arbeitskreis Wissenschaftler und Partei- und Staatsfunktionäre angehören, die wiederum in Arbeitsgruppen zur Innen- und Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Wissenschafts- und Technologiepolitik, Kulturpolitik und Sozialpolitik organisiert sein sollten. Aufgabe war es, „ausgehend von den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung des Sozialismus und ihrer Wirksamkeit in unserer Periode allumfassend die wissenschaftliche Leitung zu organisieren.“<sup>829</sup> Mit der Gründung des Strategischen Arbeitskreises wurde eine dezidiert wissenschaftliche Ausrichtung der Parteipolitik verfolgt, weil

„niemand denken [soll], der Parteitag würde so vorbereitet, indem im engen Kreis die Probleme ausgearbeitet und die ganze Weisheit auf dem Parteitag dann nur verkündet zu werden braucht. Die Methode muss darin bestehen, jetzt die echten großen Probleme wirklich zu diskutieren. Es geht also nicht darum, daß die Genossen einfach nur das hinnehmen, was wir ihnen sagen [...]. Es handelt sich darum, über solche wichtigen Probleme wissenschaftlich zu diskutieren.“<sup>830</sup>

Zur konstituierenden Sitzung des Strategischen Arbeitskreises war auf Geheiß von Walter Ulbricht auch Georg Klaus eingeladen worden, um im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Wissenschaftspolitik vor allem die Rolle der Kybernetik zu diskutieren. In seinen einleitenden Bemerkungen betonte Ulbricht vor allem den übergreifenden Charakter der Arbeitsgruppe

---

828 BArch DY 30/3306 (Rede Ulbricht, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 3).

829 BArch DY 30/3306 (Rede Ulbricht, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 4).

830 BArch DY 30/3306 (Rede Ulbricht, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 13).

zur Wissenschaftspolitik, die „faktisch mit fast allen anderen Arbeitsgruppen“<sup>831</sup> zusammenarbeiten müsse. Ulbricht avisierte dabei sogar eine eigene Untergruppe, die sich ausschließlich aus Kybernetikern zusammensetzen sollte.

Unter anderem gab Georg Klaus einen Kommentar zu den einführenden Erläuterungen von Walter Ulbricht ab.<sup>832</sup> Klaus' Ausführungen zeigen, dass die Debatte im Strategischen Arbeitskreis tatsächlich vergleichsweise offen geführt wurden, denn er hielt sich mit Kritik nicht zurück und führt verschiedene Defizite der Entwicklung der Kybernetik in der DDR auf: Zunächst bemängelte er die personelle Ausstattung seines Instituts, über die, so glaubte er, falsche Vorstellungen kursierten. Die „schauderhafte Illusion“ vieler Genossen, er verfüge über ein großes Institut an der Akademie, sei grundlegend falsch. „Es sind genau drei Mann, die ich zur Verfügung habe, und alle meine jahrelangen Bemühungen, mehr zu bekommen, sind bis jetzt gescheitert [...]“<sup>833</sup> Dass dies nicht allein den Leitungsgremien der Akademie anzulasten sei, die die weitere personelle Aufstockung des Instituts verhinderten, geht aus Klaus' weiteren Ausführungen hervor, da er den Grund vor allem in der mangelhaften Nachwuchsausbildung sieht. Diesbezüglich fand er deutliche Worte:

„Die geisteswissenschaftliche Philosophie der alten Zeit, wo man an Texten heruminterpretiert, ist überholt. Das setzt sich so schrecklich langsam durch, so daß wir ganz wenige Leute haben, die Mathematik können. Wenn wir die aber nicht haben, dann kann man nur in belletristischer Weise über die Dinge daher schwätzen; wenn es konkret wird, wird es schwieriger.“<sup>834</sup>

Die Auffassung über Mängel in der philosophischen Ausbildung wundert nicht, wenn man bedenkt, dass der 1951 in Kraft getretene Rahmenausbildungsplan für Philosophie, der unter der Ägide von Georg Klaus entstanden war, im ersten Semester beginnend Grundlagenveranstaltungen in den modernen Naturwissenschaften für Philosophiestudierende vorsah, diese Grundlagenveranstaltungen aber mit der Veränderung des Studienstruktur des Philosophiestudiums 1956 zu Gunsten fakultativer Veranstaltungen in diesen Bereichen zurückgenommen worden waren (vgl. Kapitel 4.2.6).

Doch auch die akademische Institutionalisierung der Kybernetik an der Akademie verlief nicht zur Zufriedenheit von Georg Klaus. Seiner Auffassung nach würden die kybernetischen Bestrebungen einzelner Personen zu wenig gebündelt, weil neben der von ihm

---

831 BArch DY 30/3306 (Rede Ulbricht, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 13).

832 Da die Seiten 15 bis 26 der stenographischen Niederschrift fehlen, zugleich aber die Seitennummerierung der Akte fortgesetzt wird, muss offen bleiben, ob und welche Wissenschaftler sich darüber hinaus (auch zu den anderen anvisierten Arbeitskreisen) äußerten, weil unklar ist, ob die Niederschrift falsch nummeriert ist oder aber der Akte nur teilweise hinzugefügt wurde. Der Kommentar von Georg Klaus scheint in der Akte jedoch vollständig erhalten zu sein.

833 BArch DY 30/3306 (Kommentar Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 17).

834 BArch DY 30/3306 (Kommentar Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 17).



geleiteten Arbeitsgruppe keine zentrale, interdisziplinär arbeitende Einrichtung existiere. Vielmehr habe

„jedes Institut [...] das dringende Bedürfnis, seinen Hauskybernetiker zu haben. In zahlreichen Instituten sitzt ein armseliger Mann und macht dort Kybernetik. Eine Zusammenfassung gibt es nicht.“<sup>835</sup>

Diesen Umstand hielt Klaus nicht nur für problematisch, weil der „Chef des kleinen Häufleins [gemeint ist seine Arbeitsgruppe an der Akademie, V.W.] [...] eine halbe Leiche ist, den sie im Regierungskrankenhaus schon ein paar mal totgesagt haben,“<sup>836</sup> sondern vor allem, weil dies der Arbeitsweise der Kybernetik, wo es unter anderem darum gehe, Synergien zu bündeln, zu wider laufe. Die isolierte Beschäftigung von Kybernetikern an den einzelnen Instituten sei das „allerdümmste, was es gibt.“<sup>837</sup> Deshalb begrüße er die Bestrebungen seitens des Sekretariats des ZK, Wissenschaftler für die Arbeitsgruppen freizustellen und seitens der höchsten politischen Ebene den „ganzen Widerstand der Institutsdirektoren“ zu brechen.<sup>838</sup>

Klaus begriff die Kooperation verschiedener Kybernetiker in der Arbeitsgruppe als Chance, und hatte dabei nicht nur seine eigene Disziplin vor Augen, sondern – ganz im Sinne des Strategischen Arbeitskreises – das System des Sozialismus. Es müsse darum gehen, die Volkswirtschaft, aber auch die Verwaltung effektiver zu gestalten, eine Aufgabe, die in seinen Augen mit Hilfe der Kybernetik zu bewältigen sei. Es gehe um die „Gestaltung zuverlässiger Systeme aus unzuverlässigen Elementen“, um auf diese Weise eine „höhere Wirksamkeit der Funktion“<sup>839</sup> zu erreichen. Klaus selbst sah sich dabei als Vorreiter, der dieses Denken auch auf politischer Ebene vorantreiben wollte. Es gehe dabei, so argumentierte er, nicht allein um die technische Umsetzung der Kybernetik in Form von Datenverarbeitung oder Automatisierung. Zur Verdeutlichung dieses Aspektes verwendete er eine Analogie: Mit Inbetriebnahme der ersten automatischen Telefonzentrale zu Beginn des Jahrhunderts

„waren im Prinzip die Voraussetzungen für die Kybernetik geschaffen, obwohl damals kein Mensch an Kybernetik dachte. Es war niemand da, der in dieser Weise gedacht hat. Die technischen Dinge allein machen es nicht, wenn die Menschen nicht so denken.“<sup>840</sup>

Klaus sah seine Rolle nicht zuletzt darin, dieses kybernetische Denken zu befördern und nutzte seine Stellung als anerkannter Wissenschaftler – nicht zuletzt unter Inkaufnahme

---

835 BArch DY 30/3306 (Kommentar Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 18).

836 BArch DY 30/3306 (Kommentar Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 18).

837 BArch DY 30/3306 (Kommentar Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 18).

838 BArch DY 30/3306 (Kommentar Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 18).

839 BArch DY 30/3306 (Kommentar Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 20).

840 BArch DY 30/3306 (Kommentar Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 22).

gesundheitlicher Risiken (er sei eine Stunde zuvor aus dem „Bett [im Krankenhaus, V.W.] herausgekrabbelt, um herkommen zu können“<sup>841</sup>) –, um die Bedeutung des kybernetischen Denkstils für den Aufbau des Sozialismus herauszustellen. Die Einladung von Georg Klaus in seiner Funktion als ausgewiesener Kybernetik-Experte und wichtigster Wissenschaftler der DDR in dieser Disziplin dokumentiert dabei das Wechselspiel der Ressourcen zwischen Wissenschaft und Politik: Wissenschaftliche Expertise sollte von der Politik dazu genutzt werden, so Ulbricht als Kommentar zu den Ausführungen von Georg Klaus, „das Problem der kybernetischen Ausarbeitung des Systems des Sozialismus“<sup>842</sup> in Angriff zu nehmen; aus diesem Grund habe Ulbricht Klaus ja auch eingeladen. Da aber „das schönste kybernetische System gar nichts [nütze], wenn ich hier nicht mit die Taktik habe, wie das den Menschen schrittweise erklärt wird und wie wir diese Aufgabe schrittweise lösen“<sup>843</sup>, sei ihm an der Mitarbeit der Wissenschaft gelegen. Mit dieser Diskussion über die Kybernetik auf höchster staatlicher Ebene – so muss vermutet werden – hatte Georg Klaus einen wichtigen Beitrag zu Schaffung und Institutionalisierung von politischen Beratungsgremien und akademischen Institutionen gelegt, die nach dem VII. Parteitag der SED geschaffen worden sind und dazu dienen sollten, die Strategie der Partei auf dem Gebiet der Kybernetik zu entwickeln und mitzubestimmen. Ob und inwiefern Georg Klaus weiterhin als Experte für den Strategischen Arbeitskreis fungierte, geht aus den Archivmaterialien nicht hervor, ist aber angesichts seiner angegriffenen Gesundheit fraglich.

#### ***Die zentrale Kommission für Kybernetik beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen***<sup>844</sup>

Die Gründung der Kommission für Kybernetik beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen erfolgte nach dem VII. Parteitag der SED 1967; es ist davon auszugehen, dass nicht zuletzt die Argumente von Georg Klaus, die er vor dem Strategischen Arbeitskreis vorgetragen hatte, dazu beitrugen. Die Leitung der Kommission übernahm Klaus Dieter

---

841 BArch DY 30/3306 (Kommentar Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 19).

842 BArch DY 30/3306 (Kommentar Ulbricht zu Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 22).

843 BArch DY 30/3306 (Kommentar Ulbricht zu Klaus, in: Stenographische Niederschrift der Beratung des Arbeitskreises zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, 1.12.1966, S. 28).

844 Zu der zentralen Kybernetik-Kommission gibt es im Bundesarchiv keine (erschlossenen) Bestände. Rückschlüsse ziehen lassen sich aber aus den Akten zur Kybernetik-Kommission beim Forschungsrat: Dort findet sich ein undatiertes Dokument, welches den Titel „Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970“ trägt und keinen Verfasser aufweist. Darüber hinaus ist in der Akte ein „Bericht über die Beratung der zentralen Kommission „Kybernetik“ am 11.10.1967“ enthalten. Der Bericht stammt von Rainer Thiel, der in Vertretung des Abteilungsleiters Hahne an der Sitzung teilgenommen hatte. Gegenstand der Sitzung war die Debatte des o.a. Programms gewesen. Im Anschluss an den Bericht finden sich Vorschläge für Sofortmaßnahmen am Ministerium für Wissenschaft und Technik. Anhand der genannten Argumente lassen sich einige Rückschlüsse auf die Arbeit der Kommission ziehen (BArch DF 4/7908: Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970; Thiel: Bericht über die Beratung der zentralen Kommission „Kybernetik“ am 11.10.1967).

Wüstneck. Wüstneck, geboren 1932 und zuvor Assistent am Institut für Philosophie der Technischen Hochschule Ilmenau, war auf dem VII. Parteitag zum Kandidaten des Zentralkomitees gewählt worden; mit der Wahl erhielt er zwar kein Stimmrecht im ZK, es handelte sich aber um eine prestigeträchtige Position. Jérôme Segal vermutet, dass Wüstneck zum Kandidaten des ZK gewählt worden sei, „um dort die rechte Lehre [von der Kybernetik, V.W.] zu verkünden.“<sup>845</sup> Verifizieren lässt sich diese Aussage nicht, doch es ist zumindest zu vermuten, dass diese Darstellung überspitzt ist, wenn man bedenkt, dass das Zentralkomitee weit über hundert Mitglieder hatte, die Kandidatinnen und Kandidaten nicht mitgezählt. Vor diesem Hintergrund ist der Einfluss von Wüstneck auf das ZK eher gering einzuschätzen.

Aufgabe der von Wüstneck geleiteten Kommission war es, die Kybernetik in Forschung und Lehre zu institutionalisieren bzw. zu etablieren. Zu diesem Zweck wurde von der Kommission ein „Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970“ entworfen, welches anschließend vom Politbüro verabschiedet werden sollte.<sup>846</sup> Das Programm befasste sich einerseits mit der Schaffung von Forschungszentren zum Thema Kybernetik und darüber hinaus mit der Frage der kybernetischen Aus- und Weiterbildung an Universitäten, Hoch- und Fachhochschulen. Als zentrale Anwendungsbereiche der Kybernetik wurden der Bereich der Ökonomie, die „wissenschaftlich begründete[ ] staatliche[ ] Leitung der gesamten sozialistischen Gesellschaft“<sup>847</sup>, die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie die „Ausarbeitung der Systemverflechtungen im gesellschaftlichen Gesamtsystem“<sup>848</sup> genannt. Die Kybernetik wurde dabei als Grundlagenwissenschaft qualifiziert, die die theoretische Grundlage für die gemeinsame Anwendung kybernetischer Methoden in sämtlichen Wissenschaftszweigen sowie im politischen Bereich darstelle. Ihr Potential wurde vor allem für die „Leitungstätigkeit aller Bereiche der Gesellschaft“ hervorgehoben und gefordert, dass die Kybernetik zum „immanente[n] Bestandteil der wissenschaftlichen Arbeit“ werden müsse.<sup>849</sup> Deswegen war es ein wichtiger Aspekt des Programms, die Kybernetik an unterschiedlichen Einrichtungen zu institutionalisieren. Vorgeschlagen wurde die Gründung eines Instituts für Kybernetik an der Akademie, welches die technische, naturwissenschaftliche und medizinische Kybernetik konzentrieren sollte, eines Instituts für ökonomische Kybernetik an der Humboldt-Universität oder der Hochschule für Ökono-

---

845 Segal: Dialektische Beziehungen, in: Pias (Hg.): Cybernetics Bd. 2 2004, S. 227-251, S. 242.

846 BArch DF 4/7908 (Thiel: Bericht über die Beratung der zentralen Kommission „Kybernetik“ am 11.10.1967).

847 BArch DF 4/7908 (Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970, S. 1).

848 BArch DF 4/7908 (Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970, S. 1).

849 BArch DF 4/7908 (Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970, S. 2).

mie, einer Abteilung für philosophische und gesellschaftstheoretische Fragen der Kybernetik am Institut für Philosophie der DAW sowie ein Institut für militärwissenschaftlich relevante Fragen der Kybernetik.<sup>850</sup> Zudem sollte ein Perspektivplan der kybernetischen Aus- und Weiterbildung an den Hoch- und Fachhochschulen erarbeitet werden. Außerdem war die Einrichtung kybernetisch orientierter Schwerpunktstudiengänge für zahlreiche Hochschulen geplant. Einen besonderen Stellenwert nahm dabei die gesondert erwähnte „ökonomisch-kybernetische Spezialausbildung von Studenten der Ökonomie der Volkswirtschaft“<sup>851</sup> ein. Wichtig erscheint zudem der Plan, die „systematische Aus- und Weiterbildung der sozialistischen Führungskader auf dem Gebiet der Kybernetik“ im Bereich ‚Sozialistische Wirtschaftsführung‘ beim ZK der SED sowie im Bereich der Staats- und Rechtswissenschaft an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft ‚Walter Ulbricht‘ zu institutionalisieren. Einhergehend mit den Institutionalisierungsbestrebungen war darüber hinaus die Erarbeitung von Lehrmaterialien geplant.<sup>852</sup> Das Bemühen, staatlicherseits die Entwicklung der Kybernetik und ihrer gesellschaftlichen Nutzung zu steuern, kommt im letzten Abschnitt des Programms zur Geltung:

„Die Verflechtung der Anwendungsbereiche der Kybernetik, [...] die Notwendigkeit der konzentrierten und beschleunigten Entwicklung dieser Grundlagenwissenschaft bedingen eine zentralisierte, komplexe Leitung der Grundfragen ihrer Prognose und Planung von Forschung, Aus- und Weiterbildung sowie gesellschaftlicher Nutzung.“<sup>853</sup>

Aus diesem Grund wurde die Einrichtung einer ‚Kommission für Koordinierung und Planung der Kybernetik‘ beim Präsidium des Ministerrats vorgeschlagen. Außerdem sollten das Ministerium für Wissenschaft und Technik eine Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat sowie das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen eine Arbeitsgruppe für Kybernetik bilden. Zwar scheint die vorgeschlagene Kommission beim Ministerrat nie gegründet worden zu sein,<sup>854</sup> doch allein die zahlreichen Bestrebungen, auf unterschiedlichen, teilweise sogar höchsten staatlichen Ebenen Kommissionen zu gründen, die die Etablierung und Anwendung der Kybernetik voran treiben sollten, dokumentiert das außerordentliche Interesse der Staats- und Parteiführung an der neuen Wissenschaft, die dabei

---

850 BArch DF 4/7908 (Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970, S. 3-6).

851 BArch DF 4/7908 (Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970, S. 9).

852 BArch DF 4/7908 (Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970, S. 10f.).

853 BArch DF 4/7908 (Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970, S. 12).

854 Einer handschriftlichen Anmerkung unbekannter Urheberschaft an das Programm ist zu entnehmen, dass die Gründung der Kommission beim Ministerrat bei gleichzeitiger Gründung der Kommission bzw. Arbeitsgruppe beim Ministerium durchaus kritisch betrachtet wurde. Dort heißt es: „Warum? Widerspruch zwischen 1.1 [Kommission beim Ministerrat, V.W.] und 1.2 [Kommission beim MWT und MHF, V.W.].! Wenn MWT und MHF wirklich verantwortlich sind, braucht der MR keine Kommission, sonst wird die Verantwortung wieder eingeschränkt.“ (BArch DF 4/7908 (Programm zur Entwicklung von Forschung, Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Kybernetik in der DDR bis 1970, S. 12).

helfen sollte, die Steuerung der Gesamtgesellschaft zu handhaben und zu optimieren. Dies wird auch an der starken Fokussierung des Programms auf die Planungs- und Leitungstätigkeit der Partei deutlich.

### ***Die Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat der DDR***

Neben der Kommission für Kybernetik beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen gab es auch beim Ministerium für Wissenschaft und Technik eine Arbeitsgruppe, die 1967 die Gründung einer Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat der DDR vorbereiten sollte. Ausschlaggebend für die Gründung der Arbeitsgruppe scheint das Programm der zentralen Kybernetik-Kommission gewesen zu sein, welches ja die Gründung einer Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat durch das MWT vorsah. Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe war für den 31. Oktober 1967 angesetzt und es sollten Vertreter aus den Abteilungen ökonomische Forschung, Systemforschung, Datenverarbeitung, Nachrichtentechnik, Regelungstechnik, Fertigungstechnik, Biologie/Medizin sowie ein Mitglied des Forschungsratsbüros teilnehmen. Als Gast sollte Wüstneck zu der Sitzung geladen werden.<sup>855</sup>

Auf der Basis einer von Rainer Thiel verfassten Beratungsvorlage mit dem Titel „Konzeption für eine Kybernetik-Kommission beim Forschungsrat“ diskutierten Mitarbeiter des Ministeriums für Wissenschaft und Technik am 31. Oktober 1967 das Vorgehen zur Schaffung einer solchen Kommission beim Forschungsrat. Die Aufgabe der zu gründenden Kommission sollte darin bestehen, die kybernetische Forschung in der DDR inhaltlich zu koordinieren, die Pläne der Akademie zur Gründung eines Instituts für Kybernetik zu begutachten, der Kommission für Wissenschaftsprognose zuzuarbeiten, Empfehlungen zur Koordinierung des Hochschulunterrichts zu erarbeiten sowie die „inhaltliche Konzeption des MHF zur Ausbildung in Kybernetik“ zu beraten.<sup>856</sup> Der Entwurf wurde auf der Sitzung der Vorbereitungskommission am 31. Oktober 1967 im wesentlichen gebilligt. Beim Ministerium für Wissenschaft und Technik wurde die Arbeit der Vorbereitungsgruppe in Form einer zeitweiligen Arbeitsgruppe verstetigt. Als deren Mitglieder fungierten acht Mitarbeiter des Ministeriums, unter ihnen Rainer Thiel. Aufgabe der Arbeitsgruppe war es, Vorschläge zur Besetzung der beim Forschungsrat geplanten Kommission zu unterbreiten sowie eine

---

855 BArch DF 4/7908 (Thiel: Konzeption für eine Kybernetik-Kommission beim Forschungsrat. Entwurf vom 20.10.1967, S. 5).

856 BArch DF 4/7908 (Thiel: Konzeption für eine Kybernetik-Kommission beim Forschungsrat. Entwurf vom 20.10.1967, S. 5).

Vorlage für den Vorstand des Forschungsrats zur Gründung einer Kybernetik-Kommission zu erarbeiten.<sup>857</sup>

Die Bildung der Kommission wurde durch das MWT vorbereitet. Auf einer Dienstbesprechung beim Minister für Wissenschaft und Technik Günter Prey am 26. Juli 1968 verständigte man sich hierzu auf ein zweistufiges Verfahren: Zunächst sei eine zeitweilige Expertengruppe einzuberufen, die bis Oktober 1968 eine Bestandsaufnahme der kybernetischen Forschung in der DDR vornehmen solle. Bis zum 1. Dezember 1968 sei schließlich eine Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat zu gründen.<sup>858</sup>

Die Umsetzung der ersten Stufe zur Gründung der Expertengruppe erfolgte am 10. September 1968: Auf der Präsidiumssitzung des Forschungsrates informierte der Minister für Wissenschaft und Technik den Forschungsrat über die Gründung einer zehn Mitglieder umfassenden, interdisziplinär zusammengesetzten Expertengruppe ‚Kybernetik‘, deren Leitung der Psychologe Friedhart Klix übernahm.

Klix, geboren 1927, hatte an der Humboldt-Universität Psychologie studiert und 1956 bei dem Gestaltpsychologen Kurt Gottschaldt zum Thema „Die relative Sehgröße der Gegenstände bei Eigenbewegungen des Wahrnehmenden“ promoviert.<sup>859</sup> Zwischen 1960 und 1962 leitete Klix die Wiedereröffnung des Psychologischen Instituts der Universität Jena, um das dortige Institut aufzubauen.<sup>860</sup> 1962 habilitierte sich Klix an der Technischen Universität Dresden mit einer Schrift zu „Elementaranalysen zur Psychophysik der Raumwahrnehmung“; 1963 wurde er als Nachfolger von Gottschaldt zum Professor für Psychologie an die Humboldt-Universität berufen und übernahm die Leitung des naturwissenschaftlich-experimentell ausgerichteten Psychologischen Instituts und hatte diese bis 1984 inne.<sup>861</sup> Zu seinen wichtigsten wissenschaftlichen Leistungen zählte das Aufgreifen des Informations-Begriffs in die Psychologie, dargelegt in der 1971 erstmals veröffentlichten Monographie „Information und Verhalten“<sup>862</sup>, die später zahlreiche Neuauflagen erleben sollte.

Aufgabe der Expertengruppe war es, bis Oktober 1968 die Voraussetzungen für die „Koordinierung, die Konzentration und die Entwicklung der kybernetischen Forschung im

857 BArch DF 4/7908 (Protokoll der Beratung zur Vorbereitung einer Kybernetik-Kommission des Forschungsrates, 31.10.1967).

858 BArch DF 4/7908 (Dienstbesprechung im MWT, Vorlage 31/1968: Bildung einer Kommission für Kybernetik des Forschungsrats, 26.7.1968).

859 Busse: Interview mit Friedhart Klix, in: ders.: Psychologie im Real-Sozialismus 1996, S. 127-150, S. 127.

860 Der Grund für Klix' Wechsel von Berlin nach Jena geht laut Kitty Dumont auch auf eine durch die SED nach der III. Hochschulkonferenz initiierte Ressourcenverteilung zurück: Die Schwächung des Berliner Instituts habe sich „gegen den bürgerlichen Institutsdirektor Kurt Gottschaldt“ gewandt, der sich „politischen Einflußnahmen sowohl durch die Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED als auch den Wissenschaftlichen Beirat für Psychologie beim SHF widersetzte.“ (Dumont: Jenaer Instituts für Psychologie, in: Hoßfeld/Kaiser/Mestrup (Hg.): Hochschule im Sozialismus, Bd. 2 2007, S. 1799-1815, S. 1800.

861 Hörz: Laudatio Klix, in: Krause/Krause (Hg.): Psychologie im Kontext der Naturwissenschaft. Festschrift Klix 2004, S. 14.

862 Klix: Information und Verhalten 1971.

Bereich Naturwissenschaft und Technik zu erarbeiten.“ Auf Basis des Ergebnisses der Expertengruppe, welches auch dem Forschungsrat vorgelegt werden sollte, wollte der Minister über die Bildung einer Kommission Kybernetik beim Forschungsrat entscheiden.<sup>863</sup> Der Expertengruppe gehörten neben Klix die Professoren Karl Reinisch (Regelungstechnik), Helmut Thiele (Mathematik), Hans Drischel (Biologie), Günter Tembrock (Verhaltensforschung) und Günther Ulrich (Nachrichtentechnik) an. Als Sekretär der Kommission fungierte Rainer Thiel.<sup>864</sup>

Die Expertengruppe trat erstmals Ende August 1968 zusammen und einigte sich darauf, sich zunächst auf die Definition von „Basisproblemen“ der Kybernetik zu konzentrieren, deren Erforschung von einer zu schaffenden wissenschaftlichen Leiteinrichtung koordiniert werden sollte.<sup>865</sup> Die Expertengruppe erarbeitete auf dieser Grundlage eine „Konzeption zum Aufbau und zur Entwicklung einer schwerpunktorientierten kybernetischen Forschung in der DDR“<sup>866</sup>, die dem Vorstand des Forschungsrates auf seiner Sitzung am 1. November 1968 vorgelegt wurde.

Die Analyse der Expertengruppe hatte ergeben, dass „kybernetische Forschungen in der DDR sporadisch und zersplittert durchgeführt werden“; man bleibe hinter dem „Weltstand“ zurück. Aufgrund dessen sei es notwendig, eine „radikale Konzentration der vorhandenen Kräfte auf die wissenschaftspolitisch und von der Volkswirtschaft her bestimmten Schwerpunkte“<sup>867</sup> zu realisieren. Die Expertengruppe hatte bei der Analyse der internationalen Forschungstrends im Bereich Kybernetik sechs Kernbereiche ausgemacht: Hierzu zählte sie die Erarbeitung mathematischer Grundlagen der Kybernetik, Steuerungsfragen im Bereich der technischen Kybernetik, für die Biologie die Informationsverarbeitung im Nervensystem, für die Psychologie die Bearbeitung von Mensch-Maschine-Systemen, in der Physik die Optimierung informationsübertragender Systeme und im Bereich der Gesellschaftswissenschaften schließlich die Anwendung kybernetischer Ansätze in den Bereichen philosophische Erkenntnistheorie, Wissenschaftstheorie, Ökonomie, Gesellschaftsplanung, Pädagogik und Kriminalistik.<sup>868</sup> Dabei kam die Kommission zu dem Schluss, dass in der DDR nicht alle der genannten Bereiche forschungspraktisch umgesetzt werden könnten

---

863 SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/6.07/87 (Information über die Bildung einer Kommission Kybernetik des Forschungsrates, 10.9.1968).

864 Thiel: Kybernetik-Kommission, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität, S. 383-386, S. 384 sowie Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 176.

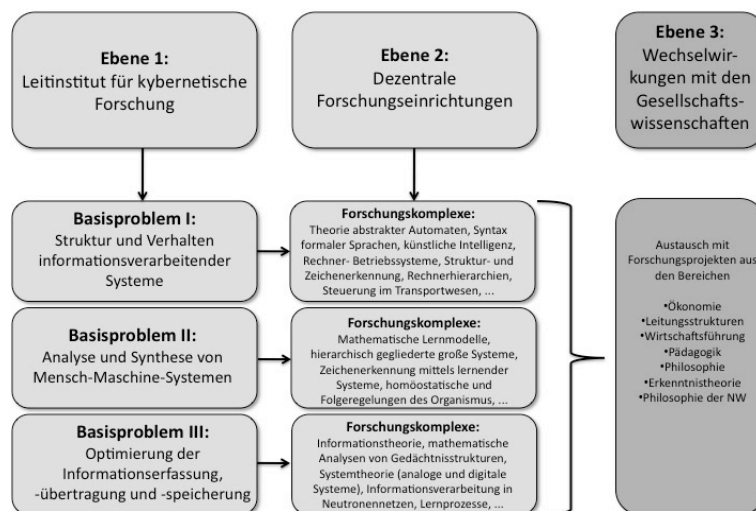
865 BArch DF 4/7908 (Protokoll der Beratung der Expertengruppe Kybernetik, 13.8.1968).

866 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.07/87 (Expertengruppe Kybernetik: Konzeption zum Aufbau und zur Entwicklung einer schwerpunktorientierten kybernetischen Forschung in der DDR. Vorlage zur 19. Sitzung des Vorstandes des Forschungsrats, 1.11.1968).

867 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.07/87 (Expertengruppe Kybernetik: Konzeption zum Aufbau und zur Entwicklung einer schwerpunktorientierten kybernetischen Forschung in der DDR. Vorlage zur 19. Sitzung des Vorstandes des Forschungsrats, 1.11.1968, S. 1).

868 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.07/87 (Expertengruppe Kybernetik: Konzeption zum Aufbau und zur Entwicklung einer schwerpunktorientierten kybernetischen Forschung in der DDR. Vorlage zur 19. Sitzung des Vorstandes des Forschungsrats, 1.11.1968, S. 1f.).

und sprach sich für eine weitere Konzentration der Forschung auf drei Ebenen aus: Auf einer übergeordneten Ebene sei ein mit der kybernetischen Forschung betrautes Leitinstitut zu schaffen, das die Gesamtkoordination der Forschung übernehmen und sich den Basisproblemen der Kybernetik widmen sollte. Dezentralisierte Forschungszentren sollten auf einer darunter angeordneten Ebene die Bearbeitung von Spezialfragen wie Datenverarbeitung, automatisierte Steuerung, Mensch-Maschine-Systemen und Informationsspeicherung übernehmen. Diese beiden Forschungsebenen wiederum sollten „Wechselbeziehungen zu anderen und speziell in gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen geplanten Forschungen“<sup>869</sup> aufbauen und vertiefen.



**Abbildung 2: Übersicht über die in der Konzeption der Expertengruppe definierten Ebenen kybernetischer Forschung**

Der Fokus der durch die Expertengruppe definierten Forschungsleitlinien lag im naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Deutlich wird dies daran, dass die dritte, gesellschaftswissenschaftliche Ebene bei der Konzeption der Basisprobleme und forschungsleitenden Themen nicht berücksichtigt wurde. Vielmehr fokussierte die Expertengruppe Forschungsvorhaben, die zu einer „wirtschaftlichen, ökonomischen und militärischen Stärkung der DDR“<sup>870</sup> beitragen konnten. Damit sprach sie sich – entgegen der zuvor benannten, internationalen Trends – dafür aus, die gesellschaftswissenschaftlichen Probleme der Kybernetik in der für die DDR geplanten Forschungskonzeption nicht zu berücksichtigen. Deutlich wird dies auch anhand der vorgeschlagenen Maßnahmen und des dafür vorgesehenen

869 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.07/87 (Expertengruppe Kybernetik: Konzeption zum Aufbau und zur Entwicklung einer schwerpunktorientierten kybernetischen Forschung in der DDR. Vorlage zur 19. Sitzung des Vorstandes des Forschungsrats, 1.11.1968, S. 3).

870 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.07/87 (Expertengruppe Kybernetik: Konzeption zum Aufbau und zur Entwicklung einer schwerpunktorientierten kybernetischen Forschung in der DDR. Vorlage zur 19. Sitzung des Vorstandes des Forschungsrats, 1.11.1968, S. 6).



Zeitplans: Die Expertengruppe sprach sich für die Bildung einer Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat aus, deren Aufgabe darin bestehen sollte, das MWT bei „der Verteilung und Bestätigung der Forschungsthemen im Rahmen der Ebene 1 und 2“ zu beraten, während die Zuständigkeiten für die Verantwortlichkeiten auf der dritten Ebene nicht benannt wurden, sondern man nur darauf verwies, dass diese mit anderen Arbeitskreisen und Gremien des Forschungsrates abzustimmen seien.<sup>871</sup> Auffällig ist weiterhin, dass die Expertengruppe sich zwar für die Gründung eines Leitinstituts für Kybernetik und die Gründung eines „problemorientierten Gremiums“ an der DAW aussprach, die bereits bestehende Sektion für Kybernetik an der DAW aber nirgendwo Erwähnung fand, obwohl sowohl Klix als auch Drischel und Thiele Mitglieder der Sektion waren. Die dritte Ebene der Wechselbeziehung mit gesellschaftswissenschaftlicher Kybernetik-Forschung wurde zwar benannt, erscheint aber eher als „notwendiges Anhängsel“, weil sie in das eigentliche Programm nicht integriert war. Im Zeitplan war für den Februar 1969 eine Plenarsitzung der DAW geplant, die sich der „Verflechtung zwischen natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Themen und Aufgabenstellungen der Kybernetik“ widmen sollte. Weitere Verantwortlichkeiten zu dieser Frage wurden nicht benannt.<sup>872</sup>

Bevor die Konzeption in der Vorstandssitzung des Forschungsrats diskutiert wurde, riefen die skizzierten Defizite, die vor allem die Integration gesellschaftswissenschaftlicher Forschung betrafen, bereits Kritik hervor. In einer Hausmitteilung von Carl-Heinz Janson, Abteilungsleiter im ZK-Abteilung ‚Sozialistische Wirtschaftsführung‘ an den Leiter der Abteilung ‚Technische Entwicklung‘ beim ZK, Hermann Pöschel, begrüßte Janson die Bemühungen, die „Zersplitterung der kybernetischen Forschung zu überwinden“, bemängelte aber, dass die Vorschläge zum Teil „noch sehr skizzenhaft und allgemein“ sowie „nicht konstruktiv genug“ seien.<sup>873</sup> Vor allem die Konzipierung der drei Ebenen erschien Janson nicht plausibel; er vertrat die Auffassung, dass es sich dabei um gleichwertige Forschungskomplexe handele, die Ebenen aber eine Rangfolge suggerieren würden. Bezogen auf die gesellschaftswissenschaftliche Forschung hielt Janson schließlich fest:

„Die Probleme der Kybernetik im ökonomischen bzw. generell im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich müssen unbedingt noch mal gesondert diskutiert werden. Hier sind gegenwärtig die meisten Probleme!“<sup>874</sup>

---

871 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.07/87 (Expertengruppe Kybernetik: Konzeption zum Aufbau und zur Entwicklung einer schwerpunktorientierten kybernetischen Forschung in der DDR. Vorlage zur 19. Sitzung des Vorstandes des Forschungsrats, 1.11.1968, S. 6f.).

872 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.07/87 (SED-Hausmitteilung von Janson an Pöschel, 29.10.1968).

873 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.07/87 (Expertengruppe Kybernetik: Konzeption zum Aufbau und zur Entwicklung einer schwerpunktorientierten kybernetischen Forschung in der DDR. Vorlage zur 19. Sitzung des Vorstandes des Forschungsrats, 1.11.1968, S. 6f.).

874 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.07/87 (Expertengruppe Kybernetik: Konzeption zum Aufbau und zur Entwicklung einer schwerpunktorientierten kybernetischen Forschung in der DDR. Vorlage zur 19. Sitzung des Vorstandes des Forschungsrats, 1.11.1968, S. 6f.).

Kritik an der Konzeption der Expertengruppe Kybernetik war aber auch aus den Reihen der Vorstandsmitglieder des Forschungsrats zu erwarten. Rainer Thiel schildert, dass seitens des Mediziners und Biochemikers Samuel Mitja Rapoport und von dem Physiker Robert Rompe mit Widerstand gegen die Konzeption zu rechnen war.<sup>875</sup> Die ablehnende Einstellung der DDR-Physiker gegen die Kybernetik hatte ja bereits bei der von der Kybernetik-Kommission der DAW verfassten Denkschrift ihren Niederschlag gefunden. Dank des Zuspruchs durch den Informatiker Nikolaus Joachim Lehmann und den Direktor des Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED, Helmut Koziolk, wurde die Konzeption durch den Forschungsrat schließlich doch gebilligt.<sup>876</sup>

Die beiden aus der Konzeption der Expertengruppe hervorgehenden Hauptforderungen, nämlich die Schaffung eines Leitinstituts sowie die Bildung einer Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat, wurden schon bald in Angriff genommen: Die konstituierende Sitzung der Kommission für Kybernetik fand am 6. Februar 1969 statt. Friedhart Klix wurde zum Leiter der Kommission berufen, weitere Anwesende auf der Gründungssitzung waren Fritz Hilbert, Stellvertreter des Ministers für Wissenschaft und Technik Günter Prey und im Ministerium zuständig für Grundlagenforschung, Max Steenbeck, Vorsitzender des Forschungsrats, Friedhart Klix, Karl Reinisch, Helmut Thiele, Klaus Dieter Wüstneck, Krey und Rainer Thiel. In der ersten Sitzung wurden die Hauptaufgaben der Kommission festgelegt. Hierzu zählten die Beratung des Ministeriums für Wissenschaft und Technik sowie des Ministerrats in Fragen der Kybernetik, die Erarbeitung von Prognosen und Expertisen für den Bereich der kybernetischen Forschung, die Behandlung von „Kaderfragen“, die Erarbeitung von Empfehlungen zur Aus- und Weiterbildung sowie die Koordination der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Kybernetik.<sup>877</sup> Die Verantwortlichkeit für das Erstellen und die Auswertung der Prognosen oblag dem Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse (s.u.).<sup>878</sup> Zu den Expertisen zählten thematisch Untersuchungen zur Theorie der Problemlösungsprozesse und der Heuristik geistiger Leistungen, zur Informationstheorie, zur kybernetischen Modellbildung oder zur Theorie großer, hierarchisch gegliederter Systeme.<sup>879</sup> Die Kommission für Kybernetik sah ihre Arbeit darin bestätigt, dass aus zahlreichen Beschlüssen von Politbüro, dem Plenum des ZK der SED, dem Staatsrat und dem Vorstand des Forschungsrates hervorgehe, dass „der Weiterent-

---

875 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 177.

876 Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 177.

877 BArch DF 4/7908 (Protokoll der konstituierenden Beratung der Kommission Kybernetik des Forschungsrates, 6.2.1969), siehe auch: Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Entwurf: Konzeption der Kommission Kybernetik des Forschungsrates der DDR, 9.7.1969).

878 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Kommission Kybernetik des Forschungsrates: Zur Prognosekonzeption der Kommission Kybernetik, 16.1.1970).

879 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Kommission Kybernetik des Forschungsrates: Vorschläge über ziel- und themengebundene Expertisen zu Teilprognosen der Kybernetik-Forschung, 8.1.1970).

wicklung der Kybernetikforschung große Bedeutung zukommt.“<sup>880</sup> Doch die personellen Kapazitäten schienen erschöpft, weswegen Klix gegenüber dem Minister die Gründung von vier kleineren Expertengruppen unter Hinzuziehung weiterer Spezialisten zu den Themenkomplexen Allgemeine Informationstheorie und Biokommunikation, Problemlösungsprozesse und Heuristik, automatisierte Situationserkennung sowie Mensch-Maschine-Systeme anregte.<sup>881</sup>

In der Zeit ihres Bestehens wies die Kommission für Kybernetik zahlreiche wechselnde Mitglieder auf. Hierzu zählten sowohl neben dem Vorsitzenden Psychologen Klix Mathematiker, Mediziner, Biologen, Ingenieure, Vertreter aus der Praxis sowie Vertreter des an der Akademie geschaffenen Leitinstituts für Kybernetik, dem Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse.<sup>882</sup> Personell ist ein allmählicher Wechsel unter den Mitarbeitern festzustellen: Die Rolle der Philosophen und Ökonomen nahm ständig an Bedeutung ab, während Naturwissenschaftler, Ingenieure und auch Praktiker immer wichtiger für die Arbeit der Kommission wurden. Klaus Dieter Wüstneck beispielsweise hatte Klix im Februar 1970 darum gebeten, seine Arbeit in der Kommission zeitweise zurückzustellen, weil im Januar auf einer zentralen Beratung festgelegt worden sei, dass

„eine Gruppe von Philosophen und Gesellschaftswissenschaftlern kurzfristig das Manuskript zu einem Standardwerk auf dem Gebiet der Philosophie, einschließlich der Probleme der Wissenschaft, Wissenschaftsorganisation und Gesellschaftsprognose, auszuarbeiten hat.“<sup>883</sup>

Die Arbeit an diesem Buch, die federführend in der Hand Günter Kröbers lag, erfolgte „auf der Grundlage eines Beschlusses der Parteiführung der SED“<sup>884</sup> und müsse vorrangig behandelt werden, so Wüstneck. Was sich in diesem Brief andeutet, ist die Ausdifferenzierung zwischen den Wissenschaftlern, die sich mit Kybernetik befassten. Während die Philosophen und Ökonomen das systemische Denken vermehrt unter dem Stichwort „Wissenschaftsorganisation“ oder „Wissenschaftswissenschaft“ zu verhandeln begannen, erfolgte auf institutioneller Ebene der Kybernetikkommissionen eine immer stärkere Orientierung hin zu der Anwendung von Kybernetik.

Diese Entwicklung scheint den durch die Kommission identifizierten internationalen Trends zu entsprechen: Im September 1970 legte die Kommission Kybernetik des Forschungsrates „Erste Ergebnisse der Prognosearbeit“<sup>885</sup> vor. Kern dieser Prognose waren

---

880 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Brief von Klix an Minister Prey, 30.3.1970).

881 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Brief von Klix an Minister Prey, 30.3.1970).

882 BArch DF 4/7908 (Mitgliederliste der Kommission für Kybernetik, Stand Januar 1971).

883 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Brief von Wüstneck an Klix, 5.2.1970).

884 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Brief von Wüstneck an Klix, 5.2.1970).

885 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Kommission für Kybernetik des Forschungsrates: Erste Ergebnisse der Prognosearbeit und zur weiteren konzeptionellen Führung der Kybernetik-Forschung in der DDR, 21.10.1970).

„Aspekte zum Weltstandsvergleich“ und den daraus zu ziehenden Konsequenzen für die Kybernetik-Forschung in der DDR. Dort hieß es:

„In den letzten zwei Jahren [...] haben im Weltmaßstab starke Intensivierungen, lokale Konzentrationen und thematische Schwerpunktverschiebungen in der Kybernetik-Forschung stattgefunden.“<sup>886</sup>

Hieraus leitete die Kommission sechs Hauptforschungsströmungen der internationalen Kybernetikforschung ab. Dazu zählten die Analyse komplexer Zeichen-, Muster- und Situationserkennungsprozesse, die Optimierung informationsverarbeitender Prozesse, Forschung zu den Strukturen großer Systeme, die Analyse, Synthese und Simulation von Problemlösungsprozessen, die Gestaltung von Mensch-Maschine-Systemen sowie die Analyse und Synthese von Lernstrukturen.<sup>887</sup>

Im November 1973 bat der Vorsitzende Klix den Ministerstellvertreter Hilbert schließlich um die Neuberufung von Mitarbeitern des Zentralinstituts für Kybernetik und Informationsprozesse in die Kommission, während Wüstneck aus der Kommission ausscheiden sollte, weil sein „Arbeitsgebiet [...] sich wesentlich geändert“ hat. Wüstneck bearbeite „ausschließlich philosophische Fragen“ und nach einer gemeinsamen Aussprache zwischen Klix und Wüstneck seien beide deswegen überein gekommen, dass „er seine Arbeit in der Kommission einstellen sollte.“<sup>888</sup> Doch auch ansonsten scheint die Kommissionsarbeit nicht reibungslos verlaufen zu sein: In einem Schreiben von Klix an Hilbert von August 1973 etwa hatte sich Klix bereits über die mangelnde Mitarbeit einiger Kommissionsmitglieder beschwert.<sup>889</sup> Im März 1975 war es schließlich sogar zu einem Gespräch zwischen Klix und Hilbert gekommen, weil Klix seine Tätigkeit als Leiter der Kommission niederlegen wollte. Grund hierfür war, dass er annahm, dass die

„Arbeitsergebnisse der Kommission Kybernetik im MWT keine genügende Beachtung fänden und die Rolle der Kommission als Beratungsgremium des MWT stark zurückgegangen sei.“<sup>890</sup>

Konsequenz dessen war eine geplante Um- bzw. Neubildung von Beratungsgremien im Ministerium für Wissenschaft und Technik: Die Kommission für Kybernetik sollte in einen zentralen Arbeitskreis „Einsatz und Leistungsentwicklung kybernetischer Verfahren und Geräte in der Volkswirtschaft“ umgebildet werden, der zukünftig die Arbeitsgruppen Mathematik und Transport-/Nachrichtenwesen unterstützen sollte. Die Verantwortung für diesen Arbeitskreis sollte nicht mehr bei dem für Grundlagenforschung zuständigen Ministerstellvertreter Hilbert liegen, sondern in den Verantwortungsbereich des für Elektrotech-

886 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Kommission für Kybernetik des Forschungsrates: Erste Ergebnisse der Prognosearbeit und zur weiteren konzeptionellen Führung der Kybernetik-Forschung in der DDR, 21.10.1970, S. 4).

887 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Kommission für Kybernetik des Forschungsrates: Erste Ergebnisse der Prognosearbeit und zur weiteren konzeptionellen Führung der Kybernetik-Forschung in der DDR, 21.10.1970, S. 7).

888 BArch DF 4/7908 (Brief von Klix an Hilbert, 28.11.1973).

889 BArch DF 4/7908 (Brief von Klix an Hilbert, 3.8.1973).

890 BArch DF 4/7908 (Gesprächsnotiz eines Gesprächs zwischen Klix und Hilbert, 7.3.1975).

nik und Elektronik zuständigen Ministerstellvertreters Weihrauch übergehen.<sup>891</sup> Die Arbeit der Kommission für Kybernetik wurde am 25. November 1975 eingestellt<sup>892</sup> und in einen Zentralen Arbeitskreis Kybernetik überführt, der unter dem Vorsitz von Hubert Sydow, tätig am Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse, am 24. März 1976 konstituiert wurde. Dieser Arbeitskreis arbeitete nach einer Festlegung des Ministeriums schließlich als Expertengruppe „Anwendung der Kybernetik“ bis mindestens 1977 weiter.<sup>893</sup>

Die oben skizzierten sechs Forschungsgebiete, so die Schlussfolgerung der Kommission, sollten in den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren in der DDR intensiviert und ausgebaut werden. Die thematische Verlagerung, die in der kybernetischen Forschung der DDR stattgefunden hatte, wurde damit auch institutionell in Form der (vorläufigen) Prognose festgelegt: In der Prognose manifestiert sich der Wandel der Kybernetik-Forschung in der DDR von einer in den frühen 1960er Jahren maßgeblich durch philosophische und gesellschaftswissenschaftliche Erwägungen getragenen ‚Universaldisziplin‘ hin zu einer auf technische und naturwissenschaftliche Anwendung orientierten Querschnittswissenschaft. Damit glich sich die Entwicklung der Kybernetik in der DDR internationalen Trends an, indem sie auch andernorts behandelte Forschungstendenzen aufgriff, doch der Kontext der Kybernetik-Rezeption in der DDR veränderte sich damit maßgeblich.

Nicht nur die vorläufige Prognose, sondern auch die seitens der Kommission erstellten Gesamt- und Teilprognosen,<sup>894</sup> die durch sie entwickelten Lehrprogramme<sup>895</sup> sowie die angestrebte Mitarbeit im International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA)<sup>896</sup> in Laxenburg in Österreich zeugen von dem Wandel, der sich mit der Institutionalisierung der Kybernetik in der DDR seit den beginnenden 1970er Jahren vollzog: Die Arbeit der Kommission orientierte sich zunehmend an internationalen Trends und man widmete sich verstärkt der Frage nach dem Einsatz kybernetischer Verfahren und Geräte in der Industrie. Diese Entwicklung zeugt davon, dass sich die Arbeit der Kommission immer mehr von der Grundlagenforschung hin zur technischen Anwendungsforschung bewegte. Die Bearbeitung philosophischer und ökonomischer Fragen der Kybernetik spielte in der Forschungs-

---

891 BArch DF 4/7908 (Beschluss zur Um-/Neubildung von Beratungsgremien für den Stellvertreterbereich 6 des MWT, undatiert).

892 BArch DF 4/7908 (Schreiben von Weiz an die Kommissionsmitglieder vom 25.11.1975)

893 Archiv der BBAW Adlh. C 2249/1 (Protokoll der konstituierenden Sitzung des ZAK Kybernetik, 24.3.1976; Einladung zur Expertengruppe „Anwendung der Kybernetik“, 29.4.1977).

894 Vgl. beispielsweise Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Prognose der Kybernetik unter besonderer Berücksichtigung von Schwerpunkten der Kybernetikforschung in der DDR von 1971-1980, 18.5.1971).

895 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Kommission für Kybernetik des Forschungsrates: Stellungnahme zum Entwurf des Rahmenlehrprogramms „Allgemeine und theoretische Grundlagen der Kybernetik“, 13.10.1970).

896 Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Notwendigkeit und Aufgabenstellung einer Ständigen Arbeitsgruppe für IIASA an der AdW der DDR, undatiert). Die internationale Zusammenarbeit am IIASA wurde so auch ab 1972 durch das Nationale Komitee für angewandte Systemanalyse beim Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR (ab 1976 Wissenschaftliches Büro für angewandte Systemanalyse) institutionalisiert und verstetigt, vgl. dazu Archiv der BBAW VA 9510, VA 9511 und VA 9512 sowie Archiv der BBAW A 99, A 108, A 109, A 111, A 118, A 119, A 122, A 179 und A 210. Die Beteiligung von DDR-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern wurde bis 1989 aufrecht erhalten.

ratskommission nicht nur von Anfang an eine untergeordnete Rolle, sondern verlor sich im Verlauf der Kommissionsarbeit sogar gänzlich. Die Geschichte der Kommission für Kybernetik zeigt deutlich, dass philosophische und ökonomische Fragen des systemischen Denkens seit den ausgehenden 1960er Jahren andernorts verhandelt wurden, nämlich im Kontext der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft sowie bei Fragen der Wissenschaftsorganisation. Die Tatsache, dass Klaus Dieter Wüstneck, Leiter des ersten, im politischen Bereich angesiedelten kybernetischen Beratungsgremiums, fortan am im Juni 1970 an der Akademie der Wissenschaften gegründeten Institut für Wissenschaftstheorie und -wissenschaftsorganisation tätig war, unterstreicht diese Beobachtung.

### 5.2.3 Die Gründung eines Leitinstituts für kybernetische Forschung

1968 wurden erste Konzepte eines zu schaffenden Leitinstituts für Kybernetik getätigt. Mit der Ausarbeitung einer Konzeption des Instituts wurde Horst Völz beauftragt, an der Ausarbeitung beteiligt waren unter anderem Heinrich Kindler, Friedhart Klix, Kurt Schröder, Helmut Thiele und Rainer Thiel.<sup>897</sup> 1969 kam es schließlich zur Gründung des durch die Expertenkommission geforderten Leitinstituts für kybernetische Forschung unter dem Gründungsdirektor Horst Völz. Das „Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse“ (ZKI), angesiedelt an der Akademie der Wissenschaften, hatte dabei inhaltlich keine Verbindungen zur bereits bestehenden Sektion für Kybernetik an der Akademie, wenngleich einige der Sektionsmitglieder an der Ausarbeitung der Konzeption beteiligt waren. Die Konzeption des Instituts legt vielmehr nahe, dass man sich am ZKI vor allem auf Automatisierungsprozesse, Datenverarbeitung und Informationstheorie fokussieren wollte. Das ZKI wurde gebildet aus dem Institut für Regelungs- und Steuerungstechnik der Technischen Universität Dresden, der Arbeitsgruppe Magnetische Signalspeicher der Akademie der Wissenschaften, dem Labor für Informationstheorie sowie der Abteilung Mathematische Kybernetik.<sup>898</sup>

Bereits die Ausrichtung der im ZKI vereinigten Institute zeigt, dass sich mit der Gründung des Instituts ein Wandel vollzog, der sich in der Arbeit der Forschungsratskommission für Kybernetik bereits angedeutet hatte: Fragen der Anwendungsforschung rückten immer stärker in den Mittelpunkt der Arbeit, während die Grundlagenforschung – vor allem im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich – keine Rolle mehr spielte. Vielmehr hatte das ZKI die Aufgabe,

---

897 Archiv der BBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen 6176 (Entwurf: Konzeption des Zentralinstituts für Kybernetik und Informationsprozesse, 30.12.1968).

898 Archiv der BBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen 6176 (Konzeption des Zentralinstituts für Kybernetik und Informationsprozesse, 29.1.1969).

„Vorlaufforschung von hohem volkswirtschaftlichem Nutzen zur Automatisierung materieller und formalisierbarer geistiger Prozesse zu schaffen und für deren effektive Nutzung Sorge zu tragen.“<sup>899</sup>

Es sollte sich dem Erzielen von „Pionier- und Spitzenleistungen“ in unterschiedlichen Bereichen der Volkswirtschaft widmen. Dies spiegelt sich auch anhand der am ZKI beschäftigten Personen wider: In erster Linie waren dort Naturwissenschaftler und Ingenieure beschäftigt. Verbindungen in die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften bestanden kaum. So bemerkt Horst Völz etwa, dass die Arbeiten von Georg Klaus für seine „Liebe zur Kybernetik [...] ganz wesentlich“<sup>900</sup> waren, er Klaus aber persönlich nur einmal begegnet sei. Die Veränderung in der Ausrichtung lässt sich auch anhand der Kooperationen, die das ZKI einging, ablesen: Eine Vorlage zur einer Präsidiumssitzung der Akademie diente dazu, die Konzeptionen der Arbeitsrichtungen Mathematik und Mechanik, Kybernetik und des Zentrums für Informationsverarbeitung aufeinander abzustimmen. Hierbei ging es darum, die Potentiale der genannten Arbeitsrichtungen zu bündeln. Von der Einbeziehung gesellschaftswissenschaftlicher Forschung war zu diesem Zeitpunkt keine Rede mehr.<sup>901</sup>

Das ZKI zeichnete für die von der Forschungsratskommission geforderte Hauptforschungsrichtung Kybernetik verantwortlich. Als Aufgaben und Ziele der Hauptforschungsrichtung wurden drei Bereiche definiert: Erstens zählte man die Grundlagen der Kybernetik (die 70 Prozent der Forschungskapazität ausmachen sollte) hierzu, zweitens ging es um technische Kybernetik und drittens schließlich wollte man sich mit „Wissenschaftsorganisation und Ökonomie“ befassen. Doch dass auch in diesem Bereich Fragen der Anwendung im Vordergrund standen, geht aus den Präzisierungen zu diesem Forschungsbereich hervor: Es sollte um die Wissenschaftsorganisation im Patentwesen, der Informatik und in Bibliotheken gehen, außerdem standen Fragen der Materialökonomie und Buchhaltung auf dem Programm, die mit Hilfe kybernetischer Methoden besser organisiert werden sollten. Der Hintergrund des Arbeitsbereiches „Wissenschaftsorganisation und Ökonomie“ war somit vor allem die Entwicklung und Einführung rechnerbasierter Verwaltungsverfahren in Form von Hard- und Software.<sup>902</sup> Mit der Erarbeitung von Grundlagen der Kybernetik (Bereich eins) sollte die Voraussetzung geschaffen werden, um in den Bereichen zwei

---

899 Archiv der BBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen VA 6177 (Zentrales Wettbewerbsprogramm 1971 des ZI für Kybernetik und Informationsprozesse, 30.3.1971).

900 Völz: Ist Kybernetik nur noch Nostalgie?, in: Fuchs-Kittowski/Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität 2004, S. 73-81, S. 73.

901 Archiv der BBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen VA 6177 (Vorlage zur Beratung in der Präsidiumssitzung am 12.5.1971).

902 Archiv der BBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen VA 6177 (Aufgaben und Ziele der Arbeitsrichtung Kybernetik der DAW, 19.4.1971).

und drei „ausreichend wissenschaftliche Höchstleistungen bzw. Pionier- und Spitzenleistungen [...] in die Nutzung“ zu überführen.<sup>903</sup>

#### 5.2.4 Zwischenfazit

Das Zusammenspiel der Etablierung des systemischen Denkkollektivs und der Institutionalisierung der unterschiedlichen Kommissionen, die sich mit Kybernetik befassen sollten, macht deutlich, dass die wissenschaftliche Politikberatung in den 1960er Jahren ein wichtiges Instrument war, die Entstehung neuer Wissenschaftszweige zu fördern und sie für die Staats- und Parteipolitik nutzbar machen zu wollen. Vor allem in den frühen 1960er Jahren, als die Kybernetik nicht nur anwendungsbezogen diskutiert wurde, sondern noch als Mittel galt, die (politische) Organisation und Leitung der Gesellschaft optimieren zu können, war der Staats- und Parteiführung daran gelegen, mit Hilfe der an der Akademie etablierten Kommission für Kybernetik eine Entscheidungsgrundlage für wissenschaftspolitische und -organisatorische Weichenstellungen zu entwickeln. Aus diesem Grund schien zu diesem frühen Zeitpunkt aus Sicht der Partei die Verbindung von Kybernetik mit dem Marxismus-Leninismus, wie sie vor allem in den Schriften von Georg Klaus zum Ausdruck kam, noch konstitutiv: Die Etablierung der Kybernetik – vor allem im Bereich der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung – erforderte einen wissenschaftlichen Denkstil, der die Kybernetik als vereinbar mit dem Marxismus-Leninismus darstellte. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass die ersten Bestrebungen zur Institutionalisierung der Kybernetik an den wichtigsten Promoter der Kybernetik, Georg Klaus, übertragen worden waren und er als wissenschaftlicher Experte im Strategischen Arbeitskreis, in dem die grundlegenden Richtungsentscheidungen der SED vor dem VII. Parteitag diskutiert wurden, hinzugezogen wurde. Die von ihm vertretene Denkrichtung konnte dem (auch gesellschaftswissenschaftlichen) Beratungsbedarf der Politik bezüglich der Kybernetik gerecht werden, weil die gesellschafts- und vor allem wirtschaftswissenschaftliche Bedeutung der Kybernetik einen zentralen Stellenwert in seiner Denkweise einnahmen. Der Einfluss auf wissenschaftspolitische Entscheidungen durch die Kommission und ihre Denkschrift manifestiert sich darin, dass es auf Anraten der Kommission und gegen den Widerstand namhafter Physiker zur Gründung der Sektion für Kybernetik an der Akademie kam.

Auch die an den unterschiedlichen Ministerien gegründeten Kommissionen stützen diese Einschätzung: Die Arbeitsgruppe am Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, die eine Strategie zur Institutionalisierung der Kybernetik in verschiedenen Wissenschaftsbereichen entwickeln sollte, zeugt davon, dass es der Partei- und Staatsführung auch darum

---

903 Archiv der BBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen VA 6177 (Aufgaben und Ziele der Arbeitsrichtung Kybernetik der DAW, 19.4.1971).



ging, den neuen Wissenschaftszweig in Forschung und Lehre zu etablieren. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang vor allem die Vorschläge, Institute für ökonomische Kybernetik zu gründen und somit die gesellschaftswissenschaftliche Kybernetik-Forschung zu fördern und auszubauen. Dies dokumentiert auch der Plan, Studierende der Volkswirtschaft sowie ‚Führungskader‘ in diesem Bereich ausbilden zu wollen. Umgesetzt wurde jedoch lediglich die Gründung eines zentralen Instituts zur Koordination der technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Forschungsorganisation in Form des Zentralinstituts für Kybernetik und Informationsprozesse. Ob dessen Gründung der Kommission beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen zuzurechnen ist oder auf die Initiative der Forschungsratskommission zurückgeht, muss allerdings offen bleiben.

Im Gegensatz zu den Kommissionen an der Akademie und dem Ministerium für Fach- und Hochschulwesen, die sich gleichermaßen mit der Bedeutung der Kybernetik in den Natur- wie auch den Gesellschaftswissenschaften befassten, zeugt die Expertengruppe beim Ministerium für Wissenschaft und Technik und die später gegründete Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat von einer deutlichen Schwerpunktverschiebung: Hier standen vor allem die Natur- und Technikwissenschaften im Vordergrund, während die Gesellschaftswissenschaften erst eine untergeordnete und schließlich gar keine Rolle mehr spielten. Die Art und Weise der Beratung zeugt dabei von einem Denkstilwandel: Die Rolle der Kybernetik als fachverbindende Universalwissenschaft nahm stetig ab und spätestens an der Forschungsratskommission lässt sich ablesen, dass seit den späten 1960er Jahren vor allem Anwendungsprobleme in den Fokus der Auseinandersetzung und Beratung rückten. Hierin liegt vermutlich auch der Grund, dass die Kommission (beziehungsweise die aus ihr hervorgehenden Expertengruppen) bis weit in die 1970er Jahre und damit über den Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker hinaus tätig waren beziehungsweise tätig sein konnten.

An der Geschichte der Kommissionen lässt sich ablesen, dass sich im Verlauf der 1960er Jahre ein Wandel in der Bewertung der Kybernetik vollzog. Die Gründe, sie seitens der Politik zu etablieren, zu institutionalisieren und bis zu einem gewissen Grad auch zu popularisieren, sind vor allem darin zu sehen, dass man mit Hilfe der Kybernetik in der Lage zu sein schien, der Produktivkraft Wissenschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution – den wichtigsten Paradigmen der SED-Politik in den 1960er Jahren – einen Inhalt zu geben. Die Kybernetik war modern und diente der Modernisierung: Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung und später das Ökonomische System des Sozialismus erinnerten nicht nur begrifflich an die Kybernetik, sondern es *war* kybernetisch. Dies legt zumindest das Papier der Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik des Strategischen Arbeitskreises von Januar 1967 nahe, das überschrieben war mit „Grundlinie zur Entwicklung des

kybernetischen Gesamtsystems der Planung und Leitung“.<sup>904</sup> Tenor des Papiers war, dass der gesellschaftliche Übergang zum Sozialismus in der DDR die Voraussetzungen für die „uneingeschränkte Nutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ geschaffen habe. Die „strategische Hauptaufgabe“ der Wirtschaftspolitik bestehe nun darin, die anderen, kapitalistischen Länder zu „überholen“.<sup>905</sup> In dem Papier wurden die hierzu notwendigen gesellschaftlichen Grundfragen definiert, die Merkmale des Wirtschaftssystems skizziert und eine Grundlinie des Planungssystems entworfen. Auch, wenn der in der Überschrift verwendete Begriff des „kybernetischen Gesamtsystems“ in dem Papier allenfalls darin zur Geltung kam, dass die Rede von Systemen und Teilsystemen war und man sich für die Entwicklung entsprechender Methoden der Planung und Leitung aussprach, zeugt die Begriffsverwendung seitens des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik beim Strategischen Arbeitskreis, also einem Beratungsgremium, das Ulbricht direkt unterstellt war, doch von der großen Akzeptanz, die das systemische Denken in politischen Kreisen als Element der Modernisierung erlangt hatte. Zudem wurde in dem Papier ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Produktivkraft Wissenschaft und der noch mangelnden strukturellen und ideellen Ausrichtung der DDR auf diese Entwicklungen hergestellt.<sup>906</sup>

Jenseits der skizzierten Formen der Institutionalisierung der Kybernetik ist deswegen zu fragen, was genau den Denkstil des systemischen Denkens in der DDR prägte, wie dieser sich entwickelte und wie er eine derartige Bedeutung für die Modernisierung der Staatsideologie erlangen konnte.

### 5.3 Systemtheorie und Kybernetik als Denkstil

Während in den Kapiteln 5.1 und 5.2 vor allem das Denkkollektiv des systemischen Denkens in der DDR im Vordergrund stand und ich die Rolle der Kooperation und informellen Kommunikation der beteiligten Wissenschaftler herausgearbeitet habe, wird im Folgenden der Schwerpunkt auf der Herausbildung des Denkstils und damit auf der formellen Kommunikation in Zeitschriften sowie der Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung liegen. Wie und mit welchen Argumenten gelang es dem Denkkollektiv, den systemischen Denkstil zu etablieren? Auf welche Weise schlug sich der Denkstil in der formellen Kommunikation nieder? Wie wurde der systemische Denkstil seitens der Politik aufgegriffen und in die Wissenschaftspolitik integriert?

---

904 BArch DY 30/3318 (Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik des Strategischen Arbeitskreises: Grundlinie zur Entwicklung des kybernetischen Gesamtsystems der Planung und Leitung, 5.1.1967, S. 101-120).

905 BArch DY 30/3318 (Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik des Strategischen Arbeitskreises: Grundlinie zur Entwicklung des kybernetischen Gesamtsystems der Planung und Leitung, 5.1.1967, S. 101-120, S. 101).

906 BArch DY 30/3318 (Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik des Strategischen Arbeitskreises: Grundlinie zur Entwicklung des kybernetischen Gesamtsystems der Planung und Leitung, 5.1.1967, S. 101-120, S. 103-106).

### 5.3.1 Systemisches Denken in fachwissenschaftlichen Debatten: Eine Analyse der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*

Das wichtigste Medium der philosophischen Community in der DDR war die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, die einzige Fachzeitschrift für Philosophie in der DDR. Sie ist erstmals im Jahr 1953 im Berliner Akademie-Verlag erschienen und wurde zunächst von Arthur Baumgarten (Rechtsphilosoph), Wolfgang Harich (Literaturwissenschaftler), Ernst Bloch (Philosoph) und Karl Schröter (Mathematiker) herausgegeben, Redaktionssekretär war Klaus Schrickel. Sie erschien zunächst alle zwei Monate, ab 1960 schließlich monatlich. Die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh)* verstand sich als das „Organ der philosophischen Forschung, Lehre und Diskussion in der Deutschen Demokratischen Republik“<sup>907</sup>, dass im Dienst des werktätigen Volkes stehe; die Zeitschrift sollte – nach einem Diktum von Friedrich Engels – durch „rücksichtslose Wissenschaftlichkeit“ der „Entfaltung eines echten wissenschaftlichen Meinungskampfes auf allen Gebieten der Philosophie“<sup>908</sup> dienen.

Die zunehmende Dogmatisierung der DDR-Philosophie seit Mitte der 1950er Jahre und insbesondere die im November 1956 erfolgte Verhaftung Wolfgang Harichs, damals Chefredakteur der *DZfPh*<sup>909</sup>, führten auch zu Umstrukturierungen der Redaktion der Zeitschrift, indem diese fortan durch ein „parteiangeleitete[s] kollektive[s] Redaktionskollegium“ ersetzt wurde.<sup>910</sup> Dies bedeutete, dass neben Hochschulangehörigen der Kultusminister, Vertreter der Parteihochschule Karl Marx und Mitglieder des Instituts für Marxismus-Leninismus in der Redaktion saßen. Die Aufnahme neuer Mitglieder in das Kollegium bedurfte der Abstimmung mit der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED.<sup>911</sup> Ziel dieser Umstrukturierungen war es, die von Harich angestrebte „Neutralität der Zeitschrift“ zu verhindern und „den ursprünglichen und eigentlichen gesellschaftlichen Auftrag der Deutschen Zeitschrift für Philosophie ernst zu nehmen und konsequent durchzuführen.“<sup>912</sup> Hierunter war die „bewusste[...] Parteinahme für alles Zukunftsvolle und Neue“<sup>913</sup>

---

907 Redaktion der Deutschen Zeitschrift für Philosophie: Vorwort, in: *DZfPh* 1 (1953), Heft 1, S. 3-5, 3.

908 Redaktion der Deutschen Zeitschrift für Philosophie: Vorwort, in: *DZfPh* 1 (1953), Heft 1, S. 3-5, S. 4.

909 Wolfgang Harich war Mitglied einer Gruppe von Intellektuellen, die nach dem XX. Parteitag Reformen gefordert hatte. Unter dem Eindruck des Ungarn-Aufstandes wurden die Mitglieder der Gruppe verhaftet und Harich wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Zur durchaus ambivalenten Rolle Harichs vgl. Florath: Rückantworten, in: *Utopie kreativ* 48 (1994), S. 58-73.

910 Rauh: Einleitung, in: ders./Ruben (Hg.): *Denkversuche 2005*, S. 7-17, S. 8. Mischka Dammaschke, erster Chefredakteur der *DZfPh* nach der Wende, bezeichnet die Redaktion der Zeitschrift in der DDR-Zeit als „Zensurgremium“ (Dammaschke: *Übergreifender Diskurs*, in: *Hochschule Ost* 3/4 (1997), S. 21-27, S. 27).

911 Maffei: *Zwischen Wissenschaft und Politik 2007*, S. 89.

912 Redaktion der *DZfPh*: Über die neue Aufgabenstellung der Deutschen Zeitschrift für Philosophie, in: *DZfPh* 5 (1957), S. 5.

913 Redaktion der *DZfPh*: Vorwort, in: *DZfPh* 1 (1953), S. 3-4.

zu verstehen, wie sie 1953 in der ersten Ausgabe der Zeitschrift durch die Redaktion angekündigt worden war.

Die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* wurde auch über die westlichen Grenzen der DDR hinaus wahrgenommen. Ihr Stellenwert ist etwa dokumentiert durch die Tatsache, dass 1977 in der Bundesrepublik im Rahmen der „Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ eine Abhandlung erschien, die sich alleine der Zeitschrift widmete und zu dem Schluss kam, dass sie zwar weitestgehend die Meinungen der SED vertrete, aber die „Abhängigkeit von der ‚Generallinie‘ nicht so total“<sup>914</sup> sei, dass nicht auch Raum für die Aufnahme aktueller Debatten bliebe.

### 5.3.1.1 Systemisches Denken in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*: Veröffentlichungszahlen

In der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* sind in der Zeit von ihrer Gründung im Jahr 1953 bis zum Mauerfall 1989 479 Artikel erschienen, die entweder direkt dem systemischen Denken zuzurechnen sind oder sich auf andere Art und Weise mit der Bedeutung von Wissenschaft für die sozialistische Gesellschaft befassen. Die hohe Anzahl dieser Artikel erklärt sich daraus, dass hier sowohl solche Publikationen enthalten sind, die Kybernetik oder Systemtheorie nur beispielhaft als neue wissenschaftliche Disziplinen erwähnen als auch Rezensionen von Büchern über Kybernetik oder Systemtheorie, die jedoch für die Denkstilentwicklung nur von untergeordneter Bedeutung sind, weil davon auszugehen ist, dass Rezensionen nicht zur Entstehung wissenschaftlicher Tatsachen beitragen. Neun dieser Artikel wurden vor 1960 veröffentlicht, 238 erschienen von 1960 bis 1969, 145 von 1970 bis 1979 und 87 von 1980 bis 1989. Angesichts dieser Zahlen ist bereits ersichtlich, dass der Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit dem systemischen Denken in den 1960er Jahren zu suchen ist. Doch auch danach brach die Beschäftigung mit diesem Themenbereich nicht ab, sondern wurde bis zum Ende der DDR aufrecht erhalten.

Betrachtet man allein die Veröffentlichungen, die einen unmittelbaren Bezug zu Kybernetik oder Systemtheorie aufweisen, gestaltet sich die Verteilung wie folgt:

---

914 Sternkopf: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*. Schwerpunkte und Tendenzen 1977, S. 1.

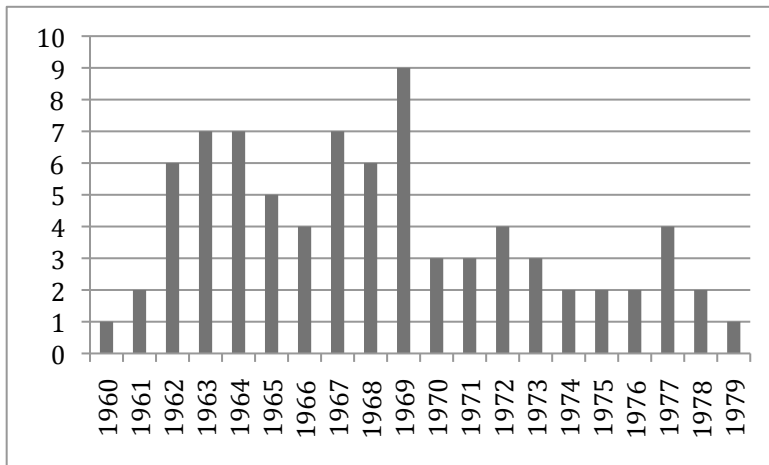


Abbildung 3: Artikel zum systemischen Denken in der *DZfPh*, 1960-1979

Angesichts des gewählten Untersuchungszeitraums der vorliegenden Studie wurden nur die Artikel, die bis 1979 erschienen sind, in der Graphik aufgeführt. Gleichwohl lässt sich daran ablesen, dass zwar der Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit dem systemischen Denken in den 1960er Jahren lag, doch auch darüber hinaus noch Artikel erschienen, die Kybernetik oder Systemtheorie zum Gegenstand hatten. Dies widerspricht der in der Literatur vertretenen These<sup>915</sup>, die Kybernetik habe mit dem VIII. Parteitag der SED 1972 ihre Relevanz verloren und legt die Vermutung nahe, dass das systemische Denken gleichwohl noch Gegenstand der fachwissenschaftlichen Debatte war und ihr Bedeutungsverlust gar kein wissenschaftliches, sondern vielmehr ein öffentliches bzw. politisches Phänomen war. In den Fleckschen Kategorien gesprochen würde dies bedeuten, dass es vor allem die exoterischen Denkkollektive waren, die sich von der Kybernetik abwandten, nicht aber die Wissenschaftler selbst.

Besonders interessant gestalten sich die Verteilungen von Artikeln zu den Themen Kybernetik und Systemtheorie: Während die Kybernetik, wie angesichts der Sekundärliteratur nicht anders zu erwarten, in den 1960er Jahren ihren Höhepunkt erfuhr, allerdings bereits seit Mitte der 1960er Jahre stark abfiel (auf zwei bis drei Artikel pro Jahr), hatte die Rezeption der Systemtheorie zwar keine vergleichbaren Höhepunkte, verlief aber dafür sehr konstant und überholte die Kybernetik seit Mitte der 1970er Jahre in der Anzahl der Artikel.

915 Dittmann: Kybernetik in der DDR, in: ders./Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 13-42; Segal: Kybernetik in der DDR, in: Dresdner Beiträge zur Geschichte der Technik und Technikwissenschaft 27 (2001), S. 47-75, auch online unter: <http://jerome-segal.de/Publis/Kyb-DDR.htm>, letzter Abruf 26.6.11; Segal: Dialektische Beziehung, in: Pias (Hg.): Cybernetics Bd. 2 2004, S. 227-251.

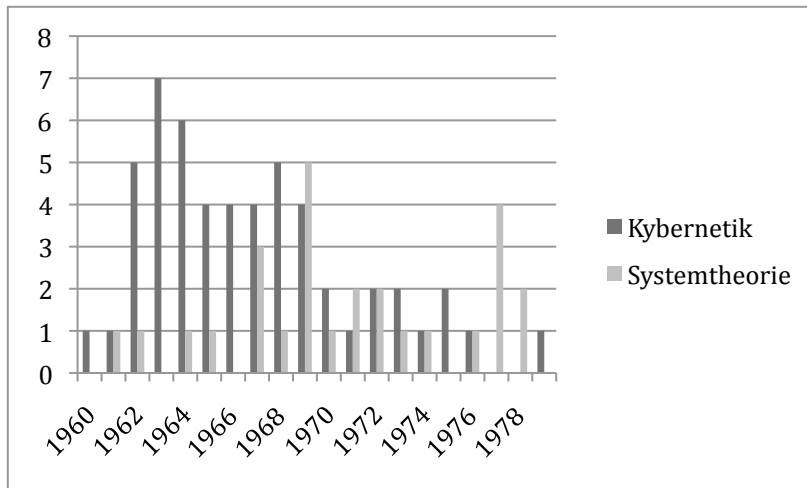


Abbildung 4: Artikel zu Kybernetik und Systemtheorie in der DZfPh, 1960 bis 1979

Ob sich die Vermutungen, die sich angesichts der zahlenmäßigen Verteilung ergeben, auch inhaltlich verifizieren lassen, wird Gegenstand der folgenden Inhaltsanalyse sein.

### 5.3.1.2 Die Herausbildung des systemtheoretisch-kybernetischen Denkstils in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*

Die zahlenmäßige Auswertung der in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* erschienenen Artikel dient als Anhaltspunkt für die nun folgende inhaltliche Analyse der Zeitschrift. Angesichts der Zahlen mag man vermuten, dass die Rezeption der Kybernetik einer Konjunktur unterlag, die sich auf die 1960er Jahre beschränkte, während die Systemtheorie seit Mitte der 1960er Jahre auf einem mehr oder weniger gleichem Niveau blieb, welches seit Mitte der 1970er Jahre das der Kybernetik überholte. Diese die Kybernetik betreffende Beobachtung bestätigt damit zumindest auf den ersten Blick die Thesen der Forschungsliteratur zur Kybernetik in der DDR, in der etwa vom „Aufstieg und Niedergang“ einer Wissenschaft gesprochen wird.<sup>916</sup>

Für eine Denkstilanalyse stellt sich aber die Frage, wie sich die begrifflichen Konzepte, die mit dem kybernetischen Denken einhergingen, entwickelten und im Laufe der Zeit veränderten. So kann nachvollzogen werden, wie die Konzepte über das, was im engeren Sinne als Kybernetik bezeichnet werden kann, hinaus an Wirksamkeit erlangten.

Inhaltlich legen die Veröffentlichungen zum systemischen Denken in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* vier Zäsuren nahe. Bis Mitte der 1950er Jahre waren Kybernetik und Systemtheorie kein Thema der DDR-Philosophie, Grund hierfür war die zunächst noch ablehnende politische Haltung gegenüber der Kybernetik. Erst, als 1956 eine erste Rezension und in den Folgejahren auch eigenständige Artikel erschienen, setzte man sich –

916 So etwa Dittmann/Seising (Hg.): *Kybernetik steckt den Osten an* 2007, aber ähnlich auch bei Segal: *Kybernetik in der DDR*, in: Pias (Hg.): *Cybernetics Bd. 2* 2004, S. 227-251.

durchaus weiterhin auch kritisch – mit der neuen Wissenschaft auseinander. Auf diese Anfangsphase, die bis etwa 1960 dauerte und durch eine noch indifferente Haltung gegenüber dem systemischen Denken charakterisiert war, folgte eine Etablierungsphase, die sich vor allem durch Standortbestimmungen und Begriffsklärungen auszeichnete. Diese Phase ging Mitte der 1960er Jahre weitgehend nahtlos in eine Euphoriephase über, in der der Nutzen der Kybernetik hochstilisiert und ihr der Charakter einer Universalwissenschaft zugesprochen wurde. Erneut wurden kritische Stimmen, die angesichts der kybernetischen Visionen um den Einfluss der SED bzw. des Marxismus fürchteten, 1969 laut, womit der Bedeutungsverlust der Kybernetik, zugleich aber auch der Bedeutungsgewinn der Systemtheorie eingeleitet wurde. Letztere war bis zum Zusammenbruch der DDR in der DDR-Philosophie präsent und erhielt seit Mitte der 1970er Jahre einen deutlich soziologischen Einschlag. Insgesamt lässt sich beobachten, dass mit dem Übergang von der euphorischen in die kritische Phase der Kybernetik ein Generationenwechsel einhergeht: Georg Klaus, der wichtigste Protagonist der Kybernetik, war 1974 nach langer Krankheit gestorben, doch von ihm ausgebildete Mitarbeiter und Doktoranden beschäftigten sich weiterhin mit dem Denkstil, dem Klaus seine Prägung verliehen hatte. Sie verwendeten zahlreiche der von Klaus eingeführten Begriffe (wenngleich der Kernaussdruck, nämlich der Begriff der ‚Kybernetik‘ zunehmend ins Hintertreffen geriet) und führten das systemische Denken fort. Allerdings verlagerten sich die Schwerpunkte in den 1970er Jahren und die Debatte differenzierte sich aus zu Gunsten der Rezeption von gesellschaftstheoretisch geprägter Systemtheorie, Informationstheorie, Wissenschaftsforschung und Psychologie.

In der Übersicht lassen sich die hier nur kurz angerissenen Phasen unter folgende Überschriften fassen:

1. Wissenschaftszweig in Anführungszeichen? Erste Rezeptionsansätze der Kybernetik in der DDR (1956-1960)
2. „Karl Marx war der erste Kybernetiker!“ – Die Etablierung des kybernetisch-systemtheoretischen Denkstils, 1960 bis 1965
3. Diversifizierung der Forschungsfelder: Systemisches Denken im wissenschaftlichen Alltag, 1965 bis ca. 1969/70
4. Der politische Bedeutungsverlust des systemischen Denkens ab ca. 1969

Wie genau der systemische Denkstil in den entsprechenden Phasen seitens der Wissenschaftler genau ausbuchstabiert wurde, wird Gegenstand der nun folgenden Analyse sein.

***Phase 1: Wissenschaftszweig in Anführungszeichen? Erste Rezeptionsansätze der Kybernetik in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie***

Die Kybernetik fand in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* erstmals 1956 Erwähnung, allerdings lediglich in einer Rezension und somit an wenig prominenter Stelle. In der von Hans Fortner verfassten Besprechung des Buches ‚Denkmaschinen‘<sup>917</sup> vom französischen Mathematiker Louis Couffignal heißt es:

„Der andere Teil [des Buches, V.W.] beschäftigt sich mit dem Vergleich der prinzipiellen Leistungsmöglichkeiten der mathematischen Maschinen mit den – tatsächlich oder angeblich – entsprechenden Funktionen des menschlichen Gehirns, behandelt also ein Gebiet, das in manchen Ländern als ein besonderer Wissenschaftszweig – die ‚Kybernetik‘ – angesehen wird.“<sup>918</sup>

In einer Fußnote erklärte Fortner die griechische Herkunft des Wortes Kybernetik, übersetzte es als „Technik der Schiffsführung“ und hob hervor, dass insbesondere Norbert Wiener als Vertreter der Kybernetik bekannt geworden sei. Gegenstand der Kybernetik, so legt es Fortners Formulierung nahe, sei das Verhältnis von Mensch und Maschine. Deswegen lohne sich eine philosophische Auseinandersetzung mit der neuen Wissenschaft:

„Für die Philosophie ist die Problematik der sogenannten Kybernetik zweifellos von hohem Interesse. Es melden sich jedoch Bedenken gegen die Legitimität ihrer wissenschaftstheoretischen Grundlagen an, und zwar in zweierlei Hinsicht. Erstens in bezug auf den Wert der ermittelten Analogien zwischen maschinellen und Gehirnfunktionen und zweitens hinsichtlich des verwendeten Begriffs des Denkens.“<sup>919</sup>

Diese Bedenken vermochte das Buch von Couffignal nicht aus dem Weg zu räumen, weil der französische Mathematiker – so Fortners Fazit – die Analogisierung von Mensch und Maschine philosophisch nicht richtig durchdacht habe. Mit seiner Kritik an der Analogisierung mathematischer Maschinen als Denkmaschinen ging Fortner mit dem westdeutschen Verfasser des Vorwortes zu Couffignals Buch, Max Bense,<sup>920</sup> konform, der hierin ebenfalls eine Übertreibung sah. Doch trotz der Defizite des Couffignalschen Buches war mit Erscheinen der Rezension der erste Schritt hin zu einer Auseinandersetzung mit dem neuen Wissenschaftszweig Kybernetik getan, konstatierte Fortner doch immerhin, dass es sich hierbei um eine interessante Problematik handle. Gleichwohl zeugt Fortners Verwendung von Anführungszeichen beziehungsweise des Signalwortes „sogenannte“, welches dieselbe distanzierende Funktion erfüllt, im Zusammenhang mit der Kybernetik von noch vorhandener Skepsis gegenüber der neuen Wissenschaft.

Dies sollte sich zunächst auch nicht ändern, sondern sogar in unverhohlene Ablehnung gegenüber der Kybernetik umschlagen. Wieder war das Verhältnis von Mensch und Maschine der Bezugspunkt der Kritik, der Zusammenhang allerdings war ein anderer. 1958

---

917 Couffignal, Louis: Denkmaschinen. Mit einem Vorwort von Max Bense, Stuttgart 1955 (Les Machines à penser, Paris 1952).

918 Fortner: Rezension zu Couffignal: Denkmaschinen, in: DZfPh 4 (1956), Heft 3, S. 371-375, S. 371.

919 Fortner: Rezension zu Couffignal: Denkmaschinen, in: DZfPh 4 (1956), Heft 3, S. 371-375, S. 373f.

920 Max Bense war zwischen 1946 und 1948 Professor in Jena und hat auch als Lehrer von Georg Klaus fungiert, bevor er 1948 nach Westdeutschland ging und eine Professur in Stuttgart erhielt. Vgl. hierzu auch Kapitel 5.1.1 dieser Arbeit.



ging Horst Jacob in einem Artikel der Frage nach: „Gibt es eine zweite industrielle Revolution?“<sup>921</sup> Gegenstand des Artikels waren die durch technische Entwicklungen induzierten gesellschaftlichen Veränderungen und wie diese gesellschaftstheoretisch zu deuten seien; wie bereits in Kapitel 4.2. gezeigt, handelte es sich dabei um einen wichtigen Beitrag zur theoretischen Konzeptualisierung der wissenschaftlich-technischen Revolution.

In diesem Zusammenhang widmete sich Jacob auch kritisch den Schriften Fritz Selbmanns. Selbmann war bis 1955 Industrieminister gewesen und gehörte der Staatlichen Planungskommission an; im Februar 1958 hatte ihm die Partei auf der 35. Tagung des Zentralkomitees allerdings „Managertum“ vorgeworfen und eine strenge Rüge erteilt, die ihn 1959 zur „Selbstkritik“ nötigte und das Ende seiner politischen Karriere bedeutete.

Grund für die Rüge und auch Auslöser der Jacobschen Kritik waren von Selbmann veröffentlichte Bücher<sup>922</sup>, in denen er den „richtigen, marxistischen Standpunkt über das Wesen und die Rolle der Technik im gesellschaftlichen Leben“<sup>923</sup> verlasse. Stattdessen, so die Kritik, stelle Selbmann das Elektronengehirn bzw. die moderne Automatisierungstechnik über die Menschen und verabsolutiere die Technik. Dies gipfle darin, dass er sich positiv auf Norbert Wiener und die Möglichkeiten, die sich durch die Kybernetik eröffnen würden, beziehe. Damit allerdings, so Jacob, sei Selbmann einer Strategie der westlichen Kybernetiker aufgesessen:

„Eine solche Theorie [die Kybernetik, V.W.] von der ‚Entwertung des menschlichen Gehirns‘ durch die sogenannten ‚Roboter‘ aber ist eine theoretisch-unwissenschaftliche und politisch-zweckbedingte bürgerliche Theorie, ist eine Mystifizierung des Wesens der modernen Technik, eine Entstellung und Verfälschung des Verhältnisses und der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Technik innerhalb des Produktionsprozesses. Mit Hilfe solcher pseudowissenschaftlicher Theorien propagiert ein Teil der Kybernetiker in den kapitalistischen Ländern im Interesse ihrer imperialistischen Geldgeber die angebliche Lösung aller sozialen und politischen Konflikte innerhalb des Kapitalismus durch eine ‚Wiedergeburt der Welt durch die Maschine‘, die nie irren kann.“<sup>924</sup>

In dieser Kritik an der Kybernetik findet sich ein Topos, der die ablehnenden Äußerungen zu dem neuen Wissenschaftszweig in den 1950er Jahren durchzieht, nämlich die Charakterisierung der Kybernetik als politisch instrumentalisierte Pseudowissenschaft: Schon im allerersten Artikel über Kybernetik, der 1952 unter dem Titel „Die Kybernetik – eine neue ‚Wissenschaft‘ der Obskuranten“<sup>925</sup> veröffentlicht wurde, erhielt sie mit den genannten Argumenten eine negative Konnotation. Der Autor war ein sowjetischer Wissenschaftler namens M. Jaroschewskij, veröffentlicht wurde der Artikel in der Halbmonatsschrift *Neue Welt*. Hierbei handelte es sich um eine Zeitschrift, die, als Propagandazeitschrift konzipiert,

921 Jacob: Gibt es eine zweite industrielle Revolution?, in: DZfPh 6 (1958), S. 517-549, S. 534.

922 Selbmann: Ein Zeitalter stellt sich vor 1957; Selbmann/Ziller: Die neue Epoche der technischen Entwicklung 1956.

923 Jacob: Gibt es eine zweite industrielle Revolution?, in: DZfPh 6 (1958), S. 517-549, S. 535.

924 Jacob: Gibt es eine zweite industrielle Revolution?, in: DZfPh 6 (1958), S. 535.

925 Jaroschewskij: Die Kybernetik – eine ‚Wissenschaft‘ der Obskuranten, in: Neue Welt 7 (1952), S. 1193-1195.

ab Mai 1946 auf Initiative der SMAD erschien und mit ihren zunächst meist aus dem Russischen übersetzten Artikel vor allem ein gebildetes Publikum ansprechen sollte.<sup>926</sup> Als einflussreich erwies sich dieser Artikel vor allem deswegen, weil die in ihm vorgebrachten Argumente (Kybernetik als „Pseudowissenschaft“ bzw. „imperialistische Wissenschaft“, die dem Führen neuer Kriege diene) gegen die Kybernetik auch in anderen Veröffentlichungen wiederholt wurden und den ablehnenden Denkstil zunächst prägten.

Doch Horst Jacob war nicht der einzige, der Selbmanns Schriften zum Anlass nahm, um sich kritisch gegenüber der Kybernetik zu äußern. Auch Hermann Ley hielt es für problematisch, von den jeweiligen Produktionsverhältnissen zu abstrahieren und die Rolle der Menschen zu unterschätzen, wenn es um die Beurteilung der technischen Veränderungen im Produktionsprozess gehe:

„Wenn technische Umwälzungen isoliert von den Produktionsverhältnissen betrachtet werden, bleiben in der Praxis des sozialistischen Aufbaus jene Möglichkeiten ungenügend genutzt, die die neuen Produktionsverhältnisse zur Verfügung stellen. [...] Selbmann behauptet, das wirklich Neue und Revolutionäre bei der Automatisierung sei der beginnende Prozeß des Ersetzens geistiger Arbeit durch Maschinen. Er kommt wohl zu der Folgerung, daß Gehirne durch Maschinen ersetzt werden, weil die Propagierung von Norbert Wieners ideologischem Beiwerk zur Kybernetik mit einem Propagandageschrei verbreitet wurde, das dem reformistischen Charakter der Theorien von der zweiten industriellen Revolution entspricht. Dabei ist vergessen, daß jede Maschine ihren Prinzip nach neben körperlicher auch geistige Arbeit ersetzt.“<sup>927</sup>

Wie auch Jacob hängt Ley seine Kybernetik-Kritik an den Auffassungen Selbmanns auf und qualifizierte die Kybernetik als westliche Propaganda und Ideologie, die im Zusammenhang mit der Interpretation der technischen Umwälzungen als zweite industrielle Revolution stehe. Gemeinsam ist beiden Autoren, dass sich ihre Kritik auf die gesellschaftlichen Auswirkungen und damit die politisch-philosophische Interpretation der Kybernetik bezog.

Zu einer anderen Bewertung der Kybernetik gelangten Autoren, die die Kybernetik und ihr Potential aus einer anderen Perspektive, nämlich der der Einzelwissenschaften, betrachteten. So widmete sich beispielsweise der sowjetische Philosoph und Biologe Ivan Frolow in seinen Aufsatz „Zuchtwahl und Finalität“<sup>928</sup> der Frage, wie die „augenscheinliche Zweckmäßigkeit, welche die ganze organische Welt durchdringt“<sup>929</sup>, interpretiert werden kann, ohne den Boden des dialektischen Materialismus zu verlassen. Er argumentierte in diesem Zusammenhang mit dem Systemcharakter und der Ganzheitlichkeit von Organismen:

---

926 Foitzik: SMAD in Deutschland, in: Broszat/Weber (Hg.): SBZ-Handbuch 1992, S. 7-69, S. 37.

927 Ley: Oktoberrevolution und Wissenschaft, in: DZfPh 6 (1958), Heft 3, S. 355-398, S. 371.

928 Frolow: Zuchtwahl und Finalität, in: DZfPh 7 (1959), Heft 4, S. 540-561.

929 Frolow: Zuchtwahl und Finalität, in: DZfPh 7 (1959), Heft 4, S. 540-561, S. 540.

„Ein organisches Ganzes ist ein kompliziertes System funktional und strukturell wechselseitig verbundener (wechselwirkender) Komponenten, deren jede durch ihre besondere funktionale Spezifik charakterisiert wird und strukturell mit anderen Komponenten vereinigt (ihnen untergeordnet) ist.“<sup>930</sup>

Dies führte Frolow dazu, eine materialistische Teleologie zu konstatieren, in der die Korrelation zwischen zwei Systemzuständen als „Wechselwirkung (Ursache-Folge-Beziehung)“ interpretiert wurde und der Kausalzusammenhang zu einem indirekten, auf Wahrscheinlichkeiten basierendem Zusammenhang zwischen zwei Systemzuständen wurde. Frolows Aufsatz ist Beitrag zu einer Debatte, die die Biologie seit dem 19. Jahrhundert beschäftigte, aber erst mit der Interpretation des Organismus als System durch den österreichischen Philosophen und Biologen Ludwig von Bertalanffy<sup>931</sup> in den 1940er Jahren neue Wege<sup>932</sup> beschritt. Durch die Verwendung des Begriffs der Wechselwirkung, der den Zusammenhang zwischen Dingen oder Prozessen kennzeichnet, wurde die Systemtheorie anschlussfähig für den Marxismus, da es sich hierbei um einen aus der Dialektik stammenden Begriff handelte, der eine zentrale Stellung im marxistischen Denken einnahm. So stellte Frolow dann auch kybernetische Ansätze sowjetischer Wissenschaftler zur Erforschung des Nervensystems positiv heraus.

Auf den Begriff der Wechselwirkung hob auch der bulgarische Wissenschaftler Asari Polikarow in einem Vortrag auf dem internationalen philosophischen Seminar in Sofia im November 1958 ab, wie man dem von Günter Heyden verfassten Tagungsbericht entnehmen kann. Polikarow sprach „Zum Verhältnis zwischen dialektischem Materialismus und den Naturwissenschaften“ und wandte sich gegen die Trennung von Philosophie und Naturwissenschaften, die für die westlichen Länder charakteristisch sei. Vielmehr vertrat er die These, dass die modernen Naturwissenschaften „zur weiteren Konkretisierung des dialektischen Materialismus“ beitragen würden. Auch Polikarow erwähnte in diesem Zusammenhang die Kybernetik, die geeignet sei, die „Beziehungen und Wechselwirkungen in der Natur immer mehr aufzudecken und gleichzeitig neue Berührungspunkte zwischen den Wissenschaften darzustellen“. Auf diese Weise führe sie „zu einer festeren Einheit der Einzelwissenschaften.“<sup>933</sup>

Asari Polikarow erhielt ein Jahr später Gelegenheit, seine Thesen auch in der DDR darzulegen, denn das Verhältnis von Naturwissenschaft und Philosophie war auch Gegenstand eines Symposiums, welches vom 8. bis 11. Oktober 1959 anlässlich der 550-Jahrfeier

930 Frolow: Zuchtwahl und Finalität, in: DZfPh 7 (1959), Heft 4, S. 540-561, S. 552.

931 Vgl. hierzu: Witte: Ganzheit und System. Die Frühschriften Ludwig von Bertalanffys im Wandel der Biologie. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Bochum 2004.

932 Bei der Debatte handelte es sich um den Vitalismus-Mechanismus-Streit, der die mechanistische Kausalität der Leitwissenschaft Physik und die vitalistische Interpretation von Lebensvorgängen seit der Romantik als unvereinbar gegenüberstellte und auch eine Auseinandersetzung um die naturwissenschaftliche Deutungshoheit im 19. Jahrhundert war. Vgl. dazu beispielsweise Leiber: Vom mechanistischen Weltbild zur Selbstorganisation des Lebens, Freiburg/München 2000 und Lenoir: Strategy of Life, Dordrecht 1982.

933 Heyden, Günter: Internationales philosophisches Seminar in Sofia, in: DZfPh 7 (1959), S. 128-137, S. 130.

der Karl-Marx-Universität (KMU) Leipzig stattfand und vom Institut für Philosophie und dem Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften der KMU ausgerichtet wurde. Unter den rund 200 Teilnehmern fanden sich namhafte Naturwissenschaftler aus dem In- und Ausland, wie dem von Rudolf Rochhausen verfassten Tagungsbericht in der *DZfPh* zu entnehmen ist. Besonders hebt er dabei einen Vortrag des Ungarn László Kalmar hervor:

„Einen sehr interessanten Vortrag hielt der ungarische Gelehrte Prof. Dr. Kalmar, der auf philosophische Probleme der Kybernetik einging. Nach seiner Auffassung beschäftigt sich die Kybernetik mit solchen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Organisation und Informationsverarbeitung, insbesondere zu Steuerungszwecken, die unabhängig von den spezifischen Bewegungsformen der Materie zur Geltung kommen. Auf Grund dieser Gesetzmäßigkeiten befaßt sie sich auch mit den Möglichkeiten, höhere Bewegungsformen der Materie durch niedrigere nachzuahmen, sowie mit den Grenzen dieser Möglichkeiten.“<sup>934</sup>

Auch anhand dieser Formulierungen zeigt sich das Bemühen, die Grundbegriffe der Kybernetik wie Organisation, Information und Steuerung mit dem Vokabular des dialektischen Materialismus zu erfassen, wenn Rochhausen etwa auf die „Bewegungsformen der Materie“ verweist und damit einen von Friedrich Engels in der *Dialektik der Natur*<sup>935</sup> gewählten Begriff verwendet.

Ansätze zu einer systemtheoretischen Auffassung der Biologie – so geht aus der Rezension des Buches von Dietrich Lorf hervor – fänden sich auch bei Jacob Segal in dessen Buch „Die dialektische Methode in der Biologie“. Ziel des Buches sei es, die Grundprinzipien des dialektischen Materialismus auf die Biologie zu übertragen. So lege Segal etwa die allgemeinen Eigenschaften materieller Systeme, wie etwa die der Wechselwirkung und die der Bewegung, dar. Im Zentrum stehe die Frage nach der „Untersuchung des Mechanismus qualitativer Umschläge im Organischen“<sup>936</sup> sowie die Reversibilität bzw. Irreversibilität biologischer Prozesse. In diesem Zusammenhang widme sich Segal auch der Kybernetik, deren Methoden der Modellbildung und Analogievorstellungen er allerdings für die Biologie mit der Begründung ablehne, dass man Analogiemodelle nicht mit tatsächlich lebenden Systemen vergleichen könne. Lorf als Rezensent fragte jedoch kritisch, ob Segal „in seiner Ablehnung der Kybernetik für die biologische Forschung nicht zu weit geht“<sup>937</sup> und moniert zudem die begriffliche Unschärfe, mit der Segal operiere.

Zusammenfassend ist für diese erste Phase der Auseinandersetzung mit dem systemischen Denken festzuhalten: Die Kybernetik als neuer Zweig der Wissenschaften wurde in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* nur sehr zaghaft aufgegriffen. Bemerkenswert ist, dass kein Artikel erschienen ist, der sich alleine auf den Gegenstand Kybernetik konzen-

934 Rochhausen: Für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaftlern und marxistischen Philosophen, in: *DZfPh* 7 (1959), S. 909-914, S. 913.

935 Engels: *Dialektik der Natur*, in: MEW Bd. 20, S. 509-520.

936 Lorf: Rezension von Segal: Die dialektische Methode in der Biologie, in: *DZfPh* 7 (1959), Heft 2, S. 324-330, S. 325.

937 Lorf: Rezension von Segal: Die dialaktische Methode in der Biologie, in: *DZfPh* 7 (1959), Heft 2, S. 324-330, S. 328.

trierte und etwa Definitionsversuche unternahm, aber auch keiner, der sich ausschließlich einer Kritik des neuen Wissenschaftszweiges widmete. Vielmehr fand die Kybernetik in den späten 1950er Jahren in einigen Artikeln en passant und je nach Blickwinkel positive wie auch negative Erwähnung.

Den negativen Erwähnungen der Kybernetik war ein Argumentationsmuster gemein, welches die Kybernetik als bürgerliche oder westliche Pseudowissenschaft abqualifizierte und sich in erster Linie gegen die gesellschaftliche Bedeutung, die der Kybernetik von den Autoren beigemessen wird, richtete. Verbunden war dies mit der Befürchtung, Kybernetik und Automatisierung würden zu einer Glorifizierung der Technik und einer Abwertung des Menschen beitragen und wären aufgrund dessen nicht mit dem marxistischen Menschenbild vereinbar.

Den Impuls für eine positive Bewertung der Kybernetik lieferten erst Artikel und Vorträge von Wissenschaftlern aus dem sozialistischen Ausland, die das Potential der Kybernetik für die Einzelwissenschaften hervorhoben und auf die Ähnlichkeit zwischen kybernetischen und dialektischen Begriffen und Konzepten verweisen. Besondere Beachtung fanden systemtheoretische Ansätze in der Biologie, da diese eine Möglichkeit lieferten, jenseits von Vitalismus und Mechanismus eine Interpretation der organischen Ganzheit zu offerieren, die mit dem dialektischen Materialismus vereinbar ist.

Bilanzierend muss man damit festhalten, dass der kybernetisch-systemtheoretische Denkstil bis zum Ende der 1950er Jahre in seiner Funktion als Gesellschaftsinterpretation zumindest teilweise noch der Kritik der marxistischen Philosophen ausgesetzt war. Den Ausschlag für eine positive Bewertung des Denkstils gab erst die (aus dem sozialistischen Ausland stammende) Perspektive, die die gewinnbringenden Potentiale des systemtheoretisch-kybernetischen Denkstils für die modernen Naturwissenschaften und ihr Verhältnis zur Philosophie hervorhob.

## ***Phase 2: „Karl Marx war der erste Kybernetiker!“ – Die Etablierung des kybernetisch-systemtheoretischen Denkstils ab 1960***

In den 1960er Jahren wendete sich das Blatt zu Gunsten der Kybernetik. Besonderen Anteil hieran hatten die Veröffentlichungen von Georg Klaus, in denen er vor allem auf den erkenntnistheoretischen Nutzen des systemtheoretisch-kybernetischen Denkstils verwies.

So hat der erste Text, in dem die Kybernetik dezidiert in der Überschrift erwähnt wird, „Das Verhältnis von Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht“<sup>938</sup> zum Gegenstand. Klaus griff damit das Problem auf, welches bereits ein Jahr zuvor von Ivan Frolow thematisiert worden war, verlieh seinen eigenen Ausführungen aber eine andere Stoßrichtung. Klaus wählte als Ausgangspunkt ebenfalls die Frage, ob alle Phänomene der Natur auf kausale Ursache-Wirkungs-Erklärungen zurückzuführen sind oder ob es Phänomene gibt, die sich nur durch zielgerichtetes Verhalten erklären ließen.<sup>939</sup> Hierauf aufbauend konzentrierte er sich aber nicht auf die Disziplin Biologie, sondern zog weitaus allgemeinere Konsequenzen für das Verhältnis der Philosophie zu den Einzelwissenschaften.

Das wichtigste Fazit des Textes von Klaus war, dass die Kybernetik ein Mittel zur Überwindung des alten Gegensatzes zwischen Kausalität und Teleologie bereitstelle. Zunächst jedoch findet sich der erste, in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* veröffentlichte Definitionsversuch der – aus Klaus' Sicht – „neuen, unerhört aufregenden Wissenschaft“:

„Die Kybernetik (von Kybernetes, der Steuermann), manchmal definiert als Wissenschaft von den Steuerungsvorgängen und vielleicht noch besser und umfassender als Theorie der selbstregulierenden dynamischen Systeme gekennzeichnet, reicht aber viel weiter, als ihr Ausgangsbereich vermuten läßt. Die Kybernetik erschließt nicht nur völlig neue einzelwissenschaftliche Zusammenhänge, sondern sie hat auch einen wesentlich philosophischen Aspekt.“<sup>940</sup>

Bemerkenswert hieran ist, dass Klaus bereits zu diesem frühen Zeitpunkt der Auseinandersetzung mit der Kybernetik in der DDR auf ihren systemtheoretischen Aspekt abhebt und ihn in seine Definition explizit einschließt; indem er dynamische Systeme und ihre Fähigkeit zur Selbstregulation erwähnt, öffnet er die Rezeption gleichermaßen für die Einzelwissenschaften wie auch für die Philosophie. Orientiert an seiner Ausgangsfrage sind es nämlich vor allem die biologischen, organischen Naturphänomene, die sich, wie spätestens Hans Driesch sogar experimentell nachgewiesen hat<sup>941</sup>, rein kausalen Erklärungen entziehen und selbstregulative Aspekte beinhalten.

Das (vor allem erkenntnistheoretische) Potential der Kybernetik auch für den Marxismus hebt Klaus dann im Folgenden mit einem Verweis auf Lenins Diktum von der Physik,

938 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277.

939 Vgl. dazu: Lenoir: *Strategy of Life* 1982.

940 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277, S. 1266.

941 Vgl. hierzu: Osietzki: Auf der Suche nach dem Plural der Vernunft, in: *Technikfolgenabschätzung* 11 (2002), S. 20-31 sowie Mocek: *Die werdende Form* 1998, Kapitel 6.

die den dialektischen Materialismus gebäre, hervor und betont, dass dies umso mehr für die Kybernetik gelte. Diese sei der

„eindeutige[...] Beweis der Richtigkeit der dialektisch-materialistischen Denkweise, und zwar unabhängig davon, ob dies allen Vertretern dieser Disziplin bereits bewußt ist oder nicht.“<sup>942</sup>

Auf diese Weise verortet Klaus die Kybernetik einerseits im philosophischen Diskurs, denn der dialektische Materialismus ist einer der wichtigsten Aspekte der marxistisch-leninistischen Philosophie und Ausgangspunkt weltanschaulicher Betrachtungen. Andererseits legitimiert er damit die Auseinandersetzung mit der Kybernetik in der DDR, da seine Aussage impliziert, dass es durchaus Kybernetiker gebe, die sich des dialektisch-materialistischen Gehalts der Kybernetik nicht bewusst seien und spielt damit auf die westlichen Wissenschaftler an.

Um seine Thesen zu untermauern, dient Klaus ein philosophiehistorischer Überblick über die Debatte um Mechanismus und Teleologie, in dem er zunächst auf Kant und Hegel (vor allem den Hegelschen Systembegriff) verweist, um schließlich darzulegen, dass es Marx und Engels waren, die „auf Hegel aufbauend, erkannt [haben, V.W.], daß die Alternative ‚Teleologie oder mechanische Erklärung‘ falsch ist.“<sup>943</sup> Auf diese Weise konstruiert Klaus eine marxistische Tradition des systemischen Denkens, die eine legitimatorische Funktion erfüllt und dazu dient, die Auseinandersetzung mit der Kybernetik voranzutreiben und der Kritik zu entziehen. Diese Traditionskonstruktion gipfelt schließlich in der Aussage:

„Wir möchten deshalb behaupten: Karl Marx hat als erster implizit antizipatorisch Gedankengänge kybernetischen Charakters benutzt, oder – zugespitzt ausgedrückt – Karl Marx war der erste Kybernetiker!“<sup>944</sup>

In dieser ersten, sich dezidiert der Kybernetik widmenden Veröffentlichung klingen damit bereits die Aspekte an, die sich für die Herausbildung des systemischen Denkens in der DDR fortan als relevant erweisen sollten und in der Etablierungsphase des systemischen Denkens die Veröffentlichungen durchzogen. Dabei waren vor allem die Veröffentlichungen des Hauptprotagonisten der Kybernetik in der DDR, Georg Klaus, ausschlaggebend für die Denkstilbildung in der DDR, da sie die Grenzen absteckten, innerhalb derer sich die Kybernetikrezeption vollzog. Inhaltlich eröffneten sie eine Richtung, die vor allem die erkenntnistheoretisch-philosophischen Aspekte des systemischen Denkens in den Vordergrund rückten und es mit dem Marxismus in Einklang bringen sollten. Politisch-ideologisch machte Klaus mit seinen Veröffentlichungen deutlich, dass man mit der Kybernetikrezeption nicht nur eine (freilich von ihm konstruierte) marxistische Tradition des

942 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277, S. 1266.

943 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277, S. 1268.

944 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277, S. 1277.

Systemdenkens aufgriff, sondern sich darüber hinaus im ideologischen Einklang mit der Sowjetunion befand.

In der Analyse der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* soll deswegen das Hauptaugenmerk auf Aspekten liegen, die in der oben skizzierten ersten Veröffentlichung von Klaus bereits anklangen, in der Etablierungsphase aber auch von anderen Autoren aufgegriffen wurden. Dabei handelt es sich um die im folgenden skizzierten Gesichtspunkte:

Das Narrativ einer marxistischen Tradition systemischen Denkens als Legitimation der Auseinandersetzung mit der ehemals als bürgerlich und imperialistisch angeprangerten neuen Theorie war bedeutender Bestandteil der Denkstilbildung in der DDR. Damit einher ging der Bezug auf Entwicklungen in der Sowjetunion, in der die Kybernetik bereits fester Bestandteil des wissenschaftlichen und politischen Diskurses war. Diese argumentative Strategie diente, wie im Folgenden gezeigt wird, vor allem dem Abbau politischer Vorbehalte gegen den neuen Wissenschaftszweig. Da es sich hierbei um nicht um aus der Disziplin Kybernetik heraus entwickelte Argumente handelte, sondern um eine Einbettung des systemischen Denkens in den marxistisch-leninistischen Wissenschaftsdiskurs, ist dieser Bereich als eine Bezugnahme auf die Präideen des systemischen Denkstils sozialistischer Prägung zu verstehen.

Als innovativ gelten muss hingegen die Art der Thematisierung des Verhältnisses von Kybernetik und Dialektik: Hier zeichnete sich die argumentative Strategie der Autoren dadurch aus, die Begriffe aus der Kybernetik mit aus der Dialektik stammenden Begriffen zu vergleichen beziehungsweise gleichzusetzen. Diese Sichtweise ist dabei spezifisch für die Einbettung der Kybernetik in die marxistisch-leninistische Philosophie und war Bedingung der Möglichkeit, dass das systemische Denken in der DDR zur wissenschaftlichen Tatsache werden konnte.

Bei der Beschäftigung mit dem systemischen Denken stellte sich immer wieder die Frage nach dem Stellenwert der Kybernetik im System der Wissenschaften. Die Reflexion dessen ist somit wichtiger Bestandteil der Debatte und konzentriert sich in dieser ersten Phase auf das Verhältnis der Kybernetik zur Philosophie.

### ***Marxismus-Leninismus und Kybernetik: Traditionskonstruktion und Gegenwartsbezug***

Eines der größten Hindernisse bei der Rezeption der Kybernetik in der DDR war ihre Entstehungsgeschichte. Der Gründungsvater der Kybernetik, Norbert Wiener und der mit der neuen Disziplin verbundene Gründungsmythos der Entwicklung eines Flugabwehrsystems für die US-amerikanische Luftwaffe waren schließlich die Hauptgründe für die anfängliche Skepsis gegenüber der neuen Wissenschaft gewesen. Diesem „Problem“ begegneten die Protagonisten der Kybernetik in der DDR mit einer Strategie, die sich aus drei miteinander



verbundenen Argumentationsweisen speiste. Erstens wurden in der DDR (vor allem in den frühen Texten zu Kybernetik) andere (historische) Referenzpunkte für die Auseinandersetzung mit der Kybernetik herangezogen als die Veröffentlichungen Norbert Wieners. Zweitens erfolgte in zahlreichen Texten eine dezidierte Abgrenzung gegen die Kybernetik westlicher Prägung und Kritik an dieser. Drittens schließlich nahmen die Autoren Bezug auf zeitgenössische politische Äußerungen zur Kybernetik, etwa die Parteiprogramme von KPdSU und SED. Dies soll im Folgenden anhand ausgewählter Texte erläutert werden.

Um eine – von der Kybernetik amerikanischer Prägung gelöste – philosophische Tradition der Kybernetik zu entwerfen, stellten etwa Georg Klaus und Rainer Thiel die Kybernetik in den Kontext der Beschäftigung mit Kausalität und Finalität (das „Verhältnis von Gesetzmäßigkeit und Selbstbewegung zur Zielstrebigkeit“<sup>945</sup>) und konstatierten eine Forschungslücke der marxistischen Philosophie zu dieser Frage.<sup>946</sup> Ansatzpunkte böten aber Kant und Hegel, die sich beide mit dem Problem auseinandergesetzt hätten. Der Bezug auf die Klassiker des deutschen Idealismus war in der DDR-Philosophie nicht unüblich; eine spezifisch deutsche Denktradition als Referenz anzugeben, diente oft der kulturellen und nationalen Identitätsstiftung. Das Argument für Hegel lautete dabei, dass dieser die Entgegensetzung von Mechanismus und Teleologie durch die Dialektik zu überwinden suchte und die Selbstbewegung der Materie anerkannt, sie allerdings als göttliches Prinzip gedeutet habe. Zwischen Selbstbewegung/Zielstrebigkeit und Kausalität bestehe nach Hegel eine Wechselwirkung (Dialektik).

Trotz aller Kritik an Hegels idealistischer Philosophie ergebe sich aus der Marx'schen Weiterentwicklung dieser Sichtweise ein „konsequente[r] Materialismus“<sup>947</sup>, da dieser eine materialistische (und nicht, wie bei Hegel, nur begriffliche) Deutung der Hegelschen Idee der Selbstbewegung vorgenommen habe. Die Frage der Selbstbewegung sei schließlich auch der Ausgangspunkt der Marx'schen Überlegungen zur Ökonomie gewesen. Die Argumentation zielte also darauf ab, sich einen Aspekt der Kybernetik, nämlich den der Selbstbewegung (oder – kybernetisch ausgedrückt – Selbstregulation und -organisation) herauszugreifen und ihn in eine spezifisch marxistische Denktradition einzuordnen.<sup>948</sup> Eine ähnliche Argumentation findet sich für den Begriff der Rückkopplung (feed-back): Dieser wurde gleichgesetzt mit dem bereits erwähnten Begriff der Wechselwirkung.<sup>949</sup>

---

945 Klaus/Thiel: Kybernetische Systeme in der Gesellschaft, in: DZfPh 10 (1962), S. 22-57, S. 24.

946 Laut Rainer Thiel handelte es bei dem Aufsatz Klaus/Thiel: Kybernetische Systeme in der Gesellschaft, in: DZfPh 10 (1962), S. 22-57 um ein Kapitel seiner Dissertation, an dessen Ausarbeitung Klaus nicht beteiligt war, sondern nur einen Satz ergänzte. Vgl. Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 146.

947 Klaus/Thiel: Kybernetische Systeme in der Gesellschaft, in: DZfPh 10 (1962), S. 22-57, S. 28.

948 Ähnlich wird argumentiert in: Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277.

949 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277, S. 1273ff.

„Alle Systeme im Universum sind Feed-back-Systeme. [...] Man könnte die Kybernetik deshalb mit einer gewissen Berechtigung auch als die Theorie der Wechselwirkungen bezeichnen. Die Klassiker des Marxismus haben der Kategorie der Wechselwirkung große Bedeutung beigemessen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß wesentliche Kategorien der Kybernetik in den Werken der Klassiker im Grundriß bereits angelegt sind.“<sup>950</sup>

So interpretiert, stellte die Kybernetik eine (notwendige) Weiterentwicklung des Marxismus da – durch die Verbindung beider Ansätze konnten die klassischen Begriffe sogar präzisiert und modernisiert werden.<sup>951</sup> Aber Klaus ging bei der Historisierung der Kybernetik sogar noch weiter, wenn er, wie oben bereits zitiert, Karl Marx zum „ersten Kybernetiker“ stilisierte.

Wenn diese Aussage zutreffend sein sollte, bedeutete das auch, dass die Kybernetik nur im marxistischen Kontext ihr volles Potential zu entfalten vermochte; das liege vor allem an dem ihr innewohnenden dialektischen Gehalt, der westlichen Wissenschaftlern aufgrund ihrer ideologischen Position aber verborgen bliebe, begründet. Mit dieser Konstruktion einer (marxistischen) Tradition des Systemdenkens verbunden war deswegen immer noch die Kritik an der Kybernetikrezeption in den westlichen Staaten. Seit den 1960er Jahren ging es aber eben nicht mehr um die Kybernetik selber, sondern um die im Westen verfolgte Stoßrichtung und die Kritik gestaltete sich durchaus ambivalent. So unterscheidet Georg Klaus beispielsweise zwischen der ‚echten‘ (dialektischen) Begriffsbildung der Kybernetik und ihrer westlichen, ‚falschen‘ Variante; die Aufgabe, diese Unterscheidung zu treffen, wies er der Philosophie zu. Damit wurde diese zur ideologischen Wächterin über die richtige und falsche Interpretation der Kybernetik.

„Im Programm wird die Bekämpfung der imperialistischen Ideologie als eine der wichtigsten Aufgaben der marxistischen Philosophen unserer Gegenwart bezeichnet. Der Missbrauch der Kybernetik spielt in dieser Ideologie eine große Rolle. Die imperialistische Weltuntergangsideologie, die die Menschheit mit der Vision eines Wasserstoffbombenkrieges schreckt, möchte sie auch durch verzerrte utopische Phantasien von einer Roboterwelt auf der Grundlage der Kybernetik in Verwirrung bringen. Sorgfältige Trennung des echten Wesens kybernetischer Begriffsbildungen von subjektiv-idealistischen, behavioristischen und mechanisch-materialistischen Beimengungen sind für die ungehemmte Weiterentwicklung dieser neuen Disziplin von großer Bedeutung. Die Vornahme solcher Trennung aber ist eine echte philosophische und insbesondere erkenntnistheoretische und logische Aufgabe.“<sup>952</sup>

In zahlreichen Publikationen in der *DZfPh* schwang der Kalte Krieg mit, nicht selten erfolgte eine dezidierte Abgrenzung gegen die westliche Kybernetik. Gleichwohl ist erstaunlich, dass in den Aufsätzen und Auseinandersetzungen vergleichsweise häufig ‚Westliteratur‘ herangezogen wurde und einen positiven Bezugspunkt bildete. Vor allem die Schriften Norbert Wieners wurden oft zitiert, aber auch William Ross Ashby und Karl Steinbuch

950 Klaus: Kybernetik in philosophischer Sicht 1961, S. 146.

951 Liebscher: Kybernetik und philosophische Forschung, in: *DZfPh* 13 (1965), S. 188-193, S. 192f.

952 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: *DZfPh* 11 (1963), Heft 6, S. 693-707, S. 697.

fanden Erwähnung. Dies macht die ambivalente Rolle deutlich, die nicht nur die Person Norbert Wieners, sondern der gesamte westliche Kybernetik-Diskurs für die DDR-Debatte hatte. Im wesentlichen lassen sich dabei zwei narrative Stränge des Bezuges auf die West-Forschung unterscheiden: Ein ideologisch geprägter und einer, der sich auf die wissenschaftlichen Inhalte konzentrierte. Der ideologische Bezug auf die West-Kybernetik erschöpfte sich dabei zumeist in der DDR-üblichen Polemik, indem den ‚bürgerlichen Wissenschaftlern‘ ‚Idealismus‘ und ‚Subjektivismus‘ vorgeworfen wurde, mithin also auf die gängigen Gegensatzpaare, die die DDR-Philosophie durchzogen, verwiesen wurde. Auch der Vorwurf der Pseudo-Wissenschaftlichkeit fand sich nach wie vor. Diese Argumentationsweise legte allerdings selten tatsächlich im Westen publizierte Texte zu Grunde, sondern erfolgte in der Regel in Form eines Rundumschlags.

„Im Hinblick auf das zuletzt Gesagte denke man nur an die etwa in Westdeutschland massenhaft vertriebene pseudo-populärwissenschaftliche und pseudowissenschaftliche utopische Literatur, in der Resultate der Kybernetik unausgesetzt vergewaltigt werden und in der sich die Extrapolationen auf z.B. künftig zu erwartende technisch-kybernetische Ergebnisse in der Regel als bar jeder wissenschaftlich-weltanschaulichen Fundierung erweisen.“<sup>953</sup>

Anders verlief die Argumentation, wenn die Autoren sich auf West-Literatur bezogen, die nicht selten affirmativ zitiert wurde und vor allem auf inhaltlicher Ebene Beachtung fand.<sup>954</sup> Dies galt vor allem dann, wenn es um die erkenntnistheoretische Einordnung der Kybernetik und ihren Stellenwert für die Philosophie ging. Im Gegensatz dazu wurde sowjetische Literatur vor allem dann zitiert, wenn es um Fragen der Anwendung oder die Rezeption der Kybernetik in unterschiedlichen Einzelwissenschaften ging.

Insgesamt verwundert es nicht, dass dem US-amerikanischen Begründer der Kybernetik, Norbert Wiener, nach dessen Tod am 18. März 1964 sogar ein von Heinz Liebscher verfasster Nachruf<sup>955</sup> in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* gewidmet wurde, der die Verdienste Wieners um die neue Wissenschaft würdigte. Freilich erfolgte auch dies nicht ohne den Verweis auf die Differenzen der ökonomischen Systeme von Kapitalismus und Sozialismus und den damit verbundenen unterschiedlichen Potentialen der Anwendung der Kybernetik. Diese Differenzen, so Liebscher, seien auch Wiener bewusst gewesen, als er sich in seinem Buch *Mensch und Menschmaschine*<sup>956</sup> kritisch zu den negativen Auswirkungen der Automatisierung im Kapitalismus geäußert habe.

„Wir begreifen heute die Wissenschaft der Kybernetik als eine entscheidende theoretische Grundlage unserer Welt von morgen. Ihre Anwendungen werden uns u.a. eine Ma-

953 Liebscher: Kybernetik und philosophische Forschung, in: DZfPh 13 (1965), S. 188-193, S. 192f.

954 So z.B. bei Stoljarow/Kannegiesser: Zu einigen philosophischen Fragen der Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), S. 602-620; Klaus: Für und wider die Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), S. 582-601; Klaus: Schematische und schöpferische geistige Arbeit in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 9 (1961), S. 166-182.

955 Liebscher: Zur Rolle Norbert Wieners bei der Herausbildung der Kybernetik, in: DZfPh 12 (1964), Heft 8, S. 661-669.

956 Wiener: Mensch und Menschmaschine 1958.

schinenwelt bringen, die den Charakter der menschlichen Arbeit von Grund auf ändern und damit in hohem Maße zur Verwirklichung der Ideale des Kommunismus beitragen wird. Mit der Grundlegung dieser neuen, fundamentalen Wissenschaft aber ist unauslöschlich der Name eines großen Sohnes des amerikanischen Volkes verknüpft – der Name Norbert Wiener.“<sup>957</sup>

Angesichts der Ablehnung, die der Kybernetik zunächst entgegengeschlagen war, reichte die oben skizzierte, von Georg Klaus vorgenommene Traditionskonstruktion und die Abgrenzung gegen den Westen nicht aus, um die (vor allem politischen) Vorbehalte gegen die neue Wissenschaft aus dem Weg zu räumen und ihre Rezeption zu fördern. Doch diesbezüglich spielte der XXII. Parteitag der KPdSU den Protagonisten der Kybernetik in der DDR in die Hände, denn in der Sowjetunion war in der Zwischenzeit ein Kehrtwendung erfolgt und die Kybernetik wurde zum wissenschaftlichen ‚Allheilmittel‘, an dem man nicht mehr vorbeizukommen schien.<sup>958</sup> An diese Entwicklung konnte Georg Klaus anknüpfen, als er 1962 einen Artikel mit dem Titel „Für und wider die Kybernetik. Eine Betrachtung zum XXII. Parteitag“<sup>959</sup> veröffentlichte. Doch obwohl die Überschrift eine Erörterung des Pro und Kontra der neuen Wissenschaft vermuten ließ, bestand schon nach Lektüre der ersten beiden Sätze kein Zweifel mehr an der Haltung von Georg Klaus. Kybernetik sei, so hieß es dort, „die Wissenschaft von den dynamischen selbstregulierenden und selbstorganisierenden Systemen“ und sie „gewinnt rasch und allseitig an Bedeutung“.<sup>960</sup> An der Kybernetik kam ein Philosoph aus Klaus’ Sicht deswegen nicht vorbei:

„Die große Allgemeinheit der Begriffsbildung, ihre tiefgehende Einwirkung auf die gesellschaftliche Praxis, die philosophische und allgemein weltanschauliche Bedeutung ihrer Problematik machen sie nahezu zwangsläufig zu einem der Hauptthemen der modernen marxistischen Philosophie.“<sup>961</sup>

Um seine Position zu untermauern, wählte Klaus eine Strategie, die es den Gegnern der Kybernetik schwer machen sollte, ihre Kritik anzubringen, denn er bezog sich auf die Dokumente des XXII. Parteitags der KPdSU und insbesondere auf Äußerungen Nikita Chruschtschows. Dieser hatte in seiner Rede auf dem Parteitag – wie Klaus darlegt – die Kybernetik als Mittel bezeichnet, um die technische Grundlage des Kommunismus zu schaffen. Den ersten Abschnitt seiner Erörterung widmete Klaus deswegen der Analyse der Parteitagsdokumente der KPdSU und hebt die zahlreichen Stellen hervor, an denen die herausragende Rolle der Kybernetik zu Tage trete. Dabei nahm er Bezug auf den neuen Stellenwert, der der Wissenschaft zugewiesen wird, wenn sie selbst zur Produktivkraft wird. Durch diese Argumentation gelingt Klaus der Anschluss an den DDR-Diskurs (vgl. dazu Kapitel 3 dieser Arbeit); weiter führt er aus, dass aus den Dokumenten besonders der

957 Liebscher: Zur Rolle Norbert Wieners bei der Herausbildung der Kybernetik, in: DZfPh 12 (1964), Heft 8, S. 661-669, S. 669.

958 Gerovitch: From Newspeak to Cyberspeak, Cambridge/London 2002.

959 Klaus: Für und wider die Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), Heft 5, S. 582-600.

960 Klaus: Für und wider die Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), Heft 5, S. 582-600, S. 582.

961 Klaus: Für und wider die Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), Heft 5, S. 582-600, S. 582.

Stellenwert der Kybernetik als Produktivkraft hervorgehe und schlussfolgert, dass dies schon ausreiche, um

„eine vorrangige Beschäftigung der Philosophen mit den erkenntnistheoretischen, logischen, historisch-materialistischen usw. Problemen der Kybernetik zu rechtfertigen.“<sup>962</sup>

In den folgenden Abschnitten schlägt Klaus den Bogen zur DDR-Politik und nennt vor allem drei Problemkomplexe, die – so legen es auch die KPdSU-Dokumente nahe – mit Hilfe der Kybernetik bearbeitet werden könnten, nämlich erstens Ökonomie des Kommunismus, zweitens das Wesen der Arbeit im Kommunismus und drittens die Erziehung zur zukünftigen Ausführung der Arbeit.<sup>963</sup> Vor allem das sozialistische Wirtschaftssystem bedürfe der Optimierung; durch kybernetische Regelung und rationelle Organisation sei auch eine bessere Planung, Leitung und Organisation der Wirtschaft zu erwarten. Denn die Komplexität des sozialistischen Wirtschaftssystems ist „mit den Mitteln des ‚unbewaffneten‘ gesunden Menschenverstandes allein nicht mehr überschaubar und daher auch nicht optimierbar.“<sup>964</sup> Klaus' argumentative Strategie war es dabei, auf das 14. Plenum des Zentralkomitees der SED zu verweisen, auf dem der KPdSU-Parteitag ausgewertet worden war, die dortigen Äußerungen kybernetisch zu wenden und hieraus die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der Kybernetik abzuleiten. In seinem Resümee kommt er nicht ohne einen Verweis auf Marx aus:

„Als Marx sein ‚Kapital‘ schrieb, hat er mit der Dialektik Hegels ‚kokettiert‘! [...] Er hat sie materialistisch umgestülpt, ihren rationellen Kern freigelegt und das so gewonnene Resultat auf die politische Ökonomie angewendet. Es ist notwendig, heute ein ähnliches Verfahren mit der Kybernetik durchzuführen. Diese Wissenschaft ist ihrem Wesen nach dialektisch und materialistisch. Man muß dies deutlich sichtbar machen und sie von idealistischen Beimengungen bereinigen [...].“<sup>965</sup>

Überspitzt formuliert legen diese Sätze die Interpretation nahe, dass die Rezeption der Kybernetik schon fast ein revolutionärer Akt war, indem man mit der Kybernetik ähnlich verfährt wie Marx mit der Dialektik, man sie nämlich – im Sinne des geflügelten Wortes – ‚vom Kopf auf die Beine stellt.‘

So malte Klaus im nächsten Teil seines Artikels dann auch Visionen von der zukünftigen, durch Mechanisierung und Automatisierung geprägten Arbeitswelt, einer „kybernetischen[n] Maschinenwelt“. In dieser werde eine verstärkte Zusammenarbeit von Intelligenz und Arbeiterklasse notwendig sein.<sup>966</sup> Dies führte ihn dann aber zu den ganz handfesten, gegenwärtigen Problemen: Klaus konstatierte einen Rückstand der DDR auf dem Gebiet der Kybernetik, der aber nicht durch die Philosophie, sondern nur durch die Einzelwissen-

962 Klaus: Für und wider die Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), Heft 5, S. 582-600, S. 583.

963 Klaus: Für und wider die Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), Heft 5, S. 582-600, S. 584.

964 Klaus: Für und wider die Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), Heft 5, S. 582-600, S. 585.

965 Klaus: Für und wider die Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), Heft 5, S. 582-600, S. 589.

966 Zum zukünftigen Stellenwert der Arbeit und der Rolle von Arbeiterklasse und Intelligenz vgl. Klaus: Schematische schöpferische und geistige Arbeit in kybernetischer Sicht, Teil I + II, in: DZfPh 9 (1961), S. 166-187, S. 344-357.

schaften beseitigt werden kann. Die Rolle der Kybernetik für die Philosophie sei vor allem auf erkenntnistheoretischer Ebene zu suchen: Die Erfahrung der letzten Jahre zeige, dass die Anwendung der Kybernetik in den Einzelwissenschaften immer auch zu einer Reflexion der Grundlagen der Einzelwissenschaft selbst geführt habe, weil die „Kybernetik stets bewusst oder unbewußt explizit oder implizit wesentliche Elemente des Materialismus und der Dialektik mit sich“<sup>967</sup> führe.

Dieser Rückstand auf dem Gebiet der Kybernetik, so hielt Klaus fest, habe in erster Linie ideologische Ursachen und er kritisierte in diesem Zusammenhang Hermann Ley und dessen Buch *Dämon Technik?*<sup>968</sup>, in dem Ley die Kybernetik allein als westliche Ideologie abgetan habe.<sup>969</sup> Klaus meinte, mit dem Verweis auf die Bedeutung, die der Kybernetik seitens der KPdSU und damit indirekt auch seitens der SED zugewiesen wird, die Notwendigkeit der Auseinandersetzung ableiten zu können. Klaus argumentiert aber nicht allein mit diesen ‚äußeren‘, politisch-ideologischen Gründen, sondern auch mit der Kybernetik selbst, indem er sie als materialistische und dialektische Wissenschaft darstellt, denn genau hierin liege es überhaupt begründet, dass sie derartige praktische Erfolge feiern könne:

„Wir sind der festen Überzeugung, daß sich die Kybernetik gegenüber allen Kritikern und Skeptikern in raschem Tempo durchsetzen wird. Sie wird dies vor allem aber durch ihre praktischen Erfolge in allen Bereichen des Lebens und der Gesellschaft erreichen. Sie ist dazu in der Lage, weil sie in sich implizit entscheidende Elemente des Materialismus und der Dialektik trägt und ihrem Wesen nach eine spezifisch kommunistische Wissenschaft, eine Wissenschaft des Morgen ist.“<sup>970</sup>

Klaus beruft sich in einem Text über „Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen“<sup>971</sup> dann auch auf eine Stelle im Parteiprogramm, wo konstatiert wurde, dass die Kybernetik besonders zu fördern sei, und legt einmal mehr die Gemeinsamkeiten marxistischer und kybernetischer Begrifflichkeiten dar, um hieraus die Aufgaben der Philosophen abzuleiten.

„Fragen der Stabilität von Systemen, [...] Probleme der Regelung und Steuerung sind weitgehend Probleme der mathematischen Modellierung dialektischer Widersprüche. [...] *Regelungstheorie ist angewandte Dialektik!*“<sup>972</sup>

Während Georg Klaus in seinen Veröffentlichungen – wie geschildert – vor allem großen Anteil daran hatte, die Kybernetik-Rezeption in der DDR zu legitimieren, waren es Vitali Stoljarow und Karl-Heinz Kannegießer, die in ihrem 1962 erschienenen Überblicksartikel

967 Klaus: Für und wider die Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), Heft 5, S. 582-600, S. 593.

968 Ley: *Dämon Technik?*, Berlin 1961.

969 Die Auseinandersetzung mit Hermann Ley nimmt in dem Artikel den stattlichen Raum von nahezu sechs Seiten ein und muss auch als ein Beitrag in der Debatte zwischen beiden Wissenschaftlern um die führende Position in der DDR-Philosophie gelesen werden.

970 Klaus: Für und wider die Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), Heft 5, S. 582-600, S. 585.

971 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: DZfPh 11 (1963), Heft 6, S. 693-707.

972 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: DZfPh 11 (1963), Heft 6, S. 693-707, S. 698f. Hervorh. im Original.

„Zu einigen philosophischen Fragen der Kybernetik“<sup>973</sup> erstmals um eine systematische Übersicht über die Möglichkeiten und Grenzen der Kybernetik bemüht waren. Zugleich diente der Text dazu, die Grundbegriffe der neuen Disziplin darzulegen. Die Autoren fassten hierzu verschiedene Lesarten von Kybernetik zusammen und diskutieren sie mit dem Ergebnis, sich der Definition von Norbert Wiener, bei der Kybernetik handle es sich um die Wissenschaft von der Steuerung, Regelung und Nachrichtenübermittlung im lebendigen Organismus und in der Maschine,<sup>974</sup> anzuschließen. Diese Zustimmung erfolgt allerdings nicht ohne den Verweis auf zahlreiche sowjetische Wissenschaften, deren Definitionen kaum von der Wiener'schen abweichen. Ein weiterer Aspekt erscheint Stoljarow und Kannegießer erwähnenswert, nämlich dass die

„Kybernetik, ähnlich der Mathematik, von der spezifischen stofflichen Verwirklichung stofflicher Systeme abstrahiert und nur die funktionellen und strukturellen Beziehungen des informationsverarbeitenden Systems betrachtet.“<sup>975</sup>

In der Folge gehen die Autoren erstmals ausführlich auf den Informationsbegriff und dessen Rolle für die Kybernetik ein und setzen ihn analog zum Energiebegriff in der Physik. Vor allem bei der ideologischen Einordnung des Informationsbegriffes, so das Fazit von Stoljarow und Kannegießer, seien die Philosophen gefragt. Teilweise parallel zu dieser Einordnung der Kybernetik in den ideologischen Diskurs war es vor allem – wie oben bereits angedeutet – die Behandlung des Verhältnisses von Kybernetik und Dialektik, die diese Rezeptionsphase bestimmte und eine (gegenüber der Rezeption in der UdSSR) neuartige Wendung darstellte, deren Bedeutung aber für die Durchsetzung der Kybernetik in der DDR nicht zu unterschätzen ist.

### ***Kybernetik und Dialektik***

„Wir können in diesem Zusammenhang immer nur wiederholen, was wir schon mehrfach betont haben, nämlich daß Lenins Feststellung aus dem Jahr 1908, derzufolge die Physik im Begriffe sei, den dialektischen Materialismus zu gebären, in verstärktem Maße und noch viel umfassender für die Kybernetik gilt.“<sup>976</sup>

Inhaltlich, so hat sich gezeigt, konstruierten die Befürworter der Kybernetik eine Tradition zwischen Hegel, Marx und der Kybernetik, die vor allem auf den dialektischen Gehalt der neuen Wissenschaft verwies und sich aus den Begriffen des Systems und der Wechselwirkung (Rückkopplung) speiste. Mit Hilfe des Rekurses auf Lenin trat noch ein weiterer Aspekt hinzu: Die Kybernetik wurde, wie das oben angeführte Zitat zeigt, in den Kontext

---

973 Stoljarow/Kannegießer: Zu einigen philosophischen Fragen der Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), S. 602-620.

974 Vgl. Wiener: *Cybernetics* 1952.

975 Stoljarow/Kannegießer: Zu einigen philosophischen Fragen der Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), S. 602-620, S. 605.

976 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: DZfPh 11 (1963), S. 693-707, S. 696. Hierbei scheint es sich um eine von Klaus sehr geschätzte Aussage Lenins zu handeln: Nahezu identische Zitate finden sich in: Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277, S. 1266 sowie in Klaus: Über Fragen der Logik, in: DZfPh 1 (1963), Heft 2, S. 363-377, S. 377.

der modernen Naturwissenschaften gestellt und als eine Disziplin eingeführt, die einen „eindeutige[n] Beweis für die Richtigkeit der dialektisch-materialistischen Denkweise liefere, und zwar unabhängig davon, ob dies allen Vertretern dieser Disziplin bereits bewußt ist oder nicht.“<sup>977</sup>

So durchzieht die Frage nach dem Verhältnis von Kybernetik und Dialektik auch wie ein roter Faden die Veröffentlichungen der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*. Charakteristisch für den systemischen Denkstil in der DDR war der Verweis auf den (implizit) dialektischen Charakter der Kybernetik, den es zu ‚durchdenken‘ und ‚herauszuarbeiten‘ galt, um im Bereich der Kybernetik zur ‚exakten Begriffsbildung‘ beizutragen. Zunächst hatte dieser Topos dazu gedient, die Auseinandersetzung mit der Kybernetik überhaupt erst anzustoßen, denn der Verweis auf ihren dialektischen Charakter galt gleichzeitig als Nachweis der Vereinbarkeit von Marxismus und Kybernetik bzw. der Vereinbarkeit von dialektischem Materialismus und Kybernetik. Er erfüllte damit eine legitimatorische Funktion und war – nach der ursprünglichen Ablehnung – die Bedingung der Möglichkeit der Denkstilbildung.

„Die Kybernetik, diese neue sich rasch entwickelnde Wissenschaft mit ihrem sich ständig ausweitenden Anwendungsfeld, läßt uns nicht nur in vielen Bereichen schon Bekanntes in neuem Lichte erscheinen, bereits gewonnene Theoreme besser und tiefer verstehen, sondern wirft auch in fast allen Gebieten, mit denen sie in Berührung kommt, neue Fragestellungen auf. Diese universelle Fähigkeit besitzt sie, weil sie ungeachtet des ideologischen, fachwissenschaftlichen und politischen Mißbrauchs, der in den westlichen Ländern vielfach mit ihr getrieben wird, ihren Wesen nach zutiefst materialistisch und dialektisch ist.“<sup>978</sup>

Die These vom dialektischen Gehalt der Kybernetik, die Georg Klaus bereits 1961 vertreten hatte, leitete Klaus zu der Argumentation, dass die Kybernetik bzw. kybernetische Maschinen nur im Sozialismus zur vollen Entfaltung gelangen könnten, weil sie dazu dienten, die technische Entfremdung zu überwinden; dies sei aber nur bei gleichzeitigem Bewusstseinswandel möglich, d.h., wenn die Werktätigen ihre freie Zeit zu nutzen wissen und sich Bildung aneignen, damit sie schöpferisch (im Sinne davon, etwas Neues zu erschaffen) arbeiten könnten.<sup>979</sup> Ausgangspunkt für die Unterscheidung zwischen der Kybernetik-Rezeption in Ost und West war für Klaus damit die Gesellschaftsformation. Dies war bereits eine Konsequenz der Anwendung von Kybernetik. Zuvor war allerdings die erwähnte These des dialektischen Gehalts der Kybernetik zu erläutern.

Es stellt sich folglich die Frage, was genau die unterschiedlichen Autoren nun unter dem dialektischen Gehalt der Kybernetik verstanden. Auf welche argumentativen Strategien

---

977 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277, S. 1266.

978 Klaus: Schematische schöpferische und geistige Arbeit in kybernetischer Sicht, Teil I, in: DZfPh 9 (1961), S. 166-187, S. 166.

979 Klaus: Schematische schöpferische und geistige Arbeit in kybernetischer Sicht, Teil II, in: DZfPh 9 (1961), S. 166-187, S. 365.



griffen sie zurück, um die Kybernetik-Rezeption in der DDR voran zu treiben? Schon einige Monate bevor Georg Klaus die Haltung der UdSSR zur Kybernetik so ausführlich erläutert hatte, war ein Artikel von ihm und Rainer Thiel erschienen, der den Titel „Über die Existenz kybernetischer Systeme in der Gesellschaft“<sup>980</sup> trägt und Aufschluss über die Argumentationsweisen zu geben vermag. Die Ausgangsfrage der beiden Autoren war es, ob sich ökonomische Probleme mathematisch darstellen lassen und sie vertraten die These, dass dies mit Hilfe der Kybernetik möglich sei. Für den Beweis griffen Klaus und Thiel aus der Dialektik stammende Begriffe wie System (und Umwelt), Wechselwirkung (Rückkopplung) und Selbstbewegung (auch als Selbstorganisation bezeichnet) auf und deuteten diese kybernetisch. Dies macht die genannten Begriffe so auch zu Schlüsselbegriffen für die Denkstilbildung. Angedeutet hatte sich dies Vorgehen bereits in dem Teleologie-Text von Klaus, wenngleich in diesem vor allem die Konstruktion der marxistischen Tradition des Systemdenkens im Vordergrund gestanden hatte.

Klaus und Thiel gingen jedoch einen Schritt weiter und ihre Strategie macht deutlich, dass sich die Traditions konstruktion nur schwerlich von der Konstatierung eines dialektischen Gehalts der Kybernetik trennen lässt: Die Autoren legten den Klassiker des Marxismus schlechthin, nämlich *Das Kapital* von Karl Marx zu Grunde und begaben sich auf die Suche nach kybernetischen Systemen in Marx' Schrift. Und sie wurden in zahlreichen Kapiteln fündig, wie etwa das folgende Diagramm, in dem das Marx'sche Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate in Form eines typisch kybernetischen Blockdiagramms dargestellt wird, demonstriert:

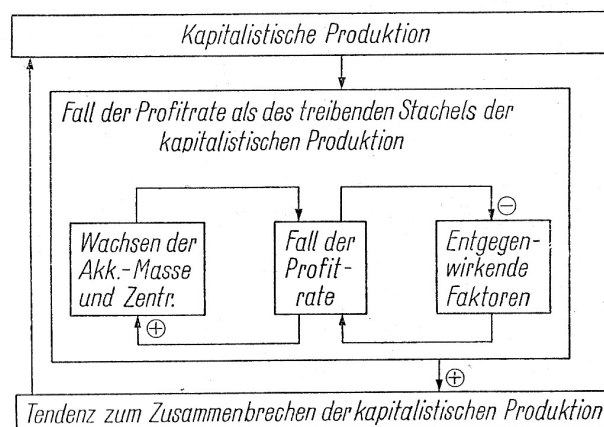


Abbildung 5: Darstellung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, Grafik aus Klaus/Thiel: Über die Existenz kybernetischer Systeme in der Gesellschaft, in: DZfPh 10 (1962), S. 44

980 Klaus/Thiel: Kybernetische Systeme in der Gesellschaft, in: DZfPh 10 (1962), S. 22-57.

Nachdem die Autoren einige solcher Systeme erörtert haben, analysierten Klaus und Thiel, dass die gezeigten Systeme folgende Gemeinsamkeiten aufweisen würden: Sie seien gekennzeichnet von dialektischen Widersprüchen und der Einheit von Notwendigkeit und Zufall und wiesen eine Tendenz zur Zielstrebigkeit auf. Im nächsten Schritt gingen Klaus und Thiel dazu über, die grundsätzlichen Charakteristika kybernetischer Systeme darzulegen und schließlich ökonomische und kybernetische Systeme zu vergleichen. Hierbei kamen sie zu dem Ergebnis, dass ökonomische und kybernetische Systeme isomorph seien, d.h., sie sind äquivalent zueinander und weisen die gleiche Struktur auf, was sie an Mechanismen wie dem der Rückkopplung, des Regelkreises, des System-Umwelt-Verhältnisses und der Wechselwirkung darlegen.<sup>981</sup>

Nicht zuletzt derartig weitgehende Deutungen der Kybernetik waren es, die – so wird zu zeigen sein – Kritik an der neuen Wissenschaft hervorriefen. Denn wenngleich diese Argumentation dazu dienlich gewesen war, die Rezeption der Kybernetik in der DDR anzustoßen, glich sie doch einer Art Tanz auf dem Vulkan, da sie gleichermaßen die herausragende Stellung der Philosophie im Wissenschaftssystem der DDR in Frage stellte, wenn sie die Kybernetik zu einer neuen Universalwissenschaft erhob.<sup>982</sup>

### ***Philosophie – Einzelwissenschaften – Kybernetik***

Das Problem bestand darin, dass die Kybernetik – verstanden als Universalwissenschaft – der Philosophie ihre Vormachtsstellung streitig machen konnte. Ein wichtiger Bestandteil der Denkstilbildung in der Etablierungsphase der Kybernetik war deswegen ihr Verhältnis zur Philosophie auf der einen und den Einzelwissenschaften auf der anderen Seite.

Was das Verhältnis der Kybernetik zur Philosophie betraf, lautete das Argument, dass die Leistung beider Wissenschaften darin bestehe, einen hohen Grad der Verallgemeinerung aufzuweisen und dass sie vom eigentlichen inhaltlichen Gegenstand zu abstrahieren vermochten.<sup>983</sup> Für die Einzelwissenschaften stellte die Kybernetik ein „vermittelndes Glied“<sup>984</sup> zwischen der Mathematik und den Einzelwissenschaften dar:

„Ihr implizit philosophischer, genauer gesagt dialektisch-materialistischer Gehalt bringt es mit sich, daß dabei [bei der Erforschung einzelwissenschaftlicher Probleme, V.W.] fast immer philosophische Fragestellungen auftauchen.“<sup>985</sup>

Diese Fragestellungen betreffen vor allem die Philosophie der Naturwissenschaften und die Erkenntnistheorie. Die Gemeinsamkeit von Philosophie und Kybernetik ist, dass die „Kybernetik als eine allgemeine umfassende Theorie mit einem Geltungsbereich und methodo-

981 Klaus/Thiel: Kybernetische Systeme in der Gesellschaft, in: DZfPh 10 (1962), S. 22-57, S. 48f.

982 Zu diesem Kritikpunkt vgl. etwa Stoljarow/Kannegießer: Zu einigen philosophischen Fragen der Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), S. 602-620, S. 606.

983 Klaus/Thiel: Kybernetische Systeme in der Gesellschaft, in: DZfPh 10 (1962), S. 22-57.

984 Klaus/Thiel: Kybernetische Systeme in der Gesellschaft, in: DZfPh 10 (1962), S. 22-57, S. 22.

985 Klaus/Thiel: Kybernetische Systeme in der Gesellschaft, in: DZfPh 10 (1962), S. 22-57, S. 22.

logischer Bedeutung – ähnlich der Philosophie“<sup>986</sup> betrachtet werden müsse. Georg Klaus präzierte diesen Ansatz:

„Was die unmittelbare Beziehung von Philosophie und Kybernetik betrifft, so beinhaltet sie einerseits eine wesentliche Bereicherung der marxistischen Philosophie, andererseits heuristische Hilfe für die Ausgestaltung von System und Methode dieser neuen Disziplin durch die verschiedenen Bereiche der marxistischen Philosophie.“<sup>987</sup>

Aufgabe der Philosophie, so geht aus den Ausführungen von Klaus hervor, sei die Theorie- und Begriffsbildung. Denn nur so – das schwingt implizit in seinen Ausführungen mit – könne gewährleistet werden, dass die Kybernetikrezeption nicht in eine falsche Richtung laufe. Die westliche Debatte diene ihm dabei als negatives Beispiel. Gelingen es aber, den ‚echten‘ Gehalt der Kybernetik ‚herauszuarbeiten‘, eröffne sie ein schier unbegrenztes Feld der Anwendungsmöglichkeiten, die er dann im Folgenden für die unterschiedlichen Disziplinen herausarbeitet. Von der Allgemeinheit der kybernetischen Begriffe profitieren könnten vor allem die technischen und die Arbeitswissenschaften, Biologie und Medizin, Pädagogik und Ökonomie.

Als wichtigste Aufgabe der Philosophen formulierte Klaus, dass es notwendig sei, „mögliche mathematische Modelle dialektischer Strukturen zu finden.“<sup>988</sup> Dass es diese gebe, daran ließ er keinen Zweifel aufkommen, hierzu bedürfe es auch

„keines besonderen Existenzbeweises [...]. Dazu genügt schon eine einfache Überlegung. Wenn die Naturwissenschaften [...] in der Lage sind, die objektive Realität mit den Mitteln der Mathematik adäquat abzubilden, wenn diese objektive Realität aber andererseits, wie der dialektische Materialismus beweist, ihrem Wesen nach dialektisch strukturiert ist, so bedeutet dies, daß die Mathematik das dialektische Wesen der Wirklichkeit erfassen kann.“<sup>989</sup>

Verdienst der Kybernetik war es damit aus Klaus' Sicht, als Mittlerin zwischen Philosophie und Mathematik zu fungieren. Er sah die Kybernetik als Schlüssel, die Philosophie auf eine naturwissenschaftlich-exakte Grundlage zu stellen. Durch Modellierungen sollte es so etwa gelingen, das Systemverhalten unterschiedlicher Systeme zu berechnen; dies galt aus seiner Sicht auch für Systeme, die dialektische Widersprüche aufwiesen, also etwa gesellschaftliche Systeme. Das Neue und zugleich Zentrale an dieser Ansicht war, dass die Kybernetik auf die Struktureigenschaften unterschiedlichster Systeme abhob.

„Keine der neuen Wissenschaften, die in den letzten Jahrzehnten des stürmischen Fortschritts des Wissens entstanden ist, hat bei ihrer Herausbildung so viel Streit und Diskussionen verursacht, wie die Kybernetik. Das hat verschiedene Gründe. Die Kybernetik bedeutet vor allem ein neues Herangehen an die Erforschung der objektiven Realität. Ihre Begriffe sind für unser Denken noch etwas ungewohnt, weil sie nicht die stofflich-

---

986 Stoljarow/Kannegießer: Zu einigen philosophischen Fragen der Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), S. 602-620, S. 619.

987 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: DZfPh 11 (1963), Heft 6, S. 693-707, S. 694.

988 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: DZfPh 11 (1963), Heft 6, S. 693-707, S. 694.

989 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: DZfPh 11 (1963), Heft 6, S. 693-707, S. 694f.

energetischen Eigenschaften widerspiegeln, sondern die funktionell-strukturellen Eigenschaften.“<sup>990</sup>

Gewissermaßen bewegte die Kybernetik sich damit auf einer Metaebene: Die Kybernetik stellte die Methoden bereit, mit Hilfe derer die Gemeinsamkeiten unterschiedlicher Systemarten untersucht werden sollten.

„Es ist nicht das Anliegen der Kybernetik, Ökonomisches, Mechanisches und Elektrisches einander gleichzustellen. Ihr Anliegen besteht nur darin, das diesen Bereichen Gemeinsame hervorzuheben und zu untersuchen. Sie kann in dieser Hinsicht mit der Philosophie verglichen werden, die als Theorie allgemeinsten Eigenschaften der Wirklichkeit Gemeinsamkeiten verschiedener Bereiche untersucht.“<sup>991</sup>

Klaus verwies darauf, dass die SED der Wissenschaft in ihrem Programm die Rolle einer Produktivkraft zuweise. Angesichts der Potentiale der Kybernetik für zahlreiche Wissenschaftsdisziplinen, wie er sie in seinen Ausführungen nachgewiesen hat, zitierte er die entsprechende Stelle aus dem Parteiprogramm und schloss: „Das hier Gesagte [...] tritt uns in dieser neuen revolutionären Disziplin in potenziierter Form entgegen.“<sup>992</sup>

Doch was genau machte nun das Potential der Kybernetik aus? Welche Begriffe und Methoden waren es, die sie in die Nähe der Philosophie rückten und geeignet erschienen, die allgemeinen Eigenschaften von Systemen zu untersuchen? Kern dessen war die neue, Strukturen und nicht Materie betonende Herangehensweise der Kybernetik. Damit erschienen die Probleme und Fragen unterschiedlichster Einzeldisziplinen nicht nur in einem neuen Licht, sondern ermöglichten es auch, Gemeinsamkeiten verschiedener Wissenschaften deutlicher heraustreten zu lassen.

„Es gibt zunächst eine ganze Reihe kybernetischer Kategorien, die ihrem Wesen nach bereits philosophische Allgemeinheit besitzen. Es handelt sich um Kategorien wie Kompliziertheit, Komplexität, Struktur, Stabilität, Instabilität, usw. (Systemaspekt) oder Information, Signal, Redundanz, usw. (Informationsaspekt) oder Strategie, Plan, Ziel, Nutzen usw. (Spielaspekt). Es werden aber auch bereits geläufige Kategorien durch die Kybernetik inhaltlich bereichert bzw. genauer profiliert. Kategorien wie dialektischer Widerspruch, Quantität, Qualität oder Kategorienpaare, wie Notwendigkeit–Zufall, Teil–Ganzes usw. gestatten im Rahmen einer kybernetischen Interpretation mathematische Modellierungen.“<sup>993</sup>

betonte Georg Klaus 1963. Aufgabe der Philosophie war es nun, diese Begrifflichkeiten auszudeuten und miteinander in Zusammenhang zu setzen. Dass einige kybernetische Begrifflichkeiten tatsächlich Ähnlichkeiten zur Hegelschen Dialektik aufwiesen (wenngleich die inhaltliche Ausdeutung sich oftmals grundlegend unterschied), machte es den Protagonisten der Debatte leicht, ihre Auseinandersetzung mit der Kybernetik zu legitimieren und sich gegen die (ja zunächst verpönte) westliche Kybernetikrezeption abzusetzen.

---

990 Stoljarow/Kannegießer: Zu einigen philosophischen Fragen der Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), S. 602-620, S. 618.

991 Klaus/Thiel: Kybernetische Systeme in der Gesellschaft, in: DZfPh 10 (1962), S. 22-57, S. 56.

992 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: DZfPh 11 (1963), Heft 6, S. 693-707, S. 707.

993 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: DZfPh 11 (1963), Heft 6, S. 693-707, S. 694.

Die Konstruktion einer marxistischen Tradition des systemischen Denkens und die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen Dialektik und Kybernetik war in den frühen 1960er Jahren ein wichtiger Schritt bei der Etablierung des systemischen Denkstils. Beides diente dazu, Vorbehalte gegen die „westlich-imperialistische Theorie“ aus dem Weg zu räumen und die Überlegenheit der sozialistischen Kybernetikrezeption zu demonstrieren. Ziel war nicht zuletzt, der wissenschaftlich-technischen Revolution durch die Aufnahmen neuer wissenschaftlicher Theorien Vorschub zu leisten und – um im zeitgenössischen Bild zu bleiben – zu überholen ohne einzuholen.

Die Betonung des dialektischen Gehalts der Kybernetik stellte ein spezifisches Charakteristikum der Denkstilbildung in der DDR dar, wie ein Vergleich mit der Debatte in der UdSSR zeigt. Einen Einblick in den sowjetischen Kybernetikdiskurs verschaffte Mitte 1964 ein Tagungsbericht über eine Tagung mit dem Titel „Die Kybernetik im Dienst des technischen und gesellschaftlichen Fortschritts!“, die Anfang Juni 1962 in Moskau stattgefunden hatte. Übertitelt war der Bericht mit „Kybernetik und Philosophie“<sup>994</sup>. Bei der Lektüre des Berichts zeigt sich die Differenz zwischen dem systemischen Denkstil in der UdSSR und der DDR: Auch hier wurden Schlüsselbegriffe der Kybernetik diskutiert, der Zusammenhang zwischen marxistischer Philosophie beziehungsweise Dialektik und Kybernetik spielte aber – anders als in der DDR – nur eine untergeordnete Rolle, während sich zahlreiche Referenten der Anwendung der Kybernetik widmeten.

Und auch in der DDR war es nicht allein der methodologisch-philosophische Gehalt, der die neue Wissenschaft attraktiv erschienen ließ. Er stellte in erster Linie die Voraussetzung dafür dar, sie auch in den Einzelwissenschaften anzuwenden. Ihr besonderes Potential bezog sie daraus, auch für die Einzelwissenschaften einen neuen methodischen Ansatz zu liefern. Stoljarow und Kannegießer schlugen so auch eine Differenzierung der Kybernetik in eine theoretische, eine technische und eine angewandte Richtung vor.<sup>995</sup>

### ***Phase 3: Diversifizierung der Forschungsfelder: Systemisches Denken im wissenschaftlichen Alltag***

1965 war es anlässlich des großen DDR-Philosophiekongresses, der unter dem Motto „Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution“ stehen und im April stattfand, Zeit, eine Bilanz des bisher Erreichten auf dem Gebiet der Kybernetik zu ziehen. Dieser Aufgabe widmete sich Heinz Liebscher<sup>996</sup> und er fasste – erneut mit Bezug auf die Stelle des SED-Programms, in der es hieß, die Kybernetik sei besonders zu fördern – zu-

---

994 Birjukow/Swinzizki: Kybernetik und Philosophie, in: DZfPh 12 (1964), S. 738-748.

995 Stoljarow/Kannegießer: Zu einigen philosophischen Fragen der Kybernetik, in: DZfPh 10 (1962), S. 602-620, S. 620.

996 Liebscher: Kybernetik und philosophische Forschung, in: DZfPh 13 (1965), S. 188-193.

sammen, in welchen Bereichen diesbezüglich besondere Erfolge zu vermelden seien. Liebscher hob etwa die Institutionalisierung der Kybernetik an der Akademie der Wissenschaften vor und verwies auf die zahlreichen Tagungen und Konferenzen, die auf die Initiative der Kybernetik-Kommission der DAW seit 1961 veranstaltet worden waren. Inhaltlich unterstrich Liebscher den Zusammenhang zwischen Kybernetik und Dialektik und betonte einmal mehr die Gemeinsamkeiten philosophischer und kybernetischer Kategorien und Begriffsbildungen, die sich beide durch einen hohen Grad an Abstraktion auszeichnen würden, was vor allem für die marxistische Erkenntnistheorie von Interesse sei. Ähnlich wie Georg Klaus argumentierte Liebscher, dass die Kybernetik philosophische Kategorien wie „Bewusstsein, Denken, Kausalität, Wechselwirkung, Widerspruch, Selbstbewegung, Quantität, Qualität, Entwicklung, Notwendigkeit, Zufall, Arbeit“ zu präzisieren helfen könnte, aber auch kybernetische Kategorien wie „Information, System, Struktur, Funktion, Stabilität, Optimalität, Proportionalität“ eine Bereicherung für die Philosophie darstellten.<sup>997</sup>

Dass diese Kategorien an Bedeutung gewannen und sich die Rezeption des systemischen Denkens zunehmen ausdifferenzierte, bestätigt auch die Analyse der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*: Ab 1965 lässt sich im Kybernetik-Diskurs der Zeitschrift beobachten, dass die inhaltliche Auseinandersetzung und Ausdeutung kybernetischer Begriffe immer mehr in den Vordergrund der Artikel rückte, während die Legitimation einer Auseinandersetzung mit diesen Begriffen nur noch in geringem Maße und vornehmlich als Abgrenzung gegen die Westrezeption der Kybernetik notwendig zu sein schien. Der Zusammenhang zwischen Kybernetik und Dialektik wurde meist nur noch en passant erwähnt: Er war in dieser dritten Rezeptionsphase bereits zur wissenschaftlichen Tatsache geworden. Charakteristisch für diese Phase waren stattdessen zwei Entwicklungen: Erstens traten Spezialaspekte des kybernetischen Denkens (also etwa Bezüge auf die Begriffe Struktur, Wechselwirkung, Modell, Methode) in den Vordergrund und verbreiterten das Spektrum der Auseinandersetzung. Zweitens ist festzustellen, dass der systemtheoretische Aspekt der Kybernetik zunehmend in den Mittelpunkt rückte: Die Debatte bewegte sich zunehmend dahin, ihren Fokus auf Wissenschaftsdisziplinen wie die Biologie, die Psychologie und die Gesellschaftswissenschaften zu legen, die sich mit der Beschreibung und Analyse komplexer Systeme befassten.

### ***Präzisierung der Begrifflichkeiten***

---

997 Liebscher: Kybernetik und philosophische Forschung, in: DZfPh 13 (1965), S. 188-193, S. 192.

Diese, sich seit Mitte der 1960er Jahre vollziehende Ausdifferenzierung des systemischen Denkens war dadurch geprägt, dass aus der Kybernetik und der Systemtheorie stammende Begriffe (Struktur, Modell, System, Information) aufgegriffen, präzisiert und ihr Stellenwert für die marxistisch-leninistische Theorie dargelegt wurden. Hierbei handelte es sich um erkenntnistheoretische Erörterungen, in denen die neuen, mit dem systemischen Denken aufgekommenen Begriffe ins Verhältnis zur marxistischen Philosophie gestellt wurden.

Jurij Satschkow hob beispielsweise 1966 in einem Artikel über „Wahrscheinlichkeit und komplizierte Systeme“<sup>998</sup> auf den strukturtheoretischen Aspekt von Systemtheorie und Kybernetik ab. Er bemängelte, dass die Wahrscheinlichkeitsrechnung bisher zu sehr von einem mechanistischen, durch die Physik geprägten Blick betrachtet worden sei. Das besondere Potential der Wahrscheinlichkeitsrechnung bestand seiner Ansicht nach aber darin, strukturelle und nicht mechanische Eigenschaften von Systemen berechnen zu können. Er hielt Wahrscheinlichkeitsverteilungen für Strukturcharakteristika von Systemen:

„Eine der wichtigsten Kategorien der Systemforschung ist die Kategorie der Struktur. Im weitesten Sinne drückt sie die Synthese und den Charakter des ‚differentiellen‘ und des ‚integralen‘ (ganzheitlichen) Aspekts im Aufbau und die ‚Organisation‘ der Systeme aus.“<sup>999</sup>

Satschkow legte dar, dass die unterschiedlichen Teile eines Systems einem Informationsaustausch unterlagen. Auf Basis dieser Prämisse verband er Wahrscheinlichkeitstheorie und systemisches Denken und war der Auffassung, dass die Kombination beider Ansätze eine den modernen Naturwissenschaften adäquate Herangehensweise an die Phänomene erlaube, weil sie eine Überwindung der mechanistischen Erforschung von Naturobjekten darstelle. Sein Artikel ist somit als Beitrag zu einer methodischen Weiterentwicklung des Gegensatzes von Kausalität und Teleologie zu verstehen, indem er auf den Strukturaspekt und die Wechselwirkungen von Subsystemen abhob.

In eine ähnliche Richtung argumentierte auch Helge Wendt, der ebenfalls die zunehmende Bedeutung des Strukturbegriffs in der philosophischen und naturwissenschaftlichen (kybernetischen) Forschung beobachtete. In seiner gemeinsam mit Frank Richter verfassten Dissertation widmete er sich am Beispiel der Kristallographie den philosophischen Problemen des Strukturbegriffs. Eine Kurzform der Arbeit veröffentlichte Wendt 1966 in der *DZfPh*.<sup>1000</sup> Einleitend nahm er eine Definition des Begriffes der Struktur vor:

„Struktur stellt die Gesamtheit relativ konstanter Beziehungen zwischen den Teilen eines Ganzen dar. Sie ist gewissermaßen das Produkt innerer und äußerer Wechselwirkungen im System ganzheitlicher Beziehungen.“<sup>1001</sup>

---

998 Satschkow: Wahrscheinlichkeit und komplizierte Systeme, in: *DZfPh* 14 (1966), S. 83-92.

999 Satschkow: Wahrscheinlichkeit und komplizierte Systeme, in: *DZfPh* 14 (1966), S. 83-92, S. 87.

1000 Wendt: Bemerkungen zum Strukturbegriff und zum Strukturgesetz, in: *DZfPh* 14 (1966), S. 545-561.

1001 Wendt: Bemerkungen zum Strukturbegriff und zum Strukturgesetz, in: *DZfPh* 14 (1966), S. 545-561, S. 545.

Damit wählte auch Wendt eine Perspektive der ganzheitlichen Betrachtung von Systemen, präziserte aber zunächst, was unter Struktur zu verstehen sei, indem er erläuterte, dass hierzu die Wechselwirkungen der Teile im System und des Systems zur Umwelt zählten und Strukturen immer nur eine relative, aber keine absolute Konstanz aufweisen würden. Strukturen seien dabei jeder Form von Materie inhärent. Auch Wendt bezog sich in seinen Ausführungen wieder auf Klassiker der marxistisch-leninistischen Philosophie: Er erläuterte die Gemeinsamkeiten zwischen seiner Definition der Struktur und dem Leninischen Gesetzesbegriff und entwickelte hieraus den Begriff des Strukturgesetzes, was er als eine Art „Bauplan“ für Systeme unterschiedlichster Couleur definierte. Dies Ausführungen Wendts lassen sich als das lesen, was Georg Klaus in der Etablierungsphase der Kybernetik gefordert hatte, nämlich die neuen Begriffe zu durchdenken und zu präzisieren. Wie auch zuvor, war die Einordnung der Begriffe in den marxistischen Diskurs ein wichtiger Bestandteil dieses Vorhabens.

Günter Kröber schloss sich in seinem Artikel „Strukturgesetz und Gesetzesstruktur“<sup>1002</sup> den Aussagen Wendts an, hob aber noch stärker auf die Frage des Verhältnisses von (Natur-)Gesetzen und Strukturgesetzen ab. Hierzu wählte er eine deduktive Methode, in dem er die Definitionen von Gesetz und Struktur zu Grunde legte und davon ausgehend die Besonderheiten von Strukturgesetzen gegenüber anderen Gesetzen erläuterte. Unter Gesetz verstand Kröber den „notwendige[n], allgemeine[n] und wesentliche[n] Zusammenhang zwischen Objekten, Systemen etc. der objektiven Realität.“<sup>1003</sup> Den Begriff der Struktur definierte Kröber folgendermaßen:

„Der Begriff ‚Struktur‘ steht im engen Zusammenhang mit den Begriffen ‚System‘ und ‚Element‘. Jedes – materielle oder ideelle – System besteht aus Elementen, die in bestimmter Weise angeordnet und durch bestimmte Relationen miteinander verknüpft sind. Unter der Struktur eines Systems verstehen wir die Art der Anordnung und der Verknüpfung seiner Elemente. [...] Als Gesamtheit von Relationen ist die Struktur eines Systems ein bestimmter Zusammenhang zwischen den Elementen des Systems. Dieser Zusammenhang kann notwendig oder zufällig, allgemein oder einmalig, wesentlich oder unwesentlich sein. Ist er notwendig, allgemein und wesentlich, so handelt es sich im Sinne des oben Dargelegten um einen Gesetzeszusammenhang. Nicht jede Struktur trägt mithin gesetzmäßigen Charakter.“<sup>1004</sup>

Auf der Basis dieser beiden Festlegungen führte Kröber nun aus, dass es bestimmte Strukturgesetze gebe, die sich dadurch auszeichneten, für eine Klasse von Systemen elementar zu sein. Dies stelle die notwendige und hinreichende Bedingung für ihre Existenz dar. Kröbers Definition von Strukturgesetzen implizierte dabei zweierlei: Erstens lieferte er mit dem Begriff des Strukturgesetzes einen Begriff zur Beschreibung nicht-kausaler Zusammenhänge (Systeme), den er dem Gesetzesbegriff gleichsetzte und trug damit zu dessen Objektivierung

---

1002 Kröber: Strukturgesetz und Gesetzesstruktur, in: DZfPh 15 (1967), S. 202-216.

1003 Kröber: Strukturgesetz und Gesetzesstruktur, in: DZfPh 15 (1967), S. 202-216, S. 203.

1004 Kröber: Strukturgesetz und Gesetzesstruktur, in: DZfPh 15 (1967), S. 202-216, S. 207.



bei. Zweitens ist auffällig, dass Kröber den Begriff des Systems in seinen Ausführungen unhinterfragt voraussetzte, ja, seine Ausführungen zum Strukturbegriff sogar auf dem Systembegriff beruhten. An diesem Beispiel zeigt sich, was auch schon für die Kybernetik galt, nämlich dass die Systemtheorie zur wissenschaftlichen Tatsache geworden war. Nicht nur das unhinterfragte Verwenden des Systembegriffs, sondern auch die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Struktur, der für die Systemtheorie eine zentrale Rolle spielt, stützen diese Interpretation. Kröber interpretierte den Begriff der Struktur dabei als Merkmal von Systemen, wobei er aber vom Inhalt der zu beschreibenden Systeme abstrahierte. Das bedeutete zugleich, den Systembegriff auch für die Beschreibung der Gesellschaft zu verwenden zu können, wie er ausdrücklich betonte:

„Neben den Strukturgesetzen für Systeme gleichartiger Natur gibt es auch solche, die gesetzmäßige strukturelle Zusammenhänge in Systemen verschiedenartiger Natur darstellen. Hierher gehören z.B. viele logische, mathematische und kybernetische Gesetze, die Strukturzusammenhänge unabhängig davon beschreiben, ob diese Strukturen beispielsweise in Systemen anorganischen, organischen oder gesellschaftlichen Typs bestehen.“<sup>1005</sup>

Die erkenntnistheoretische Implikation von Kröbers Argumentation war, dass eben nicht nur die anorganische Materie bestimmten Gesetzmäßigkeiten (Ursache-Wirkungszusammenhängen) unterliege, sondern auch Systeme, die sich nicht rein kausal verhielten, bestimmten Gesetzmäßigkeiten, nämlich den Strukturgesetzen, folgen würden, die das Verhalten des Systems notwendig bestimmten. Erneut brachte Kröber damit die Frage nach Kausalität und Zweckmäßigkeit auf, die die Debatte um das systemische Denken seit ihrer Einführung begleitet hatte.

„Nicht jedes Gesetz ist jedoch ein kausales. [...] Gesetze nichtkausalen Typs sind z.B. Strukturgesetze. Als gesetzmäßige Zusammenhänge gleicher Strukturen besteht ihr Wesen nicht in einer Kausalrelation. [...] Auch im gesellschaftlichen Bereich gibt es Gesetze nichtkausalen Typs. Die Menschen stellen sich auf der Grundlage objektiver Bedingungen und in Kenntnis dessen, welche sozialen Wirkungen durch welche sozialen Ursachen hervorgebracht werden können, bewußt Ziele, die sie in ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit zu verwirklichen suchen. Dies gilt besonders für die sozialistische Gesellschaftsordnung. Das Wesen vieler gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten im Sozialismus besteht deshalb darin, notwendige, allgemeine und wesentliche Zusammenhänge zwischen dem Ziel der gesellschaftlichen Tätigkeit der Menschen und den Mitteln, die zur Erreichung dieses Zieles in Bewegung gesetzt werden müssen, zu sein.“<sup>1006</sup>

Mit dem Begriff des Strukturgesetzes lieferte Kröber so auch eine Erklärung für gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus. Diese Interpretation verwundert nicht, wenn man seine weiteren Ausführungen zu dieser Thematik, die er ein Jahr später unter dem Titel „Die Kategorie der Struktur und der kategorische Strukturalismus“ in die Betrachtung einbezieht. Dort konstatierte Kröber, dass die zunehmende Erforschung struktureller Zusammenhänge ein wichtiges Merkmal der aktuellen Wissenschaftsentwicklung darstelle

---

1005 Kröber: Strukturgesetz und Gesetzesstruktur, in: DZfPh 15 (1967), S. 202-216, S. 209.

1006 Kröber: Strukturgesetz und Gesetzesstruktur, in: DZfPh 15 (1967), S. 202-216, S. 211f.

und untermauerte diese Beobachtung mit zahlreichen Beispielen aus den Naturwissenschaften, aber auch den Gesellschaftswissenschaften:

„Probleme der Klassenstruktur sind für die Festlegung der politischen Linie der kommunistischen und Arbeiterparteien in den verschiedensten – kapitalistischen wie sozialistischen – Ländern von großer Wichtigkeit. In der Kybernetik und Systemtheorie hat sich das Denken in Strukturen schließlich zu einem relativ hohen Grad der Allgemeinheit erhoben, der es gestattet, strukturelle Beziehungen und Gesetzmäßigkeiten in abstrakter Form, unabhängig von der konkreten Bewegungsform der Materie, in der sie existieren, zu erforschen und in entsprechenden Bereichen der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Praxis nutzbar zu machen.“<sup>1007</sup>

Gleichwohl wollte Kröber zwischen dem in verschiedenen Einzelwissenschaften betriebenen Strukturalismus und dem Strukturalismus als philosophische Richtung, den er als kategorischen Strukturalismus definierte, unterscheiden wissen. Mit der Ausdehnung der Strukturanalysen auf geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Bereiche (Psychologie, Soziologie, Ethnologie, Sprachwissenschaft), so kritisierte Kröber, ginge der Stellenwert des menschlichen Subjekt verloren und der Fokus läge allein auf überindividuellen Strukturen. Kröber griff damit eine, vor allem in der französischen Philosophie geführte Diskussion zwischen den Existentialisten und Strukturalisten auf; die Strukturanalysen von Systemen betreffend, wollte er das Feld nicht den ‚Ideologen der Entideologisierung‘ (*Der Spiegel* in Heft 13 von 1967) wie Roland Barthes, Claude Lévi-Strauss, Jaques Lacan, Talcott Parsons, Robert Merton und anderen überlassen, sondern ihrer Sichtweise eine marxistische Lesart von systemtheoretischen Strukturanalysen entgegenhalten.

„Wenn wir den kategorischen Strukturalismus kritisch analysieren, dann tun wir dies in der Absicht, die Vorzüge der *Systemanalyse* und des *Systemdenkens*, auf die wir im Prozeß der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus mit Recht so großen Wert legen, gegenüber dem Vorgehen des kategorischen Strukturalismus in gesellschaftlichen Fragen zu erkennen, zu begründen und praktisch nutzbar zu machen.“<sup>1008</sup>

Kröbers Sichtweise offenbart, wie wichtig der Systembegriff auch für die marxistische Philosophie und Gesellschaftswissenschaft geworden war. Indem er auch rhetorisch einen Zusammenhang zwischen dem Systemdenken und dem entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus herstellte, wird offensichtlich, welchen gehobenen Stellenwert er dem Systembegriff für die Analyse von Strukturen beimaß. So betonte Kröber auch, dass Strukturanalysen immer nur im Hinblick auf Systeme erfolgen könnten. Seine Kritik am kategorischen Strukturalismus war deswegen, dass dieser Strukturen verabsolutieren und losgelöst von den Systemzusammenhängen analysieren würde.

„Die Erkenntnis von Strukturen kann [...] kein Selbstzweck der wissenschaftlichen Forschung sein. [...] Das aber impliziert, daß es nicht allein darauf ankommt, die innere Struktur eines Systems gleichsam als etwas sich selbst Genügendes aufzudecken, sondern daß diese Struktur in ihren Bezügen, ihren Zusammenhängen und Wechselwirkungen

---

1007 Kröber: Die Kategorie der Struktur, in: DZfPh 16 (1968), S1310-1324, S. 1310f.

1008 Kröber: Die Kategorie der Struktur, in: DZfPh 16 (1968), S1310-1324, S. 1313f. Hervorh. im Original.

mit der Umgebung des Systems bzw. als Struktur eines Teilsystems in ihrem Verhältnis zu anderen Teilsystemen und deren Struktur und schließlich zur Struktur des Gesamtsystems betrachtet werden muss.“<sup>1009</sup>

Kröber betonte ausdrücklich, dass seine Kritik sich nicht gegen die Anwendung der Strukturanalyse in den Einzelwissenschaften wende, sondern nur den kategorischen Strukturalismus betreffe:

„Für den kategorischen Strukturalismus existieren Struktur und Element nicht als dialektische Einheit im System, sondern ist die Struktur das Primäre und Bestimmende, das vor und unabhängig von den Elementen und vom System selbständige Existenz haben soll.“<sup>1010</sup>

Dieser Sichtweise hielt Kröber einen marxistischen Systembegriff entgegen. Er hob hervor, dass Marx „mit seiner Lehre von der ökonomischen Gesellschaftsformation die Struktur- und Systemanalyse der Gesellschaft begründet“<sup>1011</sup> habe. Im Gegensatz zum kategorischen Strukturalismus habe Marx dabei aber die gesellschaftliche Entwicklung als Prozess begriffen und die Gesellschaft als dynamisches System beschrieben. Was Kröber zu seiner Kritik am kategorischen Strukturalismus veranlasste, war vor allem das Verschwinden des handelnden Subjekts, welches aber gerade für die sozialistische Gesellschaft die Triebkraft gesellschaftlicher Veränderung darstellte. Seine Ausführungen müssen deswegen auch als Versuch der Abgrenzung gegen strukturalistische und systemtheoretische Ansätze westlicher Provenienz gelesen werden. Wollte man die Anwendung der Systemtheorie in der DDR legitimieren, durfte sie eben nicht wie bei den französischen Strukturalisten „entideologisiert“ daherkommen. Dies, so Kröber, würde bedeuten, dem Marxschen Humanismus abzuschwören:

„Wollen wir im Menschen nur noch den Träger strukturloser Beziehungen sehen, so müssten wir uns vom marxistischen Humanismus lossagen, der den Menschen, die allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit, als bewussten Schöpfer seiner Geschichte in den Mittelpunkt all seiner Betrachtungen, all seines Strebens und all seiner Kämpfe stellt. Aber nicht nur das. Wir wären gar nicht in der Lage, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus aufzubauen. [...] Nicht mit dem Strukturalismus gegen den Menschen, sondern mit dem Marxismus für den Menschen und seine soziale und geistige Befreiung geht daher unser Weg.“<sup>1012</sup>

Ein weiterer Begriff, der die erkenntnistheoretischen Debatten seit Mitte der 1960er Jahre prägte, war der Begriff des Modells. Er stammte ebenfalls aus dem Bereich des systemischen Denkens und gehörte zu jenen Aspekten, für die eine Präzisierung erforderlich war. Aus diesem Grund widmete sich Klaus Dieter Wüstneck der genaueren Erläuterung der Modellmethode und des Modellbegriffs. Er wollte seinen Aufsatz als einen Beitrag zur Methodologie der Modellierung verstanden wissen. Ihm ging es darum, den Prozess der Bildung

---

1009 Kröber: Die Kategorie der Struktur, in: DZfPh 16 (1968), S1310-1324, S. 1316.

1010 Kröber: Die Kategorie der Struktur, in: DZfPh 16 (1968), S1310-1324, S. 1317.

1011 Kröber: Die Kategorie der Struktur, in: DZfPh 16 (1968), S1310-1324, S. 1321.

1012 Kröber: Die Kategorie der Struktur, in: DZfPh 16 (1968), S1310-1324, S. 1324.

von Modellen in seiner allgemeinsten Form nachzuzeichnen und vom Menschen als modellbildendes Subjekt abstrahieren. Wüstneck betonte, dass nicht die „Erkenntnistheorie, sondern darüber hinaus Informationstheorie, Systemtheorie und Kybernetik allgemeinere theoretische Grundlagen für die Methodologie der Modellierung sind [...]“<sup>1013</sup> Er hob als Charakteristika der Modellbildung die Prozesse der Objektivierung, der funktionalen Verallgemeinerung und der Formalisierung hervor und definierte ein Modell als

„ein dem Original analoges System, das von einem Subjekt ausgewählt oder hergestellt wird, um von den Informationen über Modelleigenschaften unter Ausnutzung der Informationen über die vorliegende Analogierelation solche Informationen über das Original abzuleiten, die an letzterem nicht oder nur mit unzulässigem Aufwand direkt zugänglich sind, aber für die Durchführung einer gegebenen Aufgabe vom Subjekt benötigt werden.“<sup>1014</sup>

Wüstnecks Anliegen war es, die erkenntnistheoretische Dimension der wissenschaftlichen Methode der Modellbildung darzulegen und zu zeigen, auf welchen Grundlagen sie basiere, um damit zugleich die Möglichkeiten und Grenzen dieser Methode für die Einzelwissenschaften zu diskutieren.

Dass die Methode der Modellbildung Teil der mit der wissenschaftlich-technischen Revolution einhergehenden Veränderungen im Erkenntnisprozess war, dokumentiert auch ein Artikel des sowjetischen Philosophen Il'ja Bencionovic Novik, der ein Jahr später in der *DZfPh* erschien. Dort schrieb Novik: „In den Vordergrund der Erkenntnis tritt gegenüber der Untersuchung von stofflichen Substraten die Untersuchung von Relationen der Objekte der Realität.“<sup>1015</sup> Er beschrieb die Modellbildung als Entwicklung eines „Hilfssystems“, welches zwischen dem erkennenden Subjekt und dem zu erkennenden Objekt stehe und dem Subjekt Erkenntnisse über das Objekt erlaube. Die Vorteile der Modellbildung lägen in der Vereinfachung komplizierter Systeme und der Quantifizierung komplexer Prozesse, wodurch man vor allem empirische Wissenschaften wie die Soziologie, die Psychologie oder die Biologie bis zu einem gewissen Grad mit exakten, mathematischen Methoden (quantifizierbare Abhängigkeiten der Systemelemente untereinander, statistische Methoden, Wahrscheinlichkeitsrechnung) untermauern könne. Zwar bemängelte Novik die Schwammigkeit des Modellbegriffs, aber er sah keinen Grund, ihn deswegen nicht dennoch für empirische Wissenschaften nutzbar zu machen.

Peter Ruben und Helmut Wolter waren diesbezüglich anderer Meinung. Ihr Anliegen war der Versuch, „eine präzise Festlegung des Modellbegriffs vorzunehmen,“<sup>1016</sup> nachdem die Autoren zunächst eine Übersicht über die zahlreichen Definitionen des Modellbegriffs

---

1013 Wüstneck: Gesetzmäßigkeiten und Kategorien der wissenschaftlichen Modellmethode, in: *DZfPh* 14 (1966), S. 1452-1467, S. 1454.

1014 Wüstneck: Gesetzmäßigkeiten und Kategorien der wissenschaftlichen Modellmethode, in: *DZfPh* 14 (1966), S. 1452-1457, S. 1457.

1015 Novik: Methodologische Fragen der Modellierung, in: *DZfPh* 15 (1967), S. 536-548, S. 536.

1016 Ruben/Wolter: Modell, Modellmethode und Wirklichkeit, in: *DZfPh* 17 (1969), S. 1225-1239, S.1233.

lieferten und diese kritisierten. Kernpunkt ihrer Kritik war die Auffassung, dass die bestehenden Modellbegriffe die materialistische Dialektik der Gegenstände nicht ausreichend berücksichtigen würden. Bei der Konzeption eines tragfähigen, d.h., mit der marxistisch-leninistischen Philosophie vereinbaren Modellbegriffs müsse berücksichtigt werden, dass die Modelle nicht die Wirklichkeit abbilden könnten, sondern immer nur einen „Ausschnitt aus den Verhaltensmöglichkeiten materieller Gegenstände angeben“<sup>1017</sup> würden. So entwickelten Ruben und Wolter einen eigenen Modellbegriff, der aus ihrer Sicht den skizzierten Ansprüchen gerecht zu werden vermochte und zudem mit der marxistischen Widerspiegelungstheorie vereinbar war.

Bei den skizzierten Auseinandersetzungen mit dem Begriff der Struktur und dem Begriff des Modells wird deutlich, welche erkenntnistheoretischen Probleme mit der Etablierung des systemischen Denkens aufgekommen waren und in dieser dritten Rezeptionsphase zum Gegenstand der Auseinandersetzung wurden. Hierbei handelte es sich immer wieder um die Frage der Anwendung kybernetischer und systemtheoretischer Methoden in den Einzelwissenschaften, und zwar vor allem um die Problematisierung des Verhältnisses der Teile zum Ganzen bzw. der Teile zum System. Hier stellte sich durch den Aufschwung der Biowissenschaften auf der einen, aber auch die – vor allem für den Sozialismus zu konstatierenden – steigende Bedeutung der Gesellschafts- und Sozialwissenschaften auf der anderen Seite auch die Frage nach dem Stellenwert von Kausalerklärungen, die für die skizzierten Wissenschaften nur sehr bedingt tragfähige Erklärungsmuster zu bieten hatten. Systemtheorie und Kybernetik vermochten diese Lücke zu schließen, indem sie auf Strukturen, Modelle und Informationen abhoben, brachten aber – das haben vor allem die Ausführungen Kröbers gezeigt – neue Probleme mit sich. Der Haupteinwand gegen die systemtheoretische Betrachtung der Gesellschaft war die Abstraktion vom handelnden Subjekt. Hiergegen brachten die Autoren eine marxistische Interpretation der Systemtheorie in Anschlag. Wichtiger Bestandteil der Debatte um das systemische Denken war deswegen die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Systemtheorie und Kybernetik auf der einen und dem marxistischen Gesellschaftsverständnis auf der anderen Seite.

### ***Das „System Gesellschaft“: Die marxistische Interpretation der Systemtheorie in den Gesellschaftswissenschaften***

Die Kybernetik-Rezeption in der DDR bzw. der sich etablierende kybernetische Denkstil wies – wie oben gezeigt – bereits seit seinen Anfängen eine starke systemtheoretische Komponente auf. Ein Grund hierfür könnte der starke Bezug auf Hegel sein, dessen Philoso-

---

1017 Novik: Methodologische Fragen der Modellierung, in: DZfPh 15 (1967), S. 536-548, S. 536.

phie in Form von Präideen in die Rezeption der Kybernetik eingeflossen ist. Diese Tendenz verstärkte sich im Verlauf der 1960er Jahre und vor allem angesichts der Proklamierung des ‚entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus‘ auf dem VII. Parteitag der SED deutlich. Die Auseinandersetzung mit der Systemtheorie erfolgte aber zunächst immer im Zusammenhang mit der Kybernetik und als ein Teil von ihr. Dies änderte sich mit der zunehmenden Aufnahme des systemischen Denkstils seitens der Gesellschaftswissenschaften. Dort führte die Rezeption von Systemtheorie und Kybernetik zu einer Reinterpretation der Marxschen Gesellschaftstheorie: Marx' Äußerungen zum Systemcharakter der Gesellschaft wurden als Antizipation kybernetischer Systemtheorie gelesen und zunehmend in den Mittelpunkt der Gesellschaftstheorie gerückt. „Fragen der Gesellschaft als System“, so etwa Vitali Stoljarow in einem 1968 erschienen Artikel „Zu Marx' Auffassung vom Systemcharakter der Gesellschaft“<sup>1018</sup>, gewannen „sowohl in der Praxis als auch in der Theorie immer größere Bedeutung“. Damit spielte Stoljarow im wesentlichen auf zwei Problemkomplexe an: Erstens ging es ihm um den Umgang mit der zunehmenden Komplexität der gesellschaftlichen Verflechtungen (‚Wechselwirkungen‘) im ‚entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus‘ und im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Zweitens fungierte die Interpretation der Marx'schen Theorie als Systemtheorie erneut als Abgrenzung gegen die ‚bürgerliche‘, funktionalistische ‚Ideologie‘ und die Konzeptualisierung der Gesellschaft als Industriegesellschaft. Stoljarow analogisierte zwischen der systemtheoretischen Gesellschaftsinterpretation und der modernen Naturwissenschaft, indem er argumentierte, dass in beiden Bereichen die isolierte Betrachtung einzelner Teilbereiche keine Aufschlüsse über das Ganze liefern könne. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den (wissenschaftshistorisch überholten) klassischen Mechanismus des 18. und 19. Jahrhunderts, der in der modernen Naturwissenschaft abgelöst worden sei durch eine ganzheitliche Betrachtung der Phänomene. So habe Marx aus dieser Erkenntnis eine „wissenschaftliche Methodologie“ abgeleitet, die „von der Ganzheit des gesellschaftlichen Organismus ausgeht und imstande ist, theoretisch ein geschlossenes wissenschaftliches Bild dieses Organismus zu geben.“<sup>1019</sup> Hieraus resultiere der Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation, der wiederum der SED als Grundlage gedient habe, anlässlich des VII. Parteitages die Theorie vom entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus zu präsentieren, die beinhaltet, dass der Sozialismus keine Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Kommunismus darstelle, sondern eine „relativ selbständige ökonomische Gesellschaftsformation“<sup>1020</sup> sei. Angesichts der Ausführungen Stoljarows wird deutlich, wie sehr

---

1018 Stoljarow: Zu Marx' Auffassung vom Systemcharakter der Gesellschaft, in: DZfPh 16 (1968), S. 415-426, S. 416.

1019 Stoljarow: Zu Marx' Auffassung vom Systemcharakter der Gesellschaft, in: DZfPh 16 (1968), S. 415-426, S. 418.

1020 Stoljarow: Zu Marx' Auffassung vom Systemcharakter der Gesellschaft, in: DZfPh 16 (1968), S. 415-426, S. 420.

der systemische Denkstil gegen Ende der 1960er Jahre nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Politik durchdrungen hatte. Hier ging es nicht mehr allein um die Optimierung der politischen Führungstätigkeit, sondern mehr noch: Die Interpretation der Gesellschaft als System war ein Schritt der Emanzipation der DDR aus dem Schatten der UdSSR. Dabei hob Stoljarow sogar dezidiert auf die Semantik des Systembegriffs ab und schlug den Bogen zur Politik:

„Die Notwendigkeit, perspektivische Lösungen auszuarbeiten, die die Kompliziertheit und Komplexität der verschiedenen Gebiete der gesellschaftlichen Tätigkeit berücksichtigen, hat zur Folge, daß der Systemaspekt eine immer größere Rolle in der Praxis der Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung spielt. Der in den Dokumenten des VII. Parteitagess der SED ausgearbeitete Begriff des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zeigt, wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands diese Problematik wissenschaftlich, gestützt auf den Marxschen Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation in Angriff nimmt und löst. Selbst die Semantik des Begriffes zeugt davon, daß der Beschluß der Partei über die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus die Aufgabe, die Systembeziehungen in der sich entwickelten sozialistischen Gesellschaft als Ganzes zu meistern, in den Mittelpunkt der Führungstätigkeit stellt.“<sup>1021</sup>

Erst im November 1968 widmete sich erstmals ein Kolloquium, veranstaltet vom Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften, ausschließlich dem Systembegriff. Das Hauptreferat dieser Tagung hielt Günter Kröber und er hob – wie man Hubert Horstmanns Tagungsbericht in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* entnehmen kann<sup>1022</sup> – in seinen Ausführungen einmal mehr auf den Zusammenhang zwischen Systemdenken und Dialektik ab. Insgesamt stand die Tagung unter dem Eindruck des 11. Plenums des Zentralkomitees der SED 1965, auf dem nicht nur das NÖSPL durch das Ökonomische System des Sozialismus (ÖSS) abgelöst wurde, sondern darüber hinaus auch neue Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften formuliert worden waren. Kröber zählte die Systemtheorie zu denjenigen Erkenntnissen der modernen Wissenschaft, die dazu beitragen könne, das dialektische Denken zu modernisieren und hob hervor, dass die immer stärker werdende Differenzierung der Wissenschaft eine Theorie notwendig mache, die in der Lage sei, allgemeine Strukturgesetze von Systemen zu formulieren. Für die Entwicklung und Veränderung des systemischen Denkstils ist allerdings ein anderer Aspekt von Kröbers Ausführungen von weitaus größerem Interesse: In einem Überblick über den Stand systemtheoretischer Ansätze unterschied Kröber zwischen fünf unterschiedlichen Richtungen, von denen eine die Allgemeine Systemtheorie Ludwig von Bertalanffys und eine andere die kybernetische Systemtheorie von William Ross Ashby und dem polnischen Wissenschaftler Oskar Lange war. Damit machte Kröber deutlich, dass er die kybernetische Systemtheorie nur als eine Entwicklungstendenz unter anderen verstand, die Kybernetik also der Systemtheorie

---

1021 Stoljarow: Zu Marx' Auffassung vom Systemcharakter der Gesellschaft, in: *DZfPh* 16 (1968), S. 415-426, S. 416.

1022 Horstmann: Der Systembegriff und seine Bedeutung für die philosophische Forschung, in: *DZfPh* 17 (1969), S. 731-744.

untergeordnete. Diese Einschätzung ist ein wichtiges Indiz für die allmähliche Schwerpunktverschiebung im systemischen Denkstil: War in der Etablierungsphase noch die Kybernetik die leitende Wissenschaft, wurde diese langsam und vor allem seitens der Gesellschaftswissenschaften durch die Systemtheorie abgelöst. Die Tagung war nicht zuletzt ein Ausdruck dieser Schwerpunktverschiebung des systemischen Denkstils in der DDR.

Nachdem die Reformen des NÖSPL nicht die erhoffte Durchschlagskraft hatten und die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR stagnierte, geriet ab etwa 1969 auch zunehmend die Kybernetik unter Beschuss, deren Vorstellung von Selbstregulation in den Augen vieler für die neue ökonomische Richtung Pate gestanden hatte und deswegen auch als Grund für das Scheitern der wirtschaftlichen Richtungsänderung angesehen wurde. Gleichwohl hatte der Systembegriff weiterhin Konjunktur, es erfolgte aber eine Bedeutungsverschiebung. Stärker als noch Mitte der 1960er Jahre wurde jetzt der dialektische Charakter des marxistisch-leninistischen Systembegriffs hervorgehoben und einmal mehr auf die Präideen des Systemdenkens im deutschen Idealismus bzw. bei den marxistischen Klassikern Marx, Engels und Lenin verwiesen. Vor allem die Systemauffassung Hegels diente erneut der Standortbestimmung, wie etwa in dem Aufsatz von Franz, Lange und Tschannerl, „Dialektisch-materialistische Systemauffassung und die Gestaltung des Systems des Sozialismus in der DDR“<sup>1023</sup>. Hierbei handelte es sich um eine Arbeit, die von Studenten der Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität Berlin verfasst worden war und in der die Autoren – ähnlich wie Kröber in seinem Referat – die kybernetische Systemtheorie nur als einen Aspekt der philosophischen Systemauffassung darstellten. Dabei äußerten sich Franz, Lange und Tschannerl, nach der Phase der kybernetischen Euphorie, auch erstmals kritisch gegenüber der Kybernetik und bezogen sich dabei auf einen Artikel Kurt Hagers, der im April 1969 im *Neuen Deutschland* erschienen war. Dort hatte Hager erstmals öffentlich jene Bedenken gegenüber der Kybernetik kundgetan, die schließlich dazu führen sollten, dass sie zunehmend in Verruf geriet. Für den Systembegriff allerdings galt dies nicht, denn die SED hielt ja seit dem VII. Parteitag 1967 an ihrem Konzept vom ‚entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus‘ fest. Damit bedurfte es also im Sinne des wissenschaftlichen Kommunismus auch weiterhin einer Begründung, die man in der dialektisch-materialistischen Systemauffassung fand. Ihr Kern war ein wieder verstärkter Bezug auf die Präideen des systemischen Denkens und die Unterordnung der kybernetischen Systemtheorie unter die dialektisch-materialistische Systemtheorie.

Ab den späten 1960er Jahren wurde erste Kritik an der Kybernetik Klaus'scher Provenienz laut, die allerdings zunächst noch aus dem Westen stammte. Damit galt es, die Er-

---

1023 Franz/Lange/Tschannerl: Dialektisch-materialistische Systemauffassung, in: DZfPh 18 (1970), S. 155-173.



rungenschaften des für die DDR spezifischen systemischen Denkstils gegen Angriffe zu verteidigen. Der Vorwurf – vorgetragen von dem westdeutschen Kybernetiker Helmar Frank – lautete, „daß Georg Klaus implizite [sic] eine Aufhebung der marxistischen Philosophie durch die Kybernetik proklamiere und sich damit selbst widerspreche“.<sup>1024</sup> Dieser Vorwurf war in seinem Kern nicht neu, sondern hatte die Kybernetik-Rezeption in der DDR immer begleitet, als etwa Befürchtungen geäußert wurden, die Kybernetik steige zur neuen Universalwissenschaft auf und untergrabe die herausragende Rolle der marxistischen Philosophie. Nicht zuletzt war dies ja auch einer der ursprünglichen Gründe für die Ablehnung der Kybernetik der DDR gewesen. Kam dieser Vorwurf allerdings von außen, vor allem aus der BRD, musste er entkräftet werden. In diesem Vorgang drückt sich einmal mehr aus, dass die Wissenschaft (und zwar nicht nur die ‚harte‘ Naturwissenschaft) Bühne des Kalten Krieges war und es um die wissenschaftliche Deutungsmacht in der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West ging. So griffen Kreschnak und Zimmer Helmar Franks Aussagen über Georg Klaus auf. Frank hatte versucht, Georg Klaus' Thesen als sprachlogisch nicht haltbar zu erweisen. Zimmer und Kreschnak gingen ebenfalls sprachlogisch vor und kamen zu dem Ergebnis, dass Frank durch das „Einschmuggeln seiner eigenen Meinung“ „ernste Fehler“<sup>1025</sup> begangen habe und seine Kritik an Georg Klaus deswegen gegenstandslos sei.

### ***Das systemische Denken im politischen Diskurs***

In der bisherigen Darstellung (vor allem die Gesellschaftswissenschaften betreffend) hat sich bereits angedeutet, dass der systemische Denkstil nicht nur den Nerv der Zeit, sondern vor allem den der Politik traf. Besonderes Augenmerk soll deswegen im Folgenden solchen Artikeln gelten, die den Zusammenhang von systemischem Denken und Politik thematisieren. Herausragend zu erwähnen ist in diesem Kontext ein 1965 erschienener Artikel von Klaus Dieter Wüstneck, „Der kybernetische Charakter des neuen ökonomischen Systems und die Modellstruktur der Perspektivplanung als zielstrebigere, kybernetischer Prozess“. Die sperrige Überschrift, die vom Sprachduktus sehr an die politische Sprache der DDR erinnert,<sup>1026</sup> könnte deutlicher nicht ausdrücken, wie sehr die Politik die neue wissenschaftliche Disziplin antizipiert zu haben schien. Der Autor Klaus Dieter Wüstneck, ab 1967 Leiter der Kommission „Kybernetik“ beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, nahm in dem Artikel eine Analyse der Parteidokumente zum Neuen Ökonomischen System vor. Kernanliegen Wüstnecks war es, den kybernetischen Gehalt des NÖSPL zu erarbeiten, den

---

1024 Kreschnak/Zimmer: Verhältnis marxistische Philosophie zur Kybernetik, in: DZfPh 17 (1969), S. 101-105, S. 102.

1025 Kreschnak/Zimmer: Verhältnis marxistische Philosophie zur Kybernetik, in: DZfPh 17 (1969), S. 101-105, S. 103.

1026 Vgl. dazu u.a. Büschel: Volkseigene Akten 2005, Jessen: Diktatorische Herrschaft 1997, Fix: Rituelle Kommunikation 1992, Schlosser: Die deutsche Sprache in der DDR 1990.

er zwar als gegeben ansah, der sich aber in den Dokumenten zum NÖSPL nicht explizit fand:

„Die Notwendigkeit eines solchen Nachweises ergibt sich vor allem aus dem Umstand, daß die Ausarbeitung, Formulierung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems nicht mit einer bewußten theoretischen Anwendung der Kybernetik verbunden waren und sind. Der Zusammenhang mit der Kybernetik wird nicht einmal in den theoretischen Kommentaren erwähnt.“<sup>1027</sup>

Als Grund hierfür machte Wüstneck nicht eine grundsätzliche Ablehnung der Kybernetik seitens der Parteispitze aus, sondern die Tatsache, dass die Kybernetik noch Defizite bei der Anwendbarkeit aufweise und ihre Begriffe noch nicht exakt genug entwickelt seien – eine Aufgabe, die auch er der Philosophie zuwies. Er zog dabei eine Parallele zur Philosophie der Naturwissenschaften, deren Aufgabe es sei, die Dialektik naturwissenschaftlicher Forschung nachzuweisen.

„Deshalb ist die Kybernetik in den Dokumenten des neuen ökonomischen Systems vorerst genauso implizit und spontan enthalten, ohne daß sie genannt wird, wie das oft noch mit der Dialektik in den Erkenntnissen und Arbeiten vieler Naturwissenschaftler der Fall ist.“<sup>1028</sup>

Durch einen Vergleich der zentralen Bestandteile des NÖSPL (Anwendung ökonomischer Hebel, Aufbau der Leitungsorgane, wissenschaftlich begründete Perspektivplanung und wissenschaftliche Führungstätigkeit) mit kybernetischen Kategorien (Regelungs-, System-, Informations- und spieltheoretischer Aspekt) schloss Wüstneck, dass die vier Hauptbestandteile der Kybernetik den genannten kybernetischen Aspekten entsprechen. Er hob besonders darauf ab, dass die kybernetische Modellbildung sowie der Gedanke der Zielstrebigkeit kybernetischer System großes Potential für die Umsetzung des NÖSPL besäßen. Wie das System des NÖSPL aussehen könnte, demonstrierte ein Blockdiagramm, in dem Wüstneck die wichtigsten Aspekte des NÖSPL erfasste.

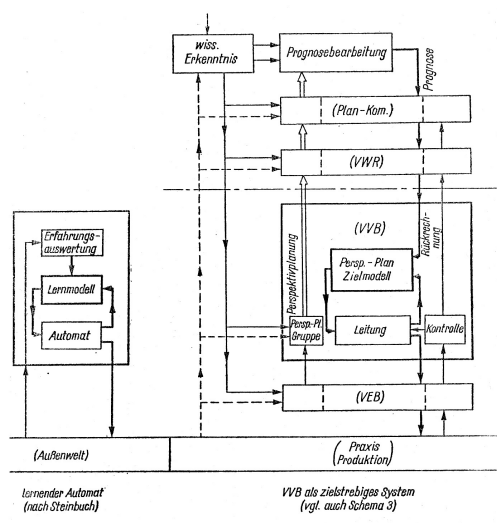


Abbildung 6: Darstellung des Neuen Ökonomischen Systems als Blockdiagramm, Grafik aus Wüstneck: Der kybernetische Charakter des NÖS, in: DZfPh 13 (1965), S. 23

Mit seinen Ausführungen brachte Wüstneck

1027 Wüstneck: Der kybernetische Charakter des NÖS, in: DZfPh 13 (1965), S. 5-31, S. 8.

1028 Wüstneck: Der kybernetische Charakter des NÖS, in: DZfPh 13 (1965), S. 5-31, S. 8.

auf den Punkt, was der Kybernetikrezeption schließlich einige Jahre später zum Verhängnis werden sollte, nämlich, dass die Entwicklung und Umsetzung des NÖSPL stark von kybernetischen Ideen geprägt war. Damit war es den Protagonisten der Kybernetik in der DDR seit den ausgehenden 1950er Jahren nicht nur gelungen, den systemischen Denkstil zu etablieren, sondern ihn auch so zu popularisieren, dass er im Bereich der Politik auf enorme Resonanz stieß und sich – wie das Beispiel des NÖSPL zeigt – als relevant für die politische Entscheidungsfindung erweisen sollte. Tatsächlich war es vor allem die sprachliche Ebene, auf der kybernetische Begriffe immer stärker aufgegriffen wurden, um gesellschaftliche Entwicklungen zu beschreiben.

Auch der Ingenieur Wolfgang Löser aus Dresden beschäftigte sich in einem Aufsatz mit der kybernetischen Darstellung von ökonomischen Systemen.<sup>1029</sup> Er wählte jedoch eine andere Ausgangsperspektive, nämlich die der Steuerungs- und Regelungstechnik, die als Kybernetik zu bezeichnen sei, „sobald der Mensch Teil eines Regelungssystems ist.“<sup>1030</sup> Doch auch Löser wandte sich gegen die Übertragung kapitalistischer Methoden auf das sozialistische Wirtschaftssystem zu sehen.

„Das Neue unseres Wirtschaftssystems besteht also in der Schaffung von ökonomischen Regelkreisen, die selbständig die gestellten Ziele (Sollwerte) anstreben. Das muß betont werden, um den Unterschied des Neuen Ökonomischen Systems gegenüber den früher üblichen Formen der Leitungstätigkeit herauszuarbeiten. Man muß sich jedoch dessen bewußt sein, daß hier eben nicht nur ökonomische Regelkreise wirksam sind, sondern eine Steuerung überlagert ist, die den Charakter des Gesamtsystems bestimmt. [...] Der Plan bleibt also das oberste Gebot. Diese Feststellung halte ich für wichtig, weil immer wieder Meinungen auftreten, das Neue Ökonomische System sei eine Anwendung der Methoden der kapitalistischen Wirtschaftsführung auf sozialistische Verhältnisse oder sogar, es bedeute eine Liberalisierung der sozialistischen Planwirtschaft.“<sup>1031</sup>

Trotz der Anwendung kybernetischer Methoden dürfe man bei der Beurteilung des NÖSPL nicht den Fehler begehen, dieses losgelöst von der Gesellschaftsformation zu beurteilen, in der es angewendet wird.

„Daraus ergibt sich, daß man bei der Betrachtung von wirtschaftlichen Systemen unter kybernetischen Aspekt nicht von der betreffenden Gesellschaftsformation abstrahieren kann. Die jeweiligen Produktionsverhältnisse bestimmen den Charakter des betreffenden Regelungssystems insgesamt und, wie wir gesehen haben, auch die Besonderheiten im Detail. Über diesen prinzipiellen Zusammenhang dürfte es unter den marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern keine Diskussion geben.“<sup>1032</sup>

Die Vereinbarkeit der durch das NÖSPL etablierten Wirtschaftsreformen mit der sozialistischen Planwirtschaft war ein wichtiger Bestandteil dieser Phase der Rezeption des systemischen Denkens. Dies zeigt auch ein im selben Jahr erschienener Artikel von Wernfried Maltesch und Gerda Schnauß, der die „Probleme der Optimierung gesellschaftlicher Prozes-

---

1029 Löser: Zur kybernetischen Darstellung von ökonomischen Systemen, in: DZfPh 14 (1966), S. 1276-1284, S. 1278.

1030 Löser: Zur kybernetischen Darstellung von ökonomischen Systemen, in: DZfPh 14 (1966), S. 1276-1284, S. 1278.

1031 Löser: Zur kybernetischen Darstellung von ökonomischen Systemen, in: DZfPh 14 (1966), S. 1276-1284, S. 1283.

1032 Löser: Zur kybernetischen Darstellung von ökonomischen Systemen, in: DZfPh 14 (1966), S. 1276-1284, S. 1284.

se“<sup>1033</sup> zum Gegenstand hatte. Hierbei handelte es sich um eine spieltheoretische Interpretation der Beschlüsse zum NÖSPL, wobei vor allem auf das Zusammenwirken der unterschiedlichen Planungs- und Leitungsorgane der Ökonomie abgehoben wurde. Das zentrale Argument von Maltusch und Schnauß lautete, dass mit dem NÖSPL ein gut funktionierendes System von „Rückkopplungen“ zwischen den unterschiedlichen Leitungsebenen etabliert worden sei, welches das optimale Funktionieren des Systems erlaube.<sup>1034</sup> Diese Ansicht kontrastierten sie mit der Wirtschaftssteuerung des Kapitalismus, die Reibungsverluste hinnehmen müsse, weil es immer auch einer Steuerung der unterdrückten Klassen bedürfte, um das Ziel des Systems – nämlich möglichst hohen Profit zu erwirtschaften – zu erfüllen.

Die Artikel dokumentieren, wie seitens der Philosophie politische Entscheidungen mittels des systemischen Denkstils interpretiert wurden, zugleich aber auch, wie das systemische Denken in die Politik eingeflossen war. Doch Ende der 1960er Jahre begann die Bedeutung des systemischen Denkstils zu bröckeln.

#### ***Phase 4: Der politische Bedeutungsverlust des systemischen Denkens ab 1969***

1969 veröffentlichte die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* einen regelrechten Verriss des Buches „Spieltheorie in philosophischer Sicht“<sup>1035</sup> von Georg Klaus, den der Greifswalder Professor für historischen und dialektischen Materialismus, Erhard Albrecht, verfasst hatte. In dieser Rezension kritisierte Albrecht die überragende Stellung, die Klaus der Kybernetik zuwies und forderte, dass Klaus deutlich stärker die kulturelle Gebundenheit der Kybernetik an den dialektischen Materialismus berücksichtigen müsse, um ihrer Stellung in der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West gerecht werden zu können. Albrecht wies außerdem darauf hin, dass Klaus die sowjetische Forschung zur Spieltheorie kaum berücksichtigt habe, während er westliche Forscher wie John von Neumann häufig zitiere. Darüber hinaus sei sein Buch zu theoretisch, er stelle zwar allgemeine Forderungen auf, die Spieltheorie stärker zu berücksichtigen, liefere aber keine Beispiele, wie man dies umsetzen könne.<sup>1036</sup>

Diese Rezension bildete zugleich den Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung über die Kybernetik in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, die zugleich der Schlusspunkt der Debatte war. Hatte Albrecht sich in der Rezension noch auf die Kritik des Buches beschränkt, folgte eine Gesamtabrechnung mit der Kybernetik Klauscher Prägung im No-

---

1033 Maltusch/Schnauß: Probleme der Optimierung gesellschaftlicher Prozesse, in: DZfPh 13 (1965), S. 661-676.

1034 In eine ähnliche Richtung argumentierte auch Ley, der die Operationsforschung zur Optimierung wirtschaftlicher Prozesse nutzen wollte (Ley: Kategorien der Operationsforschung, in: DZfPh 16 (1968), S. 170-190).

1035 Klaus: Spieltheorie in philosophischer Sicht, Berlin 1968.

1036 Albrecht: Rezension zu Klaus: Spieltheorie, in: DZfPh 17 (1969), S. 1258-1264.

vemberheft 1972.<sup>1037</sup> Er würdigte zwar zunächst das Verdienst von Georg Klaus im Bereich der Erkenntnistheorie, setzt dann aber zu einer umfassenden Kritik an, die darauf aufbaut, dass die „mit der Kybernetik auftretenden neuen philosophischen und damit allgemein methodologischen Fragen [...] von uns noch nicht bewältigt worden [sind].“<sup>1038</sup> Albrechts Hauptargument war der herausgehobene Stellenwert, der der Kybernetik beigemessen wurde und die damit verbundene Befürchtung, die Kybernetik könne die Philosophie ersetzen; dies laufe auf „eine unzulässige Ersetzung philosophischer Termini durch die Termini einer Einzelwissenschaft, der Kybernetik, hinaus.“<sup>1039</sup> In seiner Kritik an der Kybernetik bezog Albrecht sich auf Kurt Hager und dessen Buch *Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED*<sup>1040</sup>, welches 1972 bereits in der 2. Auflage erschien (die erste Auflage war bereits ein Jahr zuvor herausgekommen). Hagers Buch, welches auf ein Referat zurückging, das er auf der Tagung der Gesellschaftswissenschaftler im Oktober 1971 gehalten hatte, muss nicht zuletzt als Signal seitens der Politik gelesen werden, im Bereich der Kybernetik- und Systemforschung eine Wende einzuleiten. Nur allzu deutlich wies der Chefideologe der SED auf den Politikwechsel hin, der mit dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 und der damit beginnenden Ära Honecker einhergegangen war. Kern der Parteitagsbeschlüsse war die in Zukunft zu verfolgende Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik; zwar erteilte man dem Konzept vom ‚entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus‘ und damit der Politik Ulbrichts keine vollständige Absage, doch bereits die Umstände des Machtwechsels (der ‚gesundheitsbedingte‘ Rücktritt Ulbrichts) sprachen diesbezüglich Bände. So versäumte Hager auch nicht, in der seinem Buch nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen,

„daß die Bezeichnung ‚entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus‘ in der Praxis besonders auf dem Gebiet der Ökonomie oft dazu führte, daß der klare Sinn und Inhalt unserer Politik schließlich unter einem Wust von aus der Systemtheorie entlehnten Begriffen verschwand. In manchen Publikationen wurde mit dem Systembegriff Mißbrauch betrieben.“<sup>1041</sup>

Der Zenit der Kybernetik war also eindeutig überschritten; laut Klaus Fuchs-Kittowski war es dann wohl auch zu persönlichen Angriffen Hagers auf speziell Heinz Liebscher gekommen.<sup>1042</sup> Es setzte nicht nur ein politischer, sondern auch wissenschaftlicher Kurswechsel ein, der dem Marxismus-Leninismus einmal mehr die ideologische Vorherrschaft im Wissenschaftssystem sichern sollte. Offensichtlich wird hier, dass man in der sozialistischen

---

1037 Albrecht: Verhältnis von marxistisch-leninistischer Philosophie und Kybernetik, in: DZfPh 20 (1972), S. 1388-1396.

1038 Albrecht: Verhältnis von marxistisch-leninistischer Philosophie und Kybernetik, in: DZfPh 20 (1972), S. 1388-1396, S. 1388.

1039 Albrecht: Verhältnis von marxistisch-leninistischer Philosophie und Kybernetik, in: DZfPh 20 (1972), S. 1388-1396, S. 1390.

1040 Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, 2. Aufl. Berlin 1972. Vgl. dazu auch die Einleitung zu Kapitel 5.

1041 Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, 2. Aufl. Berlin 1972, S. 26.

1042 Interview mit Klaus Fuchs-Kittowski, geführt am 10. November 2007 in Berlin.

DDR gar nicht erst davon ausging, dass es eine ‚objektive‘ Form der Wissenschaft gebe, sondern ‚gute‘ Wissenschaft immer parteilich sein musste. Und auch der Zusammenhang zwischen Sprache und Wissenschaft war Hager durchaus bewusst:

„So wichtig Kybernetik und Systemtheorie sind und bleiben, so können wir natürlich nicht zulassen, daß sie an die Stelle des dialektischen und historischen Materialismus [...] treten, daß sie verabsolutiert werden und daß die Sprache einer Spezialwissenschaft die politische Sprache der Partei wird. Die Partei würde damit aufhören, eine marxistisch-leninistische Partei zu sein.“<sup>1043</sup>

Deutlicher konnte man kaum ausdrücken, worin das Problem der Politik mit der Kybernetik bestand: Es ging um nicht weniger als den Anspruch der SED, ihre gesellschaftliche Deutungshoheit zu wahren. Der kybernetische Denkstil war inzwischen eng mit der Politik verknüpft und hatte auf der höchsten Ebene der Politik an Wirksamkeit gewonnen. Vor allem die Verwendung systemtheoretischer und kybernetischer Begriffe dokumentierte diese Entwicklung. Nach dem Machtwechsel an der Parteispitze war es nun an der Zeit, auch auf sprachlicher Ebene eine Richtungsänderung herbeizuführen, die die marxistisch-leninistische Ausrichtung der Partei wieder stärker in den Vordergrund stellte.

In der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* erschien so auch nach dem VIII. Parteitag ein Artikel, der eine Standortbestimmung des Verhältnisses von marxistisch-leninistischer Philosophie zu den Einzelwissenschaften darstellte. Die Verfasser Frank Fiedler, Günter Klimaszewsky und Günter Söder übten in ihren Text ausführlich – das war das Kernanliegen des Aufsatzes – Kritik an der Kybernetik:

„Weiterhin wird jetzt allgemein anerkannt, daß mathematische Logik, Kybernetik, Semiotik, Operationsforschung und systematische Heuristik keine philosophischen Wissenschaften sind. Diese Disziplinen haben – ebenso wie andere Wissenschaften – ihre philosophischen Probleme; sie bedürfen der weltanschaulichen Fundierung durch die marxistisch-leninistische Philosophie; sie können aber weder ganz noch teilweise als Zweige des dialektischen und historischen Materialismus angesehen werden. Die Annahme eines solchen Standpunktes liefe in der Tendenz auf eine positivistische Auflösung der Philosophie in die Einzelwissenschaften hinaus.“<sup>1044</sup>

Der Vorwurf war hart, wenn man den Stellenwert der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR bedenkt, zumal die genannten Disziplinen (mathematische Logik, Kybernetik, Semiotik) die Kernbereiche des philosophischen Schaffens von Georg Klaus betrafen. Sie müssen also als direkter Angriff auf Klaus gelesen werden. Der Vorwurf ging aber noch weiter: Die Autoren warfen Klaus einen „Mangel an historischer Betrachtungsweise“ vor, da er in seinen Schriften das „Verhältnis von Wissenschaft und Philosophie nie als Prozeß, sondern nur als unveränderliche Struktur“<sup>1045</sup> reflektiere. Sie warfen Georg Klaus vor, die

1043 Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, 2. Aufl. Berlin 1972.

1044 Fiedler/Klimaszewsky/Söder: Das Verhältnis der marxistisch-leninistischen Philosophie zu den Einzel- und Strukturwissenschaften, in: DZfPh 20 (1972), S. 1309-1336, S. 1316.

1045 Fiedler/Klimaszewsky/Söder: Das Verhältnis der marxistisch-leninistischen Philosophie zu den Einzel- und Strukturwissenschaften, in: DZfPh 20 (1972), S. 1309-1336, S. 1319.

Kybernetik als eine „Philosophie von geringerem Allgemeinheitsgrad“ konzipiert zu haben, die eine „Art Zwischenreich zwischen der Philosophie und einer Reihe von Einzelwissenschaften“ bilde. Auf diese Weise, so bemängelten sie, werde die „Rolle der Kybernetik expressis verbis künstlich überhöht“.<sup>1046</sup>

„Die Kybernetik läßt sich also nicht als Philosophie mit geringerem Allgemeinheitsgrad betrachten, und die kybernetische Systemtheorie ist nicht schon a priori philosophische Verallgemeinerung. Hier gab es in den letzten Jahren offenkundig positivistische Tendenzen: Die Kybernetik wurde oft als Philosophieersatz benutzt. [...] Die Kritik der Partei am formalen Anwenden kybernetischer Begriffe und Methoden zur Erklärung und Veränderung gesellschaftlicher Prozesse war prinzipiell.“<sup>1047</sup>

Fiedler, Söder und Klimaszewsky wiederholten damit einen Vorwurf, der bereits mehrfach gegen die Kybernetik erhoben worden war und wandten sich – ganz im Sinne der SED – vor allem gegen die Übernahme der Kybernetik in die Gesellschaftswissenschaften und insbesondere in die Ökonomie, weil man durch die Anwendung der Kybernetik bei gleichzeitiger Überhöhung dem Stellenwert der marxistisch-leninistischen Philosophie und der Rolle der Partei im Sozialismus nicht gerecht werde. Sie zogen Bilanz, was das Verhältnis von Gesellschaftswissenschaften und Kybernetik betraf:

„Das Bemühen, das sich hier zeigt, naturwissenschaftliche, insbesondere systemtheoretische und kybernetische Denkweisen und Methoden bei der Untersuchung gesellschaftlicher Probleme anzuwenden, führte in der Praxis – und nicht nur in der politischen Ökonomie – zur Preisgabe materialistischer Grundpositionen und zu einer mechanistischen, undialektischen Erklärung der gesellschaftlichen Erscheinungen sowie zu einem Anwachsen positivistischer Züge in den Beziehungen zwischen Philosophie und Gesellschaftswissenschaften.“<sup>1048</sup>

Die in dem Artikel so ausführlich und im Sinne der neuen Richtung der SED nach dem VIII. Parteitag formulierte Kritik an der Kybernetik demonstriert, welchen Einfluss die Politik letztlich auf die Wissenschaft besaß. Der Text liest sich wie eine Generalabrechnung mit Georg Klaus und seiner Philosophie, obwohl diese keine zehn Jahre zuvor noch in den Parteitagdokumenten als besonders förderungswürdig hervorgehoben wurde.

In den Augen des Denkkollektivs um Georg Klaus beschränkt die SED mit ihrer Abkehr von der Kybernetik auch einen Weg, der nicht den internationalen Trends entsprach. Anlässlich der Angriffe auf die Kybernetik veröffentlichten Georg Klaus und Heinz Liebscher 1973 den Artikel „Modernismus oder Wissenschaft? Kybernetik aus philosophischer Sicht heute“<sup>1049</sup>. Bei dem Artikel handelte es sich ausdrücklich um eine Veröffentlichung der „gemeinsam gewonnen Ansichten und Grundüberzeugungen“ und damit eine Standort-

---

1046 Fiedler/Klimaszewsky/Söder: Das Verhältnis der marxistisch-leninistischen Philosophie zu den Einzel- und Strukturwissenschaften, in: DZfPh 20 (1972), S. 1309-1336, S. 1320.

1047 Fiedler/Klimaszewsky/Söder: Das Verhältnis der marxistisch-leninistischen Philosophie zu den Einzel- und Strukturwissenschaften, in: DZfPh 20 (1972), S. 1309-1336, S. 1321.

1048 Fiedler/Klimaszewsky/Söder: Das Verhältnis der marxistisch-leninistischen Philosophie zu den Einzel- und Strukturwissenschaften, in: DZfPh 20 (1972), S. 1309-1336, S. 1332.

1049 Klaus/Liebscher: Modernismus oder Wissenschaft?, in: DZfPh 21 (1973), S. 552-581.

bestimmung des Denkkollektivs. Die Autoren leiteten ihren Text ein mit durchaus scharfen Worten: Sie verwiesen auf die Wissenschaftsgeschichte und darauf, dass es schon oft Meinungsverschiedenheiten über den Stellenwert neuer Theorien gegeben habe, in denen „nicht selten auch von allen Kontrahierenden weit über das Ziel hinausgeschossen wurde.“<sup>1050</sup> Diese Vorwürfe bezogen sich offensichtlich auf die oben zitierten Äußerungen Hagers, doch der Artikel muss als Replik auf die gesammelten Angriffe auf die Kybernetik und insbesondere den Text Fiedlers, Söders und Klimaszewskys verstanden werden, die Klaus und Liebscher nun zu entkräften versuchten. Da in diesem Zusammenhang vor allem das Verhältnis von Kybernetik und Gesellschaftswissenschaften immer wieder thematisiert worden war, stellten die Autoren zunächst klar, dass die Verbindung von Kybernetik und Gesellschaftswissenschaften zu Fortschritten in der Theorie führen könne. Aber sie relativierten zugleich:

„a) Es ist nicht möglich, mit der Kybernetik gleichsam wie mit einem geheimnisvollen Zauberstab Probleme zu lösen, die bisher unlösbar waren. b) Es ist auch nicht möglich, die jeweiligen Wissenschaften etwa durch die Kybernetik zu ersetzen.“<sup>1051</sup>

Vielmehr hoben sie hervor, dass es sich bei der Kybernetik um eine neue Denkweise handle, wiewohl die ausufernde Art des Bezuges auf sie die Vermutung nahe gelegt hätte, sie sei eine Modeerscheinung. Klaus und Liebscher warnten vielmehr sogar davor, „ihre Begriffe in einen Fetisch zu verwandeln,“<sup>1052</sup> sondern sahen in der Kybernetik eine Hilfswissenschaft, die keineswegs geeignet seien, „irgendwelche Bestandteile des Marxismus-Leninismus“<sup>1053</sup> zu ersetzen. Unabhängig vom deutschen Diskurs verwiesen sie deswegen auch auf die internationalen Zusammenhänge, insbesondere den XXIV. Parteitag der KPdSU, auf dem man sich für einen weiteren Ausbau der Grundlagen- und angewandten Kybernetikforschung ausgesprochen hatte. Und dem (westlichen) Vorwurf, die Kybernetik sei mit dem Sozialismus unvereinbar, hielten Klaus und Liebscher einmal mehr entgegen, dass

„die Resultate der Kybernetik in Wirklichkeit zu den eindrucksvollsten Bestätigungen des dialektischen und historischen Materialismus als Weltanschauung der Arbeiterklasse gehören und daß die einzelwissenschaftlichen Begriffe und Methoden der Kybernetik in ihrem Wesen materialistisch und dialektisch sind.“<sup>1054</sup>

Denn „in Wirklichkeit“ sei es so, dass es in der Gesellschaft tatsächlich den kybernetischen Systemen ähnliche Systeme gäbe, Marx bereits im Kapital kybernetische Strukturen beschrieben habe und die Kybernetik allgemeine Gesetzmäßigkeiten von Systemen formuliere, ohne an die Materialität der Systeme gebunden zu sein – die Argumente wiederholten

---

1050 Klaus/Liebscher: Modernismus oder Wissenschaft?, in: DZfPh 21 (1973), S. 552-581, S. 552.

1051 Klaus/Liebscher: Modernismus oder Wissenschaft?, in: DZfPh 21 (1973), S. 552-581, S. 552.

1052 Klaus/Liebscher: Modernismus oder Wissenschaft?, in: DZfPh 21 (1973), S. 552-581, S. 557.

1053 Klaus/Liebscher: Modernismus oder Wissenschaft?, in: DZfPh 21 (1973), S. 552-581, S. 564.

1054 Klaus/Liebscher: Modernismus oder Wissenschaft?, in: DZfPh 21 (1973), S. 552-581, S. 564.



sich. Zum Beleg dieser Thesen, bei denen es sich nicht bloß um Behauptungen, sondern durch „umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen“ belegte Sätze handle, führten Klaus und Liebscher die Literatur von Georg Klaus an.<sup>1055</sup> Spätestens an diesem Punkt der Argumentation wurde deutlich, um was es sich hier eigentlich handelte, nämlich nicht mehr um eine wissenschaftliche, sondern inzwischen um eine Glaubensfrage, wobei die Entscheidung über den Gehalt wissenschaftlicher Aussagen eben nicht mehr den wissenschaftlichen Denkkollektiven, sondern der Politik oblag. Die Debatte drehte sich damit im Kreis, und am längeren Hebel saß das Zentralkomitee. Mit diesem letzten Aufbäumen war die *Kybernetikwelle* in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* endgültig abgeebbt. Jérôme Segal spricht davon, dass ab 1969 eine anti-kybernetische Wende eingesetzt hätte und spätestens „die nun offizielle Machtübernahme Honeckers auf dem achten Parteitag zwei Jahre darauf der Kybernetik die letzte Hoffnung“<sup>1056</sup> geraubt habe. Und auch der ursprünglich geplante Untertitel für den von Frank Dittmann und Rudolf Seising veröffentlichten Sammelband „Kybernetik steckt den Osten an“, der hätte lauten sollen: „Aufstieg und Niedergang einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR“, legt eine derartige Interpretation nahe. Die Intervention Klaus Fuchs-Kittowskis bei der Titelfindung führte allerdings dazu, dass der Untertitel in „Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR“ geändert wurde.<sup>1057</sup> Diese Auffassungen lassen sich aber nur bedingt halten und zwar nur dann, wenn man die Auseinandersetzung am Begriff der Kybernetik bzw. allein am Denkkollektiv um Georg Klaus festmacht.

Doch fasst man den Begriff weiter und schließt das systemische Denken, kybernetische Subdisziplinen und die durch die Kybernetik angestoßene Auseinandersetzung mit Begriffen wie Struktur, Modell und Information in die Analyse ein, muss man konstatieren, dass es sich hierbei in erster Linie um einen Relevanzverlust des Begriffs Kybernetik für die Politik handelte. Das heißt, anders als in den 1960er Jahren wurden die kybernetischen Ansätze und Begriffe in der Politik nicht mehr aufgegriffen, sondern – wie die Ausführungen Hagers gezeigt haben – kategorisch abgelehnt. Das bedeutete aber nicht, dass sie für die Disziplin Philosophie auch vollständig an Bedeutung verloren. Ein Blick auf die nach dem Machtwechsel erschienenen Artikel zum systemischen Denken in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* zeigt, dass das systemische Denken auch weiterhin verhandelt wurde.

Allerdings muss man konstatieren, dass sich der Diskurs verändert hatte: Erstens waren es in den 1970er Jahren vor allem die systemtheoretischen Aspekte, die immer noch in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* thematisiert wurden. Dass die Systemtheorie und das

---

1055 Klaus/Liebscher: Modernismus oder Wissenschaft?, in: DZfPh 21 (1973), S. 552-581, S. 571.

1056 Segal: Kybernetik in der DDR, in: Dresdener Beiträge zur Geschichte der Technik und der Technikwissenschaften 2001, S. 47-75.

1057 Interview mit Klaus Fuchs-Kittowski, geführt am 10. November 2007 in Berlin.

Problem gesellschaftlicher Ganzheit als eine ihrer Kernfragen nach wie vor auf der philosophischen Agenda stand, belegt beispielsweise ein Artikel namens „Dialektik und Systemdenken in der Gesellschaftserkenntnis“<sup>1058</sup> von Camilla Warnke aus dem Jahr 1977. Doch der systemische Denkstil hatte sich inzwischen verändert: Längst ging es nicht mehr um die kybernetische Systemtheorie, sondern um die Systemtheorie Luhmannscher Prägung, gegen die die Autorin sich wandte und der sie das Potential des Marxschen Systembegriffs entgegenhielt.

Zweitens – und das hatte sich teilweise in den gesellschaftswissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem systemischen Denken bereits angedeutet – besaßen die bereits in den 1960er Jahren diskutierten Aspekte von Kybernetik und Systemtheorie Relevanz für die Wissenschafts- und Forschungsorganisation. „Wer keinerlei Kenntnisse der modernen Systemtheorie hat, kann nicht an der Gestaltung der Lenkung und Leitung, ihrer Stabilisierung, ihrer Optimierung usw. mitarbeiten,“<sup>1059</sup> schrieben Georg Klaus und Heinz Liebscher in ihrer Replik auf die Vorwürfe gegen die Kybernetik. So wurden dann in den 1970er Jahren auch noch in zahlreichen Artikeln genau solche Probleme mit Hilfe des systemischen Denkens behandelt.<sup>1060</sup>

### 5.3.1.3 Von der wissenschaftlichen Tatsache zurück zur Pseudowissenschaft? Bilanz der Rezeption systemischen Denkens in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*

Die Rezeption des systemischen Denkens in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* weist vier Phasen auf: Nach anfänglicher Zurückhaltung (Phase 1) sind die frühen 1960er Jahre (Phase 2) gekennzeichnet durch das Integrieren von Kybernetik und Systemtheorie in die Philosophie des Marxismus-Leninismus: Die Kybernetik wurde zur wissenschaftlichen Tatsache, nachdem man eine Tradition des marxistischen Systemdenkens konstruierte und sie als auf dem dialektischen Materialismus beruhend definiert hatte. Die Debatte drehte sich dabei nicht zuletzt darum, ob die Kybernetik selber dialektisch sei oder ob sie einer Integration in die Philosophie des dialektischen Materialismus bedürfe, um als dialektisch gelten zu können. Gleichwohl dominierte in dieser Phase die Auseinandersetzung des Verhältnisses von Philosophie und Kybernetik. Seitens der Einzelwissenschaften erfuhr sie, beispielsweise von dem Biologen Jakob Segal, nach wie vor Kritik: Er hielt sie für eine mechanisti-

---

1058 Warnke: Dialektik und Systemdenken in der Gesellschaftserkenntnis, in: DZfPh 25 (1977), S. 792-804.

1059 Klaus/Liebscher: Modernismus oder Wissenschaft?, in: DZfPh 21 (1973), 552-581, S. 560f.

1060 Beispielsweise bei Albrecht: Theoretische Fragen der Entwicklung der Leitungswissenschaften, in: DZfPh 21 (1973), S. 418-438; Hörz: Die Bedeutung statistischer Gesetze für die Gesellschaftswissenschaften, in: DZfPh 21 (1973), S. 174-189; Steiner: Die Herausbildung neuer Wissenschaftsgebiete, in: DZfPh 21 (1973), S. 454-461; Fichtner: Gesellschaftliche Aspekte von Information und Erkenntnis, in: DZfPh 22 (1974), S. 968-984; Thimm: Gesellschaftsentwicklung und Wissenschaftsstrategie, in: DZfPh 23 (1975), S. 602-606. Die Liste der Artikel ließe sich noch weiter fortführen. Sieht man jedoch von den Rezensionen (meist sowjetischer) Literatur ab, wurde die Kybernetik in den Überschriften nicht mehr erwähnt.

sche Theorie, mit der man die Phänomene des Lebens nicht erklären könne. Ihr hoher Stellenwert erkläre sich höchstens aus ihrem Potential für die Erkenntnistheorie, da sie Gemeinsamkeiten mit der Dialektik aufweise.<sup>1061</sup> Dass die Kybernetik zur wissenschaftlichen Tatsache werden konnte, war nicht nur dadurch bedingt, sie als dialektische Wissenschaft zu begreifen; vielmehr stellte die „exakte Begriffsbildung“<sup>1062</sup>, das „Durchdenken“ der von ihr aufgeworfenen Kategorien und die „begrifflichen Klärungen und Ausgestaltungen“<sup>1063</sup> einen wichtigen Aspekt der Etablierungsphase dar.

In der Folge wurden die Kategorien und Begriffe von Kybernetik und Systemtheorie präzisiert, definiert und auf einzelne Wissenschaftsdisziplinen angewendet, darunter auch die Gesellschaftswissenschaften. Erste Skepsis gegenüber der Kybernetik zeigte sich in den späten 1960er Jahren. Die politische Abkehr von der Kybernetik, die mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker auf dem VIII. Parteitag vollzogen wurde, war auch Bestandteil der Debatte in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* und führte vor allem zur Kritik an den Auffassungen von Georg Klaus. Dies erklärt sich möglicherweise aus dem Anteil, den Georg Klaus daran hatte, die Kybernetik in der DDR als wissenschaftliche Tatsache zu etablieren, denn es waren vorwiegend seine Veröffentlichungen, die zur Überwindung der ursprünglichen Skepsis gegenüber dem neuen Wissenschaftszweig führten. In der Kritik warf man Klaus „Begriffsgeklingel“ vor, wenn kybernetische Begriffe in andere Wissenschaftsdisziplinen überführt würden. Klaus und Liebscher wendeten sich in ihrer Replik von 1973 dagegen und hoben hervor, dass sie sich immer genau dagegen ausgesprochen und nie eine Ersetzung der jeweiligen Wissenschaften durch die Kybernetik angestrebt hätten. Dass dieser Einwand nicht ganz zu unrecht erfolgte, mag die Tatsache belegen, dass Klaus und Thiel etwa in der Frühphase der Kybernetik das Marx'sche „Kapital“ erst mit kybernetischen Begriffen analysieren, um zu schlussfolgern, dass Marx im „Kapital“ kybernetische Systeme dargestellt habe. Hierbei handelte es sich gewissermaßen um einen Zirkelschluss. Gleichwohl war diese Strategie notwendig gewesen, um die Auseinandersetzung mit der Kybernetik überhaupt erst zu legitimieren. Doch diese (vor allem der politischen Situation geschuldete) Strategie wurde der Kybernetik und mehr noch den sie betreibenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Ablehnungsphase zum Verhängnis.

Gleichwohl war das systemische Denken bis in die späten 1970er Jahre noch Bestandteil der philosophischen Debatte. Es hatte sich aber verändert und es standen vor allem systemtheoretische Aspekte zunehmend im Vordergrund, vor allem, wenn es um das Ver-

---

1061 Segal: Kritische Bemerkungen zur Anwendung der Kybernetik in der Biologie, in: DZfPh 10 (1963), S. 324-332.

1062 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: DZfPh 11 (1963), Heft 6, S. 693-707, S. 698.

1063 Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: DZfPh 11 (1963), Heft 6, S. 693-707, S. 699.

hältnis von Philosophie und Einzelwissenschaften ging. Dies ist nicht zuletzt auf die Ausführungen zum Strukturbegriff und zu den Strukturwissenschaften zurückzuführen, wie sie in der Differenzierungsphase der Rezeption des systemischen Denkens vor allem von Günter Kröber vorgenommen worden waren. Selbiger stellte zudem das Systemdenken und die Dialektik in einen Zusammenhang, wandte damit also eine ähnliche Strategie an, wie zuvor schon Georg Klaus. Dies sollte sich vor allem für die Etablierung der „Wissenschaftswissenschaft“ (vgl. dazu Kapitel 6) als relevant erweisen.

Insgesamt muss man festhalten, dass in der Debatte in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* der Hauptkritikpunkt an der Kybernetik nicht politisch hergeleitet wurde. Es war vor allem ihr Stellenwert im Verhältnis zur Philosophie, ihre Markierung als Philosophieersatz, die den Stein des Anstoßes darstellte. Eine Kritik am Konzept an den mit der Kybernetik einhergehenden Konzepten von Selbstregulation und -organisation, die im Kontext der nicht greifenden Wirtschaftsreformen des NÖSPL an anderer Stelle und vor allem seitens der Politik bemängelt wurden, war in der der Fachdebatte hingegen kein gegen das systemische Denken ins Feld geführtes Argument.

In der Phase der Ausdifferenzierung des systemischen Denkens seit 1965 ist zu beobachten, dass sich die Autorinnen und Autoren im philosophisch-erkenntnistheoretischen Bereich, der vor allem die Bedeutung der Wissenschaft für die sozialistische Gesellschaft betraf, zunehmend der Systemtheorie zuwandten, während im Bereich der Anwendung kybernetischer Methoden eine Hinwendung zu Elektronik, Automatisierung und Datenverarbeitung erfolgte. Dabei schwang die Frage nach der Bedeutung der Wissenschaft als Produktivkraft und dem Stellenwert der wissenschaftlich-technischen Revolution zwar insofern mit, als das die Kybernetik als ein Bestandteil dieser Veränderungen angesehen wurde, gleichwohl scheinen beide Aspekte weniger präsent zu sein als in den politischen Debatten. Aber es war eben dieser Aspekt, der das systemische Denken für die Gesellschaftswissenschaften bedeutsam machte: Hierbei ging es um die Modernisierung von Wissenschafts- und Forschungsorganisation sowie der Konzeptionalisierung der Bedeutung der Wissenschaft im Sozialismus. So gesehen, ist die Hinwendung zur Systemtheorie und den Strukturwissenschaften, die seit den frühen 1970er Jahren in der so genannten „Wissenschaftswissenschaft“ aufgehen, eine Folge der Etablierung des systemischen Denkens als wissenschaftliche Tatsache und ihre konsequente Fortführung. Erst in den 1970er Jahren beschäftigte man sich in Form der „Wissenschaftswissenschaft“ auch mit den epistemischen Veränderungen, die sich seit dem beginnenden 20. Jahrhundert vollzogen und einen Wandel des mechanistischen Weltbilds hin zu einem systemtheoretisch-kybernetischen Weltbild darstellten. Allerdings wurde die Kybernetik – das hat die fachwissenschaftliche Debatte gezeigt – nur bedingt als Element des Wandels der epistemischen Voraussetzungen

von Wissenschaft diskutiert. Vielmehr thematisierten die meisten Autorinnen und Autoren sie als neue, wenngleich besondere wissenschaftliche Disziplin und nicht als Herangehensweise an wissenschaftliche Probleme. Zwar war die Kybernetik Ausdruck eines neuen Denkstils, der das mechanizistische Weltbild ablöste, doch stand er in Konkurrenz zum dialektischen Materialismus. In der Fachdebatte verzahnten sich aber beide Denkstile und die marxistische Interpretation der Bedeutung der Wissenschaft führte dazu, dass die Frage nach der gesellschaftlichen Rolle von Wissenschaft in Form der Philosophie der Naturwissenschaften, seit den 1970er Jahren aber auch als Wissenschaftswissenschaft, zu diesem Zeitpunkt in der DDR weitaus stärker thematisiert wurde als etwa in der Bundesrepublik.

Zugleich war dies ein charakteristisches Merkmal für die Fachdebatte in der DDR: Das systemische Denken diente zwar der Modernisierung der Kategorien des Marxismus-Leninismus, konnte ihn aber nicht ersetzen. Er blieb die Leitkategorie der Wissenschafts- und Gesellschaftsanalyse und Versuche, ihn durch die Kybernetik zu ergänzen, scheiterten wie gezeigt am politischen Widerstand.

### **5.3.2 Systemisches Denken an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik: Die Debatte um Kybernetik in der SED-Zeitschrift *Die Einheit***

Während es sich bei der Herausbildung des systemischen Denkstils in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* vor allem um eine fachwissenschaftliche Debatte handelte, ist für die im Folgenden analysierte Zeitschrift *Die Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus* charakteristisch, dass sie an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik zu verorten ist. Die *Einheit* galt als das theoretische bzw. wissenschaftliche Organ der SED und sie wurde monatlich vom Zentralkomitee der SED herausgegeben. In der *Einheit* wurden Artikel veröffentlicht, die die parteioffizielle Lesart des Marxismus-Leninismus dokumentierten – ein Meinungsstreit oder Diskussionen fanden dort nur sehr selten statt. Die Zeitschrift diente aus Sicht der Partei der ‚Herausbildung des sozialistischen Bewusstseins‘ in der Bevölkerung.

Von 1956 bis 1972 war der im Jahr 1905 geborene Hans Schaul Chefredakteur der Zeitschrift. 1933 wurde der als Rechtsanwalt in Berlin tätige Schaul aufgrund seiner jüdischen Herkunft mit einem Berufsverbot belegt und floh zunächst nach Frankreich, wo er 1939 in die KPD eintrat. 1944 emigrierte er in die Sowjetunion und war dort als Lehrer tätig, bis er 1948 nach Deutschland zurückkehrte. Hier arbeitete Schaul zunächst im Ministerium für Planung und bei der Staatlichen Planungskommission; 1951 erhielt er eine Professur an der Hochschule für Ökonomie und übernahm 1956 schließlich die Chefredaktion der *Einheit*.

Die ideologische Funktion der Zeitschrift als wissenschaftlich-theoretisches Sprachrohr der SED zeigte sich bereits in der Zusammensetzung des Redaktionskollegiums. Ihm gehör-

ten (vor allem bis in die frühen 1960er Jahre) nicht nur zahlreiche Politikgrößen der SED an, unter ihnen der Chefideologe Kurt Hager, der Kulturpolitiker Alexander Abusch, Otto Winzer (späterer Außenminister der DDR) oder die Wirtschaftsexpertin Grete Wittkowski, sondern auch die Führungsriege der wissenschaftlichen Parteinstitutionen. Hierzu zählten etwa Hanna Wolf (Leiterin der Parteihochschule Karl Marx), Eva Altmann (Rektorin der Hochschule für Planökonomie) oder Herbert Kröger (Rektor der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft ‚Walter Ulbricht‘). Mit dem stellvertretenden Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der DAW, Matthäus Klein, war zudem ein Philosoph der wichtigsten Forschungsinstitution der DDR Mitglied der Redaktion.

Die monatlichen Ausgaben der *Einheit* beinhalteten ein breites Spektrum von Artikeln, die den wissenschaftlichen Sozialismus betrafen – teilweise widmeten sich die Hefte auch einem übergeordneten Thema. Darüber hinaus veröffentlichte die SED in der *Einheit* wichtige Parteidokumente (wie etwa das Parteiprogramm oder Parteitagsprotokolle) sowie Analysen wichtiger Ereignisse, wozu beispielsweise Parteitage der SED oder der KPdSU zählen. Auch zentrale Aufsätze oder Reden führender Politiker beziehungsweise Interviews mit Politikern wurden in der *Einheit* abgedruckt. Darüber hinaus agierten Führungskader der SED wie beispielsweise Kurt Hager als Autoren für die Zeitschrift.

Insgesamt waren die Autoren der *Einheit* recht heterogen: Für richtungweisende Leitartikel zeichnete meist das gesamte Redaktionskollegium verantwortlich. Darüber hinaus verfassten sowohl Wissenschaftler der Parteihochschulen als auch der Universitäten und der Akademie Artikel für die Zeitschrift. Gelegentlich wurden auch Übersetzungen von Texten ausländischer Autoren veröffentlicht.

Zu den inhaltlichen Rubriken der *Einheit* zählten erstens der ‚Aufbau des Sozialismus in der DDR‘, d.h., der politischen Ökonomie der DDR und Wirtschaftspolitik, zweitens der ‚Dialektische und historische Materialismus‘, wozu Staatsrechtsfragen ebenso zählten wie das Verhältnis von Marxismus und Naturwissenschaften, drittens ‚Kultur und Erziehung‘, viertens die ‚Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung‘, fünftens die ‚Lage in Westdeutschland‘, sechstens ‚Sowjetunion und andere Länder der Volksdemokratie‘ sowie schließlich ‚Internationale Fragen‘. Diese inhaltlichen Rubriken wurden ergänzt durch Leserbriefe und Antworten („Propagandisten fragen – wir antworten“), Tagungsberichte und Rezensionen sowie Dokumente.

Um die wissenschaftliche Ausrichtung der Zeitschrift zu gewährleisten, wurde der Chefredakteur Hans Schaul nicht nur zu inhaltlichen Beratungen des Zentralkomitees als Teilnehmer geladen, sondern die *Einheit* führte auch selbst wissenschaftliche Tagungen durch, unter anderem die für die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR wegweisende Konferenz „Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft“ im April 1961.

Eine solche Beratung, bei der es um die Aufgaben der *Einheit* ging, fand im Mai 1957 statt. Anlass war die Direktive des 30. Plenums des Zentralkomitees über die Aufgaben der Zeitschrift, in der es hieß, dass die *Einheit* „zu einer wirklich kämpferischen und führenden theoretischen Zeitschrift in der Deutschen Demokratischen Republik werden“ solle, „mit deren Hilfe die SED ihre führende Rolle auf allen Gebieten der ideologischen Arbeit verwirklicht.“<sup>1064</sup> Was hieß dies konkret? Auf der Konferenz, an der Wissenschaftler, Parteifunktionäre und Leser teilnahmen, legte Walter Ulbricht seine Haltung zu dieser Frage in einem Referat dar. Auf theoretischer Ebene konstatierte Ulbricht Defizite in den Bereichen des Staatsrechts, der Ökonomie, der theoretischen Einordnung des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus und der Haltung zu Westdeutschland – Fragen, die in seinen Augen nicht ausreichend geklärt würden. Das Hauptproblem lag aus Ulbrichts Sicht aber woanders, nämlich in dem mangelnden Kampfgeist der in der *Einheit* veröffentlichten Artikel:

„Das Kämpferische tritt in der ‚Einheit‘ nicht genügend in Erscheinung. [...] Es kommt ja nicht in erster Linie darauf an, ob jemand stilistisch wunderschön schreiben kann. Es kommt darauf an, daß die Artikel kämpferisch geschrieben sind, daß sie dem Kampf um den Sozialismus und der Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht dienen, daß die Menschen dazu erzogen werden. Diese kämpferische Atmosphäre ist noch schwach.“<sup>1065</sup>

Die ‚Schuldigen‘ an diesen Umstand konnte Ulbricht ebenfalls benennen, und zwar waren dies in seinen Augen die Wissenschaftler, die nur wenig dazu beitragen würden, dass sich das sozialistische Bewusstsein der Leserinnen und Leser entwickeln könne. Der Marxismus-Leninismus habe das wissenschaftliche Leben an den Hochschulen bisher noch nicht durchdrungen, so Ulbricht, aber es sei wichtig, „daß auch an den Hochschulen die Blume des Marxismus die Möglichkeit bekommt, zu blühen und daß sie nicht durch die bürgerliche Ideologie und gewisse Traditionen erstickt wird.“<sup>1066</sup> Hinter diesen – im wahrsten Sinne des Wortes – blumigen Ausführungen verbarg sich einmal mehr die Problematik, dass die SED den Anspruch hatte, Politik auf ‚wissenschaftlicher‘, das hieß für sie: marxistischer, Grundlage zu betreiben, dies aber zunächst noch ohne die Wissenschaftler tat (da viele von ihnen – so die Kritik Ulbrichts – weiterhin der bürgerlichen Ideologie und alten universitären Traditionen verhaftet blieben). Umso höher war der Stellenwert der *Einheit* als theoretisches Organ der Partei anzusehen, denn durch sie sollte die Lücke zwischen dem Marxismus-Leninismus als Wissenschaft auf der einen und der universitären Wissenschaft auf der anderen Seite gefüllt werden. Zugleich bedeutet dies, dass sich an den Veröffentli-

---

1064 Direktive des 30. Plenums des ZK der SED, zit. nach: Ulbricht: Theoretische und praktische Probleme der Übergangsperiode und die Aufgaben der ‚Einheit‘, in: *Einheit* 12 (1957), Heft 6, S. 657-670, S. 657.

1065 Ulbricht: Theoretische und praktische Probleme der Übergangsperiode und die Aufgaben der ‚Einheit‘, in: *Einheit* 12 (1957), Heft 6, S. 657-670, S. 661.

1066 Ulbricht: Theoretische und praktische Probleme der Übergangsperiode und die Aufgaben der ‚Einheit‘, in: *Einheit* 12 (1957), Heft 6, S. 657-670, S. 670.

chungen in der *Einheit* die Haltung der Partei zu den diskutierten wissenschaftlichen Fragen ablesen lässt. Bezogen auf den systemischen Denkstil heißt das, dass sich den Artikeln in der *Einheit* zu dieser Thematik entnehmen lässt, ob und wie das systemische Denken im exoterischen Kreis des Denkkollektivs rezipiert wurde und welche Veränderungen des systemischen Denkens dies evozierte.

Angesichts dessen ergibt sich für die Denkstilanalyse der *Einheit* als leitende Frage: Wie entwickelt sich ein neuer wissenschaftlicher Denkstil, wenn er von der Politik aufgegriffen bzw. übernommen wird? Und welche Rolle spielt die Gleichzeitigkeit von Etablierung und Popularisierung des systemischen Denkens für diese Frage? Eine Analyse der *Einheit* eignet sich besonders gut, um diesen Fragen auf die Spur zu kommen, weil sie das (populär-)wissenschaftliche Sprachrohr der SED darstellte, ohne dabei selbst fachwissenschaftlich ausgerichtet zu sein.

### 5.3.2.1 Systemisches Denken in der *Einheit*: Veröffentlichungszahlen

Anders als in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* ist das Spektrum der Artikel zum systemischen Denken, die in der *Einheit* erschienen sind, eingeschränkter. In der Zeit zwischen 1958 und 1972 erschienen 18 Artikel, die sich dezidiert dem Thema Kybernetik widmeten und den Begriff schon in der Überschrift aufgriffen. Diese Zahl lässt sich weiter aufschlüsseln: Hierbei handelte es sich bei sechs Veröffentlichungen um Rezensionen und bei einem Artikel um eine ausführliche Beilage, die auf der Basis einer von der *Einheit* im Jahr 1961 veranstalteten Tagung mit dem Titel „Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft“ berichtete.

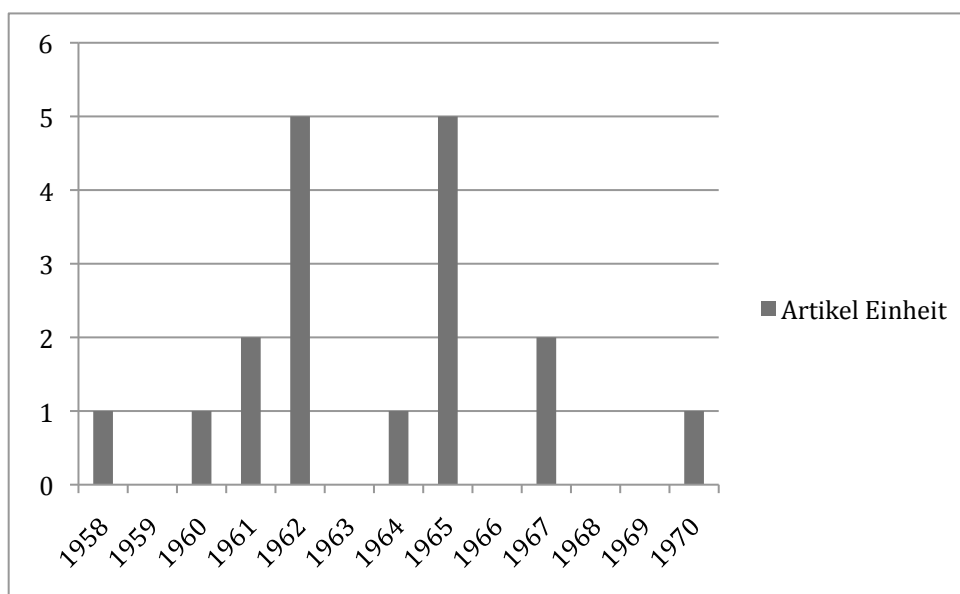


Abbildung 7: Artikel zum Thema ‚Kybernetik‘ in der Zeitschrift *Einheit*



Doch anders als in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, wo theoretische und erkenntnistheoretische Fragen des systemischen Denkens im Vordergrund standen, fokussierten die Artikel in der *Einheit* zumeist Anwendungsaspekte von Kybernetik, insbesondere auf die sozialistische Ökonomie beziehungsweise das Neue ökonomische System der Planung und Leitung (vgl. Abbildung unten). Zu diesem Themenkomplex sind im genannten Zeitraum alleine 33 Artikel erschienen, welche zwar nicht explizit den Begriff ‚Kybernetik‘ im Titel tragen, aber dennoch (bis auf wenige Ausnahmen) eine kybernetische Betrachtung der Ökonomie darstellen. Andere anwendungsbezogene Aspekte des systemischen Denkens wurden unter dem Stichwort Datenverarbeitung (vier Artikel) und Automatisierung (sieben Artikel) behandelt. Diese sollen in der Analyse jedoch nicht Gegenstand der Betrachtung sein, weil sie sich in erster Linie auf praktische Probleme der Einführung von Automatisierung und Datenverarbeitung in Betrieben und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Belegschaft fokussieren. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang lediglich, dass es vor allem um die Qualifikation der Betriebsleitung sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinsichtlich des Umgangs mit den neuen Methoden ging.<sup>1067</sup>

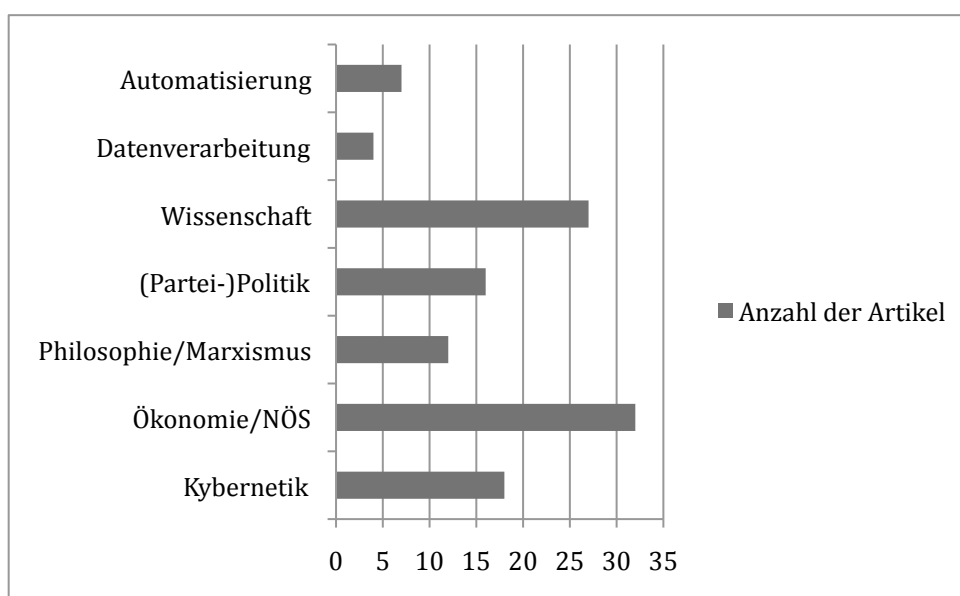


Abbildung 8: Artikel in der *Einheit*, 1958-1972

Auch auf die besondere Rolle der Kybernetik für das Wissenschaftssystem beziehungsweise ihre Funktion für die Produktivkraft Wissenschaft wurde in zahlreichen Artikeln verwiesen (in der abgebildeten Graphik gefasst unter dem Oberbegriff ‚Wissenschaft‘). So diente die

1067 So z.B. Rudolph: Ökonomisch-kybernetische Probleme der Anwendung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen, in: *Einheit* 22 (1967), Heft 1, S. 27-37; Liebig: Leitungsprozeß und Datenverarbeitung, in: *Einheit* 24 (1969), Heft 2, S. 233-237; Lilie: Automatisierung – Bestandteil der komplexen sozialistischen Rationalisierung, in: *Einheit* 22 (1967), Heft 2, S. 143-149; Liebig: Politisch-ideologische Probleme der Automatisierung, in: *Einheit* 24 (1969), Heft 2, S. 144-150; Nick/Weidig: Mensch und Automatisierung im Sozialismus, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 9, S. 1149-1161.

Kybernetik als Beispiel für die Entwicklung neuer Disziplinen, die im Zuge der Modernisierung des Wissenschaftssystems neue Potentiale boten, um die wissenschaftlich-technische Revolution und die damit verbunden Herausforderungen zu meistern. In fast allen der zu diesem Themenkomplex erschienen 27 Artikel verwiesen die Autoren entweder auf die Kybernetik oder einen ihrer Anwendungsbereiche, wie Datenverarbeitung, Automatisierung oder Operationsforschung, ohne das systemische Denken beziehungsweise die Kybernetik zu definieren oder zu theoretisieren.

Wie wichtig die Rolle des systemischen Denkens für die Philosophie der DDR war, dokumentieren die zu diesem Bereich zählenden Veröffentlichungen, die ebenfalls häufig auf das systemische Denken verweisen. Auch hier wird immer wieder der Zusammenhang von systemischem Denken und wissenschaftlich-technischer Revolution beziehungsweise dem Produktivkraftcharakter der Wissenschaft hergestellt und seine Rolle für den sich etablierenden Zweig der Philosophie der Naturwissenschaften hervorgehoben. Für die (Partei-)Politik hingegen war das systemische Denken nur bedingt von Interesse. Hervorstechend für diesen Bereich ist, dass es nur selten erwähnt wird, wenngleich oftmals Bezug auf den Systembegriff genommen wird.

Neben der Betrachtung derjenigen Artikel, die sich explizit dem Thema Kybernetik widmen, wird es damit in der folgenden Denkstilanalyse auch insbesondere um jene Artikel gehen, die nur en passant auf das systemische Denken verweisen oder aber sich auf Begrifflichkeiten stützen, die durch das systemische Denken geprägt wurden. Diese Herangehensweise ermöglicht es, nicht nur die Genese des systemischen Denkstils, sondern auch seine Rezeption im politischen Diskurs nachzuzeichnen.

Dieses Vorgehen erscheint für die Analyse auch deswegen sinnvoll, weil die Anzahl der Artikel in der *Einheit*, die sich ausschließlich mit Kybernetik befassen, im Vergleich mit der Debatte in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* relativ gering ist, wie die folgende Graphik zeigt.

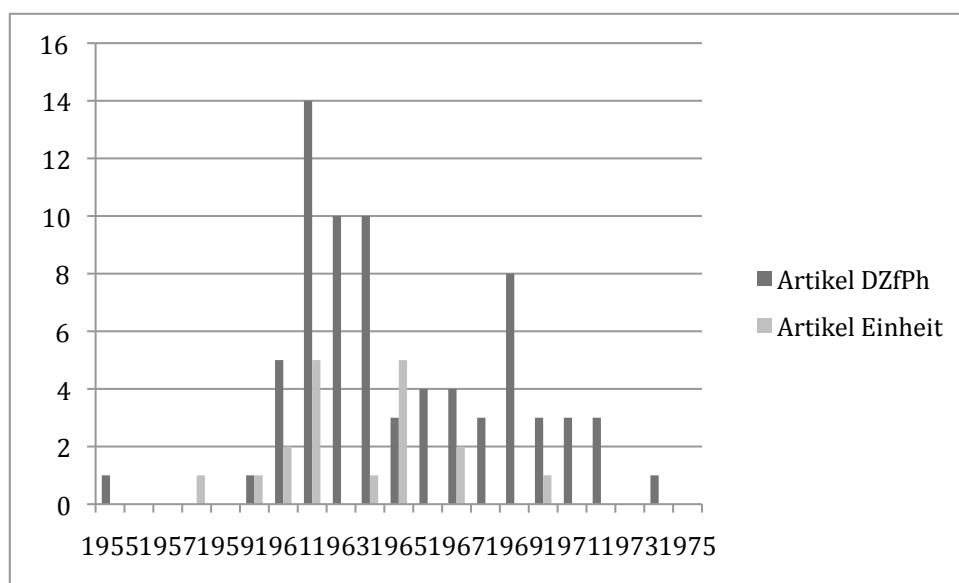


Abbildung 9: Vergleich der Artikelanzahl in DZfPh und Einheit, 1955-1975

Aus dieser Beobachtung ergibt sich zugleich, dass die Schwerpunkte in der *Einheit* andere waren, da es weniger um die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der neuen Wissenschaft ging, sondern vielmehr anhand der Veröffentlichungen in der *Einheit* gezeigt werden kann, wie der systemische Denkstil sich auch in politiknahen Feldern wiederfand.

### 5.3.2.2 Der systemtheoretisch-kybernetische Denkstil in der *Einheit*

Die Phasen der Rezeption des systemischen Denkens, wie sie sich in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* abgezeichnet haben (vgl. dazu Kapitel 5.3.1.2 dieser Arbeit), lassen sich mit Abstrichen auch auf die Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der *Einheit* übertragen. Einem zunächst skeptischen Umgang mit dem neuen Wissenschaftszweig bis etwa 1960 folgte eine fast boomartige Rezeption, die ab circa 1965 in einen Normalzustand überging. Charakteristisch hierfür war die Erwähnung des systemischen Denkens en passant sowie eine nahezu inflationäre Verwendung des Systembegriffs, insbesondere im ökonomischen Zusammenhang. Ein weiterer Wandel vollzog sich zu Beginn der 1970er Jahre, als es zu einer Ablehnung des systemischen Denkens seitens der Politik kam.

#### **Phase 1: Erste Auseinandersetzungen mit dem systemischen Denkstil**

Georg Klaus verfasste den ersten Artikel für die *Einheit*, der sich explizit, aber auch noch sehr vorsichtig<sup>1068</sup> der Kybernetik widmete. Unter der Überschrift „Zu einigen Problemen der Kybernetik“ thematisierte er 1958 das Potential von Maschinen im Zusammenhang mit der Veränderung von Arbeitsprozessen. Ausgangspunkt seiner Argumentation war die

1068 Erst auf der achten von 15 Seiten unter Abschnitt III von Klaus' Ausführungen taucht der Begriff „Kybernetik“ erstmals auf.

Frage nach der Organisation von Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft. Mit einem Verweis auf die „Kritik des Gothaer Programms“, in der Marx davon spricht, dass die „knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit [und] damit auch der Gegensatz [von] geistiger und körperlicher Arbeit“ in „einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft“<sup>1069</sup> verschwände, leitete Klaus seine Ausführungen ein. Die Frage, die er zu beantworten suchte, war, wie sich unter den Gegebenheiten der modernen Industriegesellschaft die Fließbandarbeit im Sozialismus von der im Kapitalismus unterscheide. Er fragte:

„Wie kann nun aber die Produktion so umgestaltet werden, daß die Menschen nicht nur immer leichtere und zeitlich kürzere Tätigkeiten zu verrichten haben, um ihre materiellen Bedürfnisse befriedigen zu können, sondern auch so, daß diese Arbeit wirklich schöpferische Arbeit und damit tatsächlich ‚erstes Lebensbedürfnis‘ werden kann?“<sup>1070</sup>

Klaus konstatierte, dass vor dem Hintergrund der technischen Revolution neue Produktionsinstrumente und Formen der Produktion gefunden werden müssten und verwies in diesem Zusammenhang auf das Potential von Rechenmaschinen. Klaus regte die Verwendung von Maschinen zur Kontrolle und Steuerung von Fabriken an, weil – so erläuterte er – diese in der Lage seien, logische Operationen vorzunehmen. Für die Herleitung dieser These verwies Klaus auf die Aussagenlogik und unterschied zwischen offenen und geschlossenen Kontrollsystemen, wobei letztere in der Maschine zu finden seien, während offene Kontrollsysteme charakteristisches Merkmal von Lebewesen seien. Hieran anschließend hob er auf die Informationstheorie ab und erklärte ihre Funktionsweisen, um schließlich zu argumentieren, dass auch Maschinen „in der Lage [sind], hinsichtlich des Inhalts von Informationen antientropisch zu arbeiten“<sup>1071</sup>. Bemerkenswert ist, dass Klaus sich in seiner Argumentation zunächst allein auf den Systembegriff bezog und hervorhob, dass sowohl Lebewesen als auch Maschinen als informationsverarbeitende Systeme aufgefasst werden könnten. Erst nach diesen langen Ausführungen kommt unter Abschnitt III (von IV Textpassagen) erstmals explizit die Kybernetik ins Spiel. Angesichts dessen ergebe sich nämlich aus Klaus' Sicht ein neues, philosophisches Problem, nämlich das nach der Unterscheidung zwischen Mensch und Maschine. „Die Analogie zwischen Mensch, Tier und Maschine führt zur Entstehung der Kybernetik.“<sup>1072</sup> Klaus verwies auf die Geschichte des Begriffs Kybernetik, der aus dem alten Griechenland stamme, aber durch die Ausführungen des US-amerikanischen Mathematikers Norbert Wiener eine neue Wendung erfahren habe, indem dieser hierunter „die Lehre von Steuerungsvorgängen in Tieren und Maschinen“<sup>1073</sup> verstehe. Eine weitergehende Definition von Kybernetik nahm Klaus zunächst

---

1069 Marx: Kritik des Gothaer Programms 1875, in: MEW Bd. 19, S. 21.

1070 Klaus: Zu einigen Problemen der Kybernetik, in: Einheit 13 (1958), Heft 7, S. 1026-1040, S. 1027.

1071 Klaus: Zu einigen Problemen der Kybernetik, in: Einheit 13 (1958), Heft 7, S. 1026-1040, S. 1033.

1072 Klaus: Zu einigen Problemen der Kybernetik, in: Einheit 13 (1958), Heft 7, S. 1026-1040, S. 1033.

1073 Klaus: Zu einigen Problemen der Kybernetik, in: Einheit 13 (1958), Heft 7, S. 1026-1040, S. 1033.

nicht vor. Stattdessen schloss er eine Kritik an den heutigen „Ideologen der Bourgeoisie“ an, die hinsichtlich der neuen Herangehensweise widersprüchlich argumentierten: Gehe es im Rahmen der Religion um die Behauptung einer unsterblichen Seele, so Klaus, würde die Analogie zwischen Maschinen und Gehirnen zurückgewiesen:

„Wenn es jedoch darum geht, den ökonomischen und politischen Kampf gegen die organisierte Arbeiterklasse zu führen, wird die mechanisch-materialistische Untertreibung dieser Analogie aufs äußerste gefördert.“<sup>1074</sup>

Er näherte sich der neuen Wissenschaftsdisziplin von einem philosophisch-erkenntnistheoretischen Standpunkt und wählte damit eine Argumentationsweise, die zugleich einem (vor allem in der Politik weit verbreitetem Vorurteil) entgegentrat, nämlich der Gleichsetzung von Mensch und Maschine, die man in der neuen Wissenschaft der Kybernetik verkörpert sah. Klaus hob hervor, dass die Aussage, Maschinen könnten denken, erkenntnistheoretisch falsch sei und einen mechanischen Materialismus und damit eine „in der heutigen Situation reaktionäre politische Ideologie“<sup>1075</sup> propagiere. Vielmehr verhalte es sich so, dass Gehirn und Maschine nicht identisch seien, sondern in einigen Bereichen Analogien aufwiesen, womit er implizit die Entwicklung der Kybernetik in den westlichen Ländern kritisierte, ohne aber – und das ist hinsichtlich der Herausbildung des systemischen Denkstils in der DDR relevant – zu diesem Zeitpunkt eine marxistisch-dialektische Interpretation der Kybernetik vorzunehmen.

Auf seinen Ausgangspunkt, nämlich den Stellenwert von geistiger und körperlicher Arbeit in der technischen Revolution, zurückkommend, wies Klaus im letzten Abschnitt auf die Potentiale von Rechenmaschinen für diese gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse hin und hob die bedeutende Rolle der Wissenschaft im Sozialismus hervor, nicht, ohne dabei auf die Erfolge der Sowjetunion in der Raumfahrt hinzuweisen. Bemerkenswert an diesem ersten, in der *Einheit* erschienen Artikel über Kybernetik ist, dass Klaus keine grundlegende Definition von Kybernetik liefert, sondern die Analogie zwischen Mensch, Tier und Maschine zum Ausgangspunkt wählt, indem er diese als Systeme begreift, die alle, wengleich auf unterschiedliche Art und Weise, zu Informationsübertragung in der Lage seien. Diese Art, das systemische Denken aufzugreifen, unterscheidet sich grundlegend von den Veröffentlichungen in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, in denen sich die Autoren zumeist um Definitionen der neuen Wissenschaft bemühten. In der *Einheit* hingegen stand die Kybernetik-Rezeption zunächst noch unter dem Einfluss, dass es sich um eine imperialistische Theorie handle, die mit dem Sozialismus nicht vereinbar sei. Zwar verhielt sich Georg Klaus neutral in seiner Bewertung der neuen Wissenschaft und verwies in erster

---

1074 Klaus: Zu einigen Problemen der Kybernetik, in: *Einheit* 13 (1958), Heft 7, S. 1026-1040, S. 1033.

1075 Klaus: Zu einigen Problemen der Kybernetik, in: *Einheit* 13 (1958), Heft 7, S. 1026-1040, S. 1035.

Linie auf die Widersprüche zwischen der neuen Herangehensweise und der traditionellen idealistischen Philosophie, doch ließ dieser Artikel die Euphorie, die nur wenige Jahre später mit dem systemischen Denken in Verbindung gebracht werden sollte, vermissen. Gleichwohl hob Klaus bereits 1958 die Rolle hervor, die den Rechen- bzw. Denkmaschinen in der technischen Revolution, wie sie sich in den sozialistischen Staaten vollzog, zukam.

Somit wurde die Kybernetik in der ersten Rezeptionsphase auch in der *Einheit* thematisiert, aber sie spielte zu diesem Zeitpunkt im politischen Kontext noch eine untergeordnete Rolle. Die Etablierung und Ausformulierung des neuen Denkstils war zunächst noch Sache der Fachwissenschaft und vollzog sich vor allem in der *DZfPh*.

### **Phase 2: Die gesellschaftliche Etablierung der Kybernetik**

Dies sollte sich schon bald ändern: Richtigen Auftrieb erhielt das systemische Denken durch eine wissenschaftliche Beratung, die von der Redaktion der *Einheit* initiiert worden war und die dazu dienen sollte, sich in

„Anbetracht der Bedeutung, die der Kybernetik jetzt schon zukommt und in der Zukunft in noch weit größerem Maße zukommen wird [...] in einem engeren Kreis von Naturwissenschaftlern und Gesellschaftswissenschaftlern [...] einen gewissen Überblick über Grundfragen der Kybernetik und ihrer Anwendung in wichtigen Bereichen des Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik zu verschaffen.“<sup>1076</sup>

Die Beratung fand am 14. April 1961 im Haus des Zentralkomitees der SED statt. Zwar waren zu dieser Tagung zahlreiche führende Wissenschaftler der DDR eingeladen, sie unterschied sich aber von den wissenschaftlichen Tagungen (vgl. dazu Kapitel 5.1.3), weil sie von der Redaktion der *Einheit* und nicht von einer Wissenschaftsinstitution veranstaltet wurde. Den Anstoß zur Durchführung der Tagung hat aber – laut Heinz Liebscher – die Kommission für Kybernetik an der AdW gegeben.<sup>1077</sup> Zwar lässt sich diese Aussage anhand der Archivalien nicht verifizieren, gleichwohl spricht vieles dafür. In diesem Sinne kann die Durchführung der Tagung als ein (seitens der Politik zumindest gebilligter Versuch) gelten, die das systemische Denken gewissermaßen zu popularisieren und die Kybernetik der theoretisch interessierten Parteiöffentlichkeit nahe zu bringen. Denn die Tagung der *Einheit* war die Bedingung der Möglichkeit, die Auseinandersetzung über das systemische Denken auch im wissenschaftlichen Diskurs überhaupt erst voranzutreiben. Zur Einführung in die Thematik war ein Referat von Georg Klaus geplant; die Thesen des Referats wurden mit der Einladung verschickt.<sup>1078</sup>

Auf der Einladungsliste der Beratung fanden sich fast 50 namhafte Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen, unter ihnen der Ökonom Friedrich Behrens, der Regelungstechni-

---

1076 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5 (Klaus: Thesen zur Kybernetik 1961), S. 1.

1077 Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation? 1995, S. 19.

1078 Vgl. hierzu die Einladungslisten in SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5, S. 28-38.

ker Helmut Kindler, der Chemiker Robert Havemann, der Biologe Jakob Segal, der Physiologe Hans Drischel und der Psychologe Friedhart Klix. Seitens der Politik sollten Hannes Hörnig, Mitarbeiter in der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED sowie Vertreter der wichtigsten Zeitschriften und Zeitungen der DDR teilnehmen.<sup>1079</sup> Die Initiative der *Einheit* stieß auf ein großes Echo: Zwar mussten einige der eingeladenen Personen absagen, gleichwohl zeigten diese sich auch in ihren Verhinderungsschreiben äußerst interessiert an der Thematik und bedauerten, nicht teilnehmen zu können. Andere wiederum nutzten die Gelegenheit, die Kybernetik auch an ihren eigenen Instituten zu diskutieren und sich so auf die Beratung der *Einheit* vorzubereiten. Eine Ausnahme stellte die Reaktion des Biologen und Philosophen Jakob Segal dar: Er hielt die „Thesen des Genossen Klaus für anfechtbar und zum Teil für sehr bedenklich“, weil er befürchtete, die Kybernetik sollte die Philosophie und insbesondere die Philosophie der Naturwissenschaften ersetzen.<sup>1080</sup>

Da Segal sich in seiner Kritik auf die mitverschickten zwölf Thesen von Georg Klaus bezog, diese aber allein der internen Diskussion dienten und nicht veröffentlicht worden sind, sollen sie an dieser Stelle auf Grundlage der Akten des Bundesarchivs kurz zusammengefasst werden.

Die ersten vier Thesen dienten vor allem der Definition von Kybernetik. Erstens heißt es: „Die Kybernetik ist die Theorie der dynamischen, selbstregulierenden und selbststabilisierenden Systeme.“<sup>1081</sup> Die zweite These hebt den informationstheoretischen Aspekt der Kybernetik hervor und besagt, dass es um die Struktur der übertragenen Energie zwischen den Systemelementen gehe. In der nächsten These ging es um die interdisziplinären Wurzeln der Kybernetik und ihre Pioniere wie Ashby, Wiener, Anochin, Ljapunow und Sobolew. Die vierte der Klaus'schen Thesen besagt:

„Die Kybernetik ist die allgemeine Theorie der dynamischen, selbstregulierenden Systeme. Sie abstrahiert vom mechanischen, elektrischen, chemischen, physiologischen, psychologischen, ökonomischen, politischen Charakter der Systeme bzw. ihrer Glieder. Sie befasst sich lediglich mit den funktionellen Beziehungen der Glieder von Systemen. [...] Die Kybernetik ist hinsichtlich der Allgemeinheit ihrer Begriffsbildungen nur mit der Philosophie und Mathematik vergleichbar. [...] Auf der Allgemeinheit ihrer Begriffsbildungen beruht auch die enorme Bedeutung der Kybernetik als heuristisches Hilfsmittel bei der Bildung von Hypothesen. Aus solchen und ähnlichen Überlegungen wird auch klar, daß die Kybernetik die traditionellen Einzelwissenschaften weder ersetzen will noch kann.“<sup>1082</sup>

---

1079 Vgl. hierzu die Einladungslisten in SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5.

1080 Leider beschränkt sich das Archivmaterial an dieser Stelle auf das argumentativ recht dürftige Absageschreiben Segals, so dass eine abschließende Beurteilung seiner Haltung zum systemischen Denken und seiner Motivation für die kritischen Worte spekulativ bleiben muss. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass es sich hierbei um die Konkurrenz zweier Wissenschaftler gehandelt haben könnte, wenn man bedenkt, dass Segal sich – ebenso wie Klaus – als Philosoph im Bereich der Philosophie der Naturwissenschaften etablieren wollte.

1081 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5 (Klaus: Thesen zur Kybernetik 1961), S. 28.

1082 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5 (Klaus: Thesen zur Kybernetik 1961), S. 29f.

Die folgenden vier Thesen dienten Klaus dazu, den Zusammenhang von dialektischem Materialismus und Kybernetik sowie das sich daraus ergebende Potential für die Wissenschaft darzulegen. Zunächst verglich er die Kybernetik beziehungsweise die Allgemeinheit ihrer Begriffsbildungen mit der Philosophie und der Mathematik. Damit antizipierte Klaus die herrschenden Vorurteile über Kybernetik (wichtigstes Argument ihrer Kritiker war, dass sie nicht zum Philosophieersatz werden dürfe), rückte sie aber mit der fünften These ideologisch zurecht: Das Problem sei, so Klaus, dass diese Art der Abstraktion sowohl im Westen als auch im Osten zu Missverständnissen geführt habe. Die westliche Populärwissenschaft reduziere die Bedeutung der Kybernetik darauf, technische Begrifflichkeiten auf organische oder gesellschaftliche Systeme zu übertragen, und argumentiere damit mechanistisch oder behavioristisch. In Reaktion darauf würden einige marxistische Autoren die Unterschiede zwischen Mensch und Maschine verabsolutieren, „was in der Konsequenz zur Annahme einer besonderen Lebenskraft, einer selbständigen geistigen Welt und damit zur Rechtfertigung von Idealismus und Religion hätte führen müssen.“<sup>1083</sup> In These sechs griff Klaus einmal mehr auf ein Lenin-Zitat zurück, welches er bereits in zuvor in der *DZfPh* veröffentlichten Artikeln angeführt hatte, um den Zusammenhang zwischen dialektischem Materialismus und Kybernetik zu untermauern. So schrieb Lenin 1908 in ‚Materialismus und Empirio-kritizismus‘, dass die moderne Naturwissenschaft im Begriff sei, den dialektischen Materialismus zu gebären. Dies gelte für die Kybernetik in verstärkten Maße, so Klaus, und er untermauerte seine Ansicht durch den Verweis auf die Gemeinsamkeiten dialektischer und kybernetischer Begrifflichkeiten wie Rückkopplung, Wechselwirkung und Regelkreis. Dies bedeutete aber nicht, so argumentierte Klaus weiter, dass Kybernetik mit Philosophie gleichzusetzen sei. Die wichtigste Differenz beider Disziplinen liege – so These sieben – im Weltanschauungscharakter der Philosophie, da sie das „Verhältnis des Denkens zum Sein“ und das des „Geistes zur Natur“<sup>1084</sup> thematisiere. Zur Beantwortung dieser Fragen stütze sich die Philosophie allerdings auf die Naturwissenschaften, und in diesem Kontext komme der Kybernetik sehr wohl eine „gewisse Sonderstellung“<sup>1085</sup> zu, weil sie in ihrer Funktion als Theorie selbstregulierender und selbststabilisierender Systeme allgemeine Gesetzmäßigkeiten formuliere, die dazu beitragen könnten, idealistische und religiöse Elemente einzudämmen. Den Grund hierfür führte Klaus in der achten These an: Die Kybernetik zeichne sich durch die Anwendung mathematischer Methoden aus. Erneut bediente er sich eines Rückgriffs auf die Präideen und argumentierte mit Marx, „der gesagt

---

1083 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5 (Klaus: Thesen zur Kybernetik 1961), S. 31.

1084 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5 (Klaus: Thesen zur Kybernetik 1961), S. 34.

1085 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5 (Klaus: Thesen zur Kybernetik 1961), S. 34.



hat, daß eine Wissenschaft erst dann entwickelt ist, wenn sie sich der Mathematik bedienen kann.“<sup>1086</sup>

Nachdem Georg Klaus den Stellenwert der Kybernetik für die Naturwissenschaften sowie den Zusammenhang zwischen Philosophie, Mathematik und Kybernetik erläutert hatte, nahmen seine Ausführungen eine gesellschaftswissenschaftliche und gesellschaftspolitische Wendung: Unter neunten betonte er das Potential der Kybernetik für den „sozialistischen Aufbau“. Er hob die Möglichkeit der Modellbildung mit Hilfe der Kybernetik hervor (These neun), ging auf die Rolle der Kybernetik als theoretische Grundlage der Automatisierung und damit ihre Rolle für die Ökonomie ein (These zehn) und stellte heraus, dass die Anwendung der Kybernetik die Kooperation zwischen Forschung und Anwendung erleichtere (These elf). Das in These zwölf formulierte Fazit von Georg Klaus lautet: „In der DDR ist – was die Entwicklung und Anwendung der Kybernetik betrifft – ein Tempoverlust zu verzeichnen.“<sup>1087</sup> Er verwies dabei nicht nur auf ein Referat Walter Ulbrichts auf dem V. Parteitag, sondern auch auf die Maßnahmen anderer sozialistischer Staaten, in denen bereits Räte für Kybernetik existierten und die Kybernetik Gegenstand der Forschung an den Akademien sei.

Dieses Fazit ist in seiner Deutlichkeit ungewöhnlich für den systemischen Denkstil, wie er bis zu diesem Zeitpunkt durch die Protagonisten der Kybernetik in der DDR etabliert worden war. Eine derartige Kritik an den Entwicklungen in der DDR findet sich in den bisherigen Publikationen nicht, ist aber vermutlich auch dem Status der Thesen als Diskussionspapier, welches nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, geschuldet. Eine Diskussion entwickelte sich aber während der Beratung kaum bzw. ist eine solche nicht dokumentiert. Dies steht in Opposition zu dem Anliegen, die Veranstaltung auf der Basis der Klaus'schen Thesen, deren Wahrheitsgehalt ja erst zu überprüfen wäre, durchzuführen und legt die Vermutung nahe, dass es um ein reines ‚Abnicken‘ der politisch gewollten Kybernetikrezeption ging und nicht um eine offene Diskussion.

Darüber hinaus weisen die Thesen ein weiteres Merkmal auf, welches für die Denkstilbildung relevant ist: Für die Definition der Kybernetik griff Klaus (teilweise bis in den exakten Wortlaut) auf bereits veröffentlichte Texte zurück. So hob er z.B. auch hier in seinen Ausführungen den systemtheoretischen Aspekt der Kybernetik hervor und verwies auf die Fähigkeit von Systemen zur Selbstregulation, den hohen Abstraktionsgrad der Kybernetik und ihren Fokus auf funktionellen Systemanalysen. Zudem ist bemerkenswert, dass die Literaturbezüge, auf die Klaus verweist, meist aus dem westlichen Ausland stammen.

---

1086 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5 (Klaus: Thesen zur Kybernetik 1961), S. 34.

1087 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.10/5 (Klaus: Thesen zur Kybernetik 1961), S. 36.

Der zentrale Aspekt der Thesen war zugleich das wichtigste Charakteristikum des systemischen Denkens in der DDR: Klaus stellte den Zusammenhang von dialektischem Materialismus und Kybernetik heraus, mehr noch, er sprach erneut und mit Verweis auf Lenin davon, dass die Kybernetik dabei sei, den dialektischen Materialismus zu gebären. Dieses wichtige Merkmal des systemischen Denkstils war – so macht es den Anschein – einer der entscheidenden Schlüssel, der die Kybernetik-Rezeption in der DDR ermöglichte, da diese Argumentationsweise dazu geeignet war, die Vorbehalte gegen die neue Disziplin, wie sie in erster Linie von Gesellschaftswissenschaftlern erhoben wurden, zu entkräften. Erst der Verweis auf den dialektischen Gehalt der neuen Wissenschaft ermöglichte eine detaillierte Auseinandersetzung und vermochte, die Vorbehalte gegen die Kybernetik aus dem Weg zu räumen. Möglicherweise spielte aber die politische Notwendigkeit, im Wettstreit der Systeme auch wissenschaftlich neue Wege zu gehen, eine ebenso große Rolle.

Hinweise hierauf ergeben sich auch aus dem Bericht zur der Beratung der *Einheit*, der in Form einer Beilage zu Heft 7 unter dem Titel „Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft“ im Juli 1961 veröffentlicht wurde. Mit diesem Bericht wurden die Ergebnisse der Tagung der Öffentlichkeit präsentiert. Verfasser war Rainer Thiel, der später die Funktion des Sekretärs der beim ZK eingerichteten Kommission für Kybernetik werden sollte. Ein Protokoll der Veranstaltung findet sich in den Akten des Bundesarchivs nicht, Hinweise auf den Verlauf der Diskussion bietet alleine die Beilage.

Die politische Bedeutung, die der Kybernetik beigemessen wurde, hob Hans Schaul bereits in seinen einleitenden Worten zu der Beratung hervor. So betonte er, dass die

„dogmatische Auffassung vieler Gesellschaftswissenschaftler und auch mancher Redaktionen von Zeitschriften [...] die Initiative der Wissenschaftler gehemmt [hat], die schon seit geraumer Zeit die Bedeutung der Kybernetik für die gesellschaftliche Entwicklung erkannt haben.“<sup>1088</sup>

Schaul begründete diese Einschätzung mit der „falschen Interpretation“ des sich aus der Kybernetik ergebenden Verhältnisses von Mensch und Maschine, da vor allem populärwissenschaftliche Veröffentlichungen nahe legten, dass der Mensch als tätiges Wesen hinter die Funktionen von Maschinen zurücktrete. Ziel der Beratung sei es deswegen gewesen, derartigen Interpretationen entgegenzutreten und vielmehr das besondere Potential der Kybernetik hervorzuheben.

Der Beitrag Thiels fokussierte deswegen auch auf den oben skizzierten Aspekt des dialektischen Charakters der Kybernetik: Er „übersetzt“ die kybernetischen Begriffe wie Rückkopplung ins dialektische Vokabular und beschreibt, dass Regelkreise in ihrem Verhältnis zum Regler Rückkopplungssysteme sind, in denen eine Wirkungskette entstehe, die erals

---

1088 Thiel: Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Beilage zu Heft 7 der *Einheit*, in: *Einheit* 16 (1961), S. 1-32, S. 5.

„Widerspiegelung“ bezeichnet. Weiter heißt es: „Der Regelkreis verwirklicht auch die dialektische Einheit von Notwendigkeit und Zufall.“<sup>1089</sup> Im Folgenden übertrug Thiel diesen Sachverhalt auf Organismen und verwies auf einen Diskussionsbeitrag Robert Havemanns, der bemerkte, dass Lebewesen in ihrem Verhalten zur Umwelt selbststabilisierendes Verhalten aufwiesen. Ein weiterer Aspekt, der – so Thiels Bericht – im Kontext des Zusammenhangs von Kybernetik und Dialektik thematisiert wurde, war das Verhältnis von Quantität zu Qualität. Hierbei ging es darum, dass quantitative Veränderungen auch Veränderungen der Qualität der Systeme nach sich zögen. Es schloss sich eine Erläuterung des Systembegriffs an, in der darauf verwiesen wurde, dass jedes System – unabhängig von seiner Qualität – aus unterschiedlichen Teilsystemen bestehe. Ein Verweis auf unterschiedlichste Typen von Systemen (chemische, physikalische, ökonomische) verdeutlichte den abstrakten Charakter des Begriffs, der eine Anwendbarkeit auf die verschiedensten Sachverhalte eröffnete. Thiel schlussfolgerte:

„Das wesentlich Neue an der Kybernetik besteht darin, daß sie dieses ‚zweite Begriffssystem‘ zugrunde legt und systematisch entwickelt. [...] Wir haben also solche Begriffe wie Information, Nachrichtenübertragung, Signal, Kanal, Rückkopplung, Steuerung, Regelung usw. Wenn man dieses ‚zweite‘ Begriffssystem zu den vorhandenen [dialektischen, V.W.] Begriffen hinzufügt, hat man einen Begriffsapparat in der Hand, um komplizierte Verhältnisse, wie sie in Lebewesen oder in der Gesellschaft vorkommen, besser als bisher beschreiben zu können.“<sup>1090</sup>

Mit diesen Erläuterungen sollte auch einem in der DDR weit verbreitetem Missverständnis entgegengetreten werden, nämlich der Annahme, dass die Kybernetik sich alleine auf die Analyse elektronischer und technischer Systeme beschränke. Vielmehr gehe es um die Steuerung und Regelung von Systemen, unabhängig davon, ob diese Aufgaben (wie etwa im Zuge der Automatisierung) von Maschinen oder von Menschen übernommen würden. Ihren besonderen Charakter gewinne die Kybernetik nicht zuletzt durch ein ihr innewohnendes erkenntnistheoretisches Phänomen, nämlich die für sie charakteristischen Abstraktionsprozesse, die dazu führten, dass sich Probleme unterschiedlicher Disziplinen in denselben Begrifflichkeiten ausdrücken ließen. Dass diese Begriffe häufig aus technischen Disziplinen stammten, dürfe nicht über ihren allgemeingültigen Charakter hinwegtäuschen. Dies erkläre auch die ambivalente Beurteilung der Kybernetik seitens zahlreicher Wissenschaftler, da diese den notwendigen Abstraktionsprozess entweder nicht vollziehen würden oder ihm kritisch gegenüberständen. Thiel zitierte in diesem Zusammenhang Robert Havemann mit einer Äußerungen über sich neu entwickelnde Wissenschaften bzw. Wissenschaftszweige:

---

1089 Thiel: Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Beilage zu Heft 7 der Einheit, in: Einheit 16 (1961), S. 1-32, S. 2.

1090 Thiel: Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Beilage zu Heft 7 der Einheit, in: Einheit 16 (1961), S. 1-32, S. 5.

„Wir sollten beachten, daß neue wissenschaftliche Ergebnisse zunächst immer einen provisorischen Charakter tragen und daß die Verallgemeinerungen der Wissenschaftler, die zu diesen Erkenntnissen gelangt sind, ebenfalls einen gewissen provisorischen Charakter tragen. [...] Wir sollten deshalb nicht zu sehr danach fragen – gewissermaßen mit der Goldwaage abwägen –, ob diese oder jene Formulierung aller Kritik standhält. [...] Für uns als aktive marxistische Theoretiker ist die Hauptaufgabe, herauszufinden, was darin an neuer Erkenntnis enthalten ist. Dieses Positive und Wertvolle müssen wir ergreifen und an uns reißen.“<sup>1091</sup>

Havemann betonte damit die Prozesshaftigkeit der Wissensgenese und antizipierte, dass der provisorische Charakter neuer wissenschaftlicher Tatsachen sich mit der Zeit verlieren bzw. die Tatsachen sich verfestigen würden, wenn man sich mit ihnen auseinandersetzte. Havemann argumentierte damit ganz im Fleckschen Sinne und plädierte für eine Überwindung des Widerstandsavisos und für Offenheit gegenüber neuen wissenschaftlichen Entwicklungen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ging es um die mögliche Relevanz der Kybernetik für die Einzelwissenschaften und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen beurteilten diese für ihr eigenes Fachgebiet. In der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass das Potential der Kybernetik für die Einzelwissenschaften darin bestehe, mathematische Methoden und Modellbildungen in die jeweiligen Disziplinen zu integrieren. Mit Hilfe der Kybernetik sollte es also möglich sein, auch qualitative Sachverhalte quantitativ darzustellen. In dieser Feststellung schwang nicht zuletzt die Auffassung mit, dass es sich bei der Mathematik um die objektive Wissenschaft par excellence handle. Bereits Marx habe, so wurde argumentiert, angeregt, dialektische Prozesse mathematisch darzustellen. In der folgenden Diskussion waren aber neben der Mathematik noch zwei andere Wissenschaften und ihr Verhältnis zur Kybernetik von Interesse: Erstens die Ökonomie und zweitens die Philosophie.

Was die Ökonomie betraf, sah man in der Kybernetik zwar ein Mittel, mathematische Methoden im Bereich der Wirtschaft anzuwenden; auf Skepsis stießen aber – und dies war dem planwirtschaftlichen System geschuldet – die Begriffe der Selbststabilisation und der Selbstregulation, war mit ihnen doch der Gedanke an ein kapitalistisches System, welches auf die Selbstregulation wirtschaftlicher Zusammenhänge durch den Markt setzt, verbunden. Dieser Argumentation wurde jedoch dadurch die Spitze genommen, dass man darauf verwies, dass das ökonomische System nicht nur durch anonyme Marktmechanismen steuerbar sei: Die auf das ökonomische System wirkenden Kräfte könnten „spontan wirkende Kräfte sein“, aber es „können auch bewußt wirkende Kräfte sein, wie etwa die kommunistischen und Arbeiterparteien, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten lassen.“<sup>1092</sup> Hervorzuheben an dem Abschnitt des Tagungsberichts, der sich mit der Ökonomie befasst, ist, dass sich neben den genannten Einwänden keine weiteren Argumente ge-

---

1091 Thiel: Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Beilage zu Heft 7 der Einheit, in: Einheit 16 (1961), S. 1-32, S. 10f.

1092 Thiel: Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Beilage zu Heft 7 der Einheit, in: Einheit 16 (1961), S. 1-32, S. 24f.

gen die Anwendung der Kybernetik in der Ökonomie finden, sondern diese vielmehr begrüßt wurde. Das mag an der Art und Weise der Dokumentation der Tagung und den selektiven Ausführungen Thiels liegen, wahrscheinlicher erscheint jedoch, dass in dieser Hinsicht ein Denkstilwandel stattgefunden hat, der sich auf der Beratung der *Einheit* bereits manifestierte.

Ein weiterer Hinderungsgrund für eine uneingeschränkte Rezeption des systemischen Denkens in der DDR stellte das Verhältnis der Kybernetik zur Philosophie dar. Viele Philosophen befürchteten, dass die Kybernetik einerseits der Philosophie Konkurrenz machen könne und andererseits, dass sie einen mechanischen Materialismus propagiere, der im Gegensatz zum dialektischen Materialismus stehe. Wenngleich Klaus die Vorbehalte schon auszuräumen versucht hatte, indem er auf den dialektischen Gehalt der Kybernetik verwies, wurden diese Probleme nochmals eigens thematisiert. Tenor war, dass die Kybernetik zwar eine begrüßenswerte neue Entwicklung war, die in vielen Disziplinen Anwendung finden konnte und sollte, sie aber gleichwohl der Philosophie bedurfte, damit diese die „weltanschaulichen Konsequenzen aus der Entwicklung der Kybernetik zieht.“<sup>1093</sup> Auf der anderen Seite konnte sie im Bereich der Philosophie der Naturwissenschaften eine hilfreiche Erweiterung sein, wenn es um die Deutung von Ursache-Wirkungsbeziehungen ging (hierauf hatte Georg Klaus ja bereits in den ersten der von ihm in der *DZfPh* veröffentlichten Artikel<sup>1094</sup> verwiesen).

Jenseits dieser theoretischen Debatten über die Kybernetik brachte Hielscher<sup>1095</sup>, ein Vertreter der praktischen Regeltechnik, auf den Punkt, was die Praktiker unter den Teilnehmern der Beratung interessierte:

„Was wir brauchen, ist ein Einsatz der Kybernetik bei der Automatisierung. Die Kybernetik brauchen wir, um unsere Volkswirtschaft so zu entwickeln, daß sie uns den Lebensstandard ermöglicht, den wir erwarten. Andere Fragen interessieren mich zunächst einmal am Rande. Man kann diese Fragen vielleicht noch geisteswissenschaftlich ventilieren.“<sup>1096</sup>

Wenngleich die letzte Aussage Hielschers auch auf Widerspruch stieß, erhielt er von prominenter Seite Beistand, indem Georg Klaus bemerkte, man könne Hielscher dankbar für seine „Unduldsamkeit gegenüber einer weiteren Vernachlässigung der Kybernetik sein.“<sup>1097</sup> Aus dem Plenum wurde angeregt, ein „Sofortprogramm zur Popularisierung der wichtigsten kybernetischen Grundkenntnisse“ in Angriff zu nehmen, um den Tempoverlust der DDR im Bereich der Kybernetik zu kompensieren. Diese Aufgabe sollte die Kybernetik-

---

1093 Thiel: Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Beilage zu Heft 7 der *Einheit*, in: *Einheit* 16 (1961), S. 1-32, S. 27.

1094 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: *DZfPh* 8 (1960), S. 1266-1277.

1095 Der Vorname von Hielscher ließ sich anhand der einschlägigen Lexika nicht rekonstruieren.

1096 Thiel: Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Beilage zu Heft 7 der *Einheit*, in: *Einheit* 16 (1961), S. 1-32, S. 30.

1097 Thiel: Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Beilage zu Heft 7 der *Einheit*, in: *Einheit* 16 (1961), S. 1-32, S. 31.

Kommission der Deutschen Akademie der Wissenschaften übernehmen.<sup>1098</sup> Darüber hinaus sollte an der DAW eine programmatische Konferenz über Fragen der Kybernetik stattfinden.

Die Beratung der *Einheit* stellte einen wichtigen Wendepunkt in der Etablierung des systemischen Denkstils in der DDR dar. Die vorgebrachten Argumente, die für die Aufnahme der Kybernetik als neuem Wissenschaftszweig sprachen, waren zwar meist nicht neu, doch die Stoßrichtung war eine andere. Der Tagungsbericht macht deutlich, dass es hier nicht mehr allein darum ging, die Kybernetik in den Kreisen von Fachwissenschaftlern zu etablieren, sondern ihr Wirkungsgrad sollte über die Wissenschaft hinaus reichen. Der Tenor der Beilage in der *Einheit* war, die Kybernetik bzw. ihre Methoden zur Anwendung zu bringen, weil dadurch, vor allem im Bereich der Automatisierung, gewinnbringende Entwicklungen für die Gesellschaft zu erwarten waren. Mit der Durchführung der Tagung verließ die Kybernetik-Rezeption das Terrain der Fachwissenschaft und begab sich in den Bereich der Politik, deren Anliegen es war, aus der neuen Wissenschaftsrichtung gesellschaftlichen Nutzen zu ziehen. Man versprach sich von der Anwendung der Kybernetik Fortschritte im Bereich der Automatisierung, aber auch im Bereich der Wirtschaftsplanung, die dazu beitragen sollten, den ‚Welthöchststand‘ zu erreichen. Systemisches Denken war im Bereich der Ökonomie – so legt es die Beilage nahe – ein Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Regulation. Der Grundstein für eine entsprechende Umgestaltung des Wirtschaftssystems wurde mit der Befürwortung des systemischen Denkens gelegt.

In den Jahren 1962 bis 1964 erschienen in erster Linie Tagungsberichte<sup>1099</sup>, die die Ergebnisse der Kybernetik-Konferenzen unterschiedlicher Wissenschaftsinstitutionen präsentierten. Darüber hinaus wurde das Feld der Kybernetik den Leserinnen und Lesern der *Einheit* durch Rezensionen<sup>1100</sup> näher gebracht. Harald Wessel, der die Einführung „Kybernetik in philosophischer Sicht“<sup>1101</sup> von Georg Klaus rezensierte, sah in der Kybernetik – so die Überschrift der Rezension – eine „Bestätigung des dialektischen Materialismus“ und griff damit einen Topos auf, der bereits ein Jahr zuvor auf der Beratung der *Einheit* einen wichtigen Aspekt der Auseinandersetzung gebildet hatte. Aus der Perspektive der praktischen Umsetzung kybernetischer Methoden beleuchtete zudem Rolf Stranzky die Anwendung der Kybernetik in der VVB Braunkohle Halle, die 1964 begonnen hatte, Betriebsabläufe mit

---

1098 Thiel: Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Beilage zu Heft 7 der *Einheit*, in: *Einheit* 16 (1961), S. 1-32, S. 32.

1099 Thiel: Eine bedeutsame Kybernetik-Tagung der DAW, in: *Einheit* 17 (1962), Heft 5, S. 104-110; Liebscher/Thiele: Produktivkraft Wissenschaft – Tagungsbericht, in: *Einheit* 17 (1962), Heft 12, S. 146-150; Wintgen: Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie, in: *Einheit* 19 (1964), Heft 12, S. 93-96.

1100 Wessel: Eine Bestätigung des dialektischen Materialismus, in: *Einheit* 16 (1961), Heft 3, S. 156-160; Metzler: Eine wichtige Neuerscheinung auf dem Gebiet der Kybernetik, in: *Einheit* 17 (1962), Heft 8, S. 148-152.

1101 Klaus: Kybernetik in philosophischer Sicht 1961.

Hilfe moderner Rechentechnik zu analysieren und zu optimieren.<sup>1102</sup> Mehr als berichtenden Charakter wies in diesen Jahren nur ein weiterer Artikel von Harald Wessel auf, der die Theoretisierung der Biologie zum Gegenstand hatte und in diesem Zusammenhang auf den systemtheoretischen geprägten neuen Begriff von Kausalität und Finalität verwies.<sup>1103</sup>

### ***Phase 3: Von der fachwissenschaftlichen Theorie zur gesellschaftlichen Praxis***

Erst ab 1965 und damit in der dritten Phase der Rezeption systemischen Denkens, als die Kybernetik bereits zum (wissenschaftlichen) Alltag geworden war, erschienen weitere Artikel in der *Einheit*, die sich nun auch über den reinen Berichtscharakter hinaus mit dem systemischen Denken auseinandersetzten. Allerdings war die Schwerpunktsetzung der Veröffentlichungen eine gänzlich andere als in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*.

Alle in der *Einheit* erschienen Artikel hatten einen klaren Bezug zur Ökonomie oder zur Parteipolitik. Zunächst befassten sich Georg Klaus und Gerda Schnauß 1965 mit „Kybernetik und sozialistischer Leitung“<sup>1104</sup>. Rolf Stranzky erörterte – ebenfalls 1965 – „Probleme der Anwendung kybernetischer Methoden in unserer Wirtschaft“<sup>1105</sup>. Klaus-Dieter Wüstneck nahm den VII. Parteitag der SED zum Anlass, um sich 1967 der „Bedeutung der Kybernetik für die Führungstätigkeit der Partei“<sup>1106</sup> zu widmen. Außerdem erschien im selben Jahr ein Artikel von Wolfgang Salecker über „Kybernetik und sozialistische Wirtschaftsführung“<sup>1107</sup>. Darüber hinaus wurden auch in dieser Phase Neuerscheinungen aus dem Bereich der Kybernetik rezensiert.<sup>1108</sup>

Was die Artikel in der *Einheit* von denen der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* unterscheidet, ist der klare Bezug zu praktischen Anwendungsaspekten der Kybernetik und die Erörterung der gesellschaftswissenschaftlichen Relevanz kybernetischen Denkens. Fachwissenschaftlich-philosophische Probleme von Systemtheorie und Kybernetik wurden in der SED-Zeitschrift nur am Rande behandelt, in der *Einheit* wurden vielmehr die Konsequenzen aus den fachwissenschaftlichen Erläuterungen für die „Führungstätigkeit“ der SED gezogen. In allen genannten Artikeln manifestierte sich das Selbstverständnis der SED, Politik auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus zu betreiben. Die Verflechtung

1102 Stranzky: Anwendung kybernetischer Methoden im NÖSPL, in: *Einheit* 19 (1964), Heft 11, S. 13-24.

1103 Wessel: Bedeutende Wandlungen in der Biologie, in: *Einheit* 17 (1962), Heft 9, S. 68-77.

1104 Klaus/Schnauß: Kybernetik und sozialistische Leitung, in: *Einheit* 20 (1965), S. 93-104; Metzler: Die Macht des Wortes. Rezension zu Klaus: Semiotik und Erkenntnistheorie, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 6, S. 124-127; Albrecht: Ein schöpferischer Beitrag zur marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie. Rezension zu Klaus: Spezielle Erkenntnistheorie, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 12, S. 114-119.

1105 Wessel: Eine ideenreiche philosophische Schrift. Rezension von Klaus: Kybernetik und Gesellschaft, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 4, S. 130-134.

1106 Wüstneck: Die Bedeutung der Kybernetik für die Führungstätigkeit der Partei, in: *Einheit* 23 (1965), Heft 8, S. 982-992.

1107 Salecker: Kybernetik und sozialistische Wirtschaftsführung, in: *Einheit* 22 (1967), Heft 12, S. 1475-1483.

1108 Stranzky: Probleme der Anwendung kybernetischer Methoden in unserer Wirtschaft, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 7, S. 32-41.

von Wissenschaft und Politik zeigte sich unter anderem darin, dass die Grenzen zwischen Politik und Gesellschaftswissenschaft verschwammen und die Aufgabe der Gesellschaftswissenschaftler darin bestehen sollte, so Walter Ulbricht, „zu erklären, welche Bedeutung die Kybernetik für die Erschließung neuer Bereiche der wissenschaftlichen Forschung hat.“<sup>1109</sup>

Klaus und Schnauß hoben in ihrem Artikel hervor, dass der Kern der Kybernetik darin bestehe, Modelle zu bilden. Dieser Aspekt sei, viel mehr noch als die Mathematisierung gesellschaftlicher Sachverhalte, für die Gesellschaftswissenschaften von herausragendem Interesse. Nach einigen allgemeinen Ausführungen zur Modellbildung legten die Autoren dar, dass der „Einsatz technischer Modelle [...] eine besondere Form der Synthese zwischen Theorie und Praxis“<sup>1110</sup> darstelle und als „Vermittlung zwischen Idee und Realität“<sup>1111</sup> zu betrachten sei. Dargestellt werden sollten die Modelle in Form von Diagrammen und Blockschaltbildern.

Weiter argumentierten Klaus und Schnauß, dass vor allem das ökonomische System Charakteristiken eines kybernetischen Systems aufweise. Das ökonomische System sei zusammengesetzt aus unterschiedlichen Teilsystemen und das Hauptaugenmerk der ökonomischen Leitung müsse auf den Wechselwirkungen des Gesamtsystems mit seinen Teilsystemen, nicht aber auf den Teilsystemen selber liegen, da diese eine eigene Stabilität aufwiesen. Dieser Interpretation des ökonomischen Systems folgend wiesen die beiden Autoren auch die Urteile über das NÖSPL, die diese neue Art des Wirtschaftens als zu bürokratisch und administrativ kritisierten, zurück, indem sie darauf verwiesen, dass die Kontrolle über das System sich nicht auf die Teilsysteme erstrecken, sondern nur die Funktionalität zwischen den Teilsystemen zu Gunsten des Gesamtsystems im Blick haben müsse. Daraus ergab sich die Rolle der Leiter des ökonomischen Systems, etwa dem Generaldirektor der VVB. Er war dazu aufgerufen, sich der „modernen Methoden der Leitung“ zu bedienen. So hatte man es auf der 5. Tagung des ZKs der SED gefordert und im Sinne der Kybernetik hieß dies laut Klaus und Schnauß: „Information, Analyse, Planung, Organisation, Koordination, Kontrolle“.<sup>1112</sup> Hierzu sollten sich die Ökonomen der Informationstheorie bedienen, die den Informationsfluss durch Sammlung und Kontrolle optimieren sollte und auch als Grundlage für den Einsatz von Rechentechnik dienen konnte. „Faßt man die Gesamtwirtschaft bzw. größere Teilsysteme der Volkswirtschaft als kybernetische Systeme auf [...], so erscheint die ‚Arbeit am Plan‘ als Programmierung im Sinne der Rechen-

---

1109 Ulbricht: Antworten auf aktuelle politische und ökonomische Fragen, Berlin 1964, S. 34.

1110 Klaus/Schnauß: Kybernetik und sozialistische Leitung, in: Einheit 20 (1965), Heft 2, S. 93-104, S. 96f.

1111 Klaus/Schnauß: Kybernetik und sozialistische Leitung, in: Einheit 20 (1965), Heft 2, S. 93-104, S. 97.

1112 Klaus/Schnauß: Kybernetik und sozialistische Leitung, in: Einheit 20 (1965), Heft 2, S. 93-104, S. 100.



technik.“<sup>1113</sup> In der von Klaus und Schnauß gewählten Interpretation der Ökonomie als System spiegelte sich der Gedanke der Planwirtschaft somit nicht zuletzt darin, dass mit Hilfe der Kybernetik und der angewandten Informationstheorie ökonomische Prozesse programmierbar und damit in ihrem Ablauf vorhersehbar wurden.

Klaus und Schnauß schlossen ihren Aufsatz mit dem Appell an die Gesellschaftswissenschaften, die Kybernetik zur Herausarbeitung der „Vorteile unserer Gesellschaftsordnung noch besser als bisher zu nutzen.“<sup>1114</sup> Sie riefen die Gesellschaftswissenschaftler dazu auf, die Bedeutung der Kybernetik für den Sozialismus nicht länger zu unterschätzen.

Viel konkreter wurde Rolf Stranzky in seinem Artikel. Einleitend verwies er auf den Artikel von Georg Klaus und Gerda Schnauß und bemerkte, dass die Kybernetik „für die schnelle Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft zunehmend an Bedeutung“<sup>1115</sup> gewinne. Als relevant hierfür erachtete er vor allem die Einführung elektronischer Datenverarbeitung, Mechanisierung und Automatisierung und sah in der Informationstheorie den Schlüssel, neue und effektivere Steuersysteme zu entwickeln. Stranzky stellte die Kybernetik in den Kontext der Forderung Ulbrichts, durch das neue ökonomische System „eine gewisse Selbstregelung [...] auf der Grundlage des Planes zu erreichen“.<sup>1116</sup> Für ihn bedeutete dies, die neuen Datenverarbeitungs- und Informationsgewinnungsmethoden schnellstmöglich in der DDR anzuwenden, um die ökonomische Entwicklung zu optimieren. Hierdurch könne man den Menschen „weitgehend von routinemäßiger Verwaltungsarbeit“ befreien, da die Kontrolle von Informationen in Zukunft von Rechenmaschinen durchgeführt werden könne. Der kybernetischen Theorie zufolge handle es sich beim ökonomischen System um ein dynamisches System, wobei die Regelung der Teilsysteme im Rahmen bestimmter Sollwerte computergesteuert erfolgen könne. Erst, wenn Abweichungen der Werte vorlägen, müsse dies durch den Menschen kontrolliert werden. Bezug nehmend auf Informationskontrolle auf Basis der Kybernetik schrieb Stranzky:

„Es darf hierbei nicht von herkömmlichen Methoden ausgegangen werden, bei denen Menschen das Zahlenmaterial sichten und auswerten. Untersucht man die sogenannte Auswertungsarbeit näher, so stellt sich heraus, daß ein beachtlicher Teil davon im Grunde nur darin besteht, festzustellen, ob der Ist-Wert vom Soll-Wert innerhalb bestimmter Grenzen abweicht. [...] Derartige Sollwertvergleiche können moderne Rechenautomaten viel zuverlässiger und schneller ausführen als der Mensch, und vor allem für bedeutend mehr Größen.“<sup>1117</sup>

---

1113 Klaus/Schnauß: Kybernetik und sozialistische Leitung, in: Einheit 20 (1965), Heft 2, S. 93-104, S. 102.

1114 Klaus/Schnauß: Kybernetik und sozialistische Leitung, in: Einheit 20 (1965), Heft 2, S. 93-104, S. 104.

1115 Stranzky: Probleme der Anwendung kybernetischer Methoden in unserer Wirtschaft, in: Einheit 20 (1965), Heft 7, S. 32-41, S. 32.

1116 Stranzky: Probleme der Anwendung kybernetischer Methoden in unserer Wirtschaft, in: Einheit 20 (1965), Heft 7, S. 32-41, S. 33.

1117 Stranzky: Probleme der Anwendung kybernetischer Methoden in unserer Wirtschaft, in: Einheit 20 (1965), Heft 7, S. 32-41, S. 36.

Stranzky führte noch ein weiteres Argument für den Einsatz kybernetischer Methoden bei der Wirtschaftsplanung ins Feld: Die kybernetische Strukturanalyse der Systeme und Teilsysteme helfe, „den Subjektivismus in der Planung, die sogenannten ‚weichen Pläne‘ [zu] bekämpfen.“<sup>1118</sup> Er richtete sich damit dezidiert gegen den Faktor Mensch bei der Planerstellung und sprach sich in seinem Resümee dafür aus, im Sinne einer prosperierenden Wirtschaft schnellstmöglich die Aus- und Fortbildung im Bereich der Datenverarbeitung in Angriff zu nehmen.

Stranzkys Vorschläge zur Nutzung der Kybernetik im Rahmen des NÖSPL waren damit weitaus konkreter als die Ausführungen von Klaus und Schnauß, die zwar auch auf den Praxisbezug der Kybernetik verwiesen hatten, allerdings keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen hatten.

Welchen gewichtigen Stellenwert die Kybernetik in den folgenden zwei Jahren erlangte, manifestierte sich in dem von Klaus-Dieter Wüstneck verfassten Artikel über „Die Bedeutung der Kybernetik für die Führungstätigkeit der Partei“<sup>1119</sup>, der 1967 – nach dem VII. Parteitag der SED – erschien:

„Im wesentlichen geht jetzt die bisher notwendige Etappe zu Ende, in der die gedankliche Durchdringung der gegebenen, aus der Entwicklung heraus entstandenen Leitungsprozesse mit kybernetischen Begriffen und Methoden erfolgte. Um die Probleme und potentiellen Auswirkungen der Kybernetik im Wirtschaftsprozeß und seiner Leitung überhaupt erst nachzuweisen.“<sup>1120</sup>

Wüstneck forderte, nun einen Schritt weiter zu gehen und verlieh der Rezeption des systemischen Denkens damit eine neue Wendung. Er stellte dezidiert den Zusammenhang zwischen Kybernetik und Parteipolitik heraus und betonte, dass der Wert der Kybernetik sich nicht allein auf ihre Anwendung im technischen Bereich beschränke, sondern ihr Potential gerade darin liege, „den wissenschaftlichen Charakter der Planung und Leitung ständig zu entfalten.“<sup>1121</sup> Wüstneck sah in der Kybernetik eine wichtige theoretische Grundlage der wissenschaftlich-technischen Revolution, und brachte mit seiner Forderung nach der Ausdehnung der Kybernetik auf die Führungstätigkeit der Partei in der sozialistischen Gesellschaft eine ideologische Komponente mit ins Spiel, indem er auf die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West verwies. Eine Grundthese des Marxismus-Leninismus sei, so zitierte er Ulbricht, dass die Produktivkräfte das revolutionäre Element der Entwick-

---

1118 Stranzky: Probleme der Anwendung kybernetischer Methoden in unserer Wirtschaft, in: Einheit 20 (1965), Heft 7, S. 32-41, S. 38.

1119 Wüstneck: Die Bedeutung der Kybernetik für die Führungstätigkeit der Partei, in: Einheit 22 (1967), Heft 8, S. 985-992.

1120 Wüstneck: Die Bedeutung der Kybernetik für die Führungstätigkeit der Partei, in: Einheit 22 (1967), Heft 8, S. 985-992, S. 990.

1121 Wüstneck: Die Bedeutung der Kybernetik für die Führungstätigkeit der Partei, in: Einheit 22 (1967), Heft 8, S. 985-992, S. 985.

lung darstellten.<sup>1122</sup> Hiermit einher ging die Auffassung, dass die Wirtschaftsführung den Schlüssel darstellte, um im Wettbewerb der Systeme die Oberhand zu gewinnen.

„Auf dem VII. Parteitag wird die Übereinstimmung der Kybernetik mit dem Marxismus-Leninismus unterstrichen und auf die Rolle des dialektischen Materialismus als theoretischer Grundlage ihrer Anwendung hingewiesen.“<sup>1123</sup>

Implizit brachte er damit zum Ausdruck, dass es in der Zukunft nicht mehr darum gehe, zu fragen, *ob* die Kybernetik in der DDR angewendet werden solle, sondern vielmehr, *wie* dies zu vollziehen sei. Die Kybernetik war zur wissenschaftlichen Tatsache geworden, weiterer ideologischer Klärung bedurfte es nicht mehr: „Was die Ausarbeitung der weltanschaulichen Positionen des Marxismus-Leninismus zur Kybernetik betrifft, so liegen bereits weitreichende, hervorragende Arbeiten vor“, schrieb Wüstneck mit Verweis auf die Standardwerke von Georg Klaus, „Kybernetik in philosophischer Sicht“ und „Kybernetik und Gesellschaft“. Wüstneck verlagerte damit die Debatte auf eine andere Ebene: Ihm ging es in erster Linie um das Potential der Kybernetik für das sozialistische Gesamtsystem.

Die zukünftige Rezeption und Anwendung der Kybernetik sollte sich in den Augen Wüstnecks voll und ganz auf ihre Rolle für die Führungstätigkeit der Partei kaprizieren, um zur Vollendung des Sozialismus in der DDR beizutragen. Sein besonderes Augenmerk galt dabei der Rolle der Kybernetik für die Führungstätigkeit der Partei und er appellierte vor allem an die gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen, allen voran die marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft, zur Klärung dieser Fragen beizutragen. Damit nahm die Debatte um die Kybernetik diejenige Wendung, die ihr einige Jahre später zum Verhängnis werden sollte: Man glaubte, mit Hilfe der Kybernetik alles regeln zu können, sogar die Führungstätigkeit der Partei. Damit war eine neue Konfliktlinie vorgezeichnet, weil der Machtanspruch der SED durch die Kybernetik bedroht schien.

Zunächst hob man jedoch weiterhin darauf ab, mit Hilfe der Kybernetik ökonomische Prozesse optimieren zu können. Was das für die Betriebe bedeutete, suchte Wolfgang Salecker in seinem Artikel „Kybernetik und sozialistische Wirtschaftsführung“<sup>1124</sup> zu erläutern. Ausgangspunkt seiner Ausführungen war es, die ökonomische Stabilität des Wirtschaftssystems als Ausgangspunkt für dessen kybernetische Interpretation zu wählen und auf dieser Basis die Frage zu stellen, welche Aufgaben sich daraus für die Betriebsleiter ergaben. Zu diesem Zweck warf er vier Fragen auf, denen die Verantwortlichen in den Betrieben nachgehen sollten, um das Zusammenspiel der verschiedenen Betriebe im Sinne der Stabilität des Gesamtsystems zu gewährleisten.

---

1122 Wüstneck: Die Bedeutung der Kybernetik für die Führungstätigkeit der Partei, in: Einheit 22 (1967), Heft 8, S. 985-992, S. 990.

1123 Wüstneck: Die Bedeutung der Kybernetik für die Führungstätigkeit der Partei, in: Einheit 22 (1967), Heft 8, S. 985-992, S. 985.

1124 Salecker: Kybernetik und sozialistische Wirtschaftsführung, in: Einheit 22 (1967), Heft 12, S. 1474-1483.

Im Folgenden soll deswegen der Fokus der Analyse auf jenen Artikeln liegen, die das systemische Denken im direkten Zusammenhang mit dem Neuen ökonomischen System thematisieren.

### 5.3.2.3 Der systemtheoretische Denkstil als Subtext: Veröffentlichungen zur Ökonomie in der *Einheit*

„Die Ökonomie ist das eigentlich Bestimmende und die eigentliche Quelle der Politik. [...] Es geht also um das bewußte, politische Herangehen an alle Fragen unseres sozialistischen Aufbaus. Politisches Herangehen an die ökonomischen Fragen ist wissenschaftlich fundiertes Herangehen.“<sup>1125</sup>

Diese Sätze stammen aus dem Jahr 1959 und datieren damit in eine Phase, in der das systemische Denken in der DDR als noch längst nicht etabliert bezeichnet werden konnte. Sie stammen aus der Feder von Rudolf Herold und Erich Thiel, die einen Text „Über das Verhältnis von Ökonomie und Politik bei der Leitung unseres sozialistischen Aufbaus“ verfassten. Da die Analyse der Artikel zu Kybernetik in der *Einheit* gezeigt hat, dass diese Veröffentlichungen stark auf die Anwendung des systemischen Denkens in der Ökonomie einerseits und der wissenschaftlichen Führungstätigkeit andererseits fokussieren, sollen im folgenden Abschnitt Artikel über Ökonomie in die Betrachtung einbezogen werden. Die Frage, die es zu beantworten gilt, ist: Wie manifestiert sich der systemische Denkstil in solchen Publikationen, die im Sinne des Marxismus-Leninismus unmittelbar auf ökonomische und politische Fragen abzielen? Das einleitende Zitat dokumentiert dabei einen Aspekt, der für die Einordnung dieser Artikel in den Kontext des wissenschaftlichen Kommunismus von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist: Die Ökonomie war nicht nur ein Teilbereich des politischen Handelns, sondern wurde zunächst mit der Politik schlechthin gleichgesetzt. Das Heranziehen ökonomischer Artikel und vor allem von Veröffentlichungen zum Neuen Ökonomischen System resultiert dabei aus der Beobachtung, dass die Anwendungsorientierung der Kybernetik-Debatte genau auf diesen Bereich im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik abzielte.

Vor dem Hintergrund der Fragestellung dieser Arbeit, nämlich wie sich der systemische Denkstil einerseits in der Wissenschaft, andererseits aber in der Politik der DDR manifestierte, stellen die Artikel zur Ökonomie deswegen eine wichtige Quelle dar. An ihnen lässt sich ablesen, wie sich der seitens der Philosophie postulierte Zusammenhang zwischen Kybernetik und Dialektik politisch ausgestaltete. Denn wenn im einleitenden Zitat von „wissenschaftlich fundiertem Herangehen“ die Rede ist, so ist mit „wissenschaftlich“ in erster Linie die marxistisch-leninistische Wissenschaft, also der wissenschaftliche Kommunismus ge-

---

1125 Herold/Thiel: Über das Verhältnis von Ökonomie und Politik bei der Leitung unsere sozialistischen Aufbaus, in: *Einheit* 14 (1959), Heft 1, S. 67-77, S. 69, S. 77.

meint, von dem die politische Ökonomie eine der drei wichtigen Säulen bildete. Insofern dokumentieren die Artikel zur Ökonomie, die in der *Einheit* erschienen sind, möglicherweise die These, die Klaus-Dieter Wüstneck in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* aufstellte, nämlich, dass „die Kybernetik in den Dokumenten des neuen ökonomischen Systems vorerst genauso implizit und spontan enthalten [ist], ohne daß sie genannt wird [...]“. <sup>1126</sup> Im Folgenden gilt es, diese impliziten Verweise auf das systemische Denken zu rekonstruieren.

Bereits der von der Staats- und Parteiführung für die Wirtschaftsreformen gewählte Titel – „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“ [Hervorhebung: V.W.] – legt nahe, dass diese Entwicklungen durchaus mit der Etablierung des systemischen Denkstils in Zusammenhang zu bringen sind. Doch auch weitere Argumente sprechen dafür: Ziel der Wirtschaftsreformen war die Neuausrichtung der Planwirtschaft. Zu diesem Zweck war es wichtiger Bestandteil der Reformen, die Handlungsmöglichkeiten der jeweiligen Betriebe zu erweitern und ‚zu einer ‚Selbstregelung auf der Grundlage des Plans‘ (Kalweit) zu gelangen. Die Integration des systemischen Denkens in den Bereich der Ökonomie bezog sich deswegen auf den Gedanken der Regelung beziehungsweise Selbstregulation. Das Aufgreifen kybernetischer Gedanken ist also eng verknüpft mit den wirtschaftspolitischen Beschlüssen und Entscheidungen der SED beziehungsweise ihrer Gremien; somit geben diese den Rahmen der folgenden Darstellung vor. Im Zentrum der Analyse werden folgende Fragen stehen:

- Wie und in welchem Zusammenhang wird in diesen Artikeln der Systembegriff verwendet?
- Wie gehen die Autoren mit der Problematik von Steuerung der Ökonomie und dem kybernetischen Begriff der (Selbst-)Regulation um?
- Wie stellen die Autoren den Zusammenhang zwischen Kybernetik und Ökonomie dar?

Für den Bereich der Ökonomie waren vor allem drei Ereignisse relevant: Hierbei handelte es sich erstens um den VI. Parteitag der SED, der im Januar 1963 stattfand und auf dem das NÖSPL beschlossen wurde. Darüber hinaus war es das 11. Plenum des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965, auf das in den Texten, die in der *Einheit* erschienen, Bezug genommen wurde. Diese Tagung des Zentralkomitees (zwischen den Parteitagen das höchste Gremium der SED) war ursprünglich als Wirtschaftsplenum geplant, weil auf ihm die zweite Etappe des NÖSPL beschlossen werden sollte. Historische Relevanz erhielt die Zusammenkunft allerdings in erster Linie, weil dort Kritik an Schriftstellern und Literatur-

---

1126 Wüstneck: Der kybernetische Charakter des NÖS, in: DZfPh 13 (1965), S. 5-31, S. 8.

schaffenden geübt („Kahlschlagplenum“) und eine Wende der Kulturpolitik der DDR eingeleitet wurde. Im April 1967 fand der VII. Parteitag der SED statt, auf dem eine erneute Modifizierung der Reformbemühungen erfolgte und in dessen Folge das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ in „Ökonomisches System des Sozialismus“ (ÖSS)<sup>1127</sup> umbenannt wurde. Die Phasen der Rezeption des systemischen Denkens korrespondieren dabei bis zu einem gewissen Grad mit diesen Einschnitten in der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der DDR: Die Etablierung des NÖSPL fiel zugleich in die Mitte der Etablierungsphase der Kybernetik. In die Hochphase des systemischen Denkens ab etwa 1965 fiel der Beschluss des 11. Plenums des ZK, die Reformen vorerst fortzuführen. Die Umbenennung der Wirtschaftsreformen und die damit einhergehende Propagierung des „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ zeugt davon, wie sehr der Systembegriff inzwischen das politische Feld durchdrungen hatte und in einer systemtheoretischen Gesellschaftsinterpretation gemündet war; erst das Scheitern der Reformen und der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker stellte auch in der Rezeption des systemischen Denkens einen Bruch dar, der die Ausrichtung der Debatten wiederum veränderte.

### **„Eine gewisse Selbstregelung auf der Grundlage des Plans“<sup>1128</sup>: Kybernetik und Ökonomie**

In der *Einheit* erschienen in der Zeit zwischen 1958 und 1972 33 Artikel, die sich mit ökonomischen Fragen und im engeren Sinne mit dem NÖSPL und ÖSS befassten. 18 dieser Artikel verweisen dabei konkret auf unterschiedliche Aspekte des systemischen Denkens. Während in diesen Artikeln der Systembegriff – vor allem in Folge der auf dem VI. Parteitag beschlossenen Wirtschaftsreformen – sehr häufig verwendet wird, beziehen sich nur vier dieser Artikel direkt auf die Kybernetik.

Ein Leitartikel der Redaktion aus dem Jahr 1963, betitelt mit „Das ökonomische System der Planung und Leitung und die Aufgaben der politischen Ökonomie des Sozialismus“<sup>1129</sup>, forderte eine „Umwälzung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“<sup>1130</sup> und sah es als Aufgabe der Politökonomien an, diese herbeizuführen. Man benötige, so zitierten die Autoren Walter Ulbricht, ein „richtiges System der Planung und Leitung“, denn das heiße,

---

1127 1967, auf dem VII. Parteitag der SED, hatte Walter Ulbricht in seiner Schlussansprache den Begriff des „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ geprägt, dessen „Kernstück [...] das ökonomische System des Sozialismus“ ist. Dieser Ausdruck diente dazu, die Eigenständigkeit des Sozialismus zu betonen und ihn nicht allein als Übergangsphase zum Kommunismus zu interpretieren. Ulbricht: Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR, 4. Aufl. Berlin 1970, S. 83.

1128 Kalweit: Eine gewisse Selbstregelung auf der Grundlage des Plans, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 2, S. 105-108.

1129 Redaktion: Das NÖS und die Aufgaben der politischen Ökonomie des Sozialismus, in: *Einheit* 18 (1963), Heft 3, S. 3-15.

1130 Redaktion: Das NÖS und die Aufgaben der politischen Ökonomie des Sozialismus, in: *Einheit* 18 (1963), Heft 3, S. 3-15, S. 3.

„auf der Grundlage der ökonomischen Gesetze und mit ihrer Hilfe die entscheidende Triebkraft der ökonomischen Entwicklung im Sozialismus zu entfalten, zu lenken und zu steuern.“<sup>1131</sup>

Die Verwendung des Systembegriffs in diesem Zitat zeigt, dass sich die Semantik des Begriffs verschoben hatte. Gemeint war hier nicht mehr ein System im Sinne einer Ordnung oder Systematik, wie im 19. Jahrhundert – etwa in den Schriften von Hegel und Marx – noch geläufig, sondern der Aussage Ulbrichts lag ein Begriff von System zu Grunde, mit dem ein Komplex von untergliederten Teilbereichen, die in einem Zusammenhang standen, bezeichnet wurde. Vor allem aber zielte die Verwendung des Begriffs nicht auf in erster Linie auf das Ganze, den Gesamtkomplex ab, sondern fokussierte auf die strukturellen Zusammenhänge der einzelnen Bereiche sowie deren Steuerung. Eine derartige Auffassung von ‚System‘ fand man im 19. Jahrhundert zwar bereits in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, seine Anwendung auf die Gesellschaftswissenschaften datiert aber auf den Beginn des 20. Jahrhunderts und die sich etablierende Systemtheorie.<sup>1132</sup>

Offensichtlicher wird die Verschiebung der Semantik hin zum systemtheoretischen Systembegriff in den weiteren Ausführungen des Textes zur Aufgabe der politischen Ökonomie. Dort hieß es beispielsweise:

„Es geht darum, die vielfältige gegenseitige Verflechtung der ökonomischen Gesetze richtig zu analysieren, weil es ohne die genaue Kenntnis des ganzen Systems der ökonomischen Gesetze und seines Wirkungsmechanismus kein ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft geben kann. Bis heute werden die ökonomischen Gesetze in der Regel isoliert voneinander behandelt, ohne dass diese gegenseitige Einwirkung genügend berücksichtigt wird.“<sup>1133</sup>

Deutlich wird, dass das System, von dem hier die Rede war, abzielte auf einen Komplex zusammenhängender Teilbereiche, die miteinander verwoben waren und sich gegenseitig bedingten. Mit der Forderung, diese Verflechtungen zu berücksichtigen, griffen die Autoren Grundsätze des systemischen Denkens auf, ohne dies zu explizieren. Dabei ging es ihnen um die Optimierung des Zusammenspiels der Subsysteme, ebenfalls ein Gedanke, der aus der Systemtheorie stammte. Die Autoren schlossen ihren Text mit der Forderung, die beiden großen Bereiche der Ökonomie, nämlich die „Ökonomik der einzelnen Wirtschaftszweige“, die sich mit einzelnen Teilbereichen der Wirtschaft befasst, und die „politische Ökonomie des Sozialismus“, die sich auf die „ökonomischen Gesetze und ihren Wir-

---

1131 Ulbricht: Das Programm des Sozialismus, Berlin 1963, S. 82.

1132 Vgl. dazu: Art. ‚System‘, in: Grimm/Grimm: Deutsches Wörterbuch, Leipzig 1854-1960, Bd. 20, Sp. 1433-1444; zu den Anfängen der Systemtheorie vgl. Bertalanffy: Theoretische Biologie, Bern 1932; Bertalanffy: Das biologische Weltbild, Bern 1949.

1133 Redaktion: Das NÖS und die Aufgaben der politischen Ökonomie des Sozialismus, in: Einheit 18 (1963), Heft 3, S. 3-15, S. 5.

kungsmechanismus“ fokussiert, stärker miteinander zu verbinden, um die Planung und Leitung des Wirtschaftssystems zu optimieren.<sup>1134</sup>

Diese veränderte Verwendung des Systembegriffs zeigte sich auch in einem Artikel über eine von Zentralkomitee und Ministerrat durchgeführte Wirtschaftskonferenz im Juni 1963, über die unter dem Titel „Zur Wirkung der ökonomischen Hebel im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“<sup>1135</sup> von Gerd Friedrich in der Juli-Ausgabe berichtet wurde. Hier sprach der Autor von einem „geschlossenen System“ der Ökonomie, wobei die unterschiedlichen Teilsysteme ineinandergreifen und den harmonischen Ablauf innerhalb des Systems unterstützen würden.<sup>1136</sup> Es war die Rede von einem „in sich geschlossenen System ökonomischer Hebel“, in dem der

„objektive, gesetzmäßige Zusammenhang zwischen den einzelnen Kategorien, die als ökonomische Hebel wirken, so hergestellt werden [muss], daß sie voll in die Richtung der gesellschaftlichen Erfordernisse wirksam werden. Dabei muß zugleich der Gesamtzusammenhang zwischen dem System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und der Wirkungsweise der ökonomischen Hebel berücksichtigt werden.“<sup>1137</sup>

Als „ökonomische Hebel“ galten dabei u.a. die wirtschaftliche Rechnungsführung, die „materielle Interessiertheit“ der Arbeiter (Leistungsboni), eine neue Preispolitik sowie größere Handlungsspielräume der VVBs. Die gesellschaftlichen Erfordernisse wurden vom Perspektivplan für die nächsten sieben Jahre vorgegeben, den die Staatliche Planungskommission entwickelt hatte.

Genauer definiert wurde das „in sich geschlossene System ökonomischer Hebel“ unter der Frage: „Warum jetzt ein neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft?“<sup>1138</sup> in der Rubrik „Propagandisten fragen – wir antworten“ von Otto Reinhold. Dort heißt es:

„Es ist die organische Verbindung der wissenschaftlich fundierten Führungstätigkeit in der Wirtschaft und der wissenschaftlich begründeten, auf die Perspektive orientierten zentralen staatlichen Planung mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen System ökonomischer Hebel.“<sup>1139</sup>

Auch anhand dieses Beispiels ist zu beobachten, dass die zur Beschreibung des NÖSPL verwendeten Begriffe an die Semantik der Systemtheorie anknüpfen, wenn etwa die Rede von ‚organischen Verbindungen‘ oder ‚geschlossenen Systemen‘ ist. Auch Ausrücke wie die

1134 Redaktion: Das NÖS und die Aufgaben der politischen Ökonomie des Sozialismus, in: Einheit 18 (1963), Heft 3, S. 3-15, S. 14.

1135 Friedrich: Zur Wirkung der ökonomischen Hebel im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Einheit 18 (1963), Heft 7, S. 18-28.

1136 Friedrich: Zur Wirkung der ökonomischen Hebel im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Einheit 18 (1963), Heft 7, S. 18-28, S. 21.

1137 Friedrich: Zur Wirkung der ökonomischen Hebel im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Einheit 18 (1963), Heft 7, S. 18-28.

1138 Reinhold: Warum jetzt ein neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft?, in: Einheit 18 (1963), Heft 9, S. 117-120.

1139 Reinhold: Warum jetzt ein neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft?, in: Einheit 18 (1963), Heft 9, S. 117-120, S. 118.



„untrennbare Einheit und wechselseitige Bedingtheit aller Elemente des neuen ökonomischen Systems“<sup>1140</sup> legen diese Interpretation nahe.

### ***Ökonomische Selbstregulation versus Planung***

Dass der Plan weiterhin die Grundlage des ökonomischen Handelns darstellen müsse und es keineswegs zu einer Selbstregulation der Wirtschaft im Sinne des (kapitalistischen) Diktums vom „freien Spiel der freien Kräfte“ kommen dürfe, stellte Gerd Friedrich klar:

„Falsch ist auch die Vorstellung, das in sich geschlossene System ökonomischer Hebel führe zu einer Art ‚Automatismus‘, der das verantwortungsbewußte Handeln der Menschen und vor allem der Leiter ersetzen könne. Natürlich dient das System ökonomischer Hebel dazu, die Vielzahl administrativer Einzeleingriffe der zentralen staatlichen Leitung, wie sie gegenwärtig noch herrscht, einzuschränken. Aber mehr denn je hängt alles ab von der klugen Wirtschaftsführung der Staats- und Wirtschaftsorgane [...]. Wir müssen uns sehr davor hüten, daß ökonomische Hebel unserer bewußten Führung entgleiten und unerwünschte spontane Handlungen auslösen.“<sup>1141</sup>

Die Selbstregulation wirtschaftlicher Prozesse sei zu verhindern; dies veranschaulicht das Zitat auf unmissverständliche Art und Weise. Friedrich spielte damit auf einen Topos an, der in den Artikeln zum NÖSPL häufiger angeführt wurde, nämlich die Frage, ob die den Betrieben zugebilligten Freiräume nicht eine Orientierung am kapitalistischen Wirtschaftssystem darstellten.

Diese Frage behandelte auch Otto Reinhold in seinem Aufsatz „Das neue ökonomische System – Alptraum unserer Widersacher“<sup>1142</sup>. In seiner Argumentation ist Reinhold rigoros: Beurteilungen des NÖSPL als Übergang zu kapitalistischen Wirtschaftsmethoden bezeichnete Reinhold als „demagogische Auffassungen“<sup>1143</sup>; für die erzielten wirtschaftlichen Erfolge sei aber nicht der Kapitalismus verantwortlich, sondern vielmehr handle es sich hierbei allein „um das Ergebnis der richtigen Politik unserer Partei und der Regierung sowie der Anstrengungen der Werktätigen.“<sup>1144</sup>

„Mit dem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wurde jene moderne Steuerung der Wirtschaft entwickelt, die den Bedingungen und Aufgaben eines sozialistischen Industriestaates entspricht.“<sup>1145</sup>

Mit der Betonung der Steuerung der Wirtschaft hob Reinhold weitaus mehr auf den regulativen Aspekt, der dem systemischen Denken entstammte, ab, als dies der Begriff der Planung zu leisten vermochte. Der Unterschied bestand darin, dass die Semantik von ‚Steue-

1140 Reinhold: Warum jetzt ein neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft?, in: Einheit 18 (1963), Heft 9, S. 117-120, S. 118.

1141 Friedrich: Zur Wirkung der ökonomischen Hebel im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Einheit 18 (1963), Heft 7, S. 18-28, S. 25.

1142 Reinhold: Das neue ökonomische System – Alptraum unserer Widersacher, in: Einheit 19 (1964), Heft 12, S. 3-15.

1143 Reinhold: Das neue ökonomische System – Alptraum unserer Widersacher, in: Einheit 19 (1964), Heft 12, S. 3-15, S. 4.

1144 Reinhold: Das neue ökonomische System – Alptraum unserer Widersacher, in: Einheit 19 (1964), Heft 12, S. 3-15, S. 4.

1145 Reinhold: Das neue ökonomische System – Alptraum unserer Widersacher, in: Einheit 19 (1964), Heft 12, S. 3-15, S. 3.

rung' umfasste, etwas zu lenken, in eine bestimmte Richtung zu bringen beziehungsweise einen Kurs einzuhalten, d.h., die aktive Einwirkung auf diese Prozesse war im Begriff der Steuerung impliziert. Die hinter dieser Semantik stehende Idee ging dabei deutlich weiter, als das, was der Begriff der ‚Planung‘ bedeutete: Hierbei handelte es sich nämlich lediglich um einen Entwurf oder ein Vorhaben, wobei die Wege zur Realisierung allerdings nicht mitbedacht waren.

Während auf das systemische Denken zunächst nur – wie gezeigt – implizit Bezug genommen wurde, erschien 1965 ein Artikel, der explizit auf den Zusammenhang von Selbstregulation und Kybernetik im Bereich der Ökonomie zu sprechen kam. Auch hier stand der Problemkomplex von Regulation und Selbstregulation zur Debatte und wurde vom Autor Werner Kalweit in den Kontext moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse gestellt. Die Steuerung und Regelung von Systemen mit Hilfe kybernetischer Methoden war dabei der Ausgangspunkt seiner Argumentation in einem Artikel, in dem er die Frage zu beantworten suchte, was man sich unter der „gewissen Selbstregulation auf Grundlage des Plans“ vorzustellen habe.

„Das ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft entspricht den modernen Erkenntnissen der Wissenschaft von der Leitung der wirtschaftlichen Entwicklung unter sozialistischen Verhältnissen. Dabei spielen die Ergebnisse der kybernetischen Forschung bereits eine wichtige Rolle und werden zukünftig wachsende Bedeutung erlangen. Als Wissenschaft beschäftigt sich die Kybernetik mit der Steuerung und Regelung von Systemen (technische, biologische, gesellschaftliche).“<sup>1146</sup>

Kalweit reduzierte seine Ausführungen nicht auf den Bereich der Ökonomie, sondern führte durchaus auch technische Beispiele für Selbstregulation an. Gleichwohl verwendete er in seiner Argumentation die Wirtschaft betreffend Metaphern, die eher aus der Systemtheorie stammten. So verglich er beispielsweise das Wirtschaftssystem mit einem Organismus.

„Daran, dass unsere hochentwickelte Volkswirtschaft mit ihren Tausenden Betrieben, mit ihren vielfältigen Kooperationsbeziehungen und ihrer wissenschaftlich-technischen Dynamik ein außerordentlich komplizierter Organismus ist, besteht kein Zweifel.“<sup>1147</sup>

Der bedeutende Unterschied zu den vorher erschienenen Aufsätzen bestand jedoch darin, den Zusammenhang zwischen dem NÖSPL und der Kybernetik explizit zu machen. Dennoch unterschieden sich seine Argumente nur wenig von den Ausführungen in den anderen Aufsätzen, denn auch er konstatierte:

„Manche Genossen verwechseln die teilweise Selbstregulation auf der Grundlage des Planes mit Spontaneität. Die Selbstregulation in unserem wirtschaftlichen System hat jedoch mit Spontaneität überhaupt nichts zu tun. Die Selbstregulation erfolgt auf der Grundlage des Planes, des bewußten Gestaltens der wirtschaftlichen Prozesse und ist als Element des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft mit dessen

---

1146 Kalweit: Eine gewisse Selbstregulation auf der Grundlage des Plans, in: Einheit 20 (1965), Heft 2, S. 105-108, S. 105.

1147 Kalweit: Eine gewisse Selbstregulation auf der Grundlage des Plans, in: Einheit 20 (1965), Heft 2, S. 105-108, S. 105.

Hauptbestandteilen fest verbunden: der wissenschaftlichen Führungstätigkeit, der zentralen, auf Perspektive ausgerichteten Planung und dem System ökonomischer Hebel.“<sup>1148</sup>

Was aber bei der Betrachtung der Texte deutlich wird, ist die Floskelhaftigkeit der verwendeten Sprache und die sich daraus ergebende, immer gleiche Argumentation: Einmal mehr wurden die wissenschaftliche Führungstätigkeit, die zentrale Planung und das System ökonomischer Hebel ins Feld geführt, um die Etablierung des NÖSPL zu beschreiben, zu legitimieren und vor allem darauf zu verweisen, dass dies nichts mit kapitalistischen Methoden zu tun habe, sondern es sich um bewusste Entscheidungen der Staats- und Parteiführung handelte, um Zentralismus und Bürokratismus zu reduzieren.

Insgesamt scheint diese Entwicklung in den Artikeln der *Einheit* zu dokumentieren, dass die vollständige Durchsetzung des kybernetischen Denkstils einige Zeit benötigte, um auch jenseits der fachwissenschaftlichen Debatte Wirksamkeit zu erlangen. Aus verschiedenen Gründen ist es jedoch schwierig, dies als Popularisierung des systemischen Denkstils zu interpretieren. Die skizzierte Floskelhaftigkeit der Ausdrücke legt nahe, dass es Grenzen des Sagbaren gab. Gleichwohl kann die semantische Verschiebung und die damit einhergehende verstärkte Verwendung systemtheoretischer Begrifflichkeiten als Indiz dafür gelesen werden, dass der systemische Denkstil seit den 1960er Jahren in politischen Publikation Fuß zu fassen vermochte.

### ***Nach der 11. Tagung des ZKs der SED***

Die nach der 11. Tagung des Zentralkomitees im Jahr 1965, auf der die Fortführung der Reformen beschlossen worden war, veröffentlichten Artikel schlossen im Grundsatz an die skizzierten Semantiken an. Erweitert wurde der Diskurs allerdings insofern, als dass die Reformen erstens im internationalen Zusammenhang der sozialistischen Staaten (eine Abgrenzung von der westlichen Kritik war schon eher erfolgt, s.o.) verortet wurden und zweitens der Bezug zur wissenschaftlich-technischen Revolution und die Bedeutung der Produktivkraft Wissenschaft ins Zentrum gestellt wurden.<sup>1149</sup> Die dritte Modifikation der Debatte war jedoch die wichtigste: In den nach der 11. Tagung erschienenen Artikeln wurde nämlich verstärkt auf die Rolle der Wirtschaftstheorie und -politik und die Bedeutung der Planerstellung verwiesen.

„Stand in den meisten Ländern am Anfang die Ausarbeitung der Prinzipien der Planung und des Systems der ökonomischen Hebel im Vordergrund, so gewinnt in letzter Zeit die

---

1148 Kalweit: Eine gewisse Selbstregelung auf der Grundlage des Plans, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 2, S. 105-108, S. 108.

1149 Vgl. beispielsweise Reinhold: Neue Etappe erfordert neue Wirtschaftsmaßnahmen, in: *Einheit* 21 (1966), Heft 1, S. 33-42; Reinhold: Die politische Ökonomie in unserer Zeit, in: *Einheit* 21 (1966), Heft 2, S. 168-176; Mittag: Die schöpferische Arbeit der Partei bei der Gestaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems, in: *Einheit* 21 (1966), S. 466-475.

Gestaltung der Struktur der Volkswirtschaft und der staatlichen Organe eine größere Bedeutung.“<sup>1150</sup>

Diese Verschiebung resultierte aus dem Diktum der Partei, das „ökonomische System des Sozialismus“<sup>1151</sup> beziehungsweise das „ökonomische System der entfalteten sozialistischen Volkswirtschaft“<sup>1152</sup> zu etablieren, wobei der Sozialismus nicht mehr als Übergangsphase zum Kommunismus interpretiert wurde, sondern eine eigenständige theoretische Berechtigung erhielt. Nach der 11. Tagung des ZK der SED fokussierten sich die Autoren deswegen auf die Systemgestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus, bei der die planwirtschaftlichen Aspekte wieder verstärkt ins Zentrum rückten, während die oben skizzierte Form der Selbstregulation zunehmend ins Hintertreffen geriet. Damit orientierte sich die Parteipolitik zwar immer noch am systemischen Denkstil, erste Modifikationen der Bezüge hierauf deuteten sich jedoch an. Durch die verstärkte Betonung der Wirtschaftspolitik wollte man zu einer engeren Bindung zwischen der Theorie der politischen Ökonomie und sozialistischer Wirtschaftspolitik gelangen.<sup>1153</sup> Trotz der im Vorfeld des VII. Parteitag der SED von Günter Mittag konstatierten „Kontinuität in der Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“<sup>1154</sup> erfolgte mit der stärkeren Betonung der Planung und der Rolle der Partei sowie der Postulierung des „entwickelten Systems des Sozialismus“ eine allmähliche Verschiebung in der Debatte. „Die Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung erfordert zwingend die Einführung der modernen Rechentechnik,“<sup>1155</sup> um rationell wirtschaften zu können, argumentierte Günter Mittag.

Dabei sei die Kybernetik an sich klassenindifferent, so Mittag in einem weiteren Artikel, der den Zusammenhang zwischen sozialistischer Ökonomie und wissenschaftlich-technischer Revolution zum Gegenstand hatte;<sup>1156</sup> es komme deswegen auf die richtige Umsetzung kybernetischer Ideen an. Der Einsatz von Rechentechnik ermögliche die Steigerung der Effektivität der Produktion durch ihre automatisierte Steuerung, da so dynamisch auf die Erfordernisse des Marktes reagiert werden könne. Dabei verstand Mittag die Ökonomie als Gesamtsystem, dessen Teilsysteme aus den jeweiligen Betrieben bestanden.

---

1150 Reinhold: Neue Etappe erfordert neue Wirtschaftsmaßnahmen, in: Einheit 21 (1966), Heft 1, S. 33-42, S. 41.

1151 Wolf: Probleme der ökonomischen Theorie in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems, in: Einheit 21 (1966), Heft 2, S. 186-194, S. 186.

1152 Wolf: Probleme der ökonomischen Theorie in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems, in: Einheit 21 (1966), Heft 2, S. 186-194, S. 188.

1153 Vgl. Wolf: Probleme der ökonomischen Theorie in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems, in: Einheit 21 (1966), Heft 2, S. 186-194, S. 189; Reinhold: Die politische Ökonomie in unserer Zeit, in: Einheit 21 (1966), Heft 2, S. 166-176, S. 169; Mittag: Die schöpferische Arbeit der Partei bei der Gestaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems, in: Einheit 21 (1966), Heft 4, S. 466-475, S. 472-475.

1154 Mittag: Über die kontinuierliche Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, in: Einheit 22 (1967), Heft 2, S. 131-142, S. 134.

1155 Mittag: Über die kontinuierliche Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, in: Einheit 22 (1967), Heft 2, S. 131-142, S. 134.

1156 Mittag: Sozialistische Ökonomie und wissenschaftlich-technische Revolution meistern, in: Einheit 22 (1967), Heft 8, S. 972-982.

Gelingen könne die Steuerung der Ökonomie mit Hilfe der Rechentechnik aber nur, wenn der Einsatz der neuen Technik einher gehe mit einer entsprechenden Leitungstätigkeit. An dieser Stelle trat der Faktor Mensch auf den Plan, dessen Handeln durch die „eigene Erkenntnis über die Klassenverhältnisse“<sup>1157</sup> bestimmt werde. „Hieran wird deutlich, daß wir die Erkenntnisse der Kybernetik nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus voll ausnutzen können.“<sup>1158</sup> Der Betonung des Faktors Mensch durch Mittag wohnte der Gedanke inne, dass erst der Mensch dem System seinen sozialistischen Charakter zu geben vermochte und diene gleichzeitig der Abgrenzung von einem Vorwurf der Technokratie.

Noch einen Schritt weiter gingen Gerisch, Koziolk und Salecker: Ihnen war daran gelegen, sich nicht nur auf die Ökonomie zu konzentrieren, sondern zugleich sollte das Zusammenspiel zwischen Politik und Ökonomie verbessert werden. Der Systemcharakter der Gesellschaft (und eben nicht mehr nur der der Ökonomie), so Gerisch, Koziolk und Salecker, erfordere die Schaffung einer marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft, um dem Faktor der Organisation wirtschaftlicher Abläufe Rechnung zu tragen. Diese habe die Arbeitsteilung in der sozialistischen Gesellschaft und ihre Gesetzmäßigkeiten zum Gegenstand, mit dem Ziel, „die Produktivkraft Organisation in vollem Umfang praktisch wirksam werden zu lassen.“<sup>1159</sup> Die Organisationswissenschaft bilde einen Teil der Führungstätigkeit und sie trage dazu bei, technische Erkenntnisse und neue Methoden gesellschaftlich wirksam werden zu lassen. Dabei gehe die marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft „vom Systemcharakter der sozialistischen Gesellschaftsordnung aus“:

„Sie wirft die Fragen der Optimierung gesellschaftlich-ökonomischer Strukturen und Verhaltensweisen aus der Sicht der Gesetzmäßigkeiten dynamischer Systeme auf. Die kybernetische Systemtheorie hat deshalb eine so große Bedeutung für Theorie und Praxis der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft, weil sie die Beziehungen zwischen Funktion und Struktur untersucht und allgemeingültige Aussagen darüber trifft, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit sich ein gegebenes bzw. zukünftig zu gestaltendes System optimal verhalten kann [...].“<sup>1160</sup>

Zu Grunde gelegt werden müsse dabei die „Dialektik von Gesamtsystem und Teilsystemen im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus in der DDR“.<sup>1161</sup> Eine derartige Interpretation der Systemtheorie führte die Debatte dabei weg von einem rein technischen Einbeziehen der Kybernetik in ökonomische Entwicklungen, sondern dringt vielmehr vor in den Bereich einer Interpretation der Systemtheorie als soziologische Strukturtheorie, wie

---

1157 Mittag: Sozialistische Ökonomie und wissenschaftlich-technische Revolution meistern, in: Einheit 22 (1967), Heft 8, S. 972-982, S. 981.

1158 Mittag: Sozialistische Ökonomie und wissenschaftlich-technische Revolution meistern, in: Einheit 22 (1967), Heft 8, S. 972-982, S. 981.

1159 Gerisch/Koziolk/Salecker: Marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft, in: Einheit 23 (1968), Heft 7, S. 816-825, S. 818.

1160 Gerisch/Koziolk/Salecker: Marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft, in: Einheit 23 (1968), Heft 7, S. 816-825, S. 820.

1161 Gerisch/Koziolk/Salecker: Marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft, in: Einheit 23 (1968), Heft 7, S. 816-825, S. 822.

man sie bei Parsons beziehungsweise Luhmann findet. Hierbei ging es nämlich nicht mehr um die Optimierung des Wirtschaftssystems, sondern um die Optimierung des Verhältnisses zwischen den unterschiedlichen Systemen, was die Autoren als Aufgabe der Leitungstätigkeit, also der Partei, ansahen. Dies beinhaltete die Modellierung, Prognose, Normierung und Ablauforganisation von Prozessen.

Die Debatte entwickelte sich dabei durch die Betonung der Rolle der Leitung immer weiter weg von einer systemtheoretischen Interpretation des *Wirtschaftssystems* hin zu einer systemtheoretischen Interpretation des *Gesamtsystems*. Es ging zunehmend um die auf dem VII. Parteitag geforderte „Durchsetzung des ökonomischen Systems des Sozialismus als Ganzes,“<sup>1162</sup> was implizierte, dass die Systemzusammenhänge der verschiedenen Teilsysteme immer mehr in den Blickpunkt gerieten. In erster Linie betraf dies das Zusammenwirken von Wirtschafts- und politischen System: Unter der Ägide von demokratischem Zentralismus und Planwirtschaft, in der der Perspektivplan das Hauptsteuerungselement darstellte, wollte man die richtige Balance zwischen (wirtschaftlicher) Selbstregulation und Kontrolle finden – eine Aufgabe, die den Planungs- und Leitungsorganen und damit den politischen Instanzen zugerechnet wurde. Die regulativen Aufgaben des Perspektivplans bestanden darin, ein „harmonisches Zusammenwirken von Prognostik, Strukturpolitik, strukturkonkreter Planung, perspektivischer Preisplanung und langfristigen ökonomischen Normativen“ herbeizuführen.<sup>1163</sup>

Bereits im Vorfeld des VII. Parteitags der SED, spätestens aber danach, ist signifikant für die in der *Einheit* erschienenen Artikel, dass sie die Eigenständigkeit der Gesellschaftsformation „Sozialismus“ (in Abgrenzung zur Interpretation des Sozialismus als Übergangsphase zum Kommunismus) zu betonen suchten. Hintergrund dieser veränderten Verwendung des Systembegriffs war der Anspruch, Ökonomie, Ideologie und Gesellschaft in Einklang zu bringen und dabei die herausgehobene Stellung der Partei zu zementieren.<sup>1164</sup> So hob Günter Mittag in einem Artikel mit dem Titel „Erfolgreiche Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems des Sozialismus – Ausdruck der kontinuierlichen marxistisch-leninistischen Politik unserer Partei“<sup>1165</sup> etwa die gute Zusammenarbeit mit der KPdSU hervor, unterstrich aber gleichzeitig und mit Verweis auf den VII. Parteitag der SED, dass es „*eigenständige* ökonomische Gesetze des Sozialismus“<sup>1166</sup> gebe, deren Ausnutzung eine

1162 Halbritter: Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus, in: *Einheit* 24 (1969), Heft 9/10, S. 1138-1148, S. 1140.

1163 Halbritter: Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus, in: *Einheit* 24 (1969), Heft 9/10, S. 1138-1148, S. 1147.

1164 Meuschel: Symbiose von Technik und Gemeinschaft, in: Emmerich/Wege (Hg.): *Technikdiskurs in der Hitler-Stalin-Ära*, Stuttgart 1995, S. 202-230, S. 210.

1165 Mittag: Erfolgreiche Verwirklichung des ÖSS, in: *Einheit* 24 (1969), Heft 9/10, S. 1092-1103.

1166 Mittag: Erfolgreiche Verwirklichung des ÖSS, in: *Einheit* 24 (1969), Heft 9/10, S. 1092-1103, S. 1096f. Hervorh. im Original, V.W.

„ganz entscheidende Grundbedingung für die weitere allseitige Stärkung des Sozialismus in der DDR“<sup>1167</sup> darstelle.

Ausführlich dargelegt wurden die von Mittag angesprochenen ökonomischen Gesetze des Sozialismus in der von einem Autorenkollektiv unter Leitung des Politbüros des ZKs der SED, namentlich Ulbrichts und Mittags, verfassten Monographie *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*.<sup>1168</sup> Zu diesem Buch fand im Januar 1970 eine zentrale Arbeitsberatung statt, an der „leitende Kader der Partei, des Staates, der Wirtschaft, gesellschaftlicher Organisationen, Wissenschaftler und leitende Propagandisten“<sup>1169</sup> teilnahmen. Im Zuge dessen veröffentlichte die *Einheit* 1970 Diskussionsbeiträge der Teilnehmer dieser Tagung, unter anderem von Wolfgang Berger und Walter Halbritter. Diese Artikel dokumentieren den Wandel in der Verwendung des systemtheoretischen Vokabulars, der mit dem VII. Parteitag und der Etablierung des Ökonomischen Systems des Sozialismus, wie oben skizziert, einherging. So sprach Berger davon, dass bereits Marx den Systemcharakter der Gesellschaft nachgewiesen habe und aufdeckte, „daß die organische Ganzheit einer Gesellschaft durch ihre Produktionsweise bestimmt wird.“<sup>1170</sup> Deswegen gehe es auch in Zukunft

„nicht mehr nur darum, innerhalb der Wirtschaft selbst wichtige Gesetzmäßigkeiten, Prioritäten, Proportionen zu beachten und planmäßig durchzusetzen. Es geht darüber hinaus darum, auch zwischen der Volkswirtschaft und anderen gesellschaftlichen Teilsystemen, wie der Bildung, der Wissenschaft, der Kultur und Kunst, solche Wechselwirkungen, Prioritäten und Proportionen zu erforschen und planmäßig durchzusetzen, die durch starke Dynamik charakterisiert sind.“<sup>1171</sup>

Berger sprach sich aus Effizienzgründen dafür aus, das Zusammenspiel der Teilsysteme mittels elektronischer Rechentechnik zu steuern. Elektronischen Datenverarbeitungsanlagen wohne dabei ein dialektischer Charakter inne: Sie würden nötig, weil die wissenschaftlich-technische Revolution und die mit ihr einhergehende Dynamik immer neue Probleme schaffe, die der Steuerung bedürften, doch zugleich liefere sie den Planern das dazu nötige Mittel.

Halbritter hob in seiner Beurteilung<sup>1172</sup> des Buches zur politischen Ökonomie des Sozialismus vor allem die Rolle der Partei hervor, der es obliege, die staatlichen Pläne zu entwerfen. Diese seien das eigentliche Mittel, um die Funktion von Gesamtsystem und Teilsystemen zu steuern. Dabei müsse die SED der Dynamik des ökonomischen Systems Rechnung

1167 Mittag: Erfolgreiche Verwirklichung des ÖSS, in: *Einheit* 24 (1969), Heft 9/10, S. 1092-1103, S. 1096. Hervorh. im Original, V.W.

1168 Parteihochschule Karl Marx beim ZK der SED (Hg.): *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*, Berlin 1969.

1169 Redaktion der *Einheit*: *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 3, S. 259, S. 259.

1170 Berger: *Politische Ökonomie des Sozialismus*, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 3, S. 259-265, S. 261.

1171 Berger: *Politische Ökonomie des Sozialismus*, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 3, S. 259-265, S. 262.

1172 Halbritter: Zum Systemcharakter der Verwirklichung der ökonomischen Gesetze, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 3, S. 266-274.

tragen, da es sich beim politischen System des Sozialismus – und hier zitierte er das von Walter Ulbricht für das Buch verfasste Vorwort – um ein „in jeder Hinsicht entwicklungs-fähiges, zum ständigen Lernen befähigtes System“<sup>1173</sup> handle. Da es aber keine Eigenständigkeit der Teilsysteme des ökonomischen Systems des Sozialismus gebe, liege es nun in den Händen der Partei, „vom Gesamtsystem her die Teilsysteme zu gestalten und einzuordnen [...] und in Hinsicht auf das funktionale Zusammenwirken im Gesamtsystem weiter zu vervollkommen.“<sup>1174</sup>

Mit der Etablierung des ökonomischen Systems des Sozialismus auf dem VII. Parteitag der SED kam es – dies zeigen die in der *Einheit* veröffentlichten Artikel – zu einer Verschiebung der Schwerpunkte in der Rezeption des systemischen Denkens. Während in der Zeitschrift zunächst vor allem das kybernetische Denken, interpretiert als Theorie der Automatisierung, vorherrschend war, dokumentieren die skizzierten Artikel den langsamen Wandel zu einer systemtheoretischen Gesellschaftsinterpretation. Wenn – vor allem ab 1970 – die Funktionalität des Gesamtsystems zunehmend in den Mittelpunkt der Darstellung gerückt wurde und dies einherging mit der Forderung nach einer Etablierung marxistisch-leninistischer Organisationswissenschaft<sup>1175</sup>, so kann dies in Ansätzen als eine Art Kybernetik zweiter Ordnung interpretiert werden, die zunehmend Züge einer soziologischen Systemtheorie trug. Ähnlich, wie schon zuvor bei der Etablierung der Kybernetik, erfolgte auch dies nicht ohne den Verweis auf die Präideen der marxistischen Klassiker, der es ermöglichte, derartige Systeminterpretationen mit der marxistisch-leninistischen Parteidoktrin zu verbinden.<sup>1176</sup>

Dass dieses Unterfangen jedoch – anders als bei der Etablierung der Kybernetik – scheiterte, zeigt eine Veröffentlichung aus dem Jahr 1971, die in Vorbereitung auf den VIII. Parteitag der SED, auf dem Erich Honecker Walter Ulbricht an der Parteispitze ablöste, erschien. In diesem widmeten sich die Wirtschaftswissenschaftler Rolf Sieber und Günter Söder der Frage nach dem Verhältnis von Politik und Ökonomie<sup>1177</sup> und bezogen eindeutig Stellung, wenn sie, angelehnt an eine These Lenins, davon sprachen, dass die Politik das Primat gegenüber der Ökonomie besitze. „Die Anerkennung des Primats der Politik

1173 Ulbricht: Das ökonomische System des Sozialismus 1969, S. 12, zit. nach: Halbritter: Zum Systemcharakter der Verwirklichung der ökonomischen Gesetze, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 3, S. 266-274, S. 271.

1174 Halbritter: Zum Systemcharakter der Verwirklichung der ökonomischen Gesetze, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 3, S. 266-274, S. 274.

1175 So beispielsweise Mittag: Im Leninschen Geist wirtschaften!, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 4, S. 419-427.

1176 Beispiele hierfür ließen sich zahlreiche anführen: Kurt Hager etwa führt die systemtheoretische Gesellschaftsinterpretation auf Lenin zurück (Hager: Leninismus und entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 4, S. 408-418). Ebert u.a. fordern eine marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft auf der Basis systemtheoretischer Gesellschaftsauffassungen (Ebert u.a.: Zur wachsenden Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 9, S. 1139-1148). Ähnlich argumentiert Herber, die Komplexität der Führungstätigkeit mit Hilfe systemtheoretischer Methoden bewältigt wissen will (Herber: Wesen und Entwicklung der wissenschaftlich fundierten Leitungstätigkeit der SED, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 3, S. 291-301).

1177 Sieber/Söder: Politik und Ökonomie, in: *Einheit* 26 (1971), Heft 4, S. 447-455.



und die Anerkennung der objektiven Gesetze der Entwicklung stellen in der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis eine Einheit dar.“<sup>1178</sup> Zwar wurde in diesem Artikel keine direkte Kritik an der systemtheoretischen Gesellschaftsinterpretation geübt, allerdings schloss die Art und Weise, in der Sieber und Söder das Primat der Politik historisch herleiteten, eine solche aus. Denn ihre Ausführungen standen einer systemtheoretischen Gesellschaftsinterpretation entgegen, in der die Teilsysteme der Gesellschaft als gleichberechtigt interpretiert wurden. Auf sprachlicher Ebene zeigte sich dies darin, dass – im Gegensatz zu den bis dahin veröffentlichten Beiträgen – der Systembegriff keinerlei Verwendung mehr fand. Insofern dokumentiert der 1971 erschienene Artikel, dass auch den SED-Ökonomen daran gelegen war, die Macht der Partei vermittelt über die der Arbeiterklasse zugesprochene Macht (wieder) herzustellen. Der VIII. Parteitag der SED und der auf diesem erfolgte Wechsel an der Führungsspitze der Partei markierten damit zumindest auf politischer Ebene einen Wendepunkt in der Rezeption des systemischen Denkens in der DDR.

#### 5.3.2.4 Systemdenken im Diskurs über die Produktivkraft Wissenschaft

Neben der Einbettung systemischen Denkens in ökonomische Diskurse war das systemische Denken in der *Einheit* in allen Rezeptionsphasen vor allem in Diskussionen über die gesellschaftliche Funktion von Wissenschaft relevant.

„Die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft und die technische Revolution vollziehen sich in der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse. [...] Die Sozialistische Einheitspartei Deutschland bezeichnet die Umwälzung der Produktivkräfte bewußt als technische Revolution, um die ganze innere Dynamik und die Wucht dieses objektiven Prozesses zum Ausdruck zu bringen.“<sup>1179</sup>

Die wichtige Rolle neuer Wissenschaftszweige (hierzu zählten neben der Kybernetik auch Bionik sowie neue Ansätze in Mathematik, Physik, Chemie und Biologie) dokumentierten auch solche Veröffentlichungen in der *Einheit*, die sich mit der Rolle der Wissenschaft in der sozialistischen Gesellschaft befassten. Im Kontext der Debatte um die Produktivkraft Wissenschaft und die Rolle der wissenschaftlich-technischen Revolution fand die Kybernetik in zahlreichen Aufsätzen, die in der SED-Zeitschrift erschienen, Erwähnung. Erwähnung zu finden, bedeutete in diesem Zusammenhang allerdings, dass es nicht darum ging, die Kybernetik bzw. das systemische Denken zu definieren, zu beschreiben oder zu analysieren, sondern es vielmehr im Konnex von Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Produktion zu verorten. Dies bedeutet, dass die Texte zur Wissenschaftsentwicklung nur wenig zur Etablierung des systemischen Denkens beitrugen, sondern vielmehr als Ausdruck dafür

1178 Sieber/Söder: Politik und Ökonomie, in: *Einheit* 26 (1971), Heft 4, S. 447-455, S. 453.

1179 Sektion Philosophie bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften: Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution. Thesen zum Philosophischen Kongreß im April 1965, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 6, S. 133-144, S. 134.

gelten können, wie populär der systemische Denkstil in den 1960er Jahren bereits geworden war. „Kybernetik“ fungierte als Schlagwort für die Veränderung und Modernisierung der Wissenschaftslandschaft, als Paradebeispiel für innovative Theorien, Methoden und Techniken. Auch erste Ansätze für die Rezeption der Systemtheorie stehen in diesem Kontext. Im Folgenden soll ausgeführt werden, in welchen Bereichen und mit welchen Argumenten das systemische Denken die Reflexion über Wissenschaft durchdrang.

Noch vor der weiter oben skizzierten Tagung der *Einheit* über Kybernetik und Gesellschaft ist in diesem Zusammenhang eine Publikation von 1960 zu erwähnen, die den Titel „Determinismus und moderne Biologie“<sup>1180</sup> trug und von dem Leipziger Philosophen Rudolf Rochhausen verfasst worden war. Im selben Jahr wie Georg Klaus in der *DZfPh*<sup>1181</sup> erörterte Rochhausen das Verhältnis von Kausalität und Teleologie am Beispiel biologischer Systeme. Anders als Klaus fokussierte Rochhausen dabei aber vor allem auf die moderne Biologie. Seine Ausgangsfrage war der unterschiedliche Gebrauch philosophischer und naturwissenschaftlicher Kategorien, wie etwa Determinismus, Zufall, Notwendigkeit, Idealismus und Mechanismus. Rochhausens These war, dass der dialektisch-materialistische Determinismus – im Gegensatz zum mechanischen Materialismus – in der Lage sei, die „kompliziertesten Wechselbeziehungen aller Erscheinungen in Natur und Gesellschaft“<sup>1182</sup> zu erfassen. Dabei argumentierte er mit den Ansichten der modernen Biologie. Im Anschluss an die Formulierung der biologischen Systemtheorie durch Ludwig von Bertalanffy in den 1920er und 1930er Jahren schrieb Rochhausen:

„Ein lebender Organismus ist also eine komplizierte Systemeinheit, deren Glieder (Organsysteme, Gewebe, Zellen usw.) selbst wieder komplizierte Systeme darstellen und die zum Gesamtsystem untereinander und funktionell und strukturell in widersprüchlichen, wechselseitigen Beziehungen stehen.“<sup>1183</sup>

Aus dieser Auffassung ergebe sich zum einen, dass weder allein kausale Betrachtungen noch holistische Sichtweisen die Eigenheiten des Organischen zu erklären vermochten, sondern vielmehr die Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zwischen dem Gesamtsystem und seinen Teilen untersucht werden müssten. Somit gehe es in der Systemtheorie in erster Linie um die Untersuchung von Strukturbeziehungen. Dies impliziere auch einen gewissen Grad der Selbstständigkeit der Teilsysteme:

„Vom dialektisch-materialistischen Standpunkt wurde bereits festgestellt, daß jeder lebende Organismus eine komplizierte Systemeinheit ist, die sich aus Gliedssystemen zusammensetzt. Als solche besitzen diese Glieder eine relative Selbstständigkeit, denn Wechselwirkung setzt grundsätzlich einen bestimmten Grad von Selbstständigkeit voraus.“<sup>1184</sup>

---

1180 Rochhausen: Determinismus und moderne Biologie, in: *Einheit* 15 (1960), S. 1383-1396.

1181 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: *DZfPh* 8 (1960), S. 1266-1277.

1182 Rochhausen: Determinismus und moderne Biologie, in: *Einheit* 15 (1960), S. 1383-1396, S. 1385.

1183 Rochhausen: Determinismus und moderne Biologie, in: *Einheit* 15 (1960), S. 1383-1396, S. 1386.

1184 Rochhausen: Determinismus und moderne Biologie, in: *Einheit* 15 (1960), S. 1383-1396, S. 1389.

Hieraus zog Rochhausen die Schlussfolgerung, dass der Zusammenhang zwischen dem Organismus und seinen Teilen dynamischen und das Verhältnis des Organismus zu seiner Umwelt statistischen Gesetzen unterliege. Beides müsse bei der Analyse des Organischen gleichermaßen berücksichtigt werden. Diese Sichtweise – so Rochhausen – lasse sich in bestimmten Bereichen, beispielsweise der Ökonomie, auch auf die Gesellschaft übertragen. Angesichts der skizzierten Problematisierung von in Naturwissenschaft und Philosophie verwendeten Begriffen forderte er deswegen eine Zusammenarbeit von Naturwissenschaftlern und Philosophen, um der Frage nach Kausalbeziehungen in komplexen Systemen auf den Grund zu gehen. Der Artikel von Rochhausen demonstriert dabei zweierlei: Erstens zeigte der Autor, wie die Gesellschaftswissenschaft von Ansichten der modernen Naturwissenschaft zu profitieren vermochte, wenn es darum ging, eine Präzisierung der verwendeten Begrifflichkeiten herbeizuführen. Zweitens demonstriert der Text, dass die Systemtheorie im Bereich der Philosophie der Biologie zeitgleich und unabhängig von der Kybernetik rezipiert und Teil der marxistisch-leninistischen Debatte über die Philosophie der Naturwissenschaften wurde.

Zwei Jahre später setzte sich auch Harald Wessel für eine philosophische Analyse der modernen Biologie ein: Er bemängelte, dass in der Biologie – anders als in der Physik und Chemie – die Entdeckungen eher quantitativer als qualitativer Natur seien.

„Doch das eigentliche Wesen unserer biologischen Existenz haben wir bislang noch weniger durchschaut als etwa das Wesen atomphysikalischer, chemischer und gesellschaftlicher Prozesse.“<sup>1185</sup>

Ebenfalls mit (allerdings nicht expliziertem) Bezug auf Ludwig von Bertalanffy unterschied Wessel zwischen Anorganischem und Organischem und führte aus, dass sich der Organismus im Gegensatz zur anorganischen Materie dadurch auszeichne, „daß er ein fließendes System von ständig wechselnden Stoffen und Energien darstellt.“<sup>1186</sup> Erst, seit man „die Organismen mit kybernetischen Augen sieht“<sup>1187</sup>, verlören mechanistische und vitalistische Interpretation des Organischen (sowie – aber auch das erwähnt Wessel nur implizit – der Stellenwert der Theorie Lyssenkos) zunehmend an Bedeutung.<sup>1188</sup> Bereits ein Jahr

---

1185 Wessel: Bedeutende Wandlungen in der Biologie, in: Einheit 17 (1962), Heft 9, S. 68-77, S. 70. Diese Auffassung erinnert stark an die von Bertalanffy in seiner erstmals 1953 erschienenen Monographie „Biophysik des Fließgleichgewichts“ (Braunschweig 1953) getätigten Definitionen. Als weiterer Hinweis hierfür mag gelten, dass diese Monographie in zweiter Auflage 1977 im Ost-Berliner Akademie Verlag unter Mitarbeit der ostdeutschen Biologen Walter Beier und Reinhard Laue erschien – ihr mithin in der Biologie in der DDR eine gewisse Bedeutung zukam. In der *Biologischen Rundschau*, die ab 1963 erschien und zu den wichtigsten Publikationsorganen der DDR-Biologie zählte, schlug sich dies aber nicht nieder. In der Zeit zwischen 1963 und 1971 sind nur sehr vereinzelt Artikel erschienen, die sich auf die Arbeiten Bertalanffys bezogen oder sich anderweitig mit Aspekten der Selbstregulation von Organismen befassen.

1186 Wessel: Bedeutende Wandlungen in der Biologie, in: Einheit 17 (1962), Heft 9, S. 68-77, S. 70.

1187 Wessel: Bedeutende Wandlungen in der Biologie, in: Einheit 17 (1962), Heft 9, S. 68-77, S. 71.

1188 Kern der Thesen Lyssenkos, der zur Zeit Stalins als der wichtigste Biologe der Sowjetunion galt, war, dass erworbene Eigenschaften vererbt würden. Aus diesem Grund lehnte er die Genetik ab und nutzte seinen politischen Einfluss dazu, seine Kritiker mundtot zu machen. Zum Lyssenkoismus in der Sowjetunion vgl. Rossijanow, Kirill: Gefährli-

zuvor hatte Wessel zu Fragen des Verhältnisses von moderner Biologie und Marxismus-Leninismus eine Monographie<sup>1189</sup> veröffentlicht, in der er die skizzierten Positionen weiter ausgeführt hatte. Dieter Bernhardt rezensierte Wessels Buch dann auch entsprechend wohlwollend in der *Einheit* und betonte dabei insbesondere die auf Bertalanffy zurückgehende, systemtheoretisch-kybernetische Interpretation des Organischen.<sup>1190</sup>

Die referierten Artikel dokumentieren, dass die Systemtheorie bereits sehr früh Bestandteil der Philosophie der Naturwissenschaften war, sich aber zunächst auf die Disziplin Biologie beschränkte. Erst mit der verstärkten Rezeption der Kybernetik seit 1961 verlagerte sich die Debatte hin zu einer Reflexion der gesellschaftlichen Bedeutung von Wissenschaft.

Der Verweis auf neue Wissenschaftsdisziplinen und prominent die Kybernetik diente den Autoren dabei als Ausgangspunkt ihrer Ausführungen zur Wissenschaftsentwicklung und als Beleg für die nicht zu unterschätzende Bedeutung der Wissenschaft als Grundlage der technischen Revolution. Wissenschaft, so lautete der Tenor der Theorie von der Wissenschaft als Produktivkraft, verändert sich nicht nur immanent, sondern zieht auch Veränderungen in anderen Gesellschaftsbereichen nach sich. Hierzu zählte man in erster Linie den Komplex der Produktion, also die materielle Basis der sozialistischen Gesellschaft. So schrieb etwa Kurt Teßmann 1965 in einem Artikel über den Zusammenhang zwischen der technischen Revolution und dem Sozialismus: „Die Automatisierung ist das Herzstück der technischen Revolution.“<sup>1191</sup>

Bevor man sich der technischen Anwendung der Automatisierung in den Betrieben beziehungsweise dem Stellenwert der Kybernetik für die Produktion widmen konnte, war es allerdings notwendig, zunächst ihre wissenschaftlichen Grundlagen zu klären. Die Kybernetik stellte in den Augen vieler Zeitgenossen die theoretische Basis der Automatisierung dar. Dies machte die Kybernetik-Forschung zu einem wichtigen Aspekt der Theoretisierung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Dabei ging es um die Handhabung immer komplexer werdender gesellschaftlicher Prozesse und Zusammenhänge mit Hilfe der Wissenschaft. Das systemische Denken stellte hier eine Paradedisziplin des Diskurses um die Produktivkraft Wissenschaft dar. So konstatierte etwa Herbert Hörz:

---

che Beziehungen: Experimentelle Biologie und ihre Protektoren, in: Beyrau (Hg.): Im Dschungel der Macht, Göttingen 2000, S. 340-359.

1189 Wessel: Viren – Wunder – Widersprüche, Berlin 1961.

1190 Bernhardt: Philosophische Probleme der modernen Biologie, in: *Einheit* 17 (1962), Heft 1, S. 157-160.

1191 Teßmann: Technische Revolution und Sozialismus, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 2 + 4, S. 15-22, S. 36-42, S. 21.

„Aber gerade Mathematik und Kybernetik gewinnen immer mehr Einfluß auf das Denken aller Wissenschaftler. Sie dringen auch in die Gesellschaftswissenschaft vor und helfen dort bei der Verarbeitung gesammelter Erkenntnisse und der Aufdeckung neuer Beziehungen.“<sup>1192</sup>

So verstanden, bestand die Leistung des (naturwissenschaftlichen) systemischen Denkens darin, einen neuen methodischen Ansatz zu bieten, der auch in anderen Wissenschaftszweigen, nicht zuletzt auch den Gesellschaftswissenschaften, aufgegriffen werden und zur Einheit der Wissenschaften beitragen konnte.<sup>1193</sup> Die Kybernetik zeichnete sich in diesem Zusammenhang dadurch aus, den Natur-, Technik- und Gesellschaftswissenschaften eine gemeinsame Sprache und Ausdrucksweise zu bieten und zur interdisziplinären Verständigung beizutragen. Dass sich die Auseinandersetzung mit solchen interdisziplinären Herangehensweisen als lohnenswert erweisen könnte, sah auch der ehemalige Vorsitzende des Forschungsrates der DDR, Peter Adolf Thießen, der 1970 betonte, dass sich

„die Methoden der Naturwissenschaften und der Gesellschaftswissenschaften einander eng an[nähern]. Dem ‚experimentum crucis‘ der Naturwissenschaften entspricht die hochgerechnete logische Optimierung gesellschaftswissenschaftlicher Zusammenhänge. Die Wege dazu sind im Anfang nicht bequem. Es ist viel Unterholz und Gestrüpp, d.h. eine Art von ‚ideologischem Unkraut‘ wegzuräumen. Um so leichter werden hinterher die gebahnten Trassen begehbar sein. An die Parteilichkeit der Wissenschaft, ihre Bereitschaft, die eigenen Neigungen für den Weg des geringsten Widerstandes zu überwinden, werden besonders hohe Anforderungen gestellt.“<sup>1194</sup>

Um der Komplexität der modernen Gesellschaft gerecht zu werden, war es nämlich nicht nur notwendig, die neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse zur Anwendung zu bringen, sondern es galt auch, dies möglichst effektiv zu gestalten, d.h., wissenschaftlich durchdacht und auf der Basis gesellschaftlicher Analysen zu handeln. Auch die Konformität mit der marxistischen Ideologie spielte dabei eine wichtige Rolle. Das bedeutete aber auch, dass die Gesellschaftswissenschaften, die sich bisher vornehmlich am wissenschaftlichen Sozialismus orientiert hatten, ihren Horizont um kybernetische und mathematische Methoden erweitern sollten – so zumindest die Forderung einiger Autoren.

„Während die Entwicklung der Naturwissenschaften und ihre Auswirkungen auf die Produktion und andere Seiten des gesellschaftlichen Lebens die wissenschaftliche Erkenntnis der Gesellschaft erfordern und diese vor neue Aufgaben stellen, wird die Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften durch neue Forderungen des konkret sozialistischen Aufbaus bestimmt (zum Beispiel: Entwicklung einer allgemeinen Methodologie, wachsende An-

---

1192 Hörz: Für eine schöpferische Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaftlern und marxistischen Philosophen, in: Einheit 19 (1964), Heft 1+ 2, S. 93-103, S. 91-106, S. 102.

1193 So interpretiert Herbert Hörz die Grenzgebiete, an denen die neuen, sich entwickelnden Wissenschaftszweige anzusiedeln sind, als Hinweis auf das Zusammenrücken der Wissenschaften: „Die Herausbildung von Wissenschaftszweigen, die sich mit Grenzgebieten zweier Wissenschaften befassen, wie Biochemie, Bionik usw., die Mathematisierung vieler Wissenschaften, der wachsende Einfluß der Kybernetik, die Industrialisierung der Forschung zeigen immer mehr die Einheit aller Wissenschaften.“ (Hörz: Für eine schöpferische Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaftlern und marxistischen Philosophen, in: Einheit 19 (1964), Heft 1+ 2, S. 93-103, S. 91-106, S. 94).

1194 Thießen: Die Parteilichkeit der Wissenschaft, in: Einheit 25 (1970), Heft 1, S. 29-36, S. 35.

wendung allgemeiner wissenschaftlicher Erkenntnismethoden, mathematische und kybernetische Methoden).“<sup>1195</sup>

Auffällig an der Rezeption des systemischen Denkens in der *Einheit* ist damit der starke Fokus auf die Anwendbarkeit der neuen wissenschaftlichen Ansätze in unterschiedlichen Wissenschafts- und Gesellschaftsbereichen. Dass die klassischen gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche wie Ökonomie und die Führungs-, Leitungs- und Organisationswissenschaften hiervon nicht ausgenommen waren, deutet darauf hin, welchen herausragenden Stellenwert der kybernetische Denkstil besaß. Denn diese Bereiche berührten das Kernstück des sozialistischen Staates, nämlich den Anspruch der SED, Politik auf der Basis von Wissenschaft zu betreiben. Die Forderung, bei der wissenschaftlichen Leitungstätigkeit kybernetische Ansätze zu berücksichtigen bzw. diese zur Anwendung zu bringen, demonstriert, wie sehr der neue Denkstil im Begriff war, die Wissenschaft eben dort zu durchdringen, wo sie sich als besonders politiknah erwies. Schließlich handelte es sich bei den Gesellschaftswissenschaften um jene Disziplinen, die die Grundlage der sozialistischen Politik darstellten und diese legitimierten.

Charakteristisch für die Einbindung des systemischen Denkens in die gesellschaftswissenschaftliche Forschung seitens der politischen Führungsgremien ist vor allem, dass Kybernetik und Systemtheorie als Mittel der Planung und Leitung der Gesellschaft Anwendung finden sollten. Dies deutete Hannes Hörnig, Leiter der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED, bereits Mitte der 1960er Jahre in einem Interview an<sup>1196</sup>; ihren Höhepunkt fand diese Sichtweise spätestens in einem Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 22. Oktober 1968, der unter dem Titel „Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR“<sup>1197</sup> in der *Einheit* veröffentlicht worden war. In diesem betonte das Politbüro einmal mehr, dass die ideologische Grundlage der Kybernetik-Rezeption der Marxismus-Leninismus sein müsse:

„Nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus ist es auch möglich, neue wissenschaftliche Disziplinen wie Kybernetik, Operationsforschung u.a. effektiv für die Gestaltung und Leitung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und seiner Teilsysteme zu nutzen.“<sup>1198</sup>

Am Ende des Beschlusses setzte das Politbüro die Schwerpunktthemen der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung für die Zukunft fest. Dazu gehörten zahlreiche Forschungsge-

1195 Sektion Philosophie bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften: Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution. Thesen zum Philosophischen Kongreß im April 1965, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 6, S. 133-144, S. 136.

1196 Wissenschaftliche Planung und Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften. Interview mit Hannes Hörnig, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 6, S. 11-15.

1197 Politbüro des ZKs der SED: Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR. Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22.10.1968, in: *Einheit* 23 (1968), Heft 12, S. 1455-1470.

1198 Politbüro des ZKs der SED: Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR. Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22.10.1968, in: *Einheit* 23 (1968), Heft 12, S. 1455-1470, S. 1457.

bierte, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem systemischen Denken standen, so etwa die „Ausarbeitung der Gesellschaftsprognostik“ (Punkt 1 des Beschlusses), die „Ökonomische Kybernetik und Grundfragen der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft, insbesondere Entwicklung anwendungsreifer Grundmodelle zur rationellen Gestaltung ökonomischer Systeme“ (Punkt 19) und

„Grundfragen des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR, insbesondere die politisch-ökonomischen Gesetze, Nutzung der ökonomischen Kategorien (Ware-Geld usw.) sowie die systemtheoretischen Grundlagen, die kybernetische Modellierung des Gesamtsystems, die Systemstruktur der Volkswirtschaft, die Steuerung und das Zusammenwirken der Teilsysteme (Punkt 21).“<sup>1199</sup>

Kybernetik und vor allem Systemtheorie wurden damit explizit zum Bestandteil gesellschaftswissenschaftlicher Forschung, was auch ein 1970 geführtes Interview mit Erich Hahn, dem Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates für Soziologische Forschung in der DDR, demonstriert. Dort hebt er besonders die Notwendigkeit hervor, das Gesamtsystem der sozialistischen Gesellschaft in der DDR in seiner Komplexität zu erforschen und den Wechselbeziehungen der unterschiedlichen Teilsysteme Rechnung zu tragen.<sup>1200</sup>

Angesichts dieser weitreichenden Implikationen, die bei der Erwähnung von Kybernetik im Zusammenhang mit der Produktivkraft Wissenschaft mitschwangen, war sie eben nicht nur eine unter zahlreichen neuen Wissenschaftsdisziplinen<sup>1201</sup>, sondern das ihr (vor allem seitens der Politik) zugesprochene Potential ging deutlich darüber hinaus. Freilich lag dies nicht zuletzt an der undifferenzierten Verwendung des Wortes Kybernetik: Während die Fokussierung auf Automatisierung und Datenverarbeitung dem Bereich der technischen Kybernetik zuzurechnen ist, berührte ihre Verwendung in den Gesellschaftswissenschaften und der Philosophie vor allem theoretische und methodische Fragen der Herangehensweise an den Gegenstand „Gesellschaft“.

Es lag im Interesse der Staats- und Parteiführung, das Potential, welches sich aus der Kybernetik ergab, im Sinne einer Produktivkraft für die Optimierung von Führungs- und Leitungstätigkeiten zu nutzen. Die Förderung der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Reflexion des eigenen Handelns (die sich allerdings in engen Grenzen vollzog) galt dabei auch als Beleg für die wissenschaftsfreundliche Haltung der Staatsführung.<sup>1202</sup> Mehr noch: Im Zuge der Konzeptionalisierung der Produktivkraft Wissenschaft und der Debatte um die wissenschaftlich-technische Revolution wurden bestimmte Wissenschaftszweige selber zu Revolutionären erhoben: „Physik, Biologie, Chemie und Kybernetik sind hier im

---

1199 Politbüro des ZKs der SED: Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR. Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22.10.1968, in: Einheit 23 (1968), Heft 12, S. 1455-1470, S. 1469.

1200 Die marxistisch-leninistische Soziologie. Interview mit Erich Hahn, in: Einheit 25 (1970), Heft 2, S. 195-202, S. 196.

1201 Wie etwa in der Aufzählung von Klotz/Rum: Über die Produktivkraft Wissenschaft, in: Einheit 18 (1963), Heft 2 + 3, S. 25-31, S. 40-49, S. 26.

1202 Klotz/Rum: Über die Produktivkraft Wissenschaft, in: Einheit 18 (1963), Heft 2 + 3, S. 25-31, S. 40-49, S. 26.

Verein mit modernen und komplizierten Methoden der Mathematik die größten wissenschaftlichen Revolutionäre.“<sup>1203</sup> Denn nur im Verbund mit den neuen Wissenschaften konnte es gelingen, Einfluss auf den Produktionsprozess zu gewinnen und diesen zu optimieren, was ja das eigentliche Ziel der SED war. Damit einher ging auch eine neue Stellung des Menschen im Arbeitsprozess: Seine Aufgabe war es nicht mehr, Dinge zu produzieren, sondern ihm oblag fortan die Überwachung der automatisierten Produktionsprozesse:

„Die Kybernetik und ihre Anwendung in der Technik verändern den Produktionsprozeß: Brachte die erste industrielle Revolution mit ihren großen Fabriken eine ungeheure Konzentration von Menschen mit sich, so wird die automatische Fabrik wenig Menschen als Kontrolleure brauchen, die mehr Verantwortung haben und mehr Fähigkeiten und Selbstbewußtsein besitzen müssen.“<sup>1204</sup>

Noch ein weiterer Aspekt war mit der veränderten Rolle der Wissenschaft für die Produktion verbunden: Die Wissenschaft selbst hatte sich verändert und es ging nicht mehr alleine um Grundlagenforschung, sondern die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Produktion gewann zunehmend an Bedeutung. Ausgangspunkt und Grundlage der neuen Produktionstechniken waren die sich in der Wissenschaft vollziehenden qualitativen Veränderungen. Dass sich die Qualität des wissenschaftlichen Wissens veränderte und Forschung zunehmend auf Anwendungsmöglichkeiten ausgerichtet war, stellte ein entscheidendes Charakteristikum des Produktivkraftcharakters der Wissenschaft dar.<sup>1205</sup> Es implizierte nämlich, dass es nicht mehr allein um einen summarischen Anstieg neuer Wissensformen ging, sondern sich auch der Umgang mit dem Wissen veränderte oder anders gesagt: Aus den neuen Wissensformen neue Arten der Anwendung resultierten. Diese qualitativen Veränderungen im Produktionsprozess waren nötig, um der ökonomischen Entwicklung stand zu halten und sie anzuerkennen.

„Die wissenschaftlich-technische Revolution wurde möglich, weil die Wissenschaft eine sehr hohe Stufe ihrer Entwicklung erreichte – die produktionspraktische Funktion. Das Aufkommen neuer Zweige der Wissenschaft und Technik – Kybernetik, Kosmonautik, Bionik und anderer – zeigt, daß die Wissenschaft auf allen Gebieten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vor der Technik und der industriellen Produktion steht, ihnen durch ihre Entdeckungen, Berechnungen, Experimente und theoretischen Verallgemeinerungen den Weg bahnt.“<sup>1206</sup>

Die Ausrichtung des Wissens auf die Anwendung implizierte einen veränderten Umgang mit dem Wissen, denn es bedeutete, dass die Produktion weit mehr auf wissenschaftlichem Wissen basierte. Der Zusammenhang zwischen Wissens- und Warenproduktion

---

1203 Klotz/Rum: Über die Produktivkraft Wissenschaft, in: Einheit 18 (1963), Heft 2 + 3, S. 25-31, S. 40-49, S. 43.

1204 Hörz: Für eine schöpferische Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaftlern und marxistischen Philosophen, in: Einheit 19 (1964), Heft 1+ 2, S. 93-103, S. 91-106, S. 94.

1205 Sektion Philosophie bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften: Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution. Thesen zum Philosophischen Kongreß im April 1965, in: Einheit 20 (1965), Heft 6, S. 133-144, S. 134.

1206 Kedrow: Lenin über das Verhältnis von Wissenschaft und Technik, in: Einheit 25 (1970), Heft 4, S. 461-471, S. 469.



wurde durch die Automatisierung zunehmend komplexer und damit waren auch neue Mittel und Wege notwendig, mit dieser Komplexität umzugehen. Der Zusammenhang zwischen Wissenschaft und anderen Bereichen der Gesellschaft wurde als Vergesellschaftungsprozess beschrieben. Die Aufhebung der Trennung zwischen Wissen- und Warenproduktion führte dazu, dass eine effektive Leitung der Bereiche Wissenschaft und Produktion nur dann gegeben sein konnte, wenn die Eigenheiten des jeweiligen Bereichs auch bei der Planung und Leitung berücksichtigt würden. Die Wissenschaft musste bei der Forschung die Erfordernisse der Produktion beachten und vice versa.

„Der Vergesellschaftungsprozeß bewirkt, daß die Probleme der Leitung der sozialistischen Großproduktion und der Leitung der Wissenschaft mehr und mehr zu einer Einheit verschmelzen. [...] Zugleich wächst mit dem Vergesellschaftungsprozeß die Bedeutung solcher Methoden, die komplexe und komplizierte Prozesse besser überschaubar und erfaßbar machen. Dazu gehören besonders die elektronische Datenverarbeitungstechnik, die Kybernetik, die Heuristik sowie ökonomisch-mathematische Modelle.“<sup>1207</sup>

Im Zuge der sich vollziehenden Modernisierungsprozesse galt es deswegen, dieser Problematik Beachtung zu schenken und auch auf der Ebene der Planung neue Methoden zu verwenden. Prädestiniert hierfür waren die Konzepte der Kybernetik und ihrer Subdisziplinen (Datenverarbeitung, Modellbildung, Automatisierung etc.), weil sie vom eigentlichen Gegenstand abstrahierten und durch Komplexitätsreduktionen auf beide Sphären anwendbar waren. Kybernetische Methoden eröffneten durch ihren Abstraktionsgrad damit neue Möglichkeiten der Planung und Regulation von Wissenschaft und Wirtschaft.

Mit der Erhebung der Wissenschaft zur Produktivkraft hatte die Wissenschaft eine neue Stufe erreicht, die sie selbst, aber auch die Gesellschaft veränderte. Denn mit dem Anstieg und der Veränderung des Wissens veränderte sich auch seine soziale Funktion. Mit der Wandlung des Anwendungsbereichs des Wissens und damit einhergehenden neuen Formen der Produktionsweise wandelte sich auch das Menschenbild. Der Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, der immer wieder Thema der marxistisch-leninistischen Debatten war, war in der Auflösung begriffen, da die Automatisierung andere Tätigkeiten der Arbeiter erforderte als herkömmliche Produktionstechniken.

„Der Mensch wird zum wahren Gestalter und Beherrscher einer modernen, hochleistungsfähigen Maschinenwelt. [...] Die Organisationsformen und Leitungsmethoden beruhen mehr und mehr auf modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen, besonders auf denen der Kybernetik, der Informationstheorie und der Psychologie.“<sup>1208</sup>

Vor allem der weitreichende Geltungsanspruch der Kybernetik war es, der sich von den anderen neuen Wissenschaftszweigen wie Kosmonautik oder Bionik unterschied und mehr als in anderen Bereichen den Wunsch nach philosophischer Reflexion hervorrief.

---

1207 Heuer/Schulz: Lenin und die wissenschaftliche Leitung der sozialistischen Gesellschaft, in: Einheit 25 (1970), Heft 5, S. 672-676, S. 674.

1208 Teßmann: Technische Revolution und Sozialismus, in: Einheit 20 (1965), Heft 2 + 4, S. 15-22, S. 36-42, S. 15.

„Die philosophische Analyse der Kybernetik ist für die Meisterung der technischen Revolution von entscheidender Bedeutung. [...] Die Informationstheorie, die Theorie der Automaten und andere theoretische Disziplinen der Kybernetik besitzen eine große Bedeutung für die Ausarbeitung und Vertiefung der Widerspiegelungstheorie, für die Klärung des Wesens der Widerspiegelung als Eigenschaft der gesamten Materie, für die Analyse der Formen und des Niveaus der Widerspiegelung in der lebenden Natur usw. Die kybernetische Modellierung der Gesetzmäßigkeiten des Erkenntnisprozesses gestattet es, in der Erforschung der Gesetzmäßigkeiten der Erkenntnis einen großen Schritt voran zu kommen. Andererseits benötigt die Kybernetik zu ihrer eigenen philosophischen Begründung die dialektisch-materialistische Erkenntnistheorie und Logik, aber auch den historischen Materialismus, um die sozialen Folgen der Entwicklung der kybernetischen Technik (Automatisierung) und die Rolle der Kybernetik im Prozeß des sozialen Fortschritts zu bestimmen. Zu den philosophischen Fragen der Kybernetik gehören die erkenntnistheoretischen und logischen Probleme, die mit der Erforschung der grundlegenden Thesen sowie den Ausgangsbegriffen der Kybernetik verbunden sind.“<sup>1209</sup>

Bezogen auf die philosophische Deutung der Kybernetik wird angesichts des vorliegenden Zitats einmal mehr deutlich, welche Wirkungsmacht die Ansichten von Georg Klaus über den Zusammenhang von Kybernetik und Dialektik die er in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* entwickelt, aber auch in der *Einheit* vertreten hatte, in der DDR entfaltet hatten. Bei obenstehendem Zitat handelt es sich um Thesen zum Philosophischen Kongress der DDR im Jahr 1965, der unter der Überschrift „Die marxistisch-leninistische Theorie und die technische Revolution“ stattfinden sollte. Für den Text verantwortlich zeichnete die gesamte Sektion für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften und damit die wichtigste philosophische Forschungsinstitution in der DDR. Die Kybernetik hatte damit für die philosophische Forschung einen herausragenden Status erreicht, der sich aus der ihr im Kontext der wissenschaftlich-technischen Revolution zugewiesenen Rolle ergab. Die einst gegen sie vorgetragenen ideologischen Vorbehalte waren durch den Verweis auf ihren dialektischen Gehalt obsolet geworden.

In der Debatte über den Stellenwert der Kybernetik für die sich vollziehenden Veränderungen im Bereich der Wissenschaft sollte sich aber noch ein weiterer Gesichtspunkt als relevant erweisen. Hierbei handelte es sich um die systemtheoretische Komponente der Kybernetik. Mit der Einführung des Systembegriffs durch die Kybernetik erlebte die systemtheoretische Interpretation der Gesellschaft einen Aufschwung, der auch im Nachhall der Hochphase des kybernetischen Denkens in den 1960er Jahren nicht an Relevanz verlor. Die Interpretation der Gesellschaft als System mit unterschiedlichen Teilsystemen, die strukturell miteinander verbunden waren, war in den Veröffentlichungen zur Stellung der Wissenschaft in der modernen Gesellschaft bereits angelegt. Für die Analyse der Zusammenhänge zwischen den gesellschaftlichen Teilbereichen bot die Systemtheorie vor allem einen methodischen Zugang. Der mit der Kybernetik aufgebrachte Begriff der Rückkopplung

---

1209 Sektion Philosophie bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften: Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution. Thesen zum Philosophischen Kongress im April 1965, in: *Einheit* 20 (1965), Heft 6, S. 133-144, S. 136f.

erwies sich als geeignet, das Zusammenspiel zwischen Natur und Gesellschaft zu beschreiben und zu interpretieren. Dies führte dazu, dass der systemtheoretische Aspekt der Kybernetik auch nach der erneuten Ablehnung der Kybernetik in den beginnenden 1970er Jahren weiter diskutiert wurde.

Dieser Wandel im Denkstil deutete sich in den späten 1960er Jahren bereits an, da der Verweis auf den systemtheoretischen Gehalt der Kybernetik stärker in den Vordergrund rückte, wenn Wolfgang Eichhorn I in einer Veröffentlichung zu Wissenschaft und Sozialismus etwa schreibt:

„Es ist beispielsweise außerordentlich wichtig, daß sich heute Wissenschaftsdisziplinen mit stark ausgeprägtem integrativem Charakter entwickeln, die sowohl naturwissenschaftliche Aspekte und Aspekte der Strukturwissenschaften als auch gesellschaftswissenschaftliche Aspekte vereinen (ökonomische Kybernetik, Ingenieurökonomie und -psychologie, Wissenschaftstheorie). [...] Natur und Gesellschaft können heute nur sehr bedingt voneinander unterschieden werden. Die Gesellschaft kann sich nur auf der Grundlage der produktiven Wechselwirkung mit der Natur entwickeln. Diese Wechselwirkung wird heute in steigendem Maße durch die moderne Naturwissenschaft und ihre technologische Nutzung geprägt. Das wird immer größere Bedeutung für alle Systembeziehungen und für die Dynamik des gesellschaftlichen Lebens gewinnen.“<sup>1210</sup>

Und auch auf einer Tagung des Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED und des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED im März 1970 ist der Wandel von der Kybernetik hin zur Systemtheorie präsent.

„Grundlage der Diskussion bildeten Thesen, die den Teilnehmern vorlagen. Darin ging es vor allem um die Bedeutung der Leninschen Lehre von der wissenschaftlichen Leitung der sozialistischen Gesellschaft, um deren Systemcharakter und die neue Qualität des Vergesellschaftungsprozesses, um die schöpferische Anwendung der Leninschen Prinzipien von der Leitung der Gesellschaft und die Wechselbeziehungen zwischen den Teilsystemen im entwickelten sozialistischen Gesellschaftssystem.“<sup>1211</sup>

Allerdings muss konstatiert werden, dass mit der Hinwendung zur Systemtheorie eine Schwerpunktverschiebung einherging: Während zuvor noch der Zusammenhang zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften im Zentrum der Auseinandersetzungen stand, erfolgte mit der Konzentration auf Systemtheorie eine Fokusverschiebung hin zu vor allem gesellschaftswissenschaftlichen bzw. soziologischen Fragestellungen.

### 5.3.2.5 Bilanz der Rezeption systemischen Denkens in der *Einheit*

Das systemische Denken – so lässt die Analyse der in der *Einheit* erschienenen Artikel schlussfolgern – war in der DDR Bestandteil eines Modernisierungsdiskurses, der sich auf weite Teile der Gesellschaft bezog. Dies soll im Folgenden ausgeführt werden, um anhand der Rezeption des systemischen Denkens in der SED-Zeitschrift das damit einhergehende

---

1210 Eichhorn I: Wissenschaft und Sozialismus, in: *Einheit* 24 (1969), Heft 8, S. 913-923, S. 920f.

1211 Heuer/Schulz: Lenin und die wissenschaftliche Leitung der sozialistischen Gesellschaft, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 5, S. 672-676, S. 672.

Verhältnis von Wissenschaft und Politik zu rekonstruieren. Anders als in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* setzte der Diskurs über das systemische Denken nicht zunächst zaghaft ein, um sich dann zu entfalten, sondern erst 1961 – und damit in der zweiten Phase der Etablierung des systemischen Denkstils – erfuhr die Kybernetik-Rezeption einen plötzlichen Aufschwung. Anstoß hierfür war die skizzierte Beratung der *Einheit* im April 1961, auf der Georg Klaus Thesen zur Kybernetik präsentiert hatte. Signifikant hieran ist, dass es sich offensichtlich um eine *politisch gewollte* und sogar *seitens der Politik vorangetriebene* Entwicklung handelte, die nur verständlich ist, wenn man die gesteigerte Bedeutung, die der Wissenschaft in der sozialistischen Gesellschaft zugesprochen wurde, berücksichtigt (vgl. hierzu Kapitel 4.2 dieser Arbeit). Die Erhebung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft machte es erforderlich, sich mit neuen Zweigen der Wissenschaft auseinanderzusetzen. Die Kybernetik profitierte hiervon, indem sie – nicht zuletzt durch die skizzierte Form der politischen Protegierung – zu einer Schlüsseldisziplin erhoben wurde. Gleichwohl, auch das zeigte die genannte Tagung der *Einheit*, war dafür die Verbindung von Kybernetik mit dem Wissenschaftsverständnis der SED notwendig, d.h., die Verbindung von dialektischem Materialismus und Kybernetik, wie Klaus sie vorgenommen hatte. Hierbei handelte es sich – überspitzt formuliert – um die Bedingung der Möglichkeit für die Kybernetik-Rezeption.

Einmal etabliert, fand sich der kybernetische Denkstil seit Mitte der 1960er Jahre in zahlreichen Publikationen wieder. Und auch hier weist die Auseinandersetzung Charakteristika auf, die den Modernisierungsbemühungen der SED zuzurechnen sind. So hoben die meisten Autorinnen und Autoren auf die Anwendbarkeit der Ergebnisse kybernetischer Forschung ab: Nicht nur die Einführung von Automatisierung und Datenverarbeitung als Mittel der Steuerung wirtschaftlicher Prozesse wurde in diesem Zusammenhang betont, sondern auch die Bedeutung von Kybernetik und Systemtheorie für die Führungs- und Leitungstätigkeit der Partei. Der systemische Denkstil wurde dabei verbunden mit den Anspruch der SED, Politik auf wissenschaftlicher Basis zu betreiben; die Systemtheorie und mit ihr einhergehende Methoden boten Möglichkeiten der Verwissenschaftlichung von Leitungsprozessen.

Kybernetik und Systemtheorie wurden damit gleichermaßen zum Ausdruck und Mittel des sozialistischen Wegs in die Wissensgesellschaft, standen sie doch auf der einen Seite für die Auseinandersetzung mit neuen wissenschaftlichen Theorien zur Steigerung der Produktivkraft Wissenschaft, während sie auf der anderen Seite, und das zeigen die Publikationen ab Mitte der 1960er Jahre, als Instrument für die Modernisierung und Optimierung von Führungs- und Leitungstätigkeiten angesehen wurde.

Dabei ist es schwierig, Kybernetik und Systemtheorie voneinander zu trennen, da sie – zumindest das Verhältnis von Wissenschaft und Politik betreffend – im systemischen Denkstil aufgehen und sich gegenseitig bedingen. Die Etablierung des systemischen Denkens beschränkte sich – auch das hat die Analyse gezeigt – nämlich nicht auf die Kybernetik, sondern ging darüber hinaus. Aus Perspektive der Wissenschaft stellte die Systemtheorie in erster Linie eine Subdisziplin der Kybernetik dar oder beide wurden mehr oder weniger gleichgesetzt. Anders in den politischen Erörterungen: Dort hoben die meisten Autoren auf die Anwendungsaspekte der Kybernetik – besonders im Bereich Automatisierung und Datenverarbeitung – ab, während die Systemtheorie zum Mittel der Gesellschaftsbeschreibung wurde und in diesem Sinne die marxistisch-leninistische Theorie ergänzte beziehungsweise modernisierte.

Vor allem die Interpretation der Gesellschaft als System, bestehend aus unterschiedlichen Subsystemen, mag aus heutiger Sicht als Allgemeinplatz und wenig innovativ gelten, für die DDR jedoch stellte diese Sichtweise eine Neuerung da. Im Zuge der Modernisierung von Wissenschaft und Wirtschaft bedeutete dies, den jeweiligen Teilbereichen eine gewisse Eigenständigkeit zuzubilligen, oder, anders ausgedrückt, dass „die Eigenlogiken einiger Subsysteme partiell wieder zugelassen wurden.“<sup>1212</sup> Dass sich diese Entwicklung nicht widerstandslos vollzog, zeigt die mit den Reformen des NÖSPL einhergehende Debatte um die Selbstregulation der Ökonomie und ihre argumentative Einbindung in das ökonomische System des Sozialismus.

Doch die Einbindung des systemischen Denkens in Wissenschaft und Politik ging in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren sogar noch einen Schritt weiter: Die aufkommende Forderung einer marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft, die auf den Methoden von Systemtheorie und Kybernetik basieren sollte, implizierte die Steuerung des „Gesamtsystems DDR“. Nicht zuletzt dieses Übergreifen des systemischen Denkstils in die Kernkompetenz der Partei, nämlich die Leitung der Gesellschaft, wurde dem Systemdenken zum Verhängnis. Im Folgenden soll eine Bilanz der Entwicklung des systemischen Denkens zur wissenschaftlichen Tatsache in *Einheit* und *Deutscher Zeitschrift für Philosophie* gezogen werden sowie die (politischen) Gründe für die Abkehr von diesem Denkstil benannt werden.

### **5.3.3 Politisch opportune Wissenschaft oder „Begriffsgeklingel“? Die Etablierung des systemischen Denkstils in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* und der *Einheit***

---

1212 Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft 1992, S. 26.

Wie wurde der systemische Denkstil in der DDR zur wissenschaftlichen Tatsache? Wie vollzog sich seine „Popularisierung“? Und was sind die Gemeinsamkeiten und Differenzen des systemischen Denkens in der Fachwissenschaft und in der Politik? Um diese Fragen zu beantworten, sollen die unterschiedlichen Stränge der Denkstilentwicklung in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* und der *Einheit* nun miteinander verglichen werden.

Anders als die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* war die *Einheit* keine fachwissenschaftliche Zeitschrift, in der neue Forschungsergebnisse präsentiert und diskutiert wurden, sondern sie diente in erster Linie Informationszwecken; die Parteimitglieder sollten mittels der *Einheit* über wissenschaftliche Entwicklungen und den Standpunkt der Partei zu diesen Entwicklungen unterrichtet werden. Für die Denkstilanalyse bedeutet das, dass der Status der Artikel nicht mit der Art von Zeitschriftenwissenschaft gleichzusetzen ist, den Ludwik Fleck in seinen wissenschaftstheoretischen Ausführungen in *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache* beschrieb. Ein in der *Einheit* veröffentlichter Artikel zum systemischen Denken stellte mithin keinen Beitrag zur Entstehung neuer wissenschaftlicher Tatsachen dar, sondern diente der Information über eben diese sowie ihrer Popularisierung – es greift die Flecksche Unterscheidung in fachmännisches (*DZfPh*) und populäres (*Einheit*) Wissen. Dies hat zur Folge, dass die Artikel in der *Einheit* in erster Linie dem exoterischen denn dem esoterischen Kreis der Denkkollektive zuzuordnen sind, wengleich diese Begriffe im Zusammenhang mit der Denkstilanalyse nicht statisch verstanden werden dürfen, da auch Mitglieder der esoterischen Denkkollektive wie beispielsweise Georg Klaus in ihrer Funktion als etablierte DDR-Wissenschaftler Artikel für die *Einheit* verfassten. Viele der in der *Einheit* veröffentlichten Artikel stammten aber auch von Autoren, die zwar eine philosophische Ausbildung bei Georg Klaus oder anderen wichtigen Protagonisten der Kybernetik-Rezeption in der DDR erhalten haben, in der Zwischenzeit aber beruflich als Kybernetik-Experten für die Politik fungierten (so etwa Rainer Thiel, der zunächst an der Humboldt-Universität tätig, ab 1967 aber beim Ministerium für Wissenschaft und Technik angestellt war oder der spätere Leiter der Kommission ‚Kybernetik‘ beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Klaus-Dieter Wüstneck).

Die anhand der Denkstilanalyse der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* herausgearbeiteten Phasen der Rezeption systemischen Denkens in der DDR (vgl. Kapitel 5.3.1 dieser Arbeit) lassen sich – mit einigen Abstrichen – auf die Herausbildung des systemischen Denkstils in der *Einheit* übertragen. Diese Beobachtung ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass damit nahezu eine Gleichzeitigkeit von der Herausbildung des Denkstils und seiner Popularisierung konstatiert werden muss. In Fleckschen Kategorien ausgedrückt bedeutet dies, dass die drei unterschiedlichen Arten der Kommunikation einer wissenschaftlichen Tatsache (Legitimierung, Information und Popularisierung) zeitlich nahezu zusammenfie-

len und bereits im Stadium der Zeitschriftenwissenschaft ihren Weg in die exoterischen Denkkollektive fand.

Gleichwohl unterscheidet sich die Art und Weise der Kommunikation des Denkstils in beiden Zeitschriften und lässt sich – vereinfachend gesagt – derart beschreiben, dass die Artikel in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* im klassischen Fleckschen Sinne der Entwicklung neuer wissenschaftlicher Tatsachen dienten, während die *Einheit* in ihren Veröffentlichungen auf den praktischen, gesellschaftlichen Nutzen der neuen Art des Systemdenkens verwies und diesen hervorhob. Definitionsversuche und Verortungen der neuen Disziplin im Gefüge des Wissenschaften waren nur selten Gegenstand der Auseinandersetzung, theoretische Erläuterungen dessen, was unter Kybernetik zu verstehen sei, fanden sich in der *Einheit* kaum. Viel häufiger als in der *DZfPh* sind hingegen Artikel veröffentlicht worden, die die Frage nach dem Verhältnis von Kybernetik und Ökonomie, Kybernetik und Leitungstätigkeit oder Kybernetik und (Partei-)Politik zum Gegenstand hatten. Dies war zwar einerseits der Stoßrichtung der Zeitschrift geschuldet, könnte aber andererseits auch als Beleg für die wichtige Modernisierungsfunktion, die das systemische Denken für die SED in den 1960er Jahren hatte, gelesen werden. Darüber hinaus dokumentieren die Veröffentlichungen in der *Einheit* einmal mehr das für den Sozialismus charakteristische Zusammenspiel von Ideologie, Politik und Ökonomie, indem die genannten Bereiche häufig gemeinsam behandelt wurden.<sup>1213</sup>

Auffällig an der Rezeption des systemischen Denkens in der *Einheit* ist, dass sich – anders als in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* – bis auf die Ausnahmen des Textes von Klaus-Dieter Wüstneck keine Texte finden, die Definitionen der Kybernetik vornehmen; vielmehr wurde der in der Fachwissenschaft entwickelte Denkstil in den Artikeln der *Einheit* als bekannt vorausgesetzt. Der Begriff ‚Kybernetik‘ fungierte oft als Schlagwort, welches seitens der Politik bereitwillig aufgegriffen und vor allem im Zusammenhang mit möglichen Anwendungsbereichen genannt wurde. Dabei sticht vor allem der Bereich der sozialistischen Ökonomie heraus. Die Artikel, die das neue ökonomische System zu Gegenstand haben, verweisen fast alle auf die Kybernetik. Sie galt als Mittel der Regulation wirtschaftlicher Entwicklungen und die in der *Einheit* geführten ökonomischen Debatten dokumentieren, wie das kybernetische Denken den Ausgangspunkt für eine systemtheoretische Gesellschaftsinterpretation darstellte.

Im Gegensatz dazu wurde der Systembegriff in beiden Zeitschriften und mit Bezug auf Marx zunächst unproblematisch verwendet. Unter „System“ wurde dabei ein geordnetes Ganzes verstanden, allerdings unterschied sich die Semantik der Begriffsverwendung von

---

1213 Beispielsweise Herold/Thieler: Über das Verhältnis von Ökonomie und Politik bei der Leitung unsere sozialistischen Aufbaus, in: *Einheit* 14 (1959), Heft 1, S. S. 67-77.

der Marx'schen Verwendung dahingehend, dass die Strukturzusammenhänge von Systemen in den Fokus der Auseinandersetzung gerieten. Dies dokumentieren vor allem die Artikel zum NÖSPL. In den frühen Veröffentlichungen zur Wirtschaftsreform wird nämlich nicht auf die Rolle der Kybernetik abgehoben, dafür aber der Systembegriff nahezu inflationär verwendet. Diese Beobachtung muss somit auch als mitursächlich für die erneute Abkehr vom systemischen Denken seit den ausgehenden 1960er Jahren gelten: Vor allem die mit der Systemtheorie verbundene Idee der Selbstregulation von Systemen war mit der sozialistischen Planwirtschaft nicht vereinbar und führte schließlich zu einer politischen Umorientierung auf dem VIII. Parteitag, die auch dazu führte, dass der Systembegriff aus der politischen Sprache verschwand.<sup>1214</sup> Kurt Hager drückte die Abkehr vom Systembegriff dabei folgendermaßen aus:

„Wir können andererseits auch die Tatsache nicht übersehen, daß die Bezeichnung ‚entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus‘ in der Praxis besonders auf dem Gebiet der Ökonomie oft dazu führte, daß der klare Sinn und Inhalt unserer Politik schließlich unter einem Wust von aus der Systemtheorie entlehnten Begriffen verschwand. [...] Wir dürfen nicht zulassen, daß das Wesen des Sozialismus und der Sinn unseres Handelns verschleiert werden.“<sup>1215</sup>

Der Bezug auf das systemische Denken erfüllte somit in beiden Zeitschriften eine unterschiedliche Funktion: Während es in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* als Mittel der Reflexion auf Gesellschaft thematisiert wurde, standen in der *Einheit* eindeutig die Anwendungsaspekte des systemischen Denkens im Vordergrund (beispielsweise in Form der elektronischen Datenverarbeitung, der Automatisierung oder als Methode zur Regulation der Ökonomie). Die Abkehr vom systemischen Denken, so lässt sich bilanzieren, war eine politische; die fachwissenschaftliche Debatte um die Bedeutung des systemischen Denkens und den Stellenwert der Strukturwissenschaften aber ging weiter und führte nicht zuletzt zum Konzept der „Wissenschaftswissenschaft“. Dieser in den frühen 1970er Jahren entstehende Zweig der Philosophie basierte dabei auf einer Kombination der marxistisch-leninistischen Philosophie, dem systemischen Denken und dem Wissen um die Rolle der Produktivkraft Wissenschaft und die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Hierbei handelte es sich um eine genuine Leistung der DDR-Philosophie zur Wissenschaftsforschung, die auch im Westen Beachtung fand.

---

1214 Seliger, Kurt: The demolition of Ulbricht, online unter <http://www.osaarchivum.org/files/holdings/300/8/3/text/98-5-270.shtml>, letzter Abruf: 6. Oktober 2010  
1215 Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft 1972, S. 26.



## 6. Ausblick: Die Gründung des Instituts für Wissenschaftstheorie und -organisation

Politisch hatte die Kybernetik-Welle ihren Zenit zu Beginn der 1970er Jahre überschritten: Mit ähnlichem Überschwang, wie sie in den frühen 1960er Jahren seitens der Politik begrüßt worden war, um wirtschaftliche Reformen zu begründen und die Steuerung der Gesellschaft voran zu treiben, spielte man ihren Stellenwert nun hinunter. Den Wendepunkt in der politischen Bewertung der Kybernetik stellten das zehnte Plenum des Zentralkomitees der SED und die dort gehaltene Rede Kurt Hagers dar, die zu persönlichen Angriffen gegen Heinz Liebscher geführt hatte. In seinem Buch „Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED“<sup>1216</sup> – 1971 in der Erstauflage erschienen – führte Hager die Einwände gegen die Kybernetik weiter aus und argumentierte, dass vor allem die inflationäre Verwendung des Systembegriffs, die er als „Missbrauch“ charakterisierte, dazu führe, die politische Linie der Partei zu verschleiern. Er setzte sich deswegen dafür ein, der Verwendung des Systembegriffs zur Beschreibung von Politik und Gesellschaft Einhalt zu gebieten, damit der Inhalt der Politik nicht unter „einem Wust von aus der Systemtheorie entlehnten Begriffen“<sup>1217</sup> verschwinde. Diese mehr als deutliche politische Absage an den systemischen Denkstil ging mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker einher. Bezogen auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik stellt sich jedoch die Frage, welche Konsequenzen der politische Kurswechsel für die Wissenschaft hatte: Lässt sich der politische Bedeutungsverlust des systemischen Denkstils auf das Wissenschaftssystem übertragen? Ich habe mich in der vorliegenden Studie bei meiner Darstellung auf die Zeit bis etwa 1971 konzentriert, was vor allem dem Fokus auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR und dem mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker einhergehenden politischen Bedeutungsverlust des systemischen Denkens geschuldet ist. Doch im Folgenden möchte ich eine Rezeptionsrichtung des systemischen Denkstils in der DDR noch etwas weiter verfolgen, um anzudeuten, welche Impulse die Wissenschaft auch in den 1970er Jahren noch aus dem systemischen Denken bezog. Anhand des Beispiels der sich etablierenden Wissenschaftsforschung möchte ich darlegen, dass der politische Richtungswechsel keineswegs gleichbedeutend mit einem auch für die Wissenschaft zu konstatierendem Bedeutungsverlust des systemischen Denkens war. Vielmehr stellt sie ein Beispiel dafür dar, wie das systemische Denken auch nach dem parteioffiziellen Bedeutungsverlust von Kybernetik und Systemtheorie rezipiert wurde. Doch die DDR-Wissenschaftsforschung ist nicht nur wegen ihrer Bezüge zum systemischen Denkstil und Denkkollektiv interessant, sondern auch, weil sie

---

1216 Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, 2. Aufl. 1972.

1217 Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, 2. Aufl. 1972, S. 26.

den Anspruch verfolgte, die bereits in den ausgehenden 1950er Jahren ins Wissenschaftsverständnis der SED integrierten Paradigmen der Produktivkraft Wissenschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution theoretisch zu reflektieren. Im Rahmen der Wissenschaftswissenschaften wurden in der DDR theoretisch-methodische Ansätze entwickelt, die Wissenschaftsentwicklung zu erforschen. Der von ihr entwickelte Denkstil resultiert somit nicht nur aus Bezügen auf das SED-Wissenschaftsverständnis und den systemischen Denkstil, sondern sie diente zugleich der theoretischen Reflexion dessen, was längst Bestandteil der SED-Politik war. Dabei entwickelte sie sich in etwa zeitgleich mit der westdeutschen Wissenschaftsforschung.

Eine kursorische Betrachtung der Wissenschaftsentwicklung nach 1971 zeigt, dass die Ablehnung des systemischen Denkens und insbesondere des Systembegriffs ein in erster Linie politisches Phänomen war, welches sich in der Wissenschaft selbst nur bedingt wiederfindet. Vielmehr lässt sich beobachten, dass das systemische Denken noch bis weit in die 1970er und 1980er Jahre hinein wichtige wissenschaftliche Impulse lieferte. Dies betraf verschiedene Bereiche der Wissenschaft: Nicht nur bestand weiterhin die Kommission für Kybernetik beim Forschungsrat (vgl. dazu Kapitel 5.2), sondern auch an den verschiedenen Forschungsinstitutionen wurden auch über den Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker hinaus Forschungsprojekte gefördert, in denen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem systemischen Denken befassten. Hierzu zählen etwa der von Camilla Warnke geleitete Bereich ‚Dialektik und Systemdenken‘<sup>1218</sup> am Zentralinstitut für Philosophie der DAW<sup>1219</sup>, das im Bereich ‚Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung‘ der DAW angesiedelte Habilitationsprojekt von Heinz Liebscher mit dem Titel ‚Spieltheoretische Modellbildungen‘<sup>1220</sup> oder die Forschergruppe ‚Anwendung der Kybernetik bei der Planung und Leitung der Bewusstseinsprozesse‘<sup>1221</sup>, angesiedelt am Lehrstuhl Philosophie des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Darüber hinaus wurde seitens der Akademie der Wissenschaften das Engagement von DDR-Wissenschaftlern beim 1972 gegründeten ‚Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse‘ (IIASA) mit Sitz in Laxenburg (Österreich) gefördert. Die Koordinierung der DDR-Tätigkeiten beim IIASA übernahm das beim Präsidenten der Akademie angesiedelte ‚Nationale Komitee für angewandte Systemanalyse‘, später umbenannt in ‚Nationales Büro für angewandte Sy-

---

1218 Archiv der BBAW A 580 (ZI für Philosophie: Vorlage zur Leitungssitzung am 21.12.1976 mit Projektübersicht).

1219 Vgl. dazu auch Heidtmann/Richter/Schnauß/Warnke: Marxistische Gesellschaftsdialektik oder ‚Systemtheorie der Gesellschaft‘? 1977.

1220 Archiv der BBAW A 580 (ZI für Philosophie: Vorlage zur Leitungssitzung am 21.12.1976 mit Projektübersicht). Liebscher gab zudem zusammen mit Manfred Peschel 1987 eine Übersetzung von Birjukov und Geller heraus: Birjukov/Geller: Informatik und Kybernetik in nichttechnischen Prozessen 1987 [Moskau 1973].

1221 BArch DY 30/IV A 2/9.08/46 (Fachrichtung Dialektischer und Historischer Materialismus, Forschungsbericht, 10.1.1970).

stemanalyse'.<sup>1222</sup> Und noch im Jahr 1988 legte Winfried Schenk an der Universität Jena eine Dissertation mit dem Titel „Das Verhältnis der modernen Systemforschung und der Kategorien der materialistischen Dialektik im Kontext der wissenschaftlich-technischen Revolution – dargestellt an der wissenschaftstheoretischen Verallgemeinerung der organischen Denkweise durch L. von Bertalanffy und der Analyse der Kategorien der Dialektik durch K. Marx“<sup>1223</sup> vor. Angesichts dieser hier nur angedeuteten wissenschaftlichen Aktivitäten, die nicht nur ihren Ursprung im systemischen Denkstil der 1960er Jahre hatten, sondern diesen auch – wenngleich unter veränderten Vorzeichen – weiterführten, kann keineswegs die Rede davon sein, dass das politische Verdikt (Dittmann) gegen die Kybernetik in der Wissenschaft zu einem ähnlich radikalen Kurswechsel führte, wie dieser politisch vollzogen worden war.

Eine Entwicklung ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung: Die Gründung des Instituts für Wissenschaftstheorie und –or-ganisation an der Akademie der Wissenschaften, die im Jahr 1970 erfolgte. Obwohl an dieser Stelle weder die Geschichte des IWTO nachgezeichnet noch ausführlich auf die Entwicklung der Wissenschaftsforschung in der DDR eingegangen werden kann, möchte ich auf die Bedeutung des systemischen Denkstils für die Gründung, aber auch die weitere Arbeit des Instituts eingehen. Bei der DDR-Wissenschaftsforschung handelte es sich um einen Forschungsbereich, der nicht nur vom systemischen Denkstil profitierte, sondern auf seiner Basis auch wissenschaftliche Ergebnisse produzierte, die – im Vergleich zu zahlreichen anderen Wissenschaftsdisziplinen – auch im Westen interessiert beobachtet wurden und sich allein schon aus diesem Grund vom wissenschaftlichen Mainstream der DDR abhoben.

Die institutionelle Etablierung der Wissenschaftsforschung in der DDR basierte auf einem Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 22. Oktober 1968, in dem das Politbüro die Forderung erhob, sich in der DDR intensiver mit dem Zusammenhang von wissenschaftlich-technischer Revolution und Sozialismus zu widmen. 1969 berief die Abteilung Wissenschaft des ZK der SED eine Beratung ein, um die Gründung eines Instituts für Wissenschaftsforschung voran zu treiben; die Rekrutierung von Personal begann.<sup>1224</sup> Doch zunächst stieß die Institutsgründung noch auf Widerstände seitens der Politik. Auf einer Staatsratssitzung im März 1970 wandte Ulbricht ein, dass ein solches, theoretisch ausgerichtetes Institut angesichts der Akademie für marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft (AMLO), die 1969 in Wuhlheide gegründet worden war und ein politisches Prestigeobjekt darstellte, unnötig erscheine. Die AMLO diene jedoch in erster Linie der Aus-

---

1222 BBAW VA 5910 und A 108 (Nationales Komitee für angewandte Systemanalyse, Büro für angewandte Systemanalyse).

1223 Schenk: *Moderne Systemforschung* 1988.

1224 Laitko: *Institutionalisierung*, in: Genov/Kreckel (Hg.): *Soziologische Zeitgeschichte* 2007, S. 111-147, S. 116.

bildung von Wirtschaftskadern und nicht der theoretischen Reflexion der Wissenschaftsentwicklung; damit unterschied sich maßgeblich von Ausrichtung des geplanten Instituts.<sup>1225</sup> Die AMLO blieb jedoch eine „kurzlebige Episode“, die auf den „Wissenschaftsbetrieb der DDR keinerlei Wirkung“ ausgeübt hatte.<sup>1226</sup>

1970 kam es schließlich zur Gründung des ‚Instituts für Wissenschaftstheorie und -organisation‘ (IWTO), welches 1976 um den von Hubert Laitko geleiteten Bereich Wissenschaftsgeschichte erweitert wurde und fortan ‚Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft‘ hieß.<sup>1227</sup> Offizielles Gründungsdatum des IWTO war der 1. Juni 1970, der Prozess der Gründung dauerte jedoch noch an, da der damalige Minister für Wissenschaft und Technik Herbert Weiz seine Zustimmung noch nicht erteilt hatte. Diese erfolgte erst im September: Am 21. Oktober 1970 erließ der Präsident der Akademie Herman Klare schließlich die Gründungsanweisung des Instituts, welches im Bereich Gesellschaftswissenschaften der Akademie angesiedelt werden sollte. Die Verzögerung der Gründung, so Hubert Laitko, dokumentiere dabei ein „hartnäckiges Tauziehen hinter den Kulissen um die Orientierung des neuen Instituts“, wobei sich jedoch die Anhänger einer theoretischen Ausrichtung schließlich durchgesetzt hatten.<sup>1228</sup>

Damit hatte sich ein Orientierungswechsel vollzogen: Die Wissenschaftswissenschaft sollte durch eine interdisziplinäre Ausrichtung zur Einheit der Wissenschaft beitragen. Dieser Orientierungswechsel führte so auch zur Absetzung der 1957 gegründeten und von Heinz Müller geleiteten Arbeitsgruppe Wissenschaftsorganisation, die bei der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute angesiedelt war.<sup>1229</sup> Bei der Gründung des IWTO stand der Gedanke im Vordergrund, ein akademisches Forschungsinstitut mit theoretischer Ausrichtung zu etablieren:

„Die Mitarbeiter waren durchaus der Überzeugung [...], dass ihre Arbeit darauf hinauslaufen sollte, über wohlbegründete Organisations- und Politikberatung der Gestaltung des Wissenschaftsbetriebes in der DDR zu nützen; aber es war zugleich Credo des neuen Instituts, dass nichttriviale Empfehlungen für die Wissenschaftspraxis nur aus theoriegeleiteter Forschung hervorgehen könnten und eine bloß pragmatische Kompatibilität praktischer Erfahrung dafür auf Dauer nicht ausreichen würde. Dieser Orientierungswechsel bildete den Hintergrund des Institutionenwechsels.“<sup>1230</sup>

Dies dokumentiert auch die Entscheidung, Günter Kröber als Leiter des geplanten Instituts einzusetzen: Er war ursprünglich kein genuiner Wissenschaftsforscher, sondern Mathematiker und Philosoph, der in erster Linie theoretisch arbeitete. Zu seinem Stellvertreter wurde

1225 Kröber: Wissenschaftsforschung, in: Utopie kreativ 89 (1998), S. 27-38, S. 32f. Zur Gründung und Ausrichtung der AMLO vgl. auch Thiel: Neugier – Liebe – Revolution 2010, S. 178ff. Einen Überblick über den praxisorientierten und industrienahen Zweig der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft bietet Metzler: Stellenwert der Kybernetik, in: Dittmann/Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 417-432.

1226 Laitko: Institutionalisierung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-147, S. 126.

1227 Kröber: Wissenschaftsforschung, in: Utopie kreativ 89 (1998), S. 27-38, S. 34.

1228 Laitko: Institutionalisierung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-147, S. 123f.

1229 Laitko: Institutionalisierung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-147, S. 119f.

1230 Laitko: Institutionalisierung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-147, S. 119.

Klaus Dieter Wüstneck ernannt,<sup>1231</sup> der nicht nur als Mitarbeiter im Ministerium Hoch- und Fachschulwesen als Leiter der Kommission für Kybernetik tätig gewesen war, sondern auch in der Kommission des Forschungsrates mitgearbeitet hatte.

Im Verlauf des Gründungsprozesses etablierte der Akademiepräsident eine Kommission, die unter der Leitung von Günter Kröber für das Präsidium der Deutschen Akademie der Wissenschaften eine Studie mit dem Titel „Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft“ erarbeiten sollte. Die Studie sollte im November 1970 in der Arbeitsgruppe Wissenschaftsorganisation beim Ministerrat, die von Minister Herbert Weiz geleitet wurde, diskutiert werden. Laitko interpretiert den Auftrag, besagte Studie zu erstellen, als eine „Prüfungsaufgabe für das IWTO“<sup>1232</sup>, wobei es auch um die theoretische Konturierung des Instituts ging. Da Klare die Gründungsanweisung am Tag der Abgabe der Studie unterschrieb und damit Tatsachen schuf, geht Laitko zudem davon aus, dass Klare die Diskussion der Ausrichtung unterbinden bzw. politische Interventionen diesbezüglich verhindern wollte.<sup>1233</sup>

An der Ausarbeitung der Studie waren neben dem Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaften die Akademie der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaften der DDR, die Sektion Wissenschaftstheorie und -organisation der Humboldt-Universität, das Ministerium für Volksbildung, das Institut für Regelungstechnik, das Zentralinstitut für Kybernetik und das Zentralinstitut für Elektronenphysik der DAW beteiligt.<sup>1234</sup> Das Erstellen der Studie erfolgte im Auftrag des Präsidiums der DAW und sollte der Arbeitsgruppe Wissenschaftsorganisation beim Ministerrat vorgelegt werden. Welche Personen neben Kröber an der Ausarbeitung der Studie mitwirkten, lässt sich nicht rekonstruieren.<sup>1235</sup>

Die Studie gliederte sich in drei Abschnitte: Im ersten Abschnitt wurden die „gesellschaftliche[ ] Notwendigkeit der Wissenschaft von der Wissenschaft im Sozialismus“ dargelegt. Abschnitt zwei erläuterte „Gegenstand, Funktion, Struktur und Methode der Wissenschaft von der Wissenschaft und der marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie“

---

1231 Meyer: Ostberliner Wissenschaftsforschung, in: ders. (Hg.): 25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ost-Berlin 1996, S. 5-11, S. 9.

1232 Laitko: Institutionalisierung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-147, S. 119.

1233 Laitko: Institutionalisierung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-147, S. 125.

1234 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970).

1235 Wahrscheinlich ist, dass auch Klaus Dieter Wüstneck daran mitgewirkt hat, da dieser den damaligen Leiter der Kommission für Kybernetik des Forschungsrates um Freistellung von seinen Aufgaben gebeten hat, um sich an der Ausarbeitung eines „Manuskript[s] zu einem Standardwerk auf dem Gebiet der Philosophie, einschließlich der Probleme der Wissenschaft, Wissenschaftsorganisation und Gesellschaftsprognose“ zu beteiligen. Diese Vermutung liegt nahe, weil eine Kopie des Freistellungsgesuchs an Kröber, Völz (Leiter des ZKI) und Thiel (Mitarbeiter im Ministerium für Wissenschaft und Technik) übersandt wurde (Archiv der BBAW Adlh. C 2250 (Brief von Wüstneck an Klix, 5.2.1970)).

und Abschnitt drei skizzierte wichtige Problemkomplexe der Wissenschaftswissenschaft sowie die Adressaten der Forschungsergebnisse.<sup>1236</sup>

Kernaussage des ersten Abschnitts war es, dass Sozialismus und Wissenschaft unmittelbar verknüpft seien, weil der Sozialismus die „erste Gesellschaftsordnung in der Geschichte der Menschheit“ sei, die „als Ganzes planmäßig, nach wissenschaftlichen Prinzipien und in Übereinstimmung mit den vom Marxismus-Leninismus anerkannten Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung errichtet“<sup>1237</sup> werde. Weiter hieß es: „Die Wissenschaft ist integrierter Bestandteil und wichtiger Entwicklungsfaktor des sozialistischen Gesellschaftssystems.“<sup>1238</sup> Diese Aussage wurde in der Folge systemtheoretisch ausgedeutet, indem auf die komplexe Verflechtung der Wissenschaft mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen verwiesen wurde und man auf den Produktivkraftcharakter der Wissenschaft verwies. Explizit erwähnt wurde in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Wissenschaft für Gesellschaftsprognose und die Führungstätigkeit der Partei.<sup>1239</sup> Auffällig ist die zentrale Verwendung des Systembegriffs in der Studie: Die Wissenschaft wurde als gesellschaftliches Teilsystem interpretiert, das sozialistische vom kapitalistischen Gesellschaftssystem abgegrenzt und schließlich der spezifische Charakter der entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus mit seiner Orientierung an gesellschaftlicher Planung und Leitung als Komplexitätsreduktion hervorgehoben. Der zweite Teil der Studie wurde von einer Definition von Wissenschaft eingeleitet, in der diese als

„System gesellschaftlicher Tätigkeiten, die im Rahmen einer gegebenen Gesellschaftsformation auf die Gewinnung, Verarbeitung, Vermittlung und gesellschaftliche Anwendung von Erkenntnissen über Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten der objektiven Realität gerichtet sind“,<sup>1240</sup>

definiert wurde. Diese, eher allgemeine Definition wurde in den weiteren Ausführungen hinsichtlich der ‚sozialistischen Wissenschaft‘ ‚präzisiert‘ beziehungsweise in die übliche Parteisprache übersetzt. Entsprechend umständlich heißt es da:

„Sozialistische Wissenschaft als historische fortgeschrittenster Wissenschaftstyp ist entsprechend das vom Standpunkt der Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei auf der Grundlage der prognostisch bestimmten Erfordernisse der sozialistischen Gesellschaft bewußt und planmäßig gestaltete Systems gesellschaftlicher Erkenntnistätigkeiten, das hinsichtlich seiner Wirkung als unmittelbare Produktivkraft, als Instrument der gesellschaftlichen Führungs- und Leitungstätigkeit und als Mittel der Bildung und Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten unter den Bedingungen der Klassenauseinandersetzungen mit dem imperialistischen System auf höchste gesellschaftliche Ef-

1236 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970).

1237 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 4).

1238 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 4).

1239 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 4ff.).

1240 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 9).

ektivität gerichtet ist. Die sozialistische Wissenschaft ist funktionell und organisatorisch untrennbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und realisiert formationspezifischen Wissensstrategien.“<sup>1241</sup>

An diesen Formulierungen lässt sich ablesen, dass der Systembegriff in Bezug auf die Wissenschaftswissenschaft einen wichtigen Stellenwert einnahm. In der Studie trat zwar die historische Komponente, die den Sozialismus als überlegene Gesellschaftsformation beschrieb und sich damit auf den historischen Materialismus bezog, hinzu, gleichwohl entstammte die Beschreibung der Gesellschaft als System unmittelbar dem systemischen Denken. Deutlicher wird dies noch im folgenden Satz, in dem die Autoren argumentierten, dass die sozialistische Wissenschaft „funktionell und organisatorisch“ [ein] untrennbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses“<sup>1242</sup> sei. Indem hier auf die Funktionalität des Systems Wissenschaft abgehoben wurde und zur Sicherstellung der Funktionalität eine Art ‚Kybernetik zweiter Ordnung‘ – nämlich die Wissenschaftswissenschaft als eine Metatheorie – etabliert wurde, deren Aufgabe die Beobachtung der Funktionsweise von Wissenschaft war, mit dem Ziel, „Erkenntnisse über die Struktur- und Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der Wissenschaft“<sup>1243</sup> zu gewinnen. Hierzu wurde unter anderem auf die Komplexität des Systems Wissenschaft verwiesen, die diese rekursive Schleife notwendig machen würde.

Wissenschaftswissenschaft, so der Tenor des zweiten Teils der Studie, müsse von „integrierenden theoretischen Prinzipien geleitete[ ] interdisziplinäre[ ] Arbeit“ sein und über einen „entwickelten spezifischen Begriffs- und Methodenapparat“ verfügen.<sup>1244</sup> Eine so verstandene Wissenschaftswissenschaft existiere aber bisher nicht, vielmehr sei die Wissenschaft bisher Gegenstand verschiedener Wissenschaftsdisziplinen (Philosophie, Psychologie, Soziologie, Ökonomie, Informationstheorie, Kybernetik, Wissenschaftsrecht und Wissenschaftsgeschichte), was lediglich eine „multidisziplinäre Gesamtheit monodisziplinärer Aktivitäten“ darstelle, weil die genannten Disziplinen nur „unwesentlich miteinander kommunizieren“ und ihnen keine „integrierenden theoretischen Prinzipien“<sup>1245</sup> zu Grunde liegen würden. So forderten die Autoren auch eine Wissenschaftstheorie, die „den komplexen Systemcharakter der sozialistischen Wissenschaft adäquat“ abbilde und welche in „bewusster Abgrenzung von den methodologischen Ansätzen der bürgerlichen Wissen-

---

1241 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970).

1242 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970).

1243 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 10).

1244 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 10).

1245 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 10).

schaftsforschung“<sup>1246</sup> stehen müsse. Die Wissenschaftswissenschaft sei Teil der theoretischen Basis sozialistischer Wissenschaftsorganisation und diene der „optimalen Systemgestaltung“<sup>1247</sup>. Wichtiger Bestandteil dessen sei die „Vergesellschaftung der Wissenschaft, deren Untersuchung zur Schaffung wesentlicher, theoretischer Grundlagen für die Wissenschaftspolitik von Partei und Regierung notwendig ist.“<sup>1248</sup>

Angesichts der hier zitierten Passagen wird deutlich, dass der Systembegriff bei der Formierung der Wissenschaftsforschung in der DDR eine immens wichtige Rolle einnahm. Nicht nur basieren die Definitionen von Wissenschaft und Gesellschaft auf der Annahme, bei der Gesellschaft handle es sich um ein System, das verschiedene Subsysteme wie Wissenschaft und Politik aufweise, sondern auch die Auffassung, dass sich die Systeme durch hohe Komplexität auszeichnen würden und die Kenntnis der Strukturmerkmale der Systeme von wichtiger Bedeutung seien, sind genuin systemtheoretische Auffassungen.

Dass die Aufgabe der Wissenschaftswissenschaft dabei vor allem in der Politikberatung gesehen wurde, legen die als Empfänger der Forschungsergebnisse benannten Institutionen nahe: Als Adressaten der Wissenschaftswissenschaft wurden in der Studie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene das Zentralkomitee, das Politbüro, die Volkskammer und der Ministerrat genannt; Teilsysteme, die von den Ergebnissen der Wissenschaftswissenschaft profitieren sollten, waren Ministerien, zentrale Organisationen, Universitäten, die Akademie der Wissenschaften sowie sonstige wissenschaftliche Einrichtungen.<sup>1249</sup> Im Anhang der Studie wurde zudem ein Forschungsprogramm der Wissenschaftswissenschaft erarbeitet. Hier findet sich unter anderem die Forderung nach der

„Entwicklung einer allgemeinen Systemtheorie, Herausarbeitung geistiger Parallelen zwischen methodisch vergleichbaren Wissenschaften, Herausarbeiten struktureller Gemeinsamkeiten und systemtheoretischer Homomorphien bzw. Isomorphien von Gesetzmäßigkeiten in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft, Herausarbeitung allgemeiner Eigenschaften von Systemen (technischer, lebender und gesellschaftlicher) wie Ganzheit, Organisation, Informationsverarbeitung, multivariable Zusammenhänge und Zielgerichtetheit, Herausarbeitung der mathematisch-logischen Entsprechung des Organisationsprinzips, Entwicklung einer Wissenschaftsmetrik.“<sup>1250</sup>

Bestandteil der Wissenschaftswissenschaft, so ist aus diesem Punkt des Forschungsprogramms zu schlussfolgern, sollte folglich die Präzisierung des systemtheoretischen Gedankens sein. Wenn auch die hier dargestellte Studie allenfalls exemplarisch für die Grundzü-

---

1246 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 11).

1247 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 13).

1248 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 14).

1249 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, S. 22).

1250 Archiv der BBAW 6176 (Gesellschaftliche Notwendigkeit, Probleme und Zielstellungen der Wissenschaft von der Wissenschaft. Studie zur Beratung im Präsidium der DAW, Oktober 1970, Anhang, S. 2f).



ge der Wissenschaftswissenschaft steht, stellt sich gleichwohl ein wichtiges Dokument dar, weil sie die Grundzüge der im Entstehen begriffenen Wissenschaftswissenschaft skizziert, das Verhältnis der Wissenschaftswissenschaft zur Politik beschreibt und wichtige Forschungsfragen der neuen Metadisziplin festhält. Nicht nur die Sprache der Studie mit seiner ausgeprägten Verwendung des Systembegriffs, sondern auch die inhaltliche Ausrichtung dokumentieren dabei, dass Forschungsergebnisse des systemischen Denkens eine wichtige Rolle bei der Konturierung und Ausrichtung der Wissenschaftswissenschaft spielten. Somit griffen die Protagonisten der Wissenschaftswissenschaft auf verschiedene Elemente des systemischen Denkens in den 1960er Jahren, wie etwa den Strukturaspekt, die Frage von Modellbildungen oder ganz allgemein die Auffassung von der Gesellschaft als aus Teilsystemen bestehendes Gesamtsystem, das man mit Hilfe der Kenntnis grundlegender Strukturprozesse steuern könne, zurück. Damit wurden sie zu wichtigen Protagonisten einer explizit gesellschaftswissenschaftlichen Implementierung der Systemtheorie. Ein weiterer Aspekt, der diese Interpretation der Studie stützt, ist, dass Günter Kröber, der wiederum dem Denkkollektiv um Georg Klaus entstammte, als Hauptverfasser der Studie auftrat und darüber hinaus zumindest viel dafür spricht, dass auch Klaus Dieter Wüstneck am Verfassen der Studie beteiligt war. Zudem war auch das Zentralinstitut für Kybernetik an der Ausarbeitung der Studie beteiligt.

Die Institutsgründung waren somit nicht zuletzt ein Ergebnis der Debatten um die Produktivkraft Wissenschaft und der Rolle der wissenschaftlich-technischen Revolution, wie ich sie in Kapitel drei geschildert habe. Sie folgten der Überlegung, dass der gesteigerten Bedeutung der Wissenschaft dadurch Rechnung zu tragen sei, indem man ein Institut schuf, welches diese Entwicklung auf theoretischer Basis reflektierte und in politische Empfehlungen überführte. Aufgabe der Wissenschaftswissenschaft war mithin die Erarbeitung von Prognosen zur Wissenschaftsentwicklung und die Erarbeitung von Vorschlägen zur Planung und Leitung der Wissenschaft bei gleichzeitiger Reflexion der Bedeutung der Wissenschaft für die gesellschaftliche Entwicklung. Das Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik am ITWO charakterisiert Günter Kröber dabei dahingehend, dass die 1970er Jahre noch von einem Klima geprägt waren, in dem die wissenschaftspolitische Relevanz eines Forschungsthemas gegenüber politischen Entscheidungsträgern zu rechtfertigen gewesen sei, während sich diese Situation in den 1980er Jahren umgekehrt hatte:

„Die Politik wurde nun die Geister, die sie gerufen hatte, nicht mehr los. In dem Maße, wie im Wirtschafts- und Wissenschaftssystem der DDR Fehlentwicklungen sichtbar wurden, bildete sich in den Gesellschaftswissenschaften eine Praxis heraus, vor Plenartagungen der Partei und noch mehr vor Parteitagungen, auf denen die Weichen für weitere Entwicklungen gestellt wurden, Studien, Analysen, Ausarbeitungen mit Vorschlägen und

Empfehlungen einzureichen, in der Hoffnung, damit zur Beseitigung von Mißständen beizutragen.“<sup>1251</sup>

Auch Hubert Laitko unterstreicht den Aspekt der systemtheoretischen Ausrichtung des IWTO: Er interpretiert die Studie als ein „szientistisches Programm der Gesellschaftsgestaltung und Gesellschaftsentwicklung“<sup>1252</sup>, mit dem unterschwellig Kritik an der Wissenschaftspolitik der Partei geübt wurde: Die Studie sei auch so zu interpretieren, dass die Autoren den „Dilettantismus wissenschaftsferner Politiker [...] durch wissenschaftliche Kompetenz“<sup>1253</sup> ersetzt wissen wollten. Auch Laitko hebt die systemtheoretische Interpretation von Wissenschaft und Gesellschaft im Rahmen der Studie hervor, wenn er die dort vorgestellten Ansätze als eine „Objektivierung und Versachlichung“ interpretiert, die zugleich ein „theoretisches Instrumentarium des Systemvergleichs, der Entspannung und der intersystemaren Kooperation“<sup>1254</sup> darstellte. Dies führt Laitko auch als Grund für die sich daraus ergebende Annäherung ost- und westdeutscher Wissenschaftsforschung an.<sup>1255</sup>

Reinhard Mocek spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die Wissenschaftsforschung in der DDR zwischen 1971 und 1984 „kontrolliert eigene Wege“<sup>1256</sup> gegangen sei. So sei es in der DDR zur Rezeption westlicher Autoren wie Luhmann, Parsons, Putnam, Kuhn, Zilsel und Bernal gekommen, was zur Entwicklung einer eigenständigen Theorie und Methodologie der Wissenschaftsforschung beigetragen hätte. Die politische Annäherung von Ost und West hatte so auch Folgen für die wissenschaftliche Annäherung.<sup>1257</sup>

Festzuhalten ist abschließend, dass die Etablierung der Wissenschaftswissenschaft in der DDR sowohl den Denkstil betreffend als auch personell wichtige Einflüsse durch den systemischen Denkstil erhielt. Die von der Wissenschaftswissenschaft vorgenommene systemtheoretische Gesellschaftsinterpretation und die Reflexion des Systems Wissenschaft trug dabei auch dazu bei, dass der noch junge Wissenschaftszweig Anschluss an internationale Forschungstrends finden konnte.<sup>1258</sup> Die Etablierung der Wissenschaftswissenschaft – das kann an dieser Stelle leider nur angedeutet werden – vollzog sich dabei mehr oder weniger parallel in Ost- wie in Westdeutschland und hatte zum Ziel, Politikberatung hinsichtlich der Wissenschaftsentwicklung zu betreiben. Eine der wichtigsten Forschungsorganisatio-

1251 Kröber: Wissenschaftsforschung, in: Utopie kreativ 89 (1998), S. 27-38, S. 35.

1252 Laitko: Institutionalisierung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-147, S. 127.

1253 Laitko: Institutionalisierung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-147, S. 127.

1254 Laitko: Institutionalisierung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-147, S. 129.

1255 Die Zusammenarbeit zwischen ost- und westdeutscher Wissenschaftsforschung ist auch dokumentiert in einer Übersicht über die vom IGW in Erlangen durchgeführten Werkstattgespräche, an denen zahlreiche Mitarbeiter des ITWO teilnahmen und dort Vorträge hielten (Die Erlanger Werkstattgespräche des IGW, in: Utopie kreativ 89 (1998), S. 39-47). Zur Kooperation zwischen IGW und IWTO vgl. auch Burrichter: Produktivkraft Wissenschaft, in: ders./Diesener (Hg.): Produktivkraft Wissenschaft 2002, S. 15-38.

1256 Mocek: Naturwissenschaft und Philosophie in der DDR, in: Weisemann/Kröner/Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik 1997, S. 97-115, S. 110.

1257 Einen guten Überblick über den internationalen Kontext, der für die Etablierung der Wissenschaftswissenschaft in der DDR wichtig war, liefert Laitko: Produktivkraft Wissenschaft, in: Rauh/Ruben (Hg.): Denkversuche 2005, S. 459-540, S. 466-476.

1258 Vgl. dazu auch Weingart: Wahlverwandtschaften, in: NTM 18 (2010), S. 393-399.

nen in Westdeutschland war das Erlanger Institut für Gesellschaft und Wissenschaft, das aus dem 1963 gegründeten Studienkolleg für zeitgeschichtliche Forschung hervorging und seit Ende der 1960er Jahre zu einer wichtigen Organisation für Wissenschaftsforschung wurde.<sup>1259</sup> Die Wissenschaftswissenschaft stellte einen vergleichsweise innovativen Wissenschaftsbereich der DDR dar, der gleichwohl nach dem Ende der DDR abgewickelt wurde. Der kurze Ausblick auf die Rezeption des systemischen Denkens in den 1970er Jahren hat gezeigt, dass die Ablehnung des systemischen Denkstils ein in erster Linie politisches Phänomen war, welches sich nicht auf die Wissenschaft übertragen lässt. Vielmehr scheint die Etablierung der Wissenschaftswissenschaft – so könnte man thesenhaft formulieren – ein Beispiel für die Nachhaltigkeit der Wirkung des systemischen Denkstils in der DDR-Wissenschaft darzustellen. Dass mit der Wissenschaftswissenschaft zudem eine Disziplin institutionalisiert wurde, die dem politischen Anspruch, der Rolle der Produktivkraft Wissenschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution Rechnung zu tragen, reflexiv begegnete, macht sie darüber hinaus auch interessant, um die Geschichte des Konzepts der Wissensgesellschaft in vergleichender Weise zu untersuchen und nach theoretisch-methodischen Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen ost- und westdeutscher Wissenschaftsforschung zu fragen.

---

1259 Kröber: Wissenschaftsforschung, in: Utopie kreativ 89 (1998), S. 27-38, S. 29. Hierbei handelte es sich nicht um die einzige Institution in der BRD, an der Wissenschaftsforschung betrieben wurde. Zu nennen wäre zudem das ‚Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt‘ (das MPI „mit dem langen Namen“ (Weingart)), welches 1970 in Sarnberg unter dem Direktorat Carl Friedrich von Weizsäckers gegründet worden war. Zudem wurde 1972 in Bielefeld der Universitätsschwerpunkt Wissenschaftsforschung etabliert, aus welchem 1993 das ‚Institut für Wissenschafts- und Technikforschung‘ an der Universität Bielefeld hervorging (Weingart: Wahlverwandtschaften, in: NTM 18 (2010), S. 393-399). Da sich das Erlanger Institut allerdings inhaltlich unter anderem auf die Analyse der SED-Wissenschaftspolitik und der Entwicklung des DDR-Wissenschaftssystems widmete, nahm es im Verhältnis ost- und westdeutscher Wissenschaftsforschung eine Schlüsselstellung ein und war enger als die anderen genannten Institutionen mit der ostdeutschen Wissenschaftsforschung verbunden (vgl. dazu Laitko: Institutionalisierung, in: Genov/Kreckel (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte 2007, S. 111-147, S. 113f.).

## 7. Zusammenfassung und Fazit

Ist der Kybernetik in der DDR ihre „zu enge Liaison mit der Gesellschaftstheorie“<sup>1260</sup> Ende der 1960er Jahre zum Verhängnis geworden? Das Erkenntnisinteresse meiner Studie war es, den Erfolg von Kybernetik und Systemtheorie als Paradigma einer modernen, wissenschaftsbasierten Gesellschaft wissenschaftshistorisch zu erklären, wobei ich mich auf das Wechselverhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR fokussiert habe. So habe ich darlegen können, dass die eingangs gestellte Frage sich keineswegs eindeutig beantworten lässt, sondern eine differenzierte Betrachtung der Etablierung des systemischen Denkstils in der DDR bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik erfordert.

Die Rekonstruktion der politischen Prämissen für die Rezeption des systemischen Denkstils, die ich im dritten Kapitel der vorliegenden Arbeit vorgenommen habe, hat gezeigt, dass die Etablierung des systemischen Denkens parallel zu ideologischen Innovationen in der marxistisch-leninistischen Dogmatik verlief und von diesen profitierte. Die Schilderung des Wissenschaftsverständnisses der SED ergab, dass seit den 1950er Jahren Wissenschaft und Technik als Elemente der gesellschaftlichen Modernisierung interpretiert wurden, was auch ein ideologisches Umdenken erforderte. Zentrale Charakteristika dieses Umdenkens waren die Konzipierung der Wissenschaft als Produktivkraft sowie der Verweis auf die notwendige Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Umsetzung dieser Konzepte wurde damit zu einem erklärten politischen Ziel der SED. Diese Entwicklung habe ich mit Bezug auf die Ansätze zur Historisierung der Wissensgesellschaft als die ‚sozialistische Variante‘ des Umgangs mit der gestiegenen Bedeutung von Wissenschaft und Technik interpretiert und kontextualisiert. Die Integration der Produktivkraft Wissenschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution stellten – wie ich herausgearbeitet habe – eine Modernisierung der marxistisch-leninistischen Ideologie dar, weil sie zu einer Neubewertung des Verhältnisses der SED zur Wissenschaft führten. Hiermit habe ich eine wichtige Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit dem systemischen Denken in der DDR und meine Frage nach dem Erfolg von Kybernetik und Systemtheorie benannt: Ich konnte zeigen, wie die intellektuelle Stimmung, die sich aus dem politischen Bekenntnis zur Anerkennung der steigenden Rolle der Wissenschaft ergab, sich auch in der Debatte über Systemtheorie und Kybernetik als denkstilprägend erweisen sollte.

Während sich das Wissenschaftsverständnis der SED vor allen Dingen als für die Herausbildung des systemischen Denkstils relevant erwies, waren es in erster Linie strukturelle und wissenschaftspolitische Maßnahmen in den 1950er und 1960er Jahren, welche die

---

1260 Dittmann: Kybernetik in der DDR, in: ders./Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 13-42, S. 34f.

Rahmenbedingungen zur Etablierung des systemischen Denkkollektivs schufen. Die Politisierung der Wissenschaft vollzog sich in der DDR bis circa 1968 vor allem auf institutioneller Ebene: Durch Änderungen im Beamten-, Promotions- und Habilitationsrecht sowie den Wandel in der Sozialstruktur der Professorenschaft kam es zur Schaffung loyaler Eliten, die im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften – von Ausnahmen abgesehen – mehr oder weniger mit der politischen Ideologie der SED konform gingen. Im Bereich der Naturwissenschaften herrschte dagegen oft ein technokratisches Wissenschaftsverständnis vor und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arrangierten sich zu Gunsten wissenschaftlicher oder persönlicher Erfolge mit der SED. Begünstigt wurde diese Allianz aus Wissenschaft und Politik durch die Schaffung von Expertenkommissionen wie dem Forschungsrat, die auch dazu dienten, die ‚bürgerlichen‘ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in das Wissenschaftssystem zu integrieren und ihnen Handlungsspielräume zuzubilligen. Mit der Umstrukturierung der Akademie der Wissenschaften von einer Gelehrtensozietät zu einer Forschungsinstitution nach sowjetischem Vorbild schuf die Staats- und Parteiführung einen Ort, der den Forscherinnen und Forschern Freiräume gewährte und Ressourcen bereitstellte.

Da sich die Etablierung des systemischen Denkens vor allem im Kontext der Disziplin Philosophie bezog, habe ich im zweiten Teil des vierten Kapitels diesen Wissenschaftsbereich genauer betrachtet. Ein detaillierter Blick auf die Disziplin hat gezeigt, dass auch in diesem vermeintlich ideologienahen Bereich eine Spannweite von Positionierungen möglich war. Ferner ging es mir darum, das Verhältnis von Philosophie und Ideologie zu differenzieren, um die einfache Gleichsetzung von Philosophie und Ideologie kritisch zu hinterfragen. Bezogen auf die wissenschaftlichen Eliten im Bereich der philosophischen Forschung habe ich herausgearbeitet, dass diese sich größtenteils in Übereinstimmung mit der SED-Politik befanden und diese Parteilichkeit sich auch im professionellen Handeln niederschlug. Oppositionelles Denken war in der DDR-Philosophie eher die Ausnahme. Verstärkt wurde diese Haltung durch die Dritte Hochschulreform von 1968, die der SED durch die Verankerung von Parteiinstitutionen an den Hochschulen erstmals direkten politischen Zugriff erlaubte und damit tendenziell zu einer Einschränkung der inhaltlichen Forschungsautonomie führte. Offen bleiben musste zunächst ein Widerspruch, der sich aus der bisherigen Forschung zur Geschichte der Philosophie in der DDR ergab: Während vor allem Zeitzeuginnen und Zeitzeugen die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR als eine Nische ansehen, in der die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewisse

Freiräume besaßen, interpretiert Stefania Maffei diesen Umstand als ein Resultat der engen Verbindung von Kybernetik und Politik.<sup>1261</sup>

Diese gegensätzliche Interpretation des systemischen Denkens in der DDR habe ich in Kapitel fünf aufgegriffen und ihr eine empirische Analyse der Quellen gegenübergestellt. Dazu habe ich eingangs die wichtigsten Entwicklungsstränge und Bezugspunkte des systemischen Denkens in der DDR dargestellt und mich dabei insbesondere auf den Stellenwert der Kybernetik im Rahmen der SED-Wirtschaftspolitik konzentriert. Ich habe dargelegt, dass das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung und das Ökonomische System des Sozialismus im Kern Aspekte enthielten, die dem systemischen Denken entstammten. Im Folgenden habe ich rekonstruiert, wie sich das systemische Denkkollektiv um den Philosophen Georg Klaus konstituierte und herausgearbeitet, dass Georg Klaus aufgrund seiner (wissenschaftlichen) Sozialisation dem in Kapitel vier skizzierten Typ des sozialistischen Professors entsprach. Diese damit einhergehende Loyalität gegenüber der SED verschaffte ihm eine angesehene Position in der Philosophie der DDR und ermöglichte es ihm, gewisse Freiräume ohne direkte Intervention der SED zur Etablierung der Kybernetik zu nutzen. Indem Klaus dabei zugleich seine fachwissenschaftliche Kompetenz unter Beweis stellte, gelang es ihm, die ursprüngliche Ablehnung des systemischen Denkens seitens der SED aufzubrechen und einen neuen wissenschaftlichen Denkstil zu etablieren. Dabei profitierte Klaus nicht zuletzt von seinen wissenschaftlichen Erfolgen und seiner Reputation, die ihn zu einem der angesehensten Philosophen der DDR machten. Aufgrund dessen formierte sich um Georg Klaus ein wissenschaftliches Denkkollektiv, welches sich durch Innovativität auszeichnete und sich im Kern an den wissenschaftlichen Inhalten und nicht an politischen Karrierestrategien orientierte. Dies – so habe ich gezeigt – führte dazu, dass zumindest auf der Ebene informeller Kommunikation durchaus Kritik an parteipolitischer Dogmatik möglich war, wenngleich die grundlegende Übereinstimmung mit der sozialistischen Gesellschaft nicht in Frage gestellt wurde. Vielmehr sahen die Mitglieder des systemischen Denkkollektivs im systemischen Denken ein Mittel, um gesellschaftliche Reformen anzustoßen.

Geltend machen konnte das systemische Denkkollektiv seine Ideen durch die Beteiligung an verschiedenen Beratungsgremien, die im Verlauf der 1960er Jahre gegründet wurden und zur Institutionalisierung des systemischen Denkens beitrugen (Kapitel 5.2). Dabei habe ich herausgestellt, dass diese Gremien eine Scharnierfunktion zwischen systemischem Denkstil und Politik darstellten: Vor allem in der Arbeit der Beratungsgremien schlug sich das Wissenschaftsverständnis der SED nieder, dienten sie doch vor allem dazu, das syste-

---

1261 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 74.

mische Denken zu etablieren und dieses Wissen für die Partei nutzbar zu machen. Hierbei ging es – wie sich zeigte – aber nicht allein um wirtschaftspolitische Aspekte, sondern viel grundsätzlicher stand auch die Frage nach der Führungs- und Leitungstätigkeit der SED selber zur Debatte. Dass Georg Klaus dabei unter anderem als Berater des von Ulbricht im Vorfeld des VII. Parteitags der SED geschaffenen Strategischen Arbeitskreises fungierte, dokumentiert einerseits den politischen Einfluss, den das systemische Denkkollektiv errungen hatte, darüber hinaus aber auch, dass die Politik in der Kybernetik eine Disziplin sah, die dem politischen Beratungsbedarf gerecht werden und den Konzepten der Wissenschaft als Produktivkraft und der wissenschaftlich-technischen Revolution zu gesellschaftlicher Wirksamkeit verhelfen konnte. So verwundert es nicht, dass an der Arbeit der in den Ministerien geschaffenen Kommissionen ehemals enge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Georg Klaus tätig waren. Darüber dokumentieren die Beratungsgremien die Ausdifferenzierung der kybernetischen Forschung: So hatte vor allem das in Form des Zentralinstituts für Kybernetik und Informationsprozesse an der Akademie geschaffene Leitinstitut für Kybernetik Anwendungsaspekte der Kybernetik vor Augen. In den Fleckschen Begrifflichkeiten ausgedrückt, zeigt sich am Beispiel der politischen Beratungsgremien, wie Teile des esoterischen Kreises des systemischen Denkkollektivs durch ihre Stellung in der staatlichen Verwaltung dem systemischen Denkstil auch auf politischer Ebene zum Durchbruch verhelfen.

Was aber genau charakterisierte den systemischen Denkstil? Was waren seine Kernelemente, die dazu führten, die politischen Vorbehalte gegen die Kybernetik zu überwinden? Und wie wurde er seitens der Politik ideologisch aufgegriffen und weiter ausgeformt? Diesen Fragen bin ich in Kapitel 5.3 nachgegangen. Die Analyse der philosophischen Fachzeitschrift *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* und ihre Gegenüberstellung mit dem theoretischen Organ der SED, der *Einheit*, ermöglichte es, den Verlauf der Etablierung des systemischen Denkstils in der DDR nicht nur anhand verschiedener Ereignisse wie Tagungen oder Kongresse, sondern auch anhand von zeitlichen und thematischen Veröffentlichungsschwerpunkten nachzuzeichnen.

So habe ich herausgearbeitet, dass die Etablierung des systemischen Denkstils in der DDR in verschiedenen Phasen erfolgte, die in Fachwissenschaft und politischer Debatte nahezu parallel verliefen, aber von unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen gekennzeichnet waren. Die erste Phase (1956 bis ca. 1960) der Rezeption systemischen Denkens in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* erfolgte unter der Überschrift „Wissenschaft in Anführungszeichen“ und stand noch unter den Einwirkungen der Ablehnung der Kybernetik; sie galt als vom Westen instrumentalisierte Wissenschaft und die Haltung der DDR-Philosophinnen und -Philosophen war zunächst entsprechend kritisch, was sich erst durch

das Aufgreifen kybernetischer Ideen durch aus anderen sozialistischen Staaten stammende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler änderte. In der *Einheit* wurde die Kybernetik zu diesem Zeitpunkt noch nicht thematisiert.

Die zweite Phase der Rezeption des systemischen Denkstils, die zwischen 1960 und ca. 1965 erfolgte, war gekennzeichnet von der Durchsetzung des systemischen Denkstils in der DDR. Vor allem die von Georg Klaus verfasste Veröffentlichung „Das Verhältnis von Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht“<sup>1262</sup> im Jahr 1960 markiert diesen Richtungswechsel. Dabei zeichnete sich bereits in diesem Artikel die Strategie des Denkkollektivs ab, mit Hilfe derer die Etablierung des systemischen Denkens gelingen sollte: Erstens verwies Georg Klaus auf den dialektischen Gehalt des kybernetischen Denkens und stellte die Kybernetik zweitens in den Kontext der marxistischen Tradition systemischen Denkens. Charakteristisch für diese Phase war, dass systemtheoretische und kybernetische Begriffe und Konzepte aufgegriffen und mit den Begrifflichkeiten der Dialektik verglichen wurden, um auf diese Weise Gemeinsamkeiten zwischen beiden herauszustellen und eine Denktradition zu konstruieren, die ihren Ausgangspunkt bei Marx und Hegel hatte und schließlich in der Kybernetik münden sollte. Dies gipfelte in der Aussage, Karl Marx sei der erste Kybernetiker gewesen. Doch noch ein weiterer Aspekt erwies sich in dieser ersten Phase der Etablierung des systemischen Denkstils als relevant: Zahlreiche Autorinnen und Autoren verwiesen auf die (politischen) Herausforderungen der industrialisierten Gesellschaft (wissenschaftlich-technische Revolution, Produktivkraft Wissenschaft) und argumentierten, dass diesen Herausforderungen mit Hilfe der Kybernetik und ihrer Methoden begegnet werden könne.

Zeitnah, nämlich bereits im Jahr 1961, wurde der systemische Denkstil auch in der *Einheit* aufgegriffen. Die Redaktion der *Einheit* veranstaltete eine Tagung, auf der Georg Klaus elf Thesen zur Kybernetik zur Debatte stellte. Diese Tagung dokumentiert, dass die Auseinandersetzung mit Systemtheorie und Kybernetik politisch gewollt waren und seitens der Politik sogar vorangetrieben wurden. Ein wichtiger Grund hierfür war sicherlich die im dritten Kapitel dieser Arbeit skizzierte ideologische Modernisierung hinsichtlich der Bedeutung der Wissenschaft im Sozialismus, von der der systemische Denkstil profitieren konnte. Die Anbindung des kybernetischen Denkstils an das Wissenschaftsverständnis der SED wurde somit zu einem wichtigen Aspekt, der die Etablierung des systemischen Denkens förderte, nahezu zeitgleich aber auch dazu führte, dass die Kybernetik für die Politik an Attraktivität gewann.

Es folgte die dritte Phase der Rezeption (ca. 1965 bis ca. 1970), die durch eine Euphorie für systemisches Denken geprägt war, aber gleichzeitig von der Ankunft des systemischen

---

1262 Klaus: Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: DZfPh 8 (1960), S. 1266-1277.



Denkstils im wissenschaftlichen und politischen Alltag zeugt. Die Themenfelder kybernetischer Forschung differenzierten sich aus und ihr Vokabular und ihre Methoden wurden mehr und mehr auch durch die Politik aufgegriffen; es etablierten sich verschiedene akademische und staatliche Politikberatungsgremien, deren Aufgabe es war, die Bedeutung von Kybernetik und Systemtheorie für die sozialistische Gesellschaft herauszuarbeiten.

Die vierte Phase der Rezeption des systemischen Denkstils in der DDR (ab ca. 1969) war erneut von einer in erster Linie politisch motivierten Ablehnung von Systemtheorie und Kybernetik gekennzeichnet. Hintergrund dessen war vor allem, dass das systemische Denken das politische Vokabular durchzogen hatte und es zum Allheilmittel für Probleme der Wissenschaft- und Wirtschaftsentwicklung stilisiert worden war. Dies stieß bei den politischen Verantwortlichen zunehmend auf Skepsis, weil man vor allem angesichts des kybernetischen Konzepts der Selbstregulation um die Führungsrolle der SED fürchtete, und führte zu einer erneuten Abkehr von der Kybernetik.

Mein theoretisches und methodisches Vorgehen hat sich dabei in verschiedener Hinsicht als Perspektive erwiesen, mit deren Hilfe die differenzierte Darstellung der Rezeption, Weiterentwicklung und Etablierung des systemischen Denkens in der DDR gelang. Basierend auf den Überlegungen zur Historisierung der Wissensgesellschaft war es möglich, herauszuarbeiten, dass das in den 1960er Jahren modernisierte Wissenschaftsverständnis der SED eine grundlegende Bedingungen für die Auseinandersetzung mit dem systemischen Denken in der DDR darstellte. Das zentrale Charakteristikum der Wissensgesellschaft, nämlich der steigenden Bedeutung von Wissenschaft und Technik Rechnung zu tragen, wurde von der SED in ihr Wissenschaftsverständnis integriert. Indem die Partei die Bedeutung der Produktivkraft Wissenschaft und die Notwendigkeit, die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern, programmatisch in ihrer Politik verankerte, öffnete sie sich neuen wissenschaftlichen Ansätzen.

Für eine symmetrische Betrachtung der strukturellen Voraussetzung und Akteure (Denkkollektive) auf der einen und der ideengeschichtlichen Entwicklung (Denkstil) auf der anderen Seite wurde die Theorie Flecks zur Entstehung und Entwicklung wissenschaftlicher Tatsachen genutzt. Der Vorteil dieses wissenschaftshistorischen Ansatzes besteht darin, dass Flecks Konzept sich nicht nur auf natur-, sondern ebenso auf geistes- und sozialwissenschaftliche Entwicklungen anwenden lässt und deswegen für die Analyse des systemischen Denkens in der DDR vielversprechend erschien. Da es vor allem ideologische Vorbehalte waren, die zur ursprünglichen Ablehnung des systemischen Denkens in der DDR geführt haben, erwies sich Flecks Theorie als produktive Herangehensweise, um zu erklären, warum es insbesondere das philosophische Denkkollektiv um Georg Klaus war, wel-

ches die Etablierung des systemischen Denkens in der DDR vorantrieb: Politische Loyalität war eine wichtige Ressource für die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wenn es darum ging, die ursprünglichen Vorbehalte gegen Kybernetik und Systemtheorie abzubauen. Sie war zudem die Bedingung dafür, dass die Mitglieder des systemischen Denkkollektivs als wissenschaftliche Experten für die Politik fungieren konnten.

Doch auch die inhaltliche Betrachtung des Denkstils hat gezeigt, dass dieser dadurch an Überzeugungskraft gewann, dass die Vereinbarkeit von systemischem Denkstil und dialektischem Materialismus durch das systemische Denkkollektiv herausgestellt und der Denkstil damit in einer marxistisch-leninistischen Tradition verortet wurde, die den Widerspruch gegen die neue wissenschaftliche Tatsache erschwerte. Zudem lässt sich mittels einer Denkstilanalyse zeigen, wie die gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen zur Etablierung wissenschaftlicher Tatsachen beitragen: Bezogen auf den systemischen Denkstil in der DDR äußerte sich dies darin, dass das modernisierte Wissenschaftsverständnis der SED immer wieder als Bezugspunkt diente, um die neue wissenschaftliche Tatsache zu legitimieren und zu popularisieren.

Die Denkstilanalyse ermöglichte zudem eine differenzierte Darstellung des wissenschaftlichen und des politischen Diskurses über Systemtheorie und Kybernetik: Der wichtigste Unterschied zwischen dem wissenschaftlichen Publikationsorgan *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* und dem SED-Theorieorgan *Einheit* bestand darin, dass die Begriffsschärfung und Konturierung des systemischen Denkstils Sache der Fachwissenschaft war, während in der *Einheit* einerseits der (politische) Anwendungsbezug der Kybernetik dominierte und andererseits die gesellschaftswissenschaftliche Relevanz des systemischen Denkens herausgestellt wurde. Für die Rezeption des systemischen Denkstils in der *Einheit* erwiesen sich so auch vor allem zwei Aspekte als relevant: Erstens waren vor allem Veröffentlichungen zur Ökonomie im Sozialismus mit systemtheoretisch-kybernetischem Vokabular durchzogen. Als Subtext schwang somit immer eine Komponente mit, die dem systemischen Denkstil entstammte. Zweitens war der systemische Denkstil in der *Einheit* in solchen Publikationen präsent, die sich mit der Rolle der Wissenschaft im Sozialismus befassten. Die Rekonstruktion des systemischen Denkkollektivs und Denkstils hat es – um die Eingangsfrage nach der Liaison zwischen Kybernetik und Gesellschaftswissenschaften wieder aufzugreifen – ermöglicht, dies nicht nur als Resultat der politischen Steuerung der Wissenschaft zu interpretieren, sondern zu einem differenzierteren Bild des systemischen Denkens zu gelangen. Überspitzt könnte man deswegen formulieren: Was die Etablierung des systemischen Denkstils in der DDR überhaupt erst ermöglichte, nämlich die Verbindung von Kybernetik und Dialektik und die gesellschaftswissenschaftliche Anschlussfähigkeit des systemischen Denkens, wurde ihm auf politischer Ebene schließlich zum Verhängnis, weil das systemi-

sche Denken zum Konkurrenzmodell für den Sozialismus avancierte und durch das Konzept der Selbstregulung die führende Stellung der Partei in Frage stellte.

Darüber hinaus konnte ich durch die Kontextualisierung des Wissenschaftsverständnisses der SED einen wichtigen Referenzpunkt des systemischen Denkstils in der DDR benennen, der beispielhaft für den Umgang mit der gestiegenen Bedeutung wissenschaftlichen Wissens in einer sozialistischen Gesellschaft steht, während die Dekontextualisierung der Kategorien des Konzepts der Wissensgesellschaft sich vor allem als eine aufschlussreiche Ergänzung der Fleckschen Denkstilanalyse erwies: Die analytischen Kategorien des Konzepts der Wissensgesellschaft zu dekontextualisieren und sein analytisches Instrumentarium, in diesem Fall Verwissenschaftlichung der Politik und die Untersuchung von Expertenkommissionen, auch auf den historischen Kontext der DDR anzuwenden, hat sich als probates Mittel erwiesen, zu einer differenzierten Beurteilung der Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR zu gelangen, als dies in der bisherigen Forschungsliteratur der Fall war.

### ***Systemisches Denken im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik***

Das systemische Denken in der DDR erfuhr eine steile Karriere: Von der pejorativ apostrophierten Pseudowissenschaft gelangten systemische Ideen ins Zentrum der politischen Macht. Die Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR wird jedoch nur verständlich, wenn man den kulturellen und politischen Rahmenbedingungen, auf die sie traf, Rechnung trägt. Das modernisierte Wissenschaftsverständnis der SED war die wichtigste Voraussetzung, die den Aufstieg von Kybernetik und Systemtheorie zur wissenschaftlichen Tatsache ermöglichte. Hier zeigt sich, wie der sich etablierende Denkstil von den wissenschaftspolitischen Akzentverschiebungen profitierte, diese aufgriff und weiterentwickelte. Der Bezug auf das Wissenschaftsverständnis der SED, aber auch marxistische Präideen, und die damit einhergehende Traditionskonstruktion einer Linie des systemischen Denkstils von Marx bis in die Gegenwart der sozialistischen DDR-Gesellschaft der 1960er Jahre stellte wiederum die Bedingung für den politischen Erfolg des systemischen Denkens dar. Die Konsequenz war, dass Kybernetik und Systemtheorie in der DDR nicht nur weitaus mehr als in anderen Staaten an die Disziplin Philosophie gekoppelt waren, sondern auch, dass der Systembegriff im Rahmen des systemischen Denkstils der DDR weitaus größere Bedeutung besaß als in anderen nationalen Kontexten. Damit unterschied

sich die Rezeption des systemischen Denkens in der DDR von der Rezeption in anderen Staaten.<sup>1263</sup>

Die Verwobenheit des systemischen Denkstils mit den ideologischen Grundlagen des Staates äußerte sich darin, dass sie im Verlauf der 1960er Jahre zum Mittel der Staatslenkung avanciert war und Bestandteil des Anspruch der SED wurde, wissenschaftliche Politik zu betreiben. Das Aufgreifen des systemischen Denkstils seitens der SED ist somit zugleich Beispiel dafür, dass die wissenschaftlichen Bemühungen der SED nicht als „reine Rhetorik“ abgetan werden können, sondern die Partei sich durchaus an aktuellen Wissenschaftsentwicklungen orientierte und in gewissen Grenzen auch bereit war, dogmatisch-ideologische Grundlagen zu überdenken.

Die Analyse des veränderten Wissenschaftsverständnisses der SED zeigte, dass der Anspruch der SED, Politik auf wissenschaftlicher Basis zu betreiben, zu einer Sichtweise führte, die – das unterscheidet sie von den zeitgenössischen soziologischen Konzeptionalisierungen der Wissensgesellschaft – keine analytische Kategorie war, sondern sich in Form einer politischen Programmatik äußerte, die aber ein ähnliches Ziel verfolgte, nämlich der steigenden Bedeutung von Wissenschaft und Technik in der modernen Gesellschaft Rechnung zu tragen. Diese Programmatik beeinflusste den systemischen Denkstil maßgeblich, weil die Etablierung des Denkstils sich auch durch seine Verortung innerhalb dieser Programmatik vollzog: Das Wissenschaftsverständnis der SED stellte einen wichtigen Referenzpunkt dar, wenn es darum ging, Systemtheorie und Kybernetik als Denkstil zu legitimieren. Dies führte auch dazu, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des systemischen Denkkollektivs zu politischen Expertinnen und Experten avancierten. Dies betraf nicht nur ihre Funktion als Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler, sondern der Umstand, dass verschiedene Protagonistinnen und Protagonisten des systemischen Denkens im Verlauf der 1960er Jahre Positionen in politischen Institutionen inne hatten, verschaffte dem systemischen Denkstil auch politische Überzeugungskraft und machte ihn zu einem wichtigen Ingredienz des modernisierten Wissenschaftsverständnisses.

Die Etablierung wissenschaftlicher Expertise bedeutet auch, die Macht der Partei in Teilen an Expertinnen und Experten abzutreten. In der DDR waren diese Expertinnen und Experten jedoch teilweise in Form ministerialer Kommissionen in die Politik eingebunden; sie hatten vom Wissenschaftssystem ins politische System gewechselt, ohne ihren Denkstil aufzugeben. Dabei hatte sich eine langsame Verschiebung der Beratungsschwerpunkte ergeben: Vor allem die Kommission für Kybernetik des Forschungsrats dokumentiert, dass nicht mehr die philosophische oder gesellschaftswissenschaftliche Verortung der Kyberne-

---

1263 Für die USA, Frankreich und die UdSSR vgl. Mindell/Gerovitch/Segal: From Communications Engineering to Communications Science, in: Walker (Hg.): Science and Ideology 2003, S. 66-96.

tik, sondern vor allem ihre Anwendungsmöglichkeiten in technischen Disziplinen sowie der Naturwissenschaft zur Debatte stand. Der systemische Denkstil wurde – und das mutet zunächst paradox an – durch seine Verankerung im politischen Beratungssystem gewissermaßen entideologisiert und ihm wurden seine kritischen Spitzen genommen, indem er auf Automatisierung und Datenverarbeitung reduziert wurde. Der systemtheoretische Aspekt des Denkstils, der den ideologischen Anknüpfungspunkt des systemischen Denkstils an den dialektischen Materialismus darstellte, verlor im Kontext der Politikberatung an Bedeutung. Dies ermöglichte es aber zugleich, dass die Kommission für Kybernetik auch nach 1972 weiterbestehen konnte, weil sie auf ideologischer Ebene keine Konkurrenz zur Deutungshoheit der Partei mehr darstellte.

Das systemische Denken wurde in der DDR zur wissenschaftlichen Tatsache, weil es auf eine intellektuelle Stimmung traf, die seine Legitimierung und Popularisierung nicht nur begünstigte, sondern den Denkstil mehr oder weniger ohne zeitlichen Verzug aufgriff. Überspitzt könnte man formulieren, dass der systemische Denkstil vor allem deswegen so erfolgreich war, weil er in der Politik sein exoterisches Denkkollektiv fand. Der systemische Denkstil war zum Charakteristikum der Ulbrichtschen Reformpolitik avanciert, der im Zuge des Machtwechsels von Ulbricht zu Honecker sein exoterisches Denkkollektiv verlor und damit – zumindest im Bereich der Politik – nicht länger tragfähig erschien. Das Zögern bei der Rezeption der Kybernetik wird erklärbar, wenn man bedenkt, wie weitreichend die Konsequenzen des systemischen Denkens in der DDR durch die Verwobenheit mit der Politik waren: Das Konzept der Selbstregulation stellte letztlich das planwirtschaftliche System selbst in Frage.

### ***Systemischer Denkstil und Philosophie***

Die enge Verbindung zwischen Kybernetik und Philosophie in der DDR ist nicht nur im internationalen Zusammenhang ungewöhnlich, sondern sorgte auch in der DDR für Kritik. Bereits auf der Kybernetik-Tagung der *Einheit* im Jahr 1961 brachten Philosophinnen und Philosophen den Einwand vor, dass man vermeiden müsse, dass die Kybernetik an die Stelle der Philosophie trete, weil sie mit einem ähnlichen Allgemeinheitsanspruch auftrete, dabei aber einen mechanistischen Materialismus propagiere. Deswegen war die Bedeutung der Kybernetik nicht unumstritten, da vor allem seitens der Wissenschaftstheoretikerinnen und -theoretiker, allen voran Hermann Ley, die Befürchtung aufgeworfen wurde, dass es sich bei der Kybernetik um eine Konkurrenzveranstaltung zur Philosophie handle und sie keinen Philosophieersatz darstellen könne und dürfe. Um diesen Argumenten entgegenzutreten, erfüllte der Klaus'sche Verweis auf den dialektischen Gehalt des systemischen Denkens eine wichtige Funktion: Er diente dazu, die seitens der Philosophie formulierte Skepsis

gegenüber der Kybernetik zu relativieren. In diesem Zusammenhang erwies sich vor allem der ausgeprägte Bezug auf den Systembegriff als wichtiger Aspekt des Denkstils: Die Selbstregulation dynamischer Systeme, mit Hilfe derer die alten Gegensätze zwischen Kausalität und Teleologie überwunden werden sollten, diente als Ausweis des dialektischen Gehalts der Kybernetik. Die Konsequenz war, dass sich Kybernetik und Wissenschaftstheorie im Verlauf der 1960er Jahre zunehmend voneinander entfernten. Die Kybernetik nahm verstärkt technische Formen an und es war vor allem der funktionalistische Charakter ihrer Systembeschreibungen, der von den Wissenschaftstheoretikerinnen und -theoretikern kritisiert wurde. So schätzte Herbert Hörz, ausgebildet von Georg Klaus und Hermann Ley, zwar die Potentiale der Kybernetik, um naturwissenschaftliche Erkenntnisse begrifflich präzise für die Philosophie aufzuarbeiten, kritisierte jedoch, dass hieraus nur ungenügende weltanschauliche Konsequenzen gezogen würden.

Das Konzept der Selbstregulation stellte in Verbindung mit dem neuen Wissenschaftsverständnis der SED eine Innovation in der Dogmatik dar, die seitens der Politik zwar interessiert aufgegriffen wurde, doch in den Gesellschaftswissenschaften nach wie vor auf Skepsis stieß. Dies lag aber nicht nur in dem Bezug auf das Konzept der Selbstregulation begründet, sondern war auch dadurch bedingt, dass Georg Klaus sich in seiner Philosophie vor allem auf den dialektischen und nur selten auf den historischen Materialismus bezog. Der historische Materialismus aber war einer der wichtigsten Pfeiler der Führungsrolle der Partei, mithin fürchteten die Gesellschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler auch um ihre eigenen Positionen.

Die Kritik der Philosophie und Gesellschaftswissenschaft an der Kybernetik lief somit in eine ähnliche Richtung, nämlich zu der Frage nach dem Stellenwert der Kybernetik im ideologischen Konzept des Marxismus-Leninismus. Somit ist zwar die Debatte um die Kybernetik in der DDR Ausgangspunkt einer wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung mit dem systemischen Denken gewesen, doch bereits in den frühen 1960er Jahren deutete sich in der philosophischen und gesellschaftswissenschaftlichen Community Uneinigkeit über die weltanschauliche Bedeutung der Kybernetik an. In der Folge erschienen zahlreiche Artikel in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, die sich wohlwollend auf die Potenziale der Kybernetik bezogen, aber zugleich die fehlenden weltanschaulichen Konsequenzen kritisierten. Das Verhältnis von Philosophie und Gesellschaftswissenschaft zur Kybernetik war somit ein ambivalentes und nahm ihre erneute Ablehnung, die mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker im Jahr 1972 eingeleitet wurde, teilweise vorweg. Doch der entscheidende Grund für die Abkehr von der Kybernetik war ein politischer, nämlich, dass ihre Beschränkung auf Prognose bzw. technischen Anwendungen der Kybernetik nicht die gewünschten Erfolge erzielten, das Wirtschaftssystem der DDR zu stabilisieren.

Doch nicht nur seitens der Philosophie und Gesellschaftswissenschaften, sondern auch aus Kreisen der Physik wurde Kritik an der Kybernetik formuliert, wie sich in der Debatte um die Denkschrift der DAW-Kommission zeigte: Diese sei zu philosophisch ausgerichtet und strebe es an, eine neue Universalwissenschaft zu konzeptionalisieren, dabei stelle die Kybernetik doch im Grunde nicht viel mehr dar als eine Mathematisierung verschiedener Wissenschaftszweige. Bemerkenswert an diesen Einwänden ist, dass eine Umkehr stattfand: In der Phase der Ablehnung der Kybernetik war das Hauptargument ihr ideologischer Charakter als ‚imperialistische Pseudowissenschaft‘, während sie nun von den (meist bürgerlichen) Physikerinnen und Physikern als zu dialektisch und ideologisch angesehen wurde.

Beide Aspekte, nämlich die Vorbehalte der Philosophie, aber auch die Kritik der Physik an der Kybernetik werden mit Blick auf das Denkkollektiv und insbesondere auf die Rolle von Georg Klaus verständlicher. Georg Klaus war das Paradebeispiel eines sozialistischen Professors im Sinne Jessens: Im Nationalsozialismus wegen seiner KPD-Mitgliedschaft verfolgt, war er nach 1945 zunächst für die SED tätig, bevor er sein Studium beendete und schon bald nach Absolvierung eines Dozentenlehrgangs eine Professur erhielt. Was ihn jedoch von vielen Professorinnen und Professoren des sozialistischen Typs unterschied, war seine fachwissenschaftliche Kompetenz und Innovativität. Er wies sich also durch ein hohes Maß an politischer Loyalität aus, scheute sich aber nicht davor, gewisse dogmatische Positionen aus fachwissenschaftlicher Perspektive in Frage zu stellen, mit der Kybernetik zugleich aber auch einen Alternativansatz zu präsentieren.

Hat Georg Klaus also „eine notwendige Bresche in die Festungsmauer des Dogmatismus geschlagen“<sup>1264</sup> oder beruhte der Erfolg des systemischen Denkstils auf einer „Verabredung mit den politischen Instanzen“<sup>1265</sup>? In meiner Analyse konnte ich zeigen, dass beide Sichtweisen eine gewisse Berechtigung besitzen. Denn während die Kritik der Philosophie und Gesellschaftswissenschaften an der Kybernetik sich vor allem gegen die vergleichsweise undogmatische Integration des systemischen Denkstils in den dialektischen Materialismus richtete, war es gerade dieser Aspekt, der den systemischen Denkstil im Rahmen des modernisierten Wissenschaftsverständnisses der SED zu einer Art Paradebeispiel für die moderne Sichtweise auf Wissenschaft werden ließ. Im Bereich der Philosophie mag das systemische Denken ein Nischendasein geführt haben, politisch erwies es sich aber als außerordentlich erfolgreich. Georg Klaus und der von ihm etablierte Denkstil war somit von einem dreifachen Konkurrenzverhältnis geprägt: Erstens trat er in Konkurrenz zu dem Dog-

---

1264 Metzler: Kybernetik im Modernisierungsschub der DDR, in: Dittmann/Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an 2007, S. 417-432, S. 420.

1265 Maffei: Zwischen Wissenschaft und Politik 2007, S. 113f.

matismus der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft beziehungsweise der Kaderphilosophinnen und -philosophen. Zweitens war er von der wissenschaftlichen Kritik seitens der Physik betroffen. Und drittens schließlich geriet er 1969 – vermittelt über die Kritik an Heinz Liebscher – ins Kreuzfeuer der politischen Kritik. Die politische Konkurrenzsituation betraf Klaus aber nicht als Wissenschaftler, sondern war vor allem auf der Ebene des Kampfes um die politische Deutungshoheit angesiedelt. Der Bedeutungsverlust des systemischen Denkstils erfolgte somit nicht aus einer fachwissenschaftlichen Debatte, sondern war dem Machtwechsel im politischen Feld geschuldet, der Klaus und seine Philosophie in Konkurrenz zu den Auffassungen Kurt Hagers brachte. Nach Fleck dient der exoterische Kreis eines Denkkollektivs dazu, in der Öffentlichkeit Vertrauen für wissenschaftliche Tatsachen herzustellen, während der esoterische Kreis nicht nur die Vermittlung der Tatsachen übernimmt, sondern auch Expterinnen und Experten bereitstellt, die die Inhalte kommunizieren. Georg Klaus, der Leitfigur des systemischen Denkstils in der DDR, gelang dies zunächst in überzeugender Weise, während der politische Kurswechsel dazu führte, dass der systemische Denkstil sein exoterisches Denkkollektiv verlor und damit einen wichtigen Faktor für die Herstellung von Vertrauen und politischer Öffentlichkeit erfuhr.

Die Frage, ob eine Kybernetik eher naturwissenschaftlicher Prägung nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker ebenso zu Ablehnung seitens der Staats- und Parteiführung geführt hätte, muss offen bleiben. Die Vermutung liegt allerdings nahe, dass dies nicht der Fall gewesen wäre. Ein Indiz stellen in diesem Zusammenhang die anwendungsorientierte Arbeit des Zentralinstituts für Kybernetik und Informationsprozesse sowie die Arbeit der Kybernetik-Kommission beim Forschungsrat dar. Beide waren nicht von der politischen Abkehr von der Kybernetik betroffen, sondern noch lange darüber hinaus tätig. Und auch die Mitarbeit der DDR beim Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse im österreichischen Laxenburg zog sich bis in die 1980er Jahre. Auf der anderen Seite muss aber zweifelsohne konstatiert werden, dass es ohne Konstruktion einer marxistischen Philosophietradition des systemischen Denkens und die seitens der Philosophie deklarierte Vereinbarkeit von Systemtheorie und Kybernetik mit dem Dialektischen Materialismus fraglich gewesen wäre, ob die Kybernetik in der DDR sich überhaupt hätte durchsetzen können.

### ***Offene Fragen***

In Kapitel sechs habe ich bereits kurz darauf verwiesen, dass vor allem die sich etablierende Wissenschaftsforschung in der DDR starke Bezüge zum systemischen Denkstil aufwies, aber auch, dass wichtige Akteurinnen und Akteure teilweise dem Denkkollektiv um Georg Klaus entstammten. Die Wissenschaftswissenschaft ist nur eins unter verschiedenen Bei-



spielen, wie sich der systemische Denkstil – auch nach seiner politischen Ablehnung Ende der 1960er Jahre – weiterhin als relevant erwies. Die mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker zu konstatierenden Wende in der Einschätzung der politischen Bedeutung des systemischen Denkstils wirkte sich in erster Linie in der öffentlichen Wahrnehmung und der Sprachregelung, nicht aber in den wissenschaftlichen Inhalten aus; dies zeigt die in dieser Arbeit nur cursorisch erfolgte Analyse der Artikel in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* der nach 1971 erschienenen Artikel: Nicht nur kann eine Verschiebung von der Kybernetik hin zur Systemtheorie festgestellt werden, sondern auch eine Fortsetzung der Auseinandersetzung mit Systemtheorie und Kybernetik in der Wissenschaft.

Welche Schlussfolgerungen sind hieraus zu ziehen? Man kann nicht vom Niedergang der neuen Wissenschaft sprechen, sondern muss diese Aussage modifizieren: Der Niedergang des Kybernetik-Rezeption mag in der Politik bzw. (eingeschränkten) Öffentlichkeit der DDR stattgefunden haben, nicht aber auch in der Wissenschaft. Andersherum stellt sich die Frage, ob die Auseinandersetzung mit der Kybernetik nicht deutlich an Innovativität verloren hat, wenn sie auch dann noch stattfindet, obwohl dieser Wissenschaftszweig eigentlich international schon an Bedeutung verloren hat. Insofern mag man die These vertreten, dass die DDR-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler zu lange an einem Konzept festgehalten haben, welches andernorts – zumindest auf der Ebene einer Metareflexion – bereits abgehandelt war bzw. in die Anwendung übergegangen war. Damit büßte die DDR-Philosophie das innovative Potenzial, was sie zumindest zeitweise ausgezeichnet hatte, wieder ein. Um diese Frage einer genaueren Untersuchung zu unterziehen, wären weitere Studien nötig, die nicht nur die Wissenschaftswissenschaft ausführlich untersuchen, sondern auch andere Rezeptionszweige des systemischen Denkens betrachten. Zu denken wäre hier etwa an den Forschungsbereich Dialektischen Materialismus am Zentralinstitut für Philosophie der DAW, wo unter der Leitung von Camilla Warnke ein Projekt zur Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Systemdenken angesiedelt war. Auch die Untersuchung der Arbeiten des Philosophen Peter Ruben, der in den 1980er Jahren aufgrund eines Revisionismus-Vorwurfs ein Arbeitsverbot erhielt, wären in diesem Zusammenhang weiterführend. Neben diesen, auch in der Philosophie angesiedelten Richtungen, in denen an den systemischen Denkstil angeknüpft wurde, scheint auch das Engagement der DDR beim Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse interessant, um eine vielversprechende Erweiterung der hier vorgelegten Studie liefern zu können. Durch den internationalen Charakter des Instituts wäre dies ein Ansatzpunkt, um die Rezeption des systemischen Denkens auch international vergleichend differenzierter bewerten zu können.

Die vorliegende Arbeit zeichnet nicht nur eine Geschichte des systemischen Denkens in der DDR nach. Sie stellt zugleich auch den Versuch dar, die Überlegungen zur Historisierung des Konzepts der Wissensgesellschaft am Beispiel der DDR empirisch zu analysieren, also eine Geschichte der ‚Wissensgesellschaft DDR‘ zu schreiben. Sie behandelt ebenso ideengeschichtliche Aspekte der Geschichte der DDR, wie sie nach Akteurinnen und Akteuren sowie Institutionen fragt. Der Versuch einer symmetrischen Betrachtung dieser Aspekte, der sich aus der theoretischen Perspektive ergab, die Analyse von Denkkollektiven und Denkstilen mit den Überlegungen zur Historisierung der Wissensgesellschaft zu verbinden, hat gezeigt, dass das systemische Denken in der DDR mehr war als nur Bestandteil einer neuen Wissenschaftsdisziplin. Flankiert von strukturellen, wissenschaftspolitischen Maßnahmen schuf die SED eine wissenschaftliche Atmosphäre, die sich der Auseinandersetzung mit Kybernetik und Systemtheorie nicht länger verschloss, sondern dieser sogar den Weg ebnete und sie schließlich in ihr Wissenschaftsverständnis integrierte. Mit Hilfe der Denkstilanalyse habe ich diese Verbindungen aufzeigen können und zudem dargelegt, dass sich der systemische Denkstil in der DDR nicht auf die Kybernetik reduzieren lässt, sondern ihr Erfolg vor allem auf der Integration systemtheoretischer Sichtweisen beruhte. Dies stellte zugleich einen gewichtigen Unterschied der Rezeption des systemischen Denkens im Vergleich zu anderen nationalen Kontexten dar: Obwohl die Kybernetik auch in anderen Staaten mit dem Anspruch auftrat, eine neue Universalwissenschaft bereitzustellen, kam sie diesem Anspruch nur in wenigen Ländern so nahe wie in der DDR, wo sie zumindest in der Hochphase ihrer Rezeption, den 1960er Jahren, eine enge Verbindung mit dem staatlichen Wissenschaftsverständnis einging.

## Verzeichnis der Abkürzungen

AdW der DDR	Akademie der Wissenschaften der DDR (1972 erfolgte Umbenennung der DAW)
AMLO	Akademie für marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft
BBAW	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften (1972 in AdW der DDR umbenannt)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DZfPh	Deutsche Zeitschrift für Philosophie
FSU	Friedrich-Schiller-Universität Jena
HU	Humboldt-Universität Berlin
IASA	International Institute for Applied Systems Analysis (Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse), Laxenburg, Österreich
IM	Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit
IWTO	Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation (der Akademie der Wissenschaften der DDR)
KMU	Karl-Marx-Universität Leipzig
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MEW	Marx-Engels-Werke
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR
MIT	Massachusetts Institute of Technology
MPI	Max-Planck-Institut
MWT	Ministerium für Wissenschaft und Technik
NÖS, auch: NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NÖSPL, auch: NÖS	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
RDV	Elektronische Datenverarbeitung
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPK	Staatliche Planungskommission der DDR
Stasi	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
VEB	Volkseigener Betrieb
WTR	Wissenschaftlich-technische Revolution
ZI	Zentralinstitut (der Akademie der Wissenschaften der DDR)
ZK	Zentralkomitee der SED
ZKI	Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse (der Akademie der Wissenschaften der DDR)

## Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen esoterischen und exoterischen Denkkollektiven (eigene Grafik) .....	35
Abbildung 2: Übersicht über die in der Konzeption der Expertengruppe definierten Ebenen kybernetischer Forschung .....	240
Abbildung 3: Artikel zum systemischen Denken in der <i>DZfPh</i> , 1960-1979	253
Abbildung 4: Artikel zu Kybernetik und Systemtheorie in der <i>DZfPh</i> , 1960 bis 1979	254
Abbildung 5: Darstellung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, Grafik aus Klaus/Thiel: Über die Existenz kybernetischer Systeme in der Gesellschaft, in: <i>DZfPh</i> 10 (1962), S. 44.....	273
Abbildung 6: Darstellung des Neuen Ökonomischen Systems als Blockdiagramm, Grafik aus Wüstneck: Der kybernetische Charakter des NÖS, in: <i>DZfPh</i> 13 (1965), S. 23 .....	290
Abbildung 7: Artikel zum Thema ‚Kybernetik‘ in der Zeitschrift <i>Einheit</i> .....	304
Abbildung 8: Artikel in der <i>Einheit</i> , 1958-1972.....	305
Abbildung 9: Vergleich der Artikelanzahl in <i>DZfPh</i> und <i>Einheit</i> , 1955-1975	307

## Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen Handlungstypus, Material und Theorieebene	47
Tabelle 2: Übersicht über Tagungen zum systemischen Denken, 1961-1970	218
Tabelle 3: Übersicht über die in die Sektion für Kybernetik berufenen Wissenschaftler	228

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Archivalien

#### Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

ABBAW A 99.

ABBAW A 108.

ABBAW A 109.

ABBAW A 111.

ABBAW A 118.

ABBAW A 119.

ABBAW A 122.

ABBAW A 179.

ABBAW A 210.

ABBAW A 595.

ABBAW A 1039.

ABBAW Adlh. C 2249/1.

ABBAW Adlh. C 2250.

ABBAW NSch. A 602.

ABBAW, Bestand Akademieleitung 224.

ABBAW, Bestand Akademieleitung 345.

ABBAW, Nachlass Georg Klaus.

ABBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen  
VA 6167.

ABBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen  
VA 6177.

ABBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen  
VA 9510.

ABBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen  
VA 9511

ABBAW, Wissenschaftliches Sekretariat des Präsidenten, Vertrauliche Dienstsachen  
VA 9512

**Archiv der Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)**

BStU, MfS XV 4077/64 „Rehbein“, Bd. I und II.

BStU, MfS, AIM, Nr. 481/78.

**Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin**

PA nach 1945, Sig. Georg Klaus.

Philosophische Fakultät – Dekanat 6.

**Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde**

DF 4/7908.

**Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), Berlin-Lichterfelde**

SAPMO-BArch DY 30/3306.

SAPMO-BArch DY 30/3318.

SAPMO-BArch DY 30/IV 1/VI/18.

SAPMO-BArch DY 30/IV 2/1.01/379.

SAPMO-BArch DY 30/IV 2/9.04/159.

SAPMO-BArch DY 30/IV 2/9.10/5.

SAPMO-BArch DY 30/IV 2/9.10/8.

SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/6.07/87.

SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/9.08/46.

**Interviews**

Interview mit Reinhard Mocek, geführt am 13. Januar 2006 in Berlin.

Interview mit Herbert Hörz, geführt am 4. Juli 2007 in Berlin.

Interview mit Heinz Liebscher, geführt am 6. November 2007 in Berlin.

Interview mit Klaus Fuchs-Kittowski, geführt am 10. November 2007 und 6. August 2008 in Berlin.

## Literatur und gedruckte Quellen

- Abele, Johannes: Großforschung in der DDR. Das Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf in den siebziger Jahren, in: Ritter, Gerhard A./Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den ‚langen‘ siebziger Jahren, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 316-338.
- Abele, Johannes: Innovation, Fortschritt, Geschichte, in: ders./Gerhard Barkleit/Thomas Hänseroth (Hg.): Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland, Köln u.a. 2001, S. 9-19.
- Abele, Johannes: Modernisierung der Industriegesellschaft. Hochschulpolitik in der DDR, in: Hänseroth, Thomas (Hg.): Wissenschaft und Technik. Studien zur Geschichte der TU Dresden, Köln u.a. 2003, S. 171-187.
- Albrecht, Edo: Theoretische Fragen der Entwicklung der Leitungswissenschaften, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 21 (1973), S. 418-438.
- Albrecht, Erhard: Ein schöpferischer Beitrag zur marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie. Rezension zu Klaus: Spezielle Erkenntnistheorie, in: Einheit 20 (1965), Heft 12, S. 114-119.
- Albrecht, Erhard: Rezension zu Klaus: Spieltheorie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 17 (1969), S. 1258-1264.
- Albrecht, Erhard: Über das Verhältnis von marxistisch-leninistischer Philosophie und Kybernetik, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 20 (1972), S. 1388-1396.
- Analyse der politischen Situation an der Akademie der Wissenschaften vom 1. Dezember 1956 (Dokument 111), gedruckt in: Malycha, Andreas (Hg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte, 1945-1961, Altenburg 2003, S. 426-432.
- Arbeitsgruppe ‚Philosophie und Kybernetik‘: Stellungnahme zur Kritik der 10. ZK-Tagung von Genossen Heinz Liebscher, in: Spektrum. Mitteilungsblatt der DAW 1 (1969), zit. nach: Liebscher, Heinz: Fremd- oder Selbstregulation? Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie, Berlin 1995, S. 173f.
- Art. ‚Kybernetik‘, in: Klaus, Georg (Hg.): Wörterbuch der Kybernetik, Berlin 1967, S. 324-329.
- Art. ‚System‘, in: Grimm, Jacob/Wilhelm Grimm (Hg.): Deutsches Wörterbuch, Leipzig 1854-1960, Bd. 20, Sp. 1433-1444.
- Art. ‚Wissenschaftliche Räte der DDR für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung‘, in: Bader, Heinrich u.a. (Hg.): Ökonomisches Lexikon, Bd. 3, Berlin 1980, S. 676-680.

- Ash, Mitchell: Verordnete Umbrüche, konstruierte Kontinuitäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), S. 903-923.
- Ash, Mitchell: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: vom Bruch, Rüdiger/Brigitte Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32-51.
- Ash, Mitchell: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 11-46.
- Ash, Mitchell: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR – Ansätze zu einer Neubetrachtung, in: Weisemann, Karin/Peter Kröner/Richard Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik – Genetik und Humangenetik in der DDR (1949-1989), Münster 1997, S. 1-25.
- Ash, Mitchell: Wissenschaftswandel in Zeiten politischer Umwälzungen: Entwicklungen, Verwicklungen, Abwicklungen, in: NTM – Internationale Zeitschrift für Geschichte und Ethik der Naturwissenschaften, Technik und Medizin 3 (1995), S. 1-21.
- Aumann, Philipp: Mode und Methode. Die Kybernetik in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2009.
- Baecker, Dirk (Hg.): Schlüsselwerke der Systemtheorie, Wiesbaden 2005.
- Banse, Gerhard/Siegfried Wollgast (Hg.): Philosophie und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Festschrift für Herbert Hörz, Berlin 2003.
- Bartz, Olaf: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957 bis 2007, Stuttgart 2007.
- Beattie, Andrew H.: Playing Politics with History. The Bundestag Inquiries into East Germany, New York 2009.
- Bell, Daniel: The Coming of the Post-Industrial Society, New York 1973.
- Belwe, Katharina: Editorial zum Heft „Wissensgesellschaft“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2001, Nr. B36, online unter <http://www.bpb.de/publikationen/ZVM3NO,0,Editorial.html>, letzter Abruf 18.6.2011.
- Bense, Max: Philosophie als forschung, in: Pädagogik 2 (1947), S. 21-23.
- Berger, Peter/Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, 20. Aufl. Frankfurt am Main 2004.
- Berger, Silvia: Bakterien in Krieg und Frieden. Eine Geschichte der medizinischen Bakteriologie in Deutschland, 1890-1933, Göttingen 2009.
- Berger, Wolfgang: Die politische Ökonomie des Sozialismus – eine Anleitung zum Handeln, in: Einheit 25 (1970), Heft 3, S. 259-265.



- Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 17. bis 22. April 1967. Beschlüsse und Dokumente, Bd. 4, Berlin 1967.
- Bericht zum Ablauf einer Besprechung von Vertretern der Akademie der Wissenschaften und des Zentralamtes für Forschung und Technik beim Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, über Probleme der Akademie am 26. November 1952 (Dokument 96), gedruckt in: Malycha, Andreas (Hg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte, 1945-1961, Altenburg 2003, S. 426-432.
- Bernhardt, Dieter: Philosophische Probleme der modernen Biologie, in: Einheit 17 (1962), Heft 1, S. 157-160.
- Bertalanffy, Ludwig von: Das biologische Weltbild, Bern 1949.
- Bertalanffy, Ludwig von: Theoretische Biologie, Bern 1932.
- Bertalanffy, Ludwig von/Walter Beier/Reinhard Laue: Biophysik des Fließgleichgewichts, 2. Auflage Berlin 1977 [Braunschweig 1953].
- Bessel, Richard/Ralph Jessen: Einleitung: Die Grenzen der Diktatur, in: Bessel, Richard/Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 7-23.
- Biagioli, Mario: Science, Modernity, and the ‚Final Solution‘, in: Friedlander, Saul (Hg.): Probing the Limits of Representation. Nazism and the ‚Final Solution‘, Cambridge 1992, S. 195-205.
- Bielka, Heinz/Rainer Hohlfeld: Biomedizin, in: Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 79-142.
- Biographie Heinz Liebscher, in: Dittmann, Frank/ Rudolf Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin 2007, S. 454f.
- Birjukow, B.W./W.N. Swinziki: Kybernetik und Philosophie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 12 (1964), S. 738-748.
- Bleek, Wilhelm/Lothar Mertens: DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat, Opladen 1994.
- Bluma, Lars: Norbert Wiener und die Entstehung der Kybernetik im Zweiten Weltkrieg, Münster 2005.
- Börner, Manfred: Ist die Wissenschaft Produktivkraft? Rezension zu Kosel: Produktivkraft Wissenschaft, in: Einheit 3 (1958), S. 442-448.
- Bower, Tom: Verschwörung Paperclip. NS-Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte, München 1988.

- Bowker, Geof: How to be universal: Some Cybernetic Strategies, 1943-70, in: *Social Studies of Science* 23 (1993), S. 107-127.
- Broszat, Martin/Hermann Weber (Hg.): *SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, München 1993.
- Buhr, Manfred (Hg.): *Philosophie – Wissenschaften: Zum Wirken von Georg Klaus*, Berlin 1984.
- Burke, Peter: *Papier und Marktgeschrei. Die Geburt der Wissensgesellschaft*, Berlin 2001.
- Burrichter, Clemens: Auf dem Weg zur ‚Produktivkraft Wissenschaft‘. Essayistische Bemerkungen zu einer wissenschaftstheoretischen Untersuchung im Rahmen einer gesellschaftswissenschaftlichen DDR-Forschung, in: Burrichter, Clemens/Gerald Diesener (Hg.): *Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“*, Leipzig 2002, S. 15-38.
- Burrichter, Clemens: Thesen zur wissenschaftlich-technischen Revolution. Problematik und Rezeption, in: Ludz, Peter Christian (Hg.): *Wissenschaftlich-technische Revolution und industrieller Arbeitsprozeß. Neunte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik*, 8. bis 11. Juni 1976, Köln 1976, S. 75-78.
- Büschel, Hubertus: *Die volkseigenen Akten – materielle und diskursive ‚Spuren‘ staatlicher Archive in der DDR*. Arbeitspapier, Bielefeld 2005.
- Busse, Stefan: Interview mit Friedhart Klix, in: Busse, Stefan: *Psychologie im Real-Sozialismus. DDR-Psychologen im Interview*, Pfaffenweiler 1996, S. 127-150.
- Caldwell, Peter: *Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the German Democratic Republic*, Cambridge 2003.
- Chołuj, Bożena/Jan C. Joerden (Hg.): *Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion. Ludwik Fleck und seine Bedeutung für die Wissenschaft und Praxis*, Frankfurt am Main 2007.
- Cohen, Robert/Thomas Schnelle (Hg.): *Cognition and Fact. Materials on Ludwik Fleck*, Dordrecht 1986.
- Connelly, John: Humboldt im Staatsdienst. Ostdeutsche Universitäten 1945-1989, in: Ash, Mitchell (Hg.): *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Köln/Wien/Weimar 1999, S. 80-104.
- Couffignal, Louis: *Denkmaschinen. Mit einem Vorwort von Max Bense*, Stuttgart 1955 [1952].
- Dammaschke, Mischka: Übergreifender Diskurs und Grenzüberschreitungen: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Interview mit Mischka Dammaschke, in: *Hochschule Ost. Politisch-akademisches Journal aus Ostdeutschland* 4 (1997), S. 21-27.

- Daniel, Ute: Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt am Main 2001.
- de Chadarevian, Soraya: Using Interviews to Write the History of Science, in: Söderqvist, Thomas (Hg.): The Historiography of Contemporary Science and Technology, Amsterdam 1997, S. 51-70.
- Die Erlanger Werkstattgespräche des IGW, in: Utopie kreativ 89 (1998), S. 39-47.
- Die marxistisch-leninistische Soziologie. Interview mit Erich Hahn, in: Einheit 25 (1970), Heft 2, S. 195-202.
- Dittmann, Frank: Kybernetik in der DDR, in: ders./Rudolf Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin 2007, S. 13-42.
- Dittmann, Frank/Rudolf Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin 2007.
- Drehse, Volker/Walter Sparn: Die Moderne, in: dies. (Hg.): Vom Weltbildwandel zur Weltanschauungsanalyse. Krisenwahrnehmung und Krisenbewältigung um 1900, Berlin 1996, S. 11-29.
- Dülmen, Richard van/Sina Rauschenbach (Hg.): Macht des Wissens. Die Entstehung der modernen Wissensgesellschaft, Köln/Weimar/Wien 2004.
- Dülmen, Richard van/Sina Rauschenbach: Einleitung, in: dies. (Hg.): Macht des Wissens. Die Entstehung der modernen Wissensgesellschaft, Köln/Wien/Weimar 2004, S. 1-8.
- Dumont, Kitty: Das Jenaer Institut für Psychologie 1962 bis 1989, in: Hoßfeld, Uwe/Tobias Kaiser/Heinz Mestrup: Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990), Bd. 2, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 1799-1815.
- Ebert, Georg u.a.: Zur wachsenden Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei im ökonomischen System des Sozialismus, in: Einheit 25 (1970), Heft 9, S. 1139-1148.
- Eckardt, Michael: Angewandte Wissenschaftsrevision. Überschneidungen und Parallelen im Schaffen von Max Bense und Georg Klaus, in: Humankybernetik. Grundlagenstudien aus Kybernetik und Geisteswissenschaft 43 (2002), S. 143-152.
- Eckardt, Michael: Bemerkungen zu einem Brief von Georg Klaus an Max Bense, in: Fuchs-Kittowski, Klaus/Siegfried Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften. Georg Klaus zum 90. Geburtstag, Berlin 2004, S. 390-392.
- Eckardt, Michael: Der Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Georg Klaus, in: Deutschland-Archiv 35 (2002), S. 544-552.

- Eckardt, Michael: Philosophie und Philosophen in Jena: Max Bense und Georg Klaus, in: Weißbecker, Manfred (Hg.): Gewalten, Gestalten, Erinnerungen. Beiträge zur Geschichte der FSU Jena in den ersten Jahren nach 1945, S. 51–69.
- Egloff, Rainer: Leidenschaft und Beziehungsprobleme: Ludwik Fleck und die Soziologie, in: Chołuj, Bożena/Jan C. Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion. Ludwik Fleck und seine Bedeutung für die Wissenschaft und Praxis, Frankfurt am Main 2007, S. 79-93.
- Eichhorn I, Wolfgang: Wissenschaft und Sozialismus, in: Einheit 24 (1969), Heft 8, S. 913-923.
- Eichhorn, Wolfgang: Georg Klaus – persönlich Erlebtes, in: Fuchs-Kittowski, Klaus/Siegfried Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften. Georg Klaus zum 90. Geburtstag, Berlin 2004, S. 371-374.
- Elbe, Ingo: Zwischen Marx, Marxismus und Marxismen. Lesarten der Marxschen Theorie, in: Hoff, Jan u.a. (Hg.): Das Kapital neu lesen: Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster 2006, S. 52-71.
- Engels, Friedrich: Dialektik der Natur, in: Marx-Engels-Werke Bd. 20, Berlin 1962, S. 509-520.
- Ernst, Anna-Sabine: Doppelstaatsbürger von Partei und Fach? Das soziale und politische Profil der DDR-Medizinprofessoren in den 50er Jahren, in: Hochschule Ost. Politisch-akademisches Journal aus Ostdeutschland 2 (1997), S. 25-38.
- Erster Studienplan Philosophie (1951), gedruckt in: Gerhardt, Volker/Hans-Christoph Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie: Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern, Berlin 2001, S. 518-521.
- Etzemüller, Thomas: Sozialgeschichte als politische Geschichte: Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001.
- Fehr, Johannes: Vielstimmigkeit und der wissenschaftliche Umgang damit. Ansätze zu einer Fleck'schen Philologie, in: Egloff, Rainer (Hg.): Tatsache – Denkstil – Kontroverse. Auseinandersetzungen mit Ludwik Fleck, Zürich 2005, S. 33-45.
- Fichtner, Norbert: Gesellschaftliche Aspekte von Information und Erkenntnis, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 22 (1974), S. 968-984.
- Fiedler, Frank/Günter Klimaszewsky/Günter Söder: Das Verhältnis der marxistisch-leninistischen Philosophie zu den Einzel- und Strukturwissenschaften, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 20 (1972), S. 1309-1336.
- Fix, Ulla: Rituelle Kommunikation im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR und ihre Begleitumstände. Möglichkeiten und Grenzen der selbstbestimmten und mitbestimmten Kommunikation in der DDR, in: Lerchner, Gotthard (Hg.): Sprachgebrauch im Wan-

- del: Anmerkungen zur Kommunikationskultur in der DDR vor und nach der Wende, Frankfurt am Main 1992, S. 3-99.
- Fleck, Ludwik: Das Problem einer Theorie des Erkennens [1936], in: ders.: Erfahrung und Tatsache. Gesammelte Aufsätze. Mit einer Einleitung hg. von Lothar Schäfer und Thomas Schnelle, Frankfurt am Main 1983, S. 84-127.
- Fleck, Ludwik: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. Mit einer Einleitung herausgegeben von Lothar Schäfer und Thomas Schnelle, Frankfurt am Main 1980 [1935].
- Florath, Bernd: Rückantworten an die „Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten“. Wolfgang Harich ohne Schwierigkeiten mit der Wahrheit, in: Utopie kreativ 48 (1994), S. 58-73.
- Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Broszat, Martin/Hermann Weber (Hg.): SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, 2. Aufl. München 1993, S. 7-69.
- Fortner, Hans: Rezension zu Couffignal: Denkmaschinen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4 (1956), Heft 3, S. 371-375.
- Förtch, Eckardt: Kommentar zu den Beiträgen von Peter Nötzoldt und Conrad Grau, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990, Berlin 2002, S. 91-94.
- Förtch, Eckardt: Wissenschafts- und Technologiepolitik in der DDR, in: Hoffmann, Dieter/Kristie Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 17-33.
- Franz, Dietrich E./Alfred Lange/Werner Tschannerl: Dialektisch-materialistische Systemauffassung und die Gestaltung des Systems des Sozialismus in der DDR, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 18 (1970), S. 155-173.
- Friedrich, Gerd: Zur Wirkung der ökonomischen Hebel im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Einheit 18 (1963), Heft 7, S. 18-28.
- Frolow, Ivan T.: Zuchtwahl und Finalität, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 7 (1959), S. 540-561.
- Fuchs-Kittowski, Klaus: Kybernetik und Information als theoretische Grundlage der Automation der Informationsverarbeitung, in: Scheel, Heinrich (Hg.): Philosophie – Wissenschaften. Zum Wirken von Georg Klaus, Berlin 1984, S. 75-89.
- Fuchs-Kittowski, Klaus/Siegfried Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften. Georg Klaus zum 90. Geburtstag, Berlin 2004.

- Fuchs-Kittowski, Klaus/Siegfried Piotrowski: Vorbemerkungen, in: Fuchs-Kittowski, Klaus/Siegfried Piotrowski (Hg.): *Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften. Georg Klaus zum 90. Geburtstag*, Berlin 2004, S. 11-15, S. 12.
- Galison, Peter: *Die Ontologie des Feindes. Norbert Wiener und die Vision der Kybernetik*, in: Hagner, Michael (Hg.): *Ansichten der Wissenschaftsgeschichte*, Frankfurt am Main 2001, S. 433-485.
- Gerhardt, Volker/Hans-Christoph Rauh (Hg.): *Anfänge der DDR-Philosophie: Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern*, Berlin 2001.
- Gerhardt, Volker/Hans-Christoph Rauh: Vorwort, in: dies. (Hg.): *Anfänge der DDR-Philosophie: Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern*, Berlin 2001, S. 7-29.
- Gerisch, Rudolf/Helmut Koziol/Wolfgang Salecker: *Marxistisch-lenin-istische Organisationswissenschaft*, in: *Einheit* 23 (1968), Heft 7, S. 816-825.
- Gerovitch, Slava: *Die Beherrschung der Welt. Die Kybernetik im Kalten Krieg*, in: *Osteuropa* 10 (2009), S. 43-56.
- Gerovitch, Slava: *From Newspeak to Cyberspeak. A History of Soviet Cybernetics*, Cambridge (Mass.) 2002.
- Gerovitch, Slava: *Love-Hate for Man-Machine Metaphors in Soviet Physiology: from Pavlov to ‚physiological cybernetics‘*, in: *Science in Context* 15 (2002), S. 339-374.
- Gerovitch, Slava: *Roman Jakobson und die Kybernetisierung der Linguistik in der Sowjetunion*, in: Hagner, Michael/Erich Hörl (Hg.): *Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik*, Frankfurt am Main 2008, S. 229-274.
- Gerovitch, Slava: *Striving for Optimal Control: Soviet Cybernetics as a ‚Science of Government‘*, in: Levin, Miriam R. (Hg.): *Cultures of Control*, Amsterdam u.a. 2000, S. 247-264.
- Gestwa, Klaus/Stefan Rhodenwald: *Verflechtungsstudien. Naturwissenschaft und Technik im Kalten Krieg*, in: *Osteuropa* 10 (2009), S. 5-14.
- Gibbons, Michael (Hg.): *The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*, London 1994.
- Gläser, Jochen/Werner Menske: *Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? Erfahrungen mit der Akademie der Wissenschaften der DDR*, Frankfurt am Main/New York 1996.
- Gordin, Mark/Walter Grunden/Mark Walker/Zuoyue Wang: *‚Ideologically correct‘ science*, in: Walker, Mark (Hg.): *Science and Ideology. A Comparative History*, London/New York 2003, S. 35-65.
- Goschler, Constantin: *Rudolph Virchow. Mediziner, Anthropologe, Politiker*, Köln 2002.

- Großmann, Thomas: Tagungsbericht ‚DDR-Geschichte in Forschung und Lehre. Bilanz und Perspektiven‘. 23.09.2010-24.09.2010, Berlin, in: H-Soz-u-Kult, 04.11.2010, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungs-berichte/id=3353>>, letzter Abruf 11.8.2011.
- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschland 1959, gedruckt in: Miller, Susanne/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, 7. Aufl. Bonn 1991, S. 407-420.
- Hager, Kurt: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, 2. Aufl. Berlin 1972 [1971].
- Hager, Kurt: Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 30. April 1969, S. 3-7.
- Hager, Kurt: Leninismus und entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus, in: Einheit 25 (1970), Heft 4, S. 408-418.
- Hager, Kurt: Wissenschaft und Weltanschauung, in: Die Einheit 13 (1958), Heft 1, S. 32-50.
- Hagner, Michael: Bilder der Kybernetik: Diagramm und Anthropologie, Schaltung und Nervensystem, in: Heßler, Martina (Hg.): Konstruierte Sichtbarkeiten. Wissenschafts- und Technikbilder seit der Frühen Neuzeit, München 2006, S. 383-404.
- Hagner, Michael: Vom Aufstieg und Fall der Kybernetik als Universalwissenschaft, in: Hagner, Michael/Erich Hörl (Hg.): Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik, Frankfurt am Main 2008, S. 38-71.
- Hagner, Michael/Erich Hörl (Hg.): Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik, Frankfurt am Main 2008.
- Halbritter, Walter: Die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus, in: Einheit 24 (1969), Heft 9/10, S. 1138-1148.
- Halbritter, Walter: Zum Systemcharakter der Verwirklichung der ökonomischen Gesetze, in: Einheit 25 (1970), Heft 3, S. 266-274.
- Hall, Stuart: Kodieren/Dekodieren, in: Bromley, Roger/Udo Göttlich/Carsten Winter (Hg.): Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung, Lüneburg 1999, S. 92-110.
- Harig, Gerhard: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren gesellschaftlichen Produktivkraft, in: ders./Hermann Neels (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft. Materialien der wissenschaftlichen Tagung des Prorektors für Forschungsangelegenheiten der Karl-Marx-Universität zum 10. Jahrestag ihrer Namensgebung am 3. und 4. Mai 1963, Leipzig 1963, S. 1-47.
- Harig, Gerhard/Hermann Neels: Einleitung, in: dies. (Hg.): Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft. Materialien der wissenschaftlichen Tagung

- des Prorektorats für Forschungsangelegenheiten der Karl-Marx-Universität zum 10. Jahrestag ihrer Namensgebung am 3. und 4. Mai 1963, Leipzig 1963, S. I-VI.
- Harwood, Jonathan: Review: Ludwik Fleck and the sociology of knowledge, in: *Social Studies of Science* 16 (1986), S. 173-187.
- Haupt, Heinz-Gerhard/Jörg Requate (Hg.): *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004.
- Haupt, Heinz-Gerhard/Jörg Requate: Einleitung, in: dies. (Hg.): *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004, S. 7-28.
- Hedfors, Eva: *Reading Fleck. Questions on Philosophy and Science*, Diss. Stockholm 2006, online unter: <http://www.dissertations.se/dissertation/6bd72b214a/>, letzter Abruf 12.8.2011.
- Heidenreich, Martin: Die Debatte um die Wissensgesellschaft, in: Bösch, Stefan/Ingo Schulz-Schaeffer (Hg.): *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft*, Wiesbaden 2003, S. 25-51.
- Heidtmann, Reinhard/Grudrun Richter/Gerda Schnauß/ Carmilla Warnke: *Marxistische Gesellschaftsdialektik oder ‚Systemtheorie der Gesellschaft‘?*, Berlin 1977.
- Heims, Steve: *The Cybernetics Group*, Cambridge (Mass.) 1991.
- Herber, Richard: Wesen und Entwicklung der wissenschaftlich fundierten Leitungstätigkeit der SED, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 3, S. 291-301.
- Herbst, Andreas/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: *So funktionierte die DDR*, Bd. 3: *Lexikon der Funktionäre*, Reinbek 1994.
- Herold, Rudolf/Erich Thieler: Über das Verhältnis von Ökonomie und Politik bei der Leitung unsere sozialistischen Aufbaus, in: *Einheit* 14 (1959), Heft 1, S. 67-77.
- Herzberg, Guntolf: *Abhängigkeit und Verstrickung: Studien zur DDR-Philosophie*, Berlin 1996.
- Herzberg, Guntolf: Lautes oder lauter Schweigen? Über die Schwierigkeiten der Philosophen, die DDR-Philosophie aufzuarbeiten, in: *Hochschule Ost* 3 (1998), S. 24-31.
- Herzberg, Guntolf: *Porträt Manfred Buhr*, in: ders.: *Aufbruch und Abwicklung. Neue Studien zur Philosophie in der DDR*, Berlin 2000, S. 68-76.
- Herzberg, Guntolf/Klaus Meier: *Karrieremuster. Wissenschaftlerportraits*, Berlin 1992.
- Heuer, Uwe-Jens/Gerhard Schulz: Lenin und die wissenschaftliche Leitung der sozialistischen Gesellschaft, in: *Einheit* 25 (1970), Heft 5, S. 672-676.



- Heyden, Günter u.a. (Red.): Sozialismus – Wissenschaft – Produktivkraft. Über die Rolle der Wissenschaft beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1963.
- Heyden, Günter: Internationales philosophisches Seminar in Sofia, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 7 (1959), S. 128-137.
- Hoffmann, Deiter/Kristie Macrakis: Vorwort, in: dies. (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 9-15.
- Holz, Hans Heinz (Hg.): Zwischen Wiener Kreis und Marx. Walter Hollitscher (1911-1986), Wien 2003.
- Hörl, Erich: Parmenideische Variationen: McCulloch, Heidegger und das kybernetische Ende der Philosophie, in: Pias, Claus (Hg.): Cybernetics – Kybernetik. The Macy-Conferences 1946-1953, Bd. 2, Zürich/Berlin 2004, S. 185-201.
- Hörl, Erich/Michael Hagner: Überlegungen zur kybernetischen Transformation des Humanen, in: dies. (Hg.): Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik, Frankfurt am Main 2008, S. 7-37.
- Horstmann, Hubert: Der Systembegriff und seine Bedeutung für die philosophische Forschung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 17 (1969), S. 731-744.
- Hörz, Herbert: Die Bedeutung statistischer Gesetze für die Gesellschaftswissenschaften, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 21 (1973), S. 174-189.
- Hörz, Herbert: Für eine schöpferische Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaftlern und marxistischen Philosophen, in: Einheit 19 (1964), Heft 1+ 2, S. 93-103, S. 91-106.
- Hörz, Herbert: Kognitive Psychologie im interdisziplinären Kontext – Laudation für Friedhart Klix, in: Krause, Bodo/Werner Krause (Hg.): Psychologie im Kontext der Naturwissenschaften. Beiträge zur menschlichen Informationsverarbeitung. Festschrift für Friedhart Klix, Berlin 2004, S. 14.
- Hörz, Herbert: Kybernetik als Philosophieersatz?, in: Dittmann, Frank/Rudolf Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin 2007, S. 135-168.
- Hörz, Herbert: Lebenswenden. Vom Werden und Wirken eines Philosophen vor, in und nach der DDR, Berlin 2005.
- Hörz, Herbert: Philosophie und Einzelwissenschaften, in: Wessel, Karl Friedrich (Hg.): Wissenschaft und Persönlichkeit. Festschrift für Hermann Ley, Berlin 1982, S. 102-109.
- Hörz, Herbert: Philosophie und Naturwissenschaft, in: Sitzungsberichte der AdW 10 (1983), S. 8-16.
- Hunt, Linda: Secret agenda: The United States government, Nazi scientists, and project paperclip, 1945 to 1990, New York 1991.

- Jacob, Horst: Gibt es eine zweite industrielle Revolution?, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 6 (1958), S. 517-549.
- Jäger, Siegfried: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reiner u.a. (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorie und Methoden, 2. Auflage Wiesbaden 2006, S. 83-114.
- Jarausach, Konrad: ‚Die Teile als Ganzes erkennen‘. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), (online unter <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jarausach-1-2004>, letzter Abruf 28.4.11).
- Jarausach, Konrad: Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?, in: ders./Martin Sabrow (Hg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt am Main 2002, S. 9-37.
- Jarausach, Konrad/Martin Sabrow (Hg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt am Main 2002.
- Jaroschewskij, Michail: Die Kybernetik – eine neue ‚Wissenschaft‘ der Obskuranten, in: Neue Welt 7 (1952), S. 1193-1195.
- Jessen, Ralph: Akademie, Universitäten und ‚Wissenschaft als Beruf‘. Institutionelle Differenzierung und Konflikt im Wissenschaftssystem der DDR 1949-1968, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990, Berlin 2002, S. 95-113.
- Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen 1999.
- Jessen, Ralph: Die „Entbürgerlichung“ der Hochschullehrer in der DDR – Elitewechsel mit Hindernissen, in: Hochschule Ost. Politisch-akademisches Journal aus Ostdeutschland 4 (1995), S. 61-72.
- Jessen, Ralph: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von ‚Bürokratie‘ und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte, in: Lüdtke, Alf (Hg.): Akten, Eingaben, Schaufenster: die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 57-75.
- Jessen, Ralph: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstruktion des Hochschullehrerberufs in der SBZ/DDR, 1945-1969, in: Bessel, Richard/Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 76-107.
- Jessen, Ralph: Von den Vorzügen des Sozialismus und der deutschen Teilung. Kollaborationsverhältnisse im ostdeutschen Wissenschaftssystem der fünfziger Jahre, in: Weis-

- brod, Bernd (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, S. 39-52.
- Jessen, Ralph: Zur Sozialgeschichte der ostdeutschen Gelehrtschaft (1945-1970), in: Sabrow, Martin/Peter T. Walther (Hg.): Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, S. 121-143.
- Jessen, Ralph: Zwischen Bildungsökonomie und zivilgesellschaftlicher Mobilisierung. Die doppelte Bildungsdebatte der sechziger Jahre, in: Haupt, Heinz-Gerhard/Jörg Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004, S. 209-231.
- Jessen, Ralph/Jürgen John: Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Editorial, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 8 (2005), S. 7-24.
- Joerges, Bernward: Technische Normen – Soziale Normen?, in: Soziale Welt 40 (1989), S. 242-258.
- John, Michael: ‚Körperlich ebenbürtig...‘ – Juden im österreichischen Fußball, in: Schulze-Marmeling, Dietrich (Hg.): Davidstern und Lederball. Zur Geschichte der Juden im deutschen und internationalen Fußball, Göttingen 2003, S. 231-262.
- Kalweit, Werner: Eine gewisse Selbstregelung auf der Grundlage des Plans, in: Einheit 20 (1965), Heft 2, S. 105-108.
- Kapferer, Norbert (Hg.): Innenansichten ostdeutscher Philosophen, Darmstadt 1994.
- Kapferer, Norbert: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR, 1945-1988, Darmstadt 1990.
- Kapferer, Norbert: Die ‚philosophische Doppelexistenz‘. Ein Phänomen der DDR-Philosophie, in: Kapferer, Norbert (Hg.): Innenansichten ostdeutscher Philosophen, Darmstadt 1994, S. 140-154.
- Kay, Lily E.: Das Buch des Lebens. Wer schrieb den genetischen Code?, Frankfurt am Main 2000.
- Kedrow, Bonifatij Michailowitsch: Lenin über das Verhältnis von Wissenschaft und Technik, in: Einheit 25 (1970), Heft 4, S. 461-471.
- Keller, Evelyn Fox: Der Organismus: Verschwinden, Wiederentdeckung und Transformation einer biologischen Kategorie, in: Scheich, Elvira (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit: feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie, Hamburg 1996, S. 313-334.
- Keller, Evelyn Fox: Marrying the Premodern to the Postmodern. Computers and Organisms after World War II, in: Wise, Norton (Hg.): Growing Explanations. Historical Perspectives on Recent Science, Durham 2004, S. 181-198.

- Keller, Reiner: Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms, Wiesbaden 2011.
- Klare, Hermann (Hg.): Kybernetik in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft der DDR: Vorträge und Diskussionsbeiträge, gehalten auf der Konferenz der Kybernetik-Kommission beim Generalsekretär der DAW zu Berlin zum Thema „Die Bedeutung der Kybernetik für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ am 16. und 17. Oktober 1962 in Berlin, Berlin 1963.
- Klaus, Georg (Hg.): Wörterbuch der Kybernetik, Berlin 1967.
- Klaus, Georg: Bemerkungen zum derzeitigen Stand der marxistischen Philosophie in der Deutschen Demokratischen Republik und den Perspektiven ihrer weiteren Entwicklung. Text aus dem Nachlass mit einer Einleitung von Peter Ruben, in: Berliner Debatte Initial 5/6 (2002), S. 182-195.
- Klaus, Georg: Das Verhältnis von Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 8 (1960), S. 1266-1277.
- Klaus, Georg: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 11 (1963), S. 693-707.
- Klaus, Georg: Für und wider die Kybernetik, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 10 (1962), S. 582-600.
- Klaus, Georg: Kybernetik in philosophischer Sicht, Berlin 1961.
- Klaus, Georg: Kybernetik und Gesellschaft, Berlin 1964.
- Klaus, Georg: Kybernetik und Philosophie, in: Klare, Hermann (Hg.): Kybernetik in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft der DDR: Vorträge und Diskussionsbeiträge, gehalten auf der Konferenz der Kybernetik-Kommission beim Generalsekretär der DAW zu Berlin zum Thema „Die Bedeutung der Kybernetik für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ am 16. und 17. Oktober 1962 in Berlin, Berlin 1963, S. 15-27.
- Klaus, Georg: Schematische schöpferische und geistige Arbeit in kybernetischer Sicht, Teil I + II, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 9 (1961), S. 166-187, S. 344-357.
- Klaus, Georg: Spieltheorie in philosophischer Sicht, Berlin 1968.
- Klaus, Georg: Zu einigen Problemen der Kybernetik, in: Einheit 13 (1958), Heft 7, S. 1026-1040.
- Klaus, Georg/Gerda Schnauß: Kybernetik und sozialistische Leitung, in: Einheit 20 (1965), S. 93-104.
- Klaus, Georg/Heinz Liebscher (Hg.): Wörterbuch der Kybernetik, Bd. 1 und 2, Frankfurt am Main 1979.

- Klaus, Georg/Heinz Liebscher: Modernismus oder Wissenschaft? Kybernetik aus philosophischer Sicht – heute, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 21 (1973), S. 552-581.
- Klaus, Georg/Heinz Liebscher: Vorwort zur 1. Auflage, in: dies.: Was ist, was soll Kybernetik?, 9. Aufl. 1974 [Erstauflage 1964], S. 7-9.
- Klaus, Georg/Heinz Liebscher: Was ist, was soll Kybernetik?, 1. bis 8. Aufl. Leipzig/Jena/Berlin 1966 bis 1974.
- Klaus, Georg/Manfred Buhr (Hg.): Wörterbuch der Philosophie, Berlin 1964.
- Klaus, Georg/Rainer Thiel: Über die Existenz kybernetischer Systeme in der Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 10 (1962), S. 22-57.
- Klix, Friedhart: Information und Verhalten, Berlin 1971.
- Klotz, Hans/Klaus Rum: Über die Produktivkraft Wissenschaft, in: Einheit 18 (1963), Heft 2 + 3, S. 25-31, S. 40-49.
- Knoblauch, Hubert: Wissenssoziologie, Konstanz 2005.
- Knorr-Cetina, Karin: Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft, Frankfurt am Main 1984.
- Kocka, Jürgen: Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Historische DDR-Forschung: Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 9-26.
- Kocka, Jürgen: Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 435-459.
- Kocka, Jürgen/Peter Nötzold/Peter T. Walter: Die Berliner Akademien 1945-1990, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990, Berlin 2002, S. 365-457.
- Korenjuk, Nikolai: Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR als elitäre Korporation, in: Beyrau, Dietrich (Hg.): Im Dschungel der Macht: Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, Göttingen 2000, S. 65-83.
- Kosel, Gerhard: Produktivkraft Wissenschaft, Berlin 1957.
- Kosel, Gerhard: Unternehmen Wissenschaft. Die Wiederentdeckung einer Idee. Erinnerungen, Berlin 1989.
- Kosing, Alfred (Red.): Marxistische Philosophie. Lehrbuch, Berlin 1967.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003.
- Kreschnak, Horst/Harald Zimmer: Gegen die Entstellung des Verhältnisses marxistische Philosophie zur Kybernetik, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 17 (1969), S. 101-105, S. 102.

- Kriesel, Werner: Georg Klaus als ‚Kybernetikapost‘ – eine Begebenheit zum Verhältnis von G. Klaus und H. Ley, in: Fuchs-Kittowski, Klaus/Siegfried Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften. Georg Klaus zum 90. Geburtstag, Berlin 2004, S. 235-238.
- Kröber, Günter: Abschied oder Abstand von der Wissenschaftsforschung? Reminiszenzen, in: Utopie kreativ 89 (1998), S. 27-38.
- Kröber, Günter: Die Kategorie der Struktur, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 16 (1968), S. 1310-1324.
- Kröber, Günter: Lernen – Mitarbeiten – Fortführen, in: Sitzungsberichte der AdW 10 (1983), S. 17-25.
- Kröber, Günter: Strukturgesetz und Gesetzesstruktur, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 15 (1967), S. 202-216.
- Krohn, Wolfgang/Günter Küppers: Die Selbstorganisation der Wissenschaft, Frankfurt am Main 1989.
- Kurze Chronik der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1986.
- Küttler, Wolfgang: Formationstheorie zwischen Dogma und Wissenschaft, in: Utopie kreativ 74 (1996), S. 65-80.
- Kybernetik-Kommission beim Generalsekretär der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin: Denkschrift über die Bedeutung der Kybernetik für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Liebscher, Heinz: Fremd- oder Selbstregulation? Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie, Berlin 1995, S. 155-170.
- Laitko, Hubert: Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära, in: Hoffmann, Dieter/Kristie Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 35-57.
- Laitko, Hubert: Im Memoriam Hermann Ley, in: Rauh, Christoph/Peter Ruben (Hg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den sechziger Jahren, Berlin 2005, S. 367-378.
- Laitko, Hubert: Produktivkraft Wissenschaft, wissenschaftlich-technische Revolution und wissenschaftliches Erkennen, in: Rauh, Christoph/Peter Ruben (Hg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den sechziger Jahren, Berlin 2005, S. 451-540.
- Laitko, Hubert: Strategen, Organisatoren, Kritiker, Dissidenten. Verhaltensmuster prominenter Naturwissenschaftler der DDR in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, Berlin 2009 (Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 367).
- Laitko, Hubert: Umstrukturierung statt Neugründung: die dritte Hochschulreform der DDR, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 21 (1998), S. 143-158.

- Laitko, Hubert: Wissenschaftlich-technische Revolution. Akzente des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR, in: Utopie kreativ 73/74 (1996), S. 33-50.
- Laitko, Hubert: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis in der DDR. Facetten der fünfziger Jahre, in: Burrichter, Clemens/Gerald Diesener (Hg.): Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“, Leipzig 2002, S. 107-139.
- Laitko, Hubert: Zur Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung (Wissenschaftswissenschaft) in der DDR um 1970 – Die Gründung des IWTO, in: Genov, Nikolaj B. (Hg.): Soziologische Zeitgeschichte: Helmut Steiner zum 70. Geburtstag, Berlin 2007, S. 111-146.
- Landwehr, Achim: Das Sichtbare sichtbar machen. Annäherungen an ‚Wissen‘ als Kategorie historischer Forschung, in: ders. (Hg.): Geschichte(n) der Wirklichkeit. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte des Wissens, Augsburg 2002, S. 61-89.
- Landwehr, Achim: Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in Archiv für Kulturgeschichte 85 (2003), S. 71-117.
- Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse, Tübingen 2001.
- Lane, Robert E.: The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society, in: American Sociological Review 31 (1966), S. 649-662.
- Latour, Bruno: Laboratory life: the construction of scientific facts, 5. Aufl. Princeton (N.J.) 1986.
- Latour, Bruno: Where are the Missing Masses? The Sociology of a Few Mundane Artifacts, in: Bijker, Wiebe/John Law (Hg.): Shaping Technology/Building Society: Studies in Sociotechnical Change, Cambridge (Mass.) 1992, S. 225-258.
- Leiber, Theodor: Vom mechanistischen Weltbild zur Selbstorganisation des Lebens. Helmholtz' und Boltzmanns Forschungsprogramme und ihre Bedeutung für Physik, Chemie, Biologie und Philosophie, Freiburg/München 2000
- Lenin, Wladimir Iljitsch Uljanow: Materialismus und Empirio-kritizismus: Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie, 18. Auflage Berlin 1987 [1908].
- Lenoir, Timothy: Politik im Tempel der Wissenschaft. Forschung und Machtausübung im deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main 1992.
- Lenoir, Timothy: Strategy of Life. Teleology and Mechanics in Nineteenth-century German Biology, Dordrecht 1982.
- Ley, Hermann: Dämon Technik?, Berlin 1961.
- Ley, Hermann: Kategorien der Operationsforschung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 16 (1968), S. 170-190.

- Ley, Hermann: Oktoberrevolution und Wissenschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 6 (1958), S. 355-398.
- Liebig, Horst: Leitungsprozeß und Datenverarbeitung, in: Einheit 24 (1969), Heft 2, S. 233-237.
- Liebig, Werner: Politisch-ideologische Probleme der Automatisierung, in: Einheit 24 (1969), Heft 2, S. 144-150.
- Liebscher, Heinz: Das Wörterbuch der Kybernetik. Beispiel einer Wirkung von Philosophie in der DDR, in: Dittmann, Frank/Rudolf Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin 2007, S. 95-109.
- Liebscher, Heinz: Die Kommission für Kybernetik an der DAW und ihre Denkschrift von 1962, in: Dittmann, Frank/Rudolf Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin 2007, S. 111-122.
- Liebscher, Heinz: Fremd- oder Selbstregulation? Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie, Berlin 1995.
- Liebscher, Heinz: Georg Klaus – ein unbequemer Marxist, in: Gerhard, Volker/Hans-Christoph Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie. Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern, Berlin 2001, S. 406-419.
- Liebscher, Heinz: Georg Klaus zu philosophischen Problemen von Mathematik und Kybernetik, Berlin 1982.
- Liebscher, Heinz: Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse im Sozialismus, in: Spektrum 15 (1969), S. 7.
- Liebscher, Heinz: Kybernetik und philosophische Forschung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 13 (1965), S. 188-193.
- Liebscher, Heinz: Meine Ankunft bei Herbert Hörz (1972/1973), in: Banse, Gerhard/Siegfried Wollgast (Hg.): Philosophie und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Festschrift für Herbert Hörz, Berlin 2003, S. 409-413.
- Liebscher, Heinz: Zur Rolle Norbert Wieners bei der Herausbildung der Kybernetik, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 12 (1964), S. 661-669.
- Liebscher, Heinz/Helmut Thiele: Produktivkraft Wissenschaft – Tagungsbericht, in: Einheit 17 (1962), Heft 12, S. 146-150.
- Lilie, Helmut: Automatisierung – Bestandteil der komplexen sozialistischen Rationalisierung, in: Einheit 22 (1967), Heft 2, S. 143-149.
- Lipphardt, Veronika: Denkstil, Denkkollektiv und wissenschaftliche Tatsachen der deutschen Rassenforschung vor 1933. Zur Anwendbarkeit des wissenschaftshistorischen An-



- satzes von Ludwik Fleck, in: Egloff, Rainer (Hg.): Tatsache – Denkstil – Kontroverse. Auseinandersetzungen mit Ludwik Fleck, Zürich 2005, S. 63-70.
- Lorf, Dietrich: Rezension von Segal: Die dialektische Methode in der Biologie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 7 (1959), Heft 2, S. 324-330.
- Löser, Wolfgang: Zur kybernetischen Darstellung von ökonomischen Systemen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 14 (1966), S. 1276-1284.
- Maffei, Stefania: Zwischen Wissenschaft und Politik. Transformationen der DDR-Philosophie 1945-1993, Frankfurt am Main/New York 2007.
- Maltusch, Wernfried/Gerda Schnauß: Probleme der Optimierung gesellschaftlicher Prozesse, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 13 (1965), S. 661-676.
- Malycha, Andreas (Hg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte, 1945-1961, Altenburg 2003.
- Malycha, Andreas: ‚Produktivkraft Wissenschaft‘ – Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945-1990, in: Burrichter, Clemens/Gerald Diesener (Hg.): Auf dem Weg zur ‚Produktivkraft Wissenschaft‘, Leipzig: Akademische Verlagsanstalt 2002, S. 39-105.
- Malycha, Andreas: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 30-31 (2001), S. 21.
- Markiewicz, Wladyslaw: Lvov as the cultural and intellectual background of Ludwik Fleck's ideas, in: Dialectis and Humanism 3 (1982), S. 5-10.
- Marx, Karl: Das Kapital [1867], Marx-Engels-Werke Bd. 23, 19. Auflage Berlin 1998.
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) [1857-58, Anhang 1850-59], Berlin 1953.
- Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, in: ders./Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. 2, Berlin 1952.
- Marx, Karl/Friedrich Engels: Deutsche Ideologie [1845-46], Marx-Engels-Werke Bd. 3, Berlin 1969, S. 17-77.
- Masani, Pesi R.: Norbert Wiener, 1894-1964, Basel/Boston/Berlin 1990.
- Mayntz, Renate: Die Akademie als Produktivkraft. Anwendungsbezug und Planbarkeit als Problem, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990, Berlin 2002, S. 193-199.
- Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 10. Aufl. Weinheim u.a. 2008.
- Mehrtens, Herbert: Kollaborationsverhältnisse. Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie, in: Meinel, Christoph/Peter Voswinckel (Hg.): Medizin, Natur-

- wissenschaft, Technik und Nationalsozialismus – Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 1994, S. 13-32.
- Mehrtens, Herbert: Verantwortungslose Reinheit. Thesen zur politischen und moralischen Struktur mathematischer Wissenschaften am Beispiel des NS-Staates, in: Falter, Annetta/Georges Füllgraf (Hg.): Wissenschaft in der Verantwortung 1990, S. 37-54.
- Mehrtens, Herbert: Wissenschaftspolitik im NS-Staat – Strukturen und regionalgeschichtliche Aspekte, in: Fischer, Wolfram u.a. (Hg.): Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate, Berlin/New York 1994, S. 245-266.
- Meissner, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU (1903-1961), Köln 1962.
- Mertens, Lothar: Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Münster 2004.
- Metzler, Gabriele: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005.
- Metzler, Helmut: Bedeutung der Kybernetik für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 10 (1962), S. 1579f.
- Metzler, Helmut: Der geistige Stellenwert der Kybernetik im Modernisierungsschub der DDR in den 1960er und Anfang der 1970er Jahre, in: Dittmann, Frank/Rudolf Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin 2007, S. 417-432.
- Metzler, Helmut: Die Macht des Wortes. Rezension zu Klaus: Semiotik und Erkenntnistheorie, in: Einheit 20 (1965), Heft 6, S. 124-127.
- Metzler, Helmut: Eine wichtige Neuerscheinung auf dem Gebiet der Kybernetik, in: Einheit 17 (1962), Heft 8, S. 148-152.
- Metzler, Helmut: Vorbereitung und Einführung des Fachstudiums Philosophie, in: Weißbecker, Manfred (Hg.): Gewalten, Gestalten, Erinnerungen. Beiträge zur Geschichte der FSU Jena in den ersten Jahren nach 1945, Jena 2002, S. 135-154.
- Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt am Main 1992.
- Meuschel, Sigrid: Machtmonopol und homogenisierte Gesellschaft. Anmerkungen zu Detlef Pollack, in: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 171-183.
- Meuschel, Sigrid: Symbiose von Technik und Gemeinschaft. Die Reformideologie der SED in den sechziger Jahren, in: Emmerich, Wolfgang/Carl Wege (Hg.): Der Technikdiskurs in der Hitler-Stalin-Ära, Stuttgart 1995, S. 202-230.
- Meyer, Hansgünter: Statt eines Vorwortes: Ostberliner Wissenschaftsforschung – Rückblicke auf ihr Potential, in: ders. (Hg.): 25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ost-Berlin.

- „Wie zeitgemäß ist die komplexe integrierte Wissenschaftsforschung?“. Reden eines Kolloquium, Berlin 1996, S. 5-11.
- Miller, Susanne/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, 7. Aufl. Bonn 1991.
- Mindell, David/Slava Gerovitch/Jérôme Segal: From Communications Engineering to Communications Science. Cybernetics and Information Theory in the United States, France, and the Soviet Union, in: Walker, Mark (Hg.): Science and Ideology. A Comparative History, London/New York 2003, S. 66-96.
- Mittag, Günter: Die schöpferische Arbeit der Partei bei der Gestaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems, in: Einheit 21 (1966), S. 466-475.
- Mittag, Günter: Erfolgreiche Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems des Sozialismus – Ausdruck der kontinuierlichen marxistisch-leninistischen Politik unserer Partei, in: Einheit 24 (1969), Heft 9/10, S. 1092-1103.
- Mittag, Günter: Im Leninschen Geist wirtschaften!, in: Einheit 25 (1970), Heft 4, S. 419-427.
- Mittag, Günter: Sozialistische Ökonomie und wissenschaftlich-technische Revolution meistern, in: Einheit 22 (1967), Heft 8, S. 972-982.
- Mittag, Günter: Über die kontinuierliche Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, in: Einheit 22 (1967), Heft 2, S. 131-142.
- Mocek, Reinhard: Die werdende Form. Eine Geschichte der kausalen Morphologie, Marburg 1998.
- Mocek, Reinhard: Naturwissenschaft und Philosophie in der DDR – ein Balanceakt zwischen Ideologie und Kognition, in: Weisemann, Karin/Peter Kröner/Richard Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik – Genetik und Humangenetik in der DDR (1949-1989), Münster 1997, S. 97-115.
- Mocek, Reinhard: Vom ‚mutigen Bade in der Politik‘. Anmerkungen zu den Wissenschaften von der Gesellschaft in der DDR, in: Utopie kreativ 14 (1991), S. 37-42 und 15 (1991), S. 15-19.
- Möller, Torger: Kritische Anmerkungen zu den Begriffen Denkkollektiv, Denkstil und Denkverkehr – Probleme der heutigen Anschlussfähigkeit an Ludwik Fleck, in: Chołuj, Bożena/Jan C. Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion. Ludwik Fleck und seine Bedeutung für die Wissenschaft und Praxis, Frankfurt am Main 2007, S. 397-413.
- Mößlang, Markus: Auf der Suche nach der ‚akademischen Heimat‘: Flüchtlingsprofessoren in Westdeutschland, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 8 (2005), S. 143-156.

- Müller, Klaus: Allgemeine Systemtheorie. Geschichte, Methodologie und sozialwissenschaftliche Heuristik eines Wissenschaftsprogramms, Opladen 1996.
- Müller, Klaus: Nachholende Modernisierung? Die Konjunktoren der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformation der osteuropäischen Gesellschaft, in: Leviathan 2 (1991), S. 261-291.
- Müller, Michael G. (Hg.): Elitenwandel und Modernisierung in Osteuropa, Berlin 1995.
- Nachruf auf Georg Klaus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 22 (1974), S. 1175.
- Nick, Harry/Rudi Weidig: Mensch und Automatisierung im Sozialismus. Probleme der Leitung und Entwicklung sozialistischer Gemeinschaftsarbeit, in: Einheit 25 (1970), Heft 9, S. 1149-1161.
- Niederhut, Jens: Wissenschaftsaustausch im geteilten Deutschland, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 8 (2005), S. 107-121.
- Nikolow, Sybilla/Arne Schirmacher (Hg.): Wissenschaft und Öffentlichkeit als Ressource füreinander. Studien zur Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York 2007.
- Nolte, Paul/Dieter Gosewinkel (Hg.): Planung im 20. Jahrhundert (Geschichte und Gesellschaft 34 (2008), Heft 3).
- Nötzoldt, Peter: Der Weg zur „sozialistischen Forschungsakademie“. Der Wandel des Akademiegedankens zwischen 1945 und 1968, in: Hoffmann, Dieter/Kristie Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 125-146.
- Nötzoldt, Peter: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik. Gelehrtenengesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung 1946-1972, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945-1990, Berlin 2002, S. 29-80.
- Nötzoldt, Peter: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin - Innovation oder Mogelpackung?, in: Burrichter, Clemens/Gerald Diesener (Hg.): Auf dem Weg zur ‚Produktivkraft Wissenschaft‘, Leipzig 2002, S. 141-163.
- Novik, I.B.: Methodologische Fragen der Modellierung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 15 (1967), S. 536-548.
- Oexle, Otto Gerhard: Was kann die Geschichtswissenschaft vom Wissen wissen?, in: Landwehr, Achim (Hg.): Geschichte(n) der Wirklichkeit. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte des Wissens, Augsburg 2002, S. 31-60.
- Osietzki, Maria: Auf der Suche nach dem Plural der Vernunft, in: Technikfolgenabschätzung 11 (2002), S. 20-31.
- Osietzki, Maria: Das „Unbestimmte“ des Lebendigen als Ressource wissenschaftlich-technischer Innovationen, in: Weber, Jutta/Corinna Bath (Hg.): Turbulente Körper, so-

- ziale Maschinen. Feministische Studien zur Technowissenschaftskultur, Opladen 2003, S. 137-150.
- Parteihochschule Karl Marx beim Zentralkomitee der SED (Hg.): Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969.
- Parteiprogramm der KPdSU von 1962, in: Meissner, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU (1903-1961), Köln 1962, S. 143-244.
- Pasternack, Peer: Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97, in: *Comparativ* 4 (1998), S. 91-102.
- Paul, Sigfried: Herbert Hörz – Gründer einer wissenschaftsphilosophischen Schule?, in: Banse, Gerhard/Siegfried Wollgast (Hg.): Philosophie und Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Festschrift für Herbert Hörz, Berlin 2003, S. 423f.
- Pias, Claus (Hg.): Cybernetics – Kybernetik. The Macy-Conferences 1946-1953, Bd. 1 und 2, Zürich/Berlin 2004.
- Pias, Claus: Zeit der Kybernetik – Eine Einstimmung, in: ders. (Hg.): Cybernetics – Kybernetik. The Macy-Conferences 1946-1953, Bd. 2: Essays und Dokumente, Zürich/Berlin 2004, S. 9-41.
- Pickering, Andrew: Kybernetik und neue Ontologien, Berlin 2007.
- Pickering, Andrew: Psychiatry, Synthetic Brains, and Cybernetics in the Work of W. Ross Ashby, in: *International Journal of General Systems* 28 (2009), S. 213-230.
- Pickering, Andrew: *The Cybernetic Brain: Sketches of Another Future*, Chicago 2010.
- Plaggenborg, Stefan: *Experiment Moderne. Der sowjetische Weg*, Frankfurt am Main/New York 2006.
- Politbüro des Zentralkomitees der SED: Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR. Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22.10.1968, in: *Einheit* 23 (1968), Heft 12, S. 1455-1470.
- Pollack, Detlef: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. 110-131.
- Pollack, Detlef: Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, in: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000), S. 184-196.
- Proctor, Robert N.: *Blitzkrieg gegen den Krebs. Gesundheit und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 2002.
- Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, verabschiedet auf dem VI. Parteitag der SED, 15. bis 21. Januar 1963, in: Ulbricht, Walter (Hg.): *Das Programm des Sozialismus*, Berlin 1966, S. 225-344.
- Pulla, Ralf: Messen – Steuern – Regeln. Automatisierungstechnik im Verbund von Industrie, Hochschule und Akademie der Wissenschaften in der DDR, in: Abele, Johan-

- nes/Gerhard Barkleit/Thomas Hänseroth (Hg.): Innovationskulturen und Fortschritts-  
erwartungen im geteilten Deutschland, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 213-246.
- Rabinbach, Anson: Begriffe aus dem Kalten Krieg. Totalitarismus, Antifaschismus, Geno-  
zid. Göttingen 2009.
- Raphael, Lutz: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptio-  
nelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22 (1996),  
S. 165-193, S. 166.
- Rauh, Hans Christoph/Müller-Enbergs, Helmut: Art. „Georg Klaus“, in: Müller-Engbers,  
Helmut u.a. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien,  
Berlin 2010, S. 661.
- Rauh, Hans Christoph/Peter Ruben (Hg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er  
Jahren, Berlin 2005.
- Rauh, Hans-Christoph: Einleitung, in: ders./Peter Ruben (Hg.): Denkversuche. DDR-  
Philosophie in den 60er Jahren, Berlin 2005, S. 7-17.
- Redaktion der Deutschen Zeitschrift für Philosophie: Über die neue Aufgabenstellung der  
Deutschen Zeitschrift für Philosophie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 5 (1957),  
S. 5.
- Redaktion der Deutschen Zeitschrift für Philosophie: Vorwort, in: Deutsche Zeitschrift für  
Philosophie 1 (1953), S. 3-5.
- Redaktion der Einheit: Das NÖS und die Aufgaben der politischen Ökonomie des Sozia-  
lismus, in: Einheit 18 (1963), Heft 3, S. 3-15.
- Redaktion der Einheit: Der XXII. Parteitag der KPdSU, in: Einheit 6 (1961), S. 1589-1604.
- Redaktion der Einheit: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der  
DDR, in: Einheit 25 (1970), Heft 3, S. 259.
- Reindl, Josef: Akademiereform und biomedizinische Forschung in Berlin-Buch, in: Ritter,  
Gerhard A./Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hg.): Antworten auf die ameri-  
kanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den  
,langen‘ siebziger Jahren, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 339-360.
- Reinhardt, Carsten: Historische Wissenschaftsforschung, heute, in: Berichte zur Wissen-  
schaftsgeschichte 22 (2010), S. 81-99.
- Reinhold, Otto: Das neue ökonomische System – Alptraum unserer Widersacher, in: Ein-  
heit 19 (1964), Heft 12, S. 3-15, S. 4.
- Reinhold, Otto: Die politische Ökonomie in unserer Zeit, in: Einheit 21 (1966), Heft 2, S.  
168-176.
- Reinhold, Otto: Neue Etappe erfordert neue Wirtschaftsmaßnahmen, in: Einheit 21  
(1966), Heft 1, S. 33-42.

- Reinhold, Otto: Warum jetzt ein neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft?, in: Einheit 18 (1963), Heft 9, S. 117-120.
- Requate, Jörg: Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 5-32.
- Rheinberger, Hans-Jörg: Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Protheinsynthese im Reagenzglas, 2. Aufl. Göttingen 2002.
- Rheinberger, Hans-Jörg: Historische Epistemologie zur Einführung, Hamburg 2007.
- Rheinberger, Hans-Jörg: Ludwik Fleck und die Historizität wissenschaftlichen Wissens, in: Egloff, Rainer (Hg.): Tatsache – Denkstil – Kontroverse. Auseinandersetzungen mit Ludwik Fleck, Zürich 2005, S. 29-31.
- Richta, Radovan (Hg.): Technischer Fortschritt und die industrielle Gesellschaft, Frankfurt am Main 1972.
- Rieger, Stefan: Kybernetische Anthropologie. Eine Geschichte der Virtualität, Frankfurt am Main 2003.
- Rochhausen, Rudolf: Determinismus und moderne Biologie, in: Einheit 15 (1960), S. 1383-1396.
- Rochhausen, Rudolf: Für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaftlern und marxistischen Philosophen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 7 (1959), S. 909-914.
- Rossijanow, Kirill: Gefährliche Beziehungen: Experimentelle Biologie und ihre Protektoren, in: Beyrau, Dietrich (Hg.): Im Dschungel der Macht: intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, Göttingen 2000, S. 340-359.
- Ruben, Peter: DDR-Philosophie unter Parteiregie. Neue Anfänge zwischen dem 5. und 8. SED-Parteitag, in: Rauh, Christoph/Peter Ruben (Hg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, Berlin 2005, S. 19-50.
- Ruben, Peter: Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden. Erläuterungen für Außenstehende, in: Kapferer, Norbert (Hg.): Innenansichten ostdeutscher Philosophen, Darmstadt 1994, S. 7-29.
- Ruben, Peter/Helmut Wolter: Modell, Modellmethode und Wirklichkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 17 (1969), S. 1225-1239.
- Rudolph, Johannes: Ökonomisch-kybernetische Probleme der Anwendung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen in der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Einheit 22 (1967), Heft 1, S. 27-37.
- Sabisch, Katja: Das Weib als Versuchsperson. Medizinische Menschenexperimente im 19. Jahrhundert am Beispiel der Syphilisforschung, Bielefeld 2007.

- Sabrow, Martin: Zukunftspathos als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittsparadigmas in der DDR, in: Haupt, Heinz-Gerhard/Jörg Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004, S. 165-185.
- Sachse, Christian: Die politische Sprengkraft der Physik. Robert Havemann im Dreieck zwischen Naturwissenschaft, Philosophie und Sozialismus (1956-1962), Münster 2006.
- Salecker, Wolfgang: Kybernetik und sozialistische Wirtschaftsführung, in: Einheit 22 (1967), Heft 12, S. 1474-1483.
- Sarasin, Philipp: Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt am Main 2003.
- Satschkow, Juri W.: Wahrscheinlichkeit und komplizierte Systeme, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 14 (1966), S. 83-92.
- Sauerland, Karol: Ludwik Flecks unerwünschter soziologischer Blick, in: Chołuj, Bożena/Jan C. Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion. Ludwik Fleck und seine Bedeutung für die Wissenschaft und Praxis, Frankfurt am Main 2007, S. 65-77.
- Schenk, Winfried: Das Verhältnis der modernen Systemforschung und der Kategorien der materialistischen Dialektik im Kontext der wissenschaftlich-technischen Revolution – dargestellt an der wissenschaftstheoretischen Verallgemeinerung der organismischen Denkweise durch L. von Bertalanffy und der Analyse der Kategorien der Dialektik durch K. Marx. Diss. Uni Jena 1988.
- Schlosser, Horst Dieter: Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie: historische, politische und kommunikative Bedingungen, Köln 1990.
- Schnauß, Gerda: Die erkenntnistheoretische Bedeutung einer kybernetischen Theorie des Lernens, Berlin 1971.
- Schneider, Ulrich Johannes: Der Skandal der Abwicklung. Selbstvergessen – wie deutsche Philosophen die DDR-Geschichte verdrängen, in: Hochschule Ost. Politisch-akademisches Journal aus Ostdeutschland 1998, Spezial, S. 71-75.
- Schneider, Ulrich Johannes: Hinter Mauern aus Text. Mutmaßungen über die DDR-Philosophie, in: Hochschule Ost. Politisch-akademisches Journal aus Ostdeutschland 3 (1998), S. 104-111.
- Schnelle, Thomas: Ludwik Fleck: Leben und Denken. Zur Entstehung und Entwicklung des soziologischen Denkstils in der Wissenschaftsphilosophie, Freiburg 1982.
- Scholtyssek, Joachim: Die Außenpolitik der DDR, München 2003.



- Seemann, Josef: Zur Begrüßung, in: Parthey, Heinrich/Kurt Teßmann/Heinrich Vogel: Theoretische Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution, Rostock 1964, S. 7f.
- Segal, Jacob: Kritische Bemerkungen zur Anwendung der Kybernetik in der Biologie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 10 (1963), S. 324-332.
- Segal, Jérôme: Kybernetik in der DDR, in: Dresdner Beiträge zur Geschichte der Technik und Technikwissenschaft 27 (2001), S. 47-75, online unter: <http://jerome-segal.de/Publis/Kyb-DDR.htm>, letzter Abruf 20.6.11.
- Segal, Jérôme: Kybernetik in der DDR. Dialektische Beziehung, in: Pias, Claus (Hg.): Cybernetics – Kybernetik. The Macy-Conferences 1946-1953, Bd. 2, Zürich/Berlin 2004, S. 227-251.
- Seising, Rudolf: „Erstaunliche Begebenheiten“. Eckpunkte im Leben eines Wissenschaftlers der DDR, in: Hochschule Zittau/Görlitz (FH) Institut für Prozesstechnik, Prozessautomatisierung und Messtechnik (Hg.): Betrachtungen zur Systemtheorie. Gedenkband zum Leben und Schaffen von Prof. Manfred Peschel. Zittau Großschönau 2003, S. 307-326.
- Seising, Rudolf: Kybernetik, Systeme, Polyoptimierung: Unschärfe Modellierung in der DDR. Eine historische Skizze zum Werk von Manfred Peschel, in: Dittmann, Frank/Rudolf Seising (Hg.): Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin 2007, S. 43-79.
- Seising, Rudolf: Manfred Peschel (1932-2002): Systemverhalten – Systemversagen, in: Naumann, Friedrich/Gabriele Schade (Hg.): Informatik in der DDR – eine Bilanz. Tagungsband zu den Symposien 7.-9. Oktober 2004 in Chemnitz, 11.bis 12. Mai 2006 in Erfurt, Bonn 2007, S. 479-500.
- Sektion Philosophie bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften: Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution. Thesen zum Philosophischen Kongreß im April 1965, in: Einheit 20 (1965), Heft 6, S. 133-144.
- Selbmann, Fritz: Ein Zeitalter stellt sich vor, Berlin 1957.
- Selbmann, Fritz/Gerhart Ziller: Die neue Epoche der technischen Entwicklung, Berlin 1956.
- Seliger, Kurt: The demolition of Ulbricht, online unter <http://www.osaarchivum.org/files/holdings/300/8/3/text/98-5-270.shtml>, letzter Abruf: 6. Oktober 2010.
- Sieber, Rolf/Günter Söder: Politik und Ökonomie, in: Einheit 26 (1971), Heft 4, S. 447-455.
- Stahnisch, Frank: Disharmonien der Täuschung: Warum blieb Ludwik Flecks dynamische Erkenntnistheorie selbst so lange statisch?, in: Chołuj, Bożena/Jan C. Joerden (Hg.):

- Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion. Ludwik Fleck und seine Bedeutung für die Wissenschaft und Praxis, Frankfurt am Main 2007, S. 111-132.
- Stehr, Nico: Moderne Wissensgesellschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B36 (2001), S. 7-14.
- Stehr, Nico: Wissen und Wirtschaften. Die gesellschaftlichen Grundlagen der modernen Ökonomie, Frankfurt am Main 2001.
- Steiner, André: „Kein freies Spiel der Kräfte!“ Das Neue ökonomische System als Einheit von Plan und Markt, in: Haupt, Heinz-Gerhard/Jörg Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004, S. 43-64.
- Steiner, André: Anschluss an den „Welthöchststand“? Versuche des Aufbrechens der Innovationsblockaden im DDR-Wirtschaftssystem, in: Abele, Johannes/Gerhard Barkleit/Thomas Hänseroth (Hg.): Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland, Köln u.a. 2001, S. 71-88.
- Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül, Berlin 1999.
- Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
- Steiner, André: Wissenschaft und Politik: Politikberatung in der DDR?, in: Fisch, Stefan/Wilfried Rudloff (Hg.): Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 101-125.
- Steiner, Helmut: Die Herausbildung neuer Wissenschaftsgebiete, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 21 (1973), S. 454-461.
- Steinwachs, Burkhardt (Hg.): Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR, Bd. 1, Konstanz 1993.
- Sternkopf, Joachim: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Schwerpunkte und Tendenzen, Köln 1977.
- Stichweh, Rudolf: Wissensgesellschaft und Wissenschaftssystem, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 30 (2004), S. 147-165, online unter: [http://www.unilu.ch/deu/prof.\\_dr.\\_rudolf\\_stichwehpublikationen\\_38043.html](http://www.unilu.ch/deu/prof._dr._rudolf_stichwehpublikationen_38043.html), letzter Abruf 25.7.2011.
- Stichwort ‚Produktivkräfte‘, in: Herferth, Willi: Sachregister Marx-Engels-Werke, Köln 1983, S. 719-722.
- Stoljarow, Vitali: Rezension zu ‚Kybernetik in philosophischer Sicht‘, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 11 (1963), S. 250-254.
- Stoljarow, Vitali: Zu Marx' Auffassung vom Systemcharakter der Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 16 (1968), S. 415-426, S. 416.

- Stoljarow, Vitali/Karlheinz Kannegiesser: Zu einigen philosophischen Fragen der Kybernetik, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 10 (1962), S. 602-620.
- Stranzky, Rolf: Die Anwendung kybernetischer Methoden im NÖSPL, in: Einheit 19 (1964), S. 13-24.
- Stranzky, Rolf: Probleme der Anwendung kybernetischer Methoden in unserer Wirtschaft, in: Einheit 20 (1965), Heft 7, S. 32-41.
- Studienplan für die Fachrichtung Philosophie (1956), in: Gerhardt, Volker/Hans-Christoph Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie: Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern, Berlin 2001, S. 522-529.
- Szöllösi-Janze, Margit: Forschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Markt. Einführung, in: Ritter, Gerhard/dies./Helmuth Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 43-49.
- Szöllösi-Janze, Margit: Lebens-Geschichte – Wissenschafts-Geschichte. Vom Nutzen der Biographie für Geschichtswissenschaft und Wissenschaftsgeschichte, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000), S. 17-35.
- Szöllösi-Janze, Margit: Politisierung der Wissenschaften – Verwissenschaftlichung der Politik. Wissenschaftliche Politikberatung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Fisch, Stefan/Wilfried Rudloff (Hg.): Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 79-100.
- Szöllösi-Janze, Margit: Wissensgesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung deutsch-deutscher Zeitgeschichte, in: Hockerts, Hans Günter (Hg.): Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 277-305.
- Szöllösi-Janze, Margit: Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 275-313.
- Tandler, Agnes Charlotte: Visionen einer sozialistischen Großforschung in der DDR, 1968-1971, in: Ritter, Gerhard A./Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den ‚langen‘ siebziger Jahren, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 361-375.
- Tanner, Jakob: Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg. ‚Information‘ im Systemantagonismus von Markt und Plan, in: Hagner, Michael/Erich Hörl (Hg.): Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik, Frankfurt am Main 2008, S. 377-413.
- Teßmann, Kurt: Technische Revolution und Sozialismus, in: Einheit 20 (1965), Heft 2 + 4, S. 15-22, S. 36-42.

- Thaa, Winfried u.a. (Hg.): Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Das Ende des anderen Wegs in der Moderne, Tübingen 1992.
- Thiel, Rainer: Die Kybernetik-Kommission des Forschungsrates der DDR 1968 ff.. Ein Erlebnisbericht, in: Fuchs-Kittowski, Klaus/Siegfried Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften. Georg Klaus zum 90. Geburtstag, Berlin 2004, S. 383-386.
- Thiel, Rainer: Eine bedeutsame Kybernetik-Tagung der DAW, in: Einheit 17 (1962), Heft 5, S. 104-110.
- Thiel, Rainer: Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Beilage zu Heft 7 der Einheit, in: Einheit 16 (1961), S. 1-32.
- Thiel, Rainer: Neugier – Liebe – Revolution. Mein Leben 1930-2010, Berlin 2010.
- Thiessen, Peter Adolf: Die Parteilichkeit der Wissenschaft, in: Einheit 25 (1970), Heft 1, S. 29-36.
- Thimm, W.: Gesellschaftsentwicklung und Wissenschaftsstrategie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 23 (1975), S. 602-606.
- Tomberg: Politische Konditionen der DDR-Philosophie, in: Mende, Hans-Jürgen/Reinhard Mocek (Hg.): Gestörte Vernunft? Gedanken zu einer Standortbestimmung der DDR-Philosophie, Berlin 1996, S. 7-28.
- Ulbricht, Walter: Abschlussansprache auf dem VII. Parteitag der SED, in: Protokoll des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 17. bis 22. April 1967, Bd. 2, Berlin 1967, S. 308-326.
- Ulbricht, Walter: Antworten auf aktuelle politische und ökonomische Fragen. Schlußwort zur Diskussion über den Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED 2. bis 5. Dezember 1964, Berlin 1964.
- Ulbricht, Walter: Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Berlin 1963.
- Ulbricht, Walter: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1963.
- Ulbricht, Walter: Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR, 4. Aufl. Berlin 1970.
- Ulbricht, Walter: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus. Schlußansprache auf dem VII. Parteitag der SED in Berlin, 17. bis 22. April 1967, 4. Aufl. Berlin 1970.
- Ulbricht, Walter: Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben in Deutschland, Berlin 1955.
- Ulbricht, Walter: Theoretische und praktische Probleme der Übergangsperiode und die Aufgaben der ‚Einheit‘, in: Einheit 12 (1957), Heft 6, S. 657-670.

- Ulbricht, Walter: Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Berlin 1969.
- Vogel, Heinrich: Kritische Gedanken zu dem Artikel von Horst Jacob, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 7 (1959), S. 867-877.
- Vogel, Jakob: Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte. Für eine Historisierung der ‚Wissengesellschaft‘, in: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 639-660.
- Völz, Horst: Ist Kybernetik nur noch Nostalgie?, in: Fuchs-Kittowski, Klaus/Siegfried Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften. Georg Klaus zum 90. Geburtstag, Berlin 2004, S. 73-81.
- vom Bruch, Rüdiger: Idealismus und Positivismus. Die Grundspannung in Kultur und Kulturwissenschaften um 1900, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 17 (1994), S. 138-143.
- Warnke, Camilla: Dialektik und Systemdenken in der Gesellschaftserkenntnis, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 25 (1977), S. 792-804.
- Wegmarshaus, Gert-Rüdiger: Vom Denkstil zum Paradigma: Zum Schicksal einer unzeitgemäßen Einsicht, in: Chołuj, Bożena/Jan C. Joerden (Hg.): Von der wissenschaftlichen Tatsache zur Wissensproduktion. Ludwik Fleck und seine Bedeutung für die Wissenschaft und Praxis, Frankfurt am Main 2007, S. 49-63.
- Weingart, Peter: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist 2001.
- Weingart, Peter: Eugenik – Eine angewandte Wissenschaft, in: Lundgreen, Peter (Hg.): Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1985, S. 314-349.
- Weingart, Peter: From „Finalization“ to „Mode 2“: Old Wine in New Bottles?, in: Social Science Information 36 (1997), S. 591-613.
- Weingart, Peter: Politik und Vererbung. Von der Eugenik zur modernen Humangenetik, in: Propping, Peter/Heinz Schott (Hg.): Wissenschaft auf Irrwegen. Biologismus – Rassenhygiene – Eugenik, Bonn 1992, S. 23-43.
- Weingart, Peter: Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 12 (1983), S. 225-241.
- Weingart, Peter: Wahlverwandtschaften. Kommentar zur Kröber/Fabian/Laitko: Wissenschaftswissenschaft und Wissenschaftsgeschichte – zu den Grundlagen ihre Zusammenhangs (1978), in: NTM 18 (2010), S. 393-399.
- Weingart, Peter/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, 3. Aufl. Frankfurt am Main 2001.
- Weingart, Peter/Martin Carrier/Wolfgang Krohn: Nachrichten aus der Wissensgesellschaft. Analysen zur Veränderung der Wissenschaft, Weilerswist 2007.

- Weisemann, Karin: Das Forschungsprojekt „Humangenetik“ in der DDR, in: Weisemann, Karin/Peter Kröner/Richard Toellner (Hg.): Wissenschaft und Politik – Genetik und Humangenetik in der DDR (1949-1989), Münster 1997, S. 27-39.
- Wendt, Helge: Bemerkungen zum Strukturbegriff und zum Begriff Strukturgesetz, in: DZfPh 14 (1966), S. 545-561.
- Werner, Steffen: Kybernetik statt Marx? Politische Ökonomie und marxistische Philosophie in der DDR unter dem Einfluß der elektronischen Datenverarbeitung, Stuttgart 1977.
- Wessel, Harald: Bedeutende Wandlungen in der Biologie, in: Einheit 17 (1962), Heft 9, S. 68-77.
- Wessel, Harald: Eine Bestätigung des dialektischen Materialismus, in: Einheit 16 (1961), Heft 3, S. 156-160.
- Wessel, Harald: Eine ideenreiche philosophische Schrift. Rezension von Klaus: Kybernetik und Gesellschaft, in: Einheit 20 (1965), Heft 4, S. 130-134.
- Wessel, Harald: Viren – Wunder – Widersprüche, Berlin 1961.
- Wessel, Karl Friedrich (Hg.): Wissenschaft und Persönlichkeit. Festschrift für Hermann Ley, Berlin 1982.
- Wessel, Karl Friedrich: Laudatio, in: Wessel, Karl Friedrich (Hg.): Wissenschaft und Persönlichkeit. Festschrift für Hermann Ley, Berlin 1982, S. 5-12.
- Wiener, Norbert: Cybernetics or Control and Communication in the Animal and the Machine, Cambridge (Mass.) 1948.
- Wiener, Norbert: Mensch und Menschmaschine, Frankfurt am Main 1958.
- Wilharm, Heiner: Denken für eine geschlossene Welt: Philosophie in der DDR, Hamburg 1990.
- Wintgen, Georg: Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie, in: Einheit 19 (1964), Heft 12, S. 93-96.
- Wippermann, Wolfgang: Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich, Berlin 2009.
- Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien, Stuttgart 1997.
- Wissenschaftliche Planung und Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften. Interview mit Hannes Hörnig, in: Einheit 20 (1965), Heft 6, S. 11-15.
- Witte, Verena: Das produktive Potential der Wissensgesellschaft. Überlegungen zur Historisierung eines soziologischen Begriffs, in: Hüntelmann, Axel C./Michael C. Schneider (Hg.): Jenseits von Humboldt. Wissenschaft im Staat 1850-1990, Frankfurt am Main 2010, S. 339-352.

- Witte, Verena: Ganzheit und System. Die Frühschriften Ludwig von Bertalanffys im Wandel der Biologie. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Bochum 2004.
- Wittich, Dieter: Die erste Jahresvorlesung zur marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie in der DDR, in: Rauh, Christoph/Peter Ruben (Hg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, Berlin 2005, S. 177-202.
- Wolf, Herbert: Probleme der ökonomischen Theorie in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems, in: Einheit 21 (1966), Heft 2, S. 186-194.
- Wollgast, Siegfried: Georg Klaus als Philosophiehistoriker, in: Fuchs-Kittowski, Klaus/Siegfried Piotrowski (Hg.): Kybernetik und Interdisziplinarität in den Wissenschaften. Georg Klaus zum 90. Geburtstag, Berlin 2004, S. 83-99.
- Wüstneck, Klaus Dieter: Der kybernetische Charakter des neuen ökonomischen Systems und die Modellstruktur der Perspektivplanung als zielstrebig, kybernetischer Prozess, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 13 (1965), S. 5-31.
- Wüstneck, Klaus Dieter: Die Bedeutung der Kybernetik für die Führungstätigkeit der Partei, in: Einheit 23 (1965), Heft 8, S. 982-992.
- Wüstneck, Klaus Dieter: Gesetzmäßigkeiten und Kategorien der wissenschaftlichen Modellmethode, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 14 (1966), S. 1452-1467, S. 1454.
- Zentralkomitee der SED: Nachruf auf Georg Klaus, in: Neues Deutschland vom 30.7.1974.
- Zentralkomitee des SED: Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 17. bis 22. April 1967. Beschlüsse und Dokumente, Bd. 4, Berlin 1967, S. 5-330.
- Zimmermann, Hartmut: Politische Aspekte in der Herausbildung, dem Wandel und der Verwendung des Konzepts ‚Wissenschaftlich-technische Revolution‘ in der DDR, in: Deutschland-Archiv, Sonderheft: Wissenschaftlich-technische Revolution und industrieller Arbeitsprozess, Köln 1976, S. 17-51.
- Zürcher, Christoph: Aus der Ostmoderne in die Postmoderne, in: Osteuropa-Institut der FU Berlin. Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft 16 (1998), online unter: <http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen/index.html>, letzter Abruf: 26.6.11.